

DISSERTATION

Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Analysen in postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae
(Dr. phil.)

eingereicht an der Philosophischen Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Lic. theol., Dipl.-Soz. Bodo Lippl
(geb. am 30. April 1970 in Grafenau)

Dekanin der Philosophischen Fakultät III: Prof. Dr. Ingeborg Baldauf

1. Gutachter: Prof. Dr. Bernd Wegener
2. Gutachter: Prof. Dr. Hans-Peter Müller

eingereicht am: 18. Juli 2003
Tag der mündlichen Prüfung: 23. September 2003

Widmung

Meinen Eltern, Martha und Anton Lippl

Danksagung

Auch wenn eine Studie wie diese alleine angefertigt werden muss, wäre sie ohne die große und vielfältige Unterstützung durch andere nur schlecht zu bewerkstelligen gewesen. Stellvertretend für die vielen, die im Kleinen oder Großen zu meinem Wohlbefinden, dem notwendigen Druck aber auch der Entspannung sowie der Weiterentwicklung meiner Ideen und Lösung der praktischen Probleme beigetragen haben, möchte ich folgende Personen hervorheben: meine Familie (Martha, Anton und Judith Lippl) für ihr Vertrauen und ihre grundlegenden Erziehungsarbeiten; Hendrik Busch für seinen emotionalen Beistand, das Ertragen meiner Launen und seine selbstlose Zuneigung in den harten Zeiten, meine Arbeitskollegen Martin Groß, Johannes Giesecke und Kai Mühleck für zahlreiche inhaltliche, methodische und forschungspraktische Anmerkungen sowie ihren kritischen Blick auf meine Arbeit und meinen Doktorvater Bernd Wegener für die Betreuung, den notwendigen Druck und seine wohlwollende Unterstützung dieser Arbeit. Vielen herzlichen Dank.

Inhalt

1	EINFÜHRUNG	8
2	ZIELSETZUNG UND KONZEPTION	13
2.1	Objektive Lage und subjektive Wahrnehmung und Bewertung	15
2.2	Kultur und Struktur als Erklärungshintergrund	17
2.3	Sozialer Wandel, Transformation und wohlfahrtsstaatliche Arrangements als Kontext	20
2.4	Die komparative Perspektive: Ländervergleich und Vergleich über die Zeit	28
2.5	Zusammenfassung des Untersuchungskonzepts	32
3	SOZIALE GERECHTIGKEIT ALS FORSCHUNGSGEGENSTAND	39
3.1	Warum Gerechtigkeit? - Der praktische, historische und theoretische Bezug	40
3.2	Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeitstheorien - Ein Überblick	47
3.2.1	Die "empirische Wende" normativer Theorien	47
3.2.2	Ansätze der empirischen Gerechtigkeitsforschung	51
3.3	Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit	59
4	WOHLFAHRTSSTAATLICHE ARRANGEMENTS ALS VERTEILUNGSREGIME	61
4.1	Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsstaatsforschung	62
4.2	Typologien wohlfahrtsstaatlicher Regimes	66
4.3	Beschreibung wohlfahrtsstaatlicher Regimes	74
4.4	Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in postkommunistischen Ländern	78
4.5	Wohlfahrtsstaatliche Arrangements und soziale Gerechtigkeit	83
5	SOZIALER WANDEL IN WEST UND OST	88
5.1	Zur Modernisierung westlich-kapitalistischer Länder	89
5.1.1	Theoretische Überlegungen	91
5.1.2	Wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung	96
5.2	Zur Transformation postkommunistischer Länder	101
5.2.1	Transformationstheorien	102
5.2.2	Erträge der postkommunistischen Transformationsforschung	107
5.2.3	Wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung	112
5.3	Postkommunistische und westlich-kapitalistische Länder im Vergleich	119

6	ZUR KOMPARATIVEN METHODE - DER GESELLSCHAFTSVERGLEICH	122
6.1	Theoretische Zugänge	124
6.2	Probleme und Schwierigkeiten	127
6.3	Analysestrategien	130
7	DATEN, VARIABLEN UND METHODEN	133
7.1	Datenbasis (ISJP, ISSP, Länderdaten) und Länderauswahl	133
7.2	Variablen: Operationalisierung und Konstruktion	139
7.3	Analysemethoden	150
8	HYPOTHESEN UND KONZEPT <i>REVISITED</i>	152
9	WAHRGENOMMENE UNGERECHTIGKEIT DER EINKOMMENSVERTEILUNG	159
9.1	Der Einfluss der Wohlfahrtsregimes	159
9.2	Der Einfluss der Länder	166
9.3	Der Einfluss von Makroindikatoren	178
10	ABLEHNUNG UND NOTWENDIGKEIT SOZIALER UNGLEICHHEIT	191
10.1	Der Einfluss der Wohlfahrtsregimes	191
10.2	Der Einfluss der Länder	198
10.3	Der Einfluss von Makroindikatoren	210
11	MERITOKRATISMUS UND ETATISMUS ALS VERTEILUNGSIDEOLOGIEN	218
11.1	Der Einfluss der Wohlfahrtsregimes	218
11.2	Der Einfluss der Länder	225
11.3	Der Einfluss von Makroindikatoren	233
12	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	241
	LITERATURVERZEICHNIS	249
	ANHANG	272

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Grundmodell einer soziologischen Erklärung (nach Coleman und Esser).....	33
Abb. 2:	Der Untersuchungsrahmen in schematischer Darstellung.....	35
Abb. 3:	Das Zueinander von Struktur und Handeln	85
Abb. 4:	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in westlich-kapitalistischen Ländern (US-Dollar je Einwohner)	97
Abb. 5:	Arbeitslosenrate in westlich-kapitalistischen Ländern (in Prozent)	98
Abb. 6:	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in postkommunistischen Ländern (in US-Dollar je Einwohner)	113
Abb. 7:	Arbeitslosenrate in postkommunistischen Ländern (in Prozent).....	115
Abb. 8:	Beispiel eines sozialökologischen Rahmens	125
Abb. 9:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in Wohlfahrtsregimes	160
Abb. 10:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern.....	167
Abb. 11:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern in Ost und West in zeitlicher Entwicklung.....	169
Abb. 12:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit in westlichen Ländern unterschiedlicher Wohlfahrtsregimes (ISSP).....	175
Abb. 13:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit in postkommunistischen Ländern (ISSP)	177
Abb. 14:	Bruttosozialprodukt und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP).....	179
Abb. 15:	Bruttosozialprodukt und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)	179
Abb. 16:	Arbeitslosigkeit und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP).....	180
Abb. 17:	Arbeitslosigkeit und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)	180
Abb. 18:	Einkommensungleichheit (Gini) und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP).....	182
Abb. 19:	Einkommensungleichheit (Gini) und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)	182
Abb. 20:	Sozialausgaben und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP).....	183
Abb. 21:	Sozialausgaben und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)	183
Abb. 22:	Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit in Wohlfahrtsregimes	192
Abb. 23:	Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit nach Ländern.....	198
Abb. 24:	Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit nach Ländern in Ost und West in zeitlicher Entwicklung	199
Abb. 25:	Landkarte der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in westlich-kapitalistischen Ländern	208
Abb. 26:	Landkarte der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in postkommunistischen Ländern.....	209
Abb. 27:	Meritokratismus und Etatismus in Wohlfahrtsregimes	219
Abb. 28:	Meritokratismus und Etatismus nach Ländern	226
Abb. 29:	Meritokratismus und Etatismus nach Ländern in Ost und West in zeitlicher Entwicklung.....	227
Abb. 30:	Landkarte der Ideologien: Meritokratismus und Etatismus	233

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Ebenen der Kultur- und Struktureinflüsse	19
Tab. 2:	Kennzeichen des sozialen Wandels in Ost und West	21
Tab. 3:	Erklärung von Einstellungen vor und nach dem Systemwechsel	24
Tab. 4:	Typologie der Ansätze im Rahmen der empirischen Gerechtigkeitsforschung	52
Tab. 5:	Typologien wohlfahrtsstaatlicher Regimes	67
Tab. 6:	Typen der Sozialpolitik: Modell Bismarck und Modell Beveridge (nach Bonoli 1997).....	71
Tab. 7:	Europäische Wohlfahrtsstaaten anhand zweier Dimensionen (nach Bonoli 1997).....	72
Tab. 8:	Typologie von Wohlfahrtsregimes (nach Esping-Andersen 1990, 1999)	74
Tab. 9:	Charakteristika des staatspaternalistischen Wohlfahrtsregimes	79
Tab. 10:	Fortschritt wohlfahrtsstaatlicher Reformen in postkommunistischen Ländern	83
Tab. 11:	Ausgaben für soziale Sicherung in westlich-kapitalistischen Ländern (in Prozent des BIP)	100
Tab. 12:	Soziale Ungleichheit der Einkommensverteilung in westlich-kapitalistischen Ländern (Gini-Koeffizient)	101
Tab. 13:	Transformationsstrategien und Erfolgsbilanz osteuropäischer Transformationsländer.....	109
Tab. 14:	Inflation in Transformationsländern.....	110
Tab. 15:	Soziale Ungleichheit der Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) und Armut in postkommunistischen Ländern.....	116
Tab. 16:	Ausgaben für soziale Sicherung in postkommunistischen Ländern (in Prozent des BIP)	117
Tab. 17:	Freiheitsindex der Länder in Ost und West (Mittelwert 1990-2001)	118
Tab. 18:	Allgemeine Indikatoren aller Länder (Bevölkerung)	119
Tab. 19:	Allgemeine Indikatoren aller Länder (Wirtschaft)	120
Tab. 20:	Forschungstypen im Rahmen des internationalen Vergleichs.....	126
Tab. 21:	Datensätze, Länder und Zeitpunkte sowie Fallzahlen	138
Tab. 22:	Faktoranalyse der Einstellungen: Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit	143
Tab. 23:	Faktoranalyse der Verteilungsideologien: Meritokratismus und Etatismus	144
Tab. 24:	Zusammenstellung der standarddemografischen Variablen	145
Tab. 25:	Zusammenstellung der Einstellungsvariablen	148
Tab. 26:	Zusammenstellung der Makrovariablen der Länder.....	149
Tab. 27:	Hypothesen auf Individualebene (Mikro)	153
Tab. 28:	Hypothesen auf Länderebene (Makro).....	156
Tab. 29:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISJP).....	162
Tab. 30:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISSP)	164
Tab. 31:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern (OLS-Regression, ISJP)	171
Tab. 32:	Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern (OLS-Regression, ISSP).....	173
Tab. 33:	Makroeffekte auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (OLS-Regression, ISJP)	185

Tab. 34:	Makroefflüsse auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (OLS-Regression, ISSP).....	188
Tab. 35:	Ablehnung sozialer Ungleichheit in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISSP).....	194
Tab. 36:	Notwendigkeit sozialer Ungleichheit in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISSP).....	196
Tab. 37:	Ablehnung sozialer Ungleichheit in Ländern (OLS-Regression, ISSP).....	202
Tab. 38:	Notwendigkeit sozialer Ungleichheit in Ländern (OLS-Regression, ISSP).....	206
Tab. 39:	Makroefflüsse auf die Ablehnung von sozialer Ungleichheit (OLS-Regression, ISSP).....	211
Tab. 40:	Makroefflüsse auf die Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit (OLS-Regression, ISSP).....	215
Tab. 41:	Meritokratismus in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISJP)	221
Tab. 42:	Etatismus in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISJP)	223
Tab. 43:	Meritokratismus in Ländern (OLS-Regression, ISJP).....	229
Tab. 44:	Etatismus in Ländern (OLS-Regression, ISJP)	231
Tab. 45:	Makroefflüsse auf den Meritokratismus (OLS-Regression, ISJP)	235
Tab. 46:	Makroefflüsse auf den Etatismus (OLS-Regression, ISJP)	238
Tab. 47:	Methodisch-technische Information zu den ISJP-Daten	272
Tab. 48:	Methodisch-technische Information zu den ISSP-Daten.....	273
Tab. 49:	Soziale Ungleichheit im Einkommen in Ost und West (Gini-Koeffizient).....	274

1 Einführung

Sozialer Wandel in Ost und West betrifft nicht nur die objektiven Strukturen von Gesellschaften, sondern auch die subjektiven Einstellungen, Wahrnehmungen, Werthaltungen und Verhaltensweisen der Menschen, die darin leben. In eine Metapher gebracht, könnte man diesbezüglich auch vom "sozialen Wandel der Hardware" (den gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen etc.) und dem "sozialen Wandel der Software" (den Wahrnehmungen, Bewertungen, Einstellungen und Verhaltensweisen diesen Strukturen gegenüber) sprechen. Beide sind gleichermaßen wichtig, wenn es um die Beschreibung und Erklärung sozialen Wandels geht, auch wenn sich die vorliegende Studie vor allem mit der "Analyse der Software" beschäftigt. Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht deshalb die empirische Frage, inwieweit der soziale Wandel in westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Transformationsländern mit Wahrnehmungen und Bewertungen in Zusammenhang steht und wie solche subjektiven Empfindungen und Einschätzungen, die selbst von Veränderungen betroffen sind, vor dem Hintergrund des sozialen Wandels erklärt werden können. Dabei sind Hardware und Software stets aufeinander bezogen. In den Sozialwissenschaften wird dies unter den Schlagworten Struktur und Handeln theoretisch diskutiert und stellt ein Grundproblem seit ihrem Bestehen dar, denn soziales Handeln und soziale Strukturen konstituieren sich fortlaufend wechselseitig (vgl. Schimank, 2000: 9). Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen können als soziales Handeln aufgefasst werden, da sie, wenn nicht selbst schon als Handeln begriffen, zumindest als handlungsleitend eingestuft werden können (vgl. Meinefeld, 1977: 17). Von daher ist es Ziel dieser Arbeit, Analysen zum Wandel der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage in verschiedenen postkommunistischen Transformationsländern und westlich kapitalistischen Ländern mit subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen durch die Bevölkerung in diesen Ländern zusammenzubringen. Damit wird diese Studie - wenn man so will - auch durch die Marxsche Erkenntnis geleitet, dass das Sein das Bewusstsein der Menschen prägt (vgl. Marx, 1972: 9) und dass diese subjektiven Wahrnehmungen, Einstellungen und Äußerungen der Menschen für die Weiterentwicklung des Sozialen und vor allem der sozialen Strukturen bedeutsam sind.

Objektive Lage und subjektive Wahrnehmung und Bewertung: Die vorliegende Untersuchung zielt auf die subjektive Dimension des sozialen Wandels, der diesbezüglich nicht nur einfach beschrieben, sondern auch zu erklären versucht wird. Die Studie macht sich auf die Suche nach den Faktoren, welche Unterschiede in den Einstellungen, Bewertungen und Wahrnehmungen der Bevölkerungen verschiedener Länder und ihre Veränderungen über die Zeit hinweg im Rahmen von Modernisierungs- und Transformationsprozessen in West und Ost bestimmen können. Die zentrale Fragestellung dreht sich also darum, wie sich Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen erklären lassen. Das, was sich in den "Köpfen der Menschen" verändert, ist für das Verständnis des sozialen Wandels nicht minder bedeutsam wie der Wandel der objektiven Strukturen selbst. Der Umbruch in den ehemals kommunistischen Ländern wäre zum Beispiel ohne einen Wandel in den Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung bis hin zu der aktiven Umsetzung in Form von Massenprotesten gegen die sozialistischen Regimes nicht zustande gekommen. Aber auch im Zuge des Transformationsprozesses ist klar, dass die verschiedenen Modernisierungsprozesse in osteuropäischen Ländern in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft von den Bevölkerungen unterstützt werden

müssen, wenn sie Bestand haben sollen. Dies gilt auch für Modernisierungs- und Reformprozesse in westlich-kapitalistischen Gesellschaften, die vor allem Veränderungen in den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements betreffen. Unter demokratischen Bedingungen werden die politischen Eliten in ihren Reformbestrebungen auf entsprechende Einstellungen der Bevölkerung Rücksicht nehmen müssen, wenn sie wieder gewählt werden möchten. Auch von daher lässt sich veranschaulichen, dass Einstellungen und Bewertungen zu erklären höchst bedeutsam ist.

Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit: Wahrnehmungen, Einstellungen, Werthaltungen und Verhaltensweisen von Menschen gibt es viele, die analysiert werden können. Doch nicht alle sind gleichermaßen relevant. Die Struktur sozialer Ungleichheit ist stets von sozialem Wandel betroffen, sei es in Form von radikalen Gesellschaftsumbrüchen wie in Osteuropa und in der Sowjetunion oder in Form von Modernisierungs- und Reformprozessen, wie zum Beispiel in westlich-kapitalistischen Ländern. Nicht umsonst ist soziale Ungleichheit und ihre Erforschung den Sozialwissenschaften und insbesondere der Soziologie wissenschaftlich in die Wiege gelegt (vgl. Dahrendorf, 1961; Dahrendorf, 1974: 353f). Von daher konzentriert sich diese Studie auf Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und Wahrnehmungen und Bewertungen des Systems der sozialen Ungleichheit nach Gesichtspunkten ihrer sozialen Gerechtigkeit (vgl. Müller und Wegener, 1995). Der Übergang vom paternalistischen Sozialismus mit Planwirtschaft zu Demokratie mit Marktwirtschaft in Osteuropa hat auch das Gefüge der sozialen Ungleichheit radikal verändert. Durch die Entwicklungen hat sich ein System sozialer Ungleichheit in diesen Ländern herauskristallisiert und verschärft, das vorher in diesem Ausmaß nicht vorhanden war bzw. zumindest auf Grund der herrschenden Staatsphilosophie nicht gewollt war. In westlichen Ländern dagegen sind es vor allem Reformen im Zuge des Umbaus des Wohlfahrtsstaates, welche das System der sozialen Ungleichheit vor neue Veränderungen stellen. Diese Veränderungen betreffen vor allem die Verteilung des Wohlstands in diesen Gesellschaften und wirken so auf das Gefüge der sozialen Ungleichheit. Von daher ist die Frage zu stellen, welche Ordnung von sozialer Ungleichheit die Menschen in verschiedenen Ländern präferieren und unter welchen Bedingungen sie welche Ungleichheitsstruktur nach Gerechtigkeitsaspekten legitimieren. Unter dem Gesichtspunkt der subjektiven Dimension sozialer Ungleichheit ist also die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit eng verbunden. Welches Ausmaß an sozialer Ungerechtigkeit nehmen die Menschen in verschiedenen Ländern wahr und wovon hängt diese ab? Nach welchen Verteilungsideologien soll die Verteilung des Wohlstands einer Gesellschaft organisiert werden?

Ländervergleichende Untersuchung: International vergleichende empirische Studien haben immer wieder zeigen können, dass sich Länder nicht nur in zentralen objektiven wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aspekten und Entwicklungen unterscheiden, sondern auch hinsichtlich der subjektiven Einstellungen und Wahrnehmungen der jeweiligen Bevölkerung erhebliche Länderunterschiede bestehen. Dieser Forschungstradition sieht sich auch diese Studie verbunden, indem insgesamt 23 Länder diesbezüglich untersucht und im Querschnitt verglichen werden. 10 dieser Länder können als postkommunistische, 13 als westlich kapitalistische Länder bezeichnet werden. Als postkommunistische Länder werden Bulgarien, Estland, Lettland, Ostdeutschland, Polen, Russland, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn in die Analyse einbezogen. Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Österreich,

Portugal, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Vereinigten Staaten von Amerika und Westdeutschland können als westlich-kapitalistische Länder in der Studie untersucht werden. Aufgrund der spezifischen Situation der deutschen Vereinigung der ehemaligen DDR als ehemals sozialistischem Land und der ehemaligen BRD als westlich-kapitalistischem Land kommt Deutschland nach der Wende eine gewisse Sonderrolle in den Analysen zu. Denn mit dem deutschen Einigungsprozess wurden Institutionen der ehemaligen Bundesrepublik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einfach übernommen. Der Institutionentransfer und der Zusammenschluss zweier ehemals eigenständiger Staaten bewirkten, dass die ehemalige DDR quasi in einen "ready-made-state" (vgl. Rose und Haerpfer, 1996) integriert wurde. In den Analysen muss diese Besonderheit entsprechend berücksichtigt werden.

Veränderungen über die Zeit: Ein besonderes Augenmerk bei der vorliegenden Untersuchung wird auf Veränderungen von Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen über die Zeit hinweg gelegt. Denn nur so können Veränderungen in Bezug auf objektive Strukturen als Erklärung des Wandels von subjektiven Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen adäquat verstanden werden. Der zeitliche Horizont der Untersuchung erstreckt sich von Mitte der 80er Jahre bis zum Ende der 90er Jahre. Die Begrenzung auf diesen Zeitraum ergibt sich auf Grund der Datenlage.

Zusammenführung von Länderdaten und Umfragedaten: In der bisherigen Praxis der Sozialforschung scheinen Analysen von Daten der amtlichen Statistik oder allgemein von Makrodaten auf Länder-, Regionen oder Gebietsebene und Analysen von Mikrodaten aus Bevölkerungsumfragen auf individueller Ebene vielfach nebeneinander zu existieren. Zwar werden in Länder beschreibenden Untersuchungen immer wieder individuelle Umfragedaten herangezogen, um auch die subjektive Seite der sonst sich rein auf die objektiven Lagen und Wandlungsprozesse konzentrierenden Analysen zu Wort kommen zu lassen. Und auch in schwerpunktmäßig Umfragedaten analysierenden Untersuchungen werden Makrodaten bislang weitgehend nur dazu verwendet, den Makrorahmen einer solchen Studie quasi heuristisch mit greifbarem Makrodatenmaterial beschreibend zu unterfüttern. Allerdings werden noch immer zu wenige Anstrengungen unternommen, beide Arten von Daten in Analysen stärker zu verzahnen. Warum dies bislang nur selten geschah, liegt scheinbar vor allem daran, dass international vergleichbare Makrodaten nicht oder nur mit Einschränkungen verwendbar waren und teilweise noch immer sind. Zwar haben sich internationale Institutionen und nationale statistische Behörden auch im letzten Jahrzehnt erheblich bemüht, eine Harmonisierung von Länderdaten mit der Herstellung von internationaler Vergleichbarkeit zu erreichen, es sind aber noch erheblich weitergehende Anstrengungen notwendig, um die Datenlage für Analysen auf Makroebene der Länder zu verbessern. In der vorliegenden Studie wird der Versuch unternommen, Makrodaten der Länder mit internationalen Umfragedaten stärker zu verknüpfen. Die Suche nach geeigneten Daten erwies sich dabei als außerordentlich schwierig und es kann schon jetzt festgehalten werden, dass noch mehr aufgewendet werden muss, um international vergleichende Makrodaten für die Öffentlichkeit und vor allem für die Wissenschaft bereitzustellen.

Daten und Datenlage: In dieser Untersuchung werden Makrodaten zur Beschreibung der Länder und internationale Umfragedaten auf personenbezogener Ebene verwendet. *Länderbezogene Makrodaten* stammen aus unterschiedlichen Quellen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der European Bank for Reconstruction and Development (EPDR), der Weltbank (World Bank), der

Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), des Internationalen Währungsfonds (IWF), des europäischen statistischen Amtes (EUROSTAT) und des Statistischen Bundesamtes in Deutschland (STATBUND). Diese Institutionen sind in besonderem Maße darum bemüht, international vergleichbare Daten für Wissenschaft und Öffentlichkeit bereitzustellen. Allerdings weisen die Daten aus diesen Quellen partiell erhebliche Lücken auf und können zum Teil nur bedingt zwischen Ländern verglichen werden. Daten fehlen vor allem für die postkommunistischen Transformationsländer vor und zu Beginn der Umbruchszeit. *Personenbezogene Individualdaten* dieser Studie, die in nationalen repräsentativen Umfragen gewonnen wurden, stammen aus zwei großen internationalen Umfrageprojekten, dem *International Social Justice Project* (ISJP) von 1991, 1996 und 2000 und den Modulen "Soziale Ungleichheit" des *International Social Survey Programme* (ISSP) von 1987, 1992 und 1999. Beide Umfrageprojekte ermöglichen personenbezogene Analysen von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und der sozialen Gerechtigkeit. Aber auch hier gilt, dass die hier vorgelegten Analysen durch fehlende Daten in einzelnen Ländern und/oder Zeitpunkten erheblich eingeschränkt werden müssen. Vor den rasanten Umbrüchen in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion liegen mit Ausnahme von Polen und Ungarn, die sich schon in den 80er Jahren am ISSP beteiligten, keine vergleichbaren Daten vor. Zwar konnte sich die Umfrageforschung im ehemaligen Ostblock bereits in den späten 70er Jahren etablieren, vermied jedoch politisch brisante Fragestellungen und beschränkte sich auf unverfänglichere Themen, die sich propagandistisch für die "sozialistische Lebensweise" nutzen ließen (vgl. Beyme, 1994: 328). Nach dem Systemwechsel wurde vor allem mit westlicher Unterstützung der Anschluss an die internationale Umfrageforschung gesucht und gefunden. Denn der mit den Transformationsprozessen einhergehende rasche Wandel der Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung war von außerordentlichem wissenschaftlichem Interesse für die Sozialwissenschaften, das Wissen über Transformationsprozesse und den entsprechenden Theorien zu erweitern. Eine kontinuierliche Begleitung durch die Sozialforschung war und ist dazu unbedingt erforderlich. Benötigt werden Datenreihen in Umfragen, mit denen der Wandel der Sozialstruktur, das soziale Verhalten und die Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung im Transformationsprozess dokumentiert und entsprechend analysiert werden kann. Zwar ist vielfach von einer ungleichen Qualität der Daten in West- und Osteuropa auszugehen, da in osteuropäischen Forschungsinstitutionen internationale methodische Standards zwar zur Kenntnis genommen, aber in der Verwirklichung noch zu wenig berücksichtigt worden. Der "Safari-Approach" (Kaase, 1994) in der Datensammlung in Osteuropa dürfte den Reifegrad westlicher Umfrageforschung noch nicht erreicht haben. Dennoch gilt es, mit diesen Bemühungen unbedingt fortzufahren.

Theoretische und empirische Restriktionen: Jede wissenschaftliche Untersuchung unterliegt Beschränkungen, die sich aus dem Untersuchungsgegenstand selbst oder sich dann ergeben, wenn die schwere Reise des empirischen Forschungsprozesses angetreten werden muss, der an allen Ecken und Enden mit einer Fülle von Problemen aufwartet. Da das Thema dieser Studie am Schnittpunkt mehrerer Forschungsgebiete - der Wohlfahrtsstaatsforschung, der Transformationsforschung, der Forschung über soziale Ungleichheit, der Gerechtigkeitsforschung und den Methoden der empirischen Sozialforschung - anknüpft, resultieren angesichts der Fülle möglicher theoretischer Bezüge und des Umfangs an Literatur notwendigerweise an der ein oder anderen Stelle Verkürzungen, die jedoch nicht als absichtlicher Reduktionismus aufgefasst werden sollten. Empirische Zwänge erge-

ben sich vor allem aus der Begrenzung von Möglichkeiten durch unzulängliche Daten. Gemessen daran, was in theoretischer Hinsicht bei empirischen Analysen oft notwenig wäre, muss sich auch diese Studie vor allem danach richten, was empirisch überhaupt machbar ist. Daher ergeben sich Einschränkungen vor allem aufgrund der Datenlage, seien es fehlende Makrodaten aus Länderstatistiken oder Umfragedaten für einzelne Länder und/oder Zeitpunkte sowie nicht oder nicht vergleichbar erhobener Variablen (in einzelnen Ländern und/oder Zeitpunkten).

Aufbau der Arbeit: Diese Studie kann grob in einen stärker theoretischen Teil (Kap. 2-6) und einen empirischen Teil (Kap. 7-11) gegliedert werden. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen: Zunächst wird die Zielsetzung der Studie weiter präzisiert und die Konzeption anhand zentraler Kernelemente verdeutlicht (Kap. 1). Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Gerechtigkeitsforschung (Kap. 3) und der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung (Kap. 4) bilden die beiden wesentlichen theoretischen Bezugspunkte der Studie. Daher werden die im Zusammenhang dieser Studie relevanten Erkenntnisse und Resultate aus beiden Forschungsbereichen in jeweils eigenen Abschnitten dargestellt und miteinander verbunden. Der soziale Wandel in westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern bildet den Kontext der empirischen Untersuchung (Kap. 5). Nach jeweils zunächst theoretischen Erörterungen zum sozialen Wandel in westlich-kapitalistischen (Modernisierung) und postkommunistischen Ländern (Transformation), werden jeweils konkrete Entwicklungen in den einzelnen Ländern anhand zentraler Indikatoren aufgezeigt. Da diese Studie methodisch als ländervergleichende Untersuchung charakterisiert werden kann, werden zentrale methodische Probleme der komparativen Sozialforschung vorgestellt und diskutiert (Kap. 6). Der empirische Teil beginnt mit Erläuterungen zu den verwendeten Daten, zur Operationalisierung der Variablen und zu den angewandten Analysemethoden (Kap. 7). Im Anschluss daran werden in Rückgriff auf den theoretischen Teil der Studie die empirisch zu testenden Hypothesen vorgestellt (Kap. 8). In den drei darauffolgenden Kapiteln werden jeweils die Ergebnisse der drei untersuchten Aspekte vorgestellt und diskutiert: die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (Kap. 9), Einstellungen zur sozialen Ungleichheit (Kap. 10) und die Präferenz von Verteilungsideologien (Kap. 11). Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie nochmals zusammengefasst (Kap. 12).

2 Zielsetzung und Konzeption

Die Gerechtigkeit der sozialen Verhältnisse ist in der modernen Gesellschaft von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben von Menschen. Wenn die Verteilung von Wohlstand, Gütern, Lebenschancen, Anerkennung oder Übeln etc. als ungerecht erachtet wird, ist Unzufriedenheit, Neid, Protest, Streit oder Krankheit etc. nicht selten die Folge. Die Legitimität der sozialen Ordnung wird damit in Frage gestellt. Für den Bestand und die Stabilität einer Gesellschaft ist die Legitimation der Verteilungsordnung durch die Gesellschaftsmitglieder jedoch eine notwendige Voraussetzung. Die Untersuchung der sozial ungleichen Verteilung von materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit ist eine Kernaufgabe der Sozialwissenschaften. Dabei stehen Erklärungen für die Ursachen sozialer Ungleichheit, die Formen und Dimensionen sozialer Ungleichheit sowie die Folgen für Individuen und Gesellschaft im Zentrum der theoretischen und empirischen Arbeit (vgl. Berger, 2001: 224). Letztendlich geht es um die Beantwortung der Grundfrage: "Wer bekommt was und warum" (Lenski, 1973: 18). Die Frage nach der Legitimität von sozialer Ungleichheit ist eine Frage nach der Wahrnehmung und Bewertung durch die Bevölkerung (vgl. Haller, 1986: 445). Auch wie die Bevölkerung über soziale Ungleichheit denkt, ist den Sozialwissenschaften als zu untersuchende Frage gestellt, die nur durch empirische Erforschung beantwortet werden kann. Dabei müssen die tatsächlichen Ungleichheitsstrukturen und die von der Bevölkerung akzeptierten allgemeinen Legitimationsprinzipien von sozialer Ungleichheit in Zusammenhang gebracht werden. Die Forschung darf sich nicht mit der Beschreibung und Erklärung von sozialer Ungleichheit begnügen, sondern muss auch die Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit in den Blick nehmen und sie zu erklären versuchen. Es muss also nach den Gerechtigkeitskonzeptionen gefragt werden, mit denen soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft legitimiert wird. Die sozialwissenschaftliche Gerechtigkeitsforschung ist also eine notwendige Erweiterung der Erforschung sozialer Ungleichheit (vgl. Müller und Wegener, 1995: 19).

Die vorliegende Untersuchung versteht sich als Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Gerechtigkeitsforschung und zielt damit auf die subjektive Seite sozialer Ungleichheit, indem sie (1) die Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit nach dem Gesichtspunkt ihrer Gerechtigkeit zum Gegenstand hat. Da Einkommen in modernen Gesellschaften wohl die wichtigste Dimension sozialer Ungleichheit darstellt, soll ein Erklärungsbeitrag dazu geleistet werden, wie die Einkommensverteilung von den Menschen wahrgenommen und bewertet wird. In diesem Punkt kann diese Studie auf einer Reihe anderer Untersuchungen aufbauen (vgl. u.a. Gijsberts, 1999; Headey, 1991; Hermkens, 1987; Hochschild, 1981; Jasso, 1978; Jasso und Rossi, 1977; Kelley und Evans, 1993; Kluegel et al., 1995; Kluegel und Smith, 1986; Szirmai, 1986; Wegener und Steinmann, 1995). Ferner kann diese Studie einen Beitrag dazu leisten (2), welche Einstellungen zu sozialer Ungleichheit geäußert und welche normativen Verteilungsprinzipien bzw. Gerechtigkeitsideologien von Menschen befürwortet werden und wie diese erklärt werden können (vgl. u.a. Abercrombie et al., 1980; Deutsch, 1975; Haller et al., 1995; Hochschild, 1981; Huber und Form, 1973; Kluegel und Matêjû, 1995; Lane, 1986; Liebig und Wegener, 1995; Rytina et al., 1970; Shepelak, 1989; Wegener und Liebig, 1993; Wegener und Liebig, 1995; Wegener und Liebig, 1998; Wegener et al., 2000). Beide Aspekte, die Wahrnehmung von Gerechtigkeit und die Befürwortung von Gerechtig-

keitsideologien bzw. Einstellungen zu sozialer Ungleichheit werden in dieser Studie näher untersucht. Diese Arbeit geht diesbezüglich an entscheidender Stelle über den bisherigen Stand der Forschung hinaus, indem zahlreiche Länder miteinander verglichen und Veränderungen über die Zeit verfolgt werden.

In dieser Studie sollen Antworten auf folgende konkreten Fragen gegeben werden:

- a) Welches Ausmaß an sozialer Ungerechtigkeit in Bezug auf die Einkommensverteilung wird von der Bevölkerung in osteuropäischen Transformationsländern und westlich-kapitalistischen Ländern wahrgenommen?
- b) Welche Einstellungen zu sozialer Ungleichheit (Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit) werden in diesen Ländern jeweils stärker oder schwächer von der Bevölkerung befürwortet?
- c) Wie stark werden welche normativen Verteilungsideologien von der Bevölkerung in diesen Ländern vertreten?
- d) Inwieweit lassen sich Wahrnehmungen von sozialer Ungerechtigkeit, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und die Präferenz von Verteilungsprinzipien durch Variationen innerhalb eines Landes (v.a. durch die unterschiedliche sozialstrukturelle Verortung der Individuen) und durch Abweichungen zwischen Ländern (v.a. durch Merkmale und Besonderheiten der einzelnen Länder) erklären? Was ist der Erklärungsbeitrag mikrostruktureller und makrostruktureller Indikatoren?
- e) Inwieweit unterscheiden sich insbesondere osteuropäische Transformationsländer und westlich kapitalistische Länder hinsichtlich der Wahrnehmung von sozialer Ungerechtigkeit, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und der Präferenz von Verteilungsideologien?
- f) Wie verändern sich die Wahrnehmung von sozialer Ungerechtigkeit, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und der Präferenz von Verteilungsideologien angesichts des sozialen Wandels in osteuropäischen Transformationsländern und westlich-kapitalistischen Ländern in den 90er Jahren und wie lassen sich diese Veränderungen erklären (Punkt 'a' bis 'e' diachron)?

Um diese Fragen beantworten zu können, werden in dieser Studie Ansätze und Erkenntnisse der sozialen Ungleichheitsforschung und der Gerechtigkeitsforschung, der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, der Transformationsforschung und in methodischer Hinsicht der Einstellungsforschung, der Gerechtigkeitspsychophysik und der internationalen komparativen Forschung herangezogen und in einem Untersuchungsrahmen verbunden. In einigen Punkten soll dieser Rahmen näher erläutert werden, bevor in den weiteren theoretischen Abschnitten dieser Studie dieser Rahmen weiter expliziert wird.

2.1 Objektive Lage und subjektive Wahrnehmung und Bewertung

Mit der Wahrnehmung von Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und der Zustimmung zu normativen Verteilungsideologien wird die subjektive Komponente von ansonst objektiven "sozialen Tatsachen" (im Durkheimschen Sinne, Durkheim 1991) angesprochen. Eine solche soziale Tatsache ist, dass Menschen unter ungleichen Lebensbedingungen leben und im Gefüge sozialer Ungleichheit unterschiedlich positioniert sind. Diese Positionierung im Ungleichheitsgefüge und die darin mögliche soziale Mobilität (z.B. durch Auf- oder Abstiege, Inklusion und Exklusion etc.) wird von unterschiedlichen Faktoren, nämlich individuellen (z.B. der Leistung, Bildung, Familie, Geschlecht etc.) und institutionellen (z.B. Staat, Markt, Wohlfahrtsstaat, Recht etc.) beeinflusst. Die Formen sozialer Ungleichheit zu analysieren, sie ursächlich zu erklären und die Folgen aufzudecken, ist Aufgabe der Erforschung von sozialer Ungleichheit. Ungeklärt bleibt dabei meist die Frage, welche soziale Ungleichheit als legitim und welche als illegitim erachtet wird. Zwar können Forscherinnen und Forscher Werturteile hinsichtlich der von ihnen diagnostizierten Ungleichheit abgeben, die Frage, wie die Bevölkerung darüber denkt, bleibt jedoch nicht selten außen vor. Mit der Frage nach der Gerechtigkeit der Verteilung von Belohnungen, Gütern und Lebenschancen in der Form von Einkommen, Vermögen, Macht, Prestige oder Anerkennung ist die subjektive Dimension sozialer Ungleichheit aufgeworfen. Es wird danach gefragt, welche Bedeutung soziale Ungleichheit in den Augen der Bürger hat, welche Ungleichheiten als legitim oder illegitim angesehen werden, wie eine Verteilung des Wohlstands gerecht gestaltet werden kann und welche normativen Prinzipien für eine solche Verteilung zur Geltung kommen sollen. Welche Vorstellung die Menschen von einer "gerechten Gesellschaft" haben und wie sie auszusehen hat, ist unter den Bedingungen demokratisch verfasster Gesellschaften zudem von besonderer Relevanz, da sie über den politischen Willensbildungsprozess Einfluss auf politische Akteure und deren Entscheidungen zur Gestaltung von Staat und Gesellschaft haben. Und die politischen Akteure sind über regelmäßig wiederkehrende Wahlen an die Auffassungen der wahlberechtigten Gesellschaftsmitglieder gebunden. Die Frage nach der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit muss jedoch über eine rein deskriptive Meinungsforschung hinausgehen, auch wenn sich politische Akteure dieser gerne (aufgrund der schnellen Verfügbarkeit) bedienen, um rasch populäre und durchsetzungsfähige Entscheidungen treffen zu können. Es geht vielmehr darum, solche Wahrnehmungen, Bewertungen und Gerechtigkeitsurteile zu erklären, indem entsprechende Determinanten kritisch identifiziert und systematisch untersucht werden (Wegner, 1992). Es müssen individuelle Motive, mögliche Verzerrungen durch spezifische Interessenlagen der Individuen und die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen als Erklärungsfaktoren herangezogen werden.

Auch wenn Marx in seiner Denkweise soziale Gerechtigkeit begrifflich mied, als Teil des Überbaus eher ablehnte, zumindest jedoch aus theoretischer Sicht für unerwünscht erklärte (Müller, 1995), kann hinsichtlich der im Rahmen der Gerechtigkeitsforschung gesuchten Determinanten von Gerechtigkeitswahrnehmungen und Bewertungen ganz im Marxschen Sinne, auch wenn der vor allem damit die Produktionsverhältnisse im Auge hatte, der Schluss gezogen werden: "Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr

Bewusstsein bestimmt" (Marx, 1972: 9). Daraus ist zu folgern, dass nach der individuellen Verortung der Individuen in der Gesellschaft gefragt werden muss, um ihr Bewusstsein, in diesem Falle ihre Gerechtigkeitsvorstellungen, erklären zu können. Bezogen auf normative Vorstellungen hat dies pointiert vor allem auch Homans formuliert, der die Erfahrung der Menschen als Determinante normativer Einstellungen sieht, indem er schreibt: "was *ist*, bestimmt immer, was sein *sollte*" (Homans, 1972: 91). Das hängt damit zusammen, dass das, was tatsächlich passiert, eine normative Wirkung auf Menschen entfaltet. Und in seiner klassischen austauschtheoretischen Aussage zur Verteilungsgerechtigkeit meint er, "the rule of distributive justice is a statement of what ought to be, and what people say ought to be is determined in the long run and with some lag by what they find in fact to be the case" (Homans, 1961: 249f). Es entstehen Erwartungen hinsichtlich der Verteilung von Belohnungen in einer Gesellschaft, die sich "langfristig immer auf das gründen, was tatsächlich geschieht" (Homans, 1972: 94), und erst dann, wenn diese nicht erfüllt werden, nehmen dies die Menschen als ungerecht wahr und reagieren "ärgerlich". So können sich Menschen scheinbar auch an Benachteiligungen im gesellschaftlichen Belohnungssystem gewöhnen und diese langfristig als gerecht empfinden. Eine Verletzung der Gerechtigkeitsempfindung kommt vor allem erst durch sozialen Wandel und Veränderung, nämlich dann, wenn normative Erwartungen an den Wandel unerfüllt bleiben. So kann "eine Person oder eine Gruppe, bei der sich, aus welchen Gründen auch immer, die Erwartung ständig steigender Belohnungen ausgebildet hat, ärgerlich werden, wenn die Belohnung nicht wie erwartet steigt oder sogar sinkt, selbst wenn sie absolut gesehen jetzt besser daran ist als zu Beginn" (Homans, 1972: 94).

Es gibt also Grund zu der Annahme, dass das, was ist, sei es die individuelle Verortung der Menschen im Gefüge sozialer Ungleichheit einer Gesellschaft, die politische und normative Kultur einer Gesellschaft, ihre Verteilungsregeln und -institutionen und vielleicht ganz allgemein der wirtschaftliche, politische und soziale Gesamtzusammenhang einer Gesellschaft, den Erwartungsrahmen von Menschen konstituiert und auf diese Weise individuelle Gerechtigkeitswahrnehmungen und -bewertungen beeinflusst. Kurz: Die subjektive Seite der Wahrnehmung und Bewertung wird von objektiven Lagen beeinflusst.

Die Untersuchung der subjektiven Sichtweise der Individuen, der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit, sowie der Befürwortung von Gerechtigkeitsprinzipien und -ideologien muss empirisch angegangen werden. In der Regel werden diese Aspekte anhand von Einstellungen der Bevölkerung erhoben, in denen Menschen zu Einschätzungen anhand vorgegebener Messskalen bewegt werden (vgl. hierzu insbesondere Kap. 7.2, S. 139). In dieser Studie geht es vor allem um Einstellungen, welche die Gesellschaft als Ganzes anbelangen und auf die Verteilungsordnung in Bezug auf Einkommen zielt. Dabei geht es einerseits allgemein um die Vorstellung, wie die Verteilungsordnung aus normativer Sicht der Bevölkerung gestaltet sein sollte (nach welchen allgemeinen Regeln, durch welche Institutionen und in welchem Ausmaß), und andererseits um das Empfinden und die Bewertung von konkreten Verteilungsergebnissen, die das institutionalisierte Verteilungs- und Belohnungssystem aus der Perspektive der Wahrnehmung der Bevölkerung vornimmt. Mit beiden subjektiven Komponenten ist sicherlich nicht notwendigerweise soziales Handeln impliziert, indem z.B. konkretes Protestverhalten, gesundheitliche Beeinträchtigung damit untersucht werden würde. Einstellungen können jedoch verhaltenswirksam werden,

weil sie aus individueller Perspektive und im individuellen Lebensvollzug reale Tatsachen sind und damit zur Grundlage für das Handeln und Entscheiden von Menschen werden, und sind schon von daher als Untersuchungsgegenstand relevant (vgl. Meinefeld, 1977).

2.2 Kultur und Struktur als Erklärungshintergrund

Wenn die Legitimation von sozialer Ungleichheit, die Präferenz von Ideologien hinsichtlich der sozialen Verteilung von Wohlstand und die Wahrnehmung und Bewertung von Verteilungsungerechtigkeit durch die Bevölkerungen mehr als nur einfach beschrieben werden sollen, muss danach gefragt werden, durch welche Determinanten sie sich erklären lassen. Aus theoretischer Perspektive stehen hierzu zwei grundsätzliche Möglichkeiten einer kausalen Erklärung zur Verfügung, die im Rahmen der politischen Kulturforschung (seit Almond und Verba, 1963) immer wieder im Zentrum theoretischer Diskussionen stehen: Struktur und Kultur (vgl. Wegener, 2000). Einerseits können strukturelle Lebenszusammenhänge von Individuen innerhalb der Sozialstruktur einer Gesellschaft (z.B. ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht, Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf etc.) auf Mikroebene und strukturelle Merkmale einer Gesellschaft selbst (wie z.B. die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung) auf Makroebene als Erklärungsfaktoren herangezogen werden. Andererseits können Aspekte der Kultur einer Gesellschaft, kollektive Werte, Normen, die konsensuell geteilt werden, religiöse Doktrinen, Traditionen und gemeinsame geschichtliche Erfahrungen zur Erklärung individueller perzeptiver oder normativer Einstellungen und Bewertungen herangezogen werden (vgl. Archer, 1988; Rohrschneider, 2000). Um erklären zu können, inwieweit Kultur- oder Struktureinflüsse individuelle Einstellungen determinieren, ist der Gesellschaftsvergleich in empirischen Analysen notwendige Voraussetzung. Strukturalisten gehen unter dieser Anforderung davon aus, dass die Sozialstruktur unabhängig von anderen nationalen Charakteristiken einen über die Länder hinweg einheitlichen Effekt auf Individuen hat. Kulturalisten dagegen nehmen an, dass gemeinsame Kultur, kollektiv geteilte gesellschaftliche Werte, Normen etc. den Effekt der Sozialstruktur auf Individuen modifizieren und daher unterschiedliche länderspezifische Ergebnisse bewirken (vgl. Gauthier, 2000: 7). Da eine Klärung der Gültigkeit dieser Positionen letztendlich nicht theoretisch geleistet werden kann, kann nur mit empirischen Studien an konkreten Fragestellungen versucht werden, zur Klärung des Richtungsstreits beizutragen (vgl. Archer, 1988). Aber auch in methodischer Hinsicht besteht die Schwierigkeit, wie sich kulturelle und sozialstrukturelle Effekte empirisch trennen lassen. So ist diesbezüglich darauf hingewiesen worden, dass dies nur unter der Voraussetzung des Vergleichs mehrerer Gesellschaften Erfolg versprechend ist, und es wurde vorgeschlagen, kulturelle Einflüsse dem 'Rest' unerklärter Varianz zuzusprechen, die nach Kontrolle aller theoretisch denkbaren sozialstrukturellen Faktoren übrig bleiben (vgl. Wegener und Liebig, 1993: 669).

Besondere Probleme löst in den Sozialwissenschaften offenbar der oft gebrauchte Kulturbegriff aus, der konturenlos, beliebig und inhaltlich ungeklärt bleibt und sich durch "bedeutungsgeladene Diffusität" (Soeffner, 1988) auszeichnet. Und es ist eine Eigentümlichkeit moderner Gesellschaften, dass sie sich selbst als Kultur beschreiben (vgl. Baecker, 2001: 44). Dabei scheint es, dass Ge-

sellschaftsmitglieder selbst durch Verwendung des Begriffs dazu beizutragen, dass der Begriff inhaltlich beliebig und diffus bleibt, und dass der Begriff Kultur der Gefahr ausgesetzt ist, synonym zu Gesellschaft gebraucht zu werden. Letzteres ist freilich auch in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung ein ungeklärtes Thema. So sind im Rahmen der strukturfunktionalen Theorie Parsons "theoretische Manöver" (Baecker, 2001: 135) notwendig, um Kultursystem und Sozialsystem im Rahmen der Entwicklung seines AGIL-Schemas (vgl. Parsons, 1972: 12-42)¹ auseinander halten zu können, und zu erklären, inwiefern eines für das andere konstituierend ist.² Wie kommen Symbole des Kulturellen, tradierte und erschaffene Inhalte und Muster von Werten und Ideen zustande, die soziale Interaktionen von Individuen und Kollektiven prägen und selbst als Ergebnis sozialen Handelns bezeichnet werden müssen? Dieser argumentative Zirkelschluss zwischen der gegenseitigen Konstituierung von sozialem und kulturellem System bzw. Handlungen und den Symbolen, an denen sich Handeln orientiert, lässt unklar, ob Kultur soziales Handeln in Situationen vorreguliert oder nur die Unterscheidung dafür liefert und ob die Frage nach der Unterscheidung von korrektem und inkorrektem Handeln im Kultursystem oder im Sozialsystem beantwortet wird (vgl. Baecker, 2001: 141). Schon diese theoretischen Probleme, die letzten Endes auf die Unmöglichkeit kausal eindeutiger Erklärungsversuche hinweisen, bestärken den Eindruck, dass empirischen Erklärungsanstrengungen ohne theoretische Enderklärung der Vorzug zu geben ist. Um die Handlungsrelevanzen von Kultur zu erkennen kommt es also darauf an, die innere Struktur von Kultur näher zu bestimmen, damit Kultur nicht "gewissermaßen zu einer 'black box', zu einer Residualkategorie, der all das zugeschrieben wird, was nicht durch andere Faktoren gebunden erscheint" wird, indem von Kultur nicht "in einem diffusen und unbestimmten Sinne" geredet wird, sondern von "inhaltlich bestimmten Ideen aus dem Konglomerat der Ideen, die die Kultur einer Zeit ausmachen" (Lepsius, 1988: 32). In der politischen Kulturforschung seit der Studie von Almond und Verba (1963) wurde genau dieser Versuch durch zahlreiche Anstrengungen unternommen, wenngleich auch hier die Kritik nicht abgeebbt ist, inwiefern der Begriff der politischen Kultur nicht doch zu vage und diffus bleibt (vgl. Berg-Schlosser, 1999; Dörner, 2003; Eckstein, 1988; Fuchs, 2002; Gabriel, 1994; Kaase, 1994; Pappi, 1986; Rohe, 1987; Rohe, 1994). Der von Wegener (2000) vorgeschlagene Weg, die politische Kulturforschung durch die schon weiter ausgearbeitete, konkret auf Gerechtigkeit bezogene Forschung zu bereichern (und umgekehrt), geht in diese Richtung, den Begriff Kultur stärker mit inhaltlich fassbareren normativen Werten und Ideen des Kulturellen in konkreten einzelnen Studien zu bestimmen.

¹ Danach ist das kulturelle System mit sinnstiftenden Regeln und Symbolen dafür zuständig, für die latente Strukturierung eines Systems zu sorgen. Das Sozialsystem dagegen ist für die Koordination und Steuerung von Interaktionen verantwortlich (vgl. Morel et al., 1989: 149f).

² Die Entwicklung der Parsons'schen Sichtweise zu diesem Thema findet sich bei: Parsons und Shils (1951b), Parsons und Smelser (1984), Kroeber und Parsons (1958) und Parsons (1968; 1972a). Kultur scheint für Parsons durch drei Schlüsselmerkmale gekennzeichnet zu sein: "first, that culture is *transmitted*, it constitutes a heritage or a social tradition; secondly, that it is *learned*, it is not a manifestation, in particular content, of man's genetic constitution; and third, that it is *shared*. Culture, that is, is on the one hand the product of, on the other hand a determinant of, systems of human social interaction" (Parsons, 1951: 15). Und gerade die Übertragbarkeit von Kultur macht den Unterschied zum Sozialsystem aus, weil Kultur damit ein analytisch und empirisch abstraktes Muster im einzelnen Sozialsystem ist (vgl. Parsons, 1951: 15).

Um den Blick von den theoretischen Überlegungen wieder auf den Gegenstand der vorliegenden Studie zu richten, sei zusammenfassend festgehalten, dass in dieser Studie auch geklärt werden soll, inwieweit strukturelle Effekte, die sich aus der tatsächlichen sozialen Situation ergeben, und kulturelle Einflüsse, die auf lang anhaltenden Traditionen und sozialisierten Werten beruhen, auf die Wahrnehmung und Bewertung von Ungerechtigkeit, die Legitimation von sozialer Ungleichheit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien vorliegen, wobei zwischen Effekten der Mikro- und der Makroebene unterschieden werden muss (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Ebenen der Kultur- und Struktureinflüsse

	Kultur	Struktur
	(A)	(B)
Makroebene	Kollektive Wertsysteme und institutionell verankerte Werte	Strukturelle Indikatoren der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung
	(D)	(C)
Mikroebene	Sozialisierte und situativ geprägte Werthaltungen und geäußerte Bewertungen	Sozialstrukturelle Merkmale der Individuen und ihre soziale Position
Eigene Darstellung		

Inwieweit die Wahrnehmung und Bewertung von Ungerechtigkeit, die Legitimation von sozialer Ungleichheit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien erklärt werden können, hängt danach zunächst von kulturellen und strukturellen Einflüssen auf der Makroebene der Gesellschaft ab bzw. von kulturellen und strukturellen Merkmalen auf der Ebene der komparativ betrachteten Länder und von individuellen (kulturell konstituierten) Werthaltungen und sozialstrukturellen (also strukturell konstituierten) Merkmalen der Individuen auf Mikroebene. Hinsichtlich kultureller Determinanten auf Makroebene der Länder (A) wurde in bisherigen Studien vor allem auf "dominante Ideologien" einer Gesellschaft (vgl. Abercrombie et al., 1980; Abercrombie et al., 1990; Abercrombie und Turner, 1978), auf Traditionen religiöser Doktrinen hinsichtlich primärer und sekundärer Ideologien (vgl. Liebig und Wegener, 1995; Wegener, 1992; Wegener und Liebig, 1995) oder auf institutionell im Rahmen des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements verankerte Werte (vgl. Andreß und Heien, 2001; Arts und Gelissen, 2001; Haller, 1989; Kluegel und Miyano, 1995; Lippl, 1997; Lippl, 2000; Lippl, 2003; Mau, 1997; Roller, 1994; Roller, 2000; Svallfors, 1995; Svallfors, 1997; Svallfors, 1999) Bezug genommen. Gerade wenn es um normative Verteilungsregeln in einer Gesellschaft geht, kann angenommen werden, dass der staatlichen Aufgabe zur Umverteilung im Rahmen der sozialpolitischen Sicherung der Bevölkerung eine herausgehobene Bedeutung zukommt. Üblicherweise wird diesbezüglich dem wohlfahrtsstaatlichen Arrangement als Ganzem Aufmerksamkeit geschenkt, das Funktionsweise, Prinzipien und gesamtgesellschaftliche sowie individuell-lebenslaufbezogene Wirkungen einschließt, indem auf einschlägige Typologien (vor allem die von Esping-Andersen, 1990) Bezug genommen wird. Bislang wenig Aufmerksamkeit wurde strukturellen Faktoren auf Makroebene (B) in empirischen Analysen geschenkt, die als gesamtgesellschaftliche Indikatoren in der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Hinsicht (z.B. Wirtschaftswachstum, wirtschaftliche Kraft, Ausmaß an Arbeitslosigkeit, Umfang an Sozialausga-

ben, politisches Klima etc.) die Wahrnehmung und Bewertung von Ungerechtigkeit, die Legitimation von sozialer Ungleichheit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien determinieren können. Voraussetzung für eine Analyse dieser Makrofaktoren ist jedoch eine möglichst große Fallzahl auf Makroebene durch die Analyse vieler Länder, die angesichts unzureichender Datenlage bislang nur schwer möglich war. Strukturelle Merkmale der Individuen (z.B. Geschlecht, Alter, Bildung, soziale Schicht etc.) auf der Mikroebene (C), die damit gegebene soziale Position der Individuen und die damit verbundenen individuellen Interessenlagen und Motivationen schließlich beeinflussen ebenfalls die Wahrnehmung und Bewertung von Ungerechtigkeit, die Legitimation sozialer Ungleichheit und die Befürwortung normativer Verteilungsideologien. Dass individuelle Merkmale der Befragten Gerechtigkeitsvorstellungen und Einstellungen zu sozialer Ungleichheit beeinflussen, konnte in zahlreichen Studien immer wieder bestätigt werden (vgl. Andreß und Heien, 2001; Gijsberts, 1999; Haller, 1989; Kelley und Evans, 1993; Liebig und Verwiebe, 2000; Liebig und Wegener, 1995; Lippl, 2000; Wegener und Liebig, 1995; Wegener et al., 2000). Über den generellen Einfluss individueller Strukturmerkmale hinaus ist besonders auf gesellschaftsspezifische Determinanten auf individueller Ebene (in der Form von landesspezifischen Interaktionseffekten) zu achten. Schließlich sind der Vollständigkeit halber noch andere individuelle kulturell geprägte (D), jedoch auch Kultur stiftende Werthaltungen, subjektive Einstellungen und Bewertungen als die untersuchten zu nennen, die einen Einfluss auf die Werte haben können, die untersucht und erklärt werden sollen. Es stellt sich jedoch hier zu Recht verschärft die Frage, inwieweit sich theoretisch sinnvoll Werthaltungen und Bewertungen durch andere Werthaltungen erklären lassen. Es ist sicherlich theoretisch sinnvoll, über den Zusammenhang verschiedener Werthaltungen auf individueller Ebene nachzudenken, empirisch kann aufgrund der ungeklärten Kausalitätsrichtung jedoch nicht sinnvoll über eine Assoziation oder Typenbildung von Werthaltungen hinausgegangen werden.³ Es kann also festgehalten werden, dass in dieser Studie die Einflüsse von A, B und C auf D untersucht werden. Eine zusätzliche Dimension ergibt sich außerdem durch die diachronen Blickrichtung, auf die nun näher eingegangen werden muss.

2.3 Sozialer Wandel, Transformation und wohlfahrtsstaatliche Arrangements als Kontext

Im Rahmen dieser Studie können Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungerechtigkeit, die Legitimation von sozialer Ungleichheit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien über eine durch die verwendeten Daten ermöglichte Zeitspanne von 1987 bis 1999 (ISSP) bzw. 1991 bis 2000 (ISJP) untersucht werden. Von daher ergibt sich die Chance, die verschiedenen Formen des sozialen Wandels in Ost und West in den Blick zu nehmen, der in westlich-kapitalistischen Län-

³ An dieser Stelle könnte z.B. eine Anknüpfung an die Wertewandelsforschung (vgl. Bürklin, Klein und Ruß, 1994; Gensicke, 1996; Hepp, 1994; Inglehart, 1977, 1989, 1997; Inglehart und Baker, 2000; Klages, 1998a; Meulemann, 1996, 1998b, c; Thome, 2003) gesucht werden, wenn entsprechend operationalisierte Variablen erhoben worden wären. Da dies mit den hier verwendeten Daten jedoch nicht möglich ist, wird auf diese Ergänzung nicht weiter eingegangen.

dern mit dem Stichwort der fortschreitenden Modernisierung und in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion mit den besonderen Bedingungen von Transformationsprozessen charakterisiert werden kann (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Kennzeichen des sozialen Wandels in Ost und West

	West	Ost
Prozesse	Modernisierung	Transformation
Fokus:	Wohlfahrtsstaatliches Arrangement und makrosoziale Indikatoren	Transformationsverlauf, sozialpolitische Ausrichtung und makrosoziale Indikatoren
Erklärungsproblem:	Pfadabhängigkeit oder aktuelle Entwicklung?	Sozialisation oder Situation?
Eigene Darstellung		

Es ist zwar davon auszugehen, dass sich westlich-kapitalistische Länder makrosozial nicht in demselben Maße verändert haben wie die osteuropäischen Transformationsländer, die durch einen radikalen Systemwechsel in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht geprägt sind. Dass sich jedoch auch der Westen im betrachteten Zeitraum in Maßen verändert hat, dürfte unumstritten sein.⁴ Hier sind vor allem soziale Prozesse der Modernisierung ausschlaggebend für sozialen Wandel, die sich theoretisch mit den Stichworten Rationalisierung, Differenzierung und Individualisierung kennzeichnen lassen (vgl. Van der Loo und Van Reijen, 1992). Der in modernen Gesellschaften etablierte Wohlfahrtsstaat als Verteilungsinstitution von Wohlstand und Sicherheit, der im Rahmen dieser Studie als institutioneller Erklärungsfaktor individueller Einstellungen, Bewertungen und Verteilungsideologien unter einem besonderen Blickwinkel steht, wird vielfach zum Kristallisationspunkt sozialer Umgestaltung und damit von sozialem Wandel. Vor allem die wirtschaftlichen Herausforderungen unter den Bedingungen einer zunehmenden Globalisierung (vgl. Rieger, 1998; Rieger und Leibfried, 1997; Rieger und Leibfried, 2001; Rieger und Leibfried, 2003), die den Wohlfahrtssystemen inhärenten Strukturprobleme und gesellschaftsinterne Veränderungsprozesse haben westliche Länder mit ihren wohlfahrtsstaatlichen Arrangements unter enormen Veränderungsdruck gesetzt (vgl. z.B. Alber, 2002; Alber, 2002; Bäcker, 1995; Butterwegge, 1999; Crouch, 1999; Eichenhofer, 1998; Kaufmann, 1997; Kaufmann, 1997; Kaufmann, 2002; Leibfried und Wagschal, 2000; Lessenich, 1996; Offe, 1995; Offe, 1998; Scharpf, 2000; Schmid und Niketta, 1998). Andererseits wird auch davon ausgegangen, dass sich die in langen sozialpolitischen Traditionslinien herausgebildeten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements im Westen vor allem in ihren normativ-kulturellen Grundlagen nur wenig verändern können (vgl. Bonoli, 1997; Castles und Mit-

⁴ Ausgeblendet wird an dieser Stelle auch der soziale Wandel im Westen, der gerade durch die Transformationsprozesse in Osteuropa induziert wurde. Diese Auswirkungen der osteuropäischen Transformation auf westliche Länder sind bislang auch schwer einzuschätzen. Hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung kann jedoch festgestellt werden, dass die momentane Krise des deutschen Sozialstaates in wesentlichen Teilen auf die Finanzierung der deutschen Einheit durch die sozialen Sicherungssysteme zurückzuführen ist.

chell, 1993; Cochrane, 1993; Esping-Andersen, 1990; Esping-Andersen, 1998; Esping-Andersen, 1999; Ferrera, 1998; Flora, 1993; Flora et al., 1977; Flora und Heidenheimer, 1987; Lessenich und Ostner, 1998; Rokkan, 2000; Schmid, 2001). Von daher ist im Rahmen dieser Studie die Frage zu stellen, inwieweit durch normativ kulturelle Pfadabhängigkeit der wohlfahrtsstaatlichen Traditionen in westlichen Ländern und/oder durch aktuelle Entwicklungen als Einflussfaktoren auf individuelle Einstellungen und Bewertungen der in diesen Strukturen lebenden Menschen zu rechnen ist.

Mit Beginn der 90er Jahre sind in den ehemals sozialistischen Ländern des Ostens Umwälzungen in Gang gekommen, die alle Ebenen und Sektoren dieser Gesellschaften nahezu gleichzeitig betroffen haben (vgl. Offe, 1991; Offe, 1994). Da ein sozialer Wandel dieser Art qualitativ anders ist als in westlichen Ländern, lässt sich dies nicht mehr mit dem Begriff der Modernisierung adäquat beschreiben, auch wenn durchaus oft von "nachholender Modernisierung" die Rede ist (vgl. Zapf, 1994; Zapf, 1994). Besonders interessant sind osteuropäische Länder insofern, als dort ein Umbruch nicht ohne einen Wandel auch der Einstellungen und Werte der Bevölkerung hätte erfolgen können. Das kommunistische Gesellschaftssystem konnte nur auf der Basis eines Legitimationsverlustes bei den in diesem System lebenden Menschen durch ein neues demokratisches und marktwirtschaftlich organisiertes Gesellschaftssystem ersetzt werden. Es ist daher von besonderem Interesse, wie sich die Werte und Einstellungen der Bevölkerung, also die kulturellen Grundlagen des Umbruchs, nach dem Systemwechsel verändern. Dabei ist durchaus mit im Ergebnis ambivalenten Prozessen zu rechnen. So geht eine Zunahme an Freiheit und eine Vermehrung von Optionsmöglichkeiten in den Lebensentwürfen mit einer Zunahme an sozialer Ungleichheit einher, die gesellschaftlich erst legitimiert werden muss. Mit der egalisierenden "klassenlosen Gesellschaft" ist zudem auch der paternalistische Versorgungsstaat abhanden gekommen, der für soziale Sicherheit bei vielen Lebensrisiken sorgte. Von daher ist die Frage spannend, wie sich angesichts der radikalen Wandlungsprozesse dieser Gesellschaften die Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungerechtigkeit, die Legitimation von sozialer Ungleichheit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien entwickelt haben. Ein besonderes Problem bei der Erklärung solcher Einstellungen und Urteile ergibt sich aus dem Spezifikum der Transformation, inwieweit nämlich Einstellungen aus sozialisierten sozialistischen Werten und Überzeugungen, die noch nachwirken, erklärt werden können oder als neu entstandene Werte und Bewertungen aufgefasst werden müssen, die aus der jeweils aktuellen Lage und Situation resultieren. Ein besonderes Augenmerk muss auch auf die Entwicklungen wohlfahrtsstaatlicher Institutionen in osteuropäischen Transformationsländern gerichtet werden, inwieweit sie ihrer Aufgabe, Wohlstand und Sicherheit fair zu verteilen, gerecht werden. Als makrosoziale Erklärungsfaktoren können Typen von Wohlfahrtsstaaten in Osteuropa in dieser Studie jedoch nur bedingt herangezogen werden, da sich sozialpolitische Traditionen erst über einen längeren Zeitraum herauskristallisieren. Von daher dürfen erste Versuche einer Typologisierung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements (vgl. Deacon, 1993; Deacon, 2000; Götting, 1998; Standing, 1996), die sich an den für westliche Länder geltenden Typen orientieren, nur mit Vorbehalt und äußerster Vorsicht herangezogen werden.

Für westlich-kapitalistische und osteuropäische Transformationsländer ergeben sich also vor allem zwei Probleme, wie Einstellungen zu sozialer Ungleichheit, die Wahrnehmung und Bewertung von Einkommensungerechtigkeit und die Zustimmung zu normativen Verteilungsideologien erklärt

werden können: (1) Pfadabhängige Entwicklung oder Veränderung in westlichkapitalistischen Ländern und (2) Sozialisations- oder Situationseinfluss in postkommunistischen Ländern. Theoretisch unklar und wohl auch empirisch nur durch Plausibilitätsannahmen zu klären ist, inwieweit die aktuelle Situation und Entwicklung die Einstellungen, Werte und Bewertungen beeinflussen, und inwieweit mit sozialisierten Einstellungen, Werthaltungen und Bewertungen zu rechnen ist, sei es mit solchen vor der Transformation, die noch nachwirken, oder solchen, die über die in den Strukturen westlicher Wohlfahrtsstaaten inkorporierten normativen Vorstellungen wirken. Im Folgenden soll diskutiert werden, inwiefern diese beiden Erklärungen im Kontext der Transformation in Betracht zu ziehen sind.

Transformation: Sozialisation oder Situation?

Sollen Einstellungen und Werthaltungen im Kontext von Transformationsprozessen mehr als nur beschrieben werden, so ist danach zu fragen, wie sie erklärt, beurteilt und interpretiert werden können. In zeitlicher Perspektive können sie entweder aus der unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklung *vor* Beginn der Transformation, in der Phase *danach* oder im ganzen Zeitraum geprägt worden sein.⁵ Je nachdem, wie Einstellungen und Werthaltungen ausfallen, werden sie gewöhnlich anhand zweier Argumente begründet, zum einen als Folge der aktuellen Lage und Situation der Befragten und andererseits als bleibende Relikte der Vergangenheit, die lange vorher sozialisiert und von daher bleiben sind. Die wissenschaftliche Diskussion darüber, inwiefern das eine oder andere zutreffend ist, ist strittig und scheint relativ beliebig zu sein. Daher muss dieses Problem kurz diskutiert werden.

Mit Parsons ist davon auszugehen, dass Werte und Werthaltungen langfristig vermittelt sind und über verschiedene Sozialisationsinstanzen der Gesellschaft (wie Elternhaus, Primärgruppen, Schule etc.) geprägt werden. Kulturelle Muster und Werthaltungen werden durch Prozesse des Lernens, der Internalisierung und der sozialen Kontrolle vermittelt und führen so zur Anpassung des Individuums an die gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Parsons, 1951: 201-325). Dabei ist von einer relativ frühen Prägung der Individuen auszugehen. Und das kulturell verankerte Wertesystem von Gesellschaften lässt sich im Gegensatz zu Institutionen scheinbar auch nicht in kurzer Zeit einfach verändern, vielmehr ist bei Transformationsprozessen davon auszugehen, dass kulturelle Gesellschaftsrelikte langfristig fortbestehen (vgl. Dahrendorf, 1990; Inglehart, 1990: 19).

Bei der Interpretation von Einstellungen vor allem in Transformationsländern, welche Werthaltungen der Bevölkerung beinhalten, kommt es daher darauf an, welches Gewicht man der Prägung der kulturellen Wertbasis auf Makroebene bzw. der individuellen Werthaltungen auf Mikroebene durch eine sozialistische Sozialisation *vor* dem Systemwechsel und dem Einfluss der Transformationsprozesse *nach* dem Systemwechsel beimisst, welche durch die nachhaltige Erschütterung der Wert-

⁵ Die Phase nach dem Systemwechsel meint die gesamte Phase nach dem Einsetzen der Institutionalisierung des neuen Systems und darf nicht so verstanden werden, als wäre der Systemwechsel mit einem Schlag vollzogen worden.

basis und der individuellen Wertbezüge herrühren. Die im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung entstandene Debatte zur Begründung von Einstellungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen (vgl. Braun, 1993; Pickel, 1998) lässt sich auf andere Transformationsländer übertragen. Die *Sozialisationshypothese* führt die unterschiedlichen Einstellungen in beiden Landesteilen auf unterschiedliche Sozialisation von Werten durch ungleiche Gesellschaftssysteme in den beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten zurück (Arzheimer und Klein, 1997; Fuchs, 1997; Fuchs, 2002; Fuchs et al., 1997; Westle, 1994). In Ergänzung dazu tritt die "Persistenzhypothese", die darauf verweist, dass die auf Sozialisation beruhenden Einstellungen dauerhaft und nur langsam veränderbar seien (vgl. Pollack, 1997). Die *Situationshypothese* begründet Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland durch spezifische Interessenlagen und gesellschaftliche Bedingungen aus der tatsächlichen Situation heraus (Pollack, 1996; Pollack, 1997; Pollack und Pickel, 1998; Veen, 1997; Veen, 2001). Zwar werden Einflüsse unterschiedlicher Sozialisation nicht ausgeschlossen, treten jedoch angesichts situationaler Bedingungen in den Hintergrund bzw. verändern sich rasch, so dass sie einige Jahre nach der Wiedervereinigung keine zentrale Rolle mehr spielen.⁶

Die im Zusammenhang dieser beiden Hypothesen entstandene Debatte, die sicherlich durch die pointierte Überzeichnung der Ansätze geprägt ist, wird abschließend nicht geklärt werden können. Dazu müssten langfristige Indikatoren der Wertebasis der Bevölkerung (in osteuropäischen Ländern) vor dem Transformationsbeginn vorliegen. Allenfalls für Ungarn und Polen, in denen Daten 1987 im Rahmen des ISSP erhoben werden konnten, können mehr als nur Interpretationsrück-schlüsse gezogen und Plausibilitätsannahmen getroffen werden. Vermutlich wird auch mit beidem, sowohl mit sozialistisch sozialisierten Werten als auch mit neuen situationsbedingten Werthaltungen, gerechnet werden müssen und zwar sowohl vor als auch nach den Umbrüchen (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Erklärung von Einstellungen vor und nach dem Systemwechsel

	<u>vor</u> dem Systemwechsel	<u>nach</u> dem Systemwechsel
Sozialisation	durch kollektive sozialistische Prägung	durch institutionelles Lernen am aufgebaute neuen System
Situation	durch individuelle Skepsis, Abwehr und Rückzug vom System	durch gesellschaftliche Bedingungen und die eigene Lebenssituation
Eigene Darstellung		

Denn es ist zum einen davon auszugehen, dass sich weite Teile der Bevölkerung in Osteuropa zumindest schon einige Zeit vor den radikalen Systemwechseln innerlich von den offiziell prokla-

⁶ Die Unterschiede zwischen beiden Thesen lassen sich auch am Beispiel der Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat nochmals verdeutlichen. Die Sozialisationshypothese vermutet, dass die empirisch nachweisbare stärkere Befürwortung sozialstaatlicher Umverteilung durch den Staat in Ostdeutschland auf die Sozialisation aus DDR-Zeiten zurückzuführen ist, in denen der Staat seine Bürger mehr oder weniger umfassend sozial abgesichert hat (Roller, 1997). Für Vertreter der Situationshypothese plädieren Ostdeutsche für sozialstaatliche Umverteilung vermutlich deshalb in stärkerem Ausmaß, weil sie damit eine schnellere Überwindung ihrer vergleichsweise schlechteren ökonomischen Situation sehen.

mierten Werten und Formen der praktizierten Staatskultur distanzieren, zurückzogen und sich auf eine neue Werteordnung konzentrierten, auch wenn diese noch nicht gesellschaftlich institutionalisiert und offiziell wirksam war. Vermutlich standen sich "der offizielle Staatskult mit seinen demonstrativen Inszenierungen und die gelebte politische Kultur, die mehr durch Skepsis, Abwehr und Rückzug geprägt war, scharf gegenüber" (Pollack, 1998: 308). Aber auch nach den Umbrüchen werden aktuelle Entwicklungen, institutionelle Errungenschaften einen Einfluss auf Einstellungen bewirken, der sozialisierend wirkt. Der neu entstandene institutionelle Rahmen für die Bevölkerung macht "institutionelles Lernen" unvermeidlich (vgl. Rohrschneider, 1996). Und man wird zum anderen aber auch nicht ignorieren können, dass auch nach den Umbrüchen in Osteuropa zumindest in Teilen der Bevölkerung bestimmte Vorstellungen über die politische Gestalt des Gemeinwesens durch alte Denkmuster geprägt sind. Darunter darf nicht notwendigerweise eine antidemokratische Haltung verstanden werden, sondern möglicherweise eine spezifisch osteuropäisch geprägte Vorstellung von Demokratie (vgl. Fuchs et al., 1997: 11).

Hinsichtlich der Orientierung osteuropäischer Länder an westlichen Institutionen bei der Neugestaltung im Rahmen der Transformationsprozesse und ihrer gesellschaftlichen Legitimierung gewinnt die Debatte um Situation und Sozialisation auch eine institutionentheoretische Dimension. So hat Offe (1994) im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung, die sich vor allem hinsichtlich des Institutionentransfers westdeutscher Institutionen nach Ostdeutschland von anderen Transformationsländern unterscheidet (vgl. Lehmbruch, 1993; Lehmbruch, 1994), darauf hingewiesen, dass eine reine Übertragung formaler institutioneller Strukturen nicht ausreichend ist, um eine reibungslose Funktion von in Westdeutschland bewährten Institutionen auch im ostdeutschen Kontext zu gewährleisten. Vielmehr müssen zwei Aspekte von Institutionen, ihre formalen Strukturen und ihre moralische Wertbasis, analytisch auseinander gehalten werden (vgl. Offe, 1994: 44f). Danach bestehen Institutionengefüge zum einen aus *formalen Strukturen*. Zum anderen basieren Institutionen auch auf Traditionen, Routinen, Wert- und Normvorstellungen und möglicherweise nicht explizit sichtbaren, aber wirksamen *kulturell basierten Wertbezügen*. Diese Wertbezüge und moralökonomischen Grundlagen sind Institutionen strukturell inhärent und werden von ihnen nach außen vermittelt und verbindlich gemacht (vgl. Lepsius, 1995; Rehberg, 1994: 56f). Beide Aspekte von Institutionen sind real nicht unabhängig oder eigenständig, sondern nur analytisch trennbar. Wenn also institutionelle Strukturen wie z.B. im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung nur formal transferiert werden, ohne auf bestimmte Traditionen, Werthaltungen, Routinen und Erwartungen in der Bevölkerung zurückgreifen zu können, mit denen diese Institutionen Legitimität beanspruchen und Funktionalität garantieren können, besteht die Gefahr, dass sie eben nicht anerkannt werden bzw. nicht funktionieren. Ein einfacher Transfer von Institutionen garantiert noch keine Akzeptanz, sondern braucht eine entsprechende Wertgrundlage in der Bevölkerung, die diese Institutionen trägt (vgl. Offe, 1994: 45). Ein Wertefundament lässt sich nicht einfach wie formale Institutionenstrukturen transferieren (vgl. auch Eisen und Wollmann, 1996). Und ein Transfer garantiert ebenso nicht, dass Institutionen im Zusammenspiel mit der Bevölkerung funktionieren, denn 'Hardware' ohne 'Software' bleibt wirkungslos und nicht funktionsfähig. Insofern ist in dieser Studie auch zu fragen, inwieweit die in den Gesellschafts- und Institutionenstrukturen inkorporierten Werte in Osteuropa mit entsprechenden Werthaltungen auf Seiten der Bevölkerung in Einklang sind und inwieweit sich die Wertvorstellungen der Menschen im Zuge des Transforma-

tionsprozesses angepasst haben.

Wohlfahrtsstaatliche Arrangements: Pfadabhängigkeit oder aktuelle Entwicklung?

Ein ähnliches Problem wie in osteuropäischen Transformationsländern findet sich auch in westlichen Ländern, wenn es darum geht, Einflüsse auf Werthaltungen und Bewertungen der Ungleichheitsstruktur auf Makroebene zu bestimmen. Hier können einerseits langfristige gesellschaftliche Verteilungstraditionen und ihre normativen Grundlagen sozialisierend wirken, wobei hier besonders an den Wohlfahrtsstaat als Verteilungsinstitution zu denken ist, andererseits aber auch an aktuelle wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen und Entwicklungstendenzen, die relativ kurzfristig das Einstellungsbild der Bevölkerung prägen können.

Gerade hinsichtlich der Herstellung einer gerechten Verteilungsordnung kommt dem spezifischen wohlfahrtsstaatlichen Arrangement eine besondere Aufmerksamkeit zu (vgl. Blasche und Döring, 1998; Döring et al., 1995; Kersting, 2000; Mau, 2002; Mezger und West, 1998; Pioch, 1999; Rothstein, 1998). Als Institution greift der Wohlfahrtsstaat nicht nur regulierend in die Verteilungsprozesse einer Gesellschaft ein, wirkt damit in die individuellen Lebenszusammenhänge und Lebensverläufe der Menschen, sondern hat aufgrund seiner moralischen Basis, die in seinen Strukturen inkorporiert ist und damit auch sozial wirken kann, außerdem Einfluss auf Einstellungen zu sozialer Ungleichheit, die Wahrnehmung und Bewertung von Ungerechtigkeit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien. Normative und ungleichheitsbezogene Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat konnten anhand empirischer Studien für Deutschland (vgl. Andreß et al., 2001; Braun, 1998; Bulmahn, 1997; Eith und Mielke, 2000; Gangl, 1997; Roller, 1992; Roller, 1996; Roller, 1997; Roller, 1998; Roller, 2000; Roller, 2002; Ullrich, 1999; Ullrich, 2000) analysiert werden. Der Einfluss unterschiedlich verfasster Wohlfahrtsstaaten auf subjektive Einschätzungen, Bewertungen konnte vor allem durch international vergleichende Analysen aufgezeigt werden (vgl. Andreß und Heien, 2001; Arts und Gelissen, 2001; Bonoli, 2000; Haller, 1989; Kluegel und Miyano, 1995; Lippl, 1997; Lippl, 2000; Lippl, 2003; Mau, 1997; Mau, 1998; Roller, 1994; Roller, 2000; Svallfors, 1995; Svallfors, 1997; Svallfors, 1999). Eine Analyse des Einflusses von Wohlfahrtsstaaten auf individuelle Werthaltungen und Bewertungen ist nur in komparativer Perspektive (also durch Variation auf Makroebene) möglich. Angesichts der Komplexität der jeweils nationalen Wohlfahrtsstaatskonzeptionen und ihrer spezifischen Wirkung ist eine Reduktion der Informationsfülle bei Analysen unumgänglich. In bisherigen Studien wurden Wohlfahrtsstaatseffekte deshalb stets durch Bezugnahme auf eine Klassifikation der Wohlfahrtsstaaten (vgl. Bonoli, 1997; vgl. Castles und Mitchell, 1993; Esping-Andersen, 1990; Esping-Andersen, 1999; Ferrera, 1998; Leibfried, 1992) untersucht, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie langfristig stabile und unterschiedliche Richtungen wohlfahrtsstaatlicher Politik kennzeichnen. Da dies zu Recht auch kritisiert werden kann, wie es die folgende Diskussion zeigt, wird in dieser Studie darüber hinausgehend der Versuch unternommen, den Effekt zentraler wohlfahrtsstaatsbezogener Indikatoren (z.B. der Sozialausgaben, der tatsächlichen sozialen Ungleichheit, staatlichen Transferleistungen etc.) auf individuelle Werte und Bewertungen zu testen.

Eine Bildung von Typen wohlfahrtsstaatlicher Regimes auf empirischer Basis (wie z.B. der von Esping-Andersen, 1990) geht von der Annahme aus, dass wohlfahrtsstaatliche Traditionen langfristig wirken und sich auch langfristig aufgrund ihrer Strukturträgheit und der moralisch-kulturellen Verankerung in der Wertebasis der Bevölkerung nicht stark verändern können. Gewöhnlich wird dieser Charakterzug mit dem Begriff der "Pfadabhängigkeit" umschrieben, um damit zu veranschaulichen und zu begründen, inwiefern eine einmal politisch eingeschlagene wohlfahrtsstaatliche Richtung durch Entscheidungen nur mehr begrenzt rückgängig gemacht werden kann. Der Begriff kommt aus den Wirtschaftswissenschaften und meint, dass einzelne, kontingente Ereignisse im Zeitverlauf ein Verfahren oder einen Entwicklungs- oder Allokationsprozess z.B. von Gütern und Produkten letztendlich nachhaltig mitbestimmen. Dies geschieht vor allem dadurch, dass alternative Entwicklungsmöglichkeiten gleichzeitig verhindert werden. Dabei können diese Entwicklungen, welche Ereignisse punktuell determinieren, eher zufällig sein statt systematisch (vgl. David, 1985)⁷ und müssen nicht notwendig die effektivsten und daher rational sinnvollsten sein. Kritik ist daher vor allem an der endgültigen Festgelegtheit ("lock-in") von einmal eingeschlagenen Entwicklungspfaden aufgekommen (vgl. Liebowitz und Margolis, 1990; Liebowitz und Margolis, 1995).

In der neoklassischen Institutionenökonomie hat der Begriff der Pfadabhängigkeit dahingehend Eingang gefunden, dass z.B. freier Markt und Wettbewerb eben auch durch Faktoren wie irrationalen Verhalten von Akteuren, Transaktionskosten und der damit verbundenen Trägheit von Institutionen eingeschränkt wird (vgl. Richter, 1994). Vor allem große institutionelle Änderungen ereignen sich nur langsam, weil damit einerseits Kosten der Umorganisation und andererseits eine Änderung der die Institutionen tragenden Ideologie und Wertbasis, also eine gesellschaftliche Veränderung auch in den subjektiven Werthaltungen der Gesellschaftsmitglieder, verbunden sind (vgl. North, 1991).⁸ Mit dem Konzept der Pfadabhängigkeit wird die geschichtliche Entstehung von Institutionen anerkannt und zugleich der soziale Wandel von Institutionen problematisiert, der sozialwissenschaftlich besonders interessant ist. So gibt es bereits implizite Hinweise bei Rokkan, dass die Entwicklung von Staat und Demokratie durch pfadabhängige Entwicklungen charakterisiert ist (vgl. Rokkan, 2000). Ebenso geht Esping-Andersen (1990) in Hinblick auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung einzelner Länder von langfristigen sozialpolitischen Traditionen aus. Und es scheint ein Charakteristikum von Pfadabhängigkeit vor allem bei politischen Institutionen zu sein, dass stärker als bei ökonomischen Institutionen vor allem Individuen ein Interesse an einer

⁷ Pfadabhängigkeit ist als Erklärung bei der Durchsetzung und dem Fortbestehen der englischen Schreibmaschinentastatur 'QWERTY' (genannt nach den Anfangsbuchstaben der Tastatur von links oben) begrifflich entstanden. Diese Tastatur hat sich aufgrund einer besseren Mechanik bis heute durchsetzen können, obwohl andere Tastaturen eher ein schnelleres effizienteres Tippen ermöglicht hätten. Die Tastatur ist heute immer noch dieselbe, also auch z.B. in Computern zu finden, bei denen keine mechanischen Probleme wie bei der Schreibmaschine mehr auftreten. Zufällige historische Ereignisse am Ende des 19. Jahrhunderts haben also bis heute (!) der QWERTY-Tastatur einen scheinbar irreversiblen Vorsprung verliehen, der mit besseren Tastaturen (z.B. mit der in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelten DSK-Tastatur) nicht mehr einholbar und ablösbar war (vgl. David, 1985). Bei der Durchsetzung des VHS-Standards bei Videoaufzeichnungen, bei Betriebssystemen von Computern etc. finden sich ähnliche Beispiele.

⁸ North versteht unter Institutionen folgendes: "Institutions are the rules of the game in a society or, more formally, are the humanly devised constraints that shape human interaction. In consequence they structure incentives in human exchange, whether political, social or economic" (North, 1991: 3).

Aufrechterhaltung solcher institutioneller Traditionen entwickeln, weil sie sich "increasing returns" versprechen, indem sie sich auf diese institutionellen Strukturen einstellen (vgl. Pierson, 2000: 257).

Der sozialwissenschaftlich interessante Zusammenhang besteht zwischen der pfadabhängigen Entwicklung von Institutionen (wie dem Wohlfahrtsstaat) und den Verhaltensweisen aber auch Einstellungen, Werten und Überzeugungen individueller Akteure, die sich gegenseitig bedingen und damit auch stabilisieren. Institutionelle Reformen erscheinen aus dieser Perspektive - wie es vor allem auch die gegenwärtig in Deutschland geführten Diskussionen zum Wandel des Sozialstaats zeigen - nahezu unmöglich. Unklar an dem Konzept der Pfadabhängigkeit bleibt also, wie hoch ein Veränderungsdruck sein muss, damit sich Institutionen auch in andere effizientere Pfade jenseits eines vielleicht suboptimalen Pfades wandeln, und welche Rolle dabei institutionellen Lernprozessen und exogenen Faktoren zukommt. Eine Analyse der Pfadabhängigkeit müsste präzise aufzeigen können, welche Faktoren in der Geschichte genau den Entscheidungspunkt für einen eingeschlagenen Pfad determiniert haben und warum dies dann ein Pfad ist und bleibt. Vielleicht haben aber auch Kritiker des Konzepts recht, die sich wohl an dem starken Determinismus des Konzepts stören, wenn sie meinen, dass vielleicht alles irgendwie pfadabhängig ist, wenn man nur weit in die Geschichte zurückgeht (Mahoney, 2000).

Wenn in dieser Studie auf eine Klassifikation der Wohlfahrtsstaaten Bezug genommen wird (vgl. Esping-Andersen, 1990), die explizit unter der Prämisse der Pfadabhängigkeit wohlfahrtsstaatlicher Traditionen steht, muss davon ausgegangen werden, dass diese langfristig stabilen und unterschiedlichen Richtungen wohlfahrtsstaatlicher Politik, in denen normative Vorstellungen einer gerechten Verteilung von Wohlstand inkorporiert sind, einen Einfluss auf Einstellungen der Bevölkerung zu der durch diese Strukturen mitbewirkten sozialen Ungleichheit, der Bewertung der durch diese Verteilungsordnung implizierten tatsächlichen Verteilung und den normativen Verteilungsideologien der Bevölkerung hat. Und es soll ebenfalls getestet werden, inwieweit Einstellungen über die Zeit stabil sind oder ob nicht vielleicht Indikatoren der aktuellen Entwicklung dieser Länder bessere Erklärungen individueller Einstellungen und Bewertungen liefern. Dann wären möglicherweise Hinweise darauf gefunden, inwieweit Werthaltungen und Bewertungen zum einen in relativ kurzem Zeitraum wandelbar sind und zum anderen, welcher Erklärungsbeitrag subjektiver Einstellungen dabei den normativ institutionalisierten Verteilungsinstanzen (hier vor allem dem Wohlfahrtsstaat) und welcher der aktuellen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation einer Gesellschaft zugerechnet werden kann.

2.4 Die komparative Perspektive: Ländervergleich und Vergleich über die Zeit

Voraussetzung zur Überprüfung des bisher aufgerissenen Problemzusammenhangs ist eine komparative Perspektive mit einer Querschnittsdimension hinsichtlich der zu vergleichenden Länder und einer diachronen Dimension hinsichtlich des zu betrachtenden Zeitraumes. Dabei können beide Dimensionen auf der Makroebene, indem die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung

der verschiedenen ausgewählten Länder über die Zeit verfolgt wird, und auf der Mikroebene analysiert werden, indem die individuellen Werthaltungen und Bewertungen der Bevölkerung und deren normative Gerechtigkeitsvorstellungen in den einzelnen Ländern und über die Zeit untersucht werden. Dabei müssen Makro- und Mikroebene angewandt auf das Thema dieser Untersuchung insofern zusammengedacht werden, dass es hinsichtlich beider Ebenen um den Vergleich verschiedener Länder in einem bestimmten Zeitrahmen geht, wenn individuelle Werthaltungen, Bewertungen und Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung erklärt werden sollen.

Geht man von einer allgemeinen Definition des Vergleichs im Rahmen der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung aus, wonach darunter die "Untersuchung eines bestimmten Sachverhaltes von mehreren, im Regelfall rechtlich und politisch unterschiedlichen, sowie räumlich und/oder zeitlich abgegrenzten Einheiten" verstanden werden kann (Immerfall, 1994: 22), wird vor allem die Makroebene der Gesellschaften angesprochen. Im Rahmen dieser Forschungsrichtung ist es wesentliches Ziel des Vergleichs, Länderinformationen zu erheben, um Länder zu beschreiben, über die Relativität und Partikularität des sozial Vertrauten (aus dem eigenen Land) aufgeklärt zu werden, Zusammenhänge von Indikatoren dieser Ländern (Regeln und Gesetzmäßigkeiten) zu explorieren bzw. zu überprüfen und hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten im eigenen Land (der Forschenden) alternative politische Strategieoptionen aufgezeigt zu bekommen (vgl. Immerfall, 1994: 22). Durch das Lernen aus der geschichtlichen Genese und der dimensionalen Ausprägung des eigenen Wohlfahrtsstaates im Vergleich lassen sich wertvolle Erkenntnisse und Lösungsmöglichkeiten in Krisen des eigenen Wohlfahrtsstaates gewinnen. Da wohlfahrtsstaatliche Großversuche, mit denen neue sozialpolitisch Alternativoptionen durch 'trial and error' experimentell getestet werden könnten, in einem Land nicht realisierbar sind, wird der komparative Blick über die Ländergrenzen zur grundsätzlichen Empfehlung. Durch den Vergleich mit anderen Ländern, die jeweils unterschiedliche sozialpolitische Strategien in ihren wohlfahrtsstaatlichen Arrangements verfolgen, können Wirkungen dieser Strategien in diesen Ländern studiert und ausgelotet werden, inwieweit eine Übernahme auch im eigenen Land erfolgversprechend ist (vgl. z.B. Alber, 1998; Leibfried und Wagschal, 2000; Obinger und Wagschal, 2000; Schmid, 2001; Schmid und Niketta, 1998; Schmidt, 1999).⁹

Mit diesen vielversprechenden Zielen sind jedoch auch erhebliche Schwierigkeiten und Fallstricke verbunden. Das wohl größte Problem im Zusammenhang des Gesellschaftsvergleichs auf Makroebene kann neben der Verfügbarkeit vor allem in der Vergleichbarkeit der Daten (über Länder und Zeit hinweg) gesehen werden. Wenn Daten der jeweiligen nationalen amtlichen Statistik verwendet werden, taucht unweigerlich die Frage auf, ob diese Daten vergleichbar sind, d.h. ob mit statistischen Zahlen in den jeweiligen Ländern dasselbe gemessen wird, auf welche Weise bzw. auf welcher Datenbasis (Stichprobe oder Totalerhebung?) und mit welcher Methode diese Zahlen ermittelt (geschätzt oder gezählt) wurden. Die Verwendung offiziellen Datenmaterials aus amtlichen Statis-

⁹ Die bundesdeutschen Diskussionen im Rahmen von Reformen auf dem Arbeitsmarkt mit dem Ziel höherer Beschäftigung unter dem Stichwort "Benchmarking" (vgl. Eichhorst, 2002), aber auch die Diskussionen um die PISA-Studie (Deutsches PISA-Konsortium, 2001) und die Rolle von Bildung im Rahmen sozialpolitischer Reformen (vgl. Allmendinger und Leibfried, 2003; Schmidt, 2003) zielen genau auf diese Funktion des internationalen Vergleichs (vgl. kritisch auch Schmid, 2003).

tiken einzelner Länder allein garantiert noch keine Vergleichbarkeit, da länderspezifisch unterschiedliche Operationalisierungen die Gefahr einer 'mismatched concreteness' bergen (vgl. Schmid, 2001). Am Beispiel der Erfassung von Arbeitslosen lässt sich dies verdeutlichen (vgl. hierzu Auer et al., 1988). Länder unterscheiden sich bei der Erfassung der Arbeitslosenstatistik danach, ob jeweils registrierte Arbeitslose gezählt (z.B. Deutschland) oder anhand von Bevölkerungsumfragen geschätzt werden (z.B. USA) und inwieweit Teilzeitarbeitssuchende, ältere Arbeitslose oder verdeckte Arbeitslose enthalten sind, die in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geparkt sind (vgl. Auer et al., 1988). Von internationalen Organisationen, wie der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank (World Bank) aber auch mit europaweiten Bemühungen des europäischen statistischen Amtes (EUROSTAT) wird daher zunehmend versucht, international vergleichbare Daten meist auf der Basis intensiver Haushaltsbefragungen bereitzustellen. Neben der Verfügbarkeit von Daten (nicht in allen Ländern oder Zeitpunkten ist ein entsprechend geeignetes Datenmaterial vorhanden) und ihrer Vergleichbarkeit stellt sich ein weiteres Problem im Zusammenhang des Gesellschaftsvergleichs hinsichtlich der Übertragbarkeit von Erkenntnissen aus dem internationalen Vergleich heraus, da soziale Phänomene meist kontextgebunden sind und nur kontextuell adäquat interpretiert werden können. Es entsteht hier vor allem auch für Forschende die Gefahr der selektiven Wahrnehmung sozialer Phänomene und der Projektion eigener Werturteile auf Ergebnisse (Immerfall, 1994: 25f).

Hinsichtlich der Auswahl der Länder - so man angesichts der Datenlage überhaupt vor der Situation steht, auswählen zu können - lassen sich gewöhnlich zwei Strategien verfolgen (vgl. Mill, 1843; nach Schmid, 2001). Die Konvergenzmethode bzw. Methode der Übereinstimmung zielt auf die Auswahl und Analyse möglichst ähnlicher sozialer Einheiten, um sie auf Variationen auf unteren Analyseebenen (z.B. Einstellungen von Individuen) untersuchen zu können. Umgekehrt geht es bei der Differenzmethode bzw. Methode des Unterschieds um die Auswahl und Analyse möglichst unterschiedlicher sozialer Einheiten, um die Wirkung unterschiedlicher Aspekte und Merkmale der ausgewählten Einheiten zu untersuchen. Bei der Analyse der unterschiedlichen Wirkweise von Wohlfahrtsstaaten (z.B. auf Einstellungen) legt die Anwendung der Differenzmethode nahe, da hier das Interesse an den Effekten unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Praxen auf Individuen im Vordergrund steht.

Auf der Makroebene geht es in dieser Untersuchung um den Vergleich verschiedener Länder hinsichtlich ihres Einflusses auf normative Werthaltungen und Bewertungen der Bevölkerung, wobei der jeweilige Erklärungsbeitrag, der ihnen anhaftet, eruiert werden soll. Dazu müssen Länder inhaltlich genauer bestimmt und besser charakterisiert werden, wenn ihnen in den Analysen mehr als nur der Stellenwert einer *black box* zukommen soll, die unklar lässt, was spezifisch an den einzelnen Ländern denn genau Erklärungskraft besitzt. Die Catch-all-Variable 'Land' muss dahingehend präzisiert werden, welche sozialstrukturellen, ökonomischen, politischen oder kulturellen Kontextbedingungen der einzelnen Länder tatsächlich ausschlaggebend für Effekte sind (vgl. Niedermayer, 1992: 83). Angesichts der hohen Fallzahl der Länder, die in dieser Studie angestrebt wird, die in ihrem Charakter über bisherige Fallstudien deutlich hinausgeht, kommt es darauf an, Charakterisierungen der ausgewählten Länder zu finden, die hinreichend für die Erklärung individueller Wert-

haltungen, Bewertungen und Präferenzen sind. Die Komplexität aufgrund der hohen Zahl an Ländern muss dabei so reduziert werden, dass die wesentlichen erklärenden Aspekte extrahiert werden. Grundsätzlich kommen dazu zwei Herangehensweisen in Frage: die Bildung bzw. Verwendung von Typologien, mit denen Länder klassifiziert bzw. gruppiert werden und die unmittelbare Verwendung zentraler Indikatoren an Stelle von Ländern. Mit beiden Möglichkeiten kann eine Vereinfachung erreicht werden. Eine Reduktion von Komplexität ist dann gerechtfertigt, wenn theoretisch überzeugend dargelegt werden kann, dass die Klassifizierungen, Merkmale und Indikatoren, auf die Länder reduziert werden, in Bezug auf den zu untersuchenden Gegenstand zentral sind. Mit der Typologie wohlfahrtsstaatlicher Regimes von Esping-Andersen (1990; 1999), die auf Basis empirischer Indikatoren gewonnen wurde, wird der Fokus einerseits auf den Wohlfahrtsstaat als Verteilungsinstitution gerichtet. Damit können überzeugend individuelle Werthaltungen und Gerechtigkeitsvorstellungen makrosozial erklärt werden. Mit zentralen Merkmalen und direkten Indikatoren der Länder (wie z.B. der Stärke der Wirtschaftskraft, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, der Höhe der Ausgaben für soziale Sicherung, der Grad der tatsächlichen Ungleichheit der Einkommensverteilung etc.) andererseits, mit denen sich Länder anhand weniger Indikatoren hinreichend hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage verorten lassen, können bei einer großen Anzahl von Ländern als Fälle unmittelbar in Analysemodelle als Variablen eingebracht werden, indem sie Länder-Dummies oder Dummies von Ländertypen einfach ersetzen. Länder werden auf diese Weise in inhaltlich spezifischere Variablen disaggregiert. Mit der Anwendung beider Strategien, die Komplexität der Länder auf zentrale Aspekte zu reduzieren, kann zudem auch geklärt werden, ob mit dem Einsatz einer Typologie oder der Verwendung geeigneter Indikatoren als Länderersatz bessere Erklärungsmöglichkeiten von individuellen Einstellungen, Bewertungen und der Präferenz von Verteilungsideologien erreicht werden kann.

Der Ländervergleich auf Mikroebene, der gewöhnlich auf in Umfragen gewonnene Individualdaten basiert, ist nicht weniger problematisch als der auf Makroebene, der sich auf Aggregatdaten meist aus der amtlichen Statistik stützt. Vor allem hinsichtlich des Forschungsdesigns und der Operationalisierung ergeben sich hier die größten Schwierigkeiten. Hauptproblem ist auch hier die Vergleichbarkeit der Messung und die Sicherstellung der Äquivalenz der erhobenen Konzepte vor allem bei Einstellungen, die sich vor allem durch sprachliche Barrieren (z.B. durch eine geeignete Übersetzung) ergibt. In der international vergleichenden Forschung ist daher sicherzustellen, dass ein Konstrukt in den entsprechenden Landessprachen so übersetzt wird, dass es auch in den einzelnen Ländern die gleiche Bedeutung hat. Ebenso sind die Antworten der Befragten vor dem Hintergrund des Kontextes und der Bedingungen zu sehen, innerhalb derer sie entstanden sind. Weitere Probleme ergeben sich auch hinsichtlich unterschiedlicher Auswahlverfahren, Befragungsformen und Erhebungstechniken, welche eine Vergleichbarkeit untergraben können. Die hier verwendeten Individualdaten stammen aus großen internationalen Forschungsprojekten, in denen international kooperiert und auf dieselben methodischen Standards geachtet wird. Von daher kann darauf vertraut werden, dass die Einhaltung dieses Standards gewährleistet ist.

Versucht man die komparative Perspektive dieser Studie zusammenzufassen, handelt es sich um einen Vergleich gleich in mehrfacher Hinsicht. (1) Zunächst können einzelne *Länder im Querschnitt* miteinander verglichen werden, inwieweit sich die Einstellungen und Bewertungen von

sozialer Ungleichheit und die Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung in diesen Ländern unterscheiden. (2) Ferner kann ihre *Veränderung über die Zeit* in den einzelnen Ländern verglichen werden. (3) *Ost-West-Vergleiche in zeitlicher Entwicklung* sind ebenso möglich, indem osteuropäische Transformationsstaaten mit westlich-kapitalistischen Länder(-gruppen) kontrastiert werden. (4) Der *Vergleich verschiedener Wohlfahrtsregimes* in zeitlicher Veränderung kann beleuchtet werden, wenn die Länder entsprechend gruppiert und eingeordnet werden. (5) Länder können *durch Makroindikatoren* ersetzt und damit im Vergleich näher bestimmt werden. (6) Schließlich können verschiedene *Bevölkerungsgruppierungen innerhalb und zwischen Ländern* miteinander verglichen werden.

2.5 Zusammenfassung des Untersuchungskonzepts

Die Erklärung der Wahrnehmung und Bewertung von sozialer Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung einer Gesellschaft, der Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und der Zustimmung zu normativen Verteilungsideologien, wie sie in dieser Studie verfolgt wird, lässt sich anhand eines Grundmodells der soziologischen Erklärung verdeutlichen, wie es von Coleman (1986; 1987; 1990: 1-23) und Esser (1999: 90-102) vorgeschlagen wird. Dabei wird vor allem von Esser einer Argumentation im Sinne des Ansatzes von Weber (1980) gefolgt, dass Soziologie ihrem Kern nach eine sowohl verstehende wie gleichzeitig dadurch erklärende Wissenschaft sei (vgl. Esser, 1999: 5). "Soziologie (im hier verstandenen Sinn dieses sehr vieldeutig gebrauchten Wortes) soll heißen: eine Wissenschaft, welche soziales Handeln deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und in seinen Wirkungen ursächlich erklären will" (Weber, 1980: 1). In dieser Konzeption einer verstehend-erklärenden Soziologie besteht ihre Aufgabe darin, offensichtlich vier Elemente miteinander zu verbinden: Situation, Akteur, das soziale Handeln und dessen Wirkungen. Sie muss den subjektiven Sinn des Handelns in einer typischen Situation in einem ersten Schritt rekonstruieren, sodann in einem zweiten Schritt den Ablauf des Handelns anhand einer Handlungstheorie ursächlich erklären und schließlich in einem dritten Schritt die externen Effekte des Handelns, also dessen Wirkungen, ableiten (vgl. Esser, 1999: 5f). Mit seinem an Weber angelehnten Grundmodell jeder soziologischen Erklärung, das gewöhnlich beispielhaft anhand Webers postulierter These des Zusammenhangs von "Protestantischer Ethik" und dem "Geist des Kapitalismus" veranschaulicht werden kann (vgl. Weber, 1988), vermag Esser überzeugend aufzuzeigen, wie Phänomene auf der kollektiven Ebene, die genuin primäres Ziel soziologischer Erklärungen sind¹⁰, über Prozesse auf individueller Ebene handelnder Akteure zu erklären sind (vgl. Abb. 1). Um eine soziologische Erklärung in ihrer Kernstruktur vollständig darzustellen, bedarf es dreier Schritte, um von Randbedingungen der sozialen Situation, denen individuelle Akteure ausgesetzt sind, bis zu einem Explanandum zu kommen. In einem ersten Schritt muss die soziale Situation, in der sich Akteure befinden, rekonstruiert werden (Logik der Situation). Damit wird eine Verbindung der Makroebene mit der Mikroebene der

¹⁰ Coleman drückt dies folgendermaßen aus: "The principal task of the social sciences lies in the explanation of social phenomena, not the behavior of single individuals" (Coleman, 1986: 2).

Akteure über Beschreibungen des Kontextes, der Randbedingungen bzw. über Brückenhypothesen gebildet, welche das individuelle Handeln der Akteure determiniert. In einem zweiten Schritt schließlich wird das individuelle Handeln selbst erklärt, indem auf allgemeine nomologische Gesetze zur Wahl von Handlungsalternativen unter den gegebenen Bedingungen Bezug genommen wird (Logik der Selektion). Diese Mikro-Mikro-Verbindung der vor Entscheidungen gestellten Akteure mit ihrem sozialen Handeln erfolgt unter Bezugnahme auf eine allgemeine Handlungstheorie, welche die Erwartungen und Bewertungen der Akteure mit entsprechenden Handlungsalternativen zu verbinden vermag. In einem dritten Schritt schließlich muss eine Verbindung der individuellen Ebene des Handelns der einzelnen Akteure zum jeweiligen kollektiven Explanandum, also den kollektiven Folgen, hergestellt werden (Logik der Aggregation). Dieser schwierige Schritt geschieht in der Regel über Transformationsregeln, durch welche individuelles Handeln einzelner Akteure kombinierend zusammengefasst werden muss.¹¹ Zusammenfassend kann man sagen: "Die soziologische Erklärung eines bestimmten Explanandum besteht also in der *sukzessiven* und schließlich *kombinierten* Lösung von *drei* ganz unterschiedlichen Fragestellungen: Die typisierende *Beschreibung* von Situationen über Brückenhypothesen; die *Erklärung* der Selektion von Handlungen durch die Akteure über eine allgemeine Handlungstheorie; und die *Aggregation* der individuellen Handlungen zu dem kollektiven Explanandum über *Transformationsregeln*" (Esser, 1999: 97). Damit vermag die Soziologie, ausgehend von der Makroebene, über die Mikroebene handelnder Akteure, soziale Phänomene auf der Makroebene zu erklären. Dabei muss dieses Modell nicht nur statisch verstanden werden, sondern auch der soziale Wandel kann damit erklärt werden, indem kollektive Phänomene zu einem Zeitpunkt 1 zur Definition der Situation zu einem Zeitpunkt 2 usw. bis zu einem Zeitpunkt t werden.

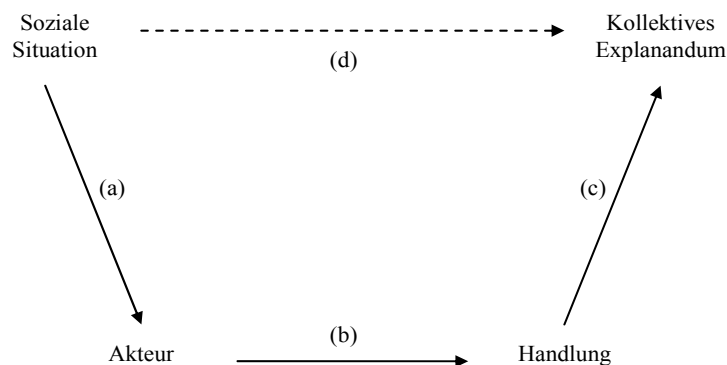


Abb. 1: Grundmodell einer soziologischen Erklärung (nach Coleman und Esser)

Quelle: Esser (1999: 98), vgl. auch Coleman (1990).

¹¹ Gerade dieser Schritt eines "Micro-Macro Link" erweist sich als besonders schwierig, weil Makrophänomene möglicherweise nicht einfach durch simple Aggregation individuellen Verhaltens, sondern durch komplexere Formen einer Synthese entstehen (vgl. die Diskussion hierzu in Alexander et al., 1987).

Es muss nun näher ausgeführt werden, inwiefern dieses Essersche Modell einer sozialwissenschaftlichen Erklärung auf das Thema dieser Studie übertragen werden kann. Ausgangspunkt der Argumentation sind die eigentlich zentralen Fragen dieser Studie, die auf der Makroebene, also der Länderebene angesiedelt sind (Pfeil »d« im Modell von Esser): Warum ist die wahrgenommene soziale Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung in einigen Ländern höher als in anderen Ländern? Warum ist die Leistungsideologie in einzelnen Ländern unterschiedlich hoch bewertet? Warum fällt die Bewertung der Einkommensverteilung hinsichtlich ihrer Gerechtigkeit durch die Bevölkerung in Ländern mit einer stark ungleichen Verteilung der Einkommen negativer aus als in Ländern mit einer weniger ungleichen Verteilung?

Zur Beantwortung dieser Fragen kann sicherlich eine einfache Korrelation zwischen Indikatoren oder Klassifikationen von Ländern einerseits und aggregierten Individualvariablen in der Form von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit, der Zustimmung zu normativen Verteilungsideologien und der Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung eines Landes andererseits auf Makroebene gebildet werden. Zwei Charakteristiken bzw. Makroindikatoren werden dabei für eine Reihe von Länder (behandelt als Fälle) in einen statistischen Zusammenhang gebracht: das, was erklärt werden soll, und etwas anderes, das den Kontext für ersteres abgibt. Dies wird zum Beispiel im Rahmen der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung mit Makroindikatoren auf Länderebene auch vielfach gemacht (vgl. z.B. Alber, 1998; Alber, 2000; Alber, 2002; Scharpf, 1999; Scharpf, 2000; Streeck, 1995). Die Stärke des von Coleman und Esser propagierten Erklärungsansatzes liegt jedoch darin, dass Zusammenhänge auf Makroebene über die individuelle Handlungsebene von Akteuren in verschiedenen Ländern modelliert werden können, ja sogar müssen.¹² Dieser Gang über die Mikroebene ist der entscheidende Erklärungsgewinn im Gegensatz zu Effektbestimmungen rein auf der Makroebene, da sich soziale Zusammenhänge auf Ebenen über der individuellen Ebene von Akteuren in der Regel aus dem Verhalten mehrerer Akteure zusammensetzen und diese Zusammenhänge auf kollektiver Ebene, an denen ja primär das Erkenntnisinteresse der Sozialwissenschaften liegt, unter Kontrolle individueller Merkmale der sozialen Position getestet werden können. Ein vertieftes Erklärungsmodell hat damit einen höheren Erklärungswert (vgl. Coleman, 1990). Nur über den Weg der individuellen Akteure, also den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern kann eindeutig bestimmt werden, inwiefern strukturelle oder kulturelle Effekte auf der Länderebene und strukturelle, von Interessen geleitete Effekte, die sich durch die soziale Position von Individuen einer jeweiligen Gesellschaft ergeben, auf Personenebene bei der Erklärung von Einstellungen, der Präferenz von Verteilungsregeln und Gerechtigkeitsbewertungen wirksam sind.

Wird nun das Modell in Anwendung auf diese Studie im Detail betrachtet (vgl. hierzu Abb. 2), ist zunächst von der sozialen Situation auszugehen, die auf der Makroebene zu bestimmen ist. Da Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und Bewertungen der Verteilung von Einkommen sowie der Verteilungsordnung der Bevölkerung erklärt werden sollen, geht diese Studie einerseits vom

¹² Nicht von ungefähr liegen die meisten Daten der Sozialwissenschaften in der Form von Umfragedaten vor. Eine komplexere statistische Analyse von Makrodaten scheitert meist an der geringen Fallzahl und an der schieren Größe der Makroeinheiten. Von daher ist es sogar nahe liegend, von Analysen auf individueller Ebene auszugehen (vgl. Coleman, 1986: 3).

institutionalisierten Wohlfahrtsstaat aus, der in modernen Gesellschaften wesentlich gesellschaftliche Verteilungsprozesse mitbestimmt, und stellt die These auf, dass unterschiedliche Typen von Wohlfahrtsstaaten einen spezifischen Einfluss auf individuelle Einstellungen und Bewertungen der Bevölkerung haben. Dies gilt vor allem für westlich-kapitalistische Länder, da hier von einer langjährigen pfadabhängigen Wohlfahrtsstaatsentwicklung ausgegangen werden kann, die durch eine entsprechende moralische Basis in der Bevölkerung getragen wird. In osteuropäischen Transformationsländern sind zwar erste Schritte einer wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung nach dem Systemwechsel erkennbar, wenngleich hier nicht von einer langfristigen Tradition wie im Westen ausgegangen werden kann. Es ist deshalb zu vermuten, dass Effekte aus der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung seit Transformationsbeginn mit spezifischen Transformationseffekten einhergehen, die allerdings sowohl analytisch als auch empirisch nicht eindeutig getrennt werden können, sondern allenfalls mit mehr oder weniger plausiblen Argumenten verdeutlicht werden können.

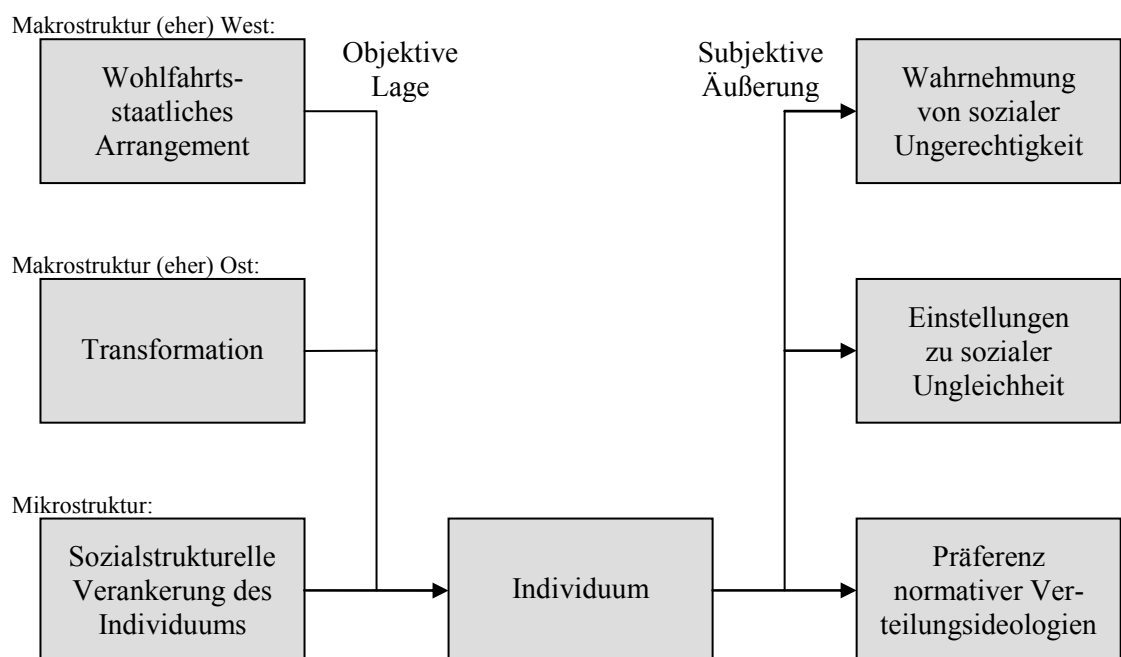


Abb. 2: Der Untersuchungsrahmen in schematischer Darstellung
Eigene Darstellung.

Es ist davon auszugehen, dass wirtschaftliche, soziale und politische Indikatoren der Entwicklung dieser Länder auf Makroebene mehr erklären können als wohlfahrtsstaatliche Typologisierungen. Hintergrund für diese These ist die Annahme, dass durch den Systemwechsel und die Umbruchphase danach auch die Wertebasis der Bevölkerung radikal vom Wandel erfasst, zumindest jedoch erschüttert wurde. So ist davon auszugehen, dass sowohl sozialisierte Werte aus der Zeit des Sozialismus in der Bevölkerung fortbestehen, möglicherweise in der Form einer rückwärtsgewandten moralischen Idealisierung der sozialistischen Vergangenheit, als auch "neue" aus der Umbruchssi-

tuation entstandene und geprägte Werte, die aus dem Blick nach Westen und/oder einer in die Zukunft gewandten Einstellung resultieren. Effekte aus der spezifischen Lage der Transformation - so die Annahme - überlagern also wohlfahrtsstaatlich geprägte normative Haltungen, die es so noch nicht gibt. Denn der Wohlfahrtsstaat in Osteuropa kann sich noch nicht auf ein langfristig tragendes moralisches Fundament in der Bevölkerung berufen. Beide Makroeffekte, unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Arrangements und unterschiedlich erfolgreiche Transformationsverläufe wirken auf Individuen (Pfeil »a« im Modell von Esser).

Die Wirkung unterschiedlich gearteter wohlfahrtsstaatlicher Arrangements und erfolgreicher Transformationsverläufe erfolgt auf Individuen in deren spezifischer sozialen Lage, d.h. Aspekte der Positionierung und Verankerung der Individuen in der Sozialstruktur, die durch individuelle Merkmale (wie z.B. Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, erwerbsbezogene Aspekte etc.) gemessen wird, haben einen Einfluss auf deren Werthaltungen, Bewertungen und Präferenzen hinsichtlich sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit. Diese Mikro-Mikro-Verbindung kann durch Bezugnahme auf eine Handlungstheorie hergestellt werden (Pfeil »b« im Modell von Esser).

Unter Bezugnahme auf Rational-Choice-Theorien kann davon ausgegangen werden, dass Individuen in allem, was sie tun und denken, vor allem von ihren *Interessen* geleitet werden, den eigenen Nutzen zu vermehren. Von daher ist von Effekten des sozialen Status innerhalb der Gesellschaftsstruktur auszugehen, die derart gerichtet sind, dass nach individueller *Kosten-Nutzen-Abwägungen* jene Alternative gewählt wird, bei der der Nutzen der Individuen maximiert wird (vgl. Esser, 1999: 95f), Individuen also jene Werthaltungen, Präferenzen und Bewertungen äußern, von denen sie annehmen, dass sie am meisten davon profitieren (vgl. Hechter, 1994). Einstellungen, Präferenzen und Bewertungen im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit ergeben sich vor allem aus der strukturellen Lage der Betroffenen bzw. genauer: der damit gegebenen statusspezifischen Wahrnehmungen (vgl. Wegener, 1987) und Interessen. Vor diesem Hintergrund lassen sich eine Reihe von Hypothesen aufstellen. So ist zu erwarten, dass Personen in unteren Gesellschaftsschichten mehr soziale Ungleichheit in der Gesellschaft wahrnehmen, diese im Hinblick auf ihre Verteilung auch stärker ungerecht finden und damit auch stärker ablehnen als Personen in oberen Schichten, weil sie selbst in einer vergleichsweise ungünstigeren Lage sind und sich davon erhoffen, dass soziale Ungleichheit abgebaut wird und sie gesellschaftlich aufsteigen können, wenn sie soziale Ungleichheit "dramatisieren" und als ungerecht ablehnen. Umgekehrt sind Personen in oberen Schichten daran interessiert, dass soziale Ungleichheit hoch bleibt, weil sie selbst ja oben sind, von ihrer Position profitieren, indem sie mehr Lebenschancen haben, und diese bei einer Verringerung der sozialen Ungleichheit durch Umverteilung von Wohlstand verlieren würden (vgl. Della Fave, 1980; Kelley und Evans, 1993: 78f; Shepelak, 1987: 487; Stolte, 1983: 338f). Für eine stärkere Rolle des Staates bei der Umverteilung von Wohlstand plädieren daher - so die Annahme - auch eher untere als obere Schichten. Und hinsichtlich normativer Verteilungsregeln ist zu erwarten, dass eine Leistungsideologie in dem Sinne, dass diejenigen, die entsprechende Leistungen erbringen, auch nach dieser Leistung entsprechend belohnt werden sollen, eher von höheren Gesellschaftsschichten befürwortet wird, während egalisierende Verteilungsregeln, die auf eine Verteilung nach Bedarf (bei Familien), auf der Basis von Chancengleichheit oder die strikte Gleichverteilung im Ergebnis zum Ziel haben eher von Personen in unteren Segmenten des Ungleichheitsgefü-

ges gefordert werden (vgl. z.B. Haller et al., 1995: 225; Wegener und Liebig, 1993: 675f). Bestimmte Interessen stehen auch hinter Einstellungen und Bewertungen, wenn die eigene erfahrene soziale Mobilität im Ungleichheitsgefüge (aufwärts oder abwärts) ins Blickfeld gerückt wird (vgl. Alesina und La Ferrara, 2001; Piketty, 1995; Wegener und Liebig, 1993) oder die generellen Mobilitätsmuster von Gesellschaften. Hinsichtlich der osteuropäischen Transformationsländer aber auch bezüglich des Wohlfahrtsstaates muss außerdem gefragt werden, wer Gewinner bzw. Nutznießer und wer Verlierer ist. So ist anzunehmen, dass Rentner und Arbeitslose eher zu den Gewinnern von Umverteilung gezählt werden müssen und diese entsprechend auch fordern, als gesellschaftlich Marginalisierte dagegen werden sie die Ungleichheitsstruktur stärker als ungerecht empfinden. Dagegen dürften Selbständige eher weniger für Umverteilung eintreten und auch die Ungleichheitsstruktur als gerechter bewerten.

Neben diesen - wenn man so will - "egoistischen" Motiven soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit wahrzunehmen und zu bewerten, spielen bei Einstellungen, Bewertungen von sozialer Ungleichheit und Präferenzen von Verteilungsideologien auch *altruistische Motive* eine Rolle (vgl. Norden, 1985; Norden, 1986; Pioch und Vobruba, 1995: 130), wie sie beispielsweise in Werthaltungen der Uneigennützigkeit, der Solidarität und Gegenseitigkeit im Hinblick auf wohlfahrtsstaatliche Politik diskutiert werden (vgl. Mau, 2002; Mau, 2002). Empirisch muss unterschieden werden, ob bestimmten Personengruppen Altruismus und ähnliche Werte unterstellt werden können oder ob solche Werthaltungen empirisch gemessen werden können. Beides ist im Prinzip möglich, doch sei darauf hingewiesen, dass bei ersterem das Problem der Unterstellung letztendlich nicht geklärt werden kann und bei letzterem Probleme bei der Suche nach einer sich eignenden Operationalisierung entstehen, die es erlaubt, altruistische Werthaltungen (als erklärendem Aspekt) von Einstellungen und Bewertungen von Ungleichheit und Gerechtigkeit und der Präferenz von Verteilungsideologien (als zu erklärendem Aspekt) untautologisch und mit einer plausibel begründbaren Kausalitätsannahme sauber zu trennen. Im ersten Fall einer Identifizierung bestimmter Personengruppen ist unter Heranziehung von Argumenten der Sozialisation oder einer engen Mutter-Kind-Beziehung beispielsweise davon auszugehen, dass Frauen soziale Ungleichheit stärker ablehnen, mehr soziale Ungerechtigkeit wahrnehmen und hinsichtlich der von ihnen präferierten Verteilungsideologien für eine stärkere umverteilende Rolle des Staates bzw. für mehr Umverteilung eingestellt sind. Ein ähnlicher Effekt ist auch hinsichtlich religiöser Menschen anzunehmen, die durch den Einfluss der Religion oder der gelebten Religiosität sozialisatorisch geprägt sind, für mehr Mitmenschlichkeit und Sozialsinn einzutreten. Möglicherweise kann auch hinsichtlich der politischen Ausrichtung und der Parteienpräferenz von Personen angenommen werden, dass diese nicht nur durch Interessen, sondern auch durch persönliche Beweggründe und Werthaltungen geprägt sind.

Schließlich kann als weitere handlungstheoretische Grundlage *kollektive Rationalität* als individuelles Motiv für Einstellungen zu sozialer Ungleichheit, der Bewertung von Verteilungen und der Befürwortung bestimmter Verteilungsideologien herangezogen werden. Auch mit diesem Motiv werden Interessen ausgedrückt, allerdings sind dies keine Eigeninteressen, sondern Kollektivinteressen, die sich am Gesamtwohl der Gesellschaft orientieren. Individuen sind beispielsweise dann für eine stärkere Umverteilung, wenn sie denken, dass der Frieden in einer Gesellschaft gefährdet

ist oder sich das Allgemeinwohl der ganzen Gesellschaft verschlechtern würde (vgl. Norden, 1986; Pioch und Vobruba, 1995: 130). Bei Höhergebildeten vor allem ist davon auszugehen, dass kollektive Rationalität hinsichtlich ihrer Einschätzung von Ungerechtigkeit und der Präferenz von Verteilungsideologien als Motivlage eine stärkere Rolle spielt.

Diese drei unterschiedlichen Motive - Eigeninteresse, Altruismus und kollektive Rationalität - sind letztendlich auch identisch mit dem, was Korff (1985) in anthropologischer Hinsicht als basale naturale Antriebsstrukturen des Menschen identifiziert hat. Danach besteht integriertes zwischenmenschliches Zusammenleben aus einem Spannungsgefüge dreier sozialer Beziehungsdimensionen: von verbindendem Zueinander (für den anderen sorgen), konkurrierendem Gegeneinander (sich gegenüber dem anderen behaupten) und des sachhaften Bezugs aufeinander (den anderen je nach Bedarf gebrauchen). Diese "soziale Perichorese", wie er dieses Beziehungsgesetz menschlichen Umgangs mit Menschen nennt, lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: "Der Mensch ist dem Menschen Bedürfniswesen, Aggressor und Fürsorger zugleich" (Korff, 1985: 91).

Damit ist die Motivlage als handlungstheoretischer Hintergrund für das Zustandekommen von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit, Bewertungen sozialer Verteilungsprozesse und der Präferenz von Verteilungsideologien auf Mikroebene hinreichend umrissen. Um von diesen individuellen Äußerungen der Einzelnen auf die kollektive Ebene der Gesellschaft zurückzukommen, muss nach einer Logik der Aggregation vorgegangen werden (Pfeil »c« im Modell von Esser). Die Wahl von geeigneten Transformationsregeln wird heftig diskutiert und reicht von simpler Aggregation individuellen Verhaltens bis zu komplexeren Formen einer Synthese (vgl. die Diskussion hierzu in Alexander et al., 1987). In dieser Studie wird zur Aggregation auf die einfache Ermittlung des Bevölkerungsdurchschnitts gesetzt, also den durchschnittlichen Einstellungen, Bewertungen und Präferenzen, die auf kollektiver Ebene miteinander verglichen werden. Es werden keine Gewichtungen oder andere Formen der Synthese verwendet.

Nachdem das Untersuchungskonzept dieser Studie umrissen wurde, stellt sich nun die Frage, wie der Erklärungsgegenstand dieser Studie - individuelle ungleichheitsrelevante Einstellungen, Bewertungen gesellschaftlicher Verteilungen und die Präferenz von Verteilungsideologien - weiter präzisiert werden kann. Deshalb muss darauf eingegangen werden, inwiefern soziale Gerechtigkeit als Gegenstand empirischer Untersuchungen tauglich ist und was die empirische Gerechtigkeitsforschung vor allem in theoretischer Hinsicht im Rahmen dieser Studie beitragen kann.

3 Soziale Gerechtigkeit als Forschungsgegenstand

Gerechtigkeit ist letztlich eine Frage der Moral. Und die Frage nach der Moral in der Gesellschaft, die im gesellschaftlichen Diskurs in periodischen Abständen immer wieder aufgeworfen wird (vgl. Müller, 1996), wird aus sozialwissenschaftlich theoretischer Perspektive in der Regel mit funktionalistischen Argumenten beantwortet. Moral - und damit auch Gerechtigkeit - leistet danach einen Beitrag zur sozialen Ordnung und zur Integration der Gesellschaft (vgl. v.a. Durkheim, 1991; Durkheim, 1992; Luhmann, 1978: 43-73; Luhmann, 1992: 30; Parsons, 1991; Parsons und Shils, 1951). Auch wenn in theoretischen Ansätzen - trotz des bereits durch Marx und Weber für die Sozialwissenschaften anhaltend desavouierten, zumindest jedoch problematisch gewordenen Verhältnisses zu Moral, weil sie einerseits als Teil des kulturellen Überbaus grundsätzlich abzulehnen oder andererseits die Gefahr des unwissenschaftlichen Moralisieren beinhaltet - der Gegenstand Moral von Anfang an durchaus relevant war (vgl. Firsching, 1994)¹³, ist in der empirischen Forschung eine merkwürdige Abstinenz bei diesem Thema festzustellen, die erst seit einigen Jahrzehnten, also forschungsgeschichtlich relativ spät, gebrochen wurde. Moral als empirischer Untersuchungsgegenstand findet sich bei grober Betrachtung vor allem in folgenden Bereichen: der Erforschung der individuellen moralischen Entwicklung (vgl. z.B. Bertram, 1986; Döbert, 1987; Edelstein und Nunner-Winkler, 1986; Edelstein und Nunner-Winkler, 2000; Kohlberg, 1976; Kohlberg, 1995; Nunner-Winkler, 1992; Nunner-Winkler, 1996) der Werte- und Wertewandelsforschung (vgl. z.B. Gensicke, 1996; Hepp, 1996; Hillmann, 1989; Inglehart, 1977; Inglehart, 1989; Inglehart, 1990; Inglehart, 1997; Klages, 1998; Klages, 1998; Meulemann, 1996; Meulemann, 1998; Meulemann, 1998; Meulemann, 1998), der Erforschung der moralischen Kommunikation (vgl. Bergmann und Luckmann, 1999; vgl. Luckmann, 1996), des Vertrauens (vgl. z.B. Preisendörfer, 1995; Schweer, 1997; Sztompka, 1995; Walz, 1996; Ziegler, 1997) und eben der Gerechtigkeitsforschung (vgl. z.B. Alves und Rossi, 1978; Berger et al., 1972; Jasso, 1980; Jasso, 1989; Jasso und Rossi, 1977; Jasso und Wegener, 1997; Runciman, 1972; Wegener, 1987; Wegener, 1992; Wegener, 1999; Wegener, 2001 u.a.). Der Ursprung der sozialwissenschaftlichen Gerechtigkeitsforschung in der Form eigenständiger Publikationen liegt augenscheinlich in den 70er Jahren und geht zeitlich einher mit Entwicklungen der psychologischen Gerechtigkeitsforschung (vgl. Adams, 1963; vgl. Adams, 1965; Lerner, 1975; Lerner, 1980; Lerner und Lerner, 1981; Mikula, 1980; Walster et al., 1973; Walster et al., 1976; Walster und Walster, 1975; Walster et al., 1978) und dem Beginn eigenständiger Gerechtigkeitstraktate in der Philosophie, als erstes und am prominentesten die von Rawls (1971).

Schon aus dieser Beobachtung der Literatur kann offensichtlich festgehalten werden, dass Gerechtigkeitsforschung ein interdisziplinäres Forschungsfeld und auf interdisziplinären Diskurs hin angelegt ist und wohl auch sein muss (vgl. Liebig und Lengfeld, 2002; Müller und Wegener, 1995; Scherer, 1992; Wegener, 2001; Wegener, 2001; Wegener, 2002). Für den sozialwissenschaftlichen

¹³ Neuere theoretische Überlegungen zu einer sozialwissenschaftlichen Behandlung von Moral drehen sich vor allem um die Sicherung von Verantwortung, die Rolle des Rechts und die Gestalt sozialer Systeme in einer komplexer werdenden sozialen Realität (vgl. Baumann, 1995; Baumann, 1996; Bühl, 1998; Joas, 1997; Kaufmann, 1989b, 1992, 1995, 1997b; Lüschen, 1998; Popitz, 1980).

Zugang und damit auch für diese Studie bedeutet dies zunächst eine Auseinandersetzung mit diesen Theorien, Ansätzen und Forschungsergebnissen, um mögliche Anknüpfungspunkte auszuloten, die im Rahmen dieser Untersuchung von Belang sind. Zunächst wird der Forschungsgegenstand Gerechtigkeit in historischer Perspektive betrachtet, wobei hier die philosophische, soziale und sozialwissenschaftliche Entwicklung in Verschränkung aufgezeigt wird. Schließlich müssen relevante Theorien der Gerechtigkeit vorgestellt und wesentliche Unterscheidungen hinsichtlich dieser empirischen Untersuchung verdeutlicht werden.

3.1 Warum Gerechtigkeit? - Der praktische, historische und theoretische Bezug

Soziale Gerechtigkeit wird immer dann im öffentlichen und politischen Diskurs zum Thema, wenn es die bestehende soziale Verteilung von Wohlstand und Übeln in einer Gesellschaft zu legitimieren oder neu auszutarieren gilt. Gerade in der Arena der politischen Auseinandersetzungen um die Intentionen zur Veränderung von Gesellschaften wird soziale Gerechtigkeit als Vokabel im Munde geführt, um die eine oder andere Maßnahme politisch durchsetzen bzw. öffentlich verkaufen zu können. Nur selten aber wird klar, was die politischen Akteure genau darunter verstehen, welche ungerechten Zustände im Namen von mehr Gerechtigkeit denn genau überwunden werden sollen und welche Gerechtigkeitserwägungen bei der Suche und Findung von Lösungsoptionen und Entscheidungen wichtig waren. So scheint sich der Eindruck zu verfestigen, dass "soziale Gerechtigkeit" offensichtlich nicht mehr als nur eine leere Worthülse der politischen Rhetorik ist (vgl. Lengfeld, 2002: 24f), wenn politische Akteure die hinter Handlungsoptionen liegenden Motive und Gerechtigkeitserwägungen nicht verständlich machen. Viele politische Vorhaben und Entscheidungen gehen vermutlich deshalb an der Bevölkerung vorbei oder bleiben nicht nachvollziehbar, weil die Bevölkerung im Unklaren darüber gelassen wird, inwiefern Gerechtigkeit mehr als eine rhetorisch zu gebrauchende Eigenschaftsvokabel ist.

Die Gerechtigkeitsforschung dagegen kann aufzeigen, dass ihr Gegenstand mehr als ein formales Stilmittel der Rhetorik ist und inhaltlich weiter bestimmt werden kann. So können *normativ-philosophische* Theorien und Überlegungen zur Gerechtigkeit beispielsweise zur Klärung der Begrifflichkeiten, zur Plausibilität von Begründungslogiken oder zum Stellenwert von Gerechtigkeit im Gesamtzusammenhang der Gesellschaft herangezogen werden. Die großen philosophischen Theorien der Gerechtigkeit bewegt die Frage, was eine gerechte Gesellschaft auszeichnet und wie sie aufgebaut ist (vgl. Hayek, 1981; Nozick, 1974; Rawls, 1994; Sen, 1997; Walzer, 1992). Die normative Frage, wie Rechte und Pflichten, knappe Güter, Wohlstand und Lasten in einer Gesellschaft verteilt werden sollen, ist keine neue, sondern eine Frage seit Anbeginn der Menschheit, die in philosophischen Texten seit der Antike dokumentiert ist (vgl. hierzu die Textsammlung bei Horn und Scarano, 2002). Und in ihren Überlegungen sind Philosophen weit konkreter geworden, als es die Ursprungsformel bzw. -definition von Gerechtigkeit aus der römischen Antike "Suum Cuique"

("Jedem das Seine", Ulpian)¹⁴ auszudrücken vermag. Die *empirisch-sozialwissenschaftliche* Forschung über Gerechtigkeit, im Rahmen dessen auch diese Studie ihren Beitrag leisten möchte, hat einen ganz anderen Zugang als normativ-philosophische Theorien. Sie geht von den Gerechtigkeitsvorstellungen aus, die Menschen subjektiv wahrnehmen und äußern, und möchte ihr Zustandekommen erklären. Damit vermag sie empirisch aufzuzeigen, dass einzelne Menschen und Bevölkerungsgruppen ganz unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen vertreten, ganz unterschiedlich Ungerechtigkeiten wahrnehmen und Verteilungen ganz unterschiedlich gerecht bzw. ungerecht bewerten können. Sie hat zum Ziel, Gerechtigkeit "in the eye of the beholder" (Walster et al., 1976: 4, vgl. neuerdings auch Svallfors 1995) empirisch zu erklären und kann auf diese Weise verdeutlichen, dass und inwiefern es relevant ist, welche Auffassung über Gerechtigkeit die Menschen vertreten (that it "matters, what the people think", Swift et al., 1995).

Diese empirische Öffnung auf den Menschen hin hat in philosophischer Hinsicht ihre historischen Wurzeln, die auf dem Weg in die Moderne zu finden sind.¹⁵ Vor allem die zu Beginn der Neuzeit einsetzende Kehrtwende in der Weltsicht auf das Irdische, das als kultureller Gestaltungsraum des menschlich Machbaren begriffen wurde, hat den Blick auf das handelnde Individuum als Subjekt und seine Deutung der Wirklichkeit eröffnet. Infolge der in der Renaissance einsetzenden aktiv gestalterischen Hinwendung des Menschen zur Welt konnte Gerechtigkeit nicht mehr als Teil einer objektiven Ordnung abgeleitet werden, die naturrechtlich, metaphysisch oder aus einem göttlichen Willen zu begründen war, sondern die der Mensch als Maßstab an die vorfindbare Wirklichkeit selbst anlegen konnte und musste (vgl. Van der Loo und Van Reijen, 1992). Das moralische Erwachen des Subjekts und seine Selbstaufgegebenheit, die sich dann auch in Kants aufklärerischem "Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit" ausdrückt, stellt den Menschen ins Zentrum und vor die Aufgabe, sich durch die Kraft des eigenen Verstandes von alten einengenden tradierten Strukturen, Institutionen und Gedanken zu befreien (Kant, 1968: 54ff). Wenn gesellschaftliche Bedingungen nicht mehr als natur- oder gottesgegeben aufgefasst werden, sondern als von Menschen gemacht und wandelbar, werden sie rechtfertigungsbedürftig. Dann freilich wird auch Gerechtigkeit als ein möglicher subjektiver Maßstab zu einer Angelegenheit und zum moralischen Beweggrund, für eine aktive Gestaltung der sozialen Welt einzutreten. Freilich ist es erst mit der französischen Revolution (insbesondere mit dem Ruf nach *liberté, égalité, fraternité*) und der mit der Industrialisierung aufkommenden "sozialen Frage" zu einer Breitenwirksamkeit dieser Einsicht gekommen. Dabei musste in philosophischer und theologischer Hinsicht auch der Gerechtigkeitsbegriff, der vor allem durch die begrifflichen Unterscheidungen aus der Antike durch

¹⁴ So formuliert Ulpian: "Iustitia est constans et perpetua voluntas ius suum cuique tribuendi" (Ulp.dig.1,1 pr.). Begriffsgeschichtlich ist die Verwendung des "Suum Quique", das in der Antike als Redewendung scheinbar weit verbreitet war, allerdings schon auf Aristoteles (1995) und Platon (1961) zurückzuführen (vgl. Klenner, 2002).

¹⁵ In alltagspraktischer Hinsicht ist das Aufkommen des Gerechtigkeitsbegriffs mit der Auflösung der Feudalordnung, dem Wachstum der Städte und des wirtschaftlichen Handels und der zunehmenden Arbeitsteilung, also die "*Marktplatzkonzeption* der Gesellschaft" (Koller, 1994: 140), welche gerechte verbindlich-rechtliche Regelungen erforderlich und Austauschprozesse gerechtigkeits-theoretisch relevant werden haben lassen (vgl. Koller, 1994: 140-145).

Aristoteles (1995)¹⁶ und aus dem Mittelalter vor allem durch Thomas von Aquin (1952, STh II-II 57-62) geprägt wurde, einer Revision und Neubestimmung in Reaktion auf diese neuen gesellschaftlichen Problemfelder unterzogen werden (vgl. Schneider, 2001: 31ff), bevor er zunächst im Rahmen der katholischen Soziallehre in ethischer Auseinandersetzung mit der "sozialen Frage" (offiziell allerdings relativ spät in der Enzyklika 'Quadragesimo anno' von Pius XI, 1931) bis heute zu neuer Bedeutung gelangte und schließlich auch in der politischen Philosophie im Rahmen einer eigenen Theorie der Gerechtigkeit (v.a. durch Rawls, 1994) neu und umfassend aufgegriffen wurde.

Interessant ist, dass der Gerechtigkeitsbegriff erst relativ spät in die gesellschaftlichen Diskurse Eingang gefunden hat. Denn die Kritik an der mit der Industrialisierung entstandenen kapitalistischen Gesellschaft wurde durch Marx schon im 19. Jahrhundert formuliert (vgl. Marx, 1972; Marx und Engels, 1958), wurde in ihrer realen Mobilisierung als "Gespenst des Kommunismus" wahrgenommen und gefürchtet (Marx und Engels, 1958: 23) und lebt in den sich entwickelnden Varianten des Marxismus und in kritischen Gesellschaftstheorien auch fortan weiter. Vor allem das angestrebte Ziel der tatsächlichen Veränderung durch Überwindung der Klassengesellschaft als "ungerechter" Gesellschaft geschieht zumindest indirekt im Namen der "Gerechtigkeit", auch wenn der Begriff selbst von Marx und infolge dessen auch vom Marxismus spöttisch abgelehnt wurde. Der marxschen und marxistischen Kritik am Kapitalismus muss daher eine implizite Vorstellung sozialer Gerechtigkeit unterstellt werden, auch wenn sie eine Verbreitung des Begriffs zumindest in Deutschland lange verhindert hat (vgl. Koller, 1994: 139). Die starke Anlehnung an Marx, der die Berufung auf Wendungen wie die der "gerechten Verteilung" spöttisch zu "veraltetem Phrasenkram" zählte (Marx, 1958: 17), womit seine gerechtigkeitsbezogene Verankerung in der klassischen soziologischen Theorie als "Unerwünschtheitstheorem" charakterisiert werden kann (vgl. Müller, 1995: 135), mag zwar die Verwendung des Wortes "Gerechtigkeit" verzögert haben, die substanzielle Wirkung seiner Überlegungen, die in einer fundamentalen Kritik an Kapitalismus und bürgerlicher Gesellschaft bestand, aber war ganz auf die Verwirklichung einer 'gerechten Sache' ausgelegt und ist trotz aller Debatten um den Stellenwert von Gerechtigkeit im Marxschen Denken (vgl. v.a. Dahrendorf, 1971; Müller, 1995; Müller und Wegener, 1995) wohl nicht zu leugnen.¹⁷

¹⁶ Aristoteles, der erst in der Scholastik wieder entdeckt wurde, widmet dem Thema Gerechtigkeit in seiner Nikomachischen Ethik ein ganzes Kapitel. Zum einen konzipiert er wie Platon (1961) Gerechtigkeit als Kardinaltugend, also als Charaktereigenschaft im Rahmen des Habitus einer Person (vgl. Schramm, 1995: 498). Zum anderen verknüpft Aristoteles den Gerechtigkeitsbegriff konzeptionell mit der 'objektiven Ordnung', dem 'natürlichen' und dem 'positiven' Gesetz, in dem Sinne, "dass gerecht der sein wird, wer die Gesetze beobachtet und Freund der Gleichheit ist" (Aristoteles, 1995: 101, V 2). Danach hat Gerechtigkeit bereits eine soziale Dimension und steht als ordnendes Element in Zusammenhang mit der politischen Ordnung, die das Glück der Menschen in einer Gemeinschaft fördern soll (vgl. Hägglund, 1984: 441). Dabei unterscheidet er: ausgleichende Gerechtigkeit (*iustitia correctiva*) oder einfache arithmetische Gerechtigkeit (z.B. bei der Wiedergutmachung des Schadens nach einem Verbrechen) und austeilende (geometrische) Gerechtigkeit (*iustitia distributiva*), bei der es um die richtige, d.h. proportional angemessene Verteilung von Gütern, Rechten und Übeln in einer Gesellschaft geht (vgl. Aristoteles, 1995: 105-111, V 5-7).

¹⁷ Auch wenn Marx den Begriff und die Idee der Gerechtigkeit spöttisch ablehnt und dem Bereich des ideologischen Überbaus zuordnet, der überwunden werden muss, weil die bestehende Verteilungsordnung damit ideologisch anerkannt und zementiert wird, scheint Gerechtigkeit der Sache nach eine we-

Damit ist unter anderem auch zu erklären, dass zwar soziale Ungleichheit als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Theorie und Empirie den Sozialwissenschaften in die Wiege gelegt war (vgl. Berger, 2001), aber scheinbar nicht die soziale Gerechtigkeit, wenn einer der prominentesten Gründungsväter (zeitlich noch vor Durkheim und Weber!) diesen Begriff spöttisch ablehnte. Gleichwohl muss aus heutiger Sicht auch festgestellt werden, dass - metaphorisch gesprochen - Gerechtigkeit immer schon als Kuckucksei im sozialwissenschaftlichen Brutgelege lag, auch wenn es zunächst nicht als solches erkannt wurde. Auch wenn Gerechtigkeit und soziale Ungleichheit verschiedene Untersuchungsgegenstände sind, existiert eine wechselseitige Brücke zueinander, eine verwandtschaftliche Relation aus gemeinsamer Geburt. Die Frage nach der Gerechtigkeit wurde in der Frühphase der sozialwissenschaftlichen Klassik *nicht explizit* gesehen, *aber implizit* mit der "sozialen Frage" der Verschärfung sozialer Ungleichheiten und entstehender Klassenkonflikte im Zuge der Industrialisierung aufgeworfen (vgl. Müller und Wegener, 1995: 10-14).

Wenn nun die tatsächliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Zeit der Industrialisierung in den Blick genommen wird, wird ein Bedeutungswandel des bis dahin gültigen Gerechtigkeitsbegriffs aus Mittelalter und Antike erkennbar, der Gerechtigkeit nicht mehr nur als individuellen sondern stärker als gesellschaftlichen Maßstab begreift und daher für einen Zugriff der Sozialwissenschaften erschließbar macht. Danach ist mit dem Prozess der Kumulation von Kapital bei einer kleinen Gruppe von Unternehmern bei gleichzeitiger Herabstufung des Großteils kleinerer Produzenten zu Lohnarbeitern im Zusammenhang der Entstehung industrieller Großbetriebe eine sich verschärfende Polarisierung der Ungleichheitsstruktur einhergegangen, die eben sozial und nicht mehr nur individuell legitimiert werden musste (vgl. Koller, 1994: 142). Vor allem durch die zunehmende Arbeitsteilung im Produktionsprozess, der Ausdehnung und Verflechtung der wirtschaftlichen Aktivitäten hat zu einem Eindruck geführt, dass wirtschaftliches Geschehen ein Gesamtprozess der funktionsteiligen Zusammenarbeit und der damit verbundenen gegenseitigen Abhängigkeit aller Beteiligten ist. Damit ist aber mit der perspektivischen Ausweitung auf die gesamtgesellschaftliche Ebene zugleich eine neue Auffassung von der Gesellschaft als Kooperations- und Solidargemeinschaft entstanden, die "die wirtschaftlichen und sozialen Positionen der Bürger nicht mehr länger als das zufällige Resultat unabhängiger Produktions- und Austauschvorgänge betrachtet, sondern vielmehr als *soziale* Güter, die aus der gemeinsamen Zusammenarbeit aller entspringen und die eben deswegen auch einer gerechten Verteilung bedürfen" (Koller, 1994: 144). Die gerechte Verteilung von Wohlstand bezieht sich demzufolge nicht mehr nur auf einzelne Vorgänge, sondern betrifft nunmehr die soziale Ordnung der gesamten Gesellschaft. Gerechtigkeit ist nicht mehr nur individuelle Tugend, Werthaltung oder Gesinnung, sondern vor allem eine gesellschaftliche und letztlich auch sozialetische Frage.

Eine solche positive Sichtweise, die das Gesellschaftliche an der Gerechtigkeit ernst nimmt und sie als sozialen Wert und "moralische Schubkraft zur Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse"

sentliche Rolle zu spielen. Marx kennt zwar in der Interpretation Dahrendorfs keinen relativen, aber einen absoluten Begriff der Gerechtigkeit: Die kommunistische Gesellschaft ist gerecht (vgl. Dahrendorf, 1971: 115). Gerechtigkeit darf bei Marx deswegen auch nicht als Ideal oder Idee verstanden werden, sondern seine Forderung der kommunistischen Gesellschaft leitet sich durch die "dialektische Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung ab" (Dahrendorf, 1971: 163).

ausweist (Müller und Wegener, 1995: 12), ist in der klassischen Soziologie bei Durkheim (1991; 1992) zu finden. Das "Erwünschtheitstheorem" von Durkheim steht dabei in Kontrast zum "Unerwünschtheitstheorem" von Marx (Müller, 1995: 135). Gerechtigkeit hat bei ihm vor dem Hintergrund der Frage, wie soziale Integration in einer zunehmend arbeitsteiligeren und daher von Anomie bedrohten Gesellschaft möglich ist, als moralische Kategorie eine soziale Funktion zu erfüllen. Gerechtigkeit trägt zur Integration einer sich differenzierenden Gesellschaft bei, wenn die Gerechtigkeit der Normen, Regeln und Strukturen einer Gesellschaft mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der Individuen in Einklang sind. Dabei wird das kollektiv getragene Moralbewusstsein ("conscience collective") durch ein soziales Wert- und Regelsystem durchgesetzt, das im Falle der Kongruenz individueller Moral bzw. daraus folgender Handlungen und kollektiven Werten oder Regeln Zwang und Kontrolle unnötig und eine Gefährdung des sozialen Friedens vermeidbar macht (vgl. Müller und Schmid, 1992: 491). Die "mechanische Solidarität" der einfachen traditionellen Gesellschaft (durch einen gemeinsamen religiösen Glauben als Zusammenhalt) wird in einer fortgeschritten arbeitsteiligen Gesellschaft durch "organische Solidarität" ersetzt, also einem moralischen Individualismus, bei der jedes Gesellschaftsmitglied mit anderen verbunden ist und sich so quasi als Teil eines Organismus versteht (vgl. Durkheim, 1992: 118-184; Müller, 1986). Die moderne Gesellschaft setzt mit dem Prozess der Differenzierung moralisch also auf das Individuum und seine (berufliche) Stellung. Der damit gefrönte "Kult der Person" (Durkheim, 1992: 470) wird das "neue heilige Kollektivideal" (vgl. Müller, 1986: 95; Müller, 1991: 328).¹⁸

Durkheims Vorstellungen von Moral und damit auch Gerechtigkeit in der Gesellschaft sind sowohl *empirisch analytisch* zu verstehen, indem gerechte Normen, Verträge (vgl. Durkheim, 1992: 263-276) und Verteilungsprozesse (vgl. Durkheim, 1991: 302) im Rahmen einer "individualistischen Kollektivmoral" als soziale Tatsachen zu behandeln sind und als solche eine soziale Integrationsfunktion in einer sich differenzierenden Gesellschaft haben, als auch als *normative* Forderung zugleich, die individuellen Gerechtigkeitsvorstellungen mit den kollektiven Wert- und Ordnungsvorstellungen in Einklang zu bringen (vgl. Liebig, 1997: 37-40). Gerechtigkeit wird bei Durkheim nicht nur im Rahmen gerechter Normen, Regeln und Verträge, sondern auch in Bezug auf gesellschaftliche Verteilungsprozesse gesehen, die als gerecht legitimiert sein müssen. Dabei ist die Gesellschaft dann gerecht, wenn Chancengleichheit¹⁹ herrscht (vgl. Durkheim, 1991: 302f) und das Leistungsprinzip gilt, in dem Sinne, dass Verteilung "im proportionalen Verhältnis zum sozialen Verdienst eines jeden erfolgt" (Durkheim, 1991: 296). Durkheims "Vision einer gerechten Gesell-

¹⁸ Damit ergeben sich jedoch auch Widersprüche in seiner Theoriekonzeption (vgl. Müller, 1986: 96-99): So ist unklar inwieweit seine Gesellschaftsbeschreibung, die sich implizit als gerechte Gesellschaft charakterisieren lässt, deskriptiv oder normativ zu verstehen ist. Auch scheint die Formel "kollektiver Individualismus" als Lösung der Spannungsrelation Gesellschaft - Individuum viel mehr neue Fragen aufzuwerfen als gelöst werden (z.B. inwieweit angesichts der Dominanz der Gesellschaft Individuen nicht doch in ihrer Autonomie eingeschränkt und auf die Rolle passiver Rezipienten festgelegt sind). Moral wird aus der Perspektive der Gesellschaft betrachtet und ihrer Funktion, Disharmonien und Konflikte aus der Perspektive der Individuen werden eher zu wenig beleuchtet.

¹⁹ Durkheim spricht hier nicht explizit von Chancengleichheit aber vom Abbau der sozialen Ungleichheiten, die qua Geburt oder familiärer Bindungen (z.B. Reichtum oder Intelligenz des Vaters etc.) entstehen, und er sieht den Abbau derartiger sozialer Ungleichheiten vermutlich in Anlehnung an Thomas von Aquin als Sache der Barmherzigkeit in der Form des Gefühls mitmenschlicher Sympathie, da die Menschen dafür nichts können (vgl. Durkheim, 1991b: 303).

schaft" (Müller, 1992), die für die Gerechtigkeitsforschung bedeutsam ist, weil sie Gerechtigkeit explizit thematisiert, kommt - trotz seiner normativen Aufladung - in der Beschreibung der Gesellschaft, dem "Kult des Individuums" und der auf individueller Leistung beruhenden Verteilungsordnung den heutigen Verhältnissen sehr nahe. Sie kann geradezu als modern gesehen werden. Dass seine Untersuchungen allerdings in Deutschland nur wenig Beachtung gefunden haben, liegt möglicherweise an dem weiterreichenden Einfluss der "Marx-Weberschen Hegemonie", die Gerechtigkeit wissenschaftlich ablehnen (vgl. Müller und Wegener, 1995: 13f).

Webers Bedeutung im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung von Gerechtigkeit kann als ambivalent eingeschätzt werden. Danach hat Gerechtigkeit einerseits keinen eigentlichen Stellenwert in seiner Gesellschaftstheorie (vgl. Weber, 1980). Er formuliert keine "Theorie der Gerechtigkeit", sondern lehnt den Begriff polemisch ab, indem er sogar Anführungszeichen bei seiner Verwendung gebraucht und ihn weitgehend vermeidet (bis auf Ausnahme der "formalen" Gerechtigkeit in seiner Rechtssoziologie). Sein Ansatz kann aus der Perspektive der Gerechtigkeitsforschung als "Unmöglichkeitstheorem" bezeichnet und in seiner Rekonstruktion auf unterschiedlichen Ebenen begründet werden, auf persönlicher, methodologischer und theoretischer (vgl. Müller, 1995: 139f). Danach ist für Weber aus persönlicher Sicht Gerechtigkeit zwar durchaus auf der individuellen zwischenmenschlichen Verhaltensebene von Bedeutung, als institutionelles oder gesellschaftliches Ideal lehnt er sie (stehend auf Nietzsches Wertenihilismus und Marxens Kritik am Kapitalismus) als Illusion ab, da ihm die Wohlfahrtsmentalität der Massen aufgrund seines persönlichen freiheitlichen Gesellschaftsverständnisses ("aristokratischer Individualismus"), das er durch Gleichheit/Gerechtigkeit eingeschränkt sieht, suspekt ist (vgl. Müller, 1995: 140f). Aus methodologischer Perspektive macht auch Webers striktes Postulat der Wertfreiheit der Sozialwissenschaften (vgl. Weber, 1991) ein Dafürhalten moralischer Ideale oder deren Ableitung aus seiner Sicht nach wissenschaftlich unmöglich. Die Beantwortung normativer Fragen ist keine Aufgabe der Sozialwissenschaft. Soziale Ungleichheit kann zwar analysiert, aber es kann nicht wissenschaftlich bestimmt werden, ob sie gerecht ist (vgl. Müller, 1995: 144f). Auch auf theoretischer Ebene ist eine Realisierung von Gerechtigkeit nach Weber nicht möglich, da sich die funktional ausdifferenzierenden Wertsphären und Lebensordnungen mit ihren inkompatiblen Standards (vgl. Weber, 1988: 542-567) nicht mehr unter einheitlichen Richtmaßen integrieren lassen (vgl. Müller, 1995: 146f).

Trotz dieser Argumente, die Webers ablehnende Haltung gegenüber Gerechtigkeit als normativen Begriff auf Gesellschaftsebene nahe legen, gibt seine Position andererseits auch Anknüpfungspunkte für eine sozialwissenschaftliche Analyse von Gerechtigkeit (vgl. Arts und Veen, 1992; Liebig, 1997: 52-58; Müller, 1995). Denn Webers Standpunkt richtet sich "nicht primär gegen 'Gerechtigkeit' als sozialwissenschaftlicher Kategorie, sondern gegen *egalitäre* Gerechtigkeitsforderungen und gegen das Bemühen, einen *normativen* Begriff wissenschaftlich bestimmen zu wollen" (Liebig, 1997: 53). Ausgehend von der Frage, wie sich eine soziale Ordnung auf Anerkennung stützen kann, führt Weber zweckrationale Motive, Gewöhnung und Legitimität als Voraussetzung an, wobei Legitimität am bedeutendsten ist, weil sie normativ verbindliche Geltung beanspruchen kann und am wenigsten labil ist (vgl. Weber, 1980: 16). In seiner Herrschaftstypologie unterscheidet er vier Legitimationstypen, die traditionale, charismatische, wertrationale und rationale Legitimation. Auch wenn der Stellenwert der wertrationalen Legitimität (an erster oder zweiter Stelle der

Bedeutsamkeit) bei Exegeten Webers (vgl. Kopp und Müller, 1980; Winckelmann, 1952) umstritten ist, weist sie doch auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Konsenses über die verbindliche Geltung von Werten als Legitimationsgrundlage einer sozialen Ordnung hin. Ferner folgt aus dem Postulat der Wertfreiheit Webers nicht, dass auch Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen nicht untersucht werden könnten. Im Gegenteil meint er im Hinblick auf seine eigene Forschung zum Protestantismus (vgl. Weber, 1988) sogar, dass "die kausale Wirkung des faktischen Bestehens gewisser ethischer oder religiöser Überzeugungen auf das Wirtschaftsleben [...] nicht etwa die Folge [hat]: dass man nun jene kausal vielleicht sehr wirksam gewesenen Überzeugungen um deswillen auch zu teilen habe oder auch nur für 'wertvoll' halten müsse" (Weber, 1991: 191).

Versucht man die Ausführungen zu den drei Klassikern der Sozialwissenschaften (der "Soziologischen Dreifaltigkeit", Kaesler, 1999: 206) in ihren unterschiedlichen Standpunkten dahingehend zusammenzufassen, welchen Beitrag sie im Rahmen dieser Studie leisten, kann folgendes festgehalten werden: Gerechtigkeit ist als Teil der moralischen Wertebasis ein relevanter Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften, weil sie nicht nur ein individueller Maßstab im Lebensvollzug von Personen, sondern auch auf der Gesellschaftsebene in Strukturen und Institutionen verankert ist. Hier ist Gerechtigkeit hinsichtlich der Sicherung der Beteiligung aller Personen am gesellschaftlichen Leben, vor allem aber bei der Verteilung von Gütern, Wohlstand etc. relevant. Sind individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen mit kollektiven Gerechtigkeitsvorstellungen (in der Art eines gesellschaftlichen Kollektivbewusstseins a la Durkheim) im Einklang, fördert dies die Integration einer Gesellschaft. Für die moderne Gesellschaft, die unter dem Verdikt von Prozessen der funktionalen Differenzierung steht, ist eine derartige Integration notwendig, aber aufgrund der Differenzierung und Pluralisierung der Wertebasis schwierig und durch die Gefahr der Anomie bedroht. Diese Wertepluralisierung ist mit gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen verbunden (vgl. Simmel, 1992: 791-816), der zunehmenden "Ungebundenheit der persönlichen Kräfte durch Bevormundungen irgend welcher Art, ständische oder kirchliche, politische oder wirtschaftliche" (Simmel, 1992: 811), die mit der "Sprengung aller engenden und beengenden Einungen verknüpft war" (Simmel, 1992: 812). Die Legitimation einer gesellschaftlichen Verteilungsordnung kann durch die gemeinsame Anerkennung allgemeiner Verteilungsregeln und Gerechtigkeitsstandards (z.B. dem Leistungsprinzip) gesichert werden. Vor dem Hintergrund der Rechtfertigung sozialer "Ungleichheit unter Menschen, diese reiche Quelle so vieles Bösen, aber auch alles Guten" (Kant, 1968: 97), ist Gerechtigkeit der notwendige Untersuchungsgegenstand, wenn es um die Legitimation von sozialer Ungleichheit, der sozialen Ordnung einer Gesellschaft und damit letztlich ihrer Integration geht. Da Gerechtigkeit ein "menschliches Konstrukt" ist (Walzer, 1992: 30), das sozial definiert und konstruiert ist, sind individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen und Bewertungen der empirischen Sozialwissenschaft zur Analyse zugänglich.

3.2 Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeitstheorien - Ein Überblick

Gerechtigkeit ist - wie bereits erwähnt - ein sehr heterogenes Untersuchungsfeld, an dem unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen (Philosophie, Psychologie, Soziologie, Theologie etc.) mit höchst unterschiedlichen Zugängen beteiligt sind (vgl. Scherer, 1992). Der Begriff "Gerechtigkeitsforschung" suggeriert möglicherweise eine Einheit, die es noch gar nicht gibt. Vor allem zwischen normativ-analytischen und empirisch-deskriptiven Studien und den entsprechenden Theorien gibt es noch immer eine Kluft im Diskurs, die trotz aller Bemühungen unüberwindbar scheint (vgl. Liebig und Lengfeld, 2002; Wegener, 2001). Aber auch in den empirischen Studien zur Gerechtigkeit in Psychologie und den Sozialwissenschaften sind die Zugänge divers, weshalb eigentlich zutreffender von Gerechtigkeitsstudien ("justice studies") gesprochen werden muss (vgl. Wegener und Steinmann, 1995: 151). In diesem Abschnitt der Studie kann zwar keine Lösung dieses interdisziplinären "Together Apart" gefunden, aber die wesentlichen Anknüpfungs- und Bezugspunkte der unterschiedlichen normativen und empirischen Theorien müssen ohne Anspruch auf umfassende Darstellung und Diskussion im Einzelnen aufgezeigt werden.

3.2.1 Die "empirische Wende" normativer Theorien

Auch wenn aus dem Befund der Literatur auf eine weitgehende Trennung analytisch-philosophischer Theorien der Gerechtigkeit und der empirischen Gerechtigkeitsforschung geschlossen werden kann, scheint in jüngster Zeit Bewegung ins Zu- und Gegeneinander der disparaten Zweige der Gerechtigkeitsforschung gekommen zu sein. Während die empirische Gerechtigkeitsforschung seit jeher Anregung durch die Begriffsexplikationen und aufgedeckten Begründungszusammenhänge philosophischer Theorien einholt und ihre Ergebnisse vor dem Hintergrund normativer Theorien diskutiert, ist auch bei philosophischen Theorien eine Bewegung hin "zur Empirie" zu spüren (Wegener, 1995), die sich möglicherweise aus der Einsicht ergibt, dass ansonsten durch die Abstraktheit und Realitätsferne normativer Theorien die Gefahr besteht, irrelevant für die alltägliche (politische) Praxis zu werden und den "Bezug zum wirklichen Leben" zu verlieren (Wegener, 2001: 880). Unabhängig davon, welcher Standpunkt im Zueinander der disparaten Teilbereiche der Gerechtigkeitsforschung eingenommen wird, ob eine strikte Trennung weiter eingehalten, Anknüpfungspunkte gesucht oder eine gemeinsame Gerechtigkeitstheorie angestrebt werden sollte (vgl. Wegener, 2001: 881-883), mit denen auf Dauer wissenschaftlicher Fortschritt erzielt werden kann, ist für normative Theoretiker jedenfalls neuerdings die Frage relevant, ob soziale Gerechtigkeit auch das ist, was die Leute dafür halten (vgl. Miller, 1992; Swift et al., 1995). Dieses Bemühen um einen empirischen Bezug lässt sich an den zwei prominentesten philosophischen Theorien der Gerechtigkeit verdeutlichen: den Theorien von Rawls (1971; 1992; 1994) und Walzer (1983; 1992).

Für Rawls ist Gerechtigkeit der wesentliche soziale Maßstab der Verteilungsordnung der liberalen Gesellschaft. Es geht ihm um die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens (vgl. Kramer, 1992: 76) und die Frage, welche Gerechtigkeitsstandards bzw. -prinzipien Menschen im Rahmen eines Gesellschaftsvertrags aushandeln (vgl. Kersting, 1994; Kley, 1989). Gerechtigkeit ist daher nicht ausschließlich Tugend des Einzelnen, sondern primär auf der Gesellschaftsebene als "die erste Tugend sozialer Institutionen" (Rawls, 1994: 19) anzusiedeln. Dabei müssen alle Menschen eine gerechte Ausstattung mit Grundgütern erhalten, also jenen Dingen, "von denen man annimmt, dass sie ein vernünftiger Mensch haben möchte, was auch immer er sonst noch haben möchte" (Rawls, 1994: 112). Erst mit diesen Grundgütern sind Menschen in der Lage, Lebensperspektiven nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln und bei der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Der Leitgedanke in Rawls Gerechtigkeitskonzeption besteht darin, dass die Prinzipien der Gerechtigkeit den Grundsätzen entsprechen, die "freie und vernünftige Menschen in ihrem eigenen Interesse in einer anfänglichen Situation der Gleichheit zur Bestimmung der Grundverhältnisse ihrer Verbindung annehmen würden" (Rawls, 1994: 28).

Um die Gerechtigkeitsstandards für eine gerechte Verteilung der Grundgüter herauszufinden, greift Rawls auf die Strategie eines Gedankenexperiments zurück. Danach befinden sich Menschen in einer hypothetischen Entscheidungssituation ('original position'). Über sie ist ein 'Schleier der Unwissenheit' verhängt, d.h. sie kennen weder ihre individuell spezifischen Begabungen noch ihre jetzige oder zukünftige soziale und wirtschaftliche Lage, die sie einnehmen. Sie wissen jedoch, wie Gesellschaften und die Verteilung von Vorteilen und Lasten in einer Gesellschaft allgemein funktionieren. In diesem 'Urzustand', in dem Menschen quasi in einen Zustand der 'Unparteilichkeit' und 'Gleichheit' versetzt sind, einigen sich Menschen beim Aushandeln der Verteilungsprinzipien 'intuitiv' auf einen allgemeinen Gerechtigkeitsstandard, der fair ist (vgl. Höffe, 1977: 19). Der dabei herauskommende Grundgedanke - "Alle sozialen Werte [...] sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht" (Rawls, 1994: 83) - kann anhand zweier genereller Grundprinzipien präzisiert werden, nämlich "einmal die Gleichheit der Grundrechte und Grundpflichten; zum anderen [der] Grundsatz, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten [...] nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbesondere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft" (Rawls, 1994: 31f).²⁰ Diese beiden Prinzipien werden nach Rawls unter dem 'Schleier der Unwissenheit' 'frei' gewählt, wobei dem ersten Prinzip der Vorrang vor dem zweiten, dem Differenzprinzip, zukommt. Mit dem zweiten Prinzip wären also zum Beispiel größere Einkommensungleichheiten in einer Gesellschaft dann zulässig und sogar erwünscht, wenn sich durch eine egalitäre Einkommensverteilung das Los der am meis-

²⁰ An anderer Stelle werden diese beiden Prinzipien, die Höffe (1977) als 'politische Gerechtigkeit' und 'soziale Gerechtigkeit' bezeichnet, explizit genannt: "1. Jedermann soll gleiches Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten haben, das mit dem gleichen System für alle anderen verträglich ist" (Rawls, 1994: 81, 1. Fassung). "2. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu regeln, dass sie sowohl (a) den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen als auch (b) mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die allen gemäß der fairen Chancengleichheit offen stehen"(Rawls, 1994: 104, 2. Fassung).

ten Benachteiligten verschlechtern würde (vgl. Kley, 1993: 356).

Auch wenn die eigentlichen Anknüpfungspunkte für eine sozialwissenschaftliche Gerechtigkeitsforschung in der Gerechtigkeitstheorie von Rawls gewöhnlich dem 'späteren' Rawls (1992) zugeschrieben werden (vgl. Wegener, 1995), ist bereits in der ursprünglichen Konstruktion seiner Theorie ein empirischer Zugang angelegt. Danach kann nur empirisch geklärt werden, welche Gerechtigkeitsvorstellungen die Menschen tatsächlich befürworten, wenn sie im 'Urzustand' einen Gesellschaftsvertrag 'freier' Menschen aushandeln. Freilich kann die empirische Forschung den 'Naturzustand' nicht 'real' herstellen, jedoch versuchen, die Gerechtigkeitsstandards der Menschen zu rekonstruieren, sowie die Ungleichheit in einer Gesellschaft und ihre Wirkung auf diese Gerechtigkeitsurteile erforschen und somit ihren Beitrag zu den 'intuitiven' Vermutungen Rawls leisten. Der 'späte' Rawls (1992) weicht seine uneingeschränkt normative Theoriekonzeption der Gerechtigkeit auf, indem er nunmehr annimmt, dass Vorstellungen zur Gerechtigkeit "implizit in der öffentlichen Kultur einer demokratischen Gesellschaft vorhanden sind" (Rawls, 1992: 365). Seine als universelle (philosophisch-ethische) Lehre (miss-)verstandene Theorie (Rawls I) wird in der Fortführung (Rawls II) vollends zu einer *politischen* Lehre, die den Bezug zur Demokratie sucht und damit den empirischen Gegebenheiten näher steht (vgl. Wegener, 1995: 196f). Danach muss Rawls einräumen, dass es "in einer modernen Demokratie einen *Pluralismus* der Vorstellung über das Glück und das Gute gibt" (Wegener, 1995: 196) und dass Gerechtigkeit im Kontext der politischen Kultur demokratischer Gesellschaften gesehen werden muss (vgl. Wegener, 2001: 880). Die Gerechtigkeitsstandpunkte in der (öffentlichen) politischen Kultur und das, "was die Leute denken", kann freilich nur empirisch untersucht werden und damit öffnet sich seine Theorie für die empirische Gerechtigkeitsforschung.

Michael Walzer: Gerechtigkeit als 'komplexe Gleichheit'

Im Gegensatz zu Rawls vertritt Walzer (1992) von Anfang an eine eher pluralistische Gerechtigkeitskonzeption, die als Gegenentwurf zu Rawls angesehen werden kann.²¹ Er stimmt mit Rawls darin überein, dass die menschliche Gesellschaft als eine 'Distributions-' bzw. eine 'Verteilungsgemeinschaft' aufgefasst werden kann (vgl. Walzer, 1992: 26). Allerdings geht er nicht von einem universell geltenden Gerechtigkeitsprinzip wie Rawls aus. Er nimmt allerdings die sozialwissenschaftlich diagnostizierte Differenzierung der Gesellschaft in seiner theoretischen Konzeption ernst (vgl. Müller, 1992). Für ihn gibt es verschiedene plurale Gerechtigkeitsprinzipien, die kontextuell und bereichsspezifisch Anwendung finden und von den zu verteilenden Gütern abhängig sind. Verschiedene Güter verlangen unterschiedliche Verteilungsregeln. "Es gibt einfach keine einzig richtige Verteilungsregel oder einen konsistenten Satz von Verteilungsregeln, nach der man alle heute

²¹ Seine Theorie ist aufgrund ihrer Nähe zum Kommunitarismus und der dort vertretenen philosophischen Konzeption vom 'guten Leben' bekannt geworden (vgl. Müller und Wegener, 1995: 15). Auf den Zusammenhang der gerechtigkeitsbezogenen philosophischen Debatten zwischen Liberalismus und Kommunitarismus kann an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden (vgl. hierzu die Beiträge in: Brumlik und Brunkhorst, 1993; Frankenberg, 1994; Honneth, 1995; Mulhall und Swift, 1992; Zahlmann, 1992).

begehrten Güter verteilen könnte" (Walzer, 1992: 12). Walzer betont die Eigenständigkeit der Verteilungsregeln und die Autonomie von Verteilungssphären und stellt fest, dass Gerechtigkeit in unterschiedlichen Kontexten bzw. Sphären verschiedene Bedeutung hat. Die Verteilung von Gütern wird nach unterschiedlichen Verteilungskriterien und -verfahren bewerkstelligt. Damit kann keine 'einfache Gleichheit' hergestellt werden, denn es gibt hierzu keine übergreifende Gerechtigkeitsvorstellung, sondern eben nur bereichsspezifische. Es muss deshalb versucht werden, eine Situation 'komplexer Gleichheit' in der Gesellschaft herbeizuführen und zu erhalten, die die verschiedenen Gerechtigkeitsvorstellungen und Verteilungskriterien in den einzelnen Sphären insgesamt ausgleichen kann. Ein einziger Gerechtigkeitsstandard - so scheint seine Hauptbotschaft zu sein - vermag die 'komplexe Gleichheit' einer Gesellschaft aus mehreren sphärenspezifischen Gerechtigkeitsregeln nicht herbeizuführen.

Die empirische Kritik an Walzer setzt meist an seiner Unterstellung an, dass abgegrenzte autonome Gerechtigkeits-sphären mit ihren jeweiligen Verteilungsregeln quasi als soziale Gerechtigkeits-systeme real existieren. Auch wenn seine Theorie insofern empirisch ist, als sie soziale Gerechtigkeit als sozial "konstruiert" ernst nimmt (vgl. Walzer, 1992: 30), stellt sich zurecht die Frage, inwieweit es zwischen den theoretisch konzipierten abgegrenzten Sphären mit ihren eigenständigen Verteilungsregeln in Wirklichkeit nicht doch eine Konvertierbarkeit der Güter aber auch der Gerechtigkeitsstandards gibt (vgl. Wegener, 2001: 888). Walzer fragt auch nicht, ob solche konsistente Gerechtigkeits-sphären wirklich in den Vorstellungen der Menschen existieren. Und es bleibt unklar, welches Gerechtigkeitskriterium auf der 'Meta-Ebene' der 'komplexen Gleichheit' unabhängig von den verschiedenen Gerechtigkeitsregeln in den einzelnen Sphären gilt. Auch mit späteren Klärungsversuchen anhand der Unterscheidung von 'thick and thin' Moralitäten (Walzer, 1996), mit der er universale Gerechtigkeitsstandards (z.B. Menschenrechte) von Moralen in ausdifferenzierten Sphären abgrenzt, führen diesbezüglich nicht weiter.

In beiden philosophischen Entwürfen einer Gerechtigkeits-theorie ergeben sich vielfältige Anschlussmöglichkeiten für die sozialwissenschaftliche Gerechtigkeitsforschung. Denn schon hinsichtlich der Überprüfung ihrer Vorannahmen und Bedingungen sind normative Theorien auf eine empirische Klärung angewiesen (vgl. Wegener, 2001: 884f): (1) ein abgrenzbares Verteilungsuniversum (inklusive der Mitgliedschaft der Individuen), (2) benennbare Verteilungsinstanzen oder -strukturen und (3) die prinzipielle Veränderbarkeit von Zuständen. Vor allem aber durch eine weitere Öffnung philosophisch abstrakter Theorien hin zu dem Ort, wo Menschen Gerechtigkeitsstandards tatsächlich anwenden, nämlich in der Praxis der verschiedenen sozialen Beziehungen von Menschen (vgl. hierzu den Versuch von Miller, 1999), wie es die empirische Forschung durch das Aufdecken der Regelmäßigkeiten von Gerechtigkeitsäußerungen und ihren Randbedingungen bereits tut, bietet die Chance für wissenschaftlichen Fortschritt und echte Interdisziplinarität (vgl. Wegener, 2001: 889).

3.2.2 Ansätze der empirischen Gerechtigkeitsforschung

Im Gegensatz zu normativen Theorien der Gerechtigkeit befasst sich die empirische Gerechtigkeitsforschung nicht mit der Frage, wie in einer Gesellschaft verteilt werden soll und wie die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen gestaltet werden sollen, so dass sie gerecht wirken und gerecht verteilen. Ihr geht es vielmehr um die Rekonstruktion dessen, wie Menschen einerseits tatsächlich Gerechtigkeit wahrnehmen, Verteilungen und Verteilungsergebnisse bewerten und tatsächlich verteilen und andererseits welche Gerechtigkeitsprinzipien oder Gerechtigkeitskriterien sie in konkreten Situationen befürworten und tatsächlich anwenden. Darüber hinaus geht es ihr darum, gerechtigkeitsbezogene Wahrnehmungen, Bewertungen, prinzipielle Einstellungen und Verhaltensweisen nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu erklären, indem sie den Referenzrahmen zu rekonstruieren versucht, innerhalb dessen sie stattfinden, und ihre Determinanten bestimmt (vgl. Wegener, 1992).

Da sich das Forschungsfeld der empirischen Zugangsweisen zu Fragen der Gerechtigkeit als äußerst heterogen erweist, ist eine Systematisierung der verschiedenen Ansätze und Traditionen hilfreich. Im Anschluss an eine von Wegener (1992: 271) vorgeschlagene Taxonomie lassen sich verschiedene Typen von Theorien und Forschungen anhand zweier Unterscheidungs-Dimensionen auseinander halten.

Danach lässt sich zunächst zwischen sozialwissenschaftlichen Ansätzen auf Mikro- und Makroebene unterscheiden. Die Gerechtigkeitsforschung auf Mikroebene ist im wesentlichen sozialpsychologische Forschung und interessiert sich für die psychischen und sozialen Prozesse in der Formation individuelle Gerechtigkeitsurteile und der Präferenz von Verteilungskriterien, -ideologien bzw. -regelungen sowie deren Determinanten, indem sie das individuelle Urteils-, Bewertungs- und Zustimmungsverhalten untersucht. Dagegen erforschen Ansätze auf Makroebene die in einer Gesellschaft faktisch vorfindbaren Gerechtigkeitswahrnehmungen, -bewertungen und Präferenzen von Verteilungsregelungen und -vorgänge, die durch Verteilungsinstitutionen vorgenommen bzw. in größeren makrosozialen Einheiten (z.B. in Ländern) institutionalisiert bzw. zu finden sind. Während der 'Mikro-Zugang' also eher psychologisch erklären will, wie Individuen zu Gerechtigkeitsurteilen kommen, legt der 'Makro-Zugang' seinen Schwerpunkt darauf, inwieweit Gerechtigkeitsurteile, Präferenzen von Verteilungsprinzipien, Gerechtigkeitsideologien und entsprechende Verhaltenskonsequenzen durch strukturelle (aber auch kulturelle) Aspekte bestimmt werden. Dies kann methodisch freilich nur durch einen komparativen Zugang erreicht werden.

Die zweite Dimension der Taxonomie entsteht durch eine interne Differenzierung individueller Gerechtigkeitsurteile. Danach können zwei gänzlich verschiedene Arten von Gerechtigkeitsäußerungen auseinander gehalten werden, wenn man ihren Bezugsrahmen, das jeweils vorrangig adressierte Subjekt und ihre inhaltliche Qualität in den Blick nimmt: 'Mikrogerechtigkeit' und 'Makroerechtigkeit' (vgl. Brickman et al., 1981) bzw. 'selbstbezogene' und 'ordnungsbezogene' Gerechtigkeitsvorstellungen (Wegener, 1992) bzw. 'Belohnungs-' und 'Prinzipiengerechtigkeit' (Wegener, 1999). Die Veränderung der ursprünglichen Begriffsverwendung deutet auf eine begriffliche Unschärfe der ursprünglichen Bezeichnung hin, die vermutlich einerseits in der Verwechslungsgefahr

mit der ersten Dimension eines sozialwissenschaftlich eher mikro- oder makro-ausgerichteten Zugangs liegt und die sich andererseits aber in dem Verdacht äußert, dass mehrere Dimensionen vermischt und ungeklärt bleiben. Es zeigt jedenfalls, dass eine kompakte Bestimmung dessen, was gemeint ist, schwierig ist. So geht (vgl. Brickman et al., 1981) davon aus, dass sich 'Mikrogerechtigkeit' auf die Bewertung von Belohnungen bezieht, die Individuen erhalten (z.B. "Inwieweit ist mein Einkommen ungerecht zu hoch, gerecht oder ungerecht zu niedrig?"), während sich 'Makrogerechtigkeit' mit den Gerechtigkeitsideologien und -prinzipien in einer Gesellschaft beschäftigt, welche die Verteilungsordnung der Gesellschaft betreffen, (z.B. "Es ist gerecht, dass diejenigen, die mehr leisten, auch mehr Lohn als andere erhalten"). Vor allem mit der Betonung von Individuen einerseits und der Gesellschaftsebene andererseits wird eine Assoziation mit Mikro und Makroebene geweckt, die nicht unbedingt zutreffen muss, auch wenn sie in der gegenwärtigen Forschung aus guten Gründen (es ist der Regelfall) überwiegend üblich ist. So können beispielsweise auch Prinzipien individuenbezogen und auch Verteilungsergebnisse gesellschaftsbezogen konzeptualisiert und analysiert werden.²² Diese Gefahr kann auch Wegener (1992) mit der begrifflichen Unterscheidung von 'selbstbezogenen' bzw. später 'ergebnisbezogenen' und 'ordnungsbezogenen' Urteilen nicht gänzlich vermeiden. Vielmehr kommt es darauf an, die inhaltliche Qualität dieser zwei Gerechtigkeitsmodi herauszuheben und zu betrachten. Danach lassen sich Wahrnehmungen, Beurteilungen und *Bewertungen konkreter Verteilungsergebnisse von prinzipiellen Gerechtigkeitsstatements* über gültige Verteilungsregeln, -prinzipien und -kriterien unabhängig von ihrer Ebene (Mikro oder Makro) unterscheiden. Mit den Begriffen 'Belohnungsgerechtigkeit' und 'Prinzipiengerechtigkeit' (Wegener, 1999) wird klarer, dass es bei dem einen Modus der Gerechtigkeitsanalyse um *Ergebnisbewertungsgerechtigkeit* und beim anderen um *Prinzipienbefürwortungsgerechtigkeit* hinsichtlich der Verteilung von Wohlstand, Gütern und Nachteilen in einer Gesellschaft geht.

Tab. 4: Typologie der Ansätze im Rahmen der empirischen Gerechtigkeitsforschung

Gerechtigkeitsforschung auf		
	Mikroebene	Makroebene
Belohnungsgerechtigkeit Ergebnisbewertungs- gerechtigkeit	Theorie der relativen Deprivation Equity-Theorie Status Value Theorie Justice Function Theorie	Erweiterungen im Rahmen der Justice Function Theorie
Prinzipiengerechtigkeit Prinzipienbefürwortungs- gerechtigkeit	Mehrprinzipien-Ansatz Theorien der Verfahrensgerechtigkeit Local Justice Forschung Altruismusforschung	Dominant Ideology Thesis Split-Consciousness-Ansatz Primäre und sekundäre Ideologien

Eigene Darstellung auf der Basis von Wegener (1992: 271).

²² So sind selbstbezogene Verteilungsprinzipien vorstellbar, wenn es die prinzipiellen Verteilungsregeln innerhalb von persönlichen Paarbeziehungen zu untersuchen gilt oder die Verteilungsregeln, die eine Person sich selbst auferlegt (z.B. Nach welcher Regel belohne ich mich, wenn ich dieses oder jenes Arbeitspensum am Tag schaffe? Für jede fünfte Seite geschriebener Text eine Tafel Schokolade?). Und andererseits können ordnungsbezogene Gerechtigkeitsbewertungen z.B. in der Form internationaler Verteilungstransaktionen zwischen Ländern im Rahmen der internationalen Finanz- und Verteilungsarchitektur analysiert werden.

Anhand der beiden Dimensionen, nämlich der Ebene der Gerechtigkeitsanalyse (Mikro- und Makroebene) und der Art der Gerechtigkeitsurteile (Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit) lassen sich die empirischen Ansätze zuordnen, auf die nun eingegangen werden soll. Dabei ist unter der Perspektive ihrer historischen Entwicklung festzuhalten, dass sozialwissenschaftliche Ansätze auf Mikroebene (v.a. sozialpsychologische) weit ausgearbeiteter sind als die auf der Makroebene, die sich erst relativ spät als genuin sozialwissenschaftlicher Forschungsbereich entwickelt haben. Die folgende Zusammenfassung dieser Ansätze stützt sich weitgehend auf Wegener (1992: 270-274). Einen umfassenderen Überblick bietet Liebig (1997: 109-195).

a) Ansätze auf Mikroebene

Es lassen sich vier Ansätze der Belohnungsgerechtigkeit auf Mikroebene unterscheiden, die den forschungsgeschichtlichen Ausgangspunkt bilden: die Theorie der relativen Deprivation, die Equity-Theorie, die Status-Value Theorie und die Justice Funktion Theorien (hier vor allem die Theorie der Distributive Justice Force). Als wichtige Ansätze der Prinzipiengerechtigkeit sind besonders der Mehrprinzipien-Ansatz, Theorien der Verfahrensgerechtigkeit, die Local Justice Forschung sowie die Altruismusforschung hervorzuheben.

Die meisten sozialwissenschaftlichen Forschungsansätze berufen sich auf die *Theorie der relativen Deprivation* (Merton und Rossi, 1968; Runciman, 1972; Stouffer et al., 1949), weil anhand dieser Theorie verdeutlicht werden kann, dass Gerechtigkeitsbewertungen immer vor dem Hintergrund von sozialen Vergleichen mit anderen stattfinden. Dieser Ansatz geht von der Grundannahme aus, dass sich Menschen an Vergleichsgruppen orientieren, wenn sie Einschätzungen und Bewertungen vornehmen. Unabhängig davon, ob eine Person tatsächlich ungerecht behandelt wurde, stellt sich dann ein Gefühl der Deprivation ein, wenn eine Person aus dem Vergleich mit anderen Personen glaubt, sie werde ungerecht behandelt. Allerdings muss genau bestimmt werden, mit welcher Vergleichsgruppe sich Menschen vergleichen. So hat Runciman den Vorschlag gemacht, systematisch zwischen verschiedenen Referenzgruppen zu unterscheiden, nämlich die "comparative reference group", mit der sich ein Individuum unmittelbar vergleicht, die "normative reference group", aus der die Standards für den Vergleich abgeleitet werden und die "membership reference group", zu der sich das Individuum zugehörig fühlt (vgl. Runciman, 1972: 13, vgl. auch Lippl 2001). Wie auch immer man das Problem der Bestimmung der richtigen Referenzgruppe empirisch einer Lösung zuzuführen gedenkt, ergeben sich auch gravierende Einwände gegen diese rein psychologische Erklärung, die objektive Bedingungen aus der Verteilungssituation und strukturelle Bedingungen aus der eigenen Statusposition und der erwarteten sozialen Mobilität außer Acht lassen (vgl. Boudon, 1986; Wegener, 1991).

Die *Equity-Theorie* (Adams, 1963; Adams, 1965; Homans, 1961; Walster et al., 1973; Walster et al., 1976; Walster und Walster, 1975; Walster et al., 1978) beruft sich auf die aristotelische Konzeption der proportionalen Verteilungsgerechtigkeit. Danach wird eine Verteilung dann als gerecht angesehen, wenn im Vergleich bzw. in Austauschverhältnissen das proportionale Verhältnis von

Einsatz bzw. Leistung (input) und Belohnung (output) zwischen einer Person A und einer Person B gleich ist. Und es wird als ungerecht erachtet, wenn das Verhältnis zwischen zwei Personen ungleich ist, sich also das Verhältnis zwischen Leistung (input) und Belohnung (output) beider Personen nicht entsprechen. Als Gerecht gilt folgendes Verhältnis:

$$\frac{outcome A}{input A} = \frac{outcome B}{input B} \quad (1)$$

Empirische Untersuchungen auch unter einer Beteiligung einer dritten Partei haben zeigen können, dass Proportionalität zwischen Leistung und Belohnung oder zwischen Kosten, Aufwand bzw. Investitionen und Belohnungen in sozialen Austauschprozessen eine weitgehend akzeptierte Gerechtigkeitsregel ist (z.B. Greenberg und Cohen, 1982). Wenn das Prinzip übermäßig verletzt wird, reagiert die benachteiligte Person mit Ärger (vgl. Homans, 1968: 64). Die ursprüngliche Equity Theorie erfuhr gerade in der psychologischen Forschung erhebliche Aufmerksamkeit und wurde zunächst vor allem von Adams (1963; 1965) und Walster et al. (1973; 1976; 1975; 1978) weiterentwickelt und bestimmt trotz und wegen der Kritik in ihrer Unklarheit darüber, wann und mit wem sich Personen vergleichen, bis heute weite Teile der psychologischen Gerechtigkeitsforschung.

An Schwäche der Unbestimmtheit des Vergleichsprozesses, welche sowohl die Theorie der relativen Deprivation als auch die Equity Theorie auszeichnet, knüpfen die Überlegungen der *Status-Value-Theory* an (Berger et al., 1972, vgl. auch Berger, Fisek und Norman 1989 und Berger et al. 1998), indem sie den Referenzrahmen für Vergleichsprozesse und den damit verbundenen Bewertungen weiter bestimmen. Für sie ist die individuelle Wahrnehmung der eigenen Statusposition der Referenzrahmen für Vergleichsprozesse. Danach vergleicht sich ein Individuum, wenn es Gerechtigkeitsurteile bildet, mit anderen, die einen ähnlichen Status besitzen. Der Bestimmung des eigenen Status ist hier also der Ausgangspunkt für den Vergleich mit anderen Menschen (mit ähnlichem Status). Als gerecht wird eine Verteilung dann beurteilt, wenn andere mit ähnlichem Status ungefähr genauso viel bekommen.

Die den *Justice Function Theorien* zuzuordnenden Vertreter (Alves und Rossi, 1978; Jasso, 1978; Jasso, 1980; Jasso, 1989; Jasso und Wegener, 1997) versuchen, den in der Status-Value-Theory hervorgehobenen Referenz- und Bezugsrahmen von Gerechtigkeitsurteilen mathematisch besser zu präzisieren. Vor allem das von Jasso und Wegener (1997) bislang ausgearbeitete Theorieprogramm des Gerechtigkeits sinns ("theory of distributive justice force", Jasso, 1980) eröffnet weitreichende Untersuchungsmöglichkeiten. Dabei stehen vier Fragen im Zentrum dieser Theorie:

1. "Was empfinden Individuen oder Gruppen als gerechte Belohnungen und wovon ist diese abhängig?
2. Wie bestimmen Gerechtigkeitsvorstellungen das, was Menschen als tatsächliche Belohnungen erhalten?
3. Welches Ausmaß an Ungerechtigkeit empfinden Menschen, wenn ihre Belohnungen vom Zustand perfekter Gerechtigkeit abweichen?

4. Worin bestehen die verhaltensmäßigen und sozialen Konsequenzen wahrgenommener Ungerechtigkeit?" (zitiert nach: Wegener, 2001: 895f)

Durch die von Sneed (1979) wissenschaftstheoretisch möglich gemachte mengentheoretische Rekonstruktion von Theorien lassen sich Antworten auf diese vier Fragen mathematisch als Funktionsbeziehungen darstellen und bilden den *Rahmen* der Theorie. Der *Kern* der Theorie und *Erweiterungen* des Theoriekerns müssen in weiteren Schritten spezifiziert werden.

Da im Rahmen dieser Studie die Beantwortung der dritten Frage von zentraler Bedeutung ist, soll die Gerechtigkeitsbewertung, die im Übrigen auch im Zentrum der bisherigen Theorieentwicklung steht, weiter präzisiert werden. Eine Gerechtigkeitsbewertung liegt im Allgemeinen dann vor, wenn tatsächliche Belohnung und gerechte Belohnung in Beziehung gesetzt werden. Danach lässt sich die Gerechtigkeitsbewertung J allgemein als eine Funktion h von beiden Elementen beschreiben:

$$J = h(\text{tatsächliche Belohnung}, \text{gerechte Belohnung}) \quad (2)$$

Diese allgemeine Gerechtigkeitsbewertungsfunktion h konnte bereits mathematisch spezifiziert werden. Sie ist, so haben es zahlreiche Studien bestätigen können, linear und lässt sich unter Berufung auf Gesetzmäßigkeiten der Psychophysik (Fechner, 1877) als das logarithmierte Verhältnis von tatsächlicher und gerechter Belohnung bestimmen:

$$\text{Gerechtigkeitsbewertung} = \theta \ln \left(\frac{\text{tatsächliche Belohnung}}{\text{gerechte Belohnung}} \right) \quad (3)$$

bzw. formal:

$$J = \theta \ln \left(\frac{A}{C} \right) = \theta \ln A - \theta \ln C, \quad (4)$$

wobei J die Gerechtigkeitsbewertung, A die tatsächliche und C die gerechte Belohnung sind. Das logarithmierte Verhältnis von gerechter und tatsächlicher Belohnung hat viele gute Eigenschaften. "It provides a mapping of the justice evaluation variable onto the full real-number line, with zero representing the point of perfect justice, negative numbers representing unjust underreward (overburden), and positive numbers representing unjust overreward (underburden)" (Jasso und Wegener, 1997: 410). Der Fehlerterm θ drückt im Endeffekt die individuelle "Sensibilität" für Gerechtigkeit aus und lässt sich (ohne dass dies mathematisch an dieser Stelle weiter vertieft werden kann) weiter spezifizieren (vgl. hierzu Jasso und Wegener, 1997; Wegener, 1999: 180f).

$$J = [\text{signum}(\theta)] [|\theta|] \ln \left(\frac{A}{C} \right), \quad (5)$$

Durch die Spezifizierung von θ können all jene Faktoren näher bestimmt werden, die auf den Prozess eines Gerechtigkeitsurteils vor allem als Wahrnehmungshorizont von Personen einwirken.

Drei Faktoren spielen hier eine wesentliche Rolle: Erstens kommt die *individuelle Entscheidungsfreiheit* zum Tragen, also die allgemeine Fähigkeit des einzelnen Menschen, etwas generell als gut

oder schlecht, gerecht oder ungerecht einzuschätzen (signum). Zweitens ist die jeweilige *Wahrnehmungsfähigkeit* hinsichtlich der Bewertung eines Gegenstands oder Sachverhalts ausschlaggebend, die sich von Mensch zu Mensch unterscheiden kann (θ). Beides zusammen wird auch als *framing coefficient* bezeichnet, weil er angibt, wie ein Individuum eine Verteilungssituation durchblickt. Drittens fließt auch die *Artikulationsfähigkeit* ein ($|\theta|$ als Ausdruckskoeffizient), also ob und wie das Individuum die eigene Gerechtigkeitsvorstellung auszudrücken in der Lage ist (vgl. Jasso und Wegener, 1997). Diese Theorie des Gerechtigkeitssinns, die hier nur in groben Zügen vorgestellt werden konnte, hat ihren Ursprung in experimentellen Erhebungen (im Rahmen des *Factorial Survey Design*) und wird erst seit einiger Zeit auch anhand von Umfragedaten getestet (vgl. Jasso und Wegener, 1999; Wegener und Steinmann, 1995). Sie macht deutlich, dass "die Gerechtigkeit von Verteilungsergebnissen nach bestimmten Regelmäßigkeiten beurteilt wird und dieses Urteilsverhalten von den psychischen Determinanten der Urteiler ebenso beeinflusst wird wie von sozialen Kontextfaktoren" (Liebig, 1997: 141).

Ansätze auf Mikroebene, die Prinzipiengerechtigkeit zum Thema haben, versuchen zu zeigen, wie Individuen zu Gerechtigkeitsurteilen kommen, die prinzipiell vor allem die Gestaltung der Gesellschaft betreffen. Der *Mehrprinzipien-Ansatz* (Deutsch, 1975; Deutsch, 1985) geht davon aus, dass Menschen in unterschiedlichen Bereichen des Lebens verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien bei der Beurteilung von Gütern oder Sachverhalten anwenden. So sind das Equity- bzw. das Leistungsprinzip (z.B. Entlohnung proportional zur erbrachten Leistung) keineswegs die einzigen, an denen alles bemessen wird. In familiären oder Freundschaftsbeziehungen oder generell in 'fürsorgenden' Gesellschaftsbereichen gelten auch alternative Prinzipien, wie etwa das Bedarfsprinzip (Entlohnung nach Bedarf). Es gibt also verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien und damit auch verschiedene 'Gerechtigkeiten', die der Mehrprinzipienansatz zu berücksichtigen versucht. Der Vollständigkeit halber müssen auch die in dieser Studie allerdings nicht weiter thematisierten eigenständigen *Theorien der Verfahrensgerechtigkeit* (Cohen, 1985; Moessinger, 1990; Röhl, 1993; Schmidt, 1993) genannt werden, die ihre Aufmerksamkeit vor allem auf den Aspekt richten, *wie* etwas verteilt wird. Auch die *Local Justice Forschung* stellt eine mehr oder weniger eigenständige Forschungsrichtung dar. Dieser Forschungszweig (Elster, 1990; Elster, 1991; Elster, 1992; Elster, 1995; Schmidt, 1992; Schmidt, 1992; Schmidt, 1993; Schmidt, 1994; Schmidt und Hartmann, 1997) bewegt sich zwischen Mikro- und der Makro-Ebene, indem er Verteilungsprozesse in Institutionen und Organisationen untersucht. Es geht hier vor allem um die Frage, wie Institutionen knappe Ressourcen verteilen (z.B. Organe für Organtransplantationen etc.). Die *Altruismusforschung* (Cook, 1979) schließlich befasst sich damit, unter welchen Bedingungen, wann und wie Menschen mit Gerechtigkeitsforderungen konfrontiert werden (z.B. zu teilen und etwas von ihrem Wohlstand abzugeben). Unter welchen Bedingungen kommen Menschen den verschiedenen Forderungen von außen dann tatsächlich nach? Wie viel ist nötig, damit der 'Gerechtigkeitsdrang' bzw. das Mitleid eines Menschen angeregt wird?

b) Ansätze auf Makroebene

Im Vergleich zu Ansätzen auf der Mikroebene sind genuin sozialwissenschaftliche Makroansätze noch wenig entwickelt. Für die Fragestellung dieser Studie, die sich auf der Ebene von Gesellschaften bewegt, sind sie jedoch außerordentlich bedeutsam. Hinsichtlich der Prinzipiengerechtigkeit geht es in den Ansätzen stets um die Frage, ob es in einer Gesellschaft bestimmte vorherrschende Gerechtigkeitseinstellungen gibt und ob sich verschiedene Gesellschaften in diesen 'dominanten' Vorstellungen von Gerechtigkeit unterscheiden. Mittlerweile lassen sich drei verschiedene Varianten dieser These einer 'dominanten Ideologie' unterscheiden, nämlich die ursprüngliche 'dominant ideology thesis' (Abercrombie et al., 1980; Abercrombie et al., 1990; Abercrombie und Turner, 1978), die 'split-consciousness-Theorie' (Kluegel, 1989; Kluegel und Smith, 1986) und die 'Theorie der primären und sekundären Ideologien' (Liebig und Wegener, 1995; Wegener, 1992; Wegener und Liebig, 1991; Wegener und Liebig, 1995).

Vertreter der *These der dominanten Ideologie* glauben, dass es in jeder Gesellschaft entweder typische *kulturelle Faktoren* (z.B. religiöse Traditionen etc.) oder bestimmte *strukturelle Merkmale* (z.B. eine bestimmte Form der Marktwirtschaft, der Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaats etc.) gibt, die eine Entwicklung, Verbreitung und allgemeine Geltung einer gemeinsamen landesspezifischen Ideologie begünstigt, welche integrierend und legitimierend wirkt (vgl. Wegener, 1992: 273). Dieser letztlich schon bei Marx und Engels zu findende Gedanke geht von der Existenz einer dominanten Ideologie in einer Gesellschaft aus ("Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse", Marx und Engels, 1958: 41)²³, einer Überbauideologie, durch die die hierarchische Gesellschaftsstruktur kapitalistischer Gesellschaften erhalten wird und sich perpetuiert. Diese herkömmliche marxistische Sichtweise haben die Vertreter der These der dominanten Ideologie allerdings kritisiert. Ihr Einwand richtet sich gegen die Vorstellung, dass die herrschende Klasse, die das Kapital kontrolliert, auch die dominante Ideologie einer Gesellschaft prägt und aufrechterhält, um Personen in unteren Gesellschaftspositionen 'bei der Stange' zu halten. Sie bezweifeln die Stichhaltigkeit der Vorstellung einer 'Überbauideologie', die von oben nach unten einfach weitergegeben wird. Sozialer Konsens ist nicht einfach nur aus gemeinsamen Werten herzustellen. Vielmehr zeigen sie an der Analyse Großbritanniens, dass die Hauptfunktion einer 'Ideologie' darin besteht, den Zusammenhalt der dominanten Klasse selbst zu sichern. Untergeordnete Klassen müssen dabei nicht die herrschende Ideologie unterstützen, weil sie gar nicht für deren alltägliches Leben relevant ist. Deshalb kann man aus der Sicht dieser Autoren nicht davon ausgehen, dass die Integration einer Gesellschaft wesentlich von der Internalisierung einer gemeinsamen Kultur oder 'Ideologie' oder gemeinsamer Werte herrührt.²⁴

Der *Split-Consciousness-Ansatz* (Kluegel, 1989; Kluegel und Smith, 1986) kritisiert ebenfalls die

²³ Und in der *deutschen Ideologie*: "Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h., die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende ideelle Macht" (Marx und Engels, 1969: 46).

²⁴ Ein weiteres Argument gegen die These der dominanten Ideologie liefert Marx nach Wegener (1992: 273) bereits selbst, indem er an anderer Stelle konstatiert, dass jede Klasse ihre eigenen Interessen ausbildet und verfolgt. Die verschiedenen Interessen stoßen in einer Gesellschaft notwendigerweise aufeinander. Von daher kann es keine einzige dominante 'Ideologie' geben.

Vorstellung einer einzigen dominanten Ideologie, indem er betont, dass ein und derselbe Personenkreis eine bestimmte ‘Ideologie’ vertreten kann, aber zugleich auch ihr Gegenteil, dass also Menschen in ihren Werthaltungen gespalten sein können und nicht notwendigerweise konsistent sein müssen. Zum Beispiel kann man für sich andere Gerechtigkeitsmaßstäbe gelten lassen als generell für die Gesellschaft. Es gibt also unterschiedliche ‘Ideologien’ in einer Gesellschaft, die sich sogar innerhalb gesellschaftlicher Gruppen überlagern oder widersprechen können.

Die vom Split-Consciousness-Ansatz diagnostizierten Widersprüche im Gerechtigkeitshaushalt von Personen und Gruppen in einer Gesellschaft führten zu einer Weiterentwicklung dieser Konzeption, zum *Ansatz der primären und sekundären Ideologien* (Liebig und Wegener, 1995; Wegener, 1992; Wegener und Liebig, 1991; Wegener und Liebig, 1995). Er geht davon aus, dass es nicht nur dominante und nicht dominante, sondern verschieden ausgeprägte Ideologien gibt. Primäre Ideologien werden mehr oder weniger von allen Mitgliedern einer Gesellschaft unabhängig von ihrem Status geteilt. Sekundäre Ideologien hingegen können ausschließlich für sich allein oder zusammen mit der primären Ideologie von bestimmten Gesellschaftsgruppen vertreten werden. Wertwidersprüche in ein und derselben Person im Sinne der Split-Consciousness-These sind nicht ausgeschlossen. Nach Wegener (1992: 274) lassen sich primäre Ideologien, welche die Gesellschaft zusammenhalten, entweder über historische und kulturelle Tradierung (z.B. in der Form ‘religiöser Doktrinen’, der politischen Kultur etc.) oder über individuelle Gewöhnungsprozesse erklären. Sekundäre Ideologien werden aufgrund gruppenspezifischer Interessen und Nutzenerwartungen vertreten. Hier wird praktisch diejenige Ideologie vertreten, die der Gruppe insgesamt den größten Vorteil bringt. Mit der Unterscheidung primärer und sekundärer Ideologien bietet diese Theorie die Möglichkeit, sowohl lang anhaltende kulturelle Wertetraditionen in Gesellschaften als auch kurzfristige eher interessengeleitete Werthaltungen von Individuen zu konzeptionalisieren und trägt so zu einer angemessenen Beschreibung der Situation moderner multikultureller Gesellschaften bei.

Ein Ansatz der Belohnungsgerechtigkeit, der auf Makroebene der Gesellschaft bedeutsam ist, ist erst vor kurzem im Rahmen von Erweiterungen der Justice Function Theorie entwickelt worden (Jasso, 1999; Jasso, 2000). Danach lassen sich individuelle Gerechtigkeitsbewertungen in Populationen auf unterschiedliche Weise zusammenfassen, um damit ein Maß für Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit auf Aggregatenebene zu erhalten. Dabei ergeben sich im Anschluss an Formel 3 zwei mögliche Gerechtigkeitsindizes aus den Gerechtigkeitsbewertungen von Individuen auf Makroebene, indem entweder der einfache Erwartungswert über die Gerechtigkeitsbewertungen einer Reihe von Individuen (Gerechtigkeitsindex 1, JI1)

$$JI1 = E \left[\ln \left(\frac{A}{C} \right) \right], \quad (6)$$

oder der Erwartungswert über den Betrag der Gerechtigkeitsbewertungen einer Reihe von Individuen gebildet wird (Gerechtigkeitsindex 2, JI2).

$$JI2 = E \left[\ln \left(\left| \frac{A}{C} \right| \right) \right] \quad (7)$$

Der Gerechtigkeitsindex 2 differenziert nicht zwischen einer ungerechten Unterbelohnung (underreward) oder einer ungerechten Überbelohnung (overreward), weil er auf den absoluten Werten der Gerechtigkeitsbewertungen basiert. Mit solchen Gerechtigkeitsindizes ist ein Maß gefunden, das Ausmaß an wahrgenommener Ungerechtigkeit in Aggregaten (wie z.B. Ländern) zu bestimmen (vgl. v.a. Jasso, 1999: 144-147).

3.3 Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit

Nach diesem kurz skizzierten Überblick über mögliche Ansätze der Gerechtigkeitsforschung stellt sich die Frage, an welchen diese Studie anknüpft. Als sozialwissenschaftliche Untersuchung richtet sich der Blick auf die gesellschaftliche Ebene, auch wenn die Erkenntnisse über das individuelle Zustandekommen von Gerechtigkeitsurteilen nicht minder instruktiv für die Einschätzung der Theorieentwicklung auf Makroebene sind, nicht zuletzt deswegen, weil sie forschungsgeschichtlich darauf basieren.

Theoretisch wie empirisch von zentraler Bedeutung ist die Unterscheidung zweier grundlegend unterschiedlicher Typen individueller Gerechtigkeitsvorstellungen, die unterschiedliche Analysemöglichkeiten erforderlich machen (Wegener, 1992; Wegener, 1999). Mit Urteilen zur *Belohnungsgerechtigkeit* (»Ergebnisbewertungsgerechtigkeit«) sind Bewertungen konkreter gesellschaftlicher Verteilungsergebnisse und konkreter Belohnungen von Individuen und Bevölkerungsgruppen nach Gesichtspunkten der Gerechtigkeit (z.B. "Welchen Lohn bekommt jemand gerechterweise für etwas?"). Diese beziehen sich auf Ergebnisse ganz konkreter Verteilungsvorgänge in Gesellschaften. Erhoben werden ergebnisbezogene Urteile in Umfragen, indem etwa nach einem konkreten Lohn (nach Geldbeträgen, aber auch Schulnoten und allem, was verteilt werden kann) gefragt wird, den eine befragte Person selbst (reflexives Urteil) oder eine andere Person (nicht reflexives Urteil) zum einen tatsächlich erhält und zum anderen eigentlich erhalten sollte. Mit ergebnisbezogenen Gerechtigkeitsurteilen ist eine mathematische Modellierung von Gerechtigkeitsbewertungen möglich, wie es die empirische Justice-Function-Theorie propagiert (Jasso, 1978; Jasso, 1980; Jasso und Wegener, 1997), indem Ist- und Soll-Werte ins Verhältnis gesetzt werden, um den Grad einer ungerechten Über- und Unterbelohnung sowie eine gerechte Belohnung zu ermitteln. Prinzipiengerechtigkeit in der Form ordnungsbezogener Gerechtigkeitseinstellungen (»Prinzipienbefürwortungsgerechtigkeit«) dagegen sind normative, prinzipielle oder ideologische Haltungen allgemeiner Art, die Individuen in Bezug auf verschiedene Aspekte ihres Lebens vertreten können und die in der Regel die grundlegende normative Ordnung der Gesellschaft, also die Makroebene betreffen (z.B. "Es ist gerecht, wenn jemand, der mehr leistet, mehr bekommt" oder "Alle Gesellschaftsmitglieder sollten das gleiche bekommen"). Darunter fallen auch normative Kriterien, nach denen etwas in der Gesellschaft verteilt werden sollte (z.B. inwiefern nach Fähigkeiten, Anstrengungen, Fertigkeiten, gemäß den Anforderungen des Marktes oder des Staates oder den Erfordernissen des Gemeinwohls etc. distribuiert werden sollte). Auch die verantwortlichen Akteure im gesellschaftlichen Verteilungsprozess können zum Gegenstand empirischer Analysen werden (z.B. Staat vs. Markt, Etatismus vs. Eigenverantwortung, vgl. Lane, 1986), sowie grundsätzliche Vorstel-

lungen über gerechte Verteilungsregime oder eine gerechte Gesellschaft. Prinzipien dieser Art sind weniger als unmittelbar konkrete Normen und Verfahrensweisen zu verstehen, sondern eher als strukturierungs- und verfahrensrelevante Grundsätze. Sie geben eine Grundausrichtung für das Handeln an, nicht jedoch eine Anweisung für den einzelnen konkreten Fall.

Beide Arten von Gerechtigkeitsäußerungen stehen im Mittelpunkt dieser Studie. So geht es einerseits um die in verschiedenen Ländern wahrgenommene Ungerechtigkeit hinsichtlich der Einkommensverteilung (Belohnungsgerechtigkeit) und andererseits um die legitimatorische Bewertung von sozialer Ungleichheit und die Präferenz von Verteilungsideologien (Prinzipiengerechtigkeit) andererseits. Dabei ist davon auszugehen, dass die Wahrnehmung von Einkommensungerechtigkeit stärker von der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation geprägt sind, während Ungleichheits- und Gerechtigkeitseinstellungen als eher kulturell geprägt und in der Tradition verankert gelten (Wegener, 1999). Neben diesen Makrodeterminanten ist auch von individuellen Struktureffekten auszugehen. Hier wird angenommen, dass sich Struktureffekte stärker bei wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit zeigen, weil sie unmittelbar auf die Eigeninteressen der Individuen bezogen werden können, während sich Ungleichheits- und Gerechtigkeitseinstellungen weniger stark durch Struktureffekte auf individueller Ebene erklären lassen, weil angenommen werden kann, dass sie stärker kulturell verankert sind.

Hinsichtlich der Wahrnehmung von Einkommensungerechtigkeit stützt sich diese Studie auf die Rekonstruktion von Gerechtigkeitsbewertungen auf der Basis der empirischen Theorie des Gerechtigkeitssinns (Alves und Rossi, 1978; Jasso, 1978; Jasso, 1980; Jasso, 1989; Jasso und Wegener, 1997) und ihrer sozialwissenschaftlichen Erweiterung auf Makroebene in der Form der Konstruktion von Gerechtigkeitsindizes (Jasso, 1999; Jasso, 2000). Gemessen wird die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in einer Gesellschaft durch die individuelle Einschätzung des tatsächlichen und des gerechten Einkommens zweier Berufe an den extremen Polen der Prestigehierarchie von Berufen, nämlich eines ungelernten Arbeiters und eines Vorstandsvorsitzenden eines großen nationalen Unternehmens. Es werden also keine reflexiven sondern non-reflexive Gerechtigkeitsbewertungen der Analyse unterzogen (d.h. nicht Bewertungen des Einkommens der Befragten selbst, sondern das fiktiv wahrgenommene Einkommen anderer, festgemacht an zwei konkreten Berufen). Verteilungsideologien und Einstellungen zur sozialen Ungleichheit werden anhand der Zustimmung zu Aussagen erhoben, die meist in den in der internationalen Forschung üblichen Abfrageformulierungen vorliegen (zur weiteren Operationalisierung vgl. Kap. 7.2). Hier lassen sich theoretisch Anknüpfungsmöglichkeiten zur 'These der dominanten Ideologie', der 'split-consciousness-Theorie' und der 'Theorie der primären und sekundären Ideologien' aufzeigen.

Mit diesem kurzen Überblick über die Theorien der Gerechtigkeitsforschung und der Einordnung dieser Studie in diesen Rahmen sind Überlegungen zu den individuellen Einstellungen und Bewertungen der Befragten vorgestellt worden. Ihr Kontext, der vor allem - so die These dieser Studie - auf der Ebene von Ländern durch unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Arrangements bestimmt ist, wurde noch nicht näher vorgestellt und ist daher Thema des folgenden Kapitels.

4 Wohlfahrtsstaatliche Arrangements als Verteilungsregime

Geht es um die Verteilung des Wohlstands in einer modernen Gesellschaft, richtet sich der Blick interessanterweise zunächst nicht auf den Markt und seine auf Leistung und Wettbewerb bezogenen Verteilungsregeln, sondern auf den Wohlfahrtsstaat, von dem erwartet wird, dass er gerade die durch Marktkräfte entstandenen normativ und politisch nicht gewollten 'Fehlallokationen' und Ungleichheiten ausgleicht. Dem wohlfahrtsstaatlichen Arrangement einer Gesellschaft kommt bei der Verteilung des Wohlstands also eine zentrale Bedeutung zu, die vor allem darin begründet liegt, dass er eine *politische Größe* ist, die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen politisch zu gestalten beansprucht wird (vgl. Luhmann, 1981; Offe, 1972).

Der Wohlfahrtsstaat muss als institutionelles Arrangement und aus dieser Sicht als zentrales Charakteristikum moderner Gesellschaften aufgefasst werden, das für Fragen der Gerechtigkeit von erstrangiger Bedeutung ist. So sind in seiner institutionellen Gestalt Gerechtigkeitsvorstellungen als normative Grundlage strukturell verankert und wirken auf die Lebensvollzüge und Lebenschancen von Menschen und beeinflussen damit auch wiederum ihre Wahrnehmungen, Bewertungen, Einstellungen und die Befürwortungen normativer Verteilungsideologien. Wohlfahrtsstaatliche 'Kulturen' wirken also strukturell auf Individuen und individuelles Denken und Handeln.

In diesem Kapitel werden deshalb wichtige Erkenntnisse der Wohlfahrtsstaatsforschung herangezogen und in den Rahmen dieser Studie gestellt. Nach Begriffsklärungen und Ausführungen zum Grundverständnis des Wohlfahrtsstaates unter Bezugnahme auf die internationale komparative Wohlfahrtsforschung werden Versuche der Typologisierung unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Arrangements in westlich-kapitalistischen Ländern dargestellt. Dabei werden relevante Dimensionen hinsichtlich der Einteilung und Unterscheidung von Wohlfahrtsregimes diskutiert. Die anhaltend populäre Einteilung von Esping-Andersen (1990; 1999), der zwischen liberalen, konservativ-korporatistischen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes unterscheidet, wird eingehend erläutert, da sie eine wesentliche Grundlage dieser Untersuchung bildet. Mit Blick auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in postkommunistischen Ländern Osteuropas, der sich daran anschließt, ist eine Typologisierung unter Bezug auf Esping-Andersen allerdings nicht möglich, weil die zentrale Annahme einer langfristigen pfadabhängigen Entwicklung in diesen von radikalem Wandel erfassten Ländern nicht gegeben ist.

Abschließend wird die Möglichkeit der Verbindung wohlfahrtsstaatlicher Programmatik auf Makroebene mit individuellen Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen der Bevölkerung unter Bezugnahme auf das sozialtheoretische Zu- und Ineinander von 'Struktur' und 'Handeln' diskutiert und anthropologisch fundiert. Damit lässt sich die Bedeutung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements im Rahmen einer theoretischen Weiterführung für die empirische Gerechtigkeitsthematik veranschaulichen.

4.1 Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsstaatsforschung

Der Wohlfahrtsstaat ist im Kontext der im Zuge der Moderne eintretenden Herausbildung dreier Formen von Staatlichkeit zu sehen: (1) der Rechtsstaatlichkeit, mit der Durchsetzung, Achtung und Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte (vor allem auch vor Eingriffen des Staates), (2) der demokratischen Staatlichkeit, welche die politischen Mitwirkungsrechte der Bürger gewährleistet, und (3) der Sozialstaatlichkeit, bei der es um die Erfüllung sozialer Anspruchsrechte geht (vgl. Marshall, 1992). Diese im Zuge der Moderne nach- und nebeneinander eintretenden konflikthaften politischen Bewegungen, die zeitgeschichtlich vor allem mit der französischen Revolution und der zunehmenden Industrialisierung verbunden werden können, bestimmen alle modernen industrialisierten, marktwirtschaftlich und demokratisch geprägten Gesellschaften bis heute.²⁵ Dabei stehen Freiheit und Gleichheit als politische Ziele der rechtstaatlichen und der sozialstaatlichen Bewegung in einem Konflikt erzeugenden Spannungsverhältnis, wenn es staatliche Aufgabe ist, einerseits Freiheiten der einzelnen in der Gesellschaft zu sichern, indem der Staat wenig in die persönlichen Lebensentwürfe und Belange der einzelnen eingreift und der freiheitlichen Selbstentfaltung Raum verschafft, und andererseits soziale Ungleichheiten ausgleichend zu mildern, indem der Staat umverteilend eingreift und die Bevölkerung damit in die Pflicht nimmt (vgl. Dahrendorf, 1992; Dahrendorf, 2003; Sachße, 1990). Mit Freiheit wird auch und vor allem wirtschaftliche Freiheit, Freiheit der Marktkräfte und freier Wettbewerb im Sinne von Marktwirtschaft verstanden, denen der Wohlfahrtsstaat als ausgleichendes Korrektiv für Fehlentwicklungen in kapitalistischen Gesellschaften zur Seite steht. Nach dem Zusammenbruch der politischen und wirtschaftlichen Systeme in Osteuropa, die eine alternative wirtschaftliche Konzeption im Vergleich zur freien Marktwirtschaft westlicher Prägung verfolgten, erscheinen Marktwirtschaft und Demokratie westlicher Prägung auf ganzer Linie alternativlos. Wohlfahrtsstaaten dagegen existieren im Plural, d.h. es gibt verschiedene Formen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, zwischen denen der Wettbewerb um den "zukunftsfähigsten" längst entbrannt ist. Dabei geht es bei grundsätzlicher Betrachtung stets um die Frage, ob wohlfahrtsstaatliche "Intervention nun unvereinbar mit den Motiven und Prinzipien effizienten Wirtschaftens oder ob sie gerade umgekehrt unverzichtbar für die Stabilität und Reproduktion kapitalistischer Ökonomien sei - oder ob ironischerweise vielleicht sogar beides zutreffe" (Lessenich, 2000: 39).

Wohlfahrtsstaaten sind permanent umstritten und haben - so zeigt es insbesondere die bundesdeutsche Diskussion, die im Kern aber auch in allen anderen Ländern geführt wird - die unangenehme Eigenschaft, ständig in der Krise zu sein (vgl. Alber, 1988; Alber, 2002; Kaufmann, 1997; Kaufmann, 1997; Kaufmann, 2002; Klein und Scrivens, 1985; Lessenich, 2000: 65ff). Und Krisen resultieren offensichtlich aus zweierlei Problembereichen, nämlich aus einem objektiven, der sich aus

²⁵ In Deutschland z.B. sind diese drei Formen der Staatlichkeit in Artikel 20, Abs. 1 ("Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat") und in Artikel 28 Abs. 1 S. 1 des Grundgesetzes ("Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates [...] entsprechen") verankert (vgl. Zacher, 1987, 1993).

konkreten veränderten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen speist²⁶, und einem subjektiven, der sich aus einem "politischen" Problemdruck ergibt (vgl. Flora et al., 1977: 718) und seine Legitimationsgrundlage betrifft.²⁷ Schon die Entstehung und Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten wird gewöhnlich als Folge von Krisen der Industrialisierung gedeutet, auch wenn die sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsstaatsforschung diesbezüglich durch unterschiedliche Erklärungsansätze gespalten ist (vgl. Esping-Andersen, 1990; Esping-Andersen, 1998; Lessenich, 2000).²⁸ Danach hat der Wohlfahrtsstaat die Aufgabe, die durch Industrialisierung und Kapitalismus erzeugten sozialen Gegensätze zu mildern. Freilich scheint die Lösung dieser Ursprungskrise mittlerweile selbst zur Krise geworden zu sein, wenn beispielsweise Offe schreibt: "Die Maschinerie des Klassenkompromisses ist selbst Objekt von Klassenkonflikten geworden" (Offe, 1984: 325). Ähnlich negativ äußert sich auch Luhmann, aus dessen Sicht der Wohlfahrtsstaat selbst eine eigene Wirklichkeit schaffe, indem er auch jene "Zustände und Probleme erzeugt, auf die er reagiert" (Luhmann, 1981: 15). Dass Wohlfahrtsstaaten hochgradig politisierte soziale Einrichtungen, deren Entstehung, Gestalt und Wandel an die jeweiligen Wertüberzeugungen und Interessen der Menschen gebunden ist, die um die konkrete Ausgestaltung der Strukturen streiten, in denen sie leben, macht deutlich, dass hier die normativen und prinzipiellen Grundlagen des sozialen Zusammenlebens berührt werden. Dabei geht es stets auch um Fragen der Gerechtigkeit, nämlich wie eine gerechte Verteilung von Wohlstand und Absicherung von Lebensrisiken erreicht werden kann. Die Legitimität eines institutionellen Arrangements wie dem Wohlfahrtsstaat hängt wesentlich von den Einstellungen derer ab, die in und mit diesem leben.

²⁶ Als solche quasi 'objektiv' gegebenen Bedingungen der Krise des Wohlfahrtsstaates (v.a. hinsichtlich seiner Finanzierung) werden gewöhnlich folgende Aspekte genannt: (1) demographische Veränderungen, also Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft in Richtung zunehmender Alterung, (2) geringeres wirtschaftliches Wachstum mit der Folge, dass die monetäre Basis für wohlfahrtsstaatliche Leistungen entfällt, (3) die steigende Zahl an Arbeitslosen, die mit doppeltem Kosteneffekt den Sozialkassen einerseits Leistungen entnehmen und andererseits auch keine Beiträge zuschießen, (4) die veränderten Bedingungen des internationalen Wettbewerbs und deren soziale und politische Folgen, die unter dem Stichwort 'Globalisierung' diskutiert werden, (5) das Ineinanderwirken von Individualisierung und Pluralisierung von Lebensentwürfen und der damit einhergehenden Hinfälligkeit der Vorstellung klassischer 'Erwerbsbiographien' als Voraussetzung für die Wirkung sozialpolitischer Institutionen (vgl. Schmid, 1996: 285f).

²⁷ Unabhängig von objektiven Problemen existiert eine subjektive Krisenrhetorik im öffentlichen Diskurs, die aus verschiedenen Deutungen, Interpretationen und politischen motivierten Argumenten resultiert. Im Angelpunkt politischer Debatten um den Wohlfahrtsstaat stehen sich letztlich zwei politische Lager gegenüber: Der Wohlfahrtsstaat produziere Anspruchsdenken, entmündige Menschen durch Umverteilung des Wohlstands und umfassende Absicherung statt zu Aktivieren ('rechte' Kritik). Der Wohlfahrtsstaat ist der "Reparaturbetrieb des Kapitalismus" und der muss Reichtum umverteilen und umfassend absichern ('linke Kritik'). Die in dieser Form gleichsam entscheidende 'subjektive' Seite wohlfahrtsstaatlicher Politik (also die Krisenrhetorik der Verantwortlichen in den Bereichen von Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft sowie die Einstellungen, Wahrnehmung und Bewertungen der Bevölkerung) wird in der Forschung noch zu sehr vernachlässigt (vgl. Pioch und Vobruba, 1995: 114; Ullrich, 2000).

²⁸ Die Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaaten wird meist als eine Folge der zunehmenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert angesehen, die mit einer Verlagerung des Produktionsschwerpunktes (und damit auch der menschlichen Arbeitskräfte) vom landwirtschaftlichen zum industriellen Sektor und einer Bevölkerungsmobilität vom ländlichen in den städtischen Raum einhergeht, und den daraus resultierenden sozialen Konflikten (vgl. Flora, 1986). Auf die genaue Entstehungsgeschichte der Wohlfahrtsstaaten und die Erklärungsansätze für ihre historische Entwicklung kann in dieser Arbeit jedoch nicht weiter eingegangen werden (zur deutschen Situation vgl. v.a. Alber, 1982, 1989; Flora, Alber und Kohl, 1977; Flora und Heidenheimer, 1987).

Der Wohlfahrtsstaat ist seit seiner Entstehung Ende des 19. Jahrhunderts ein fachübergreifendes interdisziplinäres Forschungsfeld, das politische, ökonomische, juristische und sozialwissenschaftliche Sichtweisen mit ihren je eigenen Schwerpunkten integriert.²⁹ Gerade die komparative Forschung über Wohlfahrtsstaaten hat eine Engführung auf nationale Entwicklungen durch den Blick über Landesgrenzen aufgelöst und den Blick auf die eigene Problemlage perspektivisch erweitert (vgl. z.B. aus deutscher Sicht Alber, 1998; Leibfried und Wagschal, 2000; Obinger und Wagschal, 2000; Schmid, 2001; Schmid, 2003; Schmid und Niketta, 1998; Schmidt, 1999).

Dies fällt zunächst an den Begrifflichkeiten auf. Während in Deutschland eher der Begriff "Sozialstaat" verwendet wird, dominiert in internationalem Zusammenhang der Begriff "Wohlfahrtsstaat", obwohl beides scheinbar dasselbe meint. In Deutschland hat sich vermutlich aufgrund der Grundgesetzregelung der Begriff "Sozialstaat" im öffentlichen Diskurs langfristig etabliert (vgl. Zohnhöfer, 1990), im Kontext der internationalen Forschung hingegen der umfassendere Begriff "Wohlfahrtsstaat". Hinter diesen Begrifflichkeitsanimositäten verbergen sich aber auch Einsichten, die auf inhaltliche Unterschiede hindeuten. Während es sich beim Begriff des Sozialstaats eher um punktuelle Eingriffe des Staates handelt, geht es aus wissenschaftlicher Sicht in Bezug auf den Wohlfahrtsstaatsbegriff um mehr: Er ist nicht nur eine Ansammlung staatlicher Institutionen und Praktiken, sondern "eine bestimmte Form gesellschaftlicher Organisation", eine spezifische Art "politisch veranstalteter Vergesellschaftung" (Kaufmann, 1989: 94). Diese Einsicht aus der angelsächsischen Wohlfahrtsstaatsforschung sieht den Wohlfahrtsstaat umfassender als ganzes wohlfahrtsstaatliches Arrangement, das als komplexer Zusammenhang interdependenter Verknüpfungen und Strukturierungen mehrerer Sphären zu konzeptualisieren ist, von der *Produktionssphäre* bzw. dem Markt, der *Verteilungssphäre* bzw. dem Staat und der *Reproduktionssphäre* bzw. den privaten Haushalten und Wohlfahrtsverbänden (vgl. Esping-Andersen, 1999; Kaufmann, 2002: 226f). Er besteht nicht nur aus einer komplexen Struktur institutioneller Arrangements, sondern wirkt strukturierend in die Gesellschaft und in die individuellen Lebensvollzüge der einzelnen hinein.

Betrachtet man die wohlfahrtstaatlichen Arrangements verschiedener Länder, lässt sich im Vergleich ferner feststellen, dass jedes Land eigene wohlfahrtsstaatliche Prioritäten verfolgt und diese für das jeweilige Verständnis des eigenen Wohlfahrtsstaats prägend sind. So gehört beispielsweise das Bildungssystem in angelsächsischen Ländern wie selbstverständlich zum wohlfahrtsstaatlichen System, in Deutschland dagegen wird Bildung abgekoppelt vom Sozialstaat als eigener Bereich betrachtet (vgl. Allmendinger, 1999; Allmendinger und Aisenbrey, 2002; vgl. Allmendinger und Leibfried, 2003). Der Blick über Ländergrenzen auf die internationale Ebene muss diesen Unterschieden Rechnung tragen. Auch besteht die Gefahr einer verzerrten Wahrnehmung durch implizite Wertungen, wenn andere Wohlfahrtsstaaten nur an der eigenen Meßlatte oder einem vorgefertigten normativen Idealbild gemessen werden. So wird beispielsweise dem schwedischen Wohlfahrtsstaat oft eine normative Leitbildfunktion zugesprochen, hinter dem alle anderen Länder sozialpolitisch zurückfallen (vgl. Menningen, 1969).

²⁹ Ein wesentliches Problem der Wohlfahrtsstaatsforschung besteht darin, dass in Definitionen und Problemzusammenhängen normative und empirische Argumentationszusammenhänge oftmals auch von wissenschaftlicher Seite nicht sauber getrennt werden. Damit wird der Zugang zum eigentlichen Sachverhalt

Der Begriff "Wohlfahrtsstaat" verweist zunächst auf den Staat als Träger der Sozialpolitik. Er ist "Bestandteil staatlicher Herrschaft" (Rieger, 1992: 20). Und für Flora, Alber und Kohl (1977) wird der Wohlfahrtsstaat über jene "staatlichen Interventionen definiert, die auf eine Verwirklichung der Ziele von Gleichheit und Sicherheit in Bezug auf die Verteilung wirtschaftlicher Güter und Ressourcen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen zielen" (Flora et al., 1977: 723). Auch bei Luhmann (1981) wird der Wohlfahrtsstaat "als Staat charakterisiert, der für bestimmte Schichten der Bevölkerung in großem Umfange Sozialleistungen bereitstellt und dafür in rasch wachsendem Maße Kosten aufzubringen hat" (Luhmann, 1981: 25). Dennoch müssen mit dem Wohlfahrtsstaat auch jene nicht-staatlichen Institutionalisierungsformen sozialer Solidarität in Verbindung gebracht, die außerhalb der unmittelbar staatlichen Sphäre liegen, wie Wohlfahrtsverbände, kirchliche Einrichtungen, Hospize etc. (vgl. Evers und Olk, 1996; Goll, 1991; Heinze et al., 1997), aber auch die Wohlfahrtsproduktion in Familien und Haushalten (vgl. Esping-Andersen, 1999; Kaufmann, 2002: 226f). Für eine Konzeptualisierung ist die Beschreibung möglichst aller Dimensionen und Erscheinungsweisen wohlfahrtsstaatlichen Agierens und Steuerns unerlässlich.

Hilfreicher für eine definitorische Fassung des Wohlfahrtsstaates ist die Unterscheidung von Bereichen: Der Wohlfahrtsstaat kann (1) über Ziele und Aufgaben, (2) über Mittel, Institutionen und Verfahren und (3) über die historische Dimension definiert werden (vgl. Pioch und Vobruba, 1995: 116; Rieger, 1992: 19ff). Vor allem hinsichtlich der Ziele besteht Einigkeit: Danach hat der Wohlfahrtsstaat ausdrücklich die Aufgabe, sozioökonomische Sicherheit und sozioökonomische Gleichheit herzustellen (vgl. Flora et al., 1977; Roller, 1992: 10). Neben *Sicherheit* vor negativen Modernisierungsfolgen (Stabilisierung der Lebenschancen) und *Gleichheit* hinsichtlich der Einlösung bürgerlicher, politischer und sozialer Grundrechte (vgl. Flora et al., 1977; Zapf, 1989: 61) führt Zacher (1987; 1993: 16) als zentrale Zieldimensionen auch *Gerechtigkeit* hinsichtlich der Verteilung des erarbeiteten Wohlstandes an.³⁰ Aus der systemtheoretischen Perspektive Luhmanns wird auch das Ziel der "politischen Inklusion" genannt, das nicht bloß eine "Anhebung allgemeiner Mindeststandards" meint, sondern das die Einbeziehung der Gesamtbevölkerung in die gesellschaftlichen Funktionssysteme garantieren soll (vgl. Luhmann, 1981: 27).

durch Politisierung oft verstellt.

³⁰ Unklar freilich bleibt, was unter diesen Begriffen verstanden werden kann. Sicherheit meint mehr als bloß Schutz. Der Wohlfahrtsstaat soll Stabilität, Verlässlichkeit und Gewissheit garantieren und letztlich ein Gefühl der Geborgenheit und des „Eingeordnet-Seins“ in eine „garantierte Welt“ erzeugen (vgl. Kaufmann, 1970: 1f, Allmendinger 1994: 31). Unklar bleibt jedoch, was genau unter den Begriffen Gleichheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verstanden werden kann, und welche Prioritäten bei der Verwirklichung dieser Ziele gesetzt werden sollen (vgl. Zacher, 1987: 573f). Meint Gleichheit das gleiche Fortbestehen der sozialen Ungleichheit oder eine ausgleichende Umverteilung hinsichtlich einer jeweiligen Leitvorstellung von Gerechtigkeit? Meint Gleichheit gleiche Ausgangsbedingungen für sozial ungleich gestellte Menschen, gleiche Ergebnisse im Sinne des Fortbestehens und der Aufrechterhaltung der gegebenen Ungleichheitsstruktur oder gleiche Ergebnisse im Sinne der Herstellung einer sozialen Gleichheit von ursprünglich sozial ungleichen Menschen? Oder meint Gleichheit einfach nur gleiche Verfahren für alle? Inwiefern zielt die Forderung nach Gleichheit im Sinne gleicher Ausgangsbedingungen (Chancengleichheit) oder auf gleiche Ergebnisse? Meint das Ziel Gleichheit eine Gleichbehandlung von Menschen mit gleichen Bedürfnissen bzw. gleichen Leistungen oder den Abbau sozialer Ungleichheit, also eine Ungleichbehandlung von Menschen in unterschiedlichen sozialen Lagen um im Ergebnis mehr soziale Gleichheit zu erhalten?

Im Rahmen dieser Studie bleibt aus den kurzen vorangegangenen Erörterungen im Hinblick auf die bundesdeutsche Diskussionslage festzuhalten, dass das Konzept des Wohlfahrtsstaates umfassend verstanden werden muss. Auch wenn von Wohlfahrtsstaaten gesprochen wird, ist damit ein ganzes institutionelles Arrangement gemeint, das nicht nur den Staat als Akteur einschließt.³¹ Wohlfahrtsstaaten haben ganz unterschiedliche Entstehungsgeschichten, Regulierungstraditionen und Entwicklungsperspektiven (vgl. Lessenich, 1995: 56). Sie strukturieren das soziale Leben allgemein und individuelle Lebensläufe insbesondere (vgl. Mayer und Müller, 1986; Mayer und Müller, 1989). Sie stellen damit nicht nur Sicherheit bei eintretenden Risiken her und bewirken Gleichheit, durch eine Umverteilung allzu großer Einkommensdisparitäten, sondern sie schaffen mit diesen strukturellen Eingriffen möglicherweise auch neue soziale Ungleichheitsstrukturen (vgl. Esping-Andersen, 1990). Wohlfahrtsregimes dürfen nicht nur auf ihre Kompensationsfunktion in der Form von Reparaturzahlungen beschränkt, sondern müssen um die institutionelle Dimension erweitert werden. Danach wirken wohlfahrtsstaatliche Arrangements bereits im Vorfeld konkreten Eingreifens durch das bloße Etablieren entsprechender Ordnungen, Regelungen und Verfahren in das öffentliche Leben. Die wohlfahrtsstaatliche Ordnungsstruktur ist Individuen ideologisch und alltagspraktisch vorgegeben und dazu kommen kompensierende Eingriffe in der Form von Sozialausgaben hinzu (vgl. Lessenich, 1995: 64). Wohlfahrtsstaaten wirken also mindestens hinsichtlich zweier Dimensionen, einerseits durch eine bestimmte *Konstitution* als Institutionen geleitet von bestimmten normativen Vorstellungen und andererseits auch durch eine bestimmte Form der *Kompensation* (z.B. durch Art und Höhe der Hilfe in Not).

4.2 Typologien wohlfahrtsstaatlicher Regimes

Um zu verstehen, wie Wohlfahrtsstaaten kompensatorisch (im wesentlichen durch die Höhe der Sozialausgaben) und konstitutiv (im wesentlichen durch seine moralische Normativität hinsichtlich seiner jeweiligen Verteilungsideologie) auf die individuelle Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit sowie auf die Präferenz von Verteilungsideologien wirken, ist es notwendig, den Wohlfahrtsstaat in den einzelnen Ländern in seiner diesbezüglichen Charakteristik genauer zu bestimmen. Dies kann prinzipiell zum einen durch die Bestimmung zentraler Indikatoren geschehen, die den Wohlfahrtsstaat hinreichend zu repräsentieren vermögen. Zu denken ist hier an Indikatoren wie die tatsächliche soziale Ungleichheit in einem Land, die Ausgaben für soziale Sicherung als Anteil am erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt, die Arbeitslosigkeit, die staatlichen Transfers (Steuerabgaben, Sozialbeiträge, Ausgaben für verschiedene Bereiche der sozialen Sicherung etc.) u.a. Zum anderen können Klassifizierungen von Wohlfahrtsstaaten gebildet oder verwendet, welche das jeweilige Typische seiner Art entschlüsseln. Wohlfahrtsstaatstypologien, die sich in der internationalen Wohlfahrtsforschung spätestens seit Esping-Andersen (1990) höchster

³¹ Selbst Esping-Andersen vermeidet übrigens den Begriff des *Wohlfahrtsstaates* neuerdings und spricht von *welfare regimes*, statt von *welfare state regimes* (vgl. Esping-Andersen, 1999).

Popularität erfreuen, bilden Typologien von Wohlfahrtsstaaten auf empirischer Basis.³² Dabei sind solche Versuche dann Erfolg versprechend, wenn sie möglichst alle Schattierungen und Dimensionen von Wohlfahrtsstaaten konzeptionell zu integrieren und das Typische durch Abstraktion, Verallgemeinerung und damit Komplexitätsreduktion herauszuarbeiten vermögen.

Typologien von Wohlfahrtsstaaten richten ihre Aufmerksamkeit meist auf bestimmte Merkmale, Dimensionen, Entstehungsweisen und Ausprägungen des Wohlfahrtsstaates, denen nach empirischer Prüfung theoretische Bedeutung zugemessen wird. Einzelne Länder lassen sich dann anhand der gefundenen Dimensionen unterscheiden. Es können dabei ganz unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden. So können für die einen die konkurrierenden philosophischen 'Ideologien' und Werthaltungen der Wohlfahrtsstaaten im Vordergrund der Klassifizierung stehen (Titmuss, 1974), für andere gilt als Unterscheidungskriterium lediglich die Höhe der Sozialausgaben als Maß der Ausprägung eines Wohlfahrtsstaates, für wieder andere sind es die Institutionalisierungen des Wohlfahrtsstaates (vgl. Rieger, 1992) und seine institutionelle und strukturierende Wirkung auf das Leben der Menschen (vgl. Mayer, 2001; Mayer und Müller, 1989, auch Allmendinger und Hinz 1997). Einige Typologisierungen, die teilweise deutliche Gemeinsamkeiten aufweisen, werden nun vorgestellt und bewertet (vgl. Tab. 5).

Tab. 5: Typologien wohlfahrtsstaatlicher Regimes

Typ	I	II	III
Titmuss (1974)	Residual welfare model	Industrial achievement - performance model	Institutional redistributive model
Furniss und Tilton (1977)	Positive State	Social Security State	Social Welfare State
Korpi (1980)	Marginaler Wohlfahrtsstaat		Institutioneller Wohlfahrtsstaat
Esping-Andersen (1990)	Liberaler Wohlfahrtsstaat	Konservativer Wohlfahrtsstaat	Sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat
Ferrera (1993)		Beruflich fragmentierter Wohlfahrtsstaat	Universalistischer Wohlfahrtsstaat
Französische Wohlfahrtsstaatsforschung		Bismarck-Typus	Beveridge-Typus
Eigene Zusammenstellung			

³² Wohlfahrtsstaatstypen werden hier als Idealtypen und damit - ganz im Sinne Max Webers (Weber, 1968: 234f) - nicht als real vorfindbare Erscheinungen, sondern als wissenschaftliche Konstrukte angesehen, die aus der komplexen Realität, die sie zu beschreiben suchen, die wesentlichen Züge herausgreifen. Verkürzungen und Vereinfachungen bei der Bildung von Idealtypen sind also nicht unbedingt von Nachteil, können sie doch die Aufmerksamkeit auf das Wesentliche richten. Sie erheben also nicht den Anspruch, der jeweiligen realen Besonderheit umfassend gerecht zu werden. Vielmehr helfen sie gerade durch die idealisierende Überzeichnung des 'Typischen', das Besondere der einzelnen Realität zu verstehen. Kurz: Sie bringen komplexe Wirklichkeit auf den Punkt.

Einen sehr frühen Versuch einer Wohlfahrtstypologie unternahm Titmuss (1974), indem er die Gestaltungsmaximen, die Wert- und Ordnungsvorstellungen der Sozialpolitik als Dimension in den Vordergrund rückte. Es geht in seinen drei 'social policy models' um die 'Ideologie' bzw. um die moralischen Ziele verschiedener Wohlfahrtsstaaten und die entsprechenden Mittel ihrer Verwirklichung. Er unterscheidet zwischen dem *residualen Wohlfahrtsmodell*, in dem Sozialpolitik nur subsidiär zu Markt und Familie ansetzt, Sozialleistungen an Einkommens- und Bedürftigkeitsprüfungen gebunden sind und kein eigenständiger Rechtsanspruch darauf besteht, dem *industrial achievement - performance Modell*, bei dem sich Sozialpolitik an ökonomischen Kriterien und Funktionslogiken orientiert, indem Sozialleistungen vom Arbeitsverhältnis abhängen und mittels Beitragsleistungen begründet werden, und dem *institutionell umverteilenden Wohlfahrtsmodell*, in dem aus Gründen der Solidarität und mit dem Ziel der Herstellung von mehr Gleichheit umverteilt wird, und in dem soziale Anspruchsrechte den Charakter staatsbürgerlicher Grundrechte haben (vgl. Kohl, 1993: 72). Versucht man die Modelle politischen Traditionen zuzurechnen, steht das residuale Modell eher liberalen, das industrial achievement Modell eher konservativen und das institutionelle Modell eher sozialistischen Traditionen nahe. Allerdings ist diese Zuordnung von politischer Traditionslinie, Modelltyp und den entsprechenden Ländern nicht eindeutig. Beispielsweise ließe sich Großbritannien aufgrund der Beveridge-Reformpläne und wegen seiner sozialistischen Sozialpolitiktradition dem institutionellen Modell, jedoch hinsichtlich seiner (früh-)liberalen Sozialpolitik-Phase dem residualen Modell zuordnen. Es bleiben Widersprüche nicht zuletzt dadurch, dass sich Wohlfahrtsstaaten nur tendenziös hinsichtlich der Inspiration durch verschiedene politische Richtungen unterscheiden lassen, denn historisch betrachtet änderte sich in vielen Ländern mit einem politischen Regierungswechsel meist nur wenig an der Um- und Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates. Zudem haben sich Institutionalisierungsformen, wie zum Beispiel das System der sozialen Sicherung, das zwar als eines der Charakteristika des industrial achievement-performance model angesehen wird, in den meisten Ländern unabhängig von politischen Orientierungen durchgesetzt (vgl. Kohl, 1993: 73).

Korpi (1980) und Mishra (1981) gehen von zwei diametral gegensätzlichen sozialpolitischen Modellen aus, die als Extreme aufgefasst werden können, zwischen denen alle Wohlfahrtsstaaten verortet werden können. Sie unterscheiden zwischen dem *marginalen* und dem *institutionellen* Wohlfahrtsstaat. Allerdings lässt sich mit einer solchen Dichotomie beispielsweise die Eigenart eines deutschen Wohlfahrtsstaates mit seiner starken Koppelung der Sozialpolitik an die Stellung auf dem Arbeitsmarkt wenig erhellen. Die Mehrdimensionalität von Sozialpolitik lässt sich mit einer dichotomen Typologie kaum abbilden.

Der wohl bislang am meisten stimulierende Versuch einer Typologie von Wohlfahrtsregimes geht auf die sozialpolitischen Untersuchungen von Esping-Andersen (1990) zurück. Während sich frühe Typologisierungsversuche meist auf die jeweiligen Sozialausgaben der Staaten (also nur die Dimension der Kompensation) als zentralen Indikator für die wohlfahrtsstaatliche Extensivität beschränkt haben, wird mit der Typologie Esping-Andersens der inhaltlichen Bestimmung wohlfahrtsstaatlicher Intensivität (also der Dimension der Konstitution) eher Rechnung getragen. Denn es kommt nicht nur darauf an, wie viel im Rahmen des Wohlfahrtsstaates verteilt wird, sondern auch, wie, nach welchen Kriterien, mit welchen Institutionen, an wen, warum und mit welcher

‘Ideologie’ (vgl. Kohl, 1993: 67). Die politischen Intentionen bzw. sozialpolitischen ‘Philosophien’ wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten und deren Institutionalisierungen bzw. Realisierungsformen werden in dieser Typologie mit dem Niveau der Sozialausgaben kombiniert. Wirtschaft, welche die Höhe der Sozialausgaben regelt, und Politik, welche die ‘Verteilungsideologie’ bestimmt, bzw. Markt und Staat müssen zusammengedacht werden. In einer Revision der Typologie wird auch den Haushalten verstärkte Aufmerksamkeit zuteil (vgl. Esping-Andersen, 1999). Drei Dimensionen sind für die Klassifizierung entscheidend (vgl. dazu ausführlich Esping-Andersen, 1990; Esping-Andersen, 1999; Kohl, 1993; Lessenich, 1994; Lessenich, 1995; Offe, 1993).

- Erstens ist das jeweilige *Mischungsverhältnis von Staat, Markt und Familie* als Versorgungsinstitutionen für die Unterscheidung von Wohlfahrtsregimes relevant und die ihnen jeweils zugeschriebene Verantwortung für das Wohl der Bürger. Es kommt hier auch auf das unterschiedliche Zusammenspiel privater und öffentlicher Sicherungsformen an.
- Zweitens unterscheiden sich die Regimes hinsichtlich der Qualität und Reichweite der von ihnen gewährten sozialen Grund- und Anspruchsrechte. Für Esping-Andersen ist hierbei das Ausmaß der ‘*Dekommodifizierung*’ entscheidend, also inwieweit Individuen durch staatliche Eingriffe von Marktkräften unabhängig gemacht werden können bzw. der "Warencharakter" der Arbeitskraft (Marx) eingeschränkt werden kann.³³
- Drittens lässt sich jeder Wohlfahrtsregime-Typus durch eine ihm eigene Art der *sozialen Strukturierung* charakterisieren, die er verfolgt, tatsächlich realisiert, und durch die er sich auch legitimieren muss. Denn jeder Regime-Typ befördert eine bestimmte Struktur sozialer Ungleichheit.

Aus seiner empirischen Analyse demokratischer Wohlfahrtsstaaten anhand dieser Dimensionen entwickelt Esping-Andersen (1990) drei wohlfahrtsstaatliche Typen: den liberalen, den konservativen und den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, die er als historisch relativ stabile Gebilde ansieht. Dabei kommt der Dimension der Dekommodifizierung die ausschlaggebende Bedeutung zu. Ein stark dekommodifizierender Wohlfahrtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass er wohlfahrtsstaatliche Unterstützung ohne eine notwendige Erfüllung aufgestellter Bedingungen (z.B. Beitragszahlungen) garantiert, dass ein soziales Minimum für jede Person rechtlich gesichert ist und dass die grundsätzlichen sozialen Risiken wie z.B. Arbeitslosigkeit, Behinderung, Krankheit und Alter usw. abgesichert sind. Im Dekommodifizierungs-Index sind also sowohl quantitative als auch qualitative Elemente vereinigt.

Die Wohlfahrtsstaats-Typologie Esping-Andersens wurde als wesentlicher Fortschritt im Vergleich zu früheren Typologieversuchen (vgl. Furniss und Tilton, 1977; Korpi, 1980; Mishra, 1977; Mishra, 1981; Titmuss, 1974) angesehen, v.a. weil er die jeweilige Verteilungslogik eines Landes (das 'Wie') mit der Höhe der tatsächlichen Sozialausgaben (das 'Wie viel') und dem Grad der sozialen Strukturierung zusammenbrachte. Über die Konzentration auf den quantitativen Aspekt der Sozial-

³³ "A minimal definition [des dekommodifizierenden Wohlfahrtsstaates, B.L.] must entail that citizens can freely, and without potential loss of job, income, or general welfare, opt out of work when they themselves consider it necessary" (Esping-Andersen, 1990: 23).

ausgaben der traditionellen Forschung ging er deutlich hinaus und öffnete den Blick für die qualitative Dimension der Institutionalisierung von Wohlfahrtsstaatlichkeit. Außerdem verfolgt Esping-Andersen mehr als andere Ansätze einen historischen Zugang, der die politisch-ideologische Dimension mit einschließt, die im Rahmen dieser Studie von besonderem Interesse ist. Die Regime-Typen scheinen seiner Analyse nach intern relativ konsistent zu sein und sogar in ihrer historischen Genese robust (vgl. Kohl, 1993).

Eine Kritik seines Konzeptes in methodischer und inhaltlicher Art blieb nicht aus. So wurde bemängelt, dass seine Dimensionen nicht hinreichend empirisch überprüft werden können. Länder können nicht eindeutig und zweifelsfrei einem bestimmten Typus zugeordnet werden, weil ihre konkreten institutionellen wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltungen (z.B. die nach verschiedenen Logiken funktionierenden sozialen Sicherungssysteme) meist aus einem Mix unterschiedlicher und nicht exklusiver Typologie-Elemente bestehen (vgl. Kohl, 1993: 75). Unberücksichtigt bleiben etwa unterschiedliche Formen des Sozialschutzes, die meist unter den Stichworten Sozialversicherung versus Staatsversorgung, Beitrags- versus Steuerfinanzierung diskutiert werden. Problematisch ist hier etwa die Einteilung der Niederlande, die ein Sozialversicherungssystem besitzt, sich aber auch in derselben Kategorie wie Dänemark befindet, das steuerfinanziert ist. Unklar bleiben Fragen, wie sich aus einem Nebeneinander unterschiedlicher Dimensionen zweifelsfrei das dominante Element eruieren lasse und welche Dimension für eine eindeutige Zuordnung dann die wichtigste ist. Für Esping-Andersen scheint dies Dekommodifizierung zu sein. Unklar bleibt ferner, inwieweit die einzelnen Dimensionen in allen Ländern die gleiche Bedeutung haben (vgl. Offe, 1993: 83), inwiefern zeitliche Veränderungen der Wohlfahrtsstaaten (z.B. durch neue Maßnahmen oder durch Umbau) eine eindeutige Zuordnung zu Typen zulassen, sie also wirklich historisch einigermaßen robust sind.³⁴ Diese Art kritischer Anfragen an die Typologie bezieht sich weitgehend auf den empirischen 'Wahrheitsgehalt' der Typologie. Allerdings scheint diese Art der Kritik oftmals unberechtigt, denn 'Idealtypen' wollen ihrem Anspruch nach keine 'Realtypen' sein.

Andere kritisieren inhaltlich, Esping-Andersen blende systematisch bestimmte Staaten aus, wie z.B. südeuropäische Wohlfahrtsstaaten (vgl. Ferrera, 1998; Leibfried, 1992; Lessenich, 1994: 227). Diese würden sozusagen als vierter Typus stärkeres Gewicht auf familiäre Wohlfahrtsvorsorge legen. Eine weitere Kritik an Esping-Andersens Ansatz entzündet sich an der 'Geschlechtsblindheit' seines Zuganges. Ihm wird vorgeworfen, er klammere das Geschlecht aus, obwohl Wohlfahrtsstaaten dem Geschlecht meist keineswegs gleichgültig gegenüberstehen. Familie bzw. Haushalt werden als wichtige Dimension nur erwähnt, nicht aber als konstitutives Element behandelt (vgl. Langan und Ostner, 1991; Orloff, 1993; Sainsbury, 1994; Sainsbury, 1996; Schmid, 1994). Vor allem hinsichtlich der wichtigen Dekommodifizierungs-Dimension werden Frauen in den einzelnen Typen unterschiedlich stark berücksichtigt, weil sie auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu

³⁴ Die gegenwärtige Entwicklung Schwedens, die Diskussion um den Umbau des Sozialstaates in Deutschland und die massiven Veränderungen der Sozialpolitik in den Niederlanden deuten an, dass Wohlfahrtsstaaten zwar möglicherweise träge in Bezug auf Veränderungen sind, aber nicht immun gegenüber einem Wandel, weil sie der jeweiligen politischen Wetterlage und dem öffentlichen Meinungsklima ausgesetzt sind. Von daher muss man annehmen, dass die Typologie Esping-Andersens einer steten Aufmerksamkeit und einer empirischen Überprüfung bedarf.

Männern unterrepräsentiert und in den einzelnen Ländern zudem auch unterschiedlich präsent sind (vgl. die neuere Diskussion bei Lewis, 1997 und Kritikerinnen).³⁵

Nach Esping-Andersen sind weitere Klassifikationen entstanden, die zwar nicht unbedingt viel mehr neuere Erkenntnisse zu Tage bringen, aber der Vollständigkeit halber vorgestellt werden sollen. So hat Ferrera (1993; 1998) ein Modell vorgelegt, das die Reichweite des Wohlfahrtsstaates (Coverage-Modell) betont. Sein Modell konzentriert sich auf den Aspekt der Übermittlung von Wohlfahrt, nämlich auf die Reichweite von sozialen Sicherungssystemen. Er unterscheidet zwischen dem 'Occupational Welfare State', der sich dadurch auszeichnet, dass unterschiedliche Sozialsysteme unterschiedliche Gesellschaftsgruppen abdecken, und dem 'Universalist Welfare State', der aus einem einzigen Sozialsystem besteht und die ganze Bevölkerung gleichermaßen abdeckt. Diese Klassifizierung und Charakterisierung korrespondiert mit der üblichen Unterscheidung zwischen beitragsfinanzierter Versicherung und staatlich-steuerfinanzierter Versorgung. Danach lassen sich skandinavische Länder grob als eher universalistisch und kontinentaleuropäische Länder durch ein stärkeres Ausmaß an beruflicher Fragmentierung der Sozialversicherung charakterisieren. In der Typologie Ferreras ist die Reichweite die zentrale Dimension und damit v.a. die Rezipienten wohlfahrtsstaatlicher Leistungen im Blickwinkel. Die Vorteile dieser Klassifikation liegen in der klaren Unterscheidung zwischen dem Verteilungsmodus bzw. der Verortung von Wohlfahrtsleistungen und den Wohlfahrtsausgaben des Staates.

In der französischen Forschungstradition zum Wohlfahrtsstaat (vgl. z.B. Chatagner, 1993: 106; Rosanvallon, 1995: 45) wird grob zwischen dem Modell Beveridge und dem Modell Bismarck unterschieden (vgl. Tab. 6).³⁶

Tab. 6: Typen der Sozialpolitik: Modell Bismarck und Modell Beveridge (nach Bonoli 1997)

	Bismarck-Modell	Beveridge-Modell
Gegenstand/Ziel	Einkommenserhalt	Armutsvermeidung u. -bekämpfung
Inanspruchnahme	Einkommensbezogen	Einheitsrate
Berechtigung	Beitragsnachweis	Wohnnachweis oder Bedarf
Reichweite	Beschäftigte	Gesamtbevölkerung
Finanzierung	Beiträge	Steuer

Quelle: Bonoli (1997: 357); Eigene Übersetzung.

Ziel des Bismarckschen Modells ist der Einkommenserhalt von Berufsgruppen und nicht die Be-

³⁵ Weitere und auch zusammenfassende Abhandlungen der Kritik am Konzept Esping-Andersens finden sich bei Lessenich und Ostner (1998), Abrahamson (1999), Gough (1999), Arts und Gelissen (2002) und Kasza (2002).

³⁶ Der von Bonoli als 'Beveridge-Modell' bezeichnete Typ entspricht nicht der originären Beveridgeschen Sozialpolitik in Großbritannien, da Beveridge stärker die Beitragsfinanzierung befürwortete und Aversionen gegen Durchschnittsraten hatte (vgl. Bonoli, 1997: 357).

kämpfung von Armut. Das Bismarck-Modell hat deshalb nur eine geringe Reichweite, da nur abhängig Beschäftigte im Sozialsystem integriert sind. Es hat keine Wirkung auf jene, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen (können). Der Grund hierfür liegt in der historischen Entwicklung dieses Modells. Bismarck wollte durch die Begünstigung von Arbeitern deren Loyalität zum Staat und zum politischen System sichern. Er sah in der Arbeiterbewegung eine Gefahr für die politische Stabilität im Land. Seine Motivation lag nicht in einer Verbesserung der Arbeitersituation. Die Inanspruchnahme sozialpolitischer Leistungen richtet sich in diesem Typus von Sozialpolitik nach dem eigenen Einkommen. Berechtigt sind nur diejenigen, die nachweisen, dass sie Beiträge in das beitragsfinanzierte soziale Sicherungssystem entrichtet haben. Im Gegensatz dazu zielt das Beveridge-Modell auf die Gesamtbevölkerung und nicht nur auf Arbeiter. Das Ziel ist hier nicht Einkommenserhalt, sondern hauptsächlich die Verhinderung von Armut. Es gibt eine einheitliche Inanspruchnahme, zu der ein Nachweis des Wohnorts oder eine Berechtigung aufgrund eines bestimmten Bedarfs notwendig sind. Finanziert wird dieses Sozialsystem durch Steuern.

Ein Problem bei dieser Klassifikation liegt darin, dass die reale Wirkung beider Modelle (z.B. Ressourcen-Transfers von der arbeitenden Bevölkerung zur nicht arbeitenden Bevölkerung) letztendlich gleich, das eigentlich intendierte Wirkungsziel beider Modelle jedoch verschieden ist. Während Modell Bismarck auf Einkommenserhalt abzielt, richtet Modell Beveridge seine Aufmerksamkeit auf die Vermeidung und Bekämpfung von Armut. Diese Klassifikation bringt darin Vorteile, dass sie unabhängig von einer quantitativen Ausrichtung auf politische Dimensionen (z.B. Gleichheit und Umverteilung) Wert legt, welche die historische Entstehung einbezieht. Nachteilig ist freilich, dass keine klare Unterscheidung zwischen universeller und gruppenspezifischer Ausrichtung der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung gemacht wird und dass der Versuch einer quantitativen Überprüfung unterbleibt.

Die Klassifikation europäischer Wohlfahrtsstaaten von Bonoli (1997) verbindet eine quantitative und eine qualitative Dimensionen, indem die Sozialausgaben und die Unterscheidung zwischen einem Bismarck-Typus und einem Beveridge-Typus berücksichtigt werden. Die Sozialausgaben werden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemessen, die Bismarck-Beveridge-Dimension durch den Anteil der Beitragsfinanzierung an den Sozialausgaben approximiert.

Tab. 7: Europäische Wohlfahrtsstaaten anhand zweier Dimensionen (nach Bonoli 1997)

		Qualitative Dimension	
		Beveridge-Typ	Bismarck-Typ
Quantitative Dimension	Hohe Sozialausgaben	Skandinavische Länder	Kontinentaleuropäische Länder
	Niedrige Sozialausgaben	Irland/England	Südeuropäische Länder

Darstellung nach Bonoli (1997: 361).

Als Ergebnis erhält Bonoli vier Idealtypen von Wohlfahrtsstaaten hinsichtlich der beiden Dimensionen, die auch geographisch zugeordnet werden können (vgl. Tab. 7). Skandinavische Länder zeichnen sich durch hohe Sozialausgaben und durch ein universales und meist steuerfinanziertes

Sicherungssystem aus. Ebenfalls hohe Sozialausgaben haben kontinentaleuropäische Länder, die allerdings entsprechend dem Bismarck-Typus auf Einkommenserhalt zielen und ein beitragsfinanziertes Sicherungssystem besitzen. Generell niedrige Sozialausgaben haben angelsächsische und südeuropäische Länder, wobei erstere dem Beverdigeschen und letztere dem Bismarckschen Typus zuzurechnen sind. Diese Einteilung entspricht mit Ausnahme der Schweiz, der Niederlande, Belgiens und Finnlands weitgehend auch den Ergebnissen Esping-Andersens.

Die Verbindung der qualitativen Bismarck/Beveridge Dimension mit der quantitativen Dimension der Sozialausgaben ist gut geeignet, Wohlfahrtsstaaten voneinander abzugrenzen. Die Kombination quantitativer und qualitativer Elemente kann stärkeren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates geben. Die qualitative Dimension besitzt bei Bonoli stärkeres Gewicht. Bismarck-Typen verteilen weniger vertikal um als steuerfinanzierte oder universell ausgerichtete Systeme. Im Wohlfahrtsstaat Bismarckschen Stils überwiegt horizontale Umverteilung, also eine Umverteilung nur zwischen Personen in derselben Einkommenskategorie, die von verschiedenen Risiken betroffen sein können. Die Beitragsfinanzierung und einkommensbezogene Inanspruchnahme von Sozialleistungen sind nicht progressiv wie bei der Steuerfinanzierung eines universalistischen Systems sozialer Sicherung, sondern entweder proportional, indem Beitragszahler dasselbe Verhältnis ihres Lohnes unabhängig vom Gesamteinkommen zahlen, oder sogar regressiv aufgrund von Ceiling-Effekten (Je höher das Einkommen, desto geringer das Verhältnis der Beitragszahlung).

Betrachtet man die vorgestellten Typologien wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, so ist insgesamt gesehen der Schluss zu ziehen, dass einerseits im Rahmen einer Typologie mindestens zwei Dimensionen notwendig sind, um die Komplexität von Wohlfahrtsstaaten einzufangen, nämlich eine kompensatorische und eine konstitutive. Darüber hinaus haben die vorgestellten Typologien inhaltlich weitere mögliche Kriterien angeregt, die im Prinzip beliebig erweitert werden könnte:

- Politische Gestaltungsmaximen, Philosophie bzw. ideologischer Hintergrund von Wohlfahrtsstaaten (Esping-Andersen, 1990; Titmuss, 1974)
- Institutionalisierungsgrad von Wohlfahrtsstaaten (Korpi, 1980; Mishra, 1981)
- Institutionalisierungs-Mix (Esping-Andersen, 1990)
- Dekommodifizierung (Esping-Andersen, 1990)
- Reichweite (Bonoli, 1997; Ferrera, 1993; Ferrera, 1998)
- Finanzierungsmodus (Bonoli, 1997)
- Umverteilungseffekte verschiedener Wohlfahrtsstaaten (O'Higgins et al., 1990)
- Stellung von Frauen in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten (Langan und Ostner, 1991; Lewis, 1997; Orloff, 1993; Sainsbury, 1994; Sainsbury, 1996)
- Expansion versus Abbau eines Wohlfahrtsstaates (expansion versus contraction)
- Verhältnis von aktiven zu passiven Sozialausgaben (Abrahamson 1993, 125)

Gleichwohl kann andererseits der Eindruck nicht zerstreut werden, dass die kumulative Ansammlung neuer Typologieversuche und neuer Einteilungskriterien und Dimensionen wenig Erkenntnisfortschritt in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung gebracht hat und weiterhin

bringt (vgl. Lessenich, 2000: 69). Die Bahn brechende und zugleich populäre Klassifizierung wohlfahrtsstaatlicher Regimes von Esping-Andersen (1990) wurde nicht mehr entscheidend übertroffen und bildet daher den Bezugspunkt dieser Studie. Bislang wurde zwar auf die Konzeption dieser Typologie eingegangen, indem sie formal beschrieben wurde, aber die einzelnen Typen müssen nun inhaltlich noch hinreichend beschrieben werden.

4.3 Beschreibung wohlfahrtsstaatlicher Regimes

Die Typologie Esping-Andersens (1990), die auch in seiner jüngsten Veröffentlichung beibehalten wurde (Esping-Andersen, 1999), unterscheidet zwischen dem liberalen, dem konservativen und dem sozialdemokratischen Wohlfahrtstypus. Die drei Typen lassen sich anhand zentraler Charakteristiken beschreiben (vgl. Tab. 8).

Tab. 8: Typologie von Wohlfahrtsregimes (nach Esping-Andersen 1990, 1999)

Regime-Typ	Liberal	Konservativ	Sozialdemokratisch
Zentrale regulative Idee	Eigenverantwortung	Status-Hierarchie	Universalismus
Dekommodifizierung (= Schutz gegen den Markt)	Minimal	Hoch (für 'breadwinner')	Maximum
Dominantes Prinzip des sozialen Sicherungssystems	Fürsorge	Versicherung	Versorgung
Dominanter Wertebezug	Freiheit	Sicherheit	Gleichheit
Wesentlicher sozialer Strukturierungseffekt	Exklusion	Segmentierung	Inklusion
Ländergruppen	angelsächsische Länder	kontinental-europäische Länder	skandinavische Länder
Zugeordnete Länder	USA, Kanada, Australien, Großbritannien	Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien	Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Niederlande

Eigene Zusammenstellung auf der Basis von Esping-Andersen (1990; 1999), Kohl (1993), Lessenich (1995).

Der *liberale* Regime-Typ findet sich vorwiegend im angelsächsischen Raum und ist idealiter in den USA verwirklicht. Der Markt regelt weitgehend die Versorgung und die Wohlfahrt der Bevölkerung. Sozialpolitische Institutionen und Interventionen beschränken sich auf ein Minimum und müssen marktkonform sein. Dem Staat kommt lediglich eine ordnungspolitische Aufgabe zu, den Markt und seine Ordnung zu stabilisieren und so die Eigenverantwortung der Einzelnen und gesell-

schaftlichen Gruppen zu erzwingen. Er übernimmt nur eine Art 'Restverantwortung' als Fürsorgestaat in Form „bedürftigkeitsgeprüfter Fürsorgeleistungen“ (vgl. Lessenich, 1995: 58).³⁷ Die soziale Sicherung bleibt der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger überlassen bzw. liegt allenfalls in den Händen intermediärer Instanzen (z.B. Kirchen, Tarifparteien etc.). Wohlfahrtsstaatlichkeit beschränkt sich hier auf das Allernötigste, nämlich auf Linderung von Armut bzw. der Sicherung eines Existenzminimums. Es findet fast keine staatliche, nur eine vom Markt geleitete Umschichtung statt. Der Grad der Dekommodifizierung ist minimal. Die Menschen sind eher vom Marktgeschehen (vor allem vom Arbeitsmarkt) abhängig. Die Sozialstruktur und Stratifizierung der Gesellschaft ist also stärker das Ergebnis von Marktprozessen und dessen Zuteilungskriterien als von der staatlicher Einflussnahme. In liberalen Wohlfahrtsstaaten gilt Freiheit als Wertbezug. Das Leistungsprinzip gilt als normatives Verteilungsprinzip des Wohlstands und ist wohlfahrtsstaatlich institutionalisiert. Lane (1986) spricht in diesem Zusammenhang von 'Marktgerechtigkeit' und betont den Markt als Akteur von Verteilungen. Es wird nur der vom Markt belohnt, der etwas leistet. Der Staat mischt sich wenig in das Marktgeschehen ein, sondern ergreift nur in äußersten Notlagen unterstützend die Initiative. Damit befördert der liberale Wohlfahrtstypus eine eher leistungsorientierte Gesellschaft.

Das *konservative* wohlfahrtsstaatliche Arrangement findet sich vornehmlich in den kontinentaleuropäischen Ländern. Idealerweise ist er in Deutschland verwirklicht. Auch hier sichert der Staat nicht universal die Wohlfahrt seiner Bürgerinnen und Bürger, obwohl die Staatsaktivität hier ausgeprägter als beim liberalen Typus ist. Soziale Sicherung erfolgt subsidiär durch intermediäre Institutionen. Die Wohlfahrt des Landes bestimmt sich also nicht ausschließlich über den Markt (oder durch den Staat). Das Handeln des Staates konzentriert sich jedoch meist darauf, die bestehende marktgenerierte Status-Hierarchie zu stützen und zu sichern, die wesentlich von der Stellung auf dem Arbeitsmarkt bestimmt ist. Staatliche Transfers beruhen auf dem Versicherungsprinzip. Die Sozialversicherung ist stark gegliedert und besteht aus einer Art Zwangsversicherung und Versicherungspflicht. Der Status, der sich aus der Stellung auf dem eher segmentierten Arbeitsmarkt ergibt, wird einfach auf das System sozialpolitischer Versorgungslagen übersetzt und setzt sich in diesem Bereich fort. Es herrscht überwiegend das Leistungsprinzip: Nur wer arbeitet und in die Versicherungen einzahlt (oder bei einer erwerbstätigen Person mitversichert ist), hat Ansprüche auf Gegenleistung. Sicherungsansprüche sind weitgehend an die Stellung des Einzelnen im Erwerbssystem gekoppelt ('Lohnarbeitszentrierung'). Soziale Sicherheit muss durch Teilnahme am Erwerbsleben 'verdient' werden. Das Konstrukt des 'Normalarbeitsverhältnisses' (Mückenberger, 1985; Mückenberger, 1990) und das Modell des 'Male-Breadwinners' sind zudem normativer Bezugspunkt für die soziale Sicherung und Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger und wirken sich oft zusätzlich negativ auf bestimmte Bevölkerungsgruppen aus (z.B. Frauen, Alleinerziehende etc.). Der Grad der Dekommodifizierung hängt also weitgehend von der Stellung auf dem Arbeitsmarkt und von der Möglichkeit ab, in einem 'Normalarbeitsverhältnis' beschäftigt zu sein. Nur im Erwerbsleben Stehende können sich versichern und sich damit von Marktprozessen unabhängiger machen. Diejenigen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen (z.B. Frau und Kinder) werden über den meist männli-

³⁷ "The poor rely on the state, and the remainder on the market" (Esping-Andersen, 1990: 25).

chen 'Breadwinner' abgesichert und bleiben auf dessen Unterhalt auch hinsichtlich sozialer Sicherheit angewiesen. Der Staat greift in diesem Wohlfahrtsstaatstypus subsidiär ein, also nur dann, wenn die 'je kleinere Einheit' nicht mehr allein für sich eigenverantwortlich sorgen kann und Unterstützung braucht. Auch dieses Wohlfahrtsregime neigt zu wenig Umverteilung. Diese erfolgt eher dann, wenn die 'konservative' gesellschaftliche Moral (z.B. konservatives Familienleitbild) bedroht ist und gestützt werden muss, und auch dann meist nur horizontal (d.h. innerhalb einer sozialen Schicht), nicht jedoch vertikal (d.h. zwischen sozialen Schichten). Die ausgeprägte Segmentation des Arbeitsmarktes spiegelt sich in den sozialen Sicherungssystemen wider und wird dort fortgeschrieben. Dieses Regime begünstigt eine eher segmentierte Gesellschaftsstruktur, die im Wesentlichen auf Statussicherung beruht. Als institutionalisierte Verteilungsprinzipien gelten sowohl das Ausgleichs- als auch das Leistungsprinzip, denn sowohl der in den Arbeitsmarkt eingreifende Staat (z.B. durch Einkommenssteuern, Rahmenordnungen etc.) als auch der Markt mit seinen Eigenlogiken bestimmen die Höhe des Erwerbseinkommens und die Allokation von Gütern etc. Da der Staat nur subsidiär eingreift, können leistungszentrierten Verteilungsprinzipien auf dem Markt wirken. Zusätzlich dazu greift der Staat je nach Bedürftigkeit der einzelnen bzw. bestimmten Bevölkerungsgruppen mittels umverteilender und unterstützender Maßnahmen ein. Der Staat verteilt also hier um, ohne den Mechanismus der Belohnung von Leistung durch den Markt aufzuheben.

Das *sozialdemokratische* Wohlfahrtsmodell ist hauptsächlich in skandinavischen Ländern verwirklicht. Paradebeispiel ist Schweden. Der eine universalistische Politik verfolgende Staat übernimmt die umfassende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und die Verantwortung für ihre Wohlfahrt. Er garantiert einen bestimmten Lebensstandard für alle. Jedes Individuum hat unabhängig davon, ob es im Erwerbsleben steht und etwas 'leistet', das Recht, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Der Staat sorgt mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik dafür, dass möglichst alle erwerbsfähigen Personen (vor allem auch Frauen) beschäftigt sind. Er tritt sogar selbst in höherem Ausmaß als zentraler Arbeitgeber auf, indem er die sozialen Dienstleistungen übernimmt und anbietet (großer öffentlicher Sektor). Dieser Wohlfahrtsstypus sorgt also mittels Umverteilung für eine breite Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Leistungen und Diensten. Der Grad der Dekommodifizierung ist damit sehr hoch. Durch eine erwerbsunabhängige Grundversorgung sollen die Bürgerinnen und Bürger weitgehend von den Märkten unabhängig gemacht werden. Durch die massive Umverteilung tendiert der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat zu einem Egalisieren sozialer Schichten und einem Abbau sozialer Ungleichheit. Die aktive Beschäftigungspolitik und die vom Erwerbsleben unabhängige staatliche Grundversorgung helfen, geschlechtsspezifische soziale Ungleichheit (wie sie in anderen Regimes gefördert wird) zu überwinden bzw. im Ansatz zu verhindern. Dieser Wohlfahrtsstaatstypus begünstigt die Entstehung einer egalitäreren Gesellschaft, da die Menschen unabhängig vom Markt (hohe Dekommodifizierung) gemacht werden, indem der Staat zwischen Reichen und Armen Wohlstand und Risiken aktiv umverteilt. Der Staat garantiert sozialen Ausgleich zwischen Bevölkerungsgruppen und für alle gleichermaßen soziale Sicherheit, weshalb man nach Lane (1986) auch von 'politischer' bzw. 'Staatsgerechtigkeit' sprechen kann.

Hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlich institutionalisierten Gerechtigkeit in verschiedenen Wohlfahrtsregimes kann man abschließend zusammenfassen: Das Leistungsprinzip ist in liberalen Wohl-

fahrtsstaaten vorherrschend institutionalisiert. Der Staat greift nur wenig in die Verteilungsvorgänge ein. Stattdessen regelt der Markt weitgehend, wie viel der Einzelne bzw. Bevölkerungsgruppen zugeteilt bekommen. Das Bedarfs- bzw. das Ausgleichsprinzip ist in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten stärker institutionalisiert als in liberalen. Hier greift der Staat mehr oder weniger stark in die Verteilungen des Marktes ein und verteilt noch zusätzlich nach bestimmten Kriterien zwischen Einzelnen bzw. Bevölkerungsgruppen um, nämlich meist nach denen des Bedarfes. Diese Kriterien richten sich nach bestimmten individuellen Merkmalen von Personen und Gruppen. Verschiedene Personengruppen werden also vom Staat ungleich behandelt, indem ihnen unterschiedlich viel Geld zusätzlich bzw. weniger zufließen. Personen in der gleichen Gruppierung, welche dieselben Merkmale aufweisen, werden gleich behandelt. Personen in unterschiedlichen Gruppierungen mit verschiedenen Merkmalen werden nach dem jeweiligen Kriterium ungleich behandelt. Das Ausgleichs- bzw. das Bedarfsprinzip ist wie das Leistungsprinzip ein Differenzprinzip, das Personen nur dann gleich behandelt, wenn sie - wie im Fall des Leistungsprinzips - die gleiche Leistung erbringen oder - wie im Falle des Ausgleichsprinzips - dieselben Merkmale aufweisen, die den Bedarf einer Person bzw. Gruppe bestimmen.

Die Diskussion im Anschluss an Esping-Andersen (1990) regte einen vierten Regimetypus an, der als *südeuropäisch-mediterraner Wohlfahrtstypus* charakterisiert werden kann (vgl. Ferrera, 1996; Leibfried, 1992; Lessenich, 1994). Dieser findet sich beispielsweise in Spanien und Italien, die in der Typologie Esping-Andersens dem konservativen Typus zugerechnet werden. Der Wohlfahrtsstaat in diesen Ländern gilt nicht zuletzt deswegen als relativ rudimentär, weil er im Vergleich zu anderen relativ spät entstanden ist. Er lässt sich als klientelistisch in Bezug auf die Verteilungspraxis beschreiben, weil regierende christliche Parteien damit ihre eigene Wahlklientel bedienen (Ferrera, 1996). Esping-Andersen (1999) lehnt diesen Aspekt als konstitutives Kriterium eines eigenen Typus ab, da der Wohlfahrtsstaat in diesen Ländern nicht zu diesem Zweck geschaffen wurde. Ebenso lehnt er Leibfrieds (1992) Hinweis auf die Besonderheit des sozialen Sicherungssystems in diesen Ländern ab, das als rudimentär gelten kann, da soziale Sicherung nur ein Element von vielen und eben nicht konstituierend ist (vgl. Esping-Andersen, 1999: 90). So wurde der Wohlfahrtsstaat in diesen Ländern deswegen nicht ausgebaut, weil ein starker 'Familialismus' herrscht (Banfield, 1958), der den Ort sozialer Hilfe in der Familie verankert "and it is assumed that families normally do not 'fail'" (Esping-Andersen, 1999: 90).

Im Rahmen dieser Studie wird auf die typologische Einteilung Esping-Andersens zurückgegriffen, die um den mediterranen Typus erweitert wird. Damit soll trotz der grundlegenden Gemeinsamkeiten mit dem konservativen Typus auch die Eigenart als rudimentärer Typus berücksichtigt werden. Nach dieser Beschreibung westlicher Wohlfahrtsregimes muss nun der Blick auf die Entwicklungen im postkommunistischen Osteuropa lenkt werden.

4.4 Wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in postkommunistischen Ländern

Die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung in postkommunistischen Ländern Osteuropas stellt die internationale Wohlfahrtsstaatsforschung vor neue Herausforderungen. Der radikale Systemwechsel mit Beginn der 90er Jahre, der zunächst vor allem wirtschaftlich vom Plan zum Markt und politisch hin zur Demokratie bewerkstelligt werden musste (vgl. hierzu Kap. 5.2), stellte diese Länder - mit Ausnahme der ehemaligen DDR, die durch einfachen Institutionentransfer des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements aus der ehemaligen Bundesrepublik dieser Aufgabe entledigt wurde - vor das Problem, welchen Wohlfahrtsstaat sie entwickeln und institutionalisieren sollten. Während es hinsichtlich Demokratie und Marktwirtschaft als Basisinstitutionen der Moderne (Zapf, 1994; Zapf, 1996) nur wenig alternative Möglichkeiten gab, gestaltet sich die Neukonzeption des Wohlfahrtsstaates angesichts der Auswahl verschiedener modellhafter Typen in westlichen Ländern weitaus schwieriger, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Ausgestaltung des wohlfahrtsstaatlichen Systems von der Bevölkerung akzeptiert werden musste (vgl. Götting und Lessenich, 1998: 312f). Außerdem hat das Problem der "Gleichzeitigkeit" (Offe, 1991; Offe, 1994), also des gleichzeitigen Umbaus des politischen und wirtschaftlichen Systems, die Institution des Wohlfahrtsstaates zu Beginn der Transformationsprozesse noch nicht in vollem Umfang betroffen. Die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung, die neue wohlfahrtsstaatliche Politik konstituiert, hat in Osteuropa später eingesetzt. Während die wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Reformen in vielen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß weit vorangegangen sind, scheinen sozialpolitische Reformen nur wenig sichtbar und hinter den anderen Reformen hinterherzuhinken (vgl. Deacon, 2000; Götting, 1998; Götting, 1998; Weltbank, 1996).

a) Der staatspaternalistische Wohlfahrtsstaat

Deshalb gilt es zunächst die Ausgangslage der Entwicklungen im Transformationsprozess zu bestimmen, d.h. die wohlfahrtsstaatliche Konzeption *vor* der Transformation zu charakterisieren. Dieser *staatspaternalistische Wohlfahrtsstaat* ist in allen Ländern des ehemaligen sowjetischen Hegemonieraumes in lediglich geringen Variationen zu finden (Götting, 1998). Bis zum Beginn der Transformationsprozesse zeichnete sich Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion durch ein relativ kohärentes und ähnliches System der Wohlfahrtspolitik und Wohlfahrtsvorsorge aus. Er garantierte eine umfassende Versorgung und Absicherung von "der Wiege bis zum Grab" (Götting, 1998: 57). Dieser 'Sozialvertrag' zwischen Partei- und Staatsapparat, der Nomenklatur und der Bevölkerung bestand darin, für Nahrung, Wohnungen, öffentlichen Verkehr und andere notwendige Lebensgrundlagen zu erschwinglichen Preisen zu sorgen, Beschäftigung zu garantieren, eine adäquate Gesundheitsvorsorge und Bildungsmöglichkeiten bereitzustellen und für geringe Lohnunterschiede zwischen Arbeitern, Professionellen und Managern zu sorgen, die durch die Sozialphilosophie des Marxismus-Leninismus ideologisch geprägt waren (vgl. Lane, 1987). Auch wenn es sicherlich verschiedene Privilegien derer im Partei- und Staatsapparat gab, die weitgehend in der Form höherer Löhne bestand, waren diese nicht offiziell sichtbar, sondern für die allgemeine Bevölkerung eher verborgen (vgl. Deacon, 2000: 146). Es war überaus erwünscht und daher die Re-

gel, dass Frauen am Erwerbsleben partizipierten (vgl. hierzu auch Nickel, 1993; Nickel, 1997). Sie bekamen Geld für die Kindererziehung, wenn sie ein Kind bekamen, und hatten danach das Recht, wieder ihre alte Beschäftigungsstelle anzutreten. Allerdings waren sie damit stärker noch als Frauen in westlichen Ländern einer doppelten Vergesellschaftung unterworfen, indem sie sowohl einer Erwerbstätigkeit nachgingen als auch für die Betreuung der Familie und der Kinder zuständig waren (vgl. Deacon, 2000: 147).

Will man den staatspaternalistischen Wohlfahrtsstaat als Regime charakterisieren, ergeben sich nach Götting (1998: 83) folgende Merkmale (vgl. Tab. 9): (1) Der *Staat* besitzt die *Monopolstellung* im Bereich des Sozialpolitischen, auch wenn Sozialpolitik weitgehend in Betriebe und damit ins Beschäftigungssystem eingelagert ist, das wiederum staatlich ist. Der Markt oder der dritte Sektor spielt für die Produktion von sozialen Dienstleistungen keine Rolle. Die informelle Ökonomie hatte vor allem dann eine starke Bedeutung, wenn das öffentliche System ausfiel. (2) Soziale Sicherung beschränkt sich auf die "Gemeinschaft der Werktätigen" (vgl. De Deken, 1994: 72). (3) Andere Strategien der Existenzsicherung wurden nur notgedrungen vom universellen Versorgungsanspruch des Staates geduldet (vgl. Götting, 1998: 83).

Tab. 9: Charakteristika des staatspaternalistischen Wohlfahrtsregimes

Staatspaternalistisches Wohlfahrtsregime	
Ländergruppe	Osteuropäische Länder <i>vor</i> der Transformation
Zentrale regulative Idee	Monopolstellung des Staates, Tolerierung der informellen Ökonomie
Dekommodifizierung	total
Sozialer Strukturierungseffekt	Inklusion der "Werktätigen"

Quelle: Darstellung nach Götting (1998: 84).

Unter historisch-vergleichender Betrachtung der ehemaligen westlich-kapitalistischen und östlich-sozialistischen Blockstaaten im Rahmen der frühen komparativen Wohlfahrtsstaatsforschung wurde in Untersuchungen nachgewiesen, dass sich Länder in beiden Blöcken hinsichtlich der Höhe der Sozialausgaben nicht wesentlich unterschieden haben (vgl. Pryor, 1968; Wilensky, 1975). Diese noch in den 60er und 70er Jahren auch im Rahmen der "Konvergenztheorie" (vgl. Coughlin, 2001) diskutierte Ähnlichkeit der ehemaligen Blöcke in wohlfahrtsstaatlicher Hinsicht, die weitere Forschungsanstrengungen damit erübrigten, wurde allerdings in den 80er Jahren angezweifelt und einer erneuten Erforschung unterzogen (vgl. Castles, 1986). Danach bleiben bereits ab Mitte der 60er Jahre die Ostblockstaaten hinter der westlichen Entwicklung zurück (vgl. zu Konvergenz versus Divergenz auch Schmidt, 1998: 197-204) und unterscheiden sich immer mehr auch in regulativer Hinsicht: Während in Osteuropa ein in den Produktionsprozess integriertes Sicherungssystem entsteht, findet sich in Westeuropa ein ausgebautes, dem Arbeitsmarkt komplementäres Sicherungsnetz (vgl. Götting, 1998: 81).

Das staatspaternalistische Wohlfahrtsregime hat zu einer Reihe von Problemen geführt, die zumindest im Nachhinein als Unzulänglichkeiten charakterisiert werden können und den Systemwechsel

auf verschiedene Arten positiv beeinflusst haben. So war das Wohlfahrtsystem Teil des totalitären politischen und wirtschaftlichen Systems und wurde ebenso zentral gesteuert. Auf diese Weise war es für die Bedürfnisse derjenigen, die seine Leistungen in Anspruch nahmen, relativ unsensitiv und auf Dauer auch wirtschaftlich ineffizient. Der paternalistische Wohlfahrtsstaat bestimmte von oben, wie das Volkseinkommen verteilt werden sollte. Einzelne hatten kein Recht, ihre sozialen Bedürfnisse zu artikulieren oder einzufordern. Da der Staat für die Verteilung von Löhnen, Pensionen und alle öffentlichen Ausgaben zuständig war, bedurfte es auch keines Systems der Besteuerung, wie es in kapitalistischen Wirtschaftssystemen üblich ist (vgl. Deacon, 1993; Deacon, 2000: 147).

Durch den Wechsel des wirtschaftlichen und politischen Systems Anfang der 90er Jahre wurden diese Unzulänglichkeiten des wohlfahrtsstaatlichen Systems sichtbar. Hohe Arbeitslosigkeit und hohe Inflation gefährdeten den ohnehin schon niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung stiegen unter Bedingungen des Marktes erheblich an und waren damit für viele nicht mehr bezahlbar. Viele Einrichtungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich mussten geschlossen werden. Viele Rechte der Frauen wurden beschnitten und das System der finanziellen Unterstützung der Frauen bei der Kinderbetreuung wurde eingeschränkt. Das reale Volkseinkommen ist zwischen 1990 und 1995 in Russland um ungefähr 54 Prozent gefallen, im übrigen Osteuropa um 25 Prozent (vgl. Deacon, 2000: 148).

Während sich die osteuropäischen Länder vor dem Systemwechsel hinsichtlich der Einkommensungleichheit ungefähr auf dem Level sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaaten, also skandinavischer Länder bewegten (vgl. Milanovic, 1998), ist die Einkommensungleichheit in allen Ländern mit Ausnahme der slowakischen Republik enorm gestiegen. Nach dem Systemwechsel liegen sie nun bei einer Position ähnlich der von liberalen Wohlfahrtsstaaten (wie z.B. Großbritannien (vgl. Deacon, 2000: 149)).³⁸ Wie im folgenden Kapitel gezeigt wird, unterscheiden sich die Länder sowohl hinsichtlich ihrer wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung als auch in Bezug auf den Verlauf der Transformation jedoch erheblich.

b) Neuentwicklungen in postkommunistischen Ländern

Es stellt sich nun die Frage, wie sich die Entwicklungen nach dem Systemwechsel auf dem Gebiet der Sozialpolitik in Osteuropa zusammenfassen lassen. Bei der Entwicklung ihrer wohlfahrtsstaatlichen Politik waren die osteuropäischen Länder vor eine mehrfache Aufgabe gestellt, nämlich das staatliche Monopol im Bereich der Sozialpolitik aufzugeben und mehr Marktwirtschaft in ihre Sozialsysteme zu integrieren. Die neuen Unternehmen mussten von ihrer sozialpolitischen Verantwortung entlastet werden, zugleich mussten die im Zuge des Transformationsprozesses neu entstandenen und sich verschärfenden sozialen Risiken kompensiert bzw. abgemildert werden (v.a. bei denen davon am stärksten Betroffenen). Ferner musste ein eigenes Institutionensystem aufgebaut werden, denn ein einfacher Transfer eines westlichen Systems (wie im Falle der ehemaligen DDR)

³⁸ In Russland ist der Gini-Koeffizient beispielsweise von .25 auf .48 dramatisch gestiegen. Auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit in den einzelnen Ländern wird später detailliert eingegangen.

schien angesichts der immensen Implementationsprobleme vor dem Hintergrund einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und risikoreicher zarter demokratischer Entwicklungen unmöglich ('illfare' statt welfare, vgl. Ferge, 2001). Ein wohlfahrtsstaatlicher Systemwechsel war also unstrittig, unklar war jedoch in welche Richtung und in welchem Ausmaß eine institutionelle Umgestaltung erfolgen sollte (vgl. Götting, 1998: 85).

Grundsätzlich ergaben sich aus der Orientierung an den westlichen Modellen des sozialdemokratischen, konservativ-korporatistischen und liberalen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements drei institutionelle Optionen. Angesichts der weitgehenden Ähnlichkeit des sozialdemokratischen Modells skandinavischer Prägung mit dem alten sozialistisch-paternalistischen Typ (vgl. Ferge, 1992: 206f), wäre eine Anlehnung daran intuitiv zu vermuten gewesen, denn beide Modelle sind hinsichtlich der Solidarität, dem impliziten Egalitarismus als Verteilungsideolog und der universellen Absicherung ähnlich. Außerdem hätte es eher Sicherheit in stürmischen Zeiten des Wandels und angesichts der unberechenbaren Zukunft geboten, in denen Menschen aus ihrer sozialstrukturellen Position in neue Positionen geworfen werden. Tatsächlich hat das sozialdemokratische Modell allerdings nur eine geringe Rolle gespielt, weil es zunächst angesichts hoher Steuern und der damit verbundenen Umverteilung nicht finanzierbar gewesen wäre, hinsichtlich der Nähe zur sozialistischen Wertordnung bereits diskreditiert war (auch kommunistische Parteien waren dagegen) und angesichts der zeitgleichen Krise des schwedischen Wohlfahrtsstaates auch keine Erfolg versprechende Option war (vgl. Götting, 1998: 86).

Im Grunde genommen blieben also nur das konservative und das liberale Modell als realistische Optionen, nicht zuletzt auch deswegen, weil mächtige internationale politische Institutionen diese Modelle propagierten. Während die Europäische Union und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) das konservativ-korporatistische Modell westlicher Prägung anpriesen, sprachen sich Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) nachdrücklich für das liberale Modell aus (vgl. Deacon, 2000: 152; Götting, 1998). Während das liberale Modell als klares Gegenkonzept zum Paternalismus alter Prägung Abschied vom Anspruchs- und Versorgungsdenken der Vergangenheit bringen sollte, aber das Problem mit sich zog, wenig gesellschaftliche Legitimation beanspruchen zu können, war das konservative Modell als Kreuzung bzw. Mittleres zwischen wirtschaftlicher Effizienz und maßvollem sozialen Ausgleich nahe liegend (vgl. Götting, 1998: 86f).

Auch wenn es zehn Jahre nach Beginn der Transformationsprozesse noch immer zu früh ist, die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung der osteuropäischen Länder und Russlands als in eine sozialpolitische Richtung endgültig festgelegt zu betrachten, zeichnen sich doch erste Tendenzen ab. Dennoch bleibt es bis heute schwierig, die neu entstandenen Wohlfahrtsstaaten im Osten zu charakterisieren. Auch wenn sich einige schon früh mit Klassifizierungsversuchen und Typologisierungen á la Esping-Andersen vorgewagt haben (Deacon, 1993; Nielsen, 1996), ist angesichts des bislang nur graduellen wohlfahrtsstaatlichen Wandels, das alte und neue Elemente kombiniert, noch keine eindeutige Zuordnung zu Typen möglich (vgl. Götting, 1998; Götting, 1998: 274; vgl. Götting und Lessenich, 1998). Dadurch dass die postkommunistischen Wohlfahrtsmodelle als "discount versions" bezeichnet werden müssen, lässt sich die Typologie Esping-Andersens, die für westlich-kapitalistische Wohlfahrtsstaaten gilt, nicht einfach auf Osteuropa übertragen. Hinzukommt, dass eine wesentliche Annahme als Basis für eine Typologie a la Esping-Andersen in Bezug auf Osteu-

ropa fehlt, nämlich Pfadabhängigkeit der Entwicklung und eine längere wohlfahrtsstaatliche Tradition, die Rückhalt in der Bevölkerung hat. Die osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten sind zudem auch eher Folge kurzfristiger Reaktionen auf aktuell eintretende Krisen als Folge langfristiger normativer Überlegungen, die in institutionelle Strukturen überführt werden (vgl. Standing, 1996).

Versucht man die konkreten sozialpolitischen Entwicklungen in osteuropäischen Ländern nachzuzeichnen und auf Charakteristiken westlicher Wohlfahrtsregimes hin zu überprüfen, kommt man mit Deacon (2000: 151ff) zu folgenden Einschätzungen: Danach entwickelt sich die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Estland, Slowenien und möglicherweise auch andere baltische Staaten in die ein oder andere Variante eines westeuropäischen Wohlfahrtsstaates, der den Bismarckschen Versicherungsgedanken mit dem skandinavischen Finanzierungsmodus über Steuern kombiniert. Herauskommen werden dabei wohl Varianten des Typus eines residualen Wohlfahrtsstaates mit konservativ-korporatistischen Einschlägen (vgl. Brusius, 1999; Brusius, 1999). Bulgarien und Rumänien und weite Teile der ehemaligen Sowjetunion beharren noch immer auf der Beibehaltung staatlicher und arbeitsplatzbezogener Wohltaten alten Stils. Die enge Verknüpfung zwischen Arbeiter und Arbeitsplatz aus dem alten Sozialkontrakt der Vergangenheit würde dadurch gestört. Dieses System wird vermutlich langfristig nicht aufrechterhalten zu sein, sondern zum Kollaps des alten Wohlfahrtsystems mit einer daran anschließenden Neuentwicklung eines residualen Wohlfahrtsystems führen.

Ausschlaggebend für den langfristigen Erfolg der Etablierung wohlfahrtsstaatlicher Systeme ist wohl auch nicht so sehr die Art des Wohlfahrtstypus, sondern die Reformkraft im Zuge der institutionellen Konstitution eines Arrangements. So findet sich in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn ein starker nationaler Konsens für liberale Reformen. Dagegen versuchen Länder wie Bulgarien und Rumänien verspätet auf diesen Reformzug aufzuspringen. In Russland, der Ukraine und in der Slowakischen Republik dagegen findet ein permanenter und anhaltender Konflikt über die richtige Reformstrategie statt (Deacon, 2000: 151ff). Die Weltbank (1996) geht daher in ihrer Analyse der Sozialreformen in Osteuropa davon aus, ob und wie weitgehend osteuropäische Länder Rentenreformen und andere Sozialreformen durchgeführt haben. Die meisten Sozialreformen wurden danach in Polen, Slowenien, Ungarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik durchgeführt. In Estland, Litauen, Bulgarien und Rumänien erfolgten nur moderate Reformen. In Russland und anderen GUS-Staaten gibt es nur begrenzte bzw. keine Neuerungen (Weltbank, 1996).

Mit Blick auf die Reformerneuerung ist also davon auszugehen, dass die wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen in Polen, Slowenien, Ungarn und der Tschechischen Republik, nicht zuletzt wegen der deutlichen Nähe zur Europäischen Union, am weitesten fortgeschritten sind. Vor allem in Tschechien konnte unter günstigen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen frühzeitig ein relativ gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat geschaffen werden, der dafür sorgte, dass soziale Ungleichheit (gemessen am Gini-Koeffizient) zumindest in den ersten Jahren nur gering anstieg. In der Tschechischen Republik ist auch der Ausbau des Gesundheitswesens mit einer auf Wettbewerb beruhenden öffentlichen Gesundheitsversicherung am weitesten gediehen.

Russland dagegen musste gleich zu Beginn der Transformation mit einer rasch ansteigenden Inflation kämpfen, die zu einem Kollaps staatlicher Einrichtungen führte und damit auch die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen traf. Die alte Nomenklatur konnte sich daran erheblich bereichern. Die wohlfahrtsstaatliche Situation Russlands kann damit als "chaotic situation, in which people are dying, drifting into illnesses, forced into crime or induced to contemplate suicide [which] requires a straightforward system of basic social transfers" charakterisiert werden (Standing, 1998: 41).

Tab. 10: Fortschritt wohlfahrtsstaatlicher Reformen in postkommunistischen Ländern

	fortgeschritten	mäßig	rückständig
Länder	Tschechische Rep., Polen, Slowenien, Ungarn	Bulgarien, Rumänien, Slowakische Rep.	Estland, Lettland, Russland

Eigene Darstellung

Nachdem nun Typen von Wohlfahrtsstaaten für westlich-kapitalistische Länder vorgestellt und inhaltlich erläutert wurden und Aspekte der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in postkommunistischen Ländern aufgezeigt wurden, müssen nun im Rahmen des Untersuchungskonzepts dieser Studie die Verbindungen zwischen wohlfahrtsstaatlicher Programmatik auf Makroebene und Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungerechtigkeit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien auf individueller Mikroebene theoretisch veranschaulicht werden. Abschließend soll also aufgegriffen werden, welche Schlussfolgerungen sich aus den bisherigen Ausführungen für die vorliegende Untersuchung ergeben.

4.5 Wohlfahrtsstaatliche Arrangements und soziale Gerechtigkeit

Wohlfahrtsstaatliche Arrangements - so haben es die bisherigen Ausführungen verdeutlichen wollen - bestehen aus einem Bündel verschiedener institutioneller Strukturen, die als Kulturleistung langfristig gewachsen sind und auf menschliches Handeln und Denken zurückwirken. Bei ihrer Entstehung und Gestaltung sind verschiedene normative Vorstellungen in ihre strukturelle Verfasstheit eingegangen. Diese normative Seite der Strukturen und ihre das Leben von Individuen und sozialen Gruppen formierende Wirkung hat auch Einfluss auf Wahrnehmungen, Bewertungen, Einstellungen und normative Präferenzen von Individuen und Gruppen, die in diesen Strukturen leben und von diesen beeinflusst werden (vgl. Rothstein, 1998). Soziale Gerechtigkeit ist also nicht nur in diesen Strukturen inkorporiert, sondern diese Strukturen wirken auch in ihrer Normativität auf Individuen und deren individuelle normativen Perzeptionen und Präferenzen. Dieses wechselseitig sich konstituierende Verhältnis zwischen institutioneller Struktur und individuellen Äußerungen, das auch als "Moralökonomie" bezeichnet werden kann (vgl. Mau, 2002; Mau, 2002), wirft grundsätzliche Fragen der Sozialwissenschaft auf.

a) Struktur und Handeln - Institutionen und Einstellungen

Inwieweit institutionelle Arrangements, wie es Wohlfahrtsstaaten sind, die Wahrnehmung und Bewertung von Einkommensungleichheit, Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und die Präferenz normativer Verteilungsideologien beeinflussen, steht in Beziehung mit der viel grundlegenden theoretischen Frage nach dem sozialwissenschaftlichen Zusammenhang von Struktur und Handeln. Genauer wird damit das Zueinander von Institutionen auf Makroebene und Einstellungen auf Mikroebene und ihr wechselseitiger Einfluss aufeinander aufgeworfen. Einstellungen können zwar nicht als das Handeln selbst, sehr wohl aber als handlungsleitend aufgefasst werden ³⁹ Dieser Zusammenhang ist erklärungsbedürftig und kann anthropologisch fundiert werden.

Zunächst kann festgehalten werden, dass Institutionen keine der menschlichen Sphäre externen Gebilde, sondern von Menschen geschaffen sind und von ihnen am Leben erhalten werden. Sie sind soziale Einrichtungen und haben eine soziale Funktion. So kann aus anthropologischen bzw. ethologischen Überlegungen hergeleitet werden, dass Institutionen eine Hilfsfunktion zur Kompensation natürlicher Mängel in der menschlichen Ausstattung innehaben (Gehlen, 1986).⁴⁰ Institutionen sind menschliche 'Gehhilfen' bzw. 'Krücken', um menschliche Defizite aus seiner natürlichen Instinktreduziertheit auszugleichen. Zugleich sind sie Kulturleistungen und damit einerseits auch Ausdruck menschlichen Entfaltungsdrangs, entsprechen andererseits aber auch einem Entlastungs- und Orientierungsbedürfnis. Durch diese Einbettung in vertraute, bewährte und verlässliche Strukturen gewinnt menschliches Leben an Dynamik und Sicherheit (vgl. Gehlen, 1986: 66-77).

Übertragen auf den Wohlfahrtsstaat als institutionelles Arrangement heißt dies, dass er einerseits als menschliche Kulturleistung von Menschen geschaffen, zwar relativ beständig, aber wandelbar ist, und dass ihm andererseits die Aufgabe zugeteilt ist, Menschen von Sorgen des täglichen Lebens wenn nicht gänzlich zu befreien, so doch davon zu entlasten bzw. davor zu schützen. In anthropologisch fundierter Hinsicht besteht also eine Wechselwirkung zwischen Institution und menschlichem Handeln, das sozialwissenschaftlich durch die Diskussion der aufeinander bezogenen Begriffe von Struktur und Handeln aufgegriffen wird (vgl. Schimank, 2000: 53).

Bei der sozialwissenschaftlich zentralen Frage nach Struktur und Handeln stellt sich zunächst die Frage nach dem Strukturbegriff. Strukturen lassen sich begrifflich auffassen als die "institutionellen, dauerhaften Gegebenheiten, mit denen die Individuen konfrontiert werden, in denen sie sich bewegen und mit denen sie 'leben' und sich auseinandersetzen müssen" (Treibel, 1993: 243). Struk-

³⁹ Einstellungen können insofern als Handeln begriffen werden, indem sie im Vorgang der Datenerhebung ein Handeln der Befragten gegenüber den Interviewern darstellen.

⁴⁰ Den ethologischen Arbeiten Gehlens zufolge ist der Mensch im Unterschied zum Tier als 'Mängelwesen' zu charakterisieren. Während das Tier seinen Instinkten folgt und an diese gebunden ist, ist der Mensch von seinen Instinkten weitgehend *entbunden* (d.h. instinktreduziert). Dieses durch Instinkte "nicht festgestellte Wesen" Mensch (Gehlen, 1986: 10) muss kraft der Vernunft "sich selbst festzustellen" (Gehlen, 1986: 16f) und durch Erfindungsgeist die eigene Welt und das soziale Zusammenleben gestalten und arrangieren, um so die eigene Lebens- und Überlebensbasis sichern zu können. Der „nicht festgestellte“ Mensch ist also ein 'Wesen der Freiheit', das auf den Gebrauch der eigenen Vernunft angewiesen ist, um Kultur hervorzubringen. Dabei ist er nicht nur zur Freiheit 'verurteilt' (Sartre, 1963: 16), sondern sie ist umgekehrt auch Chance und Herausforderung.

turen im weitesten Sinne⁴¹ (z.B. Verhaltensmuster, Normen, Institutionen etc.) prägen menschliches Handeln, sind aber nicht von menschlichem Handeln unabhängig, indem sie lediglich auf menschliches Handeln von 'Außen' einwirken würden, sondern werden auch durch und im Handeln ständig reproduziert (vgl. Durkheim, 1991: 105ff; Giddens, 1988: 68). Damit sind sie also keinesfalls zeitlos konstant und unvergänglich, sondern auch prinzipiell veränderbares Ergebnis menschlichen Handelns, werden von Menschen geschaffen, erhalten und können verändert oder sogar völlig abgeschafft werden. Strukturen sind jedoch ambivalent. Ihnen ist einerseits eine strukturbearhaltende Tendenz zu eigen, d.h. sie lassen sich nicht leicht verändern, sie sind pfadabhängig und strahlen das aus, was philosophisch als "normative Kraft des Faktischen" bezeichnet wird. Aus den vorgegebenen Strukturen erwächst eine normativ wirkende Kraft, die es Menschen schwer macht, Strukturen zu verändern. Strukturen werden andererseits aber erst im menschlichen Handeln real und bleiben diesem zugeordnet (vgl. Kießling, 1988: 290).⁴² Kurz: Strukturen sind dem menschlichen Handeln *vorgegeben*, im menschlichen Handeln *mitgegeben* und diesem zugleich *aufgegeben*. Nicht nur in ihrem Dasein, sondern auch in ihrer Wirkung sind Strukturen ambivalent. Sie ermöglichen einerseits menschliches Handeln, indem sie es entlasten, Orientierung vermitteln und somit die Grundlage für neues weiteres oder anderes Handeln bilden (dynamisierende Wirkung), und schränken andererseits aber auch menschliches Handeln zugleich ein, indem sie aufgrund ihrer inhärenten Normativität Grenzen setzen (hemmende Wirkung). Diese wechselseitige Beeinflussung und Konstitution von sozialer Struktur und sozialem Handeln (vgl. Schimank, 2000: 9) kann folgendermaßen zusammengefasst werden (vgl. hierzu auch Abb. 3): Menschen handeln nicht unabhängig von Strukturen und Strukturen werden umgekehrt erst durch menschliches Handeln real (Treibel, 1993: 243f).

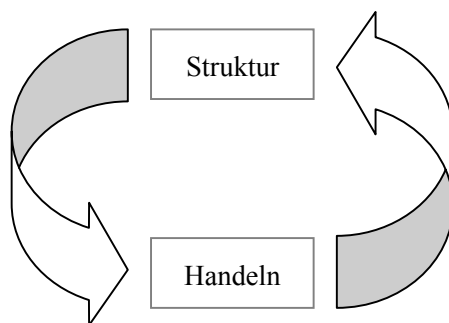


Abb. 3: Das Zueinander von Struktur und Handeln

⁴¹ Damit ist all das erfasst, was einzelne Menschen außerhalb ihrer selbst vorfinden und wodurch sie letztlich bestimmt werden. Die den Strukturen inhärente Normativität wirkt auf den Menschen ein. Es ist ferner zu bedenken, dass Strukturen nicht nur 'äußerlich' als konkrete Ordnungen, Institutionen, Normen etc. erscheinen, sondern auch als kognitive Schemata 'in den Köpfen' der Menschen.

⁴² "Wären Strukturen nichts als metaphysische Konstruktionen, bräuhete kein Hahn nach ihnen zu krähen. Strukturen zwingen oder schränken mich nur ein insofern, als sie mir im wirklichen oder antizipierten Handeln anderer Akteure praktisch gegenüberstehen" (Anthony Giddens in: Kießling, 1988: 290).

b) Das Modell im Kontext der Studie

Der wechselseitige Einfluss von Struktur und Handeln ist für die Erklärung von Ungerechtigkeitswahrnehmungen, Gerechtigkeitseinstellungen und die Präferenz normativer Ideologien zentral. Es ist zu vermuten, dass die individuelle Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, individuelle Präferenzen und Äußerungen von Gerechtigkeit nicht unabhängig von den Strukturen (wie dem institutionalisierten wohlfahrtsstaatlichen Arrangement) und Kontexten sind, in denen sich Individuen befinden, und umgekehrt Strukturen nicht unabhängig von individuellen Gerechtigkeitsvorstellungen und ihrer Artikulation. Dabei ist der strukturelle Rahmen der individuellen Äußerungen ambivalent. Er kann individuelle Wahrnehmungen, Einstellungen und Präferenzen ermöglichen, aber auch einschränken oder verhindern. Die empirische Frage, inwieweit individuelle Wahrnehmungen, Einstellungen und Präferenzen von gesellschaftlichen Strukturen oder umgekehrt diese Strukturen von individuellen Äußerungen bestimmt werden, wirft Fragen der Kausalität auf bzw. die Frage nach einem Zirkelschluss. Rothstein bringt dies auf den Punkt, wenn er schreibt: "Opinions, interests, values, ideology, preferences, etc., all influence institutions and policies. But policies and institutions also influence opinions, etc. Depending on what normative standpoint you take, this is a question of historically developed paths in which the variables, be they dependent or independent, get into virtuous or vicious circles ending up in different but stable equilibria. [...] In simplified form, the mental figure looks like this: institutions give rise to certain interests and norms, which in turn either reinforce or undermine the original institutions. We observe, in other word, a bi-directional causal logic between institutions and interests/norms" (Rothstein, 1998: 135). Die Frage nach der Kausalität im Rahmen dieser Studie kann also nur theoretisch plausibel beantwortet, nicht jedoch mit Sicherheit empirisch geklärt werden, denn eine solche Untersuchung müsste über mehrere Jahrzehnte durchgeführt werden.

Im Rahmen dieser Studie sollen individuelle Äußerungen in der Form von Ungerechtigkeitswahrnehmungen, Einstellungen und Präferenzen aus Strukturen erklärt werden (linker Pfeil in Abb. 3), das dem 'Wannen-Modell' Colemans (1986; 1987; 1990: 1-23) und Essers (1999: 90-102) entspricht. Der Einfluss individueller Äußerungen im Rahmen demokratischer Mitwirkungsprozesse auf die konkrete Ausgestaltung und Veränderung staatlicher Institutionen wie die Wohlfahrtsstaaten ist bislang empirisch noch nicht umfassend erforscht, da hierzu eine umfangreiche Untersuchung des Einflusses individueller Äußerungen im Rahmen von Wahl-, Protest und Meinungsanalysen auf Politikerverhalten bzw. über intermediäre Institutionen (wie Verbänden und Interessengruppierungen) auf konkrete politische Entscheidungen im Rahmen demokratischer Mitbestimmungs- und Entscheidungsprozesse erforderlich wäre (rechter Pfeil in Abb. 3), die über bisherige Policy-Untersuchungen weit hinausgehen würde.

Ziel dieser Untersuchung ist unter anderem die Bestimmung des Einflusses von Wohlfahrtsstaaten auf individuelle Sichtweisen und Äußerungen, seien es Wahrnehmungen, Einstellungen oder normative Präferenzen. Da institutionelle Strukturen als unbeweglicher, pfadabhängiger und daher weniger grundsätzlich wandelbar gelten können, ist eine Annahme dieser Kausalitätsrichtung theoretisch plausibel voraussetzbar, wenngleich die andere Richtung theoretisch zu berücksichtigen wäre (Rothstein, 1998).

Im Anschluss an die Ausführungen zum Erklärungsmodell von Coleman (1986; 1990) und Esser (1999) im Rahmen der Konzeption der Studie (vgl. Kap 2.5, S. 32) wirken Wohlfahrtsstaaten als institutionelles Arrangement auf Makroebene auf Personen und damit auf ihre Sichtweisen und Äußerungen. Es wird angenommen, dass Individuen in ihren Äußerungen und Einschätzungen vor allem von ihren Interessen geleitet (d.h. damit ihren materiellen Nutzend mehrend) werden, die sich aus ihrer sozialen Position und anderen sozialrelevanten Merkmalen ergeben. Über diese sozialstrukturellen Effekte hinaus, in denen der Wohlfahrtsstaat sozusagen über die gesellschaftsstrukturelle Ebene auf Individuen wirkt, ist auch mit unmittelbaren und direkten Wohlfahrtsregimeeffekten auf Wahrnehmungen und Einschätzungen zu rechnen, die kultureller Art sind. Als spezifische Moralen inkorporierende Institutionen beeinflussen unterschiedliche Wohlfahrtsregimes die Wertvorstellungen von Individuen, die in und mit ihnen leben. Sie prägen normativ und direkt individuelle Einschätzungen und Wertäußerungen, da davon auszugehen ist, dass Individuen ein *moralisches Gleichgewicht* zu den Moral inkorporierenden Institutionen herstellen. Kurz: Sie unterstützen das Wohlfahrtsregime mit entsprechenden Werthaltungen, das sie normativ prägt, und sie nehmen die Ungerechtigkeit wahr, die das institutionelle Arrangement seiner Logik nach tatsächlich hervorbringt.

In osteuropäischen Transformationsländern dagegen kann aufgrund des grundlegenden Systemwechsels, des damit verbundenen lang anhaltenden sozialen Wandels aller gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen und der erst begonnen Suche nach einem neuen normativen Fundament der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands von einer langfristig wechselseitigen normativen Prägung nicht ausgegangen werden. Wohl können Werthaltungen der Bevölkerung empirisch eingefangen und dargestellt werden, aber wohlfahrtsstaatlich sind sie weniger aus kulturellen Traditionen von Regimes zu erklären, sondern eher durch aktuelle soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen und deren Folgen. Der soziale Wandel in Form von Transformationsprozessen ist vermutlich durchschlagender als normative Langzeitprägung.

5 Sozialer Wandel in West und Ost

In diesem Abschnitt der Studie soll der soziale Wandel in den für diese Untersuchung ausgewählten Ländern im beobachteten Zeitrahmen genauer in den Blick genommen werden. Der soziale Wandel auf Makroebene ist die dynamische kontextuelle Komponente, welche die Gesellschaften, die in dieser Untersuchung im Blickfeld liegen, als sich verändernde Makroeinheiten hinreichend zu beschreiben vermag. Mit der Dimension der Zeit kann eine statische Momentaufnahme des Querschnitts überwunden werden und die entscheidende diachrone Beobachtungsperspektive hinzugefügt werden. Wer den sozialen Wandel *individueller* Wahrnehmungen und Bewertungen von Ungerechtigkeit, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und die Präferenz von Verteilungsideologien untersuchen will, muss auch auf *gesellschaftlicher* Makroebene Faktoren des sozialen Wandels in den Blick nehmen, die diese beeinflussen und damit zu erklären vermögen. Dabei muss insbesondere zwischen den Entwicklungen in osteuropäischen Transformationsländern und westlich-kapitalistischen Ländern differenziert werden, da sie in Qualität und Tragweite ganz verschiedenen eingestuft werden müssen. Nach den Ausführungen über wohlfahrtsstaatliche Regimes, die in westlich-kapitalistischen Gesellschaften nunmehr langjährige stabile pfadabhängige Traditionen aufweisen und in ihren Grundfesten wenig sozialen Wandel erkennen lassen, und den skizzierten, vergleichsweise noch instabilen wohlfahrtsstaatlichen Gehversuchen postkommunistischer Länder muss in diesem Abschnitt der Blick einerseits auf grundsätzlichere Wandlungsprozesse gelenkt werden, die es theoretisch zu skizzieren gilt, und andererseits in die empirische Beschreibung im Detail dieser Entwicklung gegangen werden, die durch die Veränderung zentraler Makroindikatoren auf Länderebene veranschaulicht werden kann. Da hier eine unüberschaubare Anzahl von theoretischen Entwürfen zu diskutieren wären und gleichsam unzählige Indikatoren in den Blick genommen werden müssten, um Wandlungsprozesse auf Makroebene der Länder hinreichend verdeutlichen und beschreiben zu können, können in dieser Untersuchung nur brachiale Skizzierungen unter erheblicher Beschränkung vorgenommen werden.

Sozialer Wandel in *westlich-kapitalistischen Ländern* kann unter dem theoretischen Paradigma der Modernisierung beschrieben werden (vgl. Van der Loo und Van Reijen, 1992; Weymann, 1998: 75-144). In modernen Gesellschaften - so die Vermutung im Anschluss an solche Varianten einer Modernisierungstheorie - sind Modernisierungsprozesse ganz unterschiedlicher Art im Gange, die langfristig diese Gesellschaften geprägt haben. Gewöhnlich werden diese grundlegenden Prozesse der Modernisierung mit den charakterisierenden Schlagworten der funktionalen Differenzierung, Rationalisierung, Individualisierung und Domestizierung zusammengefasst (Van der Loo und Van Reijen, 1992). Andere dagegen betonen die Errungenschaften zentraler Basisinstitutionen in westlich-kapitalistischer Gesellschaften wie Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie und Wohlfahrtsstaat (vgl. Zapf, 1987; Zapf, 1992; Zapf, 1992; Zapf, 1994; Zapf, 1996), die sich im Zuge dynamischer Prozesse des sozialen Wandels in westlichen Gesellschaften geschichtlich herausgebildet haben und als bleibende Errungenschaften moderner Gesellschaften, als "evolutionäre Universalien" (Parsons, 1971) gelten können. Auf diese Entwicklungen muss in kurzen Umrissen eingegangen werden, weil sich damit auch Rückschlüsse in Bezug auf individuelle Bewertungen, Einstellungen und Präferenzen gewinnen lassen, die in diesem Kontext gesehen werden müssen.

Eine neue Qualität solcher Modernisierungsvorgänge kann Prozessen des sozialen Wandels in postkommunistischen Ländern nach dem radikalen Systemwechsel zu Beginn der 90er Jahre zugeschrieben werden. Diese Transformationsprozesse können als "ein spezifischer Typ sozialen Wandels" interpretiert werden, der sich "durch eine Intentionalität von gesellschaftlichen Akteuren, durch einen Prozess mehr oder minder bewusster Änderung wesentlicher Ordnungsstrukturen und durch einen über verschiedene Medien gesteuerten Umwandlungsprozess von sozialen Systemen" kennzeichnen lässt (Reißig, 1994: 324). Aufgrund seiner Radikalität und Schnelligkeit also ist die Transformation in postkommunistischen Ländern mehr als das, was zeitgenössische Modernisierungstheorien unter Modernisierung als gesellschaftlichen Wandlungsprozess westlicher demokratischer Marktgesellschaften verstehen. Diese Ansätze übertragen das ursprünglich westliche Konzept auf Osteuropa und verstehen den dort stattfindenden Umbruch als Prozess einer "nachholenden Modernisierung" im Sinne der Aufholung zum Westen durch Implementation von Basisinstitutionen westlichen Stils, ein Prozess also, dessen Richtung, Tempo, Tiefgang und Steuerbarkeit weitgehend vorgegeben ist (vgl. Zapf, 1994; Zapf, 1995; Zapf und Habich, 1996). Andere dagegen betonen den prozessualen, sequenziellen und grundsätzlich entwicklungsoffenen Charakter von Transformationsprozessen (vgl. Reißig, 1994). Die Debatte zwischen diesen theoretischen Lagern ist hauptsächlich in der deutschen sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung zu finden und vermutlich dadurch zu begründen, dass aufgrund ihrer Fixierung auf den 'Sonderfall Ostdeutschland' der Blick auf den sozialen Wandel in anderen Transformationsländern ausgeblendet wurde. Aus international vergleichender Sicht betrachtet zeigt sich, dass Transformationsländer ganz unterschiedliche Wege in ihren Entwicklungen gehen können, sozusagen "dritte Wege" zwischen Beibehaltung von Remisen der sozialistischen Vergangenheit und Institutionen westlicher Prägung. In den nachfolgenden Ausführungen muss deshalb auch auf zentrale theoretische Erträge der Transformationsforschung eingegangen, Transformationstheorien vorgestellt und die Transformationsentwicklungen in postkommunistischen Ländern genauer skizziert werden und unter Beschränkung auf zentrale Indikatoren beschrieben werden.

Das Vorgehen stellt sich also wie folgt dar: Im Anschluss an die Ausführungen zum sozialen Wandel in westlich-kapitalistischen Ländern werden die Entwicklungen in postkommunistischen Ländern nachgezeichnet. Dabei werden jeweils zuerst kurze theoretische Überlegungen und Skizzierungen vorgestellt und daran anschließend empirische Entwicklungen anhand einiger zentraler Indikatoren verdeutlicht. Angesichts der Komplexität und des Umfangs, die solche Ausführungen einnehmen könnten, ist verständlicherweise eine radikale Beschränkung notwendig.

5.1 Zur Modernisierung westlich-kapitalistischer Länder

Es ist unbestreitbar, dass auch westlich-kapitalistische Länder sozialem Wandel unterworfen sind, auch wenn dies nicht mit der Dramatik osteuropäischer Transformationsländer verglichen werden kann. Der soziale Wandel in westlich-kapitalistischen Ländern wird gewöhnlich unter dem Paradigma der Modernisierung theoretisch zutreffend beschrieben (vgl. Glatzer et al., 2002; Van der Loo und Van Reijen, 1992; Weymann, 1998: 75-144; Zapf, 1991; Zapf, 1991; Zapf, 1992; Zapf,

1992; Zapf, 1996). Dabei werden unterschiedliche Aspekte mit dem Begriff der Modernisierung in Zusammenhang gebracht. So ist von Modernisierung in politischer Hinsicht die Rede, wenn die demokratischen Bedingungen und politischen Institutionen unter Modernisierungszwang im Sinne der Anpassung angesichts allgemeiner sozialer Modernisierungsprozesse stehen (vgl. Beck, 1993; Beyme, 1991; Müller, 2001). Von der Modernisierung des Wohlfahrtsstaates wird gesprochen, wenn sich die wirtschaftlichen Grundlagen seiner Existenz ändern (vgl. Alber, 2002; Alber, 2002; Grunow, 1997; Krüger, 1994; Zapf, 1989). Auch der soziale Wandel im Anschluss an den Systemwechsel in Osteuropa bzw. in Ostdeutschland wird unter Modernisierungsaspekten diskutiert (vgl. Mänicke-Gyöngyösi, 1995; Peter, 1994; Sterbling, 1998; Tiryakian, 1998; Vobruba, 1991; Zapf, 1994; Zapf, 1994; Zapf, 1995). Modernisierung spielt auch hinsichtlich sozialstruktureller Veränderungen eine Rolle (vgl. Hradil, 1993; Hradil, 1995; Hradil, 1996), der Veränderungen in der Arbeitswelt (vgl. Heidenreich, 1996) und vor allem allgemein hinsichtlich der Veränderung der Struktur und Qualität sozialer Ungleichheit (vgl. Berger und Hradil, 1990; Hradil, 1993; Mayer, 1991; Vester, 1993; Vester, 1997; Vester et al., 2001), die zunehmend subjektive Dimensionen in Konzepten und Analysen aufnimmt. Von Modernisierung ist zudem die Rede, wenn es darum geht, die kulturelle Entwicklung und den Wandel in den Werten in Gesellschaften zu beschreiben (vgl. Genesicke, 1996; Inglehart, 1990; Inglehart, 1997; Inglehart, 2002; Inglehart und Baker, 2000; Klages, 1993; Klages, 1998; Klages, 1998; Meulemann, 1996; Meulemann, 1998; Meulemann, 1998). Kurz: Modernisierung wird an allen Ecken und Enden von sozialem Wandel festgemacht und kann als zentrales Charakteristikum moderner Gesellschaften gelten (Zapf, 1989; Zapf, 1992; Zapf, 1992; Zapf, 1996). Nicht von ungefähr war und ist Modernisierung als theoretisches Konstrukt auch Gegenstand heftiger Kontroversen, wie es die Debatten auf dem Deutschen Soziologentag von 1990 zeigen, der explizit unter dem Motto der 'Modernisierung moderner Gesellschaften' stand (vgl. Zapf, 1991). Dabei steht auch in Folge der Ansatz einer fortschreitenden linearen Modernisierung im Sinne der einfachen Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Basisinstitutionen Markt, Demokratie und Wohlfahrtsstaat (Zapf, 1991; Zapf, 1996) den Ansätzen einer Konzeption der reflexiven Modernisierung (vgl. Beck, 1991; Beck, 1993; Beck et al., 1996) gegenüber, die davon ausgehen, dass die im Zuge der Moderne und im Anschluss an die Industrialisierung errungenen basalen Institutionen seit einiger Zeit zu einer Dynamik beitragen, welche ihre eigenen Existenzgrundlagen zunehmend aufhebt. Modernisierung ist also ein schillernder Begriff, der auch aufgrund seiner Abstraktheit und Allgemeingültigkeit sowohl Kontroversen provoziert als auch für Diagnosen einsetzbar ist, da er inhaltlich unbestimmt und beliebig erscheint. Auch Beschreibungen von Gesellschaften mit Anspruch auf umfassender Darstellung, die so genannten Gesellschaftsentwürfe, werden ausdrucksstark auf den Punkt gebracht, indem Begriffe wie zum Beispiel "Postindustrielle Gesellschaft", "Wertewandels-", "Risiko-", "Erlebnis-" oder "Multioptionsgesellschaft" und ähnliches erfunden werden.⁴³ Wie aber sonst lassen sich die Dynamiken moderner Gesellschaften beschreiben, wenn nicht auf ein Catch-all-Vokabular zurückgegriffen wird? Auswege aus diesem Dilemma zwischen theoretischem Kompaktbegriff, der klotzig über das Einzelne hinwegfegt, und fundierter empirischer Darstellung, die sich im Detail verlieren mag, scheint es nicht zu geben. In

⁴³ Vgl. hierzu beispielsweise Touraine (1972), Klages (1993), Beck (1986), Schulze (1992, 1993) und Gross (1994).

Konsequenz dieser Einschätzung wird ein detailliertes Eingehen auf alle möglichen Prozesse des sozialen Wandels im Rahmen dieser Studie nicht möglich sein. Vielmehr können nur einige wenige allgemeine theoretische Aspekte diskutiert werden, die im Rahmen dieser Studie von Bedeutung sind. Anschließend werden wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklungen in westlichen Ländern anhand zentraler Indikatoren verdeutlicht. Damit soll versucht werden, einerseits theoretische Vertiefungen und andererseits ausgewählte empirische Entwicklungen nebeneinander zu stellen, um den Kontext individueller Gerechtigkeitsäußerungen verständlich zu machen.

5.1.1 Theoretische Überlegungen

Sozialer Wandel auf dem Weg der Entwicklung zur Moderne gilt schon immer als zentrales Thema der Sozialwissenschaften. Auch wenn das "Projekt der Moderne" unvollendet erscheint (Habermas, 1988) und sich durch "neue Unübersichtlichkeit" auszeichnet (vgl. Habermas, 1985: 141f), haben die Sozialwissenschaften von Anfang an etwas zur Klärung der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse beizutragen. Schon bei den Klassikern wird dies durch verschiedene (dichotome) Gesellschaftsbeschreibungen herauszuarbeiten versucht. Während Comte (1974) in seinem Drei-Stadien-Modell der gesellschaftlichen Entwicklung vom theologischen über das metaphysische hin zum positiven, d.h. wissenschaftlich-technischen Zeitalter skizziert, geht es Durkheim (1992) vor allem um die Konsequenz zunehmender Arbeitsteilung auf die Ausdifferenzierung des Sozialen, wenn er den Übergang der alten Gesellschaft, die durch "mechanische Solidarität" zusammengehalten wird, in eine neue zu beschreiben versucht, die durch "organische Solidarität" integriert wird. Während Tönnies sozialen Wandel am Übergang von "Gemeinschaft" zu "Gesellschaft" festmacht, betont Weber die "Entzauberung der Welt" durch den fortschreitenden Prozess der Rationalisierung sowie den Übergang von der traditionellen zur rationalen Legitimation von Herrschaft im Rahmen seiner Religions- und Herrschaftssoziologie (vgl. Weber, 1988) und verankert die Ursachen der Entwicklung des modernen Kapitalismus in religiösen Wurzeln des Kapitalismus (Weber, 1988). Für Marx wiederum sind es die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die in Widerspruch mit den Produktivkräften der Gesellschaft geraten und so zur Quelle sozialen Wandels in der Form der notwendigen Revolution werden um diesen Widerspruch zu überwinden (Marx, 1972: 8f). Diese frühen klassischen Untersuchungen zum sozialen Wandel, die sich beliebig ergänzen ließen, motivieren bis heute theoretische Strömungen der Sozialwissenschaften, von der kritischen Theorie bis zur strukturfunktionalen Theorie (vgl. Weymann, 1998: 75-144).

Um die adäquate Erklärung und um das bessere Verständnis des sozialen Wandels in der modernen Gesellschaft konkurrieren auch heute in den Sozialwissenschaften einflussreiche Theorien miteinander. Grob lassen sich Ansätze auf der Makroebene, denen ein Interesse an den funktionalen Erfordernissen der sozioökonomischen Strukturen und der gesellschaftlichen Teilsysteme gemein ist von Theorien auf der Akteursebene unterscheiden, die den Blick auf die handelnden Subjekte und ihr Zutun zum Wandel der Gesamtgesellschaft richten. Im Folgenden soll lediglich eine der einflussreichsten Makrotheorien, nämlich die Systemtheorie Parsons skizziert werden, die in Verbindung zu seiner Handlungstheorie steht, und die als Modernisierungstheorie bezeichnet werden kann

(vgl. Weymann, 1998: 89). Ferner gilt es, die heutige Variante einer Modernisierungstheorie, die sich auf Parsons beruft, vorzustellen.

Zur Systemtheorie Parsons

Mit der Systemtheorie von Parsons lässt sich die moderne Gesellschaft im Gegensatz zur traditionellen als eine in soziale Teilsysteme ausdifferenzierte beschreiben (Parsons, 1951; Parsons, 1971). Danach geht der Wandel einer Gesellschaft in die Moderne über die funktionale Differenzierung von vier zentralen Funktionssystemen: Wirtschaft (Anpassung), Politik (Zielerreichung), soziale Gemeinschaft (Integration) und Kultur (Erhaltung von Wertmustern). Voraussetzung für die Stabilität einer Gesellschaft ist die Ausbildung bestimmter "evolutionärer Universalien", vor allem aber von vier organisatorischen Komplexen, die für die Struktur einer modernen funktional differenzierten Gesellschaft bestandsnotwendig sind: "bürokratische Organisationsformen zur Realisierung kollektiver Ziele; Geld und Marktsysteme; ein allgemeingültiges universalistisches Rechtssystem; und die demokratische Assoziation mit gewählter Führung, durch die es möglich wird, für bestimmte politische Ziele den Konsensus der Mitglieder zu gewinnen" (Parsons, 1971: 72). Wenn zentrale revolutionäre Universalien fehlen, ist das politische System nicht mehr in der Lage, die ansteigende Komplexität seiner Umwelt zu reduzieren. Es verliert damit an Legitimität und wird instabil. Eine rein autoritäre Oktroyierung sozialer Normen bringt daher keine Integration in der modernen Gesellschaft, denn diese basiert im Sinne Durkheims "organischer Solidarität" auf sozial anerkannten Werten und ihrer Internalisierung auch durch die Gesellschaftsmitglieder. Strukturwandel gilt nach Parsons deshalb vor allem auch als Wandel der normativen Kultur, bei der demokratische Strukturen und Verfahren unverzichtbar sind (vgl. Parsons, 1971: 70). Wichtig aber für den Erhalt der sozialen Ordnung sind die in einer Gesellschaft geteilten Werte und Normen, an denen sich individuelles Handeln auszurichten hat. Im Rahmen seiner voluntaristischen Handlungstheorie (vgl. hierzu Münch, 1988) schaffen also Werte Erwartungs- und Verhaltenssicherheit für Individuen, die sich damit wechselseitig aufeinander einstellen können. Systeme (wie hier das kulturelle Wertesystem) lösen also das im Rahmen der Handlungstheorie auftretende Problem der doppelten Kontingenz (vgl. Parsons und Shils, 1951: 16). Angesichts der starken Konzentration auf Stabilität und Ordnung ist zu Recht nach der Rolle und dem Stellenwert des sozialen Wandels zu Fragen. Dieser kommt auf Systemebene der vier Teilsysteme von unten durch Wirtschaft und Politik in Richtung Gesellschaft und Kultur, während Kultur und Gesellschaft von oben stabilisierend wirken (vgl. Weymann, 1998: 88). Die Gesellschaft wird also letztendlich von einem Wertekonsens zusammengehalten und vor radikalem Wandel in der Form von Umstürzen und Revolutionen bewahrt. Auf individueller Handlungsebene sichern die Systeme über Sozialisation, Erziehung, Bildung und Disziplinierung abweichenden Verhaltens den Gesellschaftskonsens. Kultureller Wandel, also der Wandel der Werte und Normen ist dagegen Ergebnis kulturellen Austauschs. Wandel kommt jedoch auch durch institutionelle Veränderungen, vor allem aber aus dem Austausch der Bevölkerung durch Geburt und Tod, indem alte "Kulturträger" gehen und "barbarische Neugeborene" kommen. "What has sometimes been called the 'barbarian invasion' of the stream of new-born infants is, of course, a critical feature of the situation in any society. Along with the lack of biological maturity, the conspicuous fact about the child is that he has yet to learn the patterns of behavior expected of persons in his statuses in his society" (Parsons, 1951: 208). Sozialer Wandel

kommt bei Parsons also letztlich durch den Wandel der normativen Kultur. Wenn das Gleichgewicht der Systeme gestört ist, setzt sozialer Wandel ein.⁴⁴

Modernisierungstheorie heute

Die neuere Modernisierungstheorie und die sich daran orientierende Forschung bezieht sich auf Parsons, ist jedoch eher auf der Makroebene anzusiedeln und erklärt Wandlungsprozesse aus dem Erfolg der zunehmenden Wohlfahrt (vgl. Zapf, 1994; Zapf, 1996). Diese Wohlfahrt beruht auf der Errungenschaft von Basisinstitutionen: Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum. Der wirtschaftlichen Prosperität kommt eine wichtige Bedeutung dabei zu, da sich in ihr Innovationen der Gesellschaft verwirklichen, vor allem in der Form technischer Fortschritte (vgl. Fourastié, 1969). Mit diesen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen gehen auch soziale Mobilisierungen der Gesellschaft einher, die nicht zuletzt aus einem Umbau gesellschaftlicher Institutionen, der Kultur und individueller Lebensformen bestehen. Diese Wandlungsprozesse gehen nicht ohne Konflikt ab. Erstaunlich ist jedoch, dass sich diese nicht stärker manifestiert haben. "Unkenrufe über Legitimationskrisen und Unregierbarkeit haben sich bislang als haltlos erwiesen, alle tief greifenden Veränderungen haben nicht die unüberwindbaren, fundamentalen Spaltungen (cleavages) in der Gesellschaft erzeugt" (Weymann, 1998: 93). Möglicherweise ist es in der Tat das Verdienst der stark empirisch ausgerichteten Dauerbeobachtung der Gesellschaft durch die Modernisierungsforschung, die immer wieder eine Selbstverständigung der Gesellschaft bewirkt und eine stärkere Manifestation von Konflikten verhindert hat. Als anthropologisch optimistische Theorie über die machbare Gestaltbarkeit von Gesellschaft kommt ihr jedenfalls in der international vergleichenden Forschung von weniger und stärker entwickelten Gesellschaften eine prominente Rolle zu (vgl. Weymann, 1998: 93f).

Vier Grundprozesse der Modernisierung

Der Wandel moderner westlicher Gesellschaften als Prozess der Modernisierung ist in detaillierter Sicht ein multivariates vielfältiges Geschehen. "Modernisierung verweist auf einen Komplex miteinander zusammenhängender struktureller, kultureller, psychischer und physischer Veränderungen, der sich in den vergangenen Jahrhunderten herauskristallisiert und damit die Welt, in der wir augenblicklich leben, geformt hat und noch immer in eine bestimmte Richtung lenkt" (Van der Loo und Van Reijen, 1992: 11). Modernisierung ist ein Prozess, dessen Endpunkt unbekannt und die zahlreiche Variationen aufweisen kann (Möglichkeiten einer selektiven oder partiellen Modernisierung). Modernisierung muss nicht kontinuierlich, gleichmäßig, sondern kann auch gegensätzlich ablaufen. Modernisierung lässt sich auch nicht monokausal erklären, sondern kennt höchst unterschiedliche und vielfältige Ursachen ihrer Entstehung. Und sie ist zudem auch eine Theorie, die

⁴⁴ Exemplarisch hat Parsons dies im Rahmen seiner Studie zum Ursprung der modernen europäischen Gesellschaft für verschiedene 'ältere' Gesellschaften untersucht (vgl. Parsons, 1975) und in seinen Studien zur Entwicklung der europäischen Nationen (vgl. Parsons, 1972b).

sich an der Empirie messen lassen muss (vgl. Van der Loo und Van Reijen, 1992: 18-28). Gemeinsamer Nenner aller modernisierungstheoretischen Überlegungen sind nach Van der Loo und Van Reijen (1992) vor allem vier grundlegende soziale Prozesse: Differenzierung, Rationalisierung, Individualisierung und Domestizierung.

Differenzierung meint einerseits Prozesse der zunehmenden Arbeitsteilung und den daraus folgenden Problemen für den Zusammenhalt der Gesellschaft (Durkheim, 1992). Eine Modernisierung in dieser Dimension bedeutet trotz der Gefahr anomischer Entwicklungen jedoch nicht Vereinzelung oder Verfall gesellschaftlicher Strukturen, sondern eben auch die Entstehung neuer Bindungen und Sicherheiten. Die Art des Zusammenhalts ändert sich jedoch, was Durkheim (1992) "organische Solidarität" nennt. Dass Menschen sich immer mehr voneinander unterscheiden (v.a. hinsichtlich ihrer Berufe) und sich spezialisieren führt also auch zu einer stärkeren Angewiesenheit und wechselseitiger Abhängigkeit. Differenzierung in diesem Sinne ist also letztendlich eine Pluralisierung der Lebensformen. Ferner wird mit Differenzierung in modernen Gesellschaften ein zwar durchlässiges, aber sich auch immer mehr ausdifferenzierendes System sozialer Ungleichheit im Sinne der Rangordnung errichtet. Danach werden soziale Positionen in einer Gesellschaft nicht mehr zugeschrieben, sondern erworben (Linton, 1947). Damit wird soziale Differenzierung als soziale Ungleichheit paradoxerweise zum Ärgernis der einen und zum legitimen Bedürfnis der anderen, sich von anderen abzusetzen.⁴⁵ Und schließlich meint Differenzierung auch funktionale Differenzierung auf Gesellschaftsebene im Sinne des Auseinandertretens gesellschaftlicher Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Religion, Wissenschaft) und den sich aus dieser Komplexitätssteigerung ergebenden Problemen des Funktionierens von Gesellschaft auf Makroebene (vgl. Luhmann, 1984; Luhmann, 1998).

Rationalisierung als Prozess spielt auf individueller Ebene und auf kollektiver bzw. Gesellschaftsebene eine Rolle als "das Ordnen und Systematisieren der Wirklichkeit mit dem Ziel, sie berechenbar und beherrschbar zu machen" (Van der Loo und Van Reijen, 1992: 119). (1) In individueller Hinsicht geht es um zweckrationales Handeln des Menschen im Sinne planerischen Gestaltens des eigenen Lebens, des sich Darstellens und Einordnens in das Soziale, das auch durch Schlagworte wie "life politics" (Giddens, 1991: 209ff) oder "impression management" (Goffman, 2000) sozialwissenschaftlich aufgegriffen wird. Auch das rationale Einordnen anderer in den eigenen Lebensvollzug und darin eigene Selbstbestimmung zu finden ist hier zu nennen (Soeffner, 1992). (2) Auf der Ebene kollektiven Handelns geht es schließlich um Rationalisierung von Gesellschaftsabläufen im Sinne der Organisation von Institutionen und des sozialen Zusammenlebens. Bürokratische Apparate als "stahlharte Gehäuse" werden stärker auf instrumentell-strategisches und effizientes Walten hin entwickelt (Weber, 1980: 203, 551-579). Ähnlich negativ wird auch von der "Kolonialisierung der Lebenswelt" gesprochen (Habermas, 1988: Bd. 2: 232f, 267f). Und schließlich scheint (3) Rationalisierung prozessual auf weltanschaulicher Ebene zu wirken, indem Rationalisierung zur mythischen 'Entzauberung' der Welt und zur Aufklärung beiträgt. Dies schlägt sich auch in Säkularisierungstendenzen bzw. der Entstehung neuer Formen des Religiösen nieder (Berger, 1988).

⁴⁵ Für die Theorie und Erforschung sozialer Ungleichheit gerade aus differenzierungstheoretischer Sicht sind hier vor allem die Ausführungen von Veblen (1986) aufschlussreich.

Individualisierung als grundlegender Prozess der Modernisierung meint allgemein die zunehmende Konzentration auf das Individuum, statt auf das Kollektiv (vgl. Simmel, 1992: 791-816). Sie wird neutral bzw. positiv anhand von Schlagworten wie Selbstentfaltung, Selbständigkeit, Personalisierung, Subjektivierung oder Autonomisierung diskutiert, aber auch negativ mit Narzissmuskultur, Ich-Zeitalter, Intimisierung, Privatisierung, Hedonismus, Vereinzelung etc. in Verbindung gebracht. Die gesellschaftliche und auch sozialwissenschaftliche Einschätzung dieser Entwicklungsprozesse ist kontrovers. Auch die 'neuere' Individualisierungsdebatte, die Individualisierung gesellschaftsbezogen als die Auf- und Ablösung industriegesellschaftlicher Lebensformen konzipiert, die zugleich Chancen der Befreiung von einengenden Strukturen als auch Gefahren neuer Zwänge und Unsicherheiten in sich birgt, hat Kontroversen hervorgerufen.⁴⁶ Alles in allem wird mit Individualisierung das grundlegende Verhältnis von Individuum und Gesellschaft thematisiert. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass ihr theoretischer Stellenwert und die damit verbundenen Entwicklungstendenzen auch sozialwissenschaftlich durchaus kontrovers diskutiert werden.

Domestizierung als Modernisierungsprozess schließlich zielt auf die Zähmung und Beherrschung der natürlichen und biologischen Kräfte. Damit wird einerseits die zunehmende Durchsetzung des Menschen gegenüber der Natur im Sinne des Umbaus der Natur zu menschlicher Kultur verstanden, die sowohl gestalterisches Hegen und Pflegen aber auch destruktive zerstörerische Tendenzen annehmen kann. Unabhängigkeit von der Natur ist aber andererseits auch durch Selbstdomestizierung im Sinne der verstärkten Disziplinierung eigener Gefühle und der zunehmenden Triebbeherrschung und Affektkontrolle zu verstehen (vgl. Elias, 1990). Jedes Neugeborene ist demnach als 'Barbar' in diese Welt geworfen und muss erst den gesamten kulturell-evolutiven Prozess der Menschheitsgeschichte erst erlernen und in der eigenen Entwicklung auf kurze Zeit durchlaufen, um sich durch Sozialisation den Regeln der Gesellschaft zu unterwerfen.

Diese vier Grundprozesse bestimmen die Entwicklung moderner Gesellschaften (Van der Loo und Van Reijen, 1992). Sie sind insofern paradoxe Entwicklungsdimensionen, indem sie gegensätzliches bewirken, Gefahr und Chance, Öffnung und Schließung, Konditionierung und Nicht-Konditionierung zugleich sind. Nun stellt sich die Frage, wie sich die Entwicklung der in dieser Studie betrachteten Länder im Detail beschreiben lässt. Dazu werden zentrale Indikatoren vorgestellt, welche die Modernisierung zwar nicht im Abbild der skizzierten Prozessdimensionen beinhalten, aber hierzu einen Bezug haben. Soziale Differenzierung drückt sich etwa in der Konzentration der Einkommen in einer Gesellschaft aus. Die wirtschaftliche Wertschöpfung in einer Gesellschaft ist Ausdruck ihres Wohlstandes und des rationalen Einsatzes von Produktionsmitteln.

⁴⁶ "Individualisierung meint erstens die *Auflösung* und zweitens die *Ablösung* industriegesellschaftlicher Lebensformen durch andere, in denen die einzelnen ihre Biographie selbst herstellen, inszenieren, zusammenschustern müssen, und zwar ohne die einige basale Fraglosigkeit sichernden, stabilen sozial-moralischen Milieus, die es durch die gesamte Industriemoderne hindurch immer gegeben hat und als 'Auslaufmodelle' immer noch gibt" (Beck und Beck-Gernsheim, 1993: 179). Vgl. hierzu auch Beck (1995, 1997) und Beck und Beck-Gernsheim (1994).

5.1.2 Wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung

Die Entwicklung der westlich-kapitalistischen Länder wird nun anhand einiger zentraler Indikatoren beschrieben. Dazu werden Analysen der Entwicklung des Bruttosozialprodukts, der Arbeitslosigkeit, der Sozialausgaben und der sozialen Ungleichheit vorgestellt. Da in diesem Rahmen nicht auf jedes Detail der einzelnen Entwicklungen in den einzelnen Ländern eingegangen werden kann, werden nur einige grobe Entwicklungstendenzen und Unterschiede anhand von Länderdaten herausgearbeitet, die im Rahmen dieser Studie relevant sind.⁴⁷

Wirtschaftswachstum

Das Bruttosozialprodukt als die Summe der von den Einwohnern eines Landes im In- und Ausland erzielten Nettoproduktionswerte (zu Marktpreisen) ist Ausdruck für die Wirtschaftskraft eines Landes. Seine Höhe und Entwicklung gibt Aufschluss über den Wandel des Wohlstands einer Gesellschaft und der Mittel, die sie zu verteilen vermag. In Abb. 4 ist die Höhe und Veränderung des Bruttosozialprodukts für die westlich-kapitalistischen Länder dargestellt, die im Zentrum dieser Untersuchung stehen. In den meisten Ländern sind auf den ersten Blick nur geringe Veränderungen hinsichtlich des Bruttosozialprodukts pro Kopf zu sehen. Meist kann über den betrachteten Zeitraum hinweg ein geringer Anstieg verzeichnet werden. Stärker steigt das Bruttosozialprodukt über die gesamte Periode in den Vereinigten Staaten und bis in die Mitte der 90er Jahre in Norwegen, der Schweiz, während es danach wieder leicht abfällt. Ein nur leichter wirtschaftlicher Aufschwung ist auch in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Österreich bis Mitte der 90er Jahre auszumachen, der danach allerdings wieder abfällt. Dieser Knick in vielen Ländern in der Mitte der 90er Jahre ist vermutlich auf die zu diesem Zeitpunkt einsetzenden weltwirtschaftlichen Krisen und den damit verbundenen Rückgang der wirtschaftlichen Kräfte zurückzuführen.

Die Länder unterscheiden sich auch vielleicht nicht so sehr in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem jedoch unterscheiden sie sich in Bezug auf die Höhe des Bruttosozialprodukts. So weist die Schweiz das vergleichsweise höchste Bruttosozialprodukt pro Kopf auf, während Portugal das Schlusslicht bildet. Zu den Ländern mit den beträchtlichsten Werten zählen auch Norwegen und die Vereinigten Staaten, gefolgt von Schweden und den meisten anderen mitteleuropäischen Ländern, sowie Australien und Kanada. Das Schlusslicht bilden die südeuropäischen Länder Spanien und Portugal.

⁴⁷ Eigene Indikatoren für Ostdeutschland werden in den Daten der internationalen Organisationen, die hier verwendet werden, nicht mehr bereitgestellt. Deshalb werden nur Daten für Gesamtdeutschland verwendet, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Suche nach geeigneten vergleichbaren Makroindikatoren, die in allen Ländern in vergleichbarer Weise zur Verfügung stehen.

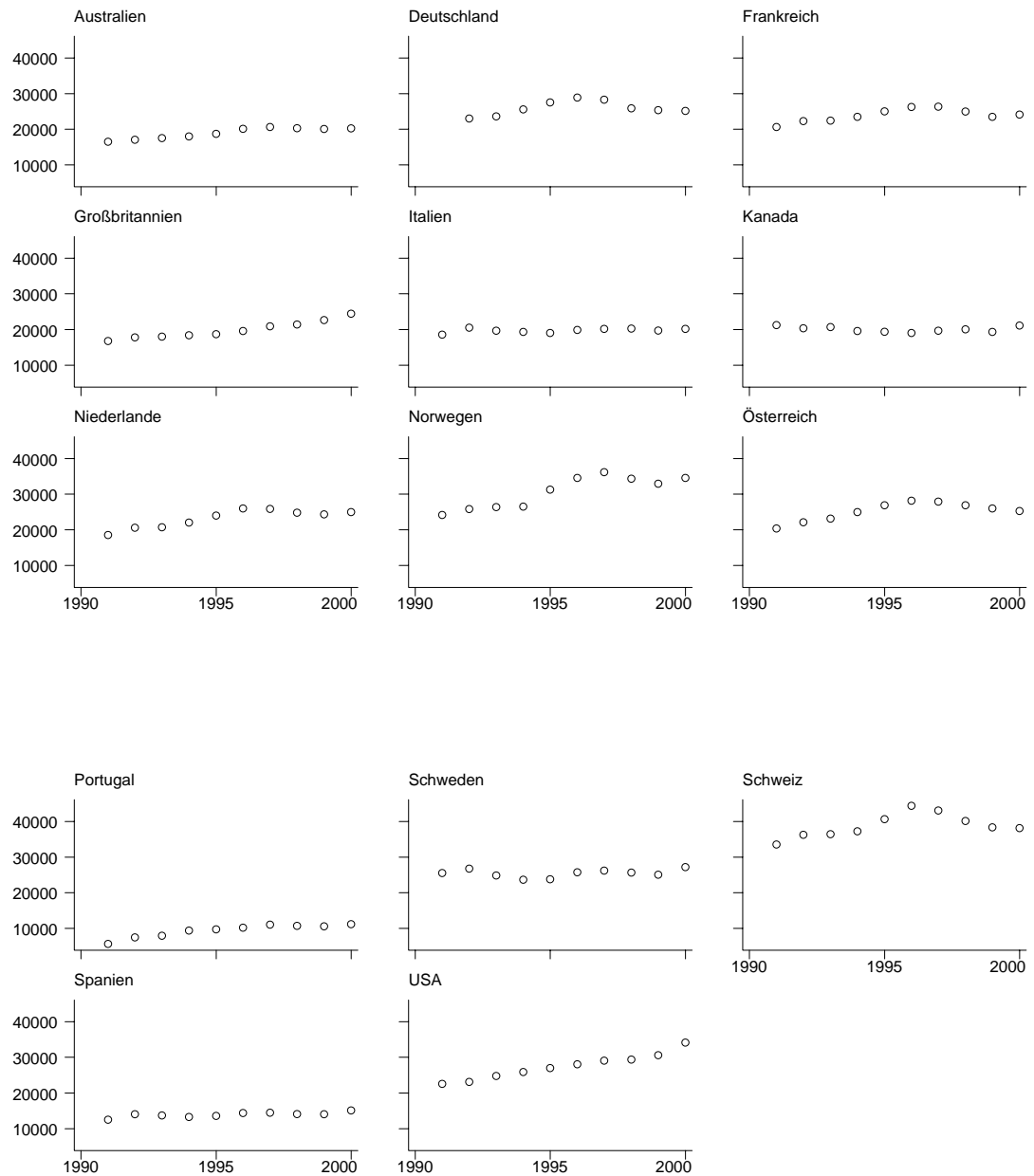


Abb. 4: Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in westlich-kapitalistischen Ländern (US-Dollar je Einwohner)

Datenbasis: Weltbank, Quelle: Statistisches Bundesamt (1991-2002), Wechselkurs und Preisentwicklung in den USA eingerechnet.

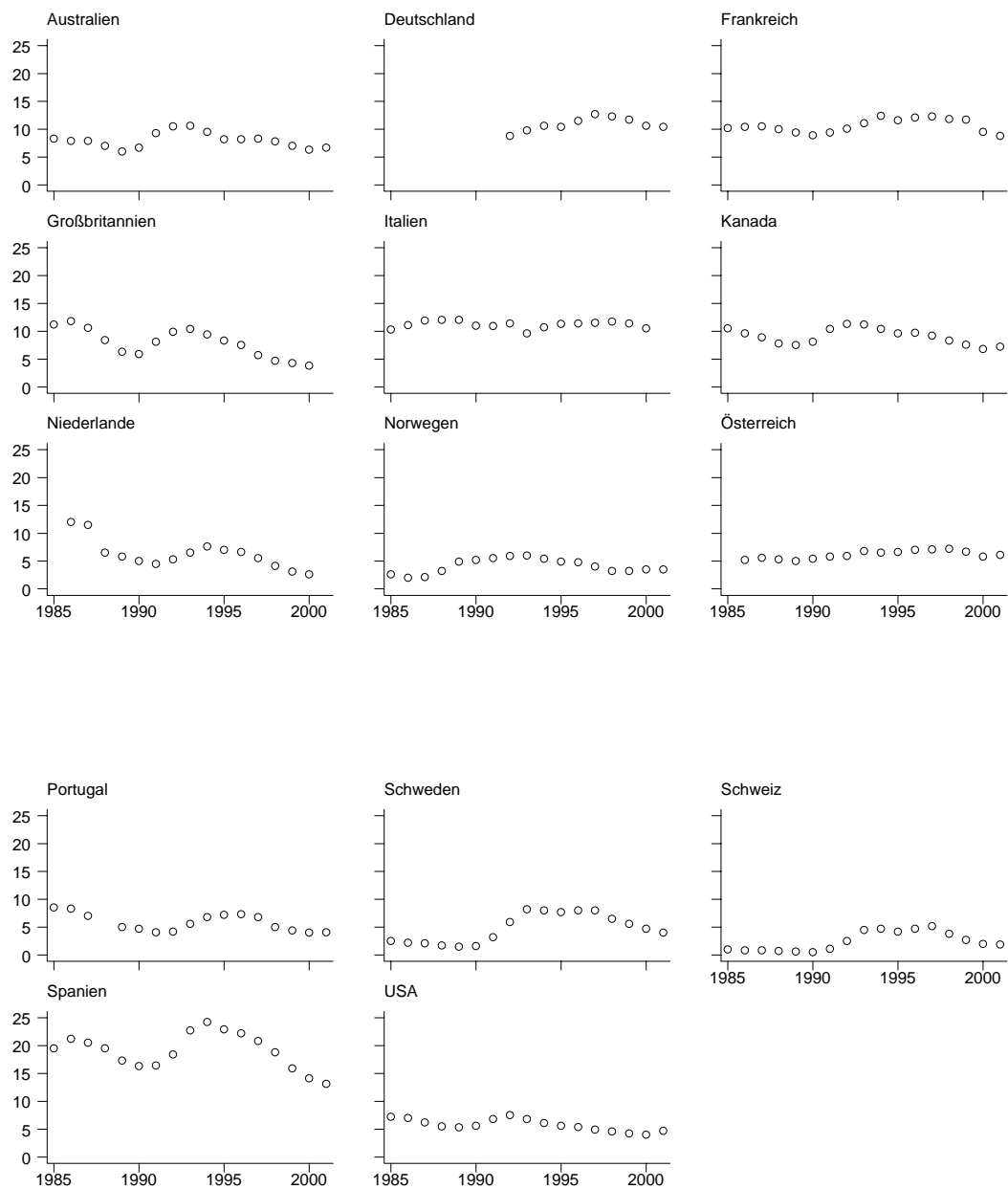


Abb. 5: Arbeitslosenrate in westlich-kapitalistischen Ländern (in Prozent)
Datenbasis: IWF, Quelle: International Statistical Yearbook (2002), eigene Darstellung

Arbeitslosigkeit

Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wirkt sich schlecht auf die Wirtschaftskraft und das soziale Klima eines Landes aus, es belastet die Staatsfinanzen und verursacht hohe Ausgaben bei gleichzeitigen Einnahmeverlusten. Die Arbeitslosenquote, d.h. der Anteil an der Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung ist ein entscheidender Indikator sowohl für das wirtschaftliche Wohlergehen einer Gesellschaft als auch für soziale Probleme. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den ausgewählten Ländern stellt sich im Blick auf Abb. 5) wie folgt dar: Während die Schweiz die geringste Arbeitslosenquote aufzuweisen hat, ist der Anteil der Arbeitslosen in Spanien (mit fast 25 Prozent Mitte der 90er Jahre) am höchsten. Die kontinentaleuropäischen Länder bewegen sich mit einer Arbeitslosenquote um die 10 Prozent im Mittelfeld. Hier ist auch die geringste Veränderung über die Zeit festzuhalten. Auffällig ist die Entwicklung vor allem in Großbritannien und in den Niederlanden, in denen die relativ hohe Arbeitslosigkeit Mitte der 80er Jahre fällt. In Großbritannien ist dies die Zeit einer Rezession, die sich auch nochmals zu Beginn der 90er Jahre am Ende der Thatcher-Ära verstärkt hatte und durch starke Anstrengungen überwunden werden konnte. In den Niederlanden wurde dieser Rückgang durch die konzertierte Aktion im Rahmen des Poldermodells und einer starken Ausweitung der Teilzeitarbeit erreicht (vgl. Koch, 2003; Pioch, 2000; Vobruba, 1995).

Soziale Sicherung

Zur Absicherung der zentralen Lebensrisiken (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Rente etc.) wird in modernen Wohlfahrtstaaten ein großer Teil des erwirtschafteten Wohlstandes ausgegeben. Die Ausgaben für soziale Sicherung sind damit auch ein sozialer Indikator, da sie die Solidaritätsbereitschaft der einzelnen voraussetzt. In Tab. 11 sind die Ausgaben für soziale Sicherung in westlich-kapitalistischen Ländern in den Jahren 1985, 1990 und 1996 einzusehen. Die *zeitliche* Veränderung der Ausgaben im Blick kann zunächst festgehalten werden, dass sich im Schnitt über alle Länder die Sozialausgaben von 21 Prozent (1985) auf 24 Prozent (1996) über die Zeit hinweg ständig erhöht haben. Westliche Gesellschaften geben immer mehr ihres Wohlstands für soziale Sicherung aus. Dies trifft auch für das Gros der Entwicklung in den einzelnen Länder zu. Die Ausnahme ist hier ein leichter Rückgang in Deutschland von 1985 auf 1990 und ein größerer Rückgang in den Niederlanden von 1990 auf 1996 im Rahmen der konzertierten wohlfahrtsstaatlichen Aktion.

Richtet sich der Blick auf die Höhe der Sozialausgaben und damit auf die Unterschiede *zwischen* den Ländern ist ein Zusammenhang mit dem Regimetypus des Wohlfahrtsstaates zu erkennen. So sind die Sozialausgaben in den liberalen Wohlfahrtsstaaten Australien, USA, Kanada, aber auch Großbritannien am niedrigsten. Dies trifft auch für die mediterranen Wohlfahrtsstaaten Portugal, Spanien und Italien zu, in denen die Absicherung von Lebensrisiken weitgehend dem Familienzusammenhang zugemutet wird. Annähernd so hoch wie in sozialdemokratischen WohlfahrtsRegimes sind die Beiträge in den konservativ-korporatistischen, auch wenn sich hier die Rangfolge im Einzelnen zwischen den einzelnen Zeitpunkten verändert. Schweden als das typischste sozialdemokratische Wohlfahrtsregime hat in allen Zeiten die höchsten Sozialausgaben.

Tab. 11: Ausgaben für soziale Sicherung in westlich-kapitalistischen Ländern (in Prozent des BIP)

Land	1985	1990	1996
Schweden	31.1	32.2	34.7
Frankreich	27.0	26.7	30.1
Deutschland*	26.3	25.5	29.7
Norwegen	20.0	27.1	28.5
Niederlande	28.9	29.7	26.7
Österreich	24.4	24.2	26.2
Schweiz	17.4	20.1	25.9
Italien	21.6	23.1	23.7
Großbritannien	21.1	19.6	22.8
Spanien	18.5	19.6	22.0
Portugal	13.2	14.6	19.0
Kanada	16.4	17.6	17.7
USA	13.4	14.1	16.5
Australien	14.0	14.5	15.7
Mittelwert	21.0	22.0	24.2

Datenbasis: ILO, Quelle: ILO (2003), * 1985 nur Westdeutschland, geordnet nach der Ausgabenhöhe 1996.

Soziale Ungleichheit

Inwieweit die Einkommen in den westlichen Ländern ungleich verteilt sind, ist aus Tab. 12 zu entnehmen. Der Gini-Koeffizient ist ein Maß für die Einkommenskonzentration in einer Gesellschaft.⁴⁸ Danach kann in den Vereinigten Staaten und Großbritannien als liberale Wohlfahrtsstaaten mit wenig umverteilenden Eingriffen in das Marktgeschehen die höchste Einkommensungleichheit gefunden werden, während für Norwegen und Schweden als exemplarisch sozialdemokratische Wohlfahrtsregime die vergleichsweise geringste Einkommenskonzentration zu verzeichnen ist. Auffallend ist auch, dass die mediterranen Wohlfahrtstypen Italien und Spanien ein hohes Ausmaß an Einkommensungleichheit aufweisen, das auf dem Niveau der liberalen Wohlfahrtsländer anzusiedeln ist. Die kontinentaleuropäischen konservativ-korporatistischen Regime finden sich mit ihren mäßigen Wohlstandsumverteilungen erwartungsgemäß in der Mitte zwischen liberalen und sozialdemokratischen Ländern.

⁴⁸ Der Gini-Koeffizient liefert ein zweckmäßiges zusammenfassendes Maß des Grades an sozialer Ungleichheit in der Einkommensverteilung einer Gesellschaft. Er misst, inwieweit die Verteilung des Einkommens auf Personen oder Haushalte in einer Volkswirtschaft von einer vollkommen gleichmäßigen Verteilung abweicht. Ein Gini-Koeffizient von '0' bedeutet totale Gleichverteilung, ein Index von '1' hingegen vollkommene Ungleichverteilung (vgl. Atkinson, 1970; Engelhardt, 2000). Da zwischen den Ländern sowohl bei der Durchführung der Erhebungen der Angaben als auch bei der Art der Erhebung teilweise erhebliche Datenunterschiede bestehen, muss bei Vergleichen des Gini-Koeffizienten besonders vorsichtig umgegangen werden. Die hier verwendete Datenquelle lässt einen Vergleich der Länder zu.

Tab. 12: Soziale Ungleichheit der Einkommensverteilung in westlich-kapitalistischen Ländern (Gini-Koeffizient)

Land	1987	1991	1994	1997	1999	Durchschnitt
USA	.335*	.336	.355	.372	.368**	.353
Großbritannien	.303*	.336	.339		.345	.333
Italien	.306*	.289	.342**			.312
Schweiz		.307**				.307
Spanien		.303*				.303
Australien	.292***	.304***	.311			.302
Kanada	.283	.281	.284	.291		.289
Frankreich		.287***	.288			.287
Österreich	.227		.280	.266		.262
Niederlande	.256	.266	.253			.258
Deutschland		.247**	.261			.254
Ostdeutschland ⁺⁺		.192	.207	.205	.214**	-
Westdeutschland ⁺⁺	.262**	.254	.267	.255	.263**	-
Norwegen	.233*	.231	.238**			.234
Schweden	.218	.229**	.221**		.252**	.230
(Portugal n. verf.)						-

Datenbasis: LIS, Quelle: LIS (2003), geordnet nach dem Durchschnitt über alle Jahre

⁺⁺ Landesteile Deutschland: Datenbasis: SOEP 1985-2000, Quelle: Statistisches Bundesamt (2002: 583),

* 1 Jahr vor, ** 1 Jahr nach, *** 2 Jahre vor dem angegebenen Zeitpunkt

Werden die zeitlichen Veränderungen in den Blick genommen, lässt sich zunächst feststellen, dass in allen liberalen WohlfahrtsRegimes USA, Großbritannien, Australien und Kanada die Einkommenskonzentration in der betrachteten Zeitspanne zunimmt. In den konservativen Arrangements ist kein einheitlicher Trend innerhalb und zwischen den Ländern auszumachen. In den sozialdemokratischen Ländern ist eine leichte Zunahme der Einkommensungleichheit über die Jahre zu verzeichnen. Hier fällt vor allem der für Schweden unübliche Anstieg zum letzten Zeitpunkt auf, der möglicherweise auf Maßnahmen im Zuge der Rettung des in die Krise geratenden schwedischen Wohlfahrtsmodells zurückzuführen ist.

Grundsätzlich kann also festgehalten, dass sich die westlich-kapitalistischen Ländern in zentralen Indikatoren unterscheiden und auch in der zeitlichen Entwicklung unterschiedliche Tendenzen bestehen. Vor allem anhand der Stärke der Einkommenskonzentration und der Höhe der Sozialausgaben konnte gezeigt werden, dass diese mit den theoretischen Ausführungen zu den WohlfahrtsRegimes korrespondieren. Nach diesem kurzen Blick auf die westlichen Länder, muss nun der soziale Wandel in osteuropäischen Transformationsländern näher dargestellt werden.

5.2 Zur Transformation postkommunistischer Länder

Mit den um das Jahr 1990 einsetzenden Transformationsprozessen in Osteuropa hat sich für die Sozialwissenschaften die einmalige Chance ergeben, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, die in vielen Ländern Osteuropas nahezu zeitgleich begonnen haben, als Quasi-Experiment aufzufassen, d. h. als nicht von der Forschung selbst indizierten Großversuch

(Reißig, 1998). Auch wenn zunächst nur im Zusammenhang mit der deutschen Einheit vom "sozialen Großversuch" (Giesen und Leggewie, 1991) und "natürlichen Experiment" (Offe, 1991) gesprochen wurde, lässt sich dies ohne weiteres auf alle osteuropäischen Transformationsländer übertragen. Experimentellen Versuchscharakter erhalten die Transformationsprozesse dadurch, dass in diesen Ländern nahezu gleichzeitig Wandlungsprozesse eingetreten sind, mit denen auf teils gemeinsamer und teils unterschiedlicher Ausgangsbasis das gemeinsame Ziel einer nachhaltigen Modernisierung von Institutionen und Strukturen sowie einer Mehrung des sozialen Wohlstands erreicht werden sollte. Für die Sozialwissenschaften ergibt sich damit die einmalige Gelegenheit, das bisherige Studium von ungleichzeitigen Wandlungsprozessen von Gesellschaften mit dem Wissen über simultane Veränderungen in den Transformationsländern zu ergänzen. Dabei bietet sich die Möglichkeit, "systematisch zwischen länderspezifischen Bedingungen auf der einen Seite und projektspezifischen Faktoren auf der anderen zu differenzieren" (Wiesenthal, 2000).

Mit dem Begriff Transformation wird der grundlegende Wechsel von politischen Regimes, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen bezeichnet. Dieser ist hierbei ganz umfassend in allen Teilbereichen zu verstehen, indem er die politische, ökonomische und gesellschaftliche bzw. kulturelle Sphäre betrifft. In wissenschaftlichen Diskussionen des Transformationsprozesses in Osteuropa wird häufig auch von Systemwandel, Systemwechsel oder Transition gesprochen. Sicherlich kann zwischen diesen Begriffen genauer unterschieden werden, indem Systemwandel eher den allmählichen Umbau des Strukturen eines Systems bezeichnet, unter Systemwechsel der "zeitlich dramatisierte" Übergang mit prinzipiell offenem Ausgang verstanden wird und Transition - begrifflich aus der Transitionsforschung über Südeuropa und Lateinamerika kommend - konkret den "Übergang zur Demokratie" meint (vgl. Merkel, 1999: 74-76). Allerdings werden in der Forschungspraxis alle Begriffe für Osteuropa gleichsam verwendet, eine präzise Differenzierung scheint sich nicht durchzusetzen.

5.2.1 Transformationstheorien

Auch wenn es mitnichten Absicht dieser Studie ist, Transformationsprozesse in Osteuropa auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu erklären, können sie für das Verständnis des Wandels auf individueller Ebene informativ sein. Transformationstheorien, die sich auf allgemeine Theorien des sozialen Wandels berufen, geben Aufschluss über mögliche Faktoren, welche individuelle Wahrnehmungen, Bewertungen und Präferenzen beeinflussen. Daher sollen im folgenden Abschnitt auch die einschlägigen Transformationstheorien kurz vorgestellt und auf die wesentlichen Entwicklungsfaktoren näher eingegangen werden.

Die Transformationsforschung, die sich schon auf die 50er und 60er Jahre zurückführen lässt, hat bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Reihe von theoretischen Überlegungen zum Transformationsprozess hervorgebracht, die auch in Osteuropa Anwendung gefunden haben. Gewöhnlich wird auch hier zwischen Ansätzen auf der System- bzw. Gesellschaftsebene und Ansätzen auf der Akteursebene unterschieden (vgl. Beyme, 1994: 88f). Systemansätze beziehen sich auf die Makroebene

ne und insbesondere auf den Zusammenhang von funktionalen Erfordernissen sozioökonomischer Systeme mit deren sozialen und politischen Strukturen, die im Wandel begriffen sind, indem sie viele Funktionen des alten Systems beleuchten und Chancen eines neuen Systems ausloten. Zusätzliche Erkenntnismöglichkeiten ergeben sich jedoch durch auf der Mikroebene ansetzende Akteurs-theorien, welche die handelnden Akteure sowie deren Opponenten ins Zentrum stellen. Dies sind vor allem jene, die politische Macht innehaben oder die Chance auf politische Macht gewinnen. Insgesamt können Makrotheorien in der Transformationsforschung eher als soziologische Ansätze klassifiziert und in System-, Struktur- und Kulturtheorien differenziert werden, während Akteurs-theorien eher mikropolitologisch anzusiedeln sind und stärker für die politikwissenschaftliche Betrachtung von Bedeutung sind (vgl. Beyme, 1994: 80f; Merkel, 1999: 77).

Systemtheorien

Nach der bereits vorgestellten Systemtheorie von Talcott Parsons, der Gesellschaft als eine in soziale Teilsysteme ausdifferenzierte beschreibt (Parsons, 1951; Parsons, 1971), ist die Ausbildung bestimmter "evolutionärer Universalien" - wie bereits erwähnt - eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität einer Gesellschaft (vgl. Parsons, 1971: 72). Wenn diese fehlen, ist das politische System nicht mehr in der Lage, die ansteigende Komplexität seiner Umwelt zu reduzieren, verliert an Legitimität und wird instabil. Nach Parsons sind es vor allem zwei Aspekte, welche die Stabilität politischer Systeme garantieren: (1) die funktionale Differenzierung der Gesellschaft und (2) eine ausreichende Legitimation der politischen Herrschaft durch die Gesellschaft (vgl. Merkel, 1999: 79f). Eine politisch totalitäre Durchdringung der Gesellschaft, die eine moderne "reflektierte Anerkennung von Werten" durch eine verordnete Ideologie blockiert und eine funktionale Ausdifferenzierung gesellschaftliche Teilsysteme durch zentrale Herrschaftskontrolle verhindert, führt nach Parsons zum Verlust der Herrschaftskontrolle und damit in letzter Konsequenz zum Zusammenbruch des autokratischen Systems. Die Geschichte hat seine Prognose zur Transformation Osteuropas, "dass sich die kommunistische Gesellschaftsorganisationen als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen 'regredieren' wird" (Parsons, 1971: 71) jedenfalls bestätigt. Dem ersten Fall der Instabilität hat Parsons deutlich mehr Chancen eingeräumt, weil eine Weiterentwicklung damit deutlich schneller zu erzielen gewesen wäre.

Luhmann radikalisiert in seiner Systemtheorie das von Parsons herausgearbeitete Theorem der funktionalen Differenzierung. Allerdings hält er die dominante Stellung des politischen Systems über anderen Teilsystemen für eine Täuschung. Mit dem Übergang von der stratifikatorischen zur funktionalen Differenzierung (vgl. Luhmann, 1998: 707f) ist eine Rangordnung unter den gesellschaftlichen Teilsystemen obsolet geworden. "Als Form gesellschaftliche Differenzierung betont funktionale Differenzierung mithin die Ungleichheit der Funktionssysteme. Aber in dieser Ungleichheit sind sie gleich. Das heißt: das Gesamtsystem verzichtet auf jede Vorgabe einer Ordnung (z. B.: Rangordnung) der Beziehung zwischen den Funktionssystemen" (Luhmann, 1998: 746). Genau das aber ist in den sozialistischen Ländern in Osteuropa zum Problem geworden und zog

einen Systemwechsel nach sich. Die Dominanz des politischen Systems über andere Teilsysteme verhinderte eine weite funktionale Differenzierung dieser Teilsysteme (insbesondere des Wirtschaftssystems). Die damit einhergehende Effizienzminderung führte zu einem Rückgang der ökonomischen Wohlfahrtentwicklung, indem "der auf Zahlungen beruhende Code, der allein eine ökonomische Rationalität im Umgang mit knappen Gütern garantiert, geknackt und von einem der Herrschaftssicherung und dem kommunistischen Gesellschaftsmodell verpflichteten politischen Code überlagert wurde" (Merkel, 1999: 81f). Aus System theoretischer Perspektive musste sich die Dominanz des kommunistischen politischen Systems, das umfangreiches Informationsmanagement, umfassende Planung und totale Kontrolle über alle Teilsysteme beanspruchte, als ein zum Scheitern verurteilter Irrtum erweisen. Die blockierte funktionale Ausdifferenzierung der Teilsysteme hat langfristig zu Effizienz- und Legitimationskrisen geführt und die hierarchische Dominanz des politischen Systems selbst ausgehöhlt. Damit hat gerade die Stabilisierung öffentlich geschlossenen Systems zu seiner Destabilisierung geführt (vgl. Pollack, 1990: 296). Die Systemtheorie konnte damit zwar theoretische Argumente dafür liefern, warum dem Sozialismus langfristig kein Erfolg beschieden war, auf Grund ihrer Abstraktheit konnte sie jedoch keine exakten Daten zum Transformationsprozess und zum Verlauf des Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus bereitstellen (vgl. Beyme, 1994: 197).

Modernisierungstheorie

Die modernisierungstheoretisch orientierte Demokratieforschung ist ebenso auf der Makroebene anzusiedeln und erklärt Transformationsprozesse vor allem, indem sie einen engen Zusammenhang von wirtschaftlicher Prosperität unter Fähigkeit einer Gesellschaft zur Demokratie postuliert (vgl. Lipset, 1981: 31). Die Korrelation von Wohlstand und dem Entstehen bzw. der dauerhaften Etablierung einer Demokratie konnte in unterschiedlichen Operationalisierungen statistisch in zahlreichen Studien nachgewiesen werden. Wohlstand wird in der Regel durch den ökonomischen Indikator des Bruttoinlandsprodukts gemessen, wobei in der Regel auch soziale und politische Komponenten hinter diesem recht allgemeinen Indikator stehen. Lipset (1981: 64ff) führt hier ein hohes Niveau in der Allgemeinbildung, der Urbanisierung, der technischen Informations- und Kommunikationsmittel, eine durchlässige Klassenstruktur mit hoher vertikaler Mobilität durch Aufstiegschancen, eine große Mittelschicht sowie eine von existenzieller Armut nicht bedrohte Arbeiter- und Unterschicht, ein hohes Organisations- und Partizipationsniveau in Interessengruppierungen sowie ein relativ egalitäres Wertesystem an (vgl. Merkel, 1999: 84f). Die Entwicklung von Wohlstand zur Demokratie führt dabei kausal über ein ansteigendes Bildungsniveau, im Zuge dessen die Bürger tolerantere, gemäßigtere und rationalere Einstellungen, Verhaltensweisen und Werte als notwendige Bedingungen für den Erfolg einer Demokratie entwickeln. Hinzu kommt aber auch, dass durch den steigenden Wohlstand extreme Armut und ökonomische Ungleichheit abgebaut werden kann. Durch die Stärkung der Mittelschichten kann politischer Extremismus eingedämmt und die politische Partizipation sowie das soziale Engagements der Bürger für die Demokratie gestärkt werden. Der Beitrag modernisierungstheoretischer Ansätze für die Transformationsforschung liegt in der Betonung der wirtschaftlich prosperierenden Entwicklung als Ursache eines Systemwechsels sowie als nachhaltige Basis einer demokratischen Konsolidierung. Tendenziell fördert Wirtschaftswachs-

tum Demokratien und wirkt legitimierend. Allerdings vermag die Modernisierungstheorie den Modernisierungsstand sowie den Zeitpunkt, ab dem ein Systemwechsel eintritt, nicht genau zu bestimmen. Durch ihre Fixierung auf die breiten Mittelschichten ist sie ferner blind für günstige bzw. ungünstige Akteurskonstellationen und Handlungssituationen.

Strukturtheorien

Strukturtheorien der Transformationsforschung versuchen, die Kluft zwischen sozioökonomischen Voraussetzungen und Demokratieentwicklung dadurch zu überbrücken, indem sie die sozio- und machtsstrukturellen Zwänge in Transformationsprozessen betonen. Verschiebungen in den Machtstrukturen einer Gesellschaft sind demnach die wesentlichen Ursachen von Veränderungen, wobei die Demokratie als Ergebnis dieser Veränderungen nicht zwangsläufig stehen muss. Moore (1969: 495) geht dabei von fünf Faktoren aus, welche die Etablierung einer Demokratie aus strukturalistischer Perspektive bestimmen können: "1. der Machtverteilung innerhalb der Eliten, 2. der ökonomischen Basis der agrarischen Oberschicht, 3. der Konstellation von Klassenkoalitionen, 4. der Machtverteilung zwischen den sozialen Klassen und 5. der Autonomie des Staates gegenüber den dominanten Klassen" (Merkel, 1999: 90). In der Weiterentwicklung der strukturtheoretischen Überlegungen Moores wurde der Blick vor allem auf die Klassenstrukturen und Machtbeziehungen zwischen den Klassen gerichtet, wobei der Arbeiterklasse (ggf. auch dem Kleinbürgertum und den Mittelschichten) die entscheidende Rolle einer Entwicklung zur Demokratie zugesprochen wird, sowie dem Machtverhältnis zwischen Staat und den zivilen Gruppierungen der Gesellschaft, das sich durch eine gewisse Machtbalance auszeichnen sollte (vgl. Rueschemeyer et al., 1992). Auf eine breite Streuung der Machtressourcen in Wirtschaft und Gesellschaft als Bedingung von Demokratie setzt der "Machtdispersionsansatz" (vgl. Vanhanen und Kimber, 1994). Dabei sind die Entwicklungschancen auf dem Weg zur Demokratie umso geringer, je stärker die Macht in einer Gesellschaft konzentriert ist. Denn eine geringe Streuung von Macht verhindert die Möglichkeit der Kompromissbildung zwischen gesellschaftlichen Gruppen, da die Hegemonie der einen zur Unterdrückung der anderen wird. Insgesamt bleibt als Verdienst strukturalistischer Ansätze fest zu halten, dass nicht nur die ökonomischen Bedingungen, wie es die Modernisierungstheorien postulieren, sondern vor allem die Klassenstruktur bzw. die Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft bzw. die zwischen Staat und Gesellschaft für die Transformation zur Demokratie und ihren langfristigen Bestand von Bedeutung sind.

Kulturtheorien

Kulturtheorien beziehen sich in der Regel auf Webers Religionssoziologie (vgl. Weber, 1988; Weber, 1988; Weber, 1988) und stellen religiöse und kulturelle Aspekte als Basis der Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft in den Vordergrund (vgl. Huntington, 1996). Da kulturelle Traditionen tief verwurzelt und, wenn überhaupt, sich nur längerfristig verändern, ist ein Übergang zu Demokratie nur unter bestimmten kulturellen und zivilisatorischen Bedingungen förderlich. Die restriktive These, dass Demokratie nur in der westlichen Kultur gedeihen kann, ist angesichts der

historischen Entwicklungen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Vielmehr gilt es allgemeine kulturelle Faktoren zu ermitteln, die eine geeignete Basis von Demokratie sind. Ein relativ sicheres Indiz für eine erfolgreiche demokratische Entwicklung scheint das Ausmaß an Säkularisierung der Gesellschaft bzw. der Trennung von Religion und Staat zu sein (vgl. Merkel, 1999: 100). Neben dem Grad der religiös-kulturellen Zivilisation sind aber auch gesellschaftliche Werte, Traditionen und historische Gemeinschaftserfahrungen von besonderer Bedeutung, die als Zivilkultur charakterisiert werden können. Werte und Verhaltensweisen der Gesellschaft, welche Demokratie fördern und stützen, können nicht ad hoc implementiert werden, sondern müssen erst langfristig gelernt, habitualisiert und geschichtlich als soziales Kapital akkumuliert werden (vgl. Putnam, 1993). Moralische Ressourcen wie wechselseitiges Vertrauen, bürgerschaftliches Engagement, gemeinschaftliche Kooperation und zivile Selbstorganisation wachsen langsam durch ihren Gebrauch und führen zu positiven Effekten der demokratischen Konsolidierung, die wiederum das zivilgesellschaftliche soziale Kapital von Vertrauen und Kooperationen befördern.

Akteurstheorien

Für Akteurstheorien sind die politischen Strategien, Allianzen und Handlungen von Akteuren die entscheidenden Determinanten von Transformationsprozessen hin zur Demokratie. Anders als die Systemtheorie, Modernisierungstheorie, Struktur- und Kulturtheorien setzen Akteurstheorien auf der Mikroebene an. Akteurstheorien leugnen die ökonomischen, kulturellen und soziostrukturellen Faktoren nicht. Diese bilden vielmehr den strukturellen Handlungsrahmen für das politische Handeln der Akteure. Entscheidend sind jedoch die situationsgebundenen Wahrnehmungen, Präferenzen, Handlungsmöglichkeiten und -strategien der relevanten Akteure (vgl. Przeworski, 1991). "Der Ausgang von Transformationsprozessen ist deshalb aus dieser handlungstheoretischen Perspektive weniger von objektiven Umständen (Strukturen) oder Machtkonstellationen abhängig als vielmehr von den subjektiven Einschätzungen, Strategien und Handlungen der relevanten Akteure" (Merkel, 1999: 102). Als Akteure sehen Akteurstheorien dabei nicht die breiten Massen, deren Beteiligung allenfalls zu Beginn der Transition eine Rolle spielen kann, sondern vielmehr die politischen Eliten, die für oder gegen bestimmte politische Ziele sind. In Zeiten der Transformation sind die genauen Machtverhältnisse für die Akteure des alten Regimes und der Opposition meist unbekannt und Handlungsoptionen unkalkulierbar. Durch Pakte zwischen den Handelnden, in denen Art und Grad der Demokratisierung festgeschrieben und so Ungewissheiten in Gewissheiten überführt werden können, kann der Übergang zur Demokratie auf paradoxerweise zweifelhaft demokratische Weise geschehen. Rational-choice-Ansätze sehen Transformationsprozesse als Abfolge wechselnder strategischer Situationen, in denen Akteure auf Grund der (Fehl-) Wahrnehmung des politischen Kräftefeldes Kosten-Nutzen-Kalkulationen zum Machterhalt bzw. Machtzugang anstellen.

Zusammenfassend kann fest gehalten werden, dass keine der vorgestellten Theorien zur Transformation Einleitung, Verlauf und Ergebnis von Systemwechseln umfassend erklären können. Ansätze auf der Makroebene und Akteurstheorien weisen unterschiedliche Stärken in der Analyse auf und können sich auf diese Weise sinnvoll ergänzen. Der Grad der Modernisierung, die sozioökonomische Lage, das Klassen- und Machtgefüge, die institutionelle Entwicklung und die kulturelle Basis

der Bevölkerung sind Gelegenheitsstrukturen und Makrokontext für individuelles Verhalten von Akteuren im osteuropäischen Transformationsprozess. Dabei sind diese Faktoren nicht nur Chancen und Restriktionen für das soziale Verhalten der politischen Eliten, sondern auch für die Bevölkerung. Sie determinieren auch die eigene Lage und die Lebenschancen der Bevölkerung, deren individuelle Wahrnehmungen und Bewertungen sowie alle Einstellungen und Meinungen. So ist im Rahmen dieser Studie v.a. die Modernisierungstheorie und die Kulturtheorie von Bedeutung. Danach ist zu vermuten, dass sozialistische Werte wie Egalitarismus und Etatismus als kulturelle Reminiszenz in den Köpfen der Menschen zumindest über eine bestimmte Zeit hinweg fortleben und als Äußerungen empirisch zu finden sind. Die Modernisierungstheorie lenkt den Blick auf Faktoren der aktuellen Entwicklung, vor allem der wirtschaftlichen und sozialen. Danach ist etwa zu vermuten, dass ein geringes oder rückläufiges wirtschaftliches Wachstum und höhere Arbeitslosigkeit sich in der Wahrnehmung von mehr sozialer Ungerechtigkeit niederschlägt. Auch höhere Einkommensungleichheit wird in der Bevölkerung entsprechend als Ungerechtigkeit wahrgenommen und abgelehnt sowie als Forderung an den Staat geäußert, diese abzubauen.

5.2.2 Erträge der postkommunistischen Transformationsforschung

Mit dem nahezu gleichzeitigen Übergang von 29 Ländern von Sozialismus und Diktatur hin zur Demokratie, von der Plan- hin zur Marktwirtschaft und vom Konzept einer geschlossenen hin zum Konzept einer offenen Gesellschaft haben sich für die empirischen Sozialwissenschaften die Gelegenheit ergeben, ein großes Sample simultaner Wandlungsprozesse ganzer Gesellschaften systematisch im Vergleich zu untersuchen (vgl. Wiesenthal, 2002: 16). Die annähernd gleichzeitig einsetzenden Wandlungsprozesse auf politischer, ökonomischer und sozialer Ebene stellen die Sozialwissenschaften vor die Herausforderung, ihr Wissen über sozialen Wandel und die entsprechenden Theorien einer systematischen Überprüfung zu unterstellen (vgl. Wiesenthal, 2002). Was die Transformationsprozesse im Allgemeinen auszeichnet und welche spezifischen Probleme sich im Rahmen der Transformationsprozesse stellen, soll anhand einiger zentraler Punkte ausgeführt werden.

Das Dilemma der Gleichzeitigkeit: Das für eine erfolgreiche Transformation größte Problem ist die gleichzeitige Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft, das geschichtlich bislang ohne Vorbild war. Das Gleichzeitigkeitsdilemma (vgl. Elster et al., 1998; vgl. Offe, 1991; Offe, 1994) besteht in einem gleichzeitigen Wandel des politischen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kräftefeldes, die diesen Gesellschaften als dreifache Aufgabe zu lösen gestellt ist, nämlich "eine neue Wirtschaftsordnung, eine neue Rechts- und Verfassungsordnung und neue Regeln sozialer Integration, also Regeln sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit im Großmaßstab ganzer Gesellschaften in Geltung zu setzen" (Offe, 1994: 19). Da durch die Transformation der Wirtschaft vor allem mit unvermeidlichen Übergangskosten (v.a. hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste etc.) gerechnet werden musste, bestand die Gefahr, dass die Bevölkerung, die durch den gleichzeitigen Demokratisierungsprozess stärker politisch partizipieren und im Rahmen von Wahlen ihre Meinung kundtun konnte, versucht sein könnte, gegen Reformprogramme der politisch Regierenden zu

stimmen, die ihrerseits wiederum genau dafür gewählt werden wollten. Es bestand also die Gefahr, dass notwendige Reformen nicht weit genug hätten durchgesetzt werden können oder sogar eine völlige Umkehr zum alten System hätte erfolgen können.

Kulturelles Voraussetzungsdefizit: Wertorientierungen, Ideologien und kollektive Werte sind kulturell verankert und in den Traditionen von Gesellschaften fest verwurzelt. Sie sind nicht flüchtig und können sich nur langsam und träge verändern. Sie sind außerdem in den Strukturen und Institutionen der Gesellschaft inkorporiert. Mit der raschen Transformation der Kerninstitutionen einer Gesellschaft und der damit verbundenen Etablierung neuer Werthaltungen in den Basisinstitutionen Demokratie und Marktwirtschaft wandeln sich die Werte und Ideologien der Bevölkerung nicht notwendigerweise im selben Tempo und in dieselbe Richtung mit. Die zeitliche Verzögerung des kulturellen Wandels "in den Köpfen" bzw. in Form eines *cultural lag* (Ogburn, 1922; Ogburn, 1973) im Vergleich zum Wandel der Strukturen und Institutionen kann zu einer längeren Periode mit anhaltenden Konflikten führen, wenn das "sozialistische Erbe" in den Köpfen längerfristig Bestand hat (vgl. Wiesenthal, 2002).

Fehlender Überblick: Durch die zahlreichen Reformen auf allen Ebenen der Gesellschaft sind viele Strukturen und Institutionen gleichzeitig von Veränderungen betroffen worden. Dies hat nicht selten dazu geführt, dass auch die Entscheidungsträger den Überblick über Reichweite, Geltungsbedingungen und Ziele von Maßnahmen verloren haben. Die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft wurde dadurch systematisch überstrapaziert. Vor allem das Informations- und Orientierungsvermögen der Bevölkerung wurde systematisch überfordert. Empirisch zeigt sich dies beispielsweise darin, dass Menschen ihre soziale Position im neuen Gesellschaftssystem erst nach einiger Zeit 'besser' einschätzen können, dass Einstellungen zu Beginn von Transformationsprozessen widersprüchlich sein können und erst im zeitlichen Verlauf sich konsistente Einstellungsmuster herauskristallisieren (vgl. Kluegel und Matêjû, 1995; Matêjû, 1993; Matêjû und Vlachová, 1997). Eine Legitimation des gesellschaftlichen Wandels durch die Bevölkerung ist vor allem unter demokratischen Bedingungen jedoch unbedingt notwendig. Vor allem auch die marktwirtschaftlichen Reformen mit den gravierenden negativen Folgen (z. B. Massenarbeitslosigkeit, Inflation, vorübergehender Abfall des Lebensstandards, Verarmung und zunehmende soziale Ungleichheit etc.) müssen von der Bevölkerung akzeptiert werden (vgl. Spéder et al., 1997: 337). Und damit wird auch der empirische Untersuchungsgegenstand dieser Studie berührt. Werden doch mit der Wahrnehmung von sozialer Ungerechtigkeit und der Äußerung von Gerechtigkeitsvorstellungen die in den osteuropäischen Übergangsgesellschaften etablierten Verteilungsregime bewertet, wie sie sich in den letzten Jahren auf unterschiedliche Art und Weise herausgebildet haben.

Unterschiedlicher Ausgangspunkt und unterschiedlicher Transformationsverlauf: Hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in den osteuropäischen Transformationsländern muss davon ausgegangen werden, dass sie Ergebnis langfristiger Strukturprozesse sind. So sind die Ausgangsbedingungen in der Umbruchphase dieser Länder höchst unterschiedlich, da sie Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklungen vor dem Umbruch sind. Hinzu kommen kurzfristige Veränderungen durch spezifische Akteurskonstellationen, Reformbewegungen (von religiösen, parteiinternen und -externen Oppositionsgruppen etc.) und Transformationsstrategien (vgl. Spéder et al., 1997: 337). So wurden die gesellschaftlichen Reformen in der Tschechoslowakei, Polen und

der ehemaligen DDR von unten erzwungen, während sie in Russland, Bulgarien und Ungarn von oben eingeleitet wurden. Hinsichtlich der Transformationsstrategien können grob und vereinfachend zwei Richtungen unterschieden werden (vgl. Quaisser, 1997). Das Programm einer radikalen *Schocktherapie* mit kompromisslos schneller Privatisierung von Unternehmen, starken Zwängen zu marktkonformen Anpassungsleistungen der Unternehmen, umfassender Liberalisierung der Preise, des Außenhandels und aller Binnenmärkte und konsequenten institutionellen und rechtlichen Reformen setzt "nicht nur auf die Geschwindigkeit, sondern auch auf Glaubwürdigkeit, Konsistenz und Kontinuität der Reformpolitik" (Quaisser, 1997: 4). So können Tschechien, die Slowakei und mit leichter Verzögerung auch Polen als diesbezüglich fortgeschrittene Transformationsländer klassifiziert werden. Estland und etwas später auch die anderen baltischen Republiken Litauen und Lettland haben ebenfalls eine radikale Reformstrategie eingeschlagen. Allerdings können Sie aufgrund der schwierigen Ausgangs- und Rahmenbedingungen und des späteren Transformationsbeginns nur einen vergleichsweise mittleren Fortschritt verzeichnen. Auch Slowenien kann als fortgeschrittenes Transformationsland bezeichnet werden. Die Richtung einer *graduellen Transformationsstrategie* beinhaltet im Gegensatz zur Schocktherapie ein eher vorsichtiges wirtschaftliches Vortasten, wobei dem institutionellen Wandel mehr Bedeutung beigemessen wird als eine Liberalisierung und schnellen Privatisierung (vgl. Quaisser, 1997: 6). Mit institutionellen Reformen beabsichtigt diese Strategie, die negativen Folgen einer Radikalkur dadurch abzufedern, dass sie langsam privatisiert und partiell reformiert. Damit erhofft sie geringere Transformationskosten durch eine Abschwächung binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte und eine Verringerung der Gefahr von Inflation zu erreichen, die sozialverträglicher, steuerbarer und durch stärkere soziale Akzeptanz der Bevölkerung auch politisch abgesicherter ist. So verfolgte Ungarn nach 1990 mit einer schrittweisen Preisliberalisierung und Privatisierung eine graduelle Strategie und muss aufgrund der weit entwickelten institutionellen Umgestaltung als fortgeschrittenes Transformationsland gelten. Eine graduelle Strategie ist Rumänien, Bulgarien und Russland gemein. Allerdings handelt es sich hier vielfach nicht um eine bewusst implementierte Strategie sondern eher um eine "inkonsistente »Stop-and-go«-Politik" als "Resultat politischer Machtkämpfe, eines weit verbreiteten Populismus und mangelnder Entschlossenheit der herrschenden Eliten" (Quaisser, 1997: 7). Die russische Transformation in den Anfangsjahren schien sogar keiner erkennbaren Strategie zu folgen, sondern weist erst ab Mitte der 90er Jahre deutliche Fortschritte auf.

Tab. 13: Transformationsstrategien und Erfolgsbilanz osteuropäischer Transformationsländer

		Strategie	Erfolg	Niedrigster Stand des BIP 1994 in Prozent von 1989
5	Slowenien	Schocktherapie	Fortgeschritten	84
1	Polen	Schocktherapie	Fortgeschritten	82
2	Ungarn	Graduelle Strategie	Fortgeschritten	80
3	Tschechien	Schocktherapie	Fortgeschritten	80
4	Slowakei	Schocktherapie	Fortgeschritten	77
7	Bulgarien	Graduelle Strategie	Mittel	73
6	Rumänien	Graduelle Strategie	Mittel	69
8	Estland	Schocktherapie	Mittel	69
9	Lettland	Schocktherapie	Mittel	60
10	Russland	Graduelle Strategie	Mittel	57

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Quaisser (1997) und Verwiebe (1999).

In allen osteuropäischen Transformationsländern ist in den Anfangsjahren - wie erwartet - ein dramatischer Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu beobachten (basierend vor allem auf Ein- bzw. Zusammenbrüchen in der Industrie, vgl. Müller, 1998). Doch fällt dieser Rückgang für die einzelnen Länder recht unterschiedlich aus (vgl. Tab. 13). Von daher spricht vieles dafür, dass ein radikaler Transformationsansatz die besten Chancen bietet, bestehende wirtschaftliche (und soziale) Probleme innerhalb eines überschaubaren Zeitraums in den Griff zu bekommen (vgl. Quaisser, 1997: 7). Vor allem das zu Beginn der Transformation aufgestaute Ausmaß an Inflation ist entscheidend dafür, wie erfolgreich sich eine Wirtschaft im Transformationsverlauf stabilisieren kann (vgl. Tab. 14).

Tab. 14: Inflation in Transformationsländern

		1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
1	Slowenien	-	117.7	201.3	32.3	19.8	12.6	9.7
2	Polen	584.7	70.3	43.0	34.6	33.3	28.1	19.8
3	Ungarn	28.9	35.0	23.0	22.5	19.1	28.5	23.6
4	ČSFR	10.0	57.9	10.4	-	-	-	-
5	Tschech. Rep.	-	56.7	11.1	20.8	10.0	9.1	8.9
6	Slowak. Rep.	-	61.2	10.0	23.2	13.4	10.0	6.0
7	Bulgarien	20.0	338.5	79.3	72.9	96.0	62.1	123.1
8	Rumänien	13.0	165.5	210.4	256.0	136.9	32.2	38.8
9	Estland	-	283.0	1073.0	89.8	47.6	28.9	23.1
10	Lettland	-	172.2	949.7	109.0	35.8	25.0	17.7
11	Russland	5.3	100	1528.0	875.0	309.0	197.4	47.8

Quelle: Quaisser (1997: 8), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.

Bei hoher Inflation unterbleiben Investitionen unausweichlich, wenn die binnenwirtschaftliche Gleichgewichte aus dem Lot sind. Eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik zwingt zudem die Staatsunternehmen, erste Anpassungsprozesse einzuleiten. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Arbeitsproduktivität im bestehenden Industriesektor zu steigern. Umfassende wirtschaftliche Liberalisierung zusammen mit stabilen Rahmenbedingungen fördert das Entstehen von Privatunternehmen und damit das Wirtschaftswachstum.

Sonderfall Ostdeutschland: Der ostdeutsche Transformationsprozess muss im Vergleich mit den anderen postkommunistischen Transformationsländern eindeutig als Sonderfall herausgestellt und als solcher auch behandelt werden. Hierbei handelt sich - ohne als Voraussetzung die politischen Feinheiten der internationalen Anerkennung dieser 'Staaten' als Staaten zu berücksichtigen - letztendlich um den Zusammenschluss zweier Staaten (DDR+BRD = Deutschland). Charakteristisch für den ostdeutschen Transformationsfall ist vor allem die umfassende Adaption westlicher Institutionen und Systeme (vgl. Reißig, 1997; Reißig, 1998; Reißig, 2000), die mit nur wenigen Ausnahmen weitgehend in einer kompletten Übernahme westlicher politischer, wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen bestand und mit dem Modus des "Institutionentransfers" beschrieben wird (vgl. Lehmbruch, 1993; Lehmbruch, 1996; Lehmbruch, 2000). Das Konzept hinter diesem Transformationsfall, der auch als Beitritt in einen "ready-made-state" bezeichnet werden kann (vgl. Rose und Haerpfer, 1997; Rose et al., 1994), ist das der "nachholenden Modernisierung" nach westlichen Standards in der Übernahme der Errungenschaften westlicher Institutionen (vgl. Zapf, 1995). Durch die Präsenz westdeutscher Akteure haben Außenstehende weitgehend den sozialen und poli-

tischen Wandel gesteuert, der Transformationsprozess kann als weitgehend auf das Ziel der schnellen Integration gerichtet eingeschätzt werden, während endogene Faktoren (aus dem Ostteil heraus) erst später an Gewicht gewonnen haben (vgl. Reißig, 1997). Hervorzuheben sind ebenfalls die umfangreichen Transferleistungen monetärer Art zur Kompensation der Transformationskosten, die vor allem einerseits aus einem eins-zu-eins Währungsumtausch von DDR Mark in Deutsche Mark ohne einen entsprechenden Produktivitätszuwachs (30% des Westens, vgl. Wiesenthal, 2002) und andererseits aus Geldern im Rahmen der Übertragung des westdeutschen sozialen Sicherungssystems bestanden. Darüber hinaus kamen und kommen immer noch zusätzliche andere Transfers (vgl. Bundesregierung, 1999). Politisches Ziel war ein Systemwandel, der Risiken minimiert und Kontinuität und Stabilität der alten Bundesrepublik sichert. "Im Osten sollte sich alles, im Westen nichts ändern" (Reißig, 1999: 134).

Ostdeutschland Ost oder West?: Dass Ostdeutschland angesichts der hier nur kurz ausgeführten Charakterisierungen eindeutig als Sonderfall eines Transformationsprozesses zu bewerten ist, zieht Konsequenzen und Schwierigkeiten in erheblichem Ausmaß im Rahmen dieser Studie nach sich, die sich in der Frage zuspitzen, ob Ostdeutschland nun eher westlich oder postkommunistisch ist. Im Detail ergeben sich Probleme, weil (1) aufgrund des Zusammenschlusses mit der ehemaligen Bundesrepublik international vergleichende Makro-Daten nicht mehr für Ost- und Westdeutschland getrennt ausgegeben werden. (2) Die wohlfahrtsstaatliche Charakterisierung Ostdeutschlands als konservativer Wohlfahrtsstaat ist nach Esping-Andersen zwar möglich, aber sie kann sich nicht auf eine langjährige Tradition berufen. Hinsichtlich der hier analysierten Einstellungen und Bewertungen der ostdeutschen Bevölkerung ergeben sich daher erhebliche Interpretationsprobleme, da sozialisatorische und wohlfahrtsstaatliche Einstellungsmotivationen nicht getrennt werden können aber beide möglicherweise in Frage kommen. (3) Während in anderen postkommunistischen Ländern ein Vergleich der Bevölkerung mit westlichen Ländern eher unwahrscheinlich ist bzw. in geringeren Maßen stattfinden dürfte (Ausnahme sind vielleicht Polen und die Tschechei), das angesichts der stärkeren geographischen Distanz zu westeuropäischen Ländern und dem Fehlen entsprechender Mobilität zu begründen wäre, scheint die ostdeutsche Bevölkerung von Beginn der Einheit an in Vergleichsprozessen weitgehend auf Westdeutschland fixiert zu sein. Die gleichermaßen "doppelte Vergleichsperspektive" (Liebig und Verwiebe, 2000) der ostdeutschen Bevölkerung mit der Lage der Bevölkerung in westlichen genauso wie mit der in osteuropäischen Ländern kann als Chimäre gelten und allenfalls als Plädoyer der Wissenschaft für ihre Untersuchungen verstanden werden. Die ehemaligen Bruderländer - so ist zu vermuten - haben Ostdeutsche längst in den Hintergrund gestellt.

Bei gesamter Betrachtung werden die Transformationsprozesse trotz aller Probleme und auch negativer Entwicklungen von intimen Kennern heute als weitgehend gelungen eingeschätzt und haben alle pessimistischen Prognosen widerlegt (vgl. Wiesenthal, 2000). Selbst angesichts der Schnelligkeit und Gleichzeitigkeit verschiedener zu lösender Problemherde haben sich auch Strategieempfehlungen eines "muddling through" (Lindblom, 1959) oder eines "peacemeal social engineering" (Popper, 1987) im realen Hin und Her der Reformmaßnahmen bewährt. Im Zuge des wirtschaftlichen Umbaus war vor allem die Herstellung und Stabilisierung wachstumsfördernder Rahmenbedingungen durch eine Geringhaltung inflationärer Tendenzen und eine Sanierung der Staatshaushalts

halte sowie die Liberalisierung der Wirtschaft durch Preisfreigabe und durch Gewährleistung von Eigentumsrechten und die Privatisierung staatlicher Unternehmen notwendig (vgl. Wiesenthal, 2000). Diese wirtschaftlichen Erfordernisse sind in allen Ländern in unterschiedlichem Maße realisiert worden. Im Vergleich der Länder kann festgehalten werden, dass eine radikale Transformationsstrategie mit schnellem und umfassenden Reformbeginn die Phase der Transformationskrise, die durch drastischen Rückgang des Wirtschaftswachstums und einer hohen Inflation gekennzeichnet ist, auf ein zeitliches Minimum beschränkt wurde und langfristig mehr Wachstum der Wirtschaft angekurbelt hat (vgl. Beyer, 2001). Dass sich das Timing der Maßnahmen als wichtig erwies, zeigt auch, dass eine gleichzeitige Stabilisierung der Wirtschaft zusammen mit einer Preisliberalisierung ein rasches Überwinden der Rezession ermöglichte (vgl. Beyer, 2001). In politischer Hinsicht war es vor allem der überraschend schnelle Systemkollaps, der den politischen Akteuren als 'window of opportunity' weitgehend freie Hand für rasches Handeln ermöglichte (Balcerowicz, 1995). Außerdem "erwies sich eine "reformgünstige Struktur der Interessenrepräsentation" in der Form konsensorientierter und entscheidungsfreudiger Reformeliten einerseits und artikulationschwacher Mitglieder sowie der "Abwesenheit repräsentativer Interessenrepräsentation" andererseits als günstig für Reformen, so dass eine "Lähmungswirkung" im Reformprozess durch "Verteilungskonstellationen" weitgehend verhindert werden konnte (vgl. Wiesenthal, 2000).

5.2.3 Wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung

Wie bei den westlichen Ländern sollen nun auch die Entwicklungen in postkommunistischen Ländern anhand zentraler Indikatoren beschrieben werden. Danach ergeben die ersten zehn Jahre nach Beginn der Transformation in Osteuropa ein sehr unterschiedliches Bild für die einzelnen Länder. Sie unterscheiden sich heute im Hinblick auf ihre soziale, wirtschaftliche und politische Situation teilweise recht deutlich.

Wirtschaftswachstum

Dem Wirtschaftswachstum kommt aus der Sicht der Weltbank (1996) eine enorme Bedeutung bei der Entwicklung von Ländern zu. Gerade in osteuropäischen Transformationsländern ist es notwendig, dass der freie Markt als regulative Form implementiert wird, so dass für die wirtschaftlichen Kräfte ein Anreiz dafür besteht, die eigenen Strukturen zu verändern, um wettbewerbsfähig und produktiv zu werden. Wirtschaftswachstum ist der Schlüssel für den Erfolg der Transformation in osteuropäischen Ländern, denn ohne Wirtschaftswachstum ergeben sich für individuelle Haushalte keine Möglichkeiten Einkommen zu beziehen. Der individuelle Wohlstand der Bevölkerung hängt ganz entscheidend vom Wirtschaftswachstum ab. Ferner können ohne Wirtschaftswachstum keine öffentlichen Güter und Ressourcen bereitgestellt werden, eine basale Infrastruktur, notwendige Investitionen in die Bildung und Gesundheit der Bevölkerung getätigt oder insgesamt gesehen ein soziales Netz für Arme und bedürftige entwickelt werden.

In Abb. 6 ist die Entwicklung des Bruttosozialprodukts für osteuropäische Transformationsländer als Maß für das wirtschaftliche Wachstum dieser Länder einzusehen. Mit Ausnahme von Bulgarien und Russland steigt das Bruttosozialprodukt in allen Transformationsländern mehr oder weniger stark im beobachteten Zeitraum von 1990 bis 2000 an. Das Wirtschaftswachstum konnte also in einer Reihe von Transformationsländern erhöht werden. Nach Ansicht der Weltbank (1996) hängt es davon ab, inwieweit eine Liberalisierung implementiert wurde, inwieweit eine strenge Haushaltsdisziplin und Budgetierung realisiert werden konnte und in welchem Mix dies geschah. In Russland fällt das Bruttosozialprodukt und in Bulgarien bleibt es nahezu konstant auf unterem Niveau. Dies ist möglicherweise die Folge der lange aufgeschobenen Wirtschaftsreformen in diesen Ländern. Bulgarien und Russland begannen zwar mit der Liberalisierung ihrer Wirtschaft, versäumten es aber über eine längere Zeit hinweg, eine starke Haushaltsdisziplin beizubehalten. Außerdem konnten sie nicht verhindern, dass Arbeitskräfte in Massen entlassen wurden und sich einige am Volkseinkommen unrechtmäßig bereichern konnten. Auch wenn neue Unternehmen in den frühen Transformationsjahren ermutigt wurden, konnte in diesen Ländern kein allgemeines positives Investitionsklima geschaffen werden, das über selektive Förderung und selektiven Schutz hinausging (Weltbank, 1996).

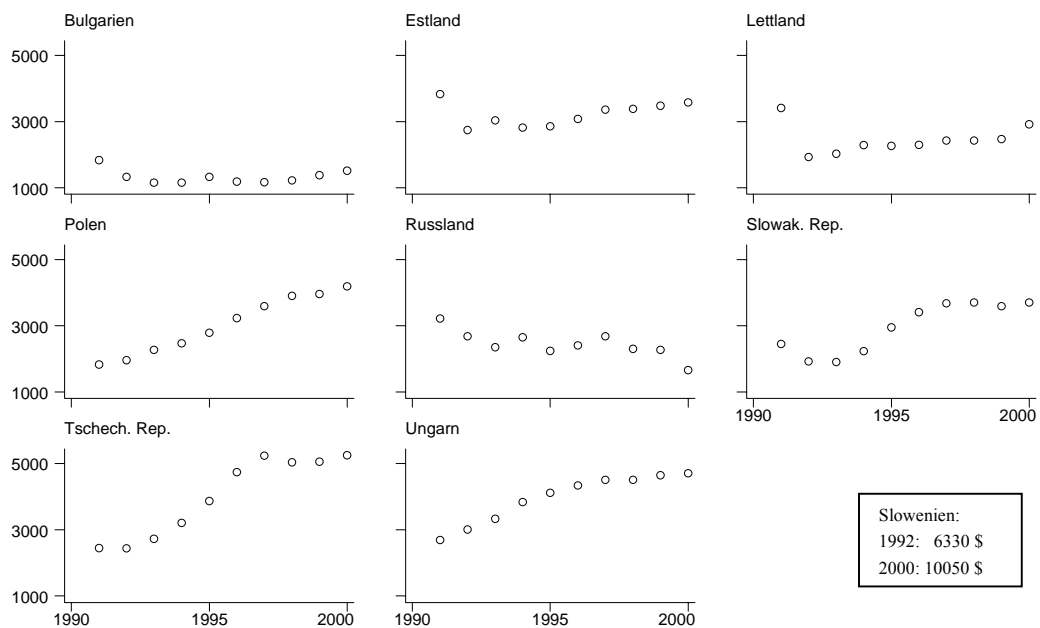


Abb. 6: Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen in postkommunistischen Ländern (in US-Dollar je Einwohner)

Datenbasis: Weltbank, Quelle: Statistisches Bundesamt (1991-2002), Wechselkurs und Preisentwicklung in den USA eingerechnet.

Den höchsten Stand des Bruttosozialprodukts hat aufgrund der guten Ausgangslage vor Beginn der Transformationsprozesse Slowenien (nicht abgebildet), indem es sich dem Westen radikal öffnete. In der Tschechischen und der Slowakischen Republik ist das Bruttosozialprodukt stark angestiegen. Vor allem Tschechien steht im Vergleich mit den anderen Ländern am besten da, während in der Slowakei vor allem nach der Trennung von Tschechien 1992 fast bis Mitte der 90er Jahre mit wirtschaftlichen Problemen belastet war. Von Vorteil erwies sich in beiden Ländern, dass über einen langen Zeitraum hinweg Haushaltsdisziplin und Investitionsförderungen weniger streng reguliert wurden. Auch in Estland, Ungarn und Polen wurde unter weitgehender Liberalisierung darauf geachtet, dass eine strenge Haushaltsführung eingehalten wurde und entsprechende Institutionen geschaffen wurden, die das Verhalten privater Unternehmen steuerten. Vor allem in Polen und auch in Ungarn konnten damit inländische und ausländische Investoren angezogen werden (vgl. World Bank, 2002: XVIII). Estland hatte gleich zu Beginn mit der vergleichsweise längsten Rezession zu kämpfen und kann daher noch nicht als wirtschaftlich stabil angesehen werden. Insgesamt zeigt sich, dass Tschechien, Polen und Ungarn und vor allem Slowenien als erfolgreichste Länder hinsichtlich des Wachstums des Bruttosozialprodukts gelten können, während es in den baltischen Ländern noch wenig aufwärts geht. In Russland und Bulgarien ist die Wirtschaft noch nicht so richtig in Fahrt gekommen. Vor allem die wirtschaftlich problematischen Entwicklungen in Russland (verzögerte Umstrukturierung des Energiesektors, Anpassungsschwierigkeiten, Rubelentwertung) werden erst seit kurzem stärker mit Umstrukturierungsmaßnahmen bekämpft (vgl. Clement, 2003: 20f).

Arbeitslosigkeit

Vergleicht man nun die Länder hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit (vgl. Abb. 7), kann festgestellt werden, dass sie im beobachteten Zeitraum mit Ausnahme von Slowenien und Ungarn in allen Ländern deutlich bis dramatisch angestiegen ist. Dies ist sicherlich Folge der Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Arbeitskräfte in Massen freigesetzt hat. In Bulgarien, Polen und der Slowakischen Republik ist die Arbeitslosigkeit mit einer Quote von über 15 Prozent am Ende der 90er Jahre im Vergleich der Länder auf dem höchsten Stand. Der Zuwachs über die Zeit ist in Russland, gefolgt von Estland am größten. Während Russland zu Beginn des Systemwechsels noch nahezu keine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatte und damit den vergleichsweise niedrigsten Ausgangsstand hat, ist die Arbeitslosigkeit daher in relativ kurzer Zeit dramatisch gestiegen. Russland liegt damit am Ende der 90er Jahre zusammen mit den anderen baltischen Staaten im Mittelfeld der Transformationsstaaten. Ungarn, Slowenien und die Tschechische Republik weisen insgesamt gesehen die niedrigste Arbeitslosenrate der postkommunistischen Länder auch über die Zeit hinweg auf. In Slowenien und Ungarn ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, in Tschechien dagegen ist sie leicht gestiegen.

Es kann also festgehalten werden, dass sich die postkommunistischen Länder in Bezug auf das Problem der Arbeitslosigkeit deutlich unterscheiden und dass auch die Entwicklungen über die Zeit durchaus verschiedene Tendenzen aufweisen (vgl. Allison und Ringold, 1996). So ist zu vermuten, dass sich auch die Bevölkerung hinsichtlich ihrer Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertun-

gen der sozialen Verteilungen entsprechend unterscheiden. In Ländern mit höherer Arbeitslosigkeit wird mehr Ungerechtigkeit wahrgenommen und soziale Ungleichheit eher abgelehnt.

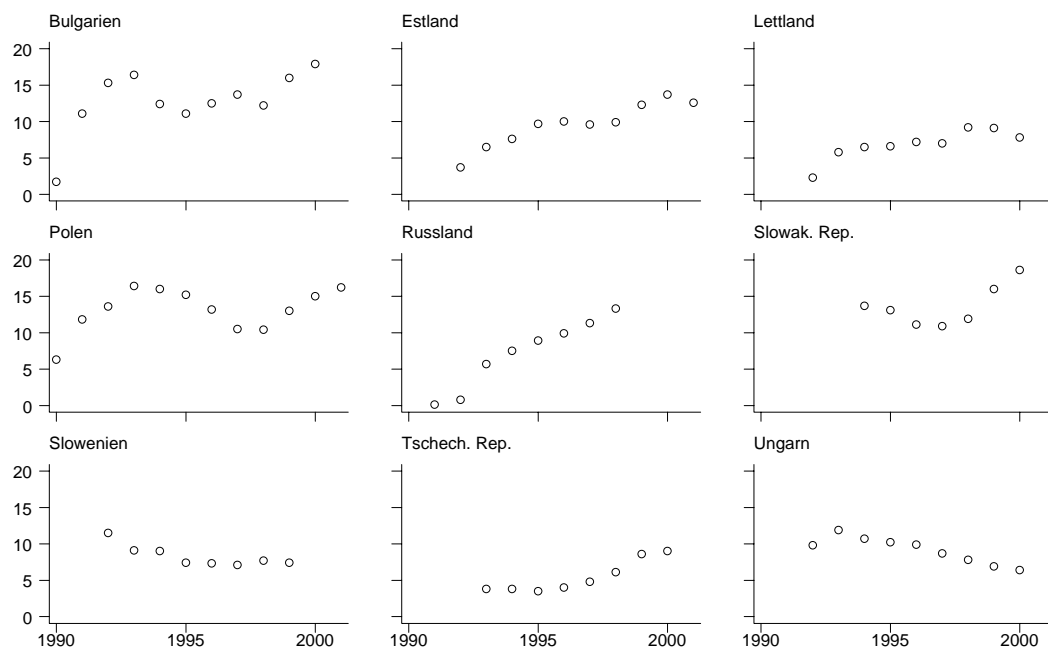


Abb. 7: Arbeitslosenrate in postkommunistischen Ländern (in Prozent)

Datenbasis: IWF, Quelle: International Statistical Yearbook (2002), eigene Darstellung.

Soziale Ungleichheit und Armut

Geht es um die gesellschaftliche Verteilung des Wohlstandes in einer Gesellschaft, richtet sich der Blick stets auf die Einkommensungleichheit zwischen den oberen und den unteren Gesellschaftsschichten und auf den Anteil der Armen. Im Folgenden wird daher für die Transformationsländer der Gini-Koeffizient und der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung als Maß für soziale Disparitäten berichtet (vgl. Tab. 15), indem die Veränderung wenige Jahre nach Beginn des Systemwechsels mit der Zeit davor kontrastiert wird.

Der mit dem Systemwechsel erwartete Anstieg der sozialen Ungleichheit fällt in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aus. Während soziale Ungleichheit im Vergleich zur Zeit des Kommunismus in der Anfangsphase der Transformation in Slowenien, Polen und Ungarn nur gering zugenommen hat, ist sie in Estland, Bulgarien, Lettland und der Tschechischen Republik (mit einem Anstieg um die 30 Prozent) deutlich stärker. Auch hier fällt Russland deutlich aus dem Rahmen, indem soziale Ungleichheit nach der einsetzenden Transformation auf das doppelte angewachsen ist. So bewegen sich Ungarn Slowenien, die Tschechische Republik und Polen Anfang der

90er Jahre noch im Rahmen des auch in westlichen Ländern üblichen Rahmens der Einkommensverteilung, während die Spreizung der Einkommensverteilung in Bulgarien, den baltischen Ländern und vor allem in Russland deutlich höher liegt (vgl. World Bank, 2002: 8f). In der Slowakischen Republik hat die Einkommensungleichheit, die auf sehr niedrigem Stand ist, sogar abgenommen (möglicherweise ist dies auf die Schätzung für die Slowakei vor dem Systemwechsel zurückzuführen, vgl. Milanovic, 1998: 168).

Tab. 15: Soziale Ungleichheit der Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) und Armut in post-kommunistischen Ländern

Land	Gini-Koeffizient			Armut in %			
	1988	1993	Anstieg %	1988	1993		
Russland	.238	.480	50.4	1.5	49.7		
Estland	.230	.354	*** 35.0	.9	37.2	***	
Bulgarien	.233 **	.343	32.1	1.4 **	14.6		
Lettland	.225	.310	*** 27.4	.8	29.8	***	
Rumänien	.233 **	.286 **	18.5	5.8 **	59.0	**	
Polen	.256 *	.284	9.9	5.7 *	19.9		
Tschech. Rep.	.194	.266	27.1	.02	.1		
Slowenien	.215	.251	14.3	.07	.3		
Ungarn	.210 *	.226	7.1	.5 *	4.0		
Slowak. Rep.	.195	.183	-6.6	.05	.12		

Datenbasis: Weltbank, Quelle: Milanovic (1998: 164-187) und eigene Berechnungen,
Gini des Bruttoeinkommens (Erwerbseinkommen + Sozialtransfers + andere Einkünfte)
Armutsquote bei fester Armutsgrenze von 120\$ Kaufkraftparitäten zu Preisen von 1990
* 1 Jahr vor, ** 1 Jahr nach, *** 2 Jahre nach dem angegebenen Zeitpunkt

Auch Armut hat mit Ausnahme der Tschechischen, der Slowakischen Republik, Slowenien und Ungarn deutlich zugenommen, legt man feste Armutsgrenzen zugrunde. Während sich die Zunahme an Armut in Bulgarien und Polen auf einen leichten Anstieg begrenzt, ist er in Russland und den baltischen Staaten Estland und Lettland enorm. Nicht zuletzt ist dies das Resultat der starken Einkommensungleichheit also einer Konzentration des Einkommens bei den Superreichen. Jüngste Untersuchungen legen nahe, dass sich die Einkommenskonzentration in diesen Ländern sogar noch weiter verstärkt hat (vgl. World Bank, 2002).

Soziale Sicherung

Will man die wohlfahrtsstaatliche Aktivität eines Landes anhand eines zentralen Indikators charakterisieren, werden gewöhnlich die Ausgaben für soziale Sicherung ins Visier genommen. Je höher sie sind, desto umfangreicher gilt die soziale Absicherung der zentralen Lebensrisiken der Menschen (vgl. Bäcker et al., 2000; Schmidt, 1998). In Tab. 16 sind die Ausgaben für soziale Sicherung

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)⁴⁹ in den Transformationsländern für drei Zeitpunkte abgetragen.

Tab. 16: Ausgaben für soziale Sicherung in postkommunistischen Ländern (in Prozent des BIP)

Land	1985	1990	1996
Polen	17.0	18.7	25.1
Ungarn		18.4	22.3
Slowak. Rep.		15.9	20.9
Lettland			19.2
Tschech. Rep.		16.0	18.8
Estland		13.1	17.1
Bulgarien		16.5	13.2
Russland			10.4
Slowenien			-
Total	17.0	16.4	18.4

Datenbasis: ILO, Quelle: ILO (2003), Prozentualer Anteil am BIP (= Bruttoinlandsprodukt), geordnet nach der Ausgabenhöhe 1996.

Mit Ausnahme Bulgariens ist in allen Ländern eine leichte Zunahme der Sozialausgaben von Beginn bis Mitte der 90er Jahre festzuhalten. Während Russland und Bulgarien nur wenig (ca. 10-13 Prozent des BIP) für soziale Sicherung ausgeben, bewegen sich die anderen Länder bei um die 20 bis 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich mit westlichen Ländern liegen diese Länder damit ungefähr auf dem Niveau liberaler Wohlfahrtsstaaten westlicher Prägung, die nur wenig Mittel für soziale Sicherung bereitstellen. Angesichts des Ausmaßes an Armut, sozialer Ungleichheit und Arbeitslosigkeit ist dies äußerst gering, aber wohl auf die geringe Wirtschaftskraft zurückzuführen. Denn nur was erwirtschaftet wird, kann auch in entsprechenden Leistungen wieder ausgegeben werden.

Politische Freiheit

Individuelle Lebenschancen werden stark durch die eingeräumten politischen Rechte, bürgerlichen Freiheiten und Liberalität eines Landes bestimmt. 'Freedom House' hat hierzu ein Maß entwickelt, um alle Länder dieser Erde anhand der Gewährung dieser individuellen politischen Grund- und Freiheitsrechte vergleichend einzuordnen (vgl. Freedom House, 2003). In jedem Jahr werden anhand eines komplexen Verfahrens Indexwerte der politischen Freiheit für alle Länder bestimmt und veröffentlicht. Die Indexwerte der 7-stufigen Skala reichen von 1 (höchster Grad an Freiheit) bis 7 (niedrigster Grad an Freiheit). In Tab. 17 sind die Mittelwerte dieses Index für die Jahre von 1990 bis 2000 für westlich-kapitalistische und postkommunistische Länder ersichtlich.

⁴⁹ Das Bruttoinlandsprodukt ist die Bruttowertschöpfung zu Käuferpreisen aller inländischen Produzenten in dem jeweiligen Land zuzüglich Steuern und abzüglich Subventionen, die nicht im Produkt Wert enthalten sind.

Tab. 17: Freiheitsindex der Länder in Ost und West (Mittelwert 1990-2001)

West	Mittel Score	Ost	Mittel Score
Kanada	1.10		
Niederlande	1.10		
Norwegen	1.10		
Österreich	1.10		
Schweden	1.10	Tschech. Rep.	1.45
Schweiz	1.10	Ungarn	1.45
USA	1.10	Polen	1.62
Portugal	1.11	Slowenien	1.73
Spanien	1.18	Slowak. Rep.	2.10
Italien	1.19	Estland	2.23
Deutschland	1.20	Bulgarien	2.28
Frankreich	1.20	Lettland	2.33
Großbritannien	1.20	Russland	4.08
Total	1.14	Total	2.05

Eigene Berechnung auf der Basis von Freedom House (2003), 'Freedom in the World Country Ratings' (7-stufige Skala von 1 = höchster Grad an Freiheit, 7 = niedrigster Grad an Freiheit), .

Erwartungsgemäß zeigen die westlich-kapitalistischen Länder keine nennenswerten Varianzen. Hervorzuheben ist jedoch der Unterschied zu den osteuropäischen Ländern auch nach dem Systemwechsel. In postkommunistischen Ländern sind politische Freiheiten insgesamt etwas weniger verwirklicht. Die Werte haben sich in allen osteuropäischen Ländern relativ rasch gleich zu Beginn der 90er Jahre erheblich verbessert und sich weitgehend dem Niveau der westlichen Länder angenähert. Lediglich in Russland und mit Abstrichen auch in den baltischen Ländern ist eine restriktive Einschränkung der politischen Freiheit mit möglicherweise auch lang anhaltenden Nachwirkungen zu beobachten.

Eine Zusammenfassung der bisher gezeichneten Lage ist außerordentlich schwierig. Die postkommunistischen Transformationsländer hatten seit dem Systemwechsel mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. (1) Angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen, des von den Wissenschaften als besonders problematisch einstufen "Gleichzeitigkeitsdilemmas" (Offe, 1991) der Etablierung von Markt und Demokratie gleichermaßen, die im Sinne einer überdimensionalen "Large-Scale Reform" (vgl. Beyer, 2001; Wiesenthal et al., 2001) letztendlich 'nur' als Lösung von "Gleichzeitigkeitsproblemen" (Elster et al., 1998) zu erfolgen hatte, wenn ihr Erfolg beschieden sein sollte, sind die bisherigen Fortschritte dieser Anstrengungen erstaunlich. Diese Gesamtbewertung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass enorme Probleme immer noch existieren und eine zweite Welle von Reformen ansteht (Wiesenthal, 2000). (2) Auch ist festzuhalten, dass sich die einzelnen Länder hinsichtlich der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage deutlich unterscheiden. Da sich diese Situation - so eine der zentralen Kernfragen dieser Studie - auf die soziale Situation der Bevölkerung auswirkt, ist anzunehmen, dass sich auch Effekte auf Einstellungen zur Bevölkerung nachweisen lassen können.

Weitere Aufschlüsse über diese Einschätzung können sich auch durch den unmittelbaren und zusammenfassenden Vergleich mit westlichen Ländern ergeben, der nun ins Zentrum gerückt wird. Dabei stellt sich auch die Frage, wie die Entwicklungen in westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern in vergleichender Perspektive zu bewerten sind.

5.3 Postkommunistische und westlich-kapitalistische Länder im Vergleich

Der soziale Wandel in Ost und West wird - so sollen es die bisherigen Ausführungen verdeutlichen - von Modernisierungsprozessen eher in westlich-kapitalistischen Ländern und Transformationsprozesse eher in postkommunistischen Ländern bestimmt. Nun stellt sich die Frage nach dem unmittelbaren Vergleich der Ländergruppen. In Tab. 18 und Tab. 19 sind dazu noch einmal einige zentrale Merkmale der Länder zusammengefasst.

Tab. 18: Allgemeine Indikatoren aller Länder (Bevölkerung)

	Bevölkerung in Mio. 2000	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung (1990-2000)	Stadtbevölkerung in Prozent (1999)	Lebenserwartung in Jahren (1999)
<i><u>West</u></i>				
Australien	19	1.2	90.1	78.9*
Deutschland	82	.3	87.3	77.4
Frankreich	59	.4	75.2	78.5
Großbritannien	60	.4	89.4	77.3*
Italien	58	.2	66.9	78.8
Kanada	31	1.0	78.5	78.9*
Niederlande	16	.6	89.4	77.8
Norwegen	4	.6	74.4	78.3
Österreich	8	.5	67.2	77.9
Portugal	10	.1	62.7	75.5
Schweden	9	.4	83.3	79.4
Schweiz	7	.7	67.5	79.7*
Spanien	39	.2	77.4	78.2*
USA	282	1.2	77.0	76.6
Mittelwert		.6	77.6	77.8
<i><u>Ost</u></i>				
Bulgarien	8	-.7	67.5	71.4
Estland	1	-.9	69.5	70.6
Lettland	2	-1.0	62.1	70.4
Polen	39	.1	62.2	73.0
Russland	146	-.2	72.9	66.0
Slowak. Rep.	5	.2	57.3	72.9
Slowenien	2	-.1	49.3	74.9
Tschech. Rep.	10	-.1	74.5	74.7
Ungarn	10	-.3	64.3	70.6
Mittelwert		-.3	64.4	71.6

Datenbasis: Weltbank, Quellen: Bevölkerung in Mio. 2000, durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung in Prozent von 1990-2000: Weltbank (2002), Stadtbevölkerung in Prozent der Gesamtbevölkerung 1999 und Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt in Jahren 1999: World Bank (2003). * für 2000.

Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich vor allem durch die vergleichsweise erheblich niedrigere Wirtschaftskraft der osteuropäischen Länder. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ist in den 90er Jahren nur in den erfolgreicherer Ländern Polen, Slowenien, der Slowaki-

schen und der Tschechischen Republik in der Summe positiv, in Russland, den baltischen Staaten und Bulgarien dagegen deutlich negativ. Die Aufholprozesse im Osten sind zwar im vollen Gange, Strukturschwächen jedoch auch noch deutlich zu erkennen. So ist ein ausgebauter Dienstleistungssektor, der im Sinne der Einteilung wirtschaftlicher Sektoren nach Fourastié (1969) als Zeichen der Fortschritts für moderne Gesellschaften in postkommunistischen Ländern insgesamt noch unterentwickelt. Die Bevölkerung schrumpft im Osten, während wie in westlichen Ländern wächst, die Lebenserwartung und die Urbanisierung ist in postkommunistischen Ländern deutlich geringer.

Tab. 19: Allgemeine Indikatoren aller Länder (Wirtschaft)

	Durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in Prozent			Wertzuwachs des BIP (in Prozent) durch (1999)		
	1970-1980	1980-1990	1990-2000	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
<i>West</i>						
Australien	3.0	3.4	4.1	3.2	26.1	70.7
Deutschland	2.6	2.2	1.5	1.2	31.1	67.7
Frankreich	3.2	2.4	1.7	3.0	25.9	71.1
Großbritannien	2.0	3.2	2.5	1.2	28.6	70.2
Italien	3.8	2.4	1.5	3.1	29.4	67.6
Kanada	4.6	3.4	2.9	2.5**	32.8**	64.7**
Niederlande	2.9	2.3	2.9	3.0	26.7	70.3
Norwegen	4.8	2.8	3.6	2.2	35.9	61.9
Österreich	3.4	2.2	2.0	2.2	32.9	64.9
Portugal	4.3	2.9	2.6	4.1	30.5	65.3
Schweden	1.9	2.3	1.8	2.0*	29.2*	68.8*
Schweiz	0.5	2.2	0.7	1.6*	30.3*	68.1*
Spanien	3.5	3.2	2.4	3.9	30.4	65.7
USA	2.8	2.9	3.4	-	-	-
Mittelwert	3.1	2.7	2.4	2.7	29.7	67.5
<i>Ost</i>						
Bulgarien		4.0	-2.1	17.3	26.8	55.9
Estland		2.1	-0.5	5.8	25.7	68.5
Lettland	4.9		-3.4	4.5	27.0	68.5
Polen		1.8	4.6	3.9	35.8	60.3
Russland	5.6	2.8	-4.8	7.4	35.5	57.2
Slowak. Rep.		2.0	2.1	4.1	31.6	64.3
Slowenien			2.7	3.7	38.3	58.0
Tschech. Rep.		1.7	0.8	4.1	40.8	55.1
Ungarn	4.6	1.6	1.5	5.7*	33.7*	60.6*
Mittelwert	5.0	2.3	0.1	6.3	32.7	61.0

Datenbasis: Weltbank, Quellen: Durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in % von 1970-1980: Weltbank (Weltbank, 1995), 1980-1990: Weltbank (1999), 1990-2000: Weltbank (2002), Wertzuwachs des BIP durch Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen World Bank (2003).

* für 1998, ** für 1997.

Da Ost und West sich erheblich unterscheiden, ist auch zu erwarten, dass sich erhebliche Ost-West-Differenzen bei der Wahrnehmung und Bewertung von Einkommensungleichheit, der Einstellung zu sozialer Ungleichheit und der Präferenz von Verteilungsideologien finden lassen. Da die soziale Ungleichheit der Einkommensverteilung in postkommunistischen Ländern höher als in

westlich-kapitalistischen Ländern ist, kann ein starker Transformationseffekt im Sinne einer deutlich höheren Ungerechtigkeitswahrnehmung der Einkommensverteilung angenommen werden. Nicht zuletzt ist dies Folge des Vergleichs mit der Zeit vor dem Systemwechsel, in der eher 'Gleichheit' der Einkommen bestand. Dem Staat wird daher eine deutlich bedeutendere Aufgabe zugeteilt, soziale Ungleichheit abzubauen und Ungleichheit wird generell stärker abgelehnt.

Bevor die Ergebnisse der Analysen im Rahmen dieser Studie auch hierzu vorgestellt werden, müssen zuvor noch einige methodische Anmerkungen erfolgen. Zunächst ist nach den Implikationen und methodischen Vorgehensweisen der internationalen komparativen Forschung zu fragen.

6 Zur komparativen Methode - der Gesellschaftsvergleich

Die Methode des Vergleichs gehört seit ihren Anfängen zum Wesen der Sozialwissenschaften und insbesondere der Soziologie. Sie ist die "einzige, welche der Soziologie entspricht" (Durkheim, 1991: 205). "Die vergleichende Soziologie ist nicht etwa nur ein besonderer Zweig der Soziologie; sie ist soweit die Soziologie selbst, als sie aufhört, rein deskriptiv zu sein" (Durkheim, 1991: 216). Aufgrund dieser Zentralität des Vergleichs insbesondere im Rahmen dieser Studie sollen in diesem Abschnitt zentrale Befunde, Probleme und Herausforderungen der komparativen Forschungsmethode skizziert und diskutiert werden.

Bei der vergleichenden Methode in der empirischen Sozialforschung geht es immer um die Untersuchung von Ähnlichkeits- oder Unähnlichkeitsmustern in Subgruppen einer überschaubaren Anzahl von Fällen. Dabei werden Subgruppen von anderen Subgruppen unterschieden, die ihrerseits wiederum ähnliche Muster aufweisen. Der Blickwinkel liegt also auf der Untersuchung von Diversität hinsichtlich der Analyseeinheiten und Homogenität hinsichtlich eines zu erklärenden Aspektes der empirischen Wirklichkeit (Ragin, 1987), das innerhalb einer spezifischen Auswahl von Fällen erklärt werden soll. Gesucht wird in der Regel dabei nach Ähnlichkeiten zwischen Fällen, die das selbe oder ein ähnliches Ergebnis hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes aufweisen (vgl. Ragin, 1994: 105ff). Fälle sind in der Regel Individuen, die anhand bestimmter sozial relevanter Merkmale eingeteilt werden. Eines dieser Merkmale kann dann in der international vergleichenden Forschung auch die Zugehörigkeit zu einem Land sein. Fälle können generell aber auch alle anderen sozialen Einheiten sein wie Institutionen, Organisationen, Gruppen usw. und eben auch Länder. Im ersten Fall spricht man von Individualdatenanalyse, im letzteren von Aggregatdatenanalyse. Beides ist international vergleichende Forschung, wenn das soziale Merkmal 'Land' eine Rolle spielen soll und Länder bzw. Personen aus Ländern zur Analyse ausgewählt wurden.

Der Vergleich verschiedener Länder, Nationalstaaten oder Kulturen steht von Anfang an im Zentrum sozialwissenschaftlicher Forschung. Unter einem Ländervergleich wird dabei die "Untersuchung eines bestimmten Sachverhaltes von mehreren, im Regelfall rechtlich und politisch unterschiedlichen, sowie räumlich und/oder zeitlich abgegrenzten Einheiten" (Immerfall, 1994: 22) verstanden. Die international vergleichende Forschung hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dabei sollten jedoch zweierlei Formen des Ländervergleichs zunächst systematisch auseinander gehalten werden, der Vergleich von Ländern anhand zentraler Makroindikatoren aus der amtlichen und sonstiger Statistiken auf *Aggregatebene* und der Vergleich von Ländern anhand von Bevölkerungsumfragen auf *Individualebene*, die vor allem mit der Gründung der "International Sociological Association" (ISA) 1949 und dem "Research Committee on Social Stratification and Mobility" (RC28), zahlreichen Konferenzen und Büchern in den 60er und 70er Jahren enormen Auftrieb erhalten haben (vgl. den historischen Überblick bei Gauthier, 2000: 3-6). Dabei hat sich die Forschung von der Aggregatdatenanalyse hin zur Analyse von Individualdaten im Ländervergleich entwickelt, indem zunächst auf der Basis der Harmonisierung nationaler

Umfragedaten⁵⁰ angefangen wurde mit dem Ziel, eine Vergleichbarkeit der Daten herzustellen. Schließlich kam es mit erheblichen Anstrengungen internationaler Forschergruppen und Forschungsverbunden zur Etablierung von teilweise vollständig durchgeführten internationalen Umfrageprojekten mit identischen Fragebögen, weitgehend einheitlichem Design und Befragungen zur selben Zeit. Dabei war es auch das Ziel, nicht nur im Querschnitt internationale Daten zu erheben und zu untersuchen sondern entsprechende Forschungsunternehmen auch im Längsschnitt zu etablieren.

Seit den 80er Jahren sind die Möglichkeiten der international vergleichenden Forschung in den Sozialwissenschaften vor allem deshalb stark angewachsen, da neue internationale Datensätze für eine wissenschaftliche Analyse hinzugekommen und für die breite Masse der Forscherinnen und Forscher verfügbar wurden. Auch wenn Grundprobleme wie die Vergleichbarkeit der Daten, die Auswahl der Länder usw. auch heute noch genauso virulent sind, kann jedoch nicht behauptet werden, dass das Rad der kulturvergleichenden Methodologie ständig neu erfunden worden sei (vgl. Scheuch, 1989) oder dass sich die Möglichkeiten der vergleichenden Forschung nicht erweitert hätten (vgl. Gauthier, 2000: 1). Vor allem die Kumulation und die Verfügbarkeit neuer Datensätze, methodische Entwicklungen im Rahmen der Mehrebenen-Analyse und die Bereicherung von Querschnitt- durch Längsschnittdaten stellen die empirische Sozialforschung vor neue Herausforderungen und ermöglichen vertiefte Erkenntnis.

Bereits in den 70er Jahren gab es eine Kontroverse über den Stellenwert von Theorie in der international vergleichenden Umfrageforschung (Wiatr, 1977). Während es einigen nur um die Etablierung von internationalen Umfragedaten ging, betonten andere die Überprüfung konkreter statistischer Hypothesen durch die Ausweitung nationaler Untersuchungen auf die internationale Ebene. Die auch heute noch strittige Frage, ob am besten deduktiv oder induktiv vorgegangen werden soll, stand bereits damals im Vordergrund, indem einige vorgeschlagen hatten, die Theoriebildung vorerst zurückzustellen, während es anderen um das Testen von Hypothesen auf Makroebene bzw. um die Validierung von Ergebnissen in verschiedenen nationalen und kulturellen Settings ging.

⁵⁰ Viele Umfragen vor Ende 1970 waren im Design, in der Implementation und von der Intention her nicht komparativ angelegt. Komparative Daten wurden künstlich hergestellt, indem nationale Umfragedaten im Nachhinein nach einem komparativen Schema rekodiert wurden (vgl. Harkness, Mohler und Van de Vijver, 2003: 4).

6.1 Theoretische Zugänge

In der international vergleichenden Forschung geht es primär um den Vergleich verschiedener Länder mit dem Ziel, Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten herauszufinden. Allgemein wird die Debatte darüber von zwei theoretischen Richtungen geprägt, nämlich den "Strukturalisten", die eine Ähnlichkeit von Ländern mit ähnlichen Strukturen in Bezug auf bestimmte Ergebnisse erwarten, und den "Kulturalisten", die eine Verschiedenheit in den Ergebnissen auf Grund von Ländern inhärenten unterschiedlichen Charakteristiken erwarten.⁵¹ Strukturalisten gehen davon aus, dass die Sozialstruktur unabhängig von anderen nationalen Charakteristiken einen über die Länder hinweg einheitlichen Effekt auf Individuen hat. Kulturalisten nehmen an, dass Kultur und gesellschaftliche Werte den Effekt der Sozialstruktur auf Individuen modifizieren und daher unterschiedliche länder-spezifische Ergebnisse bewirken (vgl. Gauthier, 2000: 7).

Diese beiden theoretischen Modelle bei der Suche nach Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten zwischen Ländern sind auch heute noch anleitend für international vergleichende Untersuchungen. Allerdings wurde der theoretische Analyserahmen deutlich verfeinert, indem hinsichtlich der Sozialstruktur nunmehr Erklärungskomponenten auf verschiedenen Ebenen (Makro-, Meso- und Mikroebene) unterschieden werden. Sozial-ökologische Modelle, die sich seit einiger Zeit an Popularität erfreuen, versuchen diese Multidimensionalität der Sozialstruktur einzufangen. In international vergleichenden Studien haben diese jedoch noch so gut wie keinen Eingang gefunden, da sie meist an den Möglichkeiten der Datengrundlage scheitern, da geeignete Variablen vor allem unterhalb der nationalen Ebene fehlen.

In Abb. 8 wird ein allgemeines rudimentäres Schema eines sozial-ökologischen Modells dargestellt. So können die internationale, die nationale, die regionale und die lokale Ebene in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Dimension unterschiedliche Wirkungen aufeinander und von kleineren sozialen Einheiten bis hin zum Individuum haben. Vor allem den engeren sozialen Kreisen eines Individuums wird in Modellen dieser Art immer stärkere Aufmerksamkeit zuteil, indem sich teilweise erhebliche Effekte nachweisen lassen. So haben einige Untersuchungen immer wieder zeigen können, dass die Zusammensetzung der Nachbarschaft, die Institutionen, mit den Individuen unmittelbar konfrontiert sind, der erweiterte Familien- und Freundeskreis und die Familien im engeren Sinne erheblichen Einfluss auf das Individuum haben (vgl. die Beispiele bei Gauthier, 2000: 8-10).

⁵¹ So werden die beiden theoretischen Richtungen im Hinblick auf den Vergleich des Berufsprestiges z.B. folgendermaßen charakterisiert: "The extreme "structuralist" would presumably insist that the modern industrial occupational system is a highly coherent system, relatively impervious to influence by traditional culture patterns. (...) By contrast, an extreme "culturalist" might insist that within each country or culture the distinctive local value system would result in substantial - and, indeed, sometimes extreme - differences in the evaluation of particular jobs in the standardized modern occupational system (Inkeles und Rossi, 1956: 329).

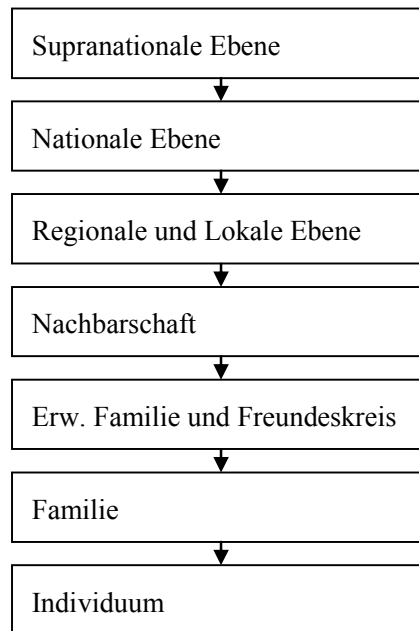


Abb. 8: Beispiel eines sozialökologischen Rahmens

Die ländervergleichende Sozialforschung wird in der alltäglichen Forschungspraxis gewöhnlich auf zweierlei Weise durchgeführt, nämlich *intensiv* in der Form von Fallstudien und *extensiv* als ländervergleichende Studien mit großer Fallzahl (vgl. Tab. 20). Ragin (1989: 57) spricht in dieser Hinsicht auch von der U-Kurve des Zusammenhangs von Fallzahl der Länder (sample size) und Anzahl der Studien. Entweder werden in der Forschungspraxis viele Fälle miteinander verglichen (large N, meist größer als 40) oder nur wenige Fälle (small N bzw. case studies, meist 1 bis 3). Doch ist diese Zweiteilung etwas, das aus der Sicht Ragins überbrückt, zumindest jedoch ausbalanciert werden sollte, wenn die international vergleichende Sozialforschung erfolgreich sein sollte. Der Grund für diese Eigenart, dass es nur wenige Studien mit mittlerer Fallzahl (N zwischen 4 und 40) gibt, liegt seiner Ansicht nach in einem Set verschiedener Aspekte, die auf die Forschung Druck ausüben. Zunächst haben die beiden Richtungen der vergleichenden Sozialforschung ein unterschiedliches theoretisches Interesse. Während es Fallstudien eher um bedeutungsvolle historische Prozesse und Ergebnisse in Einzelfällen geht, drehen sich Studien mit einer großen Fallzahl an Ländern um die Erklärung makrosozialer Variationsmuster, die Allgemeingültigkeit beanspruchen können. Erstere legen die Bedeutung eher auf die Vollständigkeit der Analysen der wenigen Fälle mit einem vertieften Wissen über diese Länder, während letztere die Verallgemeinerbarkeit in den Mittelpunkt stellen. Fallstudien gehen daher bei der Auswahl ihrer Fälle meist theoretisch vor, indem sie typische, unter theoretischen Annahmen beste oder dafür repräsentative Fälle in den Blick nehmen, die intensiv studiert werden. In Analysen mit großer Fallzahl kommt es dagegen darauf an, möglichst viele Länder in den Blick zu nehmen, um verallgemeinerungsfähige Aussagen treffen zu können und allgemein gültige Erklärungsmuster zu ermitteln. So kommt es, dass die beiden Zugangsweisen zur international vergleichenden Forschung einerseits als Fall-orientiert, indem Länder als eigenständige Einheiten und als Ganzes behandelt werden, und andererseits als Variab-

len-orientiert zusammenfassend charakterisiert werden können, indem Länder durch den Gebrauch theoretischer Konzepte operationalisiert werden und so anhand beobachtbarer Variablen zu messen versucht werden (vgl. Ragin, 1994: 1f).

Tab. 20: Forschungstypen im Rahmen des internationalen Vergleichs

	Fallstudien Kleine Fallzahl <i>Intensiv</i>	Ländervergleichende Studien Große Fallzahl <i>Extensiv</i>
Charakteristik	Fall-Orientiertheit	Variablen-Orientiertheit
Ziel	Historisch spezifische Entwicklung von Ländern	Allgemeine Erklärungsmuster
Auswahl	Typische, repräsentative Fälle	Möglichst viele Fälle
Methode	Vergleich von strukturellen Konfigurationen von Ländern	Multivariates Testen von Ländermerkmalen

Bei beiden Typen von Studien entsteht allerdings das Problem, dass der Heterogenität und Diversität der Länder nicht Genüge getan wird. So können bei Fallstudien Ergebnisse nicht als universell gültig dargestellt werden, da Annahmen bei der Auswahl dies nicht zulassen. Bei nur wenigen untersuchten Fällen kann keine Allgemeingültigkeit der Ergebnisse sichergestellt werden. Außerdem kann eine zu starke Betonung der Exklusivität und Besonderheit der Länder zu dem Schluss führen, dass diese überhaupt nicht mehr verglichen werden können, da sie in ihrer Entwicklung als zu speziell und damit eigentlich als unvergleichbar angesehen werden. Bei extensiven ländervergleichenden Studien mit großer Fallzahl dagegen werden Länder in Variablen disaggregiert mit der Folge, dass man der Komplexität der Länder damit nicht mehr gerecht wird (vgl. Ragin, 1989: 60f). Es werden zwar Relationen zwischen Variablen analysiert, aber die Gesamtsituation eines Landes, die Komplexität der geschichtlichen Entwicklungen und der Gesamtzusammenhang eines Landes können mit einigen Variablen nur unzureichend erfasst werden. Hinzu kommt, dass mit multivariaten Tests von Faktoren methodisch schnell an die Grenzen der zu geringen Fallzahl gestoßen wird. Interaktionseffekte können mangels Fällen meist nicht hinreichend getestet werden. Festzuhalten bleibt also, dass bei Untersuchungen mit vielen Ländern nicht mehr intensiv auf die Länder als Einzelfälle eingegangen werden kann. Forscherinnen und Forscher können nur mehr allgemein mit den Ländern als Fällen vertraut sein, diese jedoch nicht mehr intensiv studieren und dieses umfassende Wissen in die Interpretation der Ergebnisse einfließen lassen. Allerdings ergeben sich bei diesem analytischen Zugang auch große Vorteile, die diese Richtung attraktiv machen. Es wird möglich, mehr als nur einige Fälle von Ländern zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersuchen. Alternative Erklärungen von Zusammenhängen können leichter berücksichtigt und getestet werden. Damit kann einer Engführung auf partikularistische Erklärungen aus subjektiven Erwägungen der Forscher und Forscherinnen begegnet werden, da die kausalen Verhältnisse probabilistisch gesehen werden (vgl. Ragin, 1991: 2).

International vergleichende Forschung kann auch danach unterschieden werden, welchen Stellenwert Länder in der Untersuchung haben. Eine solche Einteilung deckt sich teilweise mit der bereits vorgestellten Unterscheidung, aber der Blickwinkel kommt aus einer anderen methodischen Perspektive. So können einerseits *Länder als Untersuchungsgegenstand* gelten (also als abhängige Variable), die an und für sich interessant für eine Untersuchung bestimmter Aspekte und Entwicklungen sind, und andererseits können *Länder als Untersuchungskontext* eingesetzt werden (also als unabhängige Variable), welches theoretisch zu begründen ist (vgl. Kohn, 1989). Ein dritter Typus der Verwendung von Ländern in international vergleichenden Untersuchungen verwendet *Länder als Analyseeinheiten* beziehungsweise als Fälle, wobei dies verständlicherweise nur mit einer großen Fallzahl durchführbar ist.

Wenn Länder die Analyseeinheiten sind, werden meist Aggregatdaten analysiert. In seiner Kritik an der international vergleichenden Forschung bezieht sich Lieberson (1991; 1994) vor allem auf diese Art von Analysen, in denen Länder beziehungsweise spezifische Aspekte von Ländern die zu erklärenden abhängigen Variablen sind. Er führt eine ganze Reihe von Problemen bei international vergleichenden Untersuchungen an, die meist ungelöst bleiben (z.B. keine Zufallsauswahl der Länder, festgelegte und nicht empirisch überprüfbare Kausalitätsfestlegungen, die Betonung der Erklärung von Unterschieden statt der Suche nach Gemeinsamkeiten und Konstanten, eine ungenügende Spezifikation der Variablen und eine gewöhnlich unüberlegte Ansammlung von unabhängigen Kontrollvariablen etc.). Als Lösung dieser Probleme führt er eine bessere Theorie, eine stärker reflektierte Auswahl der zu erklärenden Aspekte, die Verwendung von Längsschnittdaten, die Legitimität einer beschreibenden Darstellung, wenn Kausalitätsanalysen scheitern und vor allem eine kritische Selbstbeschränkung in der Forschung auf das, was man sicher wissen kann. Dazu gehört auch das Selbsteingeständnis, dass vieles in der quantitativ international vergleichenden Forschung nicht hundertprozentig erklärt werden kann, sondern eher wissenschaftlich konstruiert und interpretiert wird. Vor allem bei Untersuchungen mit kleiner Fallzahl an Ländern können Wahrscheinlichkeitstheorien nicht verwendet werden, Interaktionseffekte, Messfehler und alle möglichen kausalen Zusammenhänge nicht getestet werden (Lieberson, 1991: 320). Bessere, konkretere und vielleicht sogar endgültige Lösungsvorschläge vermag Lieberson aus der Sicht Mayers (1998) jedoch auch nicht anzubieten, da es diese wohl auch nicht gibt. Und zu Recht fragt Mayer deshalb, was Makro-Komparativisten denn sonst auch anderes tun können (vgl. Mayer, 1998: 149).

6.2 Probleme und Schwierigkeiten

Der internationale Vergleich, also der Vergleich zwischen verschiedenen Ländern, ist zwar nur ein Vergleich unter vielen möglichen Vergleichen der Sozialwissenschaften, aber wohl der komplexeste. Aus den bisherigen Diskussionen zur international vergleichenden Sozialforschung, die bislang kurz skizziert wurden, können eine Reihe von verschiedenen Problemen und Schwierigkeiten in zusammenfassend systematisierender Weise festgehalten und weiter erläutert werden.

1. *Begriffsklärung*: Begrifflich werden zur Charakterisierung der international vergleichenden Forschung im Englischen folgende Wortbedeutungen verwendet: "cross-national", "transnational" oder einfach nur "comparative". Im Deutschen werden gewöhnlich die Begriffe "Kulturvergleich", "Gesellschaftsvergleich" und "Ländervergleich" verwendet. Doch was unterscheidet diese Begriffe? Gibt es hier überhaupt einen Unterschied oder wird unter diesen Begriffen eigentlich dasselbe verstanden? In der Forschungspraxis wird mit diesem Problem auf unterschiedliche Weise umgegangen. Während die einen diese Begriffe weitgehend synonym gebrauchen, sehen andere die Notwendigkeit, zwischen diesen verschiedenen Vergleichen genauer zu differenzieren. So scheint es, dass mit dem Kulturvergleich auf Ländergruppen mit ähnlicher Kultur abgezielt wird (zum Beispiel die westliche, die arabische oder die asiatische Kultur). Mit dem Begriff Gesellschaftsvergleich wird meist eine theoretische soziologische Debatte verbunden, was genau unter Gesellschaft zu verstehen und wie diese von einer anderen Gesellschaft zu unterscheiden ist. Mit dem Begriff Ländervergleich wird meist der Vergleich von geopolitisch differenten Gebieten gemeint und damit sind die politischen Grenzen von Nationalstaaten impliziert. Begriffsklärungen können notwendig sein, wenngleich sie auch oftmals den eigentlichen Erklärungsgehalt durch Spitzfindigkeit verdecken können.

2. *Theoretischer Rahmen*: Das größte Problem der international vergleichenden Forschung - und dies gilt für beide Richtungen - scheint die Bestimmung dessen zu sein, durch welche Unterschiede zwischen den Ländern unterschiedliche Ergebnisse zwischen den Ländern erklärt werden können (Kohn, 1989: 84). Bzw. anders ausgedrückt: Von welchen Faktoren, Aspekten oder Merkmalen, anhand derer sich Länder unterscheiden, hängen bestimmte Länderunterschiede in den Ergebnissen genau ab? Daher müssen für ländervergleichende Untersuchungen nicht nur Länder, sondern vor allem auch ein theoretischer Analyserahmen ausgewählt werden, für den eine Auswahl an Ländern überhaupt interessant ist. Im Analyserahmen müssen alle Faktoren enthalten sein, anhand derer die Länder(-auswahl) verglichen werden soll. Der Umfang, Art und Auswahl geeigneter Indikatoren richtet sich an den theoretischen Überlegungen hinsichtlich des zu erklärenden Untersuchungsgegenstandes.

3. *Vergleichbarkeit*: Für das Gelingen einer international vergleichenden Sozialforschung ist Vergleichbarkeit unbedingte Voraussetzung. Vergleichbarkeit muss zum einen bei der Datenerhebung und zum anderen im Rahmen der Datenanalyse und Interpretation sichergestellt sein. Eine hohe Reliabilität, eine hohe Validität und eine Vergleichbarkeit des Untersuchungsablaufs ist unabdingbar. Dies schließt ein geeignetes und vergleichbares Untersuchungsdesign ein, ein entsprechendes Zufallsauswahlverfahren und eine Sicherstellung dessen, dass die Untersuchungskonzepte in der Analyse auch wirklich in den verschiedenen kulturellen Kontexten äquivalent sind. Beides, die linguistische und konzeptionelle Gleichheit der Fragen und Antworten in Umfragen muss gegeben sein. Vergleichbarkeit ist dann hergestellt, wenn das gleiche Erhebungsinstrument unter gleichen Bedingungen angewendet wird. Problematisch kann hierbei sein, dass nicht unbedingt mit Sicherheit festgestellt werden kann, ob für verschiedene soziale oder kulturelle Gruppierungen in den Ländern die gleichen Fragen und Antwortvorgaben auch gleich verstanden oder etwas Unterschiedliches darunter verstanden wird. Denn Begriffe haben oft unterschiedliche Bedeutung in unterschiedlichen Kulturen (vgl. Harkness et al., 2003: 10). Von daher sollte auch bei der Auswertung

darauf geachtet werden, ob latente Konstrukte in verschiedenen kulturellen Kontexten eine identische oder verschiedene Dimensionalität aufweisen (vgl. Harkness et al., 2003: 12).

4. *Auswahl der Länder:* Ferner ist danach zu fragen, wie viele Länder eigentlich für eine ländervergleichende Analyse notwendig sind und wie sie ausgewählt werden sollen. Im Falle einer Primärforschung ist sicherlich der erhebliche finanzielle, zeitliche, methodische und der zur Koordination notwendige Aufwand ein Grund zur Beschränkung der Anzahl der Länder. In Sekundärstudien dagegen wird man auf die Auswahl möglichst vieler Länder abzielen, bei denen ein Vergleich aufgrund einer sauberen Datenbasis methodisch möglich ist. Es ist methodisch höchst vorteilhaft, Daten von all jenen Ländern zu benutzen, von denen sichere Informationen, saubere Daten und ein Wissen über diese Länder vorliegen, das zur Interpretation herangezogen werden kann (vgl. Kohn, 1989: 95). Allerdings ist es auch nicht notwendigerweise so, dass am meisten daraus gelernt werden kann, je mehr Länder in den Analysen eingeschlossen sind. Denn man braucht über alle Länder in den Analysen notwendige Informationen, die bei der Interpretation eben herangezogen werden können. Die Anzahl der Länder, die für Analysen ausgewählt werden, sollte sich also auch an der Kapazität orientieren, Informationen über diese Länder sammeln und verarbeiten zu können, sowie an theoretischen Überlegungen und der Substanz des jeweils vorliegenden Forschungsproblems. Die Auswahl der Länder sollte sich also auch von der Frage leiten lassen, ob damit wirklich neue Erkenntnisse erzielt werden können und die Interpretationsbasis erweitert werden kann (vgl. Kohn, 1989:94-96).

5. *Bias bei der Länderauswahl/ Datenmangel:* Eng damit verbunden ist die Frage, was das Interesse an der international vergleichenden Umfrageforschung genau ist und wer ein spezielles Interesse hat. Es bleibt festzuhalten, dass sie hauptsächlich von solchen Ländern betrieben wird, die auf Grund finanzieller Möglichkeiten die notwendige Basis haben, solche durchzuführen. International vergleichende Umfragenforschung begrenzt sich aus verschiedenen Gründen auf Länder der westlichen Hemisphäre. Hier können nicht nur finanzielle Mittel für solche Forschungsvorhaben bereitgestellt werden, sondern es besteht auch ein gesellschaftlicher Bedarf an solcher Forschung, die von der Öffentlichkeit aktiv gewollt wird. Umfrageforschung allgemein und international vergleichende Umfrageforschung findet sich damit weniger im asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Kulturraum und fast gar nicht in islamisch geprägten Ländern. Zu warnen ist aber auch vor einem "imperialistisch" verstandenen Datensammeln in bislang von der Forschung ausgeblenden Ländern durch den Westen. Allgemeine Voraussetzung ist nämlich auch, dass Forscher und Forschergruppen international bei der Datensammlung und Datenauswertung effektiv zusammenarbeiten.

6. *Kosten und Kooperation im Verbund:* Schließlich ist danach zu fragen, wie hoch die Kosten für eine international vergleichende Studie sind. Diese sind in der Regel größer als viele Forscherinnen und Forscher vermuten. International vergleichende Forschung benötigt eine sichere Finanzierung in allen Ländern. Des Weiteren ist eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten in einem Forschungsverbund unabdingbar. Und schließlich müssen alle methodologischen Fallstricke gemeinsam gelöst werden, um eine Vergleichbarkeit in den Methoden, in Untersuchungskonzepten und der Untersuchungsanordnung zu erreichen. Außerdem muss es für jedes Land in der Untersuchung einen Experten geben, der über das notwendige Wissen über diese Länder verfügt. Und es muss ein

Arbeitsklima herrschen, das einen Austausch von Wissen und eine Interpretation innerhalb eines gemeinsamen theoretischen Rahmens gewährleistet. Eine effektive Zusammenarbeit, um Dinge durchzudenken, braucht auch genügend Zeit der Vorbereitung und Durchführung. Ein zusätzliches Problem sind auch die unterschiedlichen Standards und Forschungspraktiken der Sozialforschung in unterschiedlichen Kulturen und Ländern, die eine Zusammenstellung von vergleichbaren Daten erschweren. Nicht nur innerhalb der Disziplin eines Landes sondern auch zwischen den Ländern herrscht oft Uneinigkeit über die richtige und am besten angemessene Methodologie (vgl. Harkness et al., 2003: 6). Im internationalen Kontext ist auch Interdisziplinarität erforderlich, nicht nur, indem Forscher und Forscherinnen über ihren eigenen kulturellen Rahmen hinausgehen müssen, sondern auch, indem sie mit Linguisten zusammenarbeiten um Vergleichbarkeit in sprachlich konzeptioneller Hinsicht sicherzustellen.

6.3 Analysestrategien

Von besonderer theoretischer Bedeutung ist die Frage, welche Rolle und welcher Stellenwert Ländern in vergleichenden Analysen eingeräumt werden. Entscheidend ist dabei auch, wie wichtig oder nicht wichtig Ländern im Vergleich zu anderen Determinanten Platz eingeräumt wird. Allgemein können zwei Untersuchungsstrategien voneinander unterschieden werden, bei denen Einflüsse von Makrostrukturen getestet werden können. Auseinandergehalten werden müssen einerseits Ländereinflüsse in Analysen auf Aggregatsebene (Länder als Fälle) und andererseits Ländereinflüsse auf Ergebnisse auf individueller personenbezogener Ebene (Länder als Kontext), die im Folgenden näher erläutert werden müssen (vgl. hierzu Gauthier, 2000: 10-18).

Bei Untersuchungen auf der Aggregatsebene handelt es sich um deskriptive Analysen von Schlüsselindikatoren oder aggregierten Individualdaten, die zwischen Ländern verglichen werden. Die Datenbasis solcher Untersuchungen sind jedenfalls Aggregatsdaten auf Länderebene. Länder werden anhand charakteristischer Indikatoren miteinander verglichen, wobei meist das Ziel im Vordergrund steht, Länder anhand von Mittelwerten eines zu untersuchenden Merkmals in eine Rangfolge zu bringen oder einen Zusammenhang von Merkmalen der Länder aufzuzeigen. Bei Betrachtungen über die Zeit hinweg ist es dann auch meist das Ziel solcher Untersuchungen, etwa den Erfolg oder Misserfolg bestimmter politischer Maßnahmen aufzudecken (vgl. z.B. das Gros der Untersuchungen am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung) oder Ländertypologien abzuleiten. Auch wenn Charakteristiken von Ländern damit deskriptiv zusammengefasst werden können, bleiben Binnenvariationen innerhalb dieser Länder (z. B. auf regionaler oder individueller Ebene) unbeachtet. Handelt es sich um multivariate Analysen auf Aggregatsebene, werden Beziehungen zwischen Variablen analysiert, die diese Länder charakterisieren. Dabei wird unterstellt, dass ein einziges multivariates Modell für alle Länder geeignet ist. Länder dienen in solchen Analysen lediglich dazu, die Varianz und damit die Zahl der Freiheitsgrade zu erhöhen. Sie selbst sind jedoch an sich weniger von Interesse, sondern vielmehr die untersuchten Variablen, die diese Länder charakterisieren. Damit muss sich diese Analysestrategie den Vorwurf gefallen lassen, dem Problem des ökologischen Fehlschlusses zu erliegen. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Wahl bzw. die

Anzahl der Länder die Validität der statistischen Analysen verzerrt, da Ausreißer stärker ins Gewicht fallen und ihnen meist nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Untersuchungen auf individueller Ebene benutzen Individualdaten, um herauszufinden, ob Ergebnisse auf Individualebene, die in einem Land gefunden wurden, auch in anderen Ländern repliziert werden können. Dies kann durch nach Ländern getrennte Analysemodelle geschehen oder durch ein einziges allgemeines Modell mit gepoolten Daten, wobei auch hier jeweils eine deskriptive und eine multivariate Variante unterschieden werden kann. Bei nach Ländern getrennten Untersuchungen interessiert in deskriptiver Hinsicht die Ähnlichkeit oder Unähnlichkeit der Länder in der abhängigen Variablen. In multivariater Hinsicht dagegen steht im Vordergrund, inwieweit der jeweilige Erklärungsbeitrag und Effekt der Variablen untereinander zwischen Ländern ähnlich ist oder nicht. Ein Problem dieser Art von Studien ist, dass nur wenige Länder auf diese Weise untersucht werden können, da sonst der Überblick auf Grund der Komplexität der Analysen verloren gehen würde. Bei gepoolten Daten aus verschiedenen Ländern und einer einzigen statistischen Analyse werden die Regressionskoeffizienten über die Länder hinweg fixiert. Neben den Variablen auf der Mikroebene können Makroindikatoren von Ländern (z. B. die Arbeitslosenrate) oder Länder-Dummies in Modelle hinzugefügt werden. Bislang werden in den Analysemodellen jedoch meist nur Länder-Dummies eingesetzt. Zwar können auf diese Weise bequem Ausreißer in substantiellen Makrovariablen umgangen und damit sogar die erklärte Varianz in Regressionsmodellen entscheidend verbessert werden, allerdings sagen Länder-Dummies nichts substantiell darüber, warum sich einige Länder von anderen unter Kontrolle anderer Determinanten auf individueller Ebene signifikant unterscheiden. Von daher ist es der empirischen Forschung stets aufgegeben, wo immer es geht, inhaltlich unbestimmte Länder-Dummies durch inhaltliche relevante Aggregatsvariablen auf Makroebene zu ersetzen (vgl. Przeworski und Teune, 1970). Warum dies bislang nur selten bis gar nicht gemacht wird, liegt daran, dass hierzu einerseits Daten einer größeren Anzahl von Ländern in vergleichbarer Form vorliegen müssen. Die Möglichkeiten hierzu haben sich erst seit kurzem erheblich verbessert. Optimal ist die Lage dennoch nicht, da die zentrale Voraussetzung der Vergleichbarkeit der Daten gegeben sein muss, die als noch erheblich eingeschränkt charakterisiert werden kann. Derartige Analysen werden andererseits auch deshalb nur selten gemacht, weil internationale Datensätze bis auf die Zuordnung der Fälle (Individuen) zu Ländern selbst bislang keine inhaltlichen Makrovariablen enthalten und diese erst in aufwendiger Recherchearbeit gesammelt werden müssen. Makroindikatoren und -informationen zu Ländern werden zwar von statistischen Ämtern und internationalen Organisationen bereitgestellt, liegen jedoch in unterschiedlicher Form und Qualität vor. So gilt es also auch hier (1) *vergleichbare* Daten (was nur in begrenztem Maße der Fall ist), (2) *lückenlose* und (3) zu den Individualdaten *passende* Daten zu bekommen, d.h. alle Länder und Zeitpunkte in den Individualdaten müssen mit entsprechenden ihrerseits vergleichbaren Makrodaten lückenlos abgedeckt werden können. Dieses Unternehmen scheint jedoch angesichts der Datenlage der international vergleichenden Forschung noch immer aussichtslos und bedarf noch der erheblichen Verbesserung. Diese Schwierigkeit des Findens, Zusammentragens und Kombinierens von Makrodaten mit Individualdaten ist enorm, aufreibend und setzt eine Bereitschaft zum *methodischen Bargaining* voraus, das darin besteht, in eigenen derartigen Analysen, diejenige optimale Lösung zu finden, die inhaltlich theoretischen Anforderungen genügt und zugleich am wenigsten Datenverlust, sei es auf Individual- oder Aggregatsebene, mit sich bringt.

Fazit

Mit den hier vorgestellten Problemen der international vergleichenden Forschung sollte unter anderem aufgezeigt werden, wie schwierig und voraussetzungsreich eine solche Untersuchungsanordnung ist, wenn sie den methodischen Standards entsprechen und genügen soll. Eine absolute Sicherheit bei der Datenerhebung, dass in allen nationalen Kontexten dasselbe und keine methodologischen Artefakte gemessen werden, gibt es nicht. Trotz der Bemühung um methodologische Vergleichbarkeit und der Einsicht, dass das Unvergleichbare geringer ist als das Vergleichbare, bleiben restliche Zweifel und fordern zur kritischen Betrachtung auf. Bei der Datenauswertung international vergleichender Studien werden in der Regel Länderunterschiede gefunden und auch entsprechend interpretiert. Angesichts der bisherigen Datenlage (bei Individual- wie Aggregatsdaten) gibt es allerdings keine endgültige methodische Sicherheit darin, ob tatsächlich gefundene Länderunterschiede 'wirklich' oder nur 'künstlich' sind. Es kommt darauf an, die international vergleichende Forschung dadurch zu stimulieren und noch weiter methodisch zu verbessern, indem erhebliche Anstrengungen unternommen werden, Vergleichbarkeit, Verfügbarkeit und Vollständigkeit von Daten zu sichern und auch bereitzustellen. Bevor der Faden an dieser Stelle wieder aufgenommen wird, wenn es um die Einordnung dieser Studie im Rahmen der international vergleichenden Forschung geht, müssen zunächst Informationen zu den verwendeten Daten und der hier getroffenen Auswahl der Länder erfolgen.

7 **Daten, Variablen und Methoden**

Um die Analysen und die erzielten Ergebnisse dieser Studie adäquat beschreiben und entsprechend auch im Kontext verstehen zu können, ist es zunächst notwendig, Auskunft über die verwendeten Daten zu geben, indem Informationen zu ihrer Erhebung gegeben, ihre Qualität beurteilt und Modifikationen an den Daten zum Zwecke der Auswertung offen gelegt werden. Im Rahmen des wissenschaftlichen Vorgehens ist es erforderlich, die verwendeten Daten, Variablen und Methoden der Analyse zu charakterisieren, damit die nachfolgenden Ergebnisse richtig eingeschätzt und auch überprüft werden können. Deshalb werden in diesem Abschnitt der Studie die verwendete Datenbasis, die Datenlage in den ausgewählten Ländern und die in den Analysen zur Verfügung stehenden oder neu berechneten bzw. modifizierten Variablen beschrieben. Im Anschluss daran werden die Analysemethoden unter Bezugnahme auf die Ausführungen zur komparativen Forschung dargestellt.

7.1 Datenbasis (ISJP, ISSP, Länderdaten) und Länderauswahl

Die Individualdaten dieser Studie stammen aus zwei international renommierten Umfrageprojekten, dem 'International Social Justice Project' (ISJP) und dem 'International Social Survey Programme' (ISSP). Die Aggregatdaten zu den einzelnen Ländern kommen aus unterschiedlichen internationalen Quellen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Statistischen Bundesamt und veröffentlichten Berechnungen aus Daten der Luxembourg Income Study (LIS).

1) International Social Justice Project (ISJP)

Das *International Social Justice Project* (ISJP) ist ein internationales Forschungsprogramm unter Beteiligung von Sozialwissenschaftlern aus zwölf Ländern mit dem Ziel, Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und sozialen Gerechtigkeit der Bevölkerung in diesen zwölf Ländern vergleichend zu untersuchen (vgl. hierzu folgende Dokumentationen: Alwin et al., 1993; Alwin und Wegener, 1995; Christoph et al., 1998; Hauss et al., 2001; Kleebaur und Wegener, 1991). Im Zentrum der Studie stehen Fragen nach der empfundenen Gerechtigkeit in zentralen Lebensbereichen, der Präferenz von Ideologien der Verteilungsgerechtigkeit, der Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit sowie deren Determinanten. Damit ist die grundsätzliche Frage nach der Legitimation der Verteilungsordnung und dem System sozialer Ungleichheit in den untersuchten Gesellschaften aufgeworfen. Die Grundintention des Projektes liegt in der Ermöglichung ländervergleichender Untersuchungen, insbesondere zwischen osteuropäischen Transformationsländern aber auch einigen westlichen Ländern. Die Stärke des Projekts liegt in der zeitgleichen Durchführung standardisierter allgemeiner Bevölkerungsumfragen mit gleich lautendem Erhebungsinstru-

ment (Fragebogen) in den Teilnehmerländern. Durch die Ziehung geschichteter Zufallstichproben können die in den Ländern erhobenen Individualdaten als für die jeweilige Bevölkerung repräsentativ gelten.

Die erste Erhebung wurde 1991 in Bulgarien, Deutschland (Ost und West), Estland, Großbritannien, Holland, Japan, Polen, Russland, Slowenien, der Tschechoslowakei, Ungarn und den Vereinigten Staaten durchgeführt. In 6 dieser 12 Länder, nämlich in Bulgarien, Deutschland (Ost und West), Estland, Russland, der Tschechischen Republik und Ungarn konnte 1996 eine Replikation der Studie von 1991 mit gleich lautendem Erhebungsinstrument organisiert werden. Die Replikation 1996 hatte vor allem zum Ziel, den rapiden sozialen Wandel in den Wahrnehmungen und Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit in den osteuropäischen Transformationsländern fünf Jahre später nachzeichnen zu können. Dazu wurde das Erhebungsinstrument jeweils nur geringfügig verändert (vgl. Christoph et al., 1998). Im Jahr 2000 konnte aufgrund mangelnder Teilnahmebereitschaft der Vertreter der anderen partizipierenden Länder eine Replikation der Umfrage nur mehr in Deutschland (Ost und West) realisiert werden (vgl. Hauss et al., 2001).

Nach der Entstehung zweier eigenständiger Staaten, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, aus der ehemaligen Tschechoslowakei am 1.1.1993 konnte eine Befragung 1996 nur mehr in der Tschechischen Republik realisiert werden. Für die hier vorgenommenen Analysen sind daher die gemeinsamen Daten aus der Tschechoslowakei von 1991 getrennt worden, um eine separate Behandlung beider heutiger Staaten zu ermöglichen. Holland hat sich 1996 zwar nicht zu einer vollständigen Replikation der Erhebung und damit Partizipation am Projekt entschlossen, durch eine Harmonisierung und Angleichung von gleichzeitig, aber in anderem Zusammenhang erhobenen niederländischen Daten zur sozialen Ungleichheit und Gerechtigkeit (vgl. Gijsberts und Ganzeboom, 1996) und deren erfolgreicher Integration in die Daten des ISJP, können für 1996 nun auch Analysen mit einem neben Deutschland weiteren westlichen Land vorgenommen werden.

Der Ausgangsfragebogen von 1991, der an die 100 standardisierte Fragen enthält, wurde von allen Gründungsmitgliedern des Projekts gemeinsam erarbeitet und ausgehend vom englischen Masterfragebogen in die einzelnen Landessprachen übersetzt. Eine unabhängige Rückübersetzung inklusive Vergleich mit dem Masterfragebogen sollte ein vergleichbares "Wording" sicherstellen. Des Weiteren wurde auf eine gleiche Abfolge der Fragen geachtet. Damit konnte ein den internationalen methodischen Anforderungen entsprechendes standardisiertes und vergleichbares Erhebungsinstrument und Vorgehen in der Durchführung realisiert werden. Die Umfragen wurden an national repräsentativen Stichproben der jeweiligen Bevölkerung in ungefähr eine Stunde dauernden Face-to-Face Interviews durchgeführt. Lediglich in den Vereinigten Staaten wurde die Umfrage in der Form von Telefoninterviews und in Holland 1991 als selbstständige auszufüllende Computerbasierte Umfrage durchgeführt. Mit der Stichprobenziehung in den einzelnen Ländern wurde jeweils Repräsentativität zur Bevölkerung angestrebt. Alle Stichproben basieren auf mehrstufigen, zum Teil geschichteten Zufallsauswahlen. Erhebungseinheiten sind Haushalte, Wähler-, Adresslisten oder Einwohnerverzeichnisse. Die Telefonstichprobe der USA wurde nach dem Random-Digit-Dialing-Verfahren gewonnen. Die wichtigsten methodentechnischen Informationen (wie Stichpro-

be, Befragungsform und Ausschöpfung) zu den Daten kann einer Zusammenstellung im Anhang entnommen werden (vgl. Tab. 47, S. 272).⁵²

2) *International Social Survey Programme (ISSP)*

Das *International Social Survey Programme* (ISSP) ist ein internationaler Forschungsverbund, der in jedem Jahr eine internationale Umfrage zu ausgewählten wechselnden sozialwissenschaftlichen Themen in bis heute 38 Teilnehmerländern durchführt. Er startete 1983 mit vier Gründungsmitgliedern (Australien, Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten) und hatte zum Ziel, gemeinsame Fragemodule zu wichtigen Forschungsgebieten der Sozialwissenschaften zu entwickeln, die als Supplement an reguläre nationale Umfragen weitgehend angekoppelt werden können und einen gemeinsamen extensiven Kern an Hintergrundvariablen enthalten. Damit sollten der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft international vergleichende Daten zur Verfügung gestellt werden. Neben der Etablierung von international vergleichenden Umfragen ist durch die Wiederholung und weitgehende Replikation thematischer Module neben der Möglichkeit des Ländervergleichs auch die Chance des zeitlichen Vergleichs getreten. Somit bietet das fortgeschrittene ISSP zunehmend die Gelegenheit, sozialen Wandel in seinen vielfältigen Facetten im Längsschnitt analysieren zu können.

Im Rahmen dieser Studie werden die Schwerpunkt-Module "Soziale Ungleichheit" aus den Jahren 1987, 1992 und 1999 (vgl. Zentralarchiv, 1987; Zentralarchiv, 1992; Zentralarchiv, 1999) verwendet. Thematisch beschäftigen sich die Module mit verschiedenen Aspekten von sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit, vor allem mit Einstellungen zu Ursachen und Funktionen sozialer Ungleichheit, der allgemeinen Bewertung von Einkommensunterschieden, Erwartungen an den Staat hinsichtlich seiner Aufgabe in Bezug auf den Umgang mit sozialer Ungleichheit, der Präferenz von Verteilungsnormen hinsichtlich der Einkommensverteilung sowie der Abfrage des geschätzten tatsächlichen Einkommens und des als gerecht empfundenen Einkommens einer Reihe vorgegebener Berufe beziehungsweise Berufsgruppen. Zum Großteil werden damit Einstellungen erhoben, die Aspekte der Wahrnehmung mit Aspekten der Bewertung von sozialer Ungleichheit verbinden. Mit drei Erhebungszeitpunkten wird eine Analyse des sozialen Wandels in einer Zeitspanne von nunmehr 12 Jahren in einigen der Länder ermöglicht.

Ein besonderes gravierendes Problem für die Analyse ergibt sich aus der teilweisen Veränderung des Erhebungsinstrumentes zwischen den Erhebungsjahren, die aus dem Ausschluss, der Modifikationen oder einer Neuaufnahme einzelner Fragebogenteile besteht. Damit reduziert sich die Anzahl der auswertbaren Variablen über alle Zeitpunkte erheblich. Eine inhaltliche Neuausrichtung und methodische Verbesserung des Erhebungsinstrumentes konnte nur zum Preis einer eingeschränkten Vergleichbarkeit über die Zeit erkaufte werden. Eine weitere Einengung der Analysemöglichkeiten kommt dadurch hinzu, dass nicht alle Fragen in allen Ländern gleichermaßen erhoben wurden. Hier

⁵² Weitere Informationen zum ISJP finden sich im Internet unter <http://www.isjp.de/> für den deutschen Teil des Projekts und unter <http://www.butler.edu/isjp/> für den internationalen Teil.

wird das Problem international vergleichender Umfrageforschung sichtbar, dass nationale Interessen und Besonderheiten für das große gemeinsame Interesse an der Herstellung einer internationalen Vergleichbarkeit der Daten zurückgestellt werden müssten, um insgesamt mehr durch umfassendere Analysemöglichkeiten gewinnen zu können.

Auch in diesem Umfrageverbund wird aber weitgehend darauf geachtet, dass ein gemeinsames standardisiertes Erhebungsinstrument mit gleich lautendem "Wording" und derselben Frageabfolge in den beteiligten Ländern implementiert wird, auch wenn es nicht uneingeschränkt sichergestellt werden kann. Der ursprünglichen Idee und Intention nach sollte der ISSP-Fragebogen als schriftlicher, selbst auszufüllender Drop-off nach einem Face-to-Face Interview im Rahmen einer nationalen Umfrage miterhoben werden. Der Überblick über die verschiedenen Befragungsformen, die in den drei Ungleichheitsmodulen verwendet wurden (vgl. Tab. 48, S. 273), zeigt jedoch, dass die realisierten Befragungsformen sehr divergierenden und sich mit der Zeit eine Tendenz zu Face-to-Face Interviews abzeichnet. Über mögliche Wirkungen unterschiedlicher Befragungsformen auf Ergebnisse im Rahmen des ISSP kann zum gegenwärtigen Stand nur spekuliert werden, einer einheitlichen Erhebungsweise wäre aus methodischen Gesichtspunkten jedoch deutlich der Vorzug zu geben. Von Nachteil ist auch, dass die Feldzeiten, soweit sie überhaupt veröffentlicht sind, teilweise erheblich voneinander abweichen.

Aus den Dokumentationen der Daten ist zu entnehmen, dass die Umfragen in der Regel an national repräsentativen Stichproben der jeweiligen Bevölkerung durchgeführt wurden. Soweit es dokumentiert ist, basieren die Stichproben in der Regel auf mehrstufigen, zum Teil geschichteten Zufallsauswahlen. Erhebungseinheiten sind Haushalte, Wähler-, Adresslisten und Einwohnerverzeichnisse. Eine Studie zum Monitoring des ISSP 1999 hat erstmals systematisch (durch eine Befragung der Organisatoren in den Teilnehmerländern) aufzeigen können, inwiefern sich die einzelnen Länderstudien in den zentralen Aspekten der Erhebung unterscheiden (vgl. Harkness et al., 2003). Sie gibt Anlass, noch stärker auf Harmonisierung und Vergleichbarkeit der ISSP-Erhebungen bei den beteiligten Forschungsinstitutionen und -gruppierungen zu drängen, um die Potentiale des ISSP stärker ausschöpfen zu können. Die zusammengetragenen methodentechnischen Informationen zu den Daten (Stichprobe, Befragungsform, Ausschöpfung etc.) sind einer Zusammenstellung im Anhang zu entnehmen (vgl. Tab. 48, S. 273).⁵³

3) Aggregatdaten der Länder

Die Aggregatdaten zu den einzelnen Ländern mussten mit erheblichem Aufwand zusammengetragen werden und stammen aus unterschiedlichen internationalen Quellen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Statistischen Bundesamt und aus veröffentlichten Datenberechnungen, die im Rahmen der Luxembourg

⁵³ Weitere Informationen zum ISSP finden sich im Internet auf der Seite der "Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V." (GESIS) unter http://www.gesis.org/en/social_monitoring/issp/ und auf der offiziellen ISSP-Webseite unter <http://www.issp.org/>.

Income Study (LIS) gewonnen wurden. Sie wurden aus CD-Roms extrahiert (vgl. International Statistical Yearbook, 2002), aus Webseiten der Organisationen bezogen (ILO, 2003; LIS, 2003; LIS, 2003; World Bank, 2003) oder aus statistischen Jahrbüchern (vgl. Statistisches Bundesamt, 1991-2002) und Jahresberichten von Organisationen (vgl. Weltbank, 1991; Weltbank, 1995; Weltbank, 1996; Weltbank, 1999; Weltbank, 2001; Weltbank, 2002) entnommen. Zum Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurde ein Makrodatensatz generiert, der die aus den unterschiedlichen Quellen gesammelten Daten zu allen der hier betrachteten Länder für den Zeitraum von 1985 bis 2001 enthält. Für die Berechnungen im Rahmen dieser Studie wurden die Makrodaten zu jenen Ländern und Zeitpunkten, für die Individualdaten aus den beiden Umfrageprojekten vorliegen, mit den Individualdaten verknüpft. Die damit verbundenen immensen Anstrengungen geben an dieser Stelle Anlass, auf die Notwendigkeit kollektiver Makrodaten hinzuweisen, die im Interesse aller auch durch gemeinsam organisierte Bemühungen bereitgestellt werden könnten.

4) Auswahl der Länder und Analyseanordnung

Für die Analysen im Rahmen dieser Studie werden Daten aus beiden Umfrageprojekten, dem ISJP und dem ISSP, in Kombination mit Aggregatdaten zu einzelnen Ländern verwendet. Bei der Auswahl der Länder stand das Ziel im Vordergrund, möglichst viele Länder der westlich-kapitalistischen Hemisphäre sowie des osteuropäischen Transformationsblocks in die Analysen aufzunehmen, für die vergleichbare Daten zur Verfügung standen, um eine hinreichende Varianz auf Individual- und auf Aggregatebene der Länder zu erhalten. Ausschlaggebend für den Einschluss in das Sample war vor allem, dass zentrale Variablen, die im Rahmen dieser Studie relevant sind, erhoben wurden, entsprechende vergleichbare Makrovariablen zur Beschreibung der Länder zugänglich waren und die ausgewählten Länder entweder als Transformationsland oder im Rahmen der hier verwendeten Klassifikation von Wohlfahrtsstaaten in den theoretischen Zusammenhang dieser Studie integriert werden konnten. Der Überblick über die verwendeten Daten (vgl. Tab. 21) gibt Auskunft über die getroffene Länderauswahl und die entsprechenden Zeitpunkte, an denen Daten zur Verfügung standen.

Insgesamt liegen mit beiden Umfrageprojekten 91707 analysierbare Fälle vor. In der Regel werden jeweils alle Länder in die Analysen einbezogen. Die Daten aus beiden Umfrageprojekten werden aufgrund der sonst nicht gegebenen Vergleichbarkeit jedoch getrennt untersucht. Für Analysen der Wohlfahrtsregime werden nur Daten westlicher Länder verwendet, d.h. die Fallzahl reduziert sich entsprechend im ISSP (N=35934) und im ISJP (N=10021). Jedes wohlfahrtsstaatliche Regime in der Einteilung von Esping-Andersen (1990; 1999) mit der Erweiterung um den mediterranen Wohlfahrtstypus (vgl. Ferrera, 1996; Ferrera, 1998; Leibfried, 1992; Lessenich, 1994) kann dadurch mit ein bis fünf der westlich-kapitalistischen Länder abgedeckt werden. Danach gelten die USA, Großbritannien, Australien, Kanada und die Schweiz als liberales, Westdeutschland, Österreich und Frankreich als konservativ-korporatistisches, Schweden, Norwegen und auch die Niederlande als sozialdemokratisches und Italien, Spanien und Portugal als mediterranes Wohlfahrtsregime.

Tab. 21: Datensätze, Länder und Zeitpunkte sowie Fallzahlen

			ISSP	ISSP	ISSP	ISJP	ISJP	ISJP	
	Land		1987	1992	1999	1991	1996	2000	Total
<i>West</i>									
L	USA	US	1564	1273	1272	1414			5523
L	Großbritannien	UK	1212	1066	804	1319			4401
L	Australien	AU	1663	2203	1672				5538
L	Kanada	CA		1004	974				1978
L	Schweiz	CH	987						987
K	Westdeutschland	WG	1397	2297	921	1837	987	1891	9330
K	Österreich	A	972	1027	1016				3015
K	Frankreich	F			1889				1889
S	Schweden	S		749	1150				1899
S	Norwegen	N		1538	1268				2806
S	Niederlande	NL	1638			1783	790		4211
M	Italien	I	1027	996					2023
M	Spanien	E			1211				1211
M	Portugal	P			1144				1144
<i>Total West</i>				35934			10021		
<i>Ost</i>									
	Tschech. Rep.	CZ		678	1834	810	1246		4568
	Ostdeutschland	EG		1094	511	1019	1137	1324	5085
	Slowak. Rep.	SK		423	1082	370			1875
	Ungarn	H	2606	1250	1208	1000	1001		7065
	Polen	PL	3943	1636	1135	1542			8256
	Slowenien	SL		1049	1006	1375			3430
	Bulgarien	B		1198	1102	1405	1636		5341
	Lettland	LV			1100				1100
	Estland	ET				1000	1025		2025
	Russland	R		1983	1705	1734	1585		7007
<i>Total Jahr</i>			17009	21464	24004	16608	9407	3215	
<i>Total Projekt</i>				62477			29230		91707

Anmerkung: L = Liberales, K = Konservatives, S = Sozialdemokratisches und M = Mediterranes Wohlfahrtsregime.

Problematisch ist, dass nicht alle Zeitpunkte mit Umfragedaten aus allen Ländern gleichermaßen abgedeckt werden können. Dies hat zur Folge, dass sich die unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimes in den Analysen teilweise aus unterschiedlichen Ländern zusammensetzen. Hinzu kommt auch, dass aufgrund fehlender Variablen teilweise eine erhebliche Reduktion der Fälle eintritt. Davon sind deskriptive Analysen, noch stärker jedoch multivariate Analysen betroffen.

7.2 Variablen: Operationalisierung und Konstruktion

Im Rahmen dieser Studie geht es um die Wahrnehmung und Bewertung der Einkommensverteilung einer Gesellschaft durch die Bevölkerung, Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und die Präferenz von Verteilungsideologien in verschiedenen Ländern und Zeitpunkten, die erklärt werden sollen. Das heißt, es kommt darauf an, deren Determinanten auf Mikro- und Makroebene der Gesellschaft zu bestimmen. Dazu muss der Zusammenhang mehrerer Variablen aufgezeigt und multivariat getestet werden. In diesem Abschnitt der Studie werden die dazu notwendigen abhängigen und unabhängigen Variablen vorgestellt und es wird veranschaulicht, wie diese operationalisiert werden.

1) Abhängige Variablen

Die zu erklärenden Variablen in den Analysen dieser Studie sind die Wahrnehmung und Bewertung der Ungerechtigkeit der Verteilungsordnung, Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und die Präferenz von Verteilungsideologien. Mit diesen drei Gerechtigkeitsäußerungen werden die beiden zentralen Grundmodi der Gerechtigkeitsanalyse und die dahinter stehenden beiden unterschiedlichen Arten von Bekundungen von Gerechtigkeit, die Belohnungsbewertungs- und die Prinzipienbefürwortungsgerechtigkeit, ins Zentrum der Analyse gestellt. Diese sind allesamt komplexere Konstrukte, deren Operationalisierung einer näheren Erläuterung bedarf.

a) Wahrnehmung und Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung

Das Konzept der Wahrnehmung und Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung muss als Form ergebnisbezogener Belohnungsgerechtigkeit aufgefasst werden und baut auf den gerechtigkeitstheoretischen Überlegungen im Rahmen der *Justice Function Theorie* auf, die auch als Theorie des Gerechtigkeitssinns (*theory of distributive justice force*) bekannt ist (vgl. Jasso, 1978; Jasso, 1980; Jasso, 1989; Jasso und Wegener, 1997). Grundlegende Aspekte dieser Theorie, welche Gerechtigkeit aus der Sicht der Individuen als mathematische Funktionen zu modellieren vermag, wurden bereits vorgestellt (vgl. Kap. 3.2.2).

Es geht in diesem Konstrukt um die Gerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung, also der Bewertung von verschiedenen Einkommen in einer Gesellschaft nach ihrer Gerechtigkeit. Einkommen ist sicherlich einer der grundlegendsten Indikatoren zur Messung der materiellen Dimension sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft, da es den Wohlstand von Individuen, ihre soziale Position im sozialen Hierarchiegefüge und in der Sozialstruktur, die Gestaltung des Lebens usw. entscheidend determiniert (vgl. z.B. Berger, 2001; Geißler, 1996; Hradil, 1999; Kerbo, 1991; Kreckel, 1992). Es hat einen zentralen Stellenwert im Alltagsleben der Menschen, indem es Lebenschancen und Konsummöglichkeiten eröffnet oder verschließt, die Funktion von Belohnungen erfüllt und wichtiges Austauschmittel in einer Gesellschaft ist. Die gesamtgesellschaftliche Einkom-

mensverteilung allgemein und persönliches Einkommen insbesondere werden auch von Wohlfahrtsregimes entscheidend mitbestimmt, weil Wohlfahrtsarrangements in unterschiedlichem Maße auf die Umverteilung von Einkommen Einfluss nehmen. Durch diese zentrale Stellung des Einkommens in der Gesellschaft ist auch die Gerechtigkeitsbewertung von Einkommen von ebenso großer Bedeutung.

Im Rahmen dieser Studie geht es jedoch nicht um die Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Einkommens, sondern um die Gerechtigkeitsbewertung der Einkommen anderer. Das heißt, es geht nicht um die reflexive (d.h. selbstbezogene) Beurteilung der eigenen Entlohnung, sondern um die nicht-reflexiven Gerechtigkeitsbewertungen der Entlohnung anderer. Um genauer zu sein, es geht um die Bewertung der allgemeinen Einkommensverteilung, die dadurch bestimmt werden kann, welche Bewertung mit verschiedenen Berufen im gesamten Spektrum der Berufshierarchie subjektiv assoziiert wird.

In den Umfragen wurde danach gefragt, wie viel ein Vorstandsvorsitzender eines großen nationalen Unternehmens und ein ungelernter Arbeiter *tatsächlich verdienen*, und im Anschluss daran, wie viel diese jeweils *verdienen sollten*. Dabei sollten die Befragten jeweils einen konkreten Geldbetrag nennen. Und weil es für viele Personen relativ schwierig sein kann, das Einkommen von Berufen einzuschätzen, weil sie über die Berufe wenig Bescheid wissen oder sich nicht in der Lage sehen, ein entsprechendes Einkommen anzugeben, wurden sie explizit vom Interviewer dazu ermutigt, einen ungefähren Betrag einfach zu schätzen. Durch diese Angaben bzw. Einschätzungen des tatsächlichen und gerechten Einkommensbetrags für bestimmte Berufe (dies wird auch als *income ruling* bezeichnet, vgl. Szirmai, 1986; Szirmai, 1991) liegt indirekt ein Gerechtigkeitsurteil vor, da beide Einkommensbeträge jeweils individuell in ein Verhältnis gesetzt werden können.

Im Rahmen der Theorie des Gerechtigkeitsbegriffs lässt sich die wahrgenommene Gerechtigkeitsbewertung (J) als Logarithmus des Verhältnisses von tatsächlicher Belohnung (A) und gerechter Belohnung (C) ausdrücken. Indem konkrete Einkommensbeträge (tatsächlich und gerecht) vorliegen, können die Gerechtigkeitsbewertungen für jede befragte Person für jeden Beruf berechnet werden:

$$J \propto \ln\left(\frac{A}{C}\right) = \ln\left(\frac{\text{Tatsächliches Einkommen}}{\text{Gerechtes Einkommen}}\right) \quad (8)$$

Die Gerechtigkeitsbewertung wird auf diese Weise also nicht direkt gemessen oder erfragt, sondern indirekt berechnet. Von daher sollte auch von der wahrgenommenen Gerechtigkeitsbewertung gesprochen werden.⁵⁴

Wenn der tatsächliche Einkommensbetrag höher als der gerechte ist, gilt eine Person (hier: Personen mit einem bestimmten Beruf) als *überbelohnt*. Aus der Sicht der Befragten wird tatsächlich

⁵⁴ Die Gerechtigkeitsbewertung im Rahmen der *Justice Function Theory* basiert auf einer theoretischen Konstruktion. Sie drückt nicht die unmittelbar geäußerte, sondern die *wahrgenommene* Gerechtigkeitsbewertung von Menschen aus. Sie ließe sich in die *geäußerte* Gerechtigkeitsbewertung durch Multiplikation der Formel mit dem Fehlerterm (bzw. Ausdrucks-koeffizient $|0|$), wenn er bekannt ist, transformieren (vgl. Jasso und Wegener, 1997: 411).

mehr Einkommen bezogen, als gerechterweise zusteht ($J > 0$). Umgekehrt gilt eine Person als *unterbelohnt*, wenn das gerechte Einkommen höher als das tatsächliche ist ($J < 0$). Und eine gerechte Entlohnung liegt dann vor, wenn tatsächlicher und gerechter Einkommensbetrag gleich groß sind ($J = 0$). Der besondere Vorzug der mathematischen Funktion der Gerechtigkeitsbewertung besteht darin, dass Gerechtigkeitsbewertungen numerisch auf einem Zahlenkontinuum abgetragen werden können, wobei die Zahl '0' den Zustand einer vollkommen gerechten Verteilung anzeigt und der Grad der jeweiligen Abweichung in den positiven oder negativen Zahlenbereich jeweils den Grad einer ungerechten Überbelohnung oder Unterbelohnung signalisiert (Jasso und Wegener, 1997).

Wenn die Gerechtigkeitsbewertungen für beide Berufe (Vorstandsvorsitzender und ungelernter Arbeiter) ermittelt sind, ergeben sich aber noch keine umfassenden Hinweise auf die Bewertung der Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit der gesellschaftlichen Einkommensverteilung. Diese kann erst durch eine Kombination der Gerechtigkeitsbewertungen der beiden Berufe erhalten werden.⁵⁵ Allerdings lässt sich die Bezeichnung 'Gerechtigkeit der Einkommensverteilung' nur unter der Annahme aufrechterhalten, dass mit beiden Berufen das gesamte Einkommensspektrum einer Gesellschaft abgedeckt wird. Mit dem ungelernten Arbeiter als einem Niedriglohnberuf bzw. einem Beruf mit geringem Prestige und dem Vorstandsvorsitzenden als einem Hochlohnberuf bzw. einem Beruf mit hohem Prestige wird dieser Annahme Rechnung getragen, auch wenn erstgenannter Beruf sicherlich vager und unspezifischer als letztgenannter ist.

Durch Kombination der beiden berufsbezogenen Gerechtigkeitsbewertungen lässt sich ein Gerechtigkeitsmaß des ganzen Einkommensspektrums ermitteln. Dazu ergeben sich mehrere Möglichkeiten, die auch als Gerechtigkeitsindizes bezeichnet werden (vgl. Jasso, 1999). Eine besteht beispielsweise darin, die Gerechtigkeitsbewertung des ungelernten Arbeiters von der des Vorstandsvorsitzenden zu subtrahieren. Da letzterer im Durchschnitt stets als eher überbelohnt und ersterer meist als eher unterbelohnt eingeschätzt wird, erhält man mit dieser neuen Größe ein Maß, das als Gerechtigkeitslücke bezeichnet werden kann (vgl. hierzu Verwiebe, 1999; Verwiebe und Wegener, 2000). Eine andere Möglichkeit der Kombination besteht darin, die absoluten Beträge der beiden Gerechtigkeitsbewertungen zu addieren, die dann als wahrgenommenes Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit in einer Gesellschaft oder als wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung bezeichnet werden kann (vgl. Lippl, 2000; Lippl, 2003). In dieser Studie wird letztgenannter Index verwendet. Die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (JI2) ergibt sich aus den beiden Gerechtigkeitsbewertungen wie folgt:

$$JI2 = |J_{\text{Arbeiter}}| + |J_{\text{Vorstand}}| \quad (9)$$

Diese Art der Messung von Einkommensungerechtigkeit lässt allerdings keine Spezifikation zu, ob Vorstandsvorsitzender oder ungelernter Arbeiter jeweils als über-, gerecht oder unterbelohnt einge-

⁵⁵ Da Gerechtigkeit nur vorliegt, wenn die Gerechtigkeitsbewertungen für beide Berufe gerecht ist ($J=0$), ist eine wie auch immer gestaltete Kombination zwangsweise eher ein Maß für Ungerechtigkeit als für Gerechtigkeit. In diesem Sinne kann auch der Forderung Shklar (1992) genüge getan werden, sich wissenschaftlich stärker auf Ungerechtigkeit als auf Gerechtigkeit zu konzentrieren.

schätzt wird.⁵⁶ Mit diesem Maß wird lediglich angegeben, inwieweit beide berufsbezogenen Gerechtigkeitsbewertungen in Kombination vom Zustand einer "perfekten" Gerechtigkeit entfernt sind, ohne zwischen einer Über- und Unterbelohnung in den beiden Berufen genauer zu unterscheiden.

In den Daten der beiden Umfrageprojekte, dem ISSP und dem ISJP, wurden Einschätzungen des tatsächlichen und des gerechten Einkommens eines ungelernten Arbeiters und eines Vorstandsvorsitzenden erhoben. Mit beiden Daten können die geschilderten Berechnungen vorgenommen werden. Allerdings dürfen die Maße aus beiden Umfrageprojekten nicht unmittelbar miteinander verglichen oder gemeinsam ausgewertet werden, da die erhobenen Einkommensangaben jeweils unterschiedlich erhoben wurden. Einschränkungen ergeben sich (1.) aus der unterschiedlichen Befragungsform (mündlich im ISJP und schriftlich im ISSP) und (2.) an unterschiedlichen Frage- und Kontexteffekten der Erhebungsinstrumente.⁵⁷ Daten aus Österreich 1992 und Italien 1987 enthalten keine Einkommensvariablen. Diese Fälle müssen bei den Analysen zur Ungerechtigkeitsbewertung ausgeschlossen werden.⁵⁸

b) Einstellungen zur sozialen Ungleichheit

Die Einstellungen zur sozialen Ungleichheit werden anhand einer Faktoranalyse von vier Items und ausschließlich in den ISSP-Daten gewonnen (vgl. Tab. 22). Alle Items wurden von den Befragten jeweils anhand einer fünfstufigen Einstellungsskala (1 = starke Ablehnung, 5 = starke Zustimmung) bewertet. Die ausgegebenen Faktorladungen wurden mit der *Principal Component Factor Analysis* und anschließender Varimax Rotation über die Gesamtpopulation (alle Länder zu allen Zeitpunkten) ermittelt.⁵⁹ Mangels geeigneter Einstellungsvariablen, die über die drei Zeitpunkte hinweg und in den meisten Ländern gleichermaßen vorliegen, reduzieren sich die Analysemöglichkeiten erheblich. Und so lässt sich auch einer der beiden gewonnenen Faktoren nur unzureichend mit entsprechenden Variablen abdecken.

⁵⁶ Die genauen mathematischen Eigenschaften und damit verbundene Möglichkeiten bzw. Vor- und Nachteile werden von Jasso (1999) ausführlich diskutiert. weitere Überlegungen und deskriptive Ergebnisse zu den beiden Gerechtigkeitsindizes für Deutschland finden sich bei Lippl (2001).

⁵⁷ Im ISSP wurde das tatsächliche und das gerechte Einkommen eines Vorstandsvorsitzenden und eines ungelernten Arbeiters im Kontext mit neun weiteren Berufen gewonnen, zunächst für alle Berufe nur das tatsächliche und dann unmittelbar darauf für alle Berufe das gerechte Einkommen. Im ISJP wurden dagegen das tatsächliche und das gerechte Einkommen zunächst für den Vorstandsvorsitzenden und nach weiteren gerechtigkeitsbezogenen Angaben im Anschluss daran die beiden Einkommensangaben für den ungelernten Arbeiter erhoben. Angaben für weitere Berufe wurden hier nicht ermittelt. Außerdem wurden die Daten des ISSP als schriftliche Befragung (in der Regel ein schriftlicher "drop off") nach mündlichen Interviews durchgeführt, während das ISJP gänzlich aus einem mündlichen Interview besteht.

⁵⁸ Häufigkeitstabellen, prozentuale Anteile und Verteilungsmaße zu allen Variablen sind im Zusammenhang dieser Studie inhaltlich nicht von Interesse. Eine Zusammenstellung können Interessierte im Internet einsehen unter: http://www.isjp.de/download/lippl_diss_zusatzanhang.pdf

⁵⁹ Die Stabilität dieser gefundenen Struktur in allen nationalen Kontexten und zu allen Zeitpunkten wurde überprüft, indem auch nach Land und Zeitpunkt separate Faktorenanalysen zu diesen Items durchgeführt wurden. Da sich in der Regel auch hier jeweils dieselbe Faktorstruktur ergibt, ist eine gemeinsame Faktoranalyse für alle Länder und Zeitpunkte möglich.

Tab. 22: Faktoranalyse der Einstellungen: Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit

	Soziale Ungleichheit	Ablehnung	Notwendigkeit	h^2
Die sozialen Unterschiede bleiben bestehen, weil sich die einfachen Bürger nicht zusammenschließen, um diese zu beseitigen.		0.780	0.227	0.660
Die sozialen Unterschiede bleiben bestehen, weil sie den Reichen und Mächtigen nützen.		0.750	-0.133	0.580
Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen den Leuten mit hohem Einkommen und solchen mit niedrigem Einkommen zu verringern.		0.645	-0.418	0.591
Große Einkommensunterschiede sind für den Wohlstand <des Landes> notwendig.		0.002	0.932	0.868
Eigenwert		1.588	1.113	
Principal Component Factor Varimax Rotation h^2 : Kommunalitäten				

Die sich ergebenden Faktoren können als Ablehnung von sozialer Ungleichheit bzw. als Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit terminologisch näher bestimmt werden. Die Ablehnung von sozialer Ungleichheit setzt sich demnach zusammen aus von den Befragten eingeschätzten unterschiedlichen Begründungen für das Bestehen sozialer Unterschiede, nämlich von unten, weil die Menschen nicht gemeinsam dagegen angehen, und von oben, weil es den Reichen nützt. Deshalb sollte es - dies ist die dritte Komponente - Aufgabe des Staates sein, Einkommensunterschiede in der Gesellschaft zu minimieren. Die Einschätzung, dass soziale Ungleichheit notwendig ist, wird in Bezug auf den Wohlstand des ganzen Landes gemessen. An dieser Stelle sollte freilich auch betont werden, dass die beiden Faktoren unterschiedlich in ihrem Charakter sind. Während die Ablehnung sozialer Ungleichheit in der hier operationalisierten Form stärker ideologische Züge trägt, stellt die Notwendigkeit sozialer Ungleichheit eine eher funktionale Einschätzung dar, die stärker situations- und lagespezifisch ist. Die beiden Faktoren werden im Rahmen der multivariaten Analysen als abhängige Variable verwendet. Für die deskriptiven Darstellungen in dieser Studie wurden der besseren Anschaulichkeit wegen jeweils einfache additive Summenindizes aus den Variablen der beiden Faktoren verwendet, die mit dem Wert '0' auf den Mittelpunkt der erhaltenen Skala des Indizes geeicht sind.

c) Präferenz von Verteilungsideologien

Auch die Befürwortung der beiden Verteilungsideologien Meritokratismus und Etatismus wurde durch eine Faktorenanalyse über sieben Items gewonnen. Die gewonnenen Faktoren können allerdings nur für die Daten des ISJP berechnet werden. Die sieben Aussagen, die von den Befragten anhand einer fünfstufigen Skala (1 = trifft überhaupt nicht zu, 5 = trifft voll und ganz zu) bewertet

wurden, sind ebenso einer *Principal Component Factor Analysis* und anschließender Varimax Rotation über die gesamten Fälle unterzogen worden. Die damit ermittelten Faktorladungen stellen zwei Ideologien dar (vgl. Tab. 23).

Tab. 23: Faktoranalyse der Verteilungsideologien: Meritokratismus und Etatismus

	Meritokratismus	Etatismus	h^2
Die Leute sind nur dann bereit, in ihrem Beruf zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sie dafür auch zusätzlich bezahlt werden.	0.734	0.110	0.550
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.	0.650	-0.120	0.437
Es ist gerecht, dass Menschen, die hart arbeiten, mehr verdienen als andere.	0.560	0.077	0.319
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.	0.134	0.746	0.574
Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren.	0.132	0.702	0.511
Der Staat sollte eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen.	-0.183	0.688	0.507
Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen.	-0.095	0.536	0.297
Eigenwert	1.352	1.843	
Principal Component Factor			
Varimax Rotation			
h^2 : Kommunalitäten			

Der Meritokratismus stellt die in modernen Gesellschaften verbreitete Leistungsideologie dar, wonach sich die Entlohnung bzw. der Verdienst von Menschen daran ausrichten habe, was diese im Rahmen der Gesellschaft individuell leisten (vgl. Young, 1958). Dahinter steht die funktionalistische Argumentation, dass sich Menschen nur dann zu mehr Leistung in der Gesellschaft bewegen lassen, wenn sie entsprechend mehr bezahlt werden (vgl. Davis und Moore, 1966; Parsons, 1970). Der zweite Faktor stellt den Staat als Akteur von Umverteilung und Absicherung in den Vordergrund, wobei die von den Befragten ermittelte Forderung nach staatlicher Bereitstellung eines Arbeitsplatzes, nach einem staatlich garantierten Mindesteinkommen und nach einer festgelegten Einkommensobergrenze enthalten ist. Des Weiteren ist eine Komponente in diesem Faktor enthalten, mit dem die Umverteilung nach Bedarf einbezogen wird. Für die deskriptiven grafischen Darstellungen wurden wie bereits bei den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit auch hier wiederum Summenindizes in derselben Weise zu den beiden Faktoren gebildet.

2) Unabhängige Variablen

Als unabhängige bzw. erklärende Aspekte werden einerseits Variablen verwendet, welche die Länder beschreiben, und andererseits Variablen, welche sozialrelevante Merkmale der Individuen darstellen oder ihre soziale Position in der Sozialstruktur der Gesellschaft bestimmen. Zunächst werden die standarddemografischen Variablen vorgestellt, anschließend die unabhängigen Einstellungsvariablen und zum Schluss die Ländervariablen.⁶⁰

a) Standarddemografische Variablen

Geschlecht/Alter/Haushaltsgröße: Das Geschlecht der Befragten wurde so kodiert, dass Frauen den Wert '1' erhalten und Männer die Referenzkategorie bilden. Das Alter der Befragten geht als kontinuierliche Variable in die Analysen ein. In mehreren Ländern mussten jüngere Befragte unter 18 Jahre als Missing-Werte gesetzt werden, um eine in der Altersstruktur vergleichbare Untersuchung zu gewährleisten. In den ISSP-Daten aus Italien 1987 fehlt die Altersangabe. Die Haushaltsgröße beinhaltet alle Personen, die im Haushalt leben, einschließlich der befragten Person. Diese Variable fehlt in den ISSP-Daten für Polen 1987, Italien 1987 und Schweden 1992.

Tab. 24: Zusammenstellung der standarddemografischen Variablen

Variable	Beschreibung
Geschlecht	Dummy (Frauen = 1)
Alter	Alter der Befragten in Jahren
Haushaltsgröße	Anzahl der Personen im Haushalt
Relationales Einkommen	Log-ratio des individuellen Haushaltsäquivalenzeinkommens zum durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommen des jeweiligen Landes zu einem Zeitpunkt; mit Imputation fehlender Werte.
Kein Einkommen	Instrumentelle Dummy-Variable, um die imputierten Einkommensangaben zu kontrollieren (Imputiertes Einkommen = 1)
Bildung (Jahre)	Anzahl der Jahre im Bildungssystem, nur im ISSP
Bildung (Casmin)	5-stufige Bildungsskala nach König, Lüttinger und Müller 1988, , nur im ISJP
Unten-Oben-Skala	Selbsteinschätzung auf einer 10-stufigen Oben-Unten-Skala (1 = unten, 10 = oben).
Selbständig	Dummy (Selbständige = 1)
Arbeitslos	Dummy (Arbeitslose = 1)
In Rente	Dummy (Rentner = 1), nur im ISJP
Nicht Erwerbstätig (im ISSP)	Dummy (Rentner, Behinderte, Hausfrauen und Hausmänner, Studierende, Personen im Erziehungsurlaub = 1)
Nicht Erwerbstätig (im ISJP)	Dummy (Behinderte, Hausfrauen und Hausmänner, Studierende, Personen im Erziehungsurlaub = 1)

⁶⁰ Nach Land und Zeitpunkt getrennte tabellarische Zusammenfassungen zu den einzelnen Variablen (Verteilungsmaße für kontinuierliche Variablen und Angaben der prozentualen Anteile für kategoriale Variablen) finden Interessierte im Internet unter: http://www.isjp.de/download/lippl_diss_zusatzanhang.pdf

Relationales Haushaltsäquivalenzeinkommen: Das relationale Haushaltsäquivalenzeinkommen (EK_p^{rel}) einer Person (P) ist deshalb relational zu verstehen, weil es ins logarithmierte Verhältnis des individuellen Haushaltsäquivalenzeinkommens (EK_p) einer Person zum Durchschnitt der Haushaltsäquivalenzeinkommen aller Personen (N) eines Landes (c) zu einem bestimmten Zeitpunkt (t) gesetzt wurde ($N=N_c^t$):

$$EK_p^{rel} = \ln \left(\frac{EK_p}{\frac{\sum_{i=1}^N EK_i}{N}} \right) \quad (10)$$

Das angegebene durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen wurde zunächst durch die Anzahl der Personen im Haushalt geteilt, wobei jede zur befragten Person weitere Person mit dem Faktor 0,7 gewichtet wurde. Eine den gängigen Gewichtungen entsprechende Berechnung (z.B. OECD-Standard), die zwischen Kindern und Erwachsenen unterscheidet, konnte mangels Information über die genaue Haushaltszusammensetzung im ISSP nicht durchgeführt werden. Mit dem Haushaltseinkommen werden alle möglichen Einkommensquellen eines Haushaltes erfasst (also z.B. auch Sozialleistungen, Kapitalerträge etc.). Es ist also mehr als nur das Erwerbseinkommen aller Haushaltspersonen enthalten. Mit dieser Angabe wird letztendlich der Betrag berechnet, der einer Person im Durchschnitt auch tatsächlich für Konsumausgaben etc. zur Verfügung steht. Das so berechnete Haushaltsäquivalenzeinkommen wurde relational im Sinne zum Landesdurchschnitt der Äquivalenzeinkommen berechnet, d.h. es wurde für jeden Befragten durch das landes- und zeitpunktspezifische durchschnittliche Haushaltsäquivalenzeinkommen geteilt und logarithmiert. Dadurch lässt sich diese Variable als das eigene Haushaltseinkommen im Vergleich zum Landesdurchschnitt interpretieren. Die relationale Form als logarithmiertes Verhältnis macht einen Vergleich über Länder einfacher, weil damit Probleme der Währungsumrechnung und der unterschiedlichen Kaufkraft zu verschiedenen Zeiten umgangen werden können. Wenn die Einkommensangaben nur in kategorialer Form von Einkommensspannen vorlagen, wurden diese auf metrisches Skalenniveau rekodiert, indem die arithmetischen Mittelwerte der Einkommensspannen verwendet wurden. Ein besonderes Problem hinsichtlich der Einkommensvariablen sind fehlende Werte (meist aufgrund von Verweigerungen). Deshalb wurden einzelne fehlende Werte landes- und zeitpunktspezifisch imputiert, d.h. durch andere Variablen (Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße, Bildung, Oben-Unten-Einstufung, Erwerbstätigkeit, Familienstand) mittels linearer Regressionen geschätzt. Die imputierten Werte werden mit einer Dummy-Variablen "Kein Einkommen" in den Analysen kontrolliert. Diese instrumentelle Variable wird inhaltlich nicht interpretiert. Darüber hinaus fehlen in den ISSP-Daten Einkommensangaben für Polen 1987, Bulgarien, Schweden und Kanada 1992 und im ISJP für Estland 1996 vollständig, weshalb diese Länder zu diesen Zeitpunkten aus multivariaten Analysen ausgeschlossen werden müssen.

Bildung: In den beiden Daten des ISSP und des ISJP muss Bildung im Rahmen dieser Studie unterschiedlich verwendet werden. Im ISSP wird mangels geeigneter und vergleichbarer Bildungsvariablen in den Ländern die Anzahl der Jahre im Bildungswesen verwendet. Dies ist problematisch, da 'Bildung in Jahren' angesichts der Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme ein länderspezifisch unterschiedlich guter Indikator für den Bildungsgrad einer Person ist (vgl. Braun und Müller, 1997; Groß, 1998).⁶¹ Für Analysen des ISJP wird die Casmin Klassifizierung (König et al., 1988) der Bildung verwendet, welche die unterschiedlichen Bildungssystemen Rechnung trägt (vgl. auch Braun und Müller, 1997; Müller, 1999; vgl. auch Müller und Shavit, 1998; Müller et al., 1997).

Unten-Oben-Skala: Die Befragten wurden gebeten, sich auf einer 10-stufigen Unten-Oben-Skala einzuordnen, d.h. ihre eigene wahrgenommene soziale Position in der Gesellschaftshierarchie zu bestimmen. Neben den objektiven Indikatoren zum sozialen Status wird also mit dieser Variable auch eine subjektive Wahrnehmungskomponente kontrolliert.

Variablen zum Erwerbsstatus: Schließlich müssen auch Variablen kontrolliert werden, die den Erwerbsstatus der Befragten hinreichend beschreiben. Angesichts fehlender und über die Zeit diesbezüglich unterschiedlich erhobener Variablen im ISSP können nur drei vergleichbare Dummies gebildet werden, welche die Selbständigen, Arbeitslose und alle nicht im Erwerbsleben stehende gegenüber den abhängig beschäftigten Erwerbstätigen als Referenzgruppe herausheben. Im ISSP wird 1987 in einigen Ländern bedauerlicherweise nicht zwischen verschiedenen Nicht-Erwerbstätigen (Rentner, Behinderte, Hausfrauen und Hausmänner, Studierende, Personen im Erziehungsurlaub) genauer unterschieden, weshalb diese in einer Kategorie zusammengefasst werden müssen, um über die Zeit hinweg vergleichen zu können. Im ISJP können dagegen die Rentner als eigenständige Gruppierung in der Form einer weiteren Dummy Variable herausgehoben und kontrolliert werden.

Weitere wichtige standarddemografische Variablen wären als Kontrollvariablen auf Individualebene notwendig, können aber aufgrund fehlender Werte oder problematischer Umkodierungen im ISSP nicht in multivariaten Analysen verwendet werden. So wäre gerade die politische Ausrichtung der Befragten für Gerechtigkeitsäußerungen eine wichtige Kontrollvariable, auch wenn die Kausalität hier keine eindeutige Richtung des Zusammenhangs aufzuzeigen vermag (vgl. Kelley und Evans, 1993). Das Berufsprestige kann im ISSP aufgrund der unterschiedlichen Berufsklassifizierungen in den Ländern mangels entsprechender Umsatzkodierungen aus den spezifisch nationalen Berufsklassifikationen in die internationale Berufsklassifikation (vgl. International Labour Office, 1990) oder direkt in entsprechende Prestigewerte (vgl. z.B. Ganzeboom et al., 1992; Ganzeboom und Treiman, 1996; Treiman, 1977; Wegener, 1988) nur teilweise ermittelt werden und scheidet daher aus. Insgesamt, so kann festgehalten werden, sind die Möglichkeiten der Kontrolle individueller Strukturmerkmale begrenzt. Dieses Problem ergibt sich fast ausschließlich in den unterschiedlichen Wellen des ISSP.

⁶¹ Zwar wurde auch eine Kodierung von Bildungsabschlüssen in die Casmin Klassifizierung versucht, die aber an fehlenden Bildungsvariablen scheiterte, die hierzu notwendig wären.

b) Einstellungsvariablen

Zusätzlich zu standarddemografischen wurden auch Einstellungsvariablen als erklärende Aspekte in die Analysen aufgenommen (vgl. Tab. 25). Hierbei handelt es sich um die subjektive Einschätzung der Einkommensungleichheit im jeweiligen Land zum jeweiligen Zeitpunkt. In den Analysen der ISSP-Daten wurde auch die Einschätzung der Konflikte zwischen Armen und Reichen im eigenen Land und in einigen Untersuchungen der ISJP-Daten die allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Leben hinzugenommen.

Tab. 25: Zusammenstellung der Einstellungsvariablen

Variable	Beschreibung
Beurteilung der Einkommensungleichheit im Land	Wenn Sie ganz allgemein an die Einkommensunterschiede in [EIGENES LAND] denken: Halten Sie die Einkommensunterschiede heute für: viel zu groß, etwas zu groß, ungefähr angemessen, für etwas zu klein oder für viel zu klein? umkodierte 5-stufige Skala: 1 = viel zu klein, 5 = viel zu groß
Konflikt Arm/Reich	In allen Ländern gibt es Gegensätze oder sogar Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Wie stark sind diese Konflikte Ihrer Meinung nach in [EIGENES LAND]? In Deutschland gibt es <i>zwischen Armen und Reichen</i> gar keine Konflikte, eher schwache Konflikte, starke Konflikte, sehr starke Konflikte. Abfragung im Rahmen einer Liste mehrerer Konflikte umkodierte 4-stufige Skala: 1 = gar keine Konflikte, 2 = eher schwache Konflikte, 3 = starke Konflikte, 4 = sehr starke Konflikte); nur im ISSP vorhanden.
Zufriedenheit gesamt	Allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Leben zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen einer Abfrage mehrerer Zufriedenheitsaspekte: Wie zufrieden, würden Sie sagen, sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben überhaupt? 7-stufige Skala: 1 = in hohem Maße unzufrieden, 4 = weder zufrieden noch unzufrieden, 7 = in hohem Maße zufrieden; nur im ISJP vorhanden.

c) Ländervariablen

Im Rahmen dieser Untersuchung stehen vor allem Variablen zu den einzelnen Ländern und Zeitpunkten im Zentrum der Betrachtung, da sich an den Ländern vor allem Makroeinflüsse festmachen lassen, sei es in der Form des jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Regimes, der Einteilung als westlich-kapitalistisches oder post-kommunistisches Land oder hinsichtlich eines zentralen Makroindikators, der ein Land zu einem bestimmten Zeitpunkt charakterisiert. Damit gehen Länder zum einen als gruppierte wohlfahrtsstaatliche Dummy-Variablen, zum anderen als singuläre Land/Zeitpunkt Dummy-Variablen, aber auch als inhaltlich durch zentrale Indikatoren näher bestimmte Variablen in die Analysen ein. Vor allem diese inhaltlichen Variablen müssen nun genauer beschrieben werden (vgl. Tab. 26).

Bruttosozialprodukt: Das Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen (Bruttosozialprodukt) im Nachweis der Weltbank, das in US-Dollar je Einwohner angegeben ist und den Wechselkurs sowie die Preisentwicklung des Nationaleinkommens der USA berücksichtigt, gilt als wichtiger Indikator

für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft (vgl. Statistisches Bundesamt, 1991-2002). Es steht bedauerlicherweise nicht für die Kombination mit den Daten des ISSP 1987 zur Verfügung, wodurch sich in Analysen mit Makroindikatoren die Fallzahl verringert. Für Ost- und Westdeutschland wurde mangels vergleichbarer Daten zu den Landesteilen derselbe Wert für Gesamtdeutschland zugespielt.

Arbeitslosigkeit: Die jährliche Arbeitslosenrate ist ein Indikator für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme eines Landes. Die Daten wurden vom Internationalen Währungsfond (IWF) bezogen (vgl. International Statistical Yearbook, 2002). Da für Deutschland keine landesteilspezifischen Werte ausgewiesen werden, wurden für Ost- und Westdeutschland daher Berechnungen auf der Grundlage des SOEP verwendet, die das Statistische Bundesamt auf der Basis von Schätzungen anhand des Mikrozensus im April/Mai des jew. Jahres vorgenommen hat (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2001).

Tab. 26: Zusammenstellung der Makrovariablen der Länder

Variable	Beschreibung
Bruttosozialprodukt (US-\$ je EW)	Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen (Bruttosozialprodukt) im Nachweis der Weltbank, in US-Dollar je Einwohner. Wechselkurs und Preisentwicklung des Nationaleinkommens der USA ist eingerechnet. Quelle: Statistisches Bundesamt 1991-2002, Missing: für 1987
Arbeitslosigkeit (Prozent)	Jährliche Arbeitslosenrate in Prozent, Quelle: IWF in: International Statistical Yearbook 2002, Missing für Polen und Ungarn 1987 Für Ost- und Westdeutschland: auf Basis des Mikrozensus, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: 163.
Gini (LIS)	Gini-Koeffizient des nächsten zu erhaltenden Zeitpunktes eines Landes aus den Daten der Luxembourg Income Study (vgl. LIS 2003a). Für Ost- und Westdeutschland: Statistisches Bundesamt (2002: 583).
Gini (kalk.)	Gini-Koeffizient, eigenständige Berechnung aus den Angaben zum Haushaltsäquivalenzeinkommen der ISSP und ISJP-Daten nach Land und Zeitpunkt (STATA-Befehl 'rsread'). Missing in Polen und Italien 1987, Bulgarien, Schweden und Kanada 1992.
Sozialausgaben (Prozent/BIP)	Alle Ausgaben für soziale Sicherung als Prozent am Bruttoinlandsprodukt Quelle: ILO 2003, Missing für Ungarn 1987, Russland 1991, 1992, Slowenien 1992, 1992 und 1999.

Gini (LIS): Die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird gewöhnlich anhand des Gini-Koeffizienten gemessen. Die hier verwendeten Maße stammen aus den berichteten Daten der Luxembourg Income Study (vgl. LIS, 2003). Für Ost- und Westdeutschland wurden, da in den LIS-Daten nicht ausgewiesen, Berechnungen auf der Basis des SOEP für beide Landesteile verwendet (vgl. Statistisches Bundesamt, 2002: 583). Da Gini-Koeffizienten nicht für jedes Jahr zur Verfügung stehen, wurden die Werte des jeweils zeitlich am nächsten liegenden Zeitpunktes eines Lan-

des verwendet.⁶²

Sozialausgaben: Alle Ausgaben für soziale Sicherung als Prozent am Bruttoinlandsprodukt werden von der Internationalen Arbeitsorganisation berichtet (vgl. ILO, 2003). Da dies nur für drei Zeitpunkte 1985, 1990 und 1996 vergleichend berechnet wurde, werden diese Daten dem jeweiligen nächsten Zeitpunkt in den Daten des ISSP und ISJP hinzugefügt. Für die beiden Landesteile Ost- und Westdeutschland wird mangels geeigneter und vergleichbarer Werte der entsprechende gemeinsame Wert für Deutschland verwendet.

Die Verwendung von Makrodaten in Analysen von Individualdaten erweist sich aus zusammenfassender Perspektive als äußerst schwierig. International vergleichbare Makrodaten stehen nicht zu allen Zeitpunkten und nicht für alle Länder gleichsam zur Verfügung. Einschränkungen und Abwägungen bestimmen letztendlich stärker als theoretische Überlegungen die Entscheidung für oder gegen einen zu analysierenden Makroindikator. Die diesbezügliche Datenlage scheint sich zwar gerade in den letzten Jahren erheblich verbessert zu haben, die Bedingungen könnten jedoch noch besser sein. Denn nur so lassen sich auch detaillierter Einflüsse von Ländern auf individuelles Wahrnehmen, Handeln und Bewerten vor dem Hintergrund eingehender theoretischer Überlegungen analysieren.

7.3 Analysemethoden

Nach der Vorstellung der Daten und Variablen, die dieser Studie zugrunde liegen, muss nun danach gefragt werden, mit welchen Methoden die zentralen Fragestellungen der Untersuchung analysiert werden. Der Vergleich der Länder hinsichtlich der Gerechtigkeitsäußerungen der Menschen als den zu erklärenden Variablen steht dabei im Vordergrund. Methodisch wird ganz allgemein und prinzipiell so vorgegangen, dass zunächst Länderunterschiede in den verschiedenen Gerechtigkeitsäußerungen deskriptiv veranschaulicht werden. Diese werden in einem zweiten Schritt jeweils einer multivariaten Untersuchung anhand von OLS-Regressionen unterzogen. Damit sollen Länderunterschiede auch unter Kontrolle individueller Merkmale der Befragten statistisch überprüft werden.

Der Einfluss der Länder ist - wie bereits ausgeführt - jedoch in dreierlei Hinsicht zu verstehen. Eine zentrale These ist, dass die wohlfahrtsstaatlichen Regimes als institutionelle Arrangements, in die westliche Länder gruppiert werden können, Einfluss auf Gerechtigkeitsäußerungen ausüben (vgl. Lippl, 2003; Rothstein, 1998). Ferner ist auch zu fragen, inwieweit einzelne Länder zu einzelnen

⁶² Für jedes Land zum entsprechenden Zeitpunkt können Gini-Koeffizienten als Maß für die tatsächliche Ungleichheit der Einkommensverteilung auch aus den Angaben der Haushaltseinkommens in den verwendeten Daten des ISSP und des ISJP selbst berechnet werden. Im Rahmen dieser Studie wurde dies gemacht, und die berechneten Koeffizienten wurden in den multivariaten statistischen Verfahren dieser Untersuchung getestet. Da sich die Ergebnisse nicht wesentlich von denen der berichteten Gini-Koeffizienten unterscheiden und auch weniger fehlende Fälle in Kauf genommen werden müssen, werden nur die auf breiter Datenbasis berechneten Gini-Koeffizienten der Luxembourg Income Study für die vorgestellten Ergebnisse verwendet.

Zeitpunkten Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteile beeinflussen, auch wenn Länder als *black box* dabei inhaltlich unbestimmt bleiben. Und schließlich gilt es Länder und Zeitpunkte in den Berechnungen zu "eliminieren", indem sie durch inhaltlich bestimmbarere Makroindikatoren ersetzt werden.

Zur Überprüfung der verschiedenen Einflüsse werden für alle drei Länderaspekte jeweils aufeinander aufbauende multivariate OLS-Regressionsmodelle berechnet, um Zusammenhänge mehrerer unabhängiger Variablen auf eine lineare abhängige Variable zu testen (vgl. Backhaus et al., 1996: 2). Die Annahmen zur Anwendung dieses Schätzverfahrens (Linearität, Normalverteilung der Schätzfehler, keine einflussreichen Datenpunkte) können als weitgehend erfüllt gelten. Schwierigkeiten bereitet jedoch Heteroskedastizität, die sich in einer Verzerrung der Standardfehler der Schätzungen ausdrückt (vgl. Brüderl, 2000). Diese tritt vor allem dann auf, wenn die Daten gruppiert bzw. geklustert sind, wie es in Querschnittsdaten über mehrere Zeitpunkte hinweg üblich ist, also bei einer Wiederholung von Messungen der Analyseeinheit, wie hier vor allem der Länder (vgl. Stimson, 1985). Die Beobachtungen vor allem auf Länderebene sind also nur bedingt voneinander unabhängig. Damit ist eine zentrale Annahme von Regressionen verletzt, die sich zwar nicht in den Koeffizienten, aber eben in einer Fehlschätzung der Standardfehler äußert. Deshalb muss eine robuste Schätzung der Standardfehler vorgenommen werden, in der Heteroskedastizität korrigiert wird. Ein solches robustes Schätzverfahren über die Kovarianzmatrix haben Huber und White vorgeschlagen (vgl. Huber, 1967; White, 1980; White, 1982). Dieses Schätzverfahren, das in der verwendeten statistischen Software STATA implementiert ist, wurde in den multivariaten Berechnungen verwendet. Bevor jedoch Ergebnisse der Analysen mit diesen Methoden vorgestellt werden, muss der Faden aus dem theoretischen Teil wieder aufgenommen werden.

8 Hypothesen und Konzept *revisited*

Nach der Vorstellung der Daten, Variablen und Analysemethoden, die dieser Studie zugrunde liegen, muss nun der Bogen zu einigen Aspekten der theoretischen und konzeptionellen Erörterungen des ersten Teils der Studie gespannt werden, um daraus Hypothesen entwickeln zu können. Thema dieser Untersuchung ist der Vergleich von verschiedenen Ländern hinsichtlich der Wahrnehmung und Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, der Einstellungen im Sinne der Ablehnung oder Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit und der Befürwortung der Verteilungsideologien Meritokratismus und Etatismus. Die zwei Gerechtigkeitsmodi der Belohnungsbewertungs- (Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung) und der Prinzipienbefürwortungsgerechtigkeit (Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Verteilungsideologien) sollen also erklärt werden, indem ihre Determinanten bestimmt werden. Im Anschluss an die theoretisch-konzeptionellen Ausführungen im Rahmen des Colemanschen Erklärungsmodells sind es vor allem Faktoren auf Aggregatsebene und Faktoren auf Mikroebene, welche die zu erklärenden Gerechtigkeitsäußerungen der Menschen bestimmen, wobei dem Ansatz dieser Studie nach der Aggregatsebene der Länder mehr Aufmerksamkeit zukommt.

1) Individualebene

Auf individueller Ebene beeinflussen soziodemografische Merkmale und Einstellungen bzw. Wahrnehmungen die Gerechtigkeitsäußerungen der Individuen, die in dieser Studie als wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und Verteilungsideologien operationalisiert wurden. Hinter den individuellen Strukturmerkmalen der Personen stehen unterschiedliche Motivationen, wie das aus der eigenen sozialen Lage sich ergebende Eigeninteresse (vgl. Coleman, 1990), aber auch vertretene moralisch altruistische Werte (vgl. Mau, 2002; Mau, 2002) und sachliche kollektiv-rationale Beurteilungen (vgl. Norden, 1985; Norden, 1986). Auf diesen Grundmotivationen, hinter denen auch grundlegende naturale Antriebsstrukturen menschlichen Verhaltens liegen (vgl. Korff, 1985), basieren im wesentlichen die vermuteten Zusammenhänge auf der Individualebene in dieser Studie (vgl. Tab. 27).

Es ist davon auszugehen, dass vor allem Merkmale, welche die soziale Position eines Individuums in der Gesellschaft bestimmen, stärker von Interessen geleitet sind. Geht es um die generelle Stellung im Hierarchiegefüge der Gesellschaft, die sich am Einkommen und der Selbsteinschätzung der Personen in obere oder untere Positionen der Gesellschaft festmachen lässt, kann angenommen werden, dass Personen mit höherem Einkommen bzw. diejenigen, die sich weiter oben stehend einschätzen, die Einkommensverteilung der Gesellschaft als weniger ungerecht bewerten als solche, die sich eher unten einstufen oder weniger Einkommen haben (vgl. Kelley und Evans, 1993: 79). Bessergestellte lehnen auch soziale Ungleichheit vergleichsweise weniger ab und finden diese stattdessen stärker für notwendig. Sie befürworten auch stärker das Leistungsprinzip und sind weniger für den Etatismus als normative Verteilungsideologie. Denn weiter oben stehende Personen haben ein Interesse, dass die gesellschaftliche Hierarchie aufrechterhalten wird, damit sie ihre pri-

vilegierte Stellung beibehalten können, während für eher unten stehende Personen eine Besserung ihrer vergleichsweise schlechteren Situation eher erreicht werden kann, wenn sie Ungleichheit als ungerecht ablehnen, die Einkommensverteilung stärker als ungerecht bewerten und für einen sozial ausgleichenden Staat plädieren.

Tab. 27: Hypothesen auf Individualebene (Mikro)

	Ungerechtigkeitsbewertung	Ablehnung sozialer Ungleichheit	Notwendigkeit sozialer Ungleichheit	Meritokratismus	Etatismus
<i>Ind. Merkmale:</i>					
Geschlecht (Frauen)	+	+	-	-	+
Alter	+	+	-	-	+
Haushaltsgröße	+	+	-	-	+
<i>Hierarchieposition:</i>					
Rel. Einkommen	-	-	+	+	-
Unten-Oben-Skala	-	-	+	+	-
<i>Erwerbsposition:</i>					
Selbständig	-	-	+	+	-
Arbeitslos	+	+	-	-	+
In Rente	+	+	-	-	+
Nicht Erwerbstätig	-	+	-	-	+
<i>Bildung:</i>					
Bildung	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-
<i>Einstellungen:</i>					
Bew. Einkommensungl.	+	+	-	-	+
Konflikt Arm/Reich	+	+	-	n.v.	n.v.
Zufriedenheit gesamt	n.v.	n.v.	n.v.	+	-

+ = positiver, - = negativer Effekt, n.v. = nicht vorhanden/nicht bestimmbar.

Geht es um die Position im Erwerbsleben, stehen ebenso Motivationen aus dem nutzenmaximierenden Eigeninteresses hinter den vermuteten Zusammenhängen. Selbständige verhalten sich ähnlich wie diejenigen mit hohem Einkommen. Sie finden als Profiteure einer stärkeren Einkommensungleichheit die Einkommensverteilung auch weniger ungerecht, befürworten daher auch stärker den Meritokratismus als Verteilungsideologie und lehnen Etatismus eher ab. Dagegen sind die Nutznießer eines stärkeren sozialen Ausgleichs durch Umverteilung des Wohlstand, die so genannten "Versorgungsklassen" des Wohlfahrtsstats (vgl. Alber, 1984) aus Eigeninteresse konträr eingestellt. So finden Arbeitslose und Rentner die Einkommensverteilung eher stärker ungerecht, weil sie selbst vergleichsweise weniger erhalten. Sie lehnen auch soziale Ungleichheit stärker ab und befürworten stärker, dass der Staat absichern und umverteilen soll. Den meritokratischen Verteilungsgedanken lehnen sie eher ab, da sie selbst mit eigener Leistung nichts zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

In Bezug auf Geschlecht und Alter können altruistische Motive hinter Gerechtigkeitsäußerungen vermutet werden. Danach ist zu erwarten, dass Frauen soziale Ungleichheit aus emotional altruistischen Motiven stärker ablehnen als Männer. Sie sind auch stärker für sozialen Ausgleich und we-

niger für das Leistungsprinzip. Ihre "sozialere" Einstellung lässt sich durch fortwirkende Zuschreibungen durch die Gesellschaft, aber auch durch die gesellschaftlich zugeschriebenen reproduktiven Aufgaben erklären (vgl. Kelley und Evans, 1993: 100). Hinsichtlich des Alters können ähnliche Effekte angenommen werden, da Personen mit zunehmendem Alter in ihren Einstellungen "milder" und "sozialer" werden. Allerdings ist auch zu vermuten, dass ältere Personen stärker den Meritokratismus befürworten als jüngere.

Der Einfluss der Bildung auf Gerechtigkeitsäußerungen kann als ambivalent eingestuft werden. Höhergebildete Menschen - so ist anzunehmen - werden stärker von sachlich rationalen Überlegungen geleitet als von ihrem Eigeninteresse hinsichtlich ihrer sozialen Position. Von daher ist zu vermuten, dass der Bildungseffekt nicht Länder übergreifend einheitlich ist, sondern eher landes- und zeitspezifisch aus der unterschiedlichen Situation und Lage heraus geprägt ist.

Des Weiteren ist von starken Einflüssen der Einstellungen und Wahrnehmungen der Menschen auszugehen. Nehmen Menschen die Einkommensunterschiede im Land stärker als zu hoch wahr, finden sie diese auch stärker ungerecht. Sie lehnen soziale Ungleichheit eher ab und präferieren eine stärkere Staatstätigkeit zur Herstellung von mehr sozialem Ausgleich, während sie die Leistungsideologie eher ablehnen. Dieselben Effekte können für solche Personen erwartet werden, die stärkere soziale Konflikte zwischen Armen und Reichen im Land wahrnehmen. Umgekehrt stimmen Personen, die mit ihrem Leben allgemein zufriedener sind, weniger für eine stärkere Staatstätigkeit, weil sie bereits zufriedener sind.

2) Länderebene

Kern dieser Untersuchung sind jedoch weniger Individueffekte, die bereits gut untersucht sind, als vielmehr Makroeffekte. Durch den Ländervergleich soll geklärt werden, welcher Erklärungsbeitrag dem Faktor Land zugeschrieben werden muss und welcher individuellen Strukturmerkmalen. Und es muss gezeigt werden, inwiefern Länder auf individuelle Gerechtigkeitsäußerungen wirken. Da Länder ohne nähere Bestimmung eigentlich nur als *black box* angesehen werden können, die im Unklaren lässt bzw. allein der theoretischen Argumentation überlässt, was genau an Ländern die Variationen in den abhängigen Variablen erklären könnte, bleibt als Forschungsstrategie, die neue Erkenntnisse versprechen könnte, nur die Suche nach einer besseren Charakterisierung und Bestimmung der Länder sowie die Analyse einer größeren Anzahl von Ländern.

Eine zentrale These dieser Arbeit ist, dass unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regimes einen Einfluss auf individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen haben. Bisherige Untersuchungen und Überlegungen scheinen mit guten Argumenten und empirischen Ergebnissen in Bezug auf einzelne Länder darauf hinzudeuten (vgl. z.B. Andreß und Heien, 2001; Arts und Gelissen, 2001; Lippl, 2000; Lippl, 2003; Mau, 2002). Diese Studien sind jedoch in der Regel Fallanalysen von Ländern (vgl. Kap. 6), beschränken sich in der Auswahl und zielen eher auf intensiveres Studium dieser Länder und ihrer Einflüsse auf individuelle Gerechtigkeitsbekundungen als auf die systematisch breite Untersuchung möglichst vieler Länder. Mit den jüngsten Datenwellen des ISJP und des ISSP sind nunmehr auch umfangreichere Studien und damit bessere Analysemöglichkeiten gegeben.

Diese Studie setzt deshalb auf eine breite Masse von Ländern. Sie verwendet damit Länder auch als Fälle und weniger als Kontext. Möglichst viele Länder sollen hinsichtlich der Gerechtigkeitsäußerungen von Menschen verglichen werden. Damit geht sie einen entscheidenden Schritt weiter über bisherige Fallstudien hinaus. Von daher ist auch klar, dass nicht mehr intensiv auf die einzelnen Länder eingegangen werden kann. Vielmehr kommt es darauf an, Charakterisierungen und Merkmale der Länder zu finden, die hinreichend für die Erklärung individueller Gerechtigkeitsvorstellungen sind.

Um den Einfluss des Wohlfahrtsstaates auf individuelle Gerechtigkeitsäußerungen bei einer großen Anzahl von Ländern zu bestimmen, ergeben sich drei verschiedene Möglichkeiten der Analyse: (1) Eine *Länderklassifizierung* bzw. eine *Wohlfahrtsstaatstypologie* bringt durch eine Kombination von verschiedenen relevanten Kriterien eine theoretisch plausible Einteilung der Länder, von der ein einheitlicher Effekt auf individuelle Gerechtigkeitsäußerungen zu erwarten ist (vgl. Ragin, 1994: 114). Dabei kommt es darauf an, Faktoren und Merkmale der Länder für eine Klassifikation oder Typologie ausfindig zu machen, welche die Ähnlichkeit bzw. Nicht-Ähnlichkeit der Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen determinieren. Mit der Typologie wohlfahrtsstaatlicher Regimes von Esping-Andersen (1990; 1999) auf der Basis empirischer Indikatoren ist eine solche gefunden worden, die hinsichtlich der Erklärung von Gerechtigkeitsvorstellungen nur wenig Bedenken hervorruft (vgl. Arts und Gelissen, 2001), sondern eher zu überzeugen vermag (vgl. Lippl, 1997; Lippl, 2000; Mau, 1997; Mau, 1998). (2) Die *Länder* werden wie bisher *als Dummy*-Variablen behandelt, um anhand theoretischer und empirischer Überlegungen die gefundenen Länderunterschiede zu verdeutlichen. Hier ist vor allem an den Unterschied zwischen osteuropäischen Transformationsländern und westlich-kapitalistischen Ländern zu denken und an den Hintergrund des bisherigen Stands der Transformation in diesen Ländern. (3) Schließlich können zentrale Merkmale und *Indikatoren der Länder* auch *direkt* und ohne den Umweg über Typologien bei einer großen Anzahl von Fällen in die Analysemodelle als Variablen eingebracht werden, indem sie Länder-Dummies oder Typen von Ländern in empirischen Modellen einfach ersetzen. Länder werden auf diese Weise in Variablen disaggregiert. Zwar sind multivariate Tests verschiedener Indikatoren auch hier nur begrenzt möglich, da fehlende Freiheitsgrade ein gleichzeitiges Testen mehrerer Makroindikatoren statistisch nicht zulassen. Es kann jedoch in einzelnen Modellen geschätzt werden, wie hoch der jeweilige Erklärungsbeitrag einzelner Ländermerkmale und -indikatoren in Bezug auf individuelle Gerechtigkeitsäußerungen ist.

Mit den Vorgehensweisen (1) 'Typologie' und (3) 'Indikatoren' kann die Komplexität einer hohen Anzahl von Ländern reduziert und zugleich inhaltlich bestimmt werden. Mit beiden wird eine Vereinfachung erreicht, die den Verlust von Komplexität jedoch dann auszugleichen vermag, wenn theoretisch überzeugend sichergestellt ist, dass die Merkmale und Indikatoren, auf die Länder reduziert werden, in Bezug auf den zu untersuchenden Gegenstand zentral sind. Die hier verwendete Wohlfahrtsstaatstypologie kann als theoretisch plausibles Konzept gelten. Aber auch die Makroindikatoren, die hier getestet werden sollen, nämlich die Wirtschaftskraft, die Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit in der Form von Einkommenskonzentration und die Sozialausgaben eines Landes sind zentrale Kennzeichen der Länder und damit geeignete Indikatoren, um Gerechtigkeitsvorstellungen von Menschen zu erklären. Die Frage ist nun, welche Hypothesen sich aus den Erörterun-

gen des ersten Teils der Studie ableitend zusammenfassen lassen (vgl. Tab. 28).

a) Wohlfahrtsregime

Die verschiedenen institutionellen Arrangements von Wohlfahrtsstaaten funktionieren nach unterschiedlichen Verteilungsideologien (Esping-Andersen, 1990; Esping-Andersen, 1999), die ihren institutionellen Strukturen inhärent sind und befördern diese auf unterschiedliche Weise in die Bevölkerung (vgl. Rothstein, 1998). So begünstigt in liberalen Staaten die Philosophie des "vom Tellerwäscher zum Millionär" eine durchlässige, aber auf Leistung bezogene Aufstiegsmobilität. Liberale Wohlfahrtsstaaten greifen wenig durch Umverteilung in die Verteilungsprozesse des Marktes ein. Von daher ist zu erwarten, dass eine vergleichsweise starke Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung von den Menschen auch wahrgenommen wird. Da zu vermuten ist, dass die Bevölkerung ihr wohlfahrtsstaatliches Arrangement trägt, kann angenommen werden, dass Ungleichheit weniger abgelehnt und eher für notwendig befunden wird. Auch die Leistungsideologie wird stärker, während Etatismus weniger stark befürwortet wird. Der gänzlich konträre Effekt ist vermutlich in sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes zu finden, der viel auf Umverteilung, Unabhängigkeit von Marktkräften, umfassende Absicherung, Inklusion und Partizipation aller setzt. Hier bewerten Personen die Einkommensverteilung vermutlich als weniger ungerecht, lehnen soziale Ungleichheit stärker ab und präferieren den sozialen Ausgleich durch den Staat stärker, weil es dem verteilungs-ideologischen Charakter ihres Wohlfahrtsarrangements entspricht.

Tab. 28: Hypothesen auf Länderebene (Makro)

	Ungerechtigkeitsbewertung	Ablehnung sozialer Ungleichheit	Notwendigkeit sozialer Ungleichheit	Meritokratismus	Etatismus
<i>Typologie</i>					
Liberal	###	#	###	###	#
Konservativ	##	##	##	##	##
Sozialdemokratisch	#	###	#	#	###
Mediterran	###	###	#	n.v.	n.v.
<i>Ost-West</i>					
Transformationsländer	+	+	-	-	+
<i>Indikatoren</i>					
Bruttosozialprodukt	-	0	0	+	-
Arbeitslosigkeit	+	0	0	0	0
Soz. Ungleichheit	+	+	-	-	+
Sozialausgaben	-	-	+	-	+

+ = positiver, - = negativer Effekt, 0 = kein Effekt; Anzahl der '#' = Stärke des Effekts; n.v. = nicht vorhanden/möglich.

Konservative Regimes in kontinentaleuropäischen Ländern können vermutlich jeweils irgendwo in der Mitte angesiedelt werden. Es kann angenommen werden, dass eine relativ starke Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung wahrgenommen wird, da das Wohlfahrtssystem nur begrenzt umverteilt, sondern stattdessen auf die Spiegelung der Ungleichheitshierarchie aus der Erwerbssphäre im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement setzt. Ungleichheit wird zwar abgelehnt aber auch für notwendig erachtet. Die Leistungsideologie wird dementsprechend ebenso stark präferiert wie der

Etatismus. Im Vergleich der wohlfahrtstaatlichen Regime ist also Indifferenz in den Ideologien und Einstellungen zu erwarten. Der mediterrane südeuropäische Wohlfahrtsstaat ist rudimentär, zumal er auch vergleichsweise relativ spät entstanden ist (vgl. Ferrera, 1996; Lessenich, 1994). Er setzt stark auf die familiäre Selbsthilfe und starke Familienbande, die in Risikolagen schützen. Soziale Ungleichheit wird stärker abgelehnt und die Einkommensverteilung wird aufgrund des rudimentären Ausbaus des Wohlfahrtsregimes auch stärker als ungerecht bewertet. Dieser Typus wirkt ideologisch auf Menschen ähnlich wie das sozialdemokratische Regime, aber in Bezug auf Ergebnissbewertungsgerechtigkeit aufgrund der geringen Umverteilung und starken Einkommensungleichheit wie das liberale Regime.

b) Transformation

Aufgrund der unterschiedlichen Qualität des sozialen Wandels in postkommunistischen Ländern und westlich-kapitalistischen Ländern wird auch ein deutlicher Ost-West-Unterschied in der wahrgenommenen Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, den Einstellungen zu sozialer Ungleichheit und der Präferenz von Verteilungsideologien angenommen. Da im Übergang vom sozialistischen Gesellschaftssystem zu Markt und Demokratie auch eine neue Ungleichheitsstruktur entstanden ist, kann angenommen werden, dass sich diese für die Bevölkerung neue Situation in einer insgesamt stärkeren Ungerechtigkeitswahrnehmung in Bezug auf die Einkommensverteilung ausdrückt. Soziale Ungleichheit wird nach der langen Zeit mit nur wenig tatsächlicher sozialer Ungleichheit zwar stärker für notwendig befunden, zugleich aber auch stärker abgelehnt, weil die negativen Folgen für die Bevölkerung spürbar sind. Auch wenn in dieser Studie nicht geklärt werden kann, ob die Einstellungen und Präferenzen der Personen aufgrund ihrer Sozialisation im sozialistischen System oder aufgrund der prekären Lage nach dem Systemwechsel zustande kommen, ist zu vermuten, dass sie etatistischer und meritokratischer zugleich sind. Sie rufen aufgrund problematischer Entwicklungen nach dem Systemwechsel verstärkt nach dem Staat und sind auch prowestlich eingestellt, indem sie die Leistungsideologie kapitalistischer Gesellschaften stärker befürworten, die in sozialistischen Zeiten nicht oder nur wenig Geltung hatte.

Allerdings ist in den Transformationsländern aufgrund der zeitlich relativ raschen Wandlungsprozesse auf allen Gesellschaftsebenen davon auszugehen, dass auch erheblich stärkere Veränderungen in der subjektiven Wahrnehmung von Ungerechtigkeit, den Einstellungen und auch den Ideologien zu finden sind als in westlich-kapitalistischen Ländern. Vor allem bei der Zustimmung zu Verteilungsideologien kann angenommen werden, dass sie sich aufgrund von negativen Transformationserfahrungen verändern, während sie in westlichen Ländern weitgehend stabil bleiben. So kann angenommen werden, dass der Etatismus alter Prägung bei deutlich negativer Transformationserfahrung wieder steigt und Meritokratismus wieder eher abgelehnt wird. Ebenso wird soziale Ungleichheit für weniger notwendig befunden und die Einkommensverteilung wird als stärker ungerecht wahrgenommen. Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich vor allem im Grad der Befürwortung, Ablehnung und Wahrnehmung der zu erklärenden Aspekte und richten sich nach dem Grad des Erfolgs im Transformationsprozess und Umbau der Gesellschaften.

c) Makroindikatoren

Wenn Makroindikatoren als inhaltliche Weiterbestimmungen der Länder die einzelnen Länder-Dummies ersetzen, ist ebenso mit deutlichen Effekten zu rechnen. Hinsichtlich der Wirtschaftsleistung eines Landes ist kein Effekt auf die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit der Bevölkerung zu erwarten. Je höher aber das Bruttonationaleinkommen ist, desto weniger wird die Einkommensverteilung als ungerecht empfunden, da es genug zu verteilen gibt und es wahrscheinlich ist, dass jedes Gesellschaftsmitglied genug vom Wohlstand abbekommt. Auch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit ist nur ein Effekt auf die Wahrnehmung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung zu erwarten, da eine hohe Arbeitslosigkeit die gesamte Gesellschaft zumindest mental in Mitleidenschaft zieht, da sie ein soziales Problem ist. Hinsichtlich der tatsächlichen Einkommensungleichheit, sei sie aus den ISSP- bzw. ISJP-Daten berechnet oder durch andere Daten ermittelt, sind jedoch starke Effekte zu erwarten: Je höher die Einkommensungleichheit, desto höher die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit. Soziale Ungleichheit wird bei höherer Einkommensungleichheit auch stärker abgelehnt. Etatismus wird als Verteilungsideologie mit zunehmender tatsächlicher Einkommensungleichheit stärker, während Meritokratismus weniger befürwortet wird. Hinsichtlich der Sozialausgaben wird angenommen, dass je höher sie sind, desto weniger Ungerechtigkeit wird wahrgenommen, weil der Staat ja mehr für soziale Sicherung ausgibt und damit für sozialen Ausgleich sorgt. Soziale Ungleichheit wird entsprechend weniger abgelehnt. Ideologisch wird der soziale Ausgleich durch den Staat stärker befürwortet, da die höheren Sozialausgaben sich ja als vorteilhaft erweisen. Nachdem nun das Untersuchungskonzept für den empirischen Teil der Untersuchung aufbereitet und präzisiert wurde, können nun die einzelnen Ergebnisse vorgestellt werden.

9 **Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung**

Nachdem der theoretische Rahmen dieser Studie hinreichend abgesteckt und das Untersuchungskonzept in Zusammenfassung der Hypothesen nochmals verdeutlicht wurde, können nun Ergebnisse der empirischen Analysen präsentiert werden. Bevor sich der Blick auf Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und die Zustimmung zu Gerechtigkeitsideologien als Varianten der Prinzipienbefürwortungsgerechtigkeit in weiteren Kapiteln richtet, steht zunächst die Wahrnehmung und Bewertung der Einkommensungerechtigkeit als gerechtigkeits-theoretischer Modus der Ergebnisbewertungsgerechtigkeit in den ausgewählten Ländern im Mittelpunkt. Dabei sind jeweils drei Zugänge zu unterscheiden. Zunächst soll der direkte Einfluss des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements (1) in der Länderzuteilung von Esping-Andersen (1990), dann die unmittelbar direkte Wirkung der Länder (2) und schließlich der Effekt inhaltlicher Makrovariablen (3) auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung näher bestimmt werden. Dabei gilt es den Blick nicht nur auf den Vergleich der Länder zu richten, sondern auch die zeitliche Veränderung der Effekte zu verfolgen. Die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung ist im Gegensatz zu den Einstellungen und Präferenzen in beiden Datensätze (ISSP und ISJP) vorhanden. Daher werden Resultate aus beiden Umfrageprojekten vorgestellt. Diese Ergebnisse können zwar aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsart und -zeit nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, dienen aber in gewisser Weise zur Kontrolle der Validität. Die einzelnen Abschnitte sind jeweils so aufgebaut, dass zunächst deskriptive Analysen den multivariaten statistischen Schätzungen vorangestellt werden.

9.1 **Der Einfluss der Wohlfahrtsregimes**

Eine erste Antwort auf die Frage, wie die Einkommensungerechtigkeit in verschiedenen Wohlfahrtsregimes wahrgenommen und bewertet wird, kann durch den deskriptiven Vergleich des Ungerechtigkeitsindex in den verschiedenen Regimes gewonnen werden (vgl. Abb. 9). Aufgrund der Unmöglichkeit einer wohlfahrtsstaatlichen Klassifizierung postkommunistischer Länder, die bereits ausführlich diskutiert wurde, können nur westliche Länder in diese Analysen eingeschlossen werden. Die Einteilung der Länder basiert auf der Typologie von Esping-Andersen (1990) und wurde um das mediterrane Wohlfahrtsregime (vgl. Ferrera, 1996; Leibfried, 1992) erweitert. Zunächst ist grundsätzlich festzuhalten, dass in keinem wohlfahrtsstaatlichen Regime aus der Sicht der Bevölkerung eine gerechte Verteilung des Einkommens stattfindet, sei es in Bezug auf die Daten des ISJP (jew. linke Grafiken) oder des ISSP (jeweils rechte Grafiken). Der Befund lässt keine Rede von Einkommensgerechtigkeit, sondern ausschließlich von Einkommensungerechtigkeit zu. Wird zunächst noch nicht nach dem Zeitpunkt der Messung unterschieden (obere Grafiken), lässt sich für das ISJP der vermutete Zusammenhang der Wohlfahrtsregimes mit der Ungerechtigkeitswahrnehmung auf den ersten Blick bestätigen. Im liberalen Wohlfahrtsregime wird die Einkommensverteilung am ungerechtesten bewertet, im konservativen nur geringfügig weniger ungerecht

und im sozialdemokratischen vergleichsweise noch am gerechtesten. Für mediterrane Wohlfahrtsstaaten sind in diesem Umfrageprojekt keine Daten erhältlich. In den ISSP-Daten dagegen zeigt der konservative Wohlfahrtsstaat das größte Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit, das sogar über das Niveau des liberalen Typus hinausgeht. Das mediterrane Regime zeichnet sich ebenso durch relativ hohe Ungerechtigkeitswerte aus, was aufgrund seines rudimentären Charakters auch angenommen wurde. Im sozialdemokratischen Wohlfahrtsarrangement findet sich insgesamt betrachtet das geringste Niveau an wahrgenommener Ungerechtigkeit. Damit setzt sich dieses Regime auch in diesen Daten gemäß den Erwartungen deutlich von den anderen Typen ab.

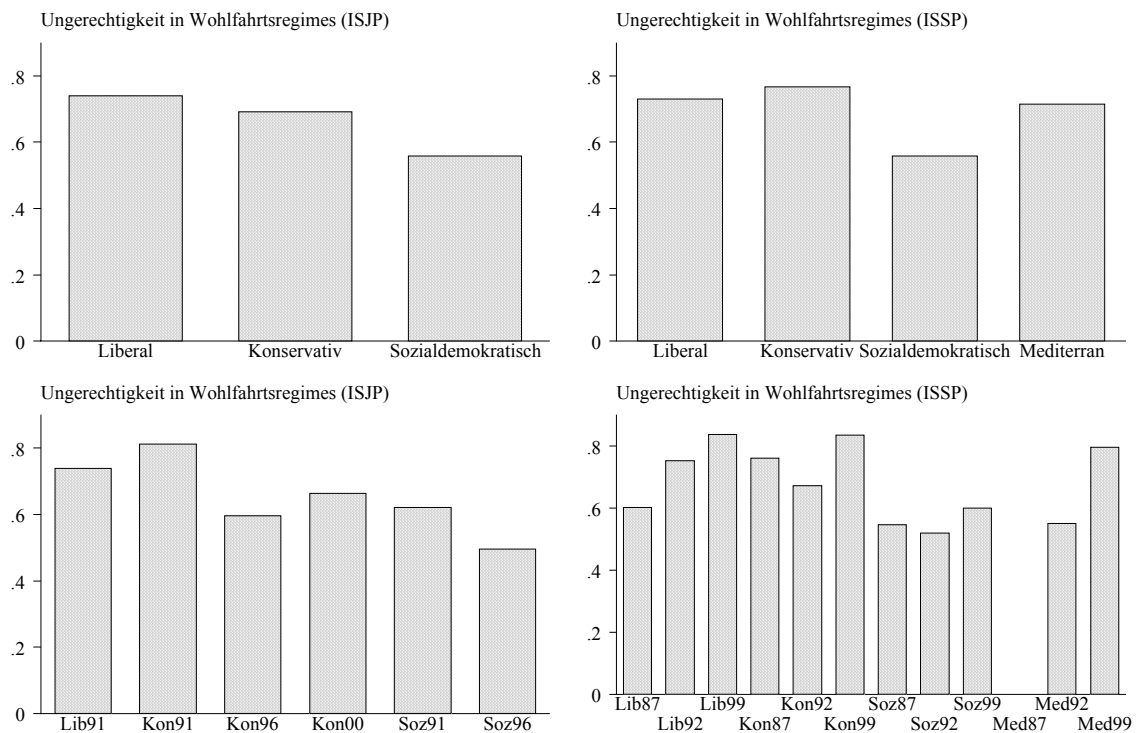


Abb. 9: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in Wohlfahrtsregimes
Datenbasis: ISJP und ISSP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); eigene Berechnung.
Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992.

In den unteren beiden Grafiken der Abbildung kann verfolgt werden, welche zeitliche Dynamik sich in dem bisher nur statisch betrachteten Befund verbirgt. Danach ist aus den Berechnungen des ISJP die Ungerechtigkeitswahrnehmung im konservativen Regime (Westdeutschland) von 1991 auf 1996 deutlich zurückgegangen, um von 1996 auf 2000 wieder leicht anzusteigen. Ebenso wird im sozialdemokratischen Regime (Niederlande) 1996 weniger Ungerechtigkeit wahrgenommen als noch 1991. Für den liberalen Typus liegen nur Daten von 1991 vor (USA und Großbritannien), so dass keine Veränderungen beobachtet werden können. Im ISSP stehen aufgrund der höheren Anzahl an westlichen Ländern erfreulicherweise gleich mehrere Fälle hinter den Wohlfahrtstypen als im ISJP, das schwerpunktmäßig eher auf die Veränderungen in osteuropäischen Transformationsländern ausgerichtet ist. Aus der Grafik kann entnommen werden, dass die Ungerechtigkeitswahrnehmung im liberalen Wohlfahrtsregime über den Zeitraum von 1987 bis 1999 kontinuierlich und

am stärksten zugenommen hat. Auch im konservativen und sozialdemokratischen Typus wird über den gesamten Zeitraum hinweg mehr Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung wahrgenommen, auch wenn zwischen 1987 und 1992 zunächst ein leichter Rückgang der wahrgenommenen Ungerechtigkeit festgestellt werden kann. Am stärksten innerhalb eines Zeitraums hat sich die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in mediterranen Regimes vergrößert, auch wenn dies vermutlich darauf zurückgeführt werden kann, dass diesem Regime 1992 nur Italien zugeordnet ist.

Insgesamt kann bislang festgehalten werden, dass sich im stärker umverteilenden und auf Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder bedachten sozialdemokratischen Regime deutlich weniger Einkommensungerechtigkeit wahrgenommen wird als in den anderen Regimes. Des Weiteren kann insgesamt eine Zunahme der wahrgenommenen Ungerechtigkeit in allen Regimes von 1987 auf 1999 konstatiert werden. Die Berechnungen anhand des ISJP legen nahe, dass sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre die wahrgenommene Ungerechtigkeit im konservativen und sozialdemokratischen Regime jedoch verringert hat. Nach diesen ersten deskriptiven Betrachtungen, müssen die gefundenen Unterschiede anhand multivariater Regressionen statistisch geprüft werden. Dabei soll auch geklärt werden, ob und inwieweit sie bei Kontrolle individueller Merkmale der Befragten konstant bleiben und welcher Beitrag den wohlfahrtsstaatlichen Regimes zur Erklärung der wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit beigemessen werden kann.

Zunächst werden die Regressionsmodelle zu den ISJP-Daten betrachtet (vgl. Tab. 29). Danach unterscheiden sich der liberale (Referenz) und der konservative Wohlfahrtsstaat nicht signifikant von einander, die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung ist jedoch im sozialdemokratischen Regime signifikant geringer (Modell 1). Der allgemeine Zeiteffekt über alle Regime ist negativ (Modell 2). Im Jahr 1996 wird insgesamt deutlich weniger Ungerechtigkeit als 1991 geäußert und im Jahr 2000 wieder etwas mehr Ungerechtigkeit als 1996, aber immer noch signifikant weniger als 1991 wahrgenommen. Die bereits deskriptiv veranschaulichten Unterschiede zwischen den Regimes zu verschiedenen Zeitpunkten sind signifikant (Modell 3). Danach weist der konservative Regimetypus im Vergleich zum liberalen unter Kontrolle der Zeit einen geringfügig, aber signifikant höheren Grad an wahrgenommener Einkommensungerechtigkeit auf, während im sozialdemokratischen Typus deutlich weniger Ungerechtigkeit als im liberalen empfunden wird. Neben diesen wohlfahrtsstaatlichen Makroeffekten kann auch der Einfluss individueller Merkmale bestimmt werden (Modell 4), welche die soziale Position der befragten Personen in der Gesellschaft beschreiben.⁶³ Diese 'harten' sozialstrukturellen Merkmale erklären ebenso wie die Regimetypen und die Zeit nur 2 Prozent der Varianz. Entgegen den Erwartungen können nur vier sozialstrukturelle Merkmale als signifikante Effekte gelten, die über alle Länder und Wohlfahrtsregime gleichsam wirken. Danach nimmt in größeren Haushalten, steigendem Einkommen und höherer subjektiver Selbsteinschätzung der Befragten in einer Unten-Oben-Skala die wahrgenommene Un-

⁶³ An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Variable "Kein Einkommen" nicht inhaltlich so zu interpretieren ist, als ob diese Befragten kein Einkommen hätten, sondern als instrumentelle Variable zu verstehen ist, die imputierte Werte für all jene Fälle kontrolliert, die aus diversen Gründen (z.B. durch Verweigerung etc.) keine gültige Einkommensangabe aufweisen und daher einen imputierten, d.h. geschätzten Einkommenswert erhalten haben.

gerechtigkeit der Einkommensverteilung ab.

Tab. 29: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wohlfahrtsregime</i>							
Ref. Liberal							
Konservativ	-0.026 (1.496)	0.060*** (2.980)	0.073*** (3.396)			0.058*** (2.785)	-0.027 (0.236)
Sozialdemokratisch	-0.149*** (8.189)	-0.100*** (5.234)	-0.110*** (5.573)			-0.081*** (4.189)	-0.336*** (2.988)
1996		-0.168*** (9.221)	-0.203*** (7.491)			-0.175*** (6.926)	-0.144 (1.034)
1996*Sozialdemokratisch			0.071* (1.952)			0.129*** (3.718)	-0.173 (0.870)
2000		-0.120*** (5.234)	-0.133*** (5.520)			-0.083*** (3.557)	-0.155 (1.156)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>							
Geschlecht (Frauen=1)				0.014 (1.022)	-0.016 (1.156)	-0.017 (1.252)	0.013 (0.470)
Alter (in Jahren)				0.001 (1.358)	0.001 (0.900)	0.000 (0.584)	-0.000 (0.065)
Haushaltsgröße				-0.012* (1.934)	-0.015** (2.437)	-0.014** (2.364)	-0.016 (1.413)
Rel. Einkommen				-0.070*** (4.636)	-0.063*** (4.300)	-0.059*** (4.066)	-0.060*** (2.814)
Kein Einkommen				-0.009 (0.395)	-0.003 (0.122)	-0.003 (0.147)	-0.003 (0.119)
Bildung (Casmin)				-0.006 (1.035)	-0.005 (0.874)	-0.003 (0.589)	-0.032*** (3.229)
Unten-Oben-Skala				-0.035*** (6.543)	-0.020*** (3.868)	-0.017*** (3.338)	-0.020*** (3.828)
Selbständig				-0.075*** (2.964)	-0.060** (2.559)	-0.061** (2.576)	-0.050 (1.124)
Arbeitslos				0.038 (0.964)	0.017 (0.468)	0.029 (0.805)	0.028 (0.411)
In Rente				-0.014 (0.532)	-0.011 (0.439)	-0.010 (0.397)	-0.004 (0.145)
Nicht Erwerbstätig				0.027 (0.834)	0.028 (0.935)	0.025 (0.821)	0.028 (0.901)
Bew. Einkommensungl.					0.210*** (23.724)	0.204*** (22.613)	0.207*** (22.463)
							+ Int.
Konstante	0.740*** (52.689)	0.740*** (52.682)	0.740*** (52.679)	0.896*** (18.872)	0.015 (0.254)	0.058 (0.919)	0.188** (2.133)
Fälle	7611	7611	7611	7611	7611	7611	7611
R-Quadrat	0.010	0.020	0.020	0.021	0.114	0.123	0.130

Datenbasis: ISJP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.
*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Auch Selbständige nehmen die Einkommensverteilung als weniger ungerecht wahr als die abhängig Beschäftigten (Referenz). Bis auf den Effekt der Hauhaltsgröße, für den augenscheinlich keine Begründung nahe liegend ist, bestätigen diese Befunde weitgehend die Erwartungen im Zusammenhang dieser Untersuchung sowie die Ergebnisse früherer Studien in dieser Richtung (z.B. Kelley und Evans, 1993). Personen in höheren Einkommensklassen und höheren Gesellschaftsschichten relativieren die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in ihren Beurteilungen, um damit

ihre eigene besser gestellte Position derart abzuwerten, dass ihr Wohlstand nicht zum Anlass von Umverteilung wird. Neben dieser Motivation durch eigenes Profitstreben kann die ebenso eigen-nützige Motivation zum Selbstschutz angeführt werden, die ein abgeschwächtes Urteil dieser Gruppen nach sich zieht. Danach soll vermieden werden, dass sie selbst als eine der Quellen einer ungerechten Gesellschaft gelten oder dafür verantwortlich gemacht werden. Neben diesen Strukturmerkmalen der Befragten wird auch der Effekt einer Einstellungsvariable getestet, nämlich der Einfluss der von den Befragten subjektiv bewerteten Einkommensungleichheit im jeweiligen Land (Modell 5). Der positive Effekt zeigt, dass je höher die Einkommensungleichheit im jeweiligen Land bewertet wird, desto ungerechter auch die Einkommensverteilung wahrgenommen wird. Der Erklärungsbeitrag dieser Einstellung ist verständlicherweise enorm und äußert sich auch in einem mehrfachen Zuwachs an erklärter Varianz auf nunmehr über 11 Prozent. Es ist freilich problematisch, mit einer Einstellung einen anderen subjektiven Bewertungsaspekt zu erklären, da die Kausalität einerseits nicht zweifelsfrei bestimmt werden kann und andererseits die Gefahr einer tautologischen Erklärung nicht ausgeschlossen werden kann. Allerdings sollte an dieser Stelle auch betont werden, dass die Wahrnehmung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung als indirekte Messung charakterisiert werden kann, während die Wahrnehmung der Einkommensungleichheit direkt abgefragt wurde, so dass in der vorliegenden modellhaften Konzeption vor allem der Effekt einer direkten Äußerung auf eine indirekte Wahrnehmung getestet bzw. kontrolliert wird. Das für die Fragestellung wichtigste Modell liegt vor, wenn der Effekt der wohlfahrtsstaatlichen Regimes unter Kontrolle der Strukturmerkmale der Befragten bestimmt wird (Modell 6). Da die Effekte der wohlfahrtsstaatlichen Regimes und der individualstrukturellen Merkmale signifikant bleiben und sich nur geringfügig abschwächen, kann davon ausgegangen werden, dass die Einflüsse der Regime relativ stabil sind. Zwar ist der zusätzliche Erklärungszuwachs dieses Modells gering, die Haupteffekte der Regimes werden jedoch durch individuelle Merkmale nicht wegerklärt, d.h. Wohlfahrtsstaaten haben einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung unabhängig von persönlichen Merkmalen. Schließlich können Interaktionseffekte kontrolliert werden (Modell 7), da angenommen werden kann, dass sich wohlfahrtsstaatliche Regimes nicht nur unmittelbar, sondern auch über die sozialstrukturelle Disposition der Personen in den einzelnen Regimes unterschiedlich auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung auswirken. Es kann festgestellt werden, dass alle Regime-Effekte bis auf den des sozialdemokratischen Typus in die regimespezifischen individuellen Strukturmerkmale verschwinden.⁶⁴ Da die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung als ergebnisbezogene Gerechtigkeitsbewertung konkreter gesellschaftlicher "Belohnungen" verstanden werden kann, sind stärkere sozialstrukturelle Effekte spezifisch zwischen wohlfahrtsstaatlichen Regimes auch eher zu erwarten gewesen als bei stärker historisch und gesellschaftlich verankerten Ideologien und Haltungen. Bevor diese Ergebnisse jedoch eingehender diskutiert werden, sollen zunächst auch noch die Ergebnisse vorgestellt werden, die sich aus der Analyse der ISSP-Daten ergeben, in denen mehr westliche Länder vertreten sind, und damit eine breitere Untersuchungsbasis gegeben ist (vgl. Tab. 30).

⁶⁴ Auf einzelne Interaktionseffekte wird im Rahmen dieser Studie nicht weiter eingegangen, da sie im Rahmen der hier verfolgten Fragestellung nicht im Vordergrund stehen. Die vollständigen Modelle, die über die Interaktionseffekte genauer Auskunft geben, können Interessierte im Internet einsehen unter: http://www.isjp.de/download/lippl_diss_zusatzanhang.pdf

Tab. 30: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in Wohlfahrtsregimes
(OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wohlfahrtsregime</i>							
Ref. Liberal							
Konservativ	0.029*** (2.679)	0.004 (0.389)	-0.039** (2.012)			-0.065*** (3.385)	-0.251* (1.909)
Sozialdemokr.	-0.163*** (15.429)	-0.179*** (16.852)	-0.246*** (12.334)			-0.216*** (11.071)	-0.314** (2.389)
Mediterran	-0.041*** (3.099)	-0.103*** (7.516)	-0.059*** (2.770)			-0.137*** (6.233)	0.061 (0.414)
1992		-0.097*** (9.317)	-0.056*** (3.132)			-0.038** (2.164)	0.133 (1.048)
1992*Konserv.			-0.072*** (2.616)			-0.057** (2.093)	-0.267 (1.390)
1992*Soz.dem.			-0.008 (0.311)			-0.011 (0.421)	-0.310* (1.682)
1992*Mediterr.			-0.189*** (6.741)			-0.189*** (6.807)	-0.438** (2.280)
1987		-0.173*** (16.138)	-0.247*** (14.804)			-0.205*** (12.415)	-0.251** (2.132)
1987*Konserv.			0.188*** (7.215)			0.191*** (7.629)	0.430** (2.483)
1987*Soz.dem.			0.195*** (7.342)			0.122*** (4.647)	0.404** (2.294)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>							
Geschlecht (Frauen=1)			0.004 (0.474)	-0.014 (1.636)	-0.018** (2.136)	-0.024 (0.852)	
Alter (in Jahren)			0.002*** (5.343)	0.001*** (4.401)	0.000 (0.849)	0.000 (0.158)	
Haushaltsgröße			-0.007** (2.108)	-0.005 (1.427)	0.000 (0.041)	-0.003 (0.309)	
Rel. Einkommen			-0.040*** (4.938)	-0.027*** (3.473)	-0.005 (0.648)	0.004 (0.200)	
Kein Einkommen			-0.037*** (2.880)	-0.028** (2.305)	-0.045*** (3.613)	-0.034*** (2.692)	
Bildung (Jahre)			0.009*** (6.360)	0.016*** (11.936)	0.014*** (10.078)	0.019*** (3.792)	
Unten-Oben-Skala			-0.041*** (13.675)	-0.023*** (7.825)	-0.029*** (9.648)	-0.029*** (9.375)	
Selbständig			-0.041*** (2.874)	-0.014 (1.009)	0.002 (0.135)	0.051 (0.995)	
Arbeitslos			0.054* (1.836)	0.033 (1.155)	0.051* (1.768)	-0.002 (0.026)	
Nicht Erwerbstätig			-0.087*** (8.419)	-0.073*** (7.274)	-0.048*** (4.700)	-0.045*** (4.290)	
Bew. Einkommensungl.					0.156*** (34.003)	0.149*** (31.249)	0.145*** (30.281)
Konflikt Arm/Reich					0.014** (2.515)	0.024*** (4.080)	0.023*** (3.934)
							+ Int.
Konstante	0.734*** (111.161)	0.836*** (85.584)	0.853*** (61.773)	0.811*** (27.783)	-0.008 (0.224)	0.220*** (5.331)	0.181* (1.749)
Fälle	20825	20825	20825	20825	20825	20825	20825
R-Quadrat	0.011	0.024	0.032	0.019	0.077	0.104	0.120

Datenbasis: ISSP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.
Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

In den Daten des ISSP zeichnet sich ein geringfügig anderer wohlfahrtsstaatlicher Einfluss ab. Im konservativen Wohlfahrtstypus wird in diesem Datensatz im Gegensatz zum ISJP eine höhere Ungerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung als im liberalen von den Befragten abgegeben (Modell 1). Das sozialdemokratische Regime erweist sich dagegen wiederum deutlich weniger ungerecht aus der Sicht der Bevölkerung und das mediterrane, das nur in diesen Daten durch Länder vertreten ist, nur geringfügig weniger ungerecht als der liberale Wohlfahrtstypus. Unter Kontrolle der Zeit (Modell2: Referenz 1999) verschwindet der konservative Wohlfahrtseffekt. Liberaler und konservativer Typus unterscheiden sich also nicht mehr. In allgemeiner zeitlicher Perspektive ist nun zu erkennen, dass die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung von 1987 über 1992 auf 1999 kontinuierlich zunimmt. Die Einkommensverteilung wird über die Zeit als ungerechter von den Bevölkerungen wahrgenommen und bewertet. Auch die deskriptiven Unterschiede der wohlfahrtsstaatlichen Regimes in der Zeit aus Abb. 9 können schließlich als signifikant bestätigt werden (Modell 3). Die sozialstrukturellen Merkmale der Personen erklären in den Analysen zum ISSP noch weniger als im ISJP (Modell 4 und 5), wobei den beiden Einstellungsvariablen wiederum der höchste Erklärungsbeitrag zuerkannt werden kann. Es zeigt sich, dass je höher die Einkommensungleichheit im Land eingeschätzt wird, desto ungerechter wird diese empfunden. Dies ist ebenso der Fall, je größer die Konflikte zwischen Armen und Reichen beurteilt werden. Insgesamt kann festgehalten werden, dass vermutlich wegen der höheren Fallzahl im ISSP mehr signifikante Effekte der individuellen Merkmale zu finden sind als im ISJP. Unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale, auf die an dieser Stelle nicht nochmals näher eingegangen werden braucht, weil sie ähnlich zum ISJP sind, bleiben die wohlfahrtsstaatlichen Effekte in der Tendenz stabil (Modell 6). Hinsichtlich der Haupteffekte der Regime zeigt sich, dass die Einkommensverteilung im konservativen Regime als weniger ungerecht wahrgenommen wird als im liberalen. Im mediterranen Wohlfahrtsarrangement wird sie als noch weniger ungerecht und im sozialdemokratischen am wenigsten ungerecht empfunden. Damit können auch hier die Erwartungen bestätigt werden, dass sich die starke soziale Ungleichheit generierenden Wirkung des liberalen und konservativen Wohlfahrtsarrangements auf subjektiver Seite der Menschen in eine deutlich stärkere Ungerechtigkeitswahrnehmung umsetzt. In sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, die soziale Ungleichheit durch mehr Umverteilung von Wohlstand abzumildern suchen, wird diese Anstrengung durch eine geringere Ungerechtigkeitswahrnehmung goutiert. In mediterranen Wohlfahrtsstaaten, die durch eine rudimentäre wohlfahrtsstaatliche Absicherung gekennzeichnet sind, wird entgegen den Erwartungen eine relativ geringe Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung wahrgenommen. Unter Kontrolle von Interaktionseffekten verschwinden einige, aber nicht alle Effekte (Modell 7).

Diskussion

Die Ergebnisse legen nahe, dass der vermutete unterschiedliche Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Regime auf die individuelle Wahrnehmung und Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Bevölkerung bestätigt werden kann. Danach wird in liberalen Wohlfahrtsarrangements, die soziale Ungleichheit in stärkerem Ausmaß begünstigen, auch deutlich mehr Ungerechtigkeit wahrgenommen als in sozialdemokratischen Regimes, die für stärkeren sozialen Ausgleich und die Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder sorgen. Der konservative Typus verhält sich in beiden Datensätzen geringfügig anders, indem er entweder

in der Mitte (ISSP) zwischen liberalem und sozialdemokratischem Regime liegt oder geringfügig durch höhere Ungerechtigkeit als im liberalen Regime ausgewiesen ist (ISJP). In jedem Fall ist er näher am liberalen Regime. Dadurch dass auch in diesem Regime wenig soziale Ungleichheit abgebaut und in den sozialen Sicherungssystemen die Gesellschaftshierarchie quasi nur gespiegelt wird, ist war eine starke Ungerechtigkeitswahrnehmung zu erwarten. Das mediterrane Regime liegt zwischen konservativem und sozialdemokratischem Regime (ISSP) und zeichnet sich trotz seines rudimentären Charakters und seiner soziale Ungleichheit begünstigenden Struktur mit einem geringen Grad an Ungerechtigkeitswahrnehmung aus. Die Regressionsmodelle mit Interaktionseffekten signalisieren, dass die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung eher durch regimespezifische Effekte der individuellen Strukturvariablen zustande kommt als durch unmittelbare Regimeeffekte. Da es sich bei der Wahrnehmung und Bewertung der Einkommensverteilung einer Gesellschaft um den gerechtigkeits-theoretischen Modus der ergebnisbezogenen Belohnungsgerechtigkeit handelt, also um eine Ungerechtigkeitsäußerung, die anhand der Einschätzung konkreter Verteilungsergebnisse gemessen wird, sind Effekte sozialstruktureller Merkmale der Personen auch eher zu erwarten gewesen. Denn die Bewertung konkreter Verteilungsergebnisse hängt eher von der strukturellen situationsspezifischen Lage der Länder, ihrer unterschiedlichen Wirkweise auf verschiedene individuelle Dispositionen und von der allgemeinen sozialstrukturellen Verankerung der Personen selbst ab, die vor dem Hintergrund spezifischer interessengeleiteter Motivationen auf individuelle Äußerungen wirken.

Nun ist zu fragen, ob diesen Ergebnissen vertraut werden kann. In den Typologien sind immerhin eine ganze Reihe verschiedener Länder gruppiert, die möglicherweise ganz unterschiedlich hinsichtlich der Wahrnehmung und Bewertung von Einkommensungerechtigkeit durch die Bevölkerung wirken können. Neben dieser denkbaren Heterogenität sind außerdem bei einer Reihe von Ländern nur für bestimmte Zeiten analysierbare Daten vorhanden und verzerren unter Umständen Regime-Effekte und bewirken vielleicht instabile Effekte. Um den Einfluss der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements zu validieren, erfolgen nun Analysen auf Länderebene. Damit soll überprüft und verdeutlicht werden, inwiefern Regimeeffekte sich durch Ländereffekte zusammensetzen. Außerdem kann auch der Blick auf osteuropäische Transformationsländer gerichtet werden, die in den bisherigen Ausführungen unberücksichtigt bleiben mussten, da sie wohlfahrtsstaatlich noch nicht befriedigend typologisiert werden können.

9.2 Der Einfluss der Länder

Da sich die ausgewählten Länder dieser Studie makrostrukturell erheblich unterscheiden, ist anzunehmen, dass sich auch die Wahrnehmung und Bewertung der Einkommensverteilung durch die Bevölkerung zwischen den Ländern unterscheidet. In den beiden oberen Grafiken von Abb. 10 ist zu erkennen, dass sich die Länder in beiden Datensätzen - ohne bereits genauer zwischen den erhobenen Zeitpunkten zu differenzieren - in der Tat unterscheiden. Die Menschen bewerten also im Durchschnitt die landesspezifische Einkommensverteilung je nach Land unterschiedlich. Da die Länder nach der Höhe ihrer Mittelwerte des Ungerechtigkeitsmaßes geordnet sind, kann auch un-

mittelbar abgelesen werden, in welchen Ländern im Schnitt eine ungerechtere und in welchen eine weniger ungerechte Einkommensverteilung wahrgenommen wird. Der Blick auf die Grafik für das ISJP (links oben) zeigt insgesamt, dass es vor allem die postkommunistischen Transformationsländer sind, in denen die Ungerechtigkeit aus der Sicht der Bevölkerung weit höher ist. In westlich-kapitalistischen Ländern (Großbritannien, Deutschland, die Vereinigten Staaten und die Niederlande) ist sie am geringsten.

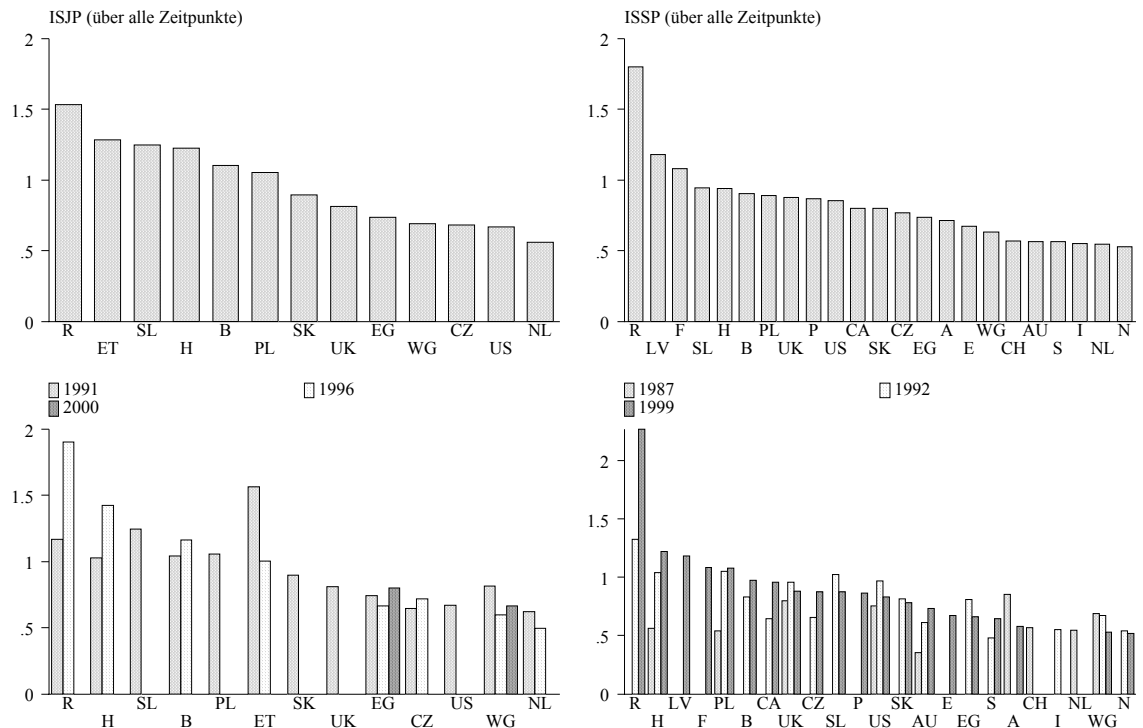


Abb. 10: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern

Datenbasis: ISJP und ISSP; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: ISSP: Italien 1987, Polen 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992, Bulgarien 1992; ISJP: Estland 1996.

Anmerkung: A (Österreich), AU (Australien), B (Bulgarien), CA (Kanada), CH (Schweiz), CZ (Tschech. Rep.), E (Spanien), EG (Ostdeutschland), ET (Estland), F (Frankreich), H (Ungarn), I (Italien), LV (Lettland), N (Norwegen), NL (Niederlande), P (Portugal), PL (Polen), R (Russland), S (Schweden), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Tschechien fällt als osteuropäisches Land mit einer insgesamt niedrigen Ungerechtigkeitsbewertung durch die Bevölkerung auf und reiht sich damit in die Schar der westlichen Länder ein. Am ungerechtesten wird die Einkommensverteilung im wirtschaftlich gebeutelten Russland wahrgenommen, gefolgt von Estland, Slowenien, Ungarn, Bulgarien, Polen und der Slowakischen Republik, die an den westlichen Block als nächstes Land anschließt. Diese Reihung ist vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme dieser Länder zu Beginn des Transformationsprozesses nicht verwunderlich und bestätigt die Erwartungen. In Russland, Estland und Slowenien ist die Inflation zu Beginn der Transformation am höchsten und entwertet die Einkommen der Bevölkerung. Zwar kann Slowenien ein vergleichsweise hohes Bruttosozialprodukt aufzuweisen, welches aber als Wohlstand bei der Bevölkerung aufgrund der Inflation an Wert verliert. Ebenso ist die Einkom-

mensungleichheit in Russland, Estland und Bulgarien am höchsten und wird als Ungerechtigkeit entsprechend wahrgenommen. Auffällig und entgegen den Erwartungen verhält sich Ungarn, das trotz seiner relativ niedrigen Ungleichheit in den Einkommen und günstigen Position in den Transformationsprozessen eine vergleichsweise starke Ungerechtigkeitswahrnehmung aufweist. Die Grafik für das ISSP (rechts oben), in dem vor allem mehr Daten von westlichen Ländern enthalten sind, zeigt ein ähnliches Bild. Vor allem Russland fällt wiederum mit einem fast doppelt so hohen Mittelwert in der Ungerechtigkeitsbewertung (!) im Vergleich zu den übrigen Ländern auf. Die Rangfolge der Länder ist in den ISSP-Daten etwas anders. Zwar sind auch hier bei grobem Blick die westlich-kapitalistischen Länder mit einer geringen Ungerechtigkeitsbewertung eher am rechten Rand der Grafik zu finden, während die postkommunistischen Länder mit einem größeren Ausmaß an Ungerechtigkeit eher links zu finden sind. Allerdings mischen sich ehemalige Ostblockländer stärker mit westlichen. So hebt sich Frankreich bereits an dritter Stelle nach Russland besonders auffällig mit einem größeren Grad an wahrgenommener Ungerechtigkeit ab, obwohl dort zwar eine höhere aber nicht wesentlich höhere Einkommenskonzentration als beispielsweise in anderen konservativen Wohlfahrtsstaaten wie Österreich zu finden ist, und liegt damit vor den eher liberalen Wohlfahrtsstaaten Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder Kanada, in denen eine besonders starke und die im westlichen Vergleich höchste Ungerechtigkeitsempfindung erwartet werden konnte.

Da bislang nicht zwischen den einzelnen Zeitpunkten differenziert wurde, vermitteln die bisherigen Ausführungen ein statisches Bild und verdecken den sozialen Wandel in den Ungerechtigkeitsbewertungen. So kann in den unteren beiden Grafiken auf den ersten Blick entnommen werden, dass sich hinter der landesspezifischen Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in den Ländern auch eine erhebliche zeitliche Variation verbirgt. Die Ordnung der Länder ergibt sich nun nach der Höhe der Ungerechtigkeitsbewertung zum jeweiligen letzten Zeitpunkt, an dem Daten zur Verfügung standen. Dass sich mit der zeitlichen Differenzierung auch die Rangfolge der Länder teilweise verändert, kann als Indikator für dynamische Veränderung verwendet werden. So hat sich die Position Estlands mit Blick auf die ISJP-Daten aufgrund der zügigen Überwindung der anfänglichen Transformationsprobleme deutlich verbessern können, während sich die Position Ungarns trotz guten Transformationsverlaufes und geringer tatsächlicher Einkommensungleichheit deutlich verschlechtert hat. Und in den ISSP-Daten ist dieser negative Effekt für Ungarn ebenso zu finden, während die wahrgenommene Ungerechtigkeit in Slowenien aufgrund der geringen Inflation, der wirtschaftlichen Prosperität und der niedrigen Einkommenskonzentration im Zeitraum deutlich zurückgegangen ist.

Nun stellt sich die Frage, wie sich die einzelnen Veränderungen in den Ländern stärker im Detail darstellen. In Abb. 11 wird deshalb der Übersichtlichkeit halber zwischen westlich-kapitalistischen (jeweils oben) und postkommunistischen Ländern (jeweils unten) getrennt. Betrachtet man zunächst die Situation im Westen, so kann insgesamt festgehalten werden, dass deutlich weniger Ungerechtigkeit wahrgenommen wird als in Osteuropa. Der Blick auf die Lage im ISJP zeigt, dass in liberalen Wohlfahrtsstaaten die Einkommensverteilung als ungerechter bewertet wird als in konservativen (Westdeutschland) oder in sozialdemokratischen (Niederlande), auch wenn in Westdeutschland 1987 ein deutlich höheres Maß an Ungerechtigkeit als in den USA oder Großbritan-

nien wahrgenommen wird. Und es kann auch festgehalten werden, dass sich Großbritannien 1991 durch eine von der Bevölkerung stärker wahrgenommene Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung auszeichnet als die Vereinigten Staaten. Die länderspezifischen Analysen bestätigen weitgehend die Ergebnisse der Wohlfahrtsregimes, da nur der liberale Typus mit zwei Ländern abgedeckt wird. Der Blick auf das ISSP zeigt vor allem, dass sich nicht nur in Osteuropa, sondern auch in westlichen Ländern die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung verändert haben. So ist in Kanada und Australien ein starker, aber auch in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten ein mäßiger Anstieg zu beobachten, während die wahrgenommene Ungerechtigkeit in Westdeutschland stärker und in Norwegen leicht rückläufig ist. Ferner ist auch in Schweden von 1992 auf 1999 eine deutliche Zunahme der Ungerechtigkeitswahrnehmung hervorzuheben, also in einer Zeit, in der das sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell in die Krise kam.

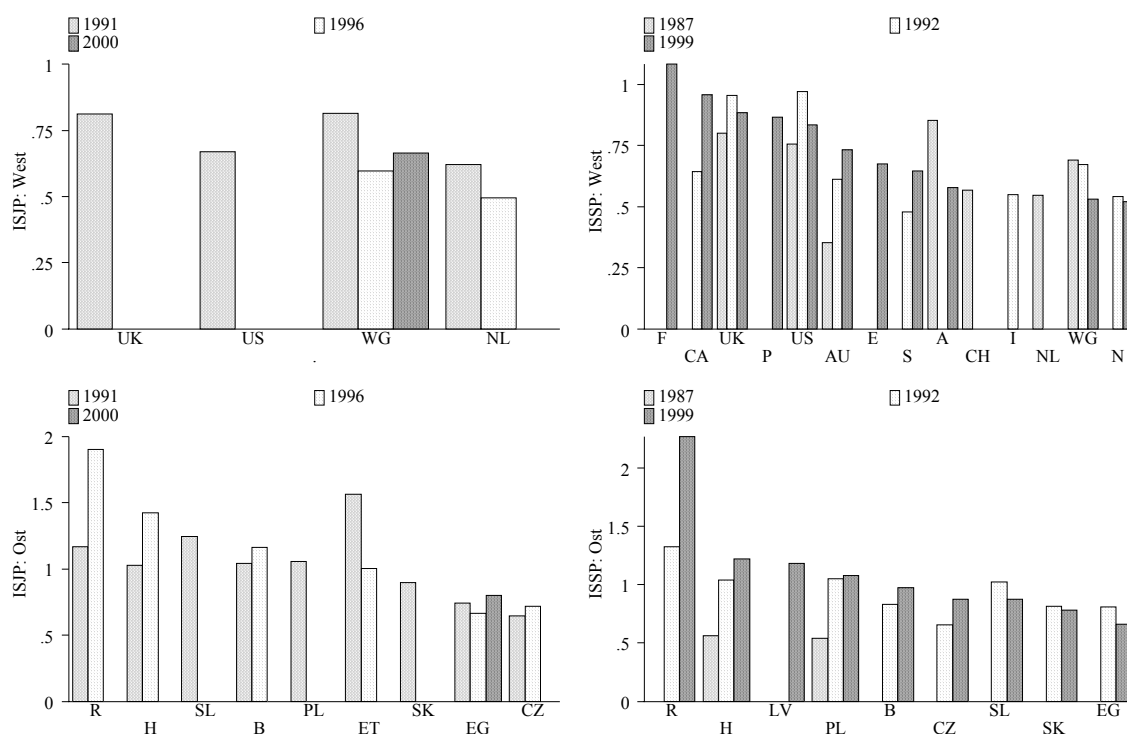


Abb. 11: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern in Ost und West in zeitlicher Entwicklung

Datenbasis: ISJP und ISSP; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: ISSP: Italien 1987, Polen 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992, Bulgarien 1992; ISJP: Estland 1996.

Anmerkung: A (Österreich), AU (Australien), B (Bulgarien), CA (Kanada), CH (Schweiz), CZ (Tschech. Rep.), E (Spanien), EG (Ostdeutschland), ET (Estland), F (Frankreich), H (Ungarn), I (Italien), LV (Lettland), N (Norwegen), NL (Niederlande), P (Portugal), PL (Polen), R (Russland), S (Schweden), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Der Blick auf die osteuropäischen Transformationsländer im ISJP zeigt in Ostdeutschland und in der Tschechischen Republik nur geringfügige Veränderungen. In Bulgarien dagegen ist ein leichter, in Ungarn ein deutlicher und in Russland ein großer Zuwachs in der Ungerechtigkeitsbewertung festzustellen. Mit Ausnahme von Ungarn, das sich im Transformationsverlauf relativ problem-

los entwickelt hat, sind die Verläufe für die mit Schwierigkeiten im Transformationsprozess zu charakterisierenden Länder Bulgarien und Russland verständlich. Gegen diesen Trend ist die Bewertung der Einkommensverteilung in Estland von 1991 auf 1996 aus der Sicht der Bevölkerung deutlich gerechter geworden, da die Inflation weitgehend überwunden und wirtschaftliche Reformimpulse angestoßen wurden. Danach ist Estland das einzige der hier betrachteten Länder, in denen die Ungerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung geringer geworden ist. In den Daten des ISSP ist mit Ausnahme der postkommunistischen Länder, welche die am geringsten wahrgenommene Ungerechtigkeitsbewertung aufweisen (Slowenien, Slowakische Republik und Ostdeutschland), überall ein deutlicher Anstieg über die Zeit zu erkennen, der in Russland zwischen 1992 und 1999 mit Abstand am stärksten ausfällt.

Da für Ungarn und Polen aufgrund ihrer frühen "Öffnung" auf den Westen hin auch Daten aus der Zeit *vor* dem Systemwechsel vorliegen, kann hier auch der deutliche Anstieg der Ungerechtigkeitsbewertung der Einkommensverteilung im Übergang des Systemwechsels veranschaulicht werden. Danach hat die erst im Zuge des Umbruchs entstandene neue Struktur sozialer Ungleichheit (mit höherer Einkommensungleichheit) dazu geführt, dass die vergleichsweise geringste wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung vor dem Systemwechsel, die auf die egalisierende Wirkung des staatspaternalistischen Systems zurückzuführen ist, stark angestiegen ist.

Nach dieser deskriptiven Darstellung ist nun wieder danach zu fragen, ob diese Unterschiede auch signifikant sind, wenn sie multivariat getestet werden. Für das ISJP (vgl. Tab. 31) kann festgehalten werden, dass in Westdeutschland die Einkommensverteilung als ungerechter wahrgenommen und bewertet wird als in den Vereinigten Staaten (Referenz), und in Großbritannien sogar noch mehr (Modell 1). In den Niederlanden dagegen wird die Einkommensverteilung signifikant weniger ungerecht empfunden. Außerdem lässt sich ein Effekt aller Transformationsländer herausheben, der besagt, dass die Ungerechtigkeitsbewertung in postkommunistischen Ländern insgesamt deutlich höher liegt als in den USA (Referenz) und auch den anderen westlichen Ländern. Der Transformations-Effekt verschwindet jedoch, wenn genauer zwischen den Transformationsländern unterschieden wird (Modell 2). Die stärkere Ungerechtigkeitswahrnehmung ist nicht in der Tschechischen Republik (Referenz) zu finden, die sich damit nicht von den Vereinigten Staaten signifikant unterscheidet, sondern in den übrigen Transformationsländern. Sie ist - wie bereits deskriptiv erläutert - in Ostdeutschland nach Tschechien am geringsten und am höchsten in Estland und Russland, die zu den zurückgeschlagenen Transformationsländern zählen. In Modell 3 werden Effekte der Zeitpunkte kontrolliert. Danach nimmt die Ungerechtigkeitswahrnehmung in Westdeutschland von 1991 auf 1996 ab, steigt jedoch auf das Jahr 2000 wieder leicht. In den Niederlanden fällt sie von 1991 auf 1996. In Ostdeutschland finden sich dieselben zeitlichen Effekte wie für Westdeutschland. In allen postkommunistischen Ländern nimmt die wahrgenommene Ungerechtigkeit zu (Estland 1996 musste aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen werden). In diesem Modell werden fast 20 Prozent der Varianz aufgeklärt, die Struktur- und Einstellungsvariablen (Modell 4) können dagegen nur 11 Prozent erklären. Modell 5 zeigt schließlich wiederum, dass die Länder-Zeit-Effekte unter Kontrolle der persönlichen Merkmale der Individuen weitgehend konstant bleiben. Durch die Interaktionseffekte in Modell 6 verschwinden die Länder-Zeit-Effekte wieder, was darauf hindeutet, dass sich diese landesspezifisch auf der Ebene individueller Strukturmerkmale auswirken.

Tab. 31: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Land und Zeit</i>						
Ref. USA						
Großbritannien	0.151*** (5.336)	0.151*** (5.335)	0.151*** (5.333)		0.099*** (3.601)	0.083 (0.523)
Westdeutschland	0.045** (2.245)	0.045** (2.244)	0.145*** (6.142)		0.119*** (5.134)	0.101 (0.699)
Westdeutschland 96			-0.203*** (7.489)		-0.187*** (7.276)	-0.164 (1.131)
Westdeutschland 00			-0.133*** (5.519)		-0.110*** (4.702)	-0.257* (1.815)
Niederlande	-0.077*** (3.741)	-0.077*** (3.740)	-0.039* (1.749)		-0.025 (1.175)	-0.206 (1.449)
Niederlande 96			-0.132*** (5.442)		-0.090*** (3.814)	-0.354** (2.550)
Transformation (Ref. Tschech.)	0.395*** (21.341)	0.028 (1.304)	-0.011 (0.431)		-0.028 (1.020)	0.088 (0.522)
Tschech. Rep. 96			0.065** (2.397)		0.024 (0.882)	-0.122 (0.742)
Ostdeutschland		0.052*** (2.809)	0.083*** (2.763)		0.099*** (3.300)	-0.063 (0.320)
Ostdeutschland 96			-0.064** (2.182)		-0.088*** (2.983)	-0.383* (1.956)
Ostdeutschland 00			0.070** (2.226)		0.025 (0.808)	-0.240 (1.161)
Slowak. Rep.		0.183*** (5.861)	0.223*** (6.436)		0.184*** (5.344)	-0.033 (0.158)
Ungarn		0.524*** (22.981)	0.369*** (12.236)		0.270*** (9.117)	0.108 (0.616)
Ungarn 96			0.398*** (11.340)		0.349*** (10.317)	0.136 (0.697)
Polen		0.364*** (17.115)	0.404*** (15.523)		0.365*** (13.796)	0.197 (1.247)
Slowenien		0.552*** (23.658)	0.592*** (21.346)		0.475*** (17.342)	0.468*** (2.839)
Bulgarien		0.416*** (17.781)	0.380*** (11.394)		0.253*** (7.510)	0.243 (1.124)
Bulgarien 96			0.135*** (3.583)		0.069* (1.869)	-0.276 (1.103)
Estland		0.830*** (19.122)	0.870*** (18.942)		0.820*** (17.820)	1.195*** (4.272)
Russland		0.850*** (29.479)	0.511*** (14.638)		0.498*** (13.740)	0.512** (2.260)
Russland 96			0.739*** (15.830)		0.638*** (13.728)	0.111 (0.372)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)				-0.031*** (3.096)	-0.039*** (4.146)	0.024 (0.725)
Alter (in Jahren)				-0.000 (0.197)	0.000 (1.106)	-0.000 (0.027)
Haushaltsgröße				0.028*** (6.654)	0.000 (0.074)	-0.023 (1.620)
Rel. Einkommen				-0.040*** (3.483)	-0.061*** (5.520)	-0.030 (1.033)
Kein Einkommen				-0.037* (1.955)	0.014 (0.772)	0.014 (0.742)
Bildung (Casmin)				0.008** (2.105)	-0.013*** (3.689)	-0.017 (1.087)
Unten-Oben-Skala				-0.070*** (21.178)	-0.028*** (8.014)	-0.028*** (7.873)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Selbständig				-0.043** (2.280)	-0.029 (1.583)	-0.000 (0.004)
Arbeitslos				0.074*** (3.089)	0.099*** (4.418)	0.031 (0.376)
In Rente				0.045** (2.537)	-0.001 (0.043)	0.089 (1.392)
Nicht Erwerbstätig				-0.012 (0.460)	-0.003 (0.116)	0.006 (0.241)
Bew. Einkommensungl.				0.158*** (26.232)	0.113*** (19.603)	0.115*** (19.730)
						+ Int.
Konstante	0.669*** (39.174)	0.669*** (39.166)	0.669*** (39.157)	0.507*** (11.608)	0.431*** (9.744)	0.495*** (4.261)
Fälle	18881	18881	18881	18881	18881	18881
R-Quadrat	0.068	0.169	0.199	0.107	0.236	0.250

Datenbasis: ISJP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Estland 1996.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Berechnungen mit den ISSP-Daten (vgl. Tab. 32), die Berechnungen für mehr westliche Länder erlauben. Danach unterscheiden sich die Länder des liberalen Wohlfahrtsregimes erheblich voneinander (Modell 1). Während in Australien und der Schweiz deutlich weniger Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung wahrgenommen wird, wird in Großbritannien und Kanada mehr Ungerechtigkeit empfunden als in den Vereinigten Staaten. Bei den Ländern des konservativen Typs fällt auf, dass in Österreich die Einkommensverteilung als weniger ungerecht empfunden wird als in Westdeutschland, während sie in Frankreich als extrem ungerecht gilt, sogar weit ungerechter als in den Vereinigten Staaten und den anderen liberalen Wohlfahrtsregimes. In Ländern des sozialdemokratischen Regimes wird weitaus weniger Ungerechtigkeit empfunden, am geringsten in Norwegen und am vergleichsweise größten in Schweden. Bei den südeuropäischen Ländern ist sie in Italien am geringsten und in Portugal am höchsten. Damit unterscheidet sich Portugal nicht von den Vereinigten Staaten. Der positive Transformationseffekt kann wieder in Ländereffekte aufgespalten werden und wird damit nicht mehr signifikant (Modell 2), weil sich Tschechien (Referenz), die Slowakei und Ungarn nicht von den USA als liberalem Typus unterscheiden. In Polen, Slowenien und Bulgarien wird geringfügig mehr Ungerechtigkeit wahrgenommen, während die Einkommensverteilung in Lettland und vor allem Russland deutlich bis dramatisch als ungerechter empfunden wird. In Ostdeutschland als speziellem Transformationsfall ist sie sogar geringer als in Tschechien und damit im Vergleich der Transformationsländer am niedrigsten. Der Blick auf die Entwicklung der Ungerechtigkeitsbewertung in den Ländern bestätigt wieder die bereits deskriptiv erläuterten Befunde (Modell 3). Insbesondere der starke Anstieg der Ungerechtigkeitswahrnehmung in Russland kann erwähnt werden, der auf die anhaltende Krise der russischen Wirtschaft und die zunehmend extremere Ungleichverteilung der Einkommen zurückgeführt werden kann. Der Modellanpassung verbessert sich, wenn die zeitliche Komponente eingebracht wird von 14 (nur Länder) auf 20 Prozent (mit Zeit). Die Länder-Zeit-Effekte schwächen sich unter Kontrolle von Strukturvariablen zwar leicht ab, bleiben aber weitgehend signifikant (Modell 5). Und unter Kontrolle landesspezifischer Interaktionseffekte verschwinden die Effekte - wie erwartet - weitgehend (Modell 6).

Tab. 32: Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung nach Ländern (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Land und Zeit</i>						
Ref. USA						
USA 92			0.130*** (3.316)		0.101*** (2.587)	0.369 (1.339)
USA 87			-0.085** (2.397)		-0.061* (1.707)	-0.152 (0.566)
Großbritannien	0.036* (1.796)	0.036* (1.796)	0.038 (0.908)		0.006 (0.151)	0.245 (0.788)
Großbritannien 92			0.092** (2.420)		0.089** (2.417)	0.260 (0.754)
Großbritannien 87			-0.075** (2.048)		-0.058 (1.640)	-0.190 (0.580)
Australien	-0.306*** (18.391)	-0.306*** (18.389)	-0.113*** (3.188)		-0.095*** (2.685)	0.075 (0.289)
Australien 92			-0.114*** (4.665)		-0.098*** (4.093)	0.003 (0.019)
Australien 87			-0.375*** (16.446)		-0.355*** (15.931)	-0.162 (0.980)
Kanada	0.107*** (3.304)	0.107*** (3.304)	0.111*** (2.722)		0.110*** (2.722)	0.019 (0.068)
Schweiz	-0.269*** (11.278)	-0.269*** (11.276)	-0.264*** (7.661)		-0.253*** (7.343)	-0.156 (0.661)
Westdeutschland	-0.187*** (10.444)	-0.187*** (10.443)	-0.304*** (8.553)		-0.299*** (8.419)	-0.327 (1.333)
Westdeutschland 92			0.149*** (5.701)		0.130*** (5.108)	0.087 (0.525)
Westdeutschland 87			0.147*** (5.258)		0.157*** (5.859)	0.151 (0.909)
Österreich	-0.130*** (6.261)	-0.130*** (6.260)	-0.259*** (7.665)		-0.280*** (8.241)	-0.259 (1.063)
Österreich 87			0.265*** (9.157)		0.241*** (8.551)	0.501** (2.524)
Frankreich	0.239*** (9.235)	0.239*** (9.234)	0.244*** (6.773)		0.175*** (4.836)	0.383 (1.429)
Schweden	-0.189*** (7.776)	-0.189*** (7.775)	-0.185*** (5.302)		-0.178*** (5.133)	-0.154 (0.643)
Norwegen	-0.308*** (17.209)	-0.308*** (17.207)	-0.317*** (9.184)		-0.283*** (8.180)	-0.499** (2.069)
Norwegen 92			0.019 (0.842)		0.012 (0.515)	0.082 (0.584)
Niederlande	-0.289*** (13.944)	-0.289*** (13.943)	-0.285*** (8.773)		-0.295*** (9.112)	-0.041 (0.177)
Italien	-0.296*** (14.530)	-0.296*** (14.529)	-0.291*** (9.042)		-0.360*** (11.019)	-0.221 (0.958)
Spanien	-0.195*** (7.264)	-0.195*** (7.263)	-0.191*** (5.199)		-0.222*** (5.952)	-0.193 (0.748)
Portugal	0.033 (1.300)	0.033 (1.300)	0.038 (1.054)		-0.080** (2.184)	0.141 (0.557)
Transformation (Ref. Tschech.)	0.157*** (9.849)	-0.028 (1.378)	0.033 (0.974)		-0.044 (1.314)	0.371 (1.517)
Tschech. Rep. 92			-0.216*** (8.262)		-0.165*** (6.289)	-0.293 (1.586)
Ostdeutschland		-0.058*** (2.633)	-0.207*** (6.345)		-0.195*** (6.109)	-0.811*** (3.601)
Ostdeutschland 92			0.132*** (3.759)		0.097*** (2.817)	0.666*** (2.874)
Slowak. Rep.		-0.024 (1.183)	-0.090*** (3.776)		-0.129*** (5.452)	-0.262 (1.567)
Slowak. Rep. 92			0.038 (0.991)		0.079** (2.045)	0.188 (0.660)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Ungarn		0.001 (0.031)	0.354*** (10.417)		0.306*** (9.001)	0.099 (0.405)
Ungarn 92			-0.192*** (5.269)		-0.152*** (4.203)	-0.107 (0.400)
Ungarn 87			-0.666*** (21.615)		-0.579*** (18.684)	-0.463** (2.072)
Polen		0.246*** (11.042)	0.228*** (6.247)		0.216*** (5.967)	-0.168 (0.616)
Polen 92			-0.062* (1.649)		-0.034 (0.900)	0.351 (1.186)
Slowenien		0.133*** (6.324)	0.001 (0.040)		0.009 (0.325)	-0.118 (0.599)
Slovenien 92			0.146*** (4.675)		0.157*** (5.078)	0.373* (1.769)
Bulgarien		0.144*** (4.419)	0.088*** (2.585)		0.013 (0.361)	-0.330 (1.159)
Lettland		0.381*** (11.694)	0.325*** (9.529)		0.272*** (8.034)	-0.374 (1.532)
Russland		0.910*** (28.635)	1.447*** (29.374)		1.366*** (27.755)	1.128*** (3.394)
Russland 92			-0.985*** (17.638)		-0.924*** (16.554)	-0.766** (2.108)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)				-0.029*** (3.861)	-0.023*** (3.280)	0.042 (0.712)
Alter (in Jahren)				0.001*** (5.100)	0.000 (0.680)	0.000 (0.244)
Haushaltsgröße				0.013*** (4.349)	0.004 (1.435)	0.012 (0.527)
Rel. Einkommen				-0.016** (2.123)	-0.016** (2.130)	0.053 (1.197)
Kein Einkommen				0.015 (1.152)	-0.008 (0.693)	-0.007 (0.631)
Bildung (Jahre)				0.014*** (11.696)	0.004*** (3.269)	0.014 (1.120)
Unten-Oben-Skala				-0.051*** (20.287)	-0.025*** (9.872)	-0.024*** (9.534)
Selbständig				-0.037*** (3.081)	-0.005 (0.420)	-0.086 (1.033)
Arbeitslos				0.052** (2.514)	0.011 (0.570)	0.200 (0.663)
Nicht Erwerbstätig				-0.051*** (5.396)	-0.027*** (3.072)	-0.028*** (3.061)
Bew. Einkommensungl.				0.144*** (35.157)	0.106*** (26.103)	0.107*** (26.033)
Konflikt Arm/Reich				0.056*** (11.457)	0.017*** (3.715)	0.017*** (3.579)
						+ Int.
Konstante	0.844*** (58.502)	0.844*** (58.496)	0.840*** (29.137)	0.121*** (3.533)	0.480*** (10.858)	0.301 (1.408)
Fälle	35387	35387	35387	35387	35387	35387
R-Quadrat	0.071	0.145	0.196	0.078	0.221	0.231

Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Polen 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992, Bulgarien 1992.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Diskussion

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich im Hinblick auf die westlich-kapitalistischen Län-

dern deutliche Unterschiede in der Ungerechtigkeitswahrnehmung finden lassen, auch bei solchen, die demselben Wohlfahrtsregime angehören. Damit kann nicht von einer Homogenität der Länder innerhalb eines wohlfahrtsstaatlichen Regimes im Blick auf das Ergebnis der Ungerechtigkeitswahrnehmung ausgegangen werden. Zwar kann die wohlfahrtsstaatliche Typologie - wie aufgezeigt wurde - durch die Gruppierung von Ländern durchaus einen Erklärungsbeitrag liefern und damit summa summarum auch einen Zusammenhang von Wohlfahrtsregime und wahrgenommener Ungerechtigkeit der Wohlstandverteilung aufzeigen. Allerdings offenbart die spezifische Länderanalyse trotz grober Bestätigung der wohlfahrtsstaatlichen Einflussmechanismen auch, dass die Länder innerhalb der Regime unterschiedliche Ungerechtigkeitsbewertungen hervorbringen, so dass in den Regime-Analysen zurecht auch die Gefahr einer gewissen Beliebigkeit und allzu starker Vereinfachung liegen dürfte. Denn die Länderauswahl und damit die Anzahl innerhalb der Regime kann das Ergebnis nachhaltig beeinflussen. Je nachdem, welches Land zu welchem Zeitpunkt ausgewählt oder mit Daten abgedeckt wird, wirkt sich dies auch auf den Einfluss der Typen aus. Ein zusammenfassender Überblick über das Niveau und die Entwicklung der wahrgenommenen Ungerechtigkeit in westlichen Ländern für das ISSP, geordnet nach Wohlfahrtsstaaten und kontrolliert nach sozialstrukturellen Merkmalen der Individuen, findet sich in Abb. 12.

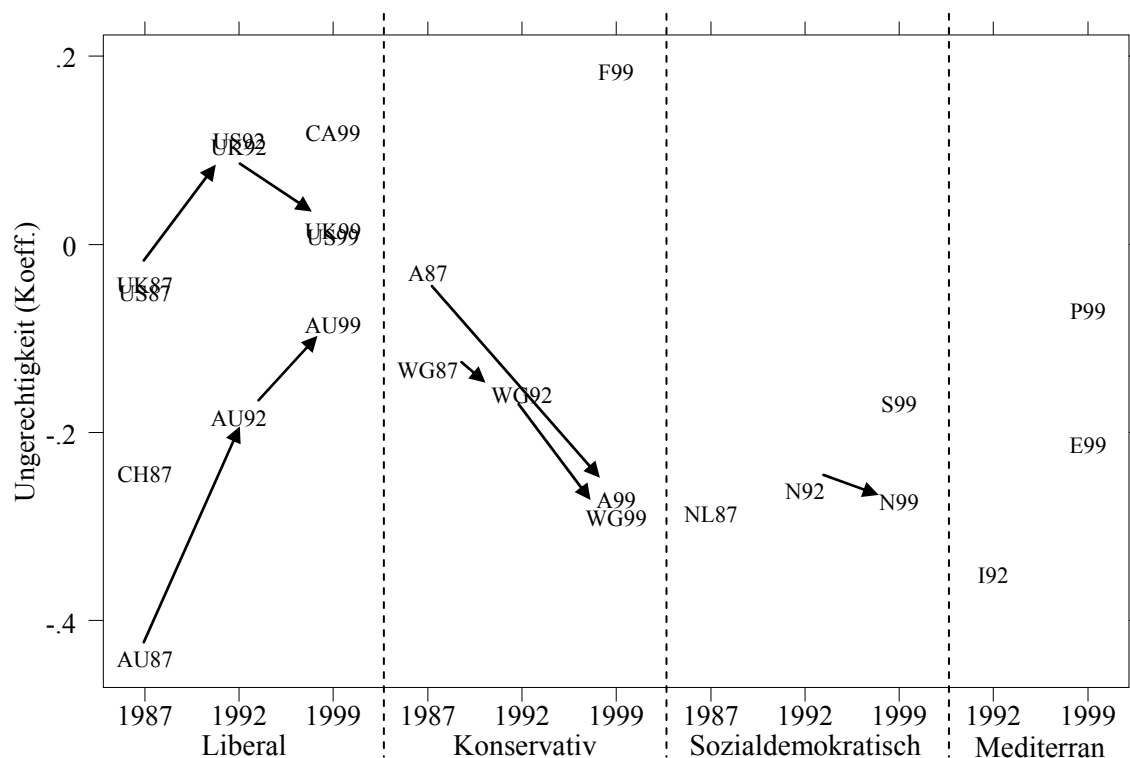


Abb. 12: Wahrgenommene Ungerechtigkeit in westlichen Ländern unterschiedlicher Wohlfahrtsregimes (ISSP)

Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; unstandardisierte Regressionskoeffizienten der wahrgenommenen Ungerechtigkeit unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Befragten; eigene Berechnung. Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992. Anmerkung: A (Österreich), AU (Australien), CA (Kanada), CH (Schweiz), E (Spanien), F (Frankreich), I (Italien), N (Norwegen), NL (Niederlande), P (Portugal), S (Schweden), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Abgebildet sind die unstandardisierten Regressionskoeffizienten der Länder-Zeit-Effekte unter Kontrolle individueller Merkmale der Befragten, die sich aus dem Modell 5 der Regressionsanalyse in Tab. 32 ergeben. Es werden also reine Länder-Zeit-Effekte betrachtet, bei denen individuelle Strukturmerkmale konstant gehalten und damit ausgeschaltet sind. Der grobe Blick auf das Niveau der wahrgenommenen Ungerechtigkeit zeigt das erwartete Muster, dass die empfundene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in liberalen Wohlfahrtsstaaten etwas größer als in konservativen, in jedem Fall aber deutlich größer als in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ist, die stärker für sozialen Ausgleich sorgen. Auffallend ist die stark empfundene Ungerechtigkeit in Frankreich im Vergleich zu den anderen Ländern des konservativen Wohlfahrtsregimes, für die sich auch anhand der Indikatoren zum sozialen Wandel dieses Landes augenscheinlich keine erklärende Interpretation anbietet. Großbritannien und die Vereinigten Staaten unterscheiden sich weder im Niveau noch in der Entwicklung und zählen damit zu den liberalen Wohlfahrtsländern, die die höchste wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit aufweisen. Australien, das durch eine für liberale Wohlfahrtsstaaten vergleichsweise geringe soziale Ungleichheit der Einkommen mit steigender Tendenz geprägt ist, zeigt auch die geringste Ungerechtigkeitswahrnehmung mit ebenso steigender Tendenz. In Österreich und Westdeutschland nimmt die wahrgenommene Ungerechtigkeit über den gesamten Zeitraum auf das Niveau der sozialdemokratischen Wohlfahrtsländer ab, obwohl keine einschneidenden wohlfahrtsstaatlichen Reformen durchgeführt wurden und sich auch die tatsächliche Einkommensungleichheit kaum verändert hat. Die mediterranen Länder unterscheiden sich relativ stark voneinander. Zur Interpretation bietet sich die wirtschaftliche Situation dieser Länder an. Demnach ist in Portugal die geringste Wirtschaftsleistung der westlichen Länder gefolgt von Spanien zu finden, das sich vor allem durch eine hohe Arbeitslosigkeit auszeichnet. In Italien ist die wahrgenommene Ungerechtigkeit am geringsten, da dieses Land im Vergleich sowohl wirtschaftlich besser gestellt ist als auch am weitesten modernisiert gelten kann. Die bisherigen Analysen für westliche Länder haben gezeigt, dass wohlfahrtsstaatliche Einflüsse in ihrer unterschiedlichen sozialen Ungleichheit generierenden Art bei grobem Blickwinkel und mit Einschränkung zu finden sind. Ferner können Länderunterschiede ausgemacht werden, wobei es weitgehend der Interpretation überlassen ist, wie diese erklärt werden können. Die anschließenden Analysen, die den Einfluss inhaltlich bestimmbarer struktureller Merkmale der Länder in Betracht ziehen, können weiteren Aufschluss über die makrostrukturelle Determination individueller Ungerechtigkeitswahrnehmungen geben.

Wird die Situation in postkommunistischen Transformationsländern in derselben Weise näher betrachtet (vgl. Abb. 13), können auch hier Niveau und Entwicklung der wahrgenommenen Ungerechtigkeit zusammengefasst werden. Zunächst kann festgehalten werden, dass sich die postkommunistischen Länder teilweise erheblich im wahrgenommenen Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit unterscheiden. Während die Tschechische, die Slowakische Republik, Ostdeutschland, Bulgarien 1999 und Slowenien 1999 weniger oder genauso viel Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung wahrgenommen wird als in den Vereinigten Staaten 1999 (Referenz), ist sie in allen anderen Transformationsländern deutlich höher als in westlichen liberalen Wohlfahrtsstaaten. In Polen, Ungarn, Lettland und mit enormem Abstand in Russland ist die wahrgenommene Ungerechtigkeit größer. Mit Ausnahme von Ostdeutschland, der Slowakei und Slowenien steigt die wahrgenommene Ungerechtigkeit auch von 1992 auf 1999. Die durch Transformationsprozesse zuneh-

mende soziale Ungleichheit wird also in diesen Ländern entsprechend mit einer höheren Ungerechtigkeitsbewertung subjektiv wahrgenommen. Besonders hervorgehoben werden soll auch die Situation in Ungarn 1987 *vor* dem Systemwechsel, die erfreulicherweise durch Daten belegt werden kann. Demnach ist die wahrgenommene Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung in diesem Land vor den Umbrüchen deutlich niedriger als nachher und bestätigt, dass die mit dem Systemwechsel tatsächlich angestiegene Einkommensungleichheit auch entsprechend als Ungerechtigkeit aus der Sicht der Bevölkerung empfunden wird.

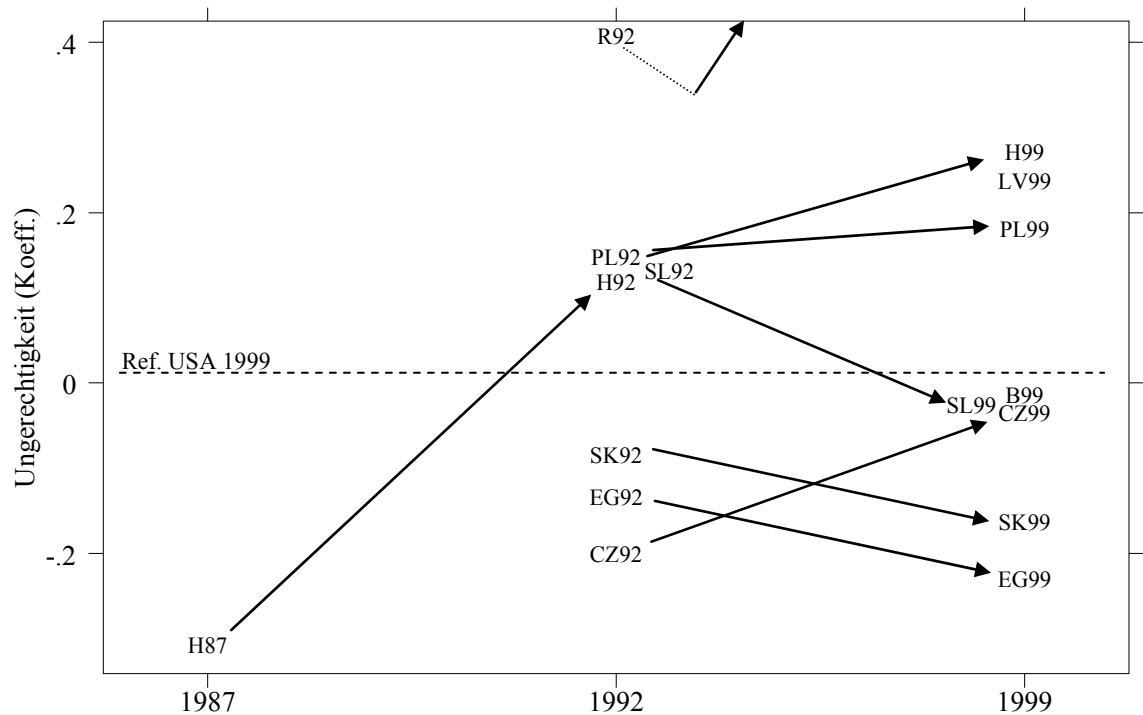


Abb. 13: Wahrgenommene Ungerechtigkeit in postkommunistischen Ländern (ISSP)

Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; unstandardisierte Regressionskoeffizienten der wahrgenommenen Ungerechtigkeit unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Befragten; eigene Berechnung. Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Polen 1987, Bulgarien 1992.

Anmerkung: B (Bulgarien), CZ (Tschech. Rep.), EG (Ostdeutschland), H (Ungarn), LV (Lettland), PL (Polen), R (Russland), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien).

Die vergleichsweise gute Stellung Ostdeutschlands im Rahmen der anderen postkommunistischen Länder und die aus internationaler Perspektive relativ gering wirkenden Unterschiede in der Ungerechtigkeitswahrnehmung in Ost- und Westdeutschland lässt die innerhalb Deutschlands geführten Debatten um eine Ost-West-Gerechtigkeitslücke in einem anderen Licht erscheinen. Aus internationaler Perspektive sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, was die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit betrifft, nur marginal. Die Debatten über die Gerechtigkeitslücke können aus distanzierter internationaler Perspektive überzogen wirken.

9.3 Der Einfluss von Makroindikatoren

Ein bislang in der Forschung nur selten eingeschlagener Weg zur Erklärung von Ländereinflüssen auf individuelles Verhalten oder individuelle Einstellungen ist die inhaltlich genauere Bestimmung der Länder durch Indikatoren (z.B. Suhrcke, 2001). Dabei werden Länder nicht mehr als *black box* behandelt, indem ihr Einfluss in der Form von Dummy-Variablen bestimmt und inhaltlich vor einem plausiblen theoretischen Hintergrund erläutert wird, sondern der Einfluss von Indikatoren für diese Länder selbst wird getestet. Derartige Analysen sind nur bei einer großen Anzahl an Ländern geeignet und daher ist ein solches Vorgehen im Rahmen dieser Studie möglich. Freilich ist die Auswahl an vergleichbaren Indikatoren beschränkt, so dass hier das Bruttosozialprodukt als Maß der Wirtschaftskraft eines Landes, das Ausmaß an Arbeitslosigkeit, die tatsächliche Einkommensungleichheit und die Höhe der Sozialausgaben als Indikatoren getestet werden.

Werden die Zusammenhänge zunächst deskriptiv betrachtet, sind Einflüsse dieser Indikatoren festzustellen (vgl. Abb. 14 bis Abb. 21). Danach hängt das Ausmaß der Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung von der Höhe des Bruttosozialprodukts eines Landes ab (vgl. Abb. 14 und Abb. 15). Der Zusammenhang scheint nahe zu legen, dass je höher das Bruttosozialprodukt eines Landes ausfällt, weniger Ungerechtigkeit wahrgenommen wird. Der Grund hierfür liegt möglicherweise darin, dass Personen eine Verteilung dann als weniger ungerecht wahrnehmen, wenn es insgesamt mehr an Wohlstand in einer Gesellschaft zu verteilen gibt. Die Verteilung kann zwar auch bei größerem Wohlstandsvolumen genauso ungleich sein, sie wird jedoch weniger als ungerecht wahrgenommen, weil in der Regel die alle davon profitieren, wenn mehr verteilt wird. Da in westlichen Ländern das Bruttosozialprodukt insgesamt höher liegt als in postkommunistischen Ländern könnte es jedoch auch sein, dass dieser Effekt nur durch einen Ost-West-Effekt zustande kommt. Ob dies so ist, kann nur in der anschließenden multivariaten Analyse geklärt werden. Deskriptiv ist für beide Daten (ISJP und ISSP) jedoch dieser Zusammenhang zu finden.

Der Umfang an Arbeitslosigkeit in einer Gesellschaft scheint auf den ersten Blick keinen oder nur einen geringen positiven Effekt auf die Ungerechtigkeitswahrnehmung auszuüben (vgl. Abb. 16 und Abb. 17). Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Ungerechtigkeitswahrnehmung mit zunehmender Arbeitslosigkeit steigt, da sich Arbeitslosigkeit als kollektives soziales Problem allgemein und grundsätzlich und nicht nur als individuelle Arbeitslosigkeit auch auf die individuelle Ungerechtigkeitsbewertung der Einkommen auswirkt. Dies kann in dem Sinne verstanden werden, dass wenn die Arbeitslosigkeit in einer Gesellschaft hoch ist, die Bereitschaft, eine Einkommensspreizung für gerecht zu finden, insgesamt niedriger ist.

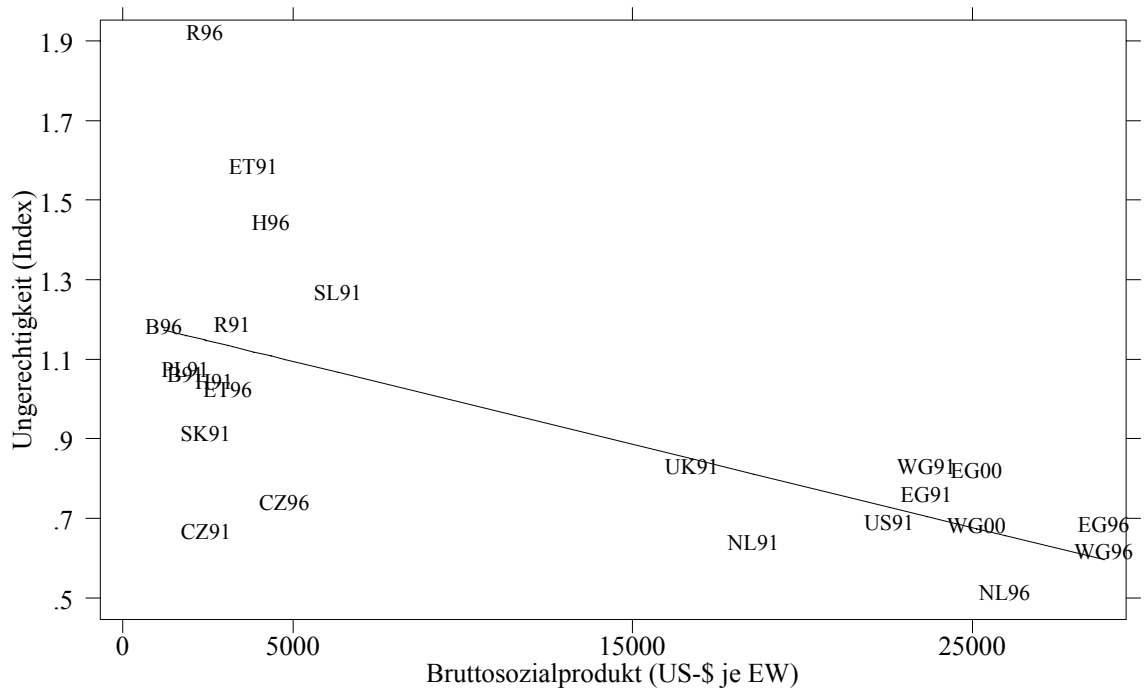


Abb. 14: Bruttonsozialprodukt und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP)

Datenbasis: ISJP; eigene Berechnung.

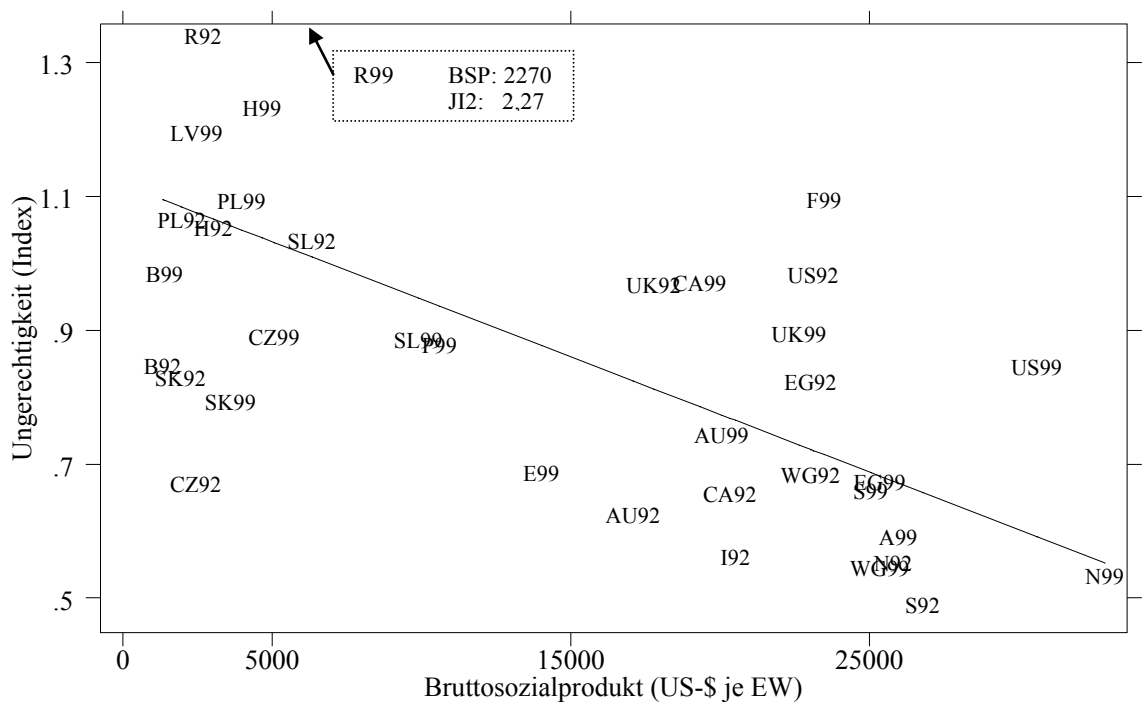


Abb. 15: Bruttonsozialprodukt und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)

Datenbasis: ISSP; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Alle Länder 1987, Österreich 1992.

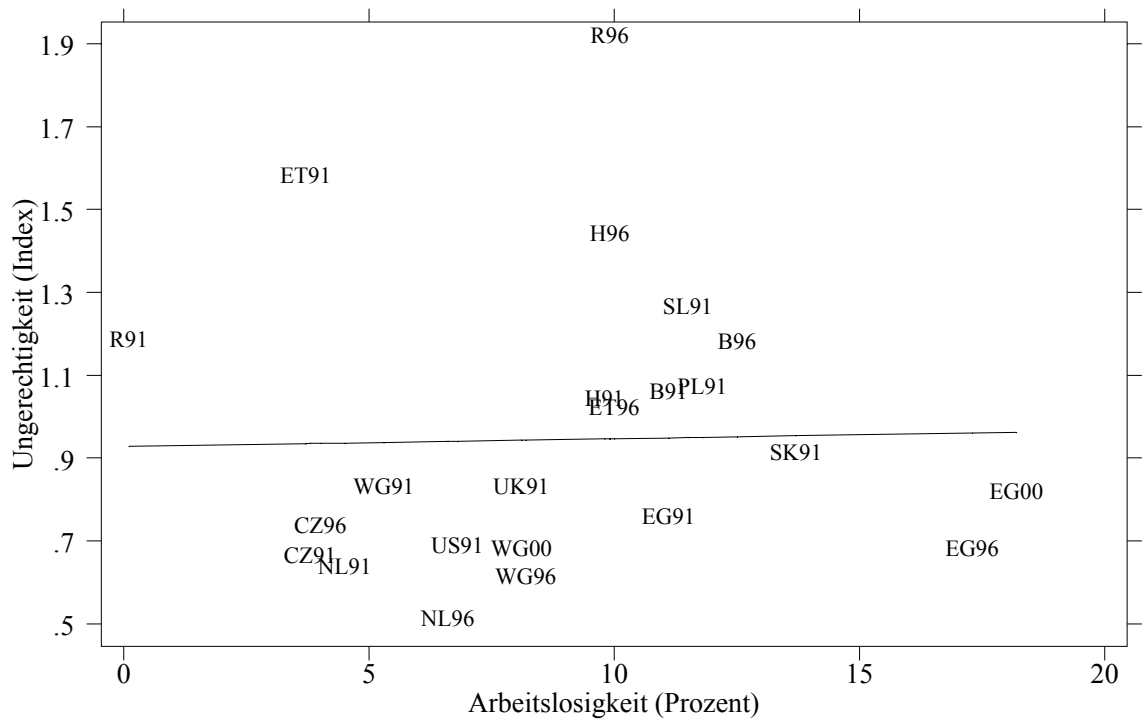


Abb. 16: Arbeitslosigkeit und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP)

Datenbasis: ISJP; eigene Berechnung.

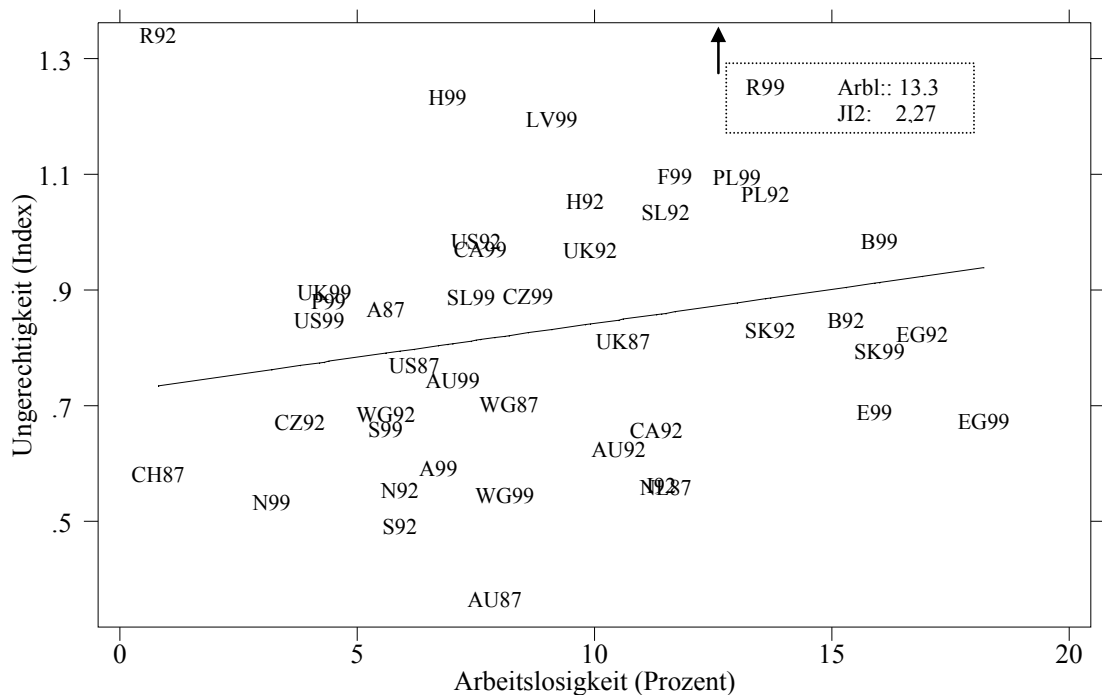


Abb. 17: Arbeitslosigkeit und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)

Datenbasis: ISSP; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Ungarn 1987, Polen 1987, Österreich 1992.

Vom Ausmaß der tatsächlichen Einkommensungleichheit einer Gesellschaft wird ein stark positiver Effekt erwartet. Dies scheint sich deskriptiv auch zu bestätigen. Denn in Ländern mit hoher Einkommensungleichheit ist die Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung umso höher (vgl. Abb. 18 und Abb. 19). Damit zeigt sich (wie später auch multivariat getestet wird), dass nicht nur die individuelle Position in der Gesellschaft und das dahinter stehende Motiv des Eigeninteresses Ungerechtigkeitsbewertungen beeinflusst, sondern eben auch das gesamtgesellschaftliche Ungleichheitsgefüge bzw. das Ausmaß an tatsächlicher Einkommensungleichheit. Die kollektive Situation der Einkommensverteilung beeinflusst individuelle Wahrnehmung und Bewertung (vgl. auch Suhrcke, 2001: 15).

Für die Sozialausgaben, die als ein Maß für die Umverteilung in einer Gesellschaft und damit auch für die Absicherung der Bevölkerung gelten, wurde ein negativer Zusammenhang auf die Ungerechtigkeitsbewertungen erwartet. In der Tat zeigt sich, dass die Ungerechtigkeit mit zunehmenden Sozialausgaben abnimmt (vgl. Abb. 20 und Abb. 21). Dieser Einfluss ist für westlich-kapitalistische Länder auch konform mit dem der wohlfahrtstaatlichen Regimes, auch wenn mit den Sozialausgaben nur die kompensatorische Dimension der wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und weniger das normativ institutionalisierte Setting in Betracht gezogen wird. So bewirken in Schweden, Norwegen und den Niederlanden aber auch in Deutschland die hohen Sozialausgaben augenscheinlich eine deutlich geringere wahrgenommene Ungerechtigkeit als in Ländern, die weniger umverteilen und für soziale Sicherheit weniger ausgeben. Frankreich fällt im Übrigen diesbezüglich besonders als Ausreißer aus dem Rahmen, indem trotz hoher Sozialausgaben die Einkommensverteilung vergleichsweise äußerst ungerecht wahrgenommen wird.

Inwieweit diese deskriptiven Zusammenhänge tatsächlich unter Kontrolle von individuellen Strukturmerkmalen der Befragten zutreffen, kann nur multivariat getestet werden. Allerdings dürfen aufgrund der zu erwartenden Multikollinearität nicht alle Indikatoren in einem gemeinsamen Modell getestet werden. Es darf jeweils nur ein Indikator in einem Modell getestet werden, indem dieser die in vorhergehenden Analysen verwendeten Länder-Dummies ersetzt. Da die Koeffizienten und Effekte der einzelnen Indikatoren miteinander verglichen werden sollen, ist es notwendig, dass jeweils dasselbe Sample untersucht wird. Die Stichprobe ist aus diesem Grund jeweils geringer als in den vorangegangenen Analysen, weil nicht alle Länder mit allen Makrovariablen abgedeckt werden können und damit aus der Prüfung ausscheiden. Einzelne Analysen zu den Indikatoren zeigen jedoch dieselben Effekte, so dass hier nur das entscheidende Gesamtmodell mit einer allerdings geringeren Fallzahl vorgestellt wird (vgl. Tab. 33 und Tab. 34). Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Unterschied zwischen postkommunistischen und westlichen Ländern, da untersucht und kontrolliert werden soll, inwieweit die Einflüsse der Indikatoren für postkommunistische und westlich-kapitalistische Länder jeweils unterschiedlich ist.

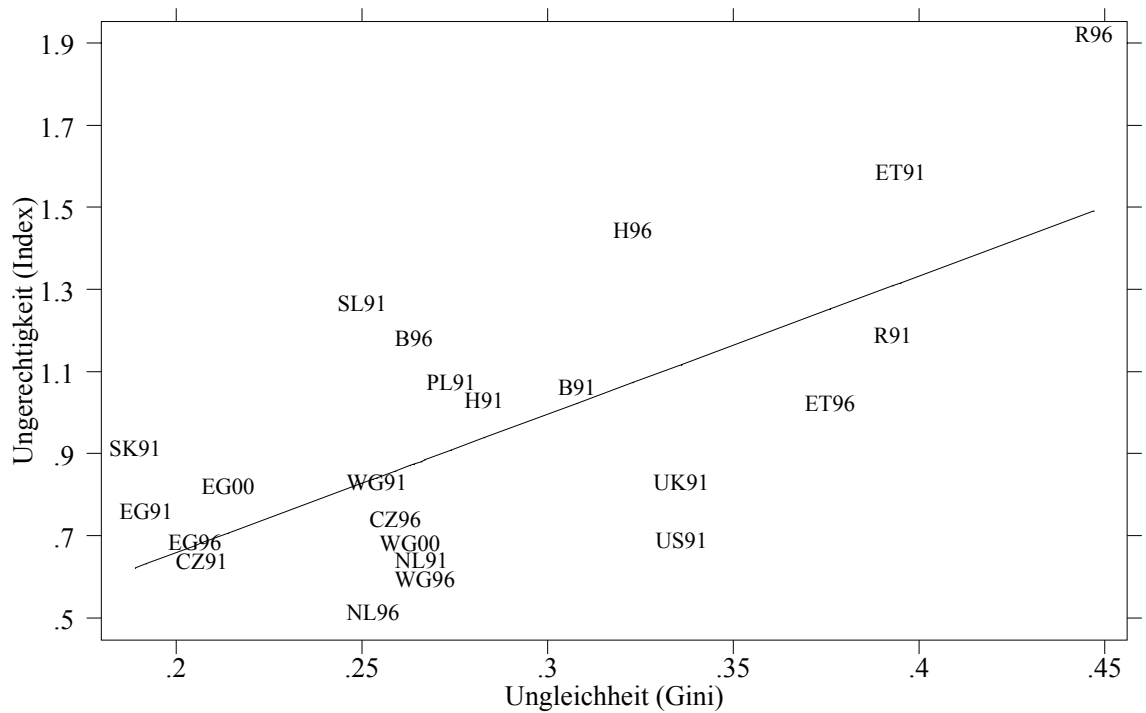


Abb. 18: Einkommensungleichheit (Gini) und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP)

Datenbasis: ISJP; eigene Berechnung. Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Estland 1996.

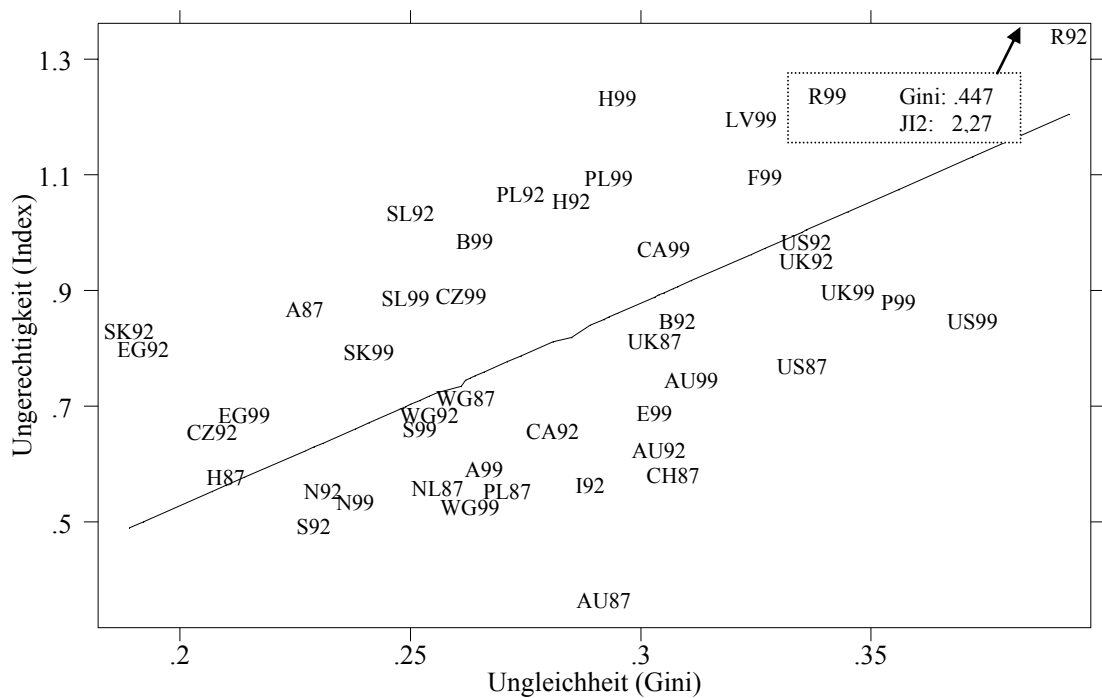


Abb. 19: Einkommensungleichheit (Gini) und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)

Datenbasis: ISSP; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Österreich 1992.

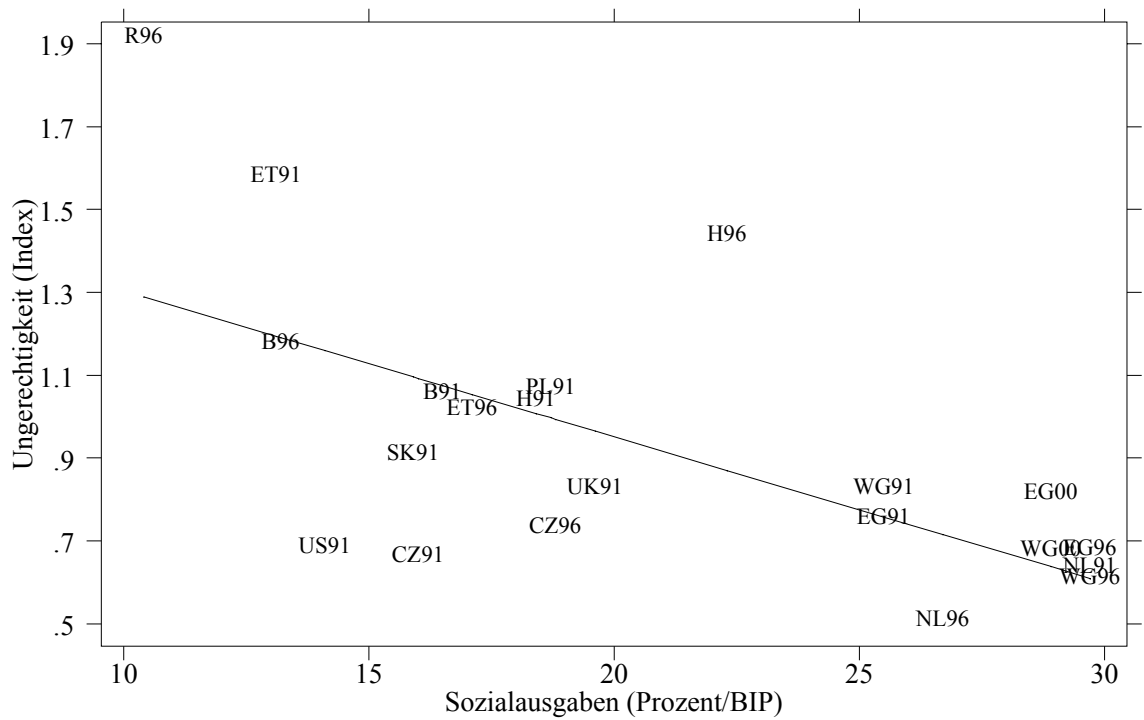


Abb. 20: Sozialausgaben und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISJP)

Datenbasis: ISJP; eigene Berechnung. Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Estland 1996.

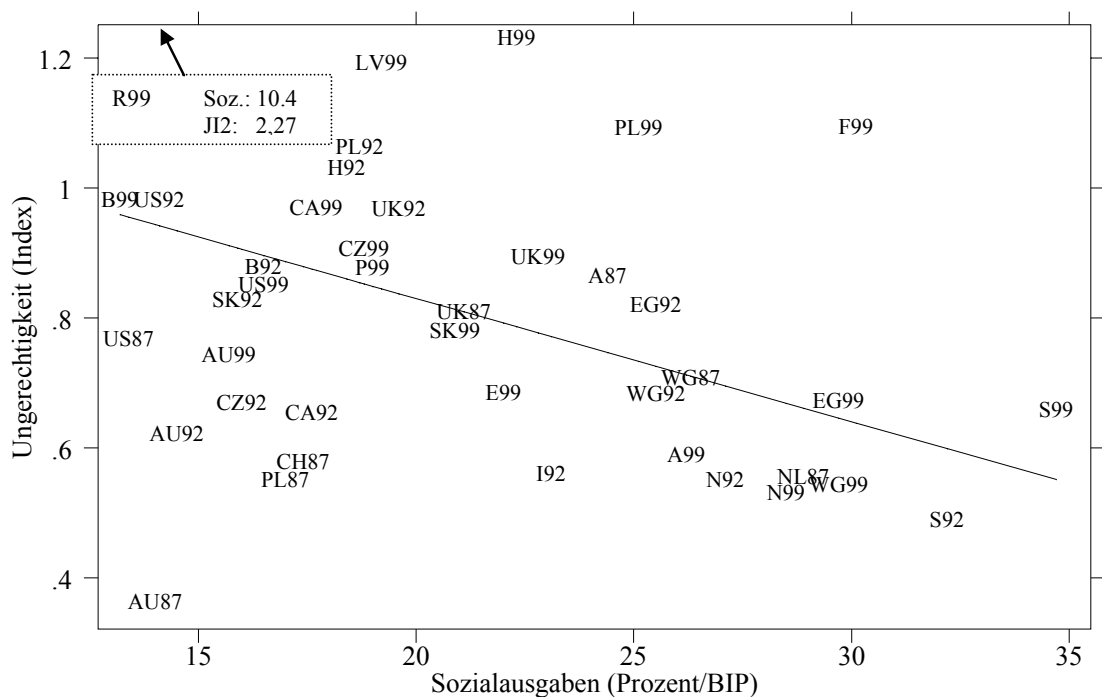


Abb. 21: Sozialausgaben und wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung (ISSP)

Datenbasis: ISSP; eigene Berechnung. Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Ungarn 1987, Österreich 1992, Russland 1992, Slowenien 1992 und 1999.

In Tab. 33 können die Ergebnisse der Regressionsanalysen zu den Einflüssen der Makroindikatoren auf die Wahrnehmung und Bewertung der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung aus den Daten des ISJP betrachtet werden. Modell 1 und 2 stellen die Basis für die daran anschließenden Berechnungen zu den einzelnen Indikatoren dar. Für jeden der vier Makroindikatoren werden jeweils zunächst allgemein der Indikatoreinfluss und daran anschließend der Indikatoreinfluss in Interaktion mit dem Transformationseffekt ausgegeben, um zu kontrollieren, ob der allgemeine Einfluss des jeweiligen Makroindikators in westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern gleichermaßen gilt. Die bereits bekannten Effekte der Strukturmerkmale der Befragten erklären 11 Prozent der Varianz (Modell 1). Hinzu kommt ein positiver Transformationseffekt (d.h. mehr wahrgenommene Ungerechtigkeit in postkommunistischen Ländern), der zusammen mit den individuellen Merkmalen über 13 Prozent erklärt (Modell 2). Die Höhe des Bruttosozialproduktes als Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes beeinflusst die individuelle Wahrnehmung von Einkommensungerechtigkeit negativ. Der Zusammenhang zeigt, dass mit höherem Bruttosozialprodukt, die Einkommensverteilung einer Gesellschaft von den Menschen als weniger ungerecht bewertet wird. Wird zwischen dem Einfluss des Bruttosozialproduktes in westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern differenziert (Modell 4), finden sich ein deutlich geringerer Haupteffekt des Bruttosozialprodukts und ein noch geringerer Effekt in postkommunistischen Ländern. Das heißt, dass in postkommunistischen Ländern die Wirtschaftsleistung die individuell wahrgenommene Ungerechtigkeit stärker zu verringern vermag als in westlichen Ländern. Mehr wirtschaftlicher Erfolg in Osteuropa führt in Osteuropa stärker zu einer Abnahme der wahrgenommenen Ungerechtigkeit.

Die gesamtgesellschaftliche Arbeitslosigkeit wirkt sich dagegen allgemein positiv auf die Ungerechtigkeitswahrnehmung aus (Modell 5), in dem Sinne, dass je höher die Arbeitslosigkeit in den Ländern ist, desto mehr Ungerechtigkeit auch wahrgenommen wird. Der Interaktionseffekt für Transformationsländer ist jedoch negativ und kompensiert den positiven Haupteffekt der Arbeitslosigkeit, der in den ISJP-Daten nicht einmal mehr signifikant ist, sogar in die umgekehrte Richtung (Modell 6). In postkommunistischen Ländern wird mit zunehmender Arbeitslosigkeit weniger Ungerechtigkeit wahrgenommen. Dieser Befund wurde nicht erwartet. Möglicherweise hängt dieses Ergebnis stark von der Situation Ostdeutschlands und anderer Transformationsländer ab, die sich durch eine geringe Ungerechtigkeitswahrnehmung und hohe Arbeitslosigkeit auszeichnen. Allerdings muss dies einer genaueren Untersuchung in weiteren Studien überlassen werden.

Tab. 33: Makroeinflüsse auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung
(OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)	-0.033*** (3.117)	-0.037*** (3.517)	-0.038*** (3.647)	-0.038*** (3.722)	-0.033*** (3.107)	-0.038*** (3.659)
Alter (in Jahren)	0.000 (0.230)	0.000 (0.329)	0.000 (1.012)	0.000 (0.855)	0.000 (0.102)	0.000 (0.632)
Haushaltsgröße	0.026*** (5.842)	0.006 (1.382)	-0.010** (2.100)	-0.011** (2.425)	0.025*** (5.668)	0.005 (1.113)
Rel. Einkommen	-0.046*** (3.807)	-0.092*** (7.500)	-0.096*** (8.017)	-0.107*** (8.822)	-0.050*** (4.114)	-0.091*** (7.450)
Kein Einkommen	-0.021 (1.095)	0.004 (0.194)	0.031 (1.632)	0.028 (1.452)	-0.022 (1.121)	0.005 (0.277)
Bildung (Casmin)	0.010** (2.495)	0.007* (1.814)	0.004 (1.177)	0.005 (1.294)	0.010*** (2.585)	0.006* (1.659)
Unten-Oben-Skala	-0.070*** (19.874)	-0.045*** (11.989)	-0.038*** (10.265)	-0.033*** (8.785)	-0.068*** (19.017)	-0.044*** (11.653)
Selbständig	-0.041** (2.090)	-0.043** (2.235)	-0.049*** (2.578)	-0.047** (2.452)	-0.043** (2.192)	-0.038** (2.008)
Arbeitslos	0.083*** (3.353)	0.049** (2.018)	0.114*** (4.761)	0.097*** (4.037)	0.069*** (2.774)	0.073*** (3.001)
In Rente	0.041** (2.224)	0.001 (0.073)	0.005 (0.279)	-0.005 (0.246)	0.036* (1.955)	0.004 (0.233)
Nicht Erwerbstätig	-0.036 (1.424)	-0.039 (1.552)	-0.013 (0.521)	-0.020 (0.821)	-0.041 (1.616)	-0.027 (1.070)
Bew. Einkommensungl.	0.166*** (26.934)	0.158*** (26.212)	0.141*** (23.633)	0.143*** (23.851)	0.166*** (26.948)	0.157*** (26.036)
<i>Makrostruktur</i>						
Transformation		0.241*** (20.887)		0.242*** (5.442)		0.376*** (10.094)
Bruttosozialprodukt			-0.151*** (25.902)	-0.062*** (3.298)		
Tr.*Bruttosozialprodukt				-0.069*** (3.487)		
Arbeitslosigkeit					0.005*** (3.713)	0.002 (0.466)
Tr.*Arbeitslosigkeit						-0.013*** (2.693)
Gini-Koeffizient						
Tr.*Gini-Koeffizient						
Sozialausgaben						
Tr.*Sozialausgaben						
Konstante	0.442*** (9.747)	0.282*** (6.209)	0.706*** (15.609)	0.451*** (6.974)	0.396*** (8.259)	0.260*** (4.446)
Fälle	17372	17372	17372	17372	17372	17372
R-Quadrat	0.112	0.133	0.147	0.150	0.113	0.136

Fortsetzung nächste Seite →

	(7)	(8)	(9)	(10)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>				
Geschlecht (Frauen=1)	-0.036*** (3.521)	-0.037*** (3.721)	-0.039*** (3.793)	-0.038*** (3.730)
Alter (in Jahren)	0.001 (1.375)	0.001 (1.467)	0.000 (0.692)	0.000 (0.637)
Haushaltsgröße	0.027*** (6.425)	0.002 (0.561)	0.006 (1.376)	-0.011** (2.361)
Rel. Einkommen	0.003 (0.227)	-0.060*** (5.332)	-0.050*** (4.282)	-0.095*** (8.003)
Kein Einkommen	-0.018 (0.961)	0.005 (0.290)	0.020 (1.056)	0.028 (1.494)
Bildung (Casmin)	-0.010*** (2.766)	-0.014*** (3.924)	-0.005 (1.267)	-0.004 (1.069)
Unten-Oben-Skala	-0.062*** (18.737)	-0.032*** (9.024)	-0.044*** (12.246)	-0.028*** (7.610)
Selbständig	-0.048** (2.446)	-0.039** (2.057)	-0.045** (2.343)	-0.034* (1.820)
Arbeitslos	0.149*** (6.241)	0.117*** (5.056)	0.122*** (5.100)	0.108*** (4.562)
In Rente	0.048*** (2.691)	-0.002 (0.119)	0.030* (1.671)	0.006 (0.304)
Nicht Erwerbstätig	0.023 (0.938)	-0.002 (0.067)	0.013 (0.530)	-0.011 (0.457)
Bew. Einkommensungl.	0.135*** (22.381)	0.118*** (20.230)	0.148*** (24.760)	0.139*** (23.401)
<i>Makrostruktur</i>				
Transformation		-0.737*** (11.141)		0.810*** (17.976)
Bruttosozialprodukt				
Tr.*Bruttosozialprodukt				
Arbeitslosigkeit				
Tr.*Arbeitslosigkeit				
Gini-Koeffizient	3.362*** (30.067)	0.472** (2.271)		
Tr.*Gini-Koeffizient		3.678*** (15.332)		
Sozialausgaben			-0.024*** (23.907)	-0.003*** (2.734)
Tr.*Sozialausgaben				-0.028*** (15.192)
Konstante	-0.345*** (6.765)	0.304*** (4.126)	1.006*** (20.293)	0.421*** (8.007)
Fälle	17372	17372	17372	17372
R-Quadrat	0.180	0.222	0.147	0.166

Datenbasis: ISJP, OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Slowenien 1991, Russland 1991, Estland 1996.

Bruttosozialprodukt in US-\$ je 10.000 Einwohner, Arbeitslosigkeit in Prozent, Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Inwieweit die tatsächliche soziale Ungleichheit einen Einfluss auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung ausübt, verdeutlicht der Effekt des Gini-Koeffizienten (Modell 7). Die Erwartung eines starken positiven Effekts wird erfüllt. Je höher die tatsächliche soziale Ungleichheit in der Einkommensverteilung, desto mehr wird diese als Ungerechtigkeit wahrgenommen. Die tatsächliche Situation der Einkommensverteilung einer Gesellschaft hat also einen Einfluss auf Gerechtigkeitsurteile der Menschen. Wird zwischen postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern unterschieden, zeigen die Analysen, dass höhere Einkommensungleichheit in postkommunistischen Ländern die wahrgenommene Ungerechtigkeit um ein mehrfaches verstärkt als in westlichen Ländern (Modell 8). Dass sich die tatsächliche Einkommensverteilung stärker auf die individuelle Beurteilung auswirkt als im Westen lässt umgekehrt die auch die Schlussfolgerung zu, dass postkommunistische Länder die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Bevölkerung durch umverteilende Maßnahmen senken können.

Die Höhe der Sozialausgaben wirkt - wie erwartet - vermindern auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, das heißt, je höher die Sozialausgaben sind, als desto weniger ungerecht wird die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft bewertet (Modell 9). Auch hier gilt aufgrund des stärkeren Interaktionseffektes, dass in postkommunistischen Ländern die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung mit höheren Sozialausgaben deutlich stärker gesenkt werden kann als in westlichen Ländern (Modell 10).

Da die Fallzahl in den einzelnen Modellen gleich ist und auch dieselben Fälle analysiert werden, ist ein unmittelbarer Vergleich zwischen den Modellen möglich. Die T-Werte der Indikatoren und die Modellanpassung geben Auskunft über die Stärke des Erklärungsbeitrags der Makroindikatoren. Demnach erklärt die tatsächliche Einkommensverteilung einer Gesellschaft am besten die wahrgenommene Ungerechtigkeit, gefolgt von der Wirtschaftskraft und den Sozialausgaben, während das soziale Problem der Arbeitslosigkeit nur wenig mehr zu erklären vermag. Dies heißt im Umkehrschluss, dass die politischen Akteure, wenn sie das Ziel verfolgen sollten, mehr Einkommensgerechtigkeit in einer Gesellschaft zu realisieren, am wirkungsvollsten ansetzen können, wenn sie die Einkommensungleichheit mit Maßnahmen des sozialen Ausgleichs bekämpfen, für eine stärkere Wirtschaftskraft sorgen und die Sozialausgaben erhöhen.

Die Berechnungen, die sich aus den Daten des ISSP mit einer größeren Fallzahl ergeben, offenbart keine wesentlich neue Einsicht (vgl. Tab. 34). Der Einfluss der gesamtgesellschaftlichen Arbeitslosigkeit kann nunmehr tatsächlich als gegenläufiger Ost-West-Effekt bestätigt werden. Zunehmende Arbeitslosigkeit vergrößert als kollektives soziales Problem die individuell wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, in postkommunistischen Transformationsländern dagegen wird dieser Effekt durch einen mehr als kompensierenden negativen Interaktionseffekt vermindert. Für dieses unerwartete Ergebnis kann augenfällig keine überzeugende Begründung gegeben werden. Außerdem kann festgehalten werden, dass der stark positive Einfluss der tatsächlichen Einkommensungleichheit in den ISSP-Daten mit einer breiteren Länderbasis wesentlich stärker in westlichen und postkommunistischen Ländern ist und damit die vorangegangenen Ausführungen unterstützt.

Tab. 34: Makroeinflüsse auf die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung
(OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)	-0.038*** (4.039)	-0.040*** (4.276)	-0.037*** (3.989)	-0.039*** (4.225)	-0.036*** (3.875)	-0.039*** (4.218)
Alter (in Jahren)	0.002*** (4.793)	0.001*** (3.991)	0.001*** (3.815)	0.001*** (3.791)	0.002*** (4.474)	0.001*** (3.863)
Haushaltsgröße	0.018*** (4.860)	0.008** (2.255)	0.001 (0.337)	0.002 (0.598)	0.013*** (3.546)	0.008** (2.025)
Rel. Einkommen	-0.011 (1.092)	-0.039*** (4.028)	-0.047*** (4.897)	-0.041*** (4.295)	-0.020** (2.098)	-0.040*** (4.091)
Kein Einkommen	-0.000 (0.025)	0.005 (0.318)	0.003 (0.194)	0.010 (0.696)	-0.001 (0.064)	0.001 (0.089)
Bildung (Jahre)	0.015*** (9.879)	0.011*** (7.425)	0.012*** (8.102)	0.010*** (6.312)	0.015*** (10.041)	0.011*** (7.293)
Unten-Oben-Skala	-0.057*** (18.234)	-0.038*** (11.473)	-0.033*** (10.265)	-0.032*** (9.844)	-0.053*** (16.821)	-0.037*** (11.276)
Selbständig	-0.000 (0.031)	-0.005 (0.313)	-0.014 (0.925)	-0.012 (0.743)	-0.002 (0.102)	-0.005 (0.304)
Arbeitslos	0.020 (0.823)	-0.019 (0.806)	-0.011 (0.473)	-0.006 (0.260)	-0.001 (0.037)	-0.016 (0.694)
Nicht Erwerbstätig	-0.049*** (4.150)	-0.053*** (4.526)	-0.056*** (4.768)	-0.057*** (4.863)	-0.052*** (4.415)	-0.053*** (4.549)
Bew. Einkommensungl.	0.131*** (24.349)	0.116*** (21.835)	0.115*** (21.811)	0.117*** (22.149)	0.125*** (23.168)	0.117*** (21.826)
Konflikt Arm/Reich	0.088*** (14.191)	0.081*** (13.260)	0.078*** (12.794)	0.081*** (13.233)	0.089*** (14.318)	0.082*** (13.262)
<i>Makrostruktur</i>						
Transformation		0.200*** (19.134)		0.246*** (9.631)		0.275*** (10.175)
Bruttosozialprodukt			-0.122*** (23.208)	-0.027*** (2.600)		
Tr.*Bruttosozialprodukt				-0.149*** (10.572)		
Arbeitslosigkeit					0.011*** (9.091)	0.004** (2.218)
Tr.*Arbeitslosigkeit						-0.008*** (3.049)
Gini-Koeffizient						
Tr.*Gini-Koeffizient						
Sozialausgaben						
Tr.*Sozialausgaben						
Konstante	0.130*** (2.924)	0.109** (2.481)	0.378*** (8.463)	0.172*** (3.509)	0.048 (1.050)	0.080* (1.758)
Fälle	23960	23960	23960	23960	23960	23960
R-Quadrat	0.079	0.093	0.100	0.103	0.082	0.093

Fortsetzung nächste Seite →

	(7)	(8)	(9)	(10)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>				
Geschlecht (Frauen=1)	-0.031*** (3.391)	-0.031*** (3.579)	-0.038*** (4.087)	-0.037*** (4.058)
Alter (in Jahren)	0.001*** (3.009)	0.001* (1.903)	0.001*** (3.437)	0.001*** (3.586)
Haushaltsgröße	0.018*** (4.852)	-0.000 (0.127)	0.012*** (3.285)	0.004 (1.025)
Rel. Einkommen	0.017* (1.862)	-0.030*** (3.361)	-0.004 (0.428)	-0.034*** (3.585)
Kein Einkommen	-0.005 (0.344)	-0.013 (0.937)	-0.004 (0.255)	0.000 (0.019)
Bildung (Jahre)	0.013*** (9.019)	0.006*** (4.477)	0.010*** (6.489)	0.008*** (5.093)
Unten-Oben-Skala	-0.056*** (18.591)	-0.020*** (6.573)	-0.048*** (15.431)	-0.028*** (8.819)
Selbständig	-0.016 (1.034)	-0.024 (1.572)	-0.010 (0.622)	-0.001 (0.088)
Arbeitslos	0.055** (2.445)	-0.008 (0.352)	0.023 (1.004)	-0.002 (0.068)
Nicht Erwerbstätig	-0.032*** (2.853)	-0.048*** (4.314)	-0.043*** (3.698)	-0.051*** (4.396)
Bew. Einkommensungl.	0.130*** (24.768)	0.107*** (20.943)	0.134*** (25.147)	0.117*** (22.213)
Konflikt Arm/Reich	0.041*** (6.963)	0.022*** (3.781)	0.072*** (11.750)	0.079*** (12.985)
<i>Makrostruktur</i>				
Transformation		-0.554*** (9.515)		1.020*** (19.227)
Bruttosozialprodukt				
Tr.*Bruttosozialprodukt				
Arbeitslosigkeit				
Tr.*Arbeitslosigkeit				
Gini-Koeffizient	3.832*** (32.175)	2.717*** (21.513)		
Tr.*Gini-Koeffizient		3.101*** (14.493)		
Sozialausgaben			-0.019*** (20.451)	-0.005*** (5.265)
Tr.*Sozialausgaben				-0.042*** (17.044)
Konstante	-0.817*** (15.257)	-0.503*** (9.639)	0.612*** (12.404)	0.225*** (4.542)
Fälle	23960	23960	23960	23960
R-Quadrat	0.147	0.197	0.099	0.126

Datenbasis: ISSP, OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Alle Länder 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992, Slowenien 1992 und 1999, Bulgarien 1992, Russland 1992.

Bruttosozialprodukt in US-\$ je 10.000 Einwohner, Arbeitslosigkeit in Prozent, Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Diskussion

Die Effekte der getesteten Makroindikatoren können als inhaltlich nähere Bestimmungen von Ländern jeweils einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung individueller Ungerechtigkeitswahrnehmungen liefern. Dadurch dass die Modelle aufgrund derselben Fallzahl unmittelbar verglichen werden können, ist der Beitrag jedes einzelnen Indikators bestimmbar und am Zuwachs des R-Quadrats abzulesen. In beiden Datensätzen kommt der tatsächlichen sozialen Ungleichheit, die anhand des Gini-Koeffizienten gemessen wurde, mit Abstand die größte Bedeutung zu. Nur etwas geringer ist der Einfluss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder. Schließlich erklärt die Höhe der Sozialausgaben am drittbesten, während das Ausmaß an Arbeitslosigkeit vergleichsweise am wenigsten die Varianz der individuellen Ungerechtigkeitswahrnehmung aufzuklären vermag. Am starken Einfluss des Gini-Koeffizienten, aber auch an den anderen Indikatoren, kann resümiert werden, dass die Bevölkerung in ihren individuellen Bewertungen die tatsächliche strukturelle Situation eines Landes in ihre Bewertungen einbezieht. Nicht nur individuelle Motive wie das eigene Interesse, altruistische Werthaltungen oder kollektiv rationale Überlegungen, die sich empirisch an der sozialstrukturellen Verortung der Individuen festmachen lassen, sondern auch die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Lage der Länder hat offensichtlich einen Einfluss auf individuelle Wahrnehmungen wie die der Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung. Die Makroeinflüsse wirken also unter Kontrolle der sozialen Position der Individuen auch wenn sie nicht ganz so viel wie individuelle Strukturmerkmale für sich genommen zu erklären vermögen.

Für politische Entscheidungsträger lassen sich Schlussfolgerungen darüber ableiten, wie die von der Bevölkerung wahrgenommene Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung am wirkungsvollsten auch über die Makrostruktur abgebaut werden kann. Demnach ist es die Einkommensungleichheit, die am stärksten die Ungerechtigkeitswahrnehmung beeinflusst und deren Verringerung daher am wirksamsten einzusetzen wäre, um die wahrgenommene Ungerechtigkeit zu verringern. Mit etwas geringerer Wirkung können die Empfindung von Ungerechtigkeit auch eine stärkere Wirtschaftsleistung und höhere Sozialausgaben vermindern. Damit kann freilich insgesamt betont werden, dass es vor allem wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen sein müssten, die mit höherer Wirtschaftsleistung einhergehen, durch die die wahrgenommene Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft verringert werden kann. Die Stärke der kompensatorischen Dimension des Wohlfahrtsstaates trägt maßgeblich dazu bei, wie stark die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung empfunden wird.

Bisher wurden Ergebnisse zur Wahrnehmung und Bewertung konkreter Verteilungsergebnisse vorgestellt. Damit wurden aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive Aspekte der Ergebnissbewertungsgerechtigkeit näher betrachtet. Und es wurden - wie dies für ergebnisbezogene Bewertungen zu vermuten war - überwiegend starke sozialstrukturelle und makrostrukturelle Effekte festgestellt. Nun kann der Frage nachgegangen werden, inwieweit wohlfahrtsstaatliche Regimes, Länder und auch Makroindikatoren Einstellungen zur sozialen Ungleichheit determinieren.

10 Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit

Bei Einstellungen zur sozialen Ungleichheit geht es nicht mehr um die Bewertung von konkreten Verteilungsergebnissen, sondern um grundsätzliche Haltungen der Menschen zur Verteilungsordnung einer Gesellschaft. Einschätzungen dieser Art werden direkt bei den Befragten gemessen, indem ihnen generelle Aussagen zur Beurteilung vorgelegt werden. Zwei Einstellungen werden in diesem Abschnitt der Studie untersucht, zum einen der stärker normativ-ideologisch zu verstehende Grad der Ablehnung von sozialer Ungleichheit, die eine sozialkritische und eine staatliche Umverteilungskomponente enthält, und zum anderen die eher weniger ideologische Einschätzung, inwiefern soziale Ungleichheit für das Wohl eines Landes notwendig ist. Für die zunächst folgenden deskriptiven Analysen wurde zum Zwecke einer besseren grafischen Darstellung ein einfacher additiver Summenindex aus den entsprechenden Items gebildet. In den multivariaten Regressionsanalysen dagegen werden die 'factor scores' aus der Faktorenanalyse verwendet. Diese beiden Einstellungen zur sozialen Ungleichheit können in dieser Form nur für die Daten des ISSP ermittelt werden. In der Präsentation der Ergebnisse wird wieder so vorgegangen, dass zunächst der Einfluss des Wohlfahrtsstaates, dann der Einfluss der einzelnen Länder und schließlich der Einfluss von Makroindikatoren bestimmt wird.

10.1 Der Einfluss der Wohlfahrtsregimes

Geht es um grundsätzliche Haltungen zu sozialer Ungleichheit in der Form ideologischer Haltungen kann aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive auch von Prinzipiengerechtigkeit gesprochen werden (vgl. Wegener, 1999). Auch wenn es sich bei den hier vorgestellten Einstellungen nicht um die Präferenz von Gerechtigkeitsprinzipien oder -kriterien im engeren Sinne handelt, wird mit den beiden Einstellungen dennoch eine Bewertung der Verteilungsordnung vorgenommen, die gerechtigkeits-theoretisch relevant ist. Dabei ist die Ablehnung sozialer Ungleichheit in der hier betrachteten Messung von stärkerer prinzipieller und ideologischer Art als die Einschätzung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit. Von daher ist es legitim, zumindest bei ersterem Aspekt von Prinzipiengerechtigkeit zu sprechen. Inwiefern sich die beiden Einstellungen der Menschen zu sozialer Ungleichheit in den verschiedenen wohlfahrtsstaatlichen Regimes deskriptiv unterscheiden, kann aus Abb. 22 entnommen werden. In diesen Analysen zu den Wohlfahrtsregimes sind wiederum nur westlich-kapitalistische Länder eingeschlossen.

Die beiden oberen Grafiken, welche die zeitliche Entwicklung zunächst ausblenden, bestätigen die Vermutung, dass die Ablehnung von sozialer Ungleichheit in liberalen Wohlfahrtsregimes am geringsten ist. Im Vergleich dazu wird in sozialdemokratischen Regimes soziale Ungleichheit allerdings entgegen den Erwartungen nur etwas stärker, in konservativen Arrangements noch stärker und im mediterranen Typ am stärksten abgelehnt. Die Annahme kann also nicht bestätigt werden, dass soziale Ungleichheit in sozialdemokratischen Regimes stärker als in konservativen abgelehnt wird. Alle anderen Regimes zeigen - wie erwartet - die entsprechende ideologisch ablehnende Hal-

tung der Bevölkerung. Danach spiegelt sich die jeweilige wohlfahrtsstaatlich normativ institutionalisierte Verteilungsideologie der einzelnen Regimes mehr oder weniger in den Haltungen der Bevölkerung. Der wenig umverteilende und auf familiäre Versorgung ausgerichtete mediterrane Typus produziert die stärkste soziale Ungleichheit ablehnende Haltung. Das konservative Wohlfahrtsystem als stark staatsbezogenes institutionelles Arrangement befördert eine annähernd starke Ungleichheit ablehnende und egalisierende Ideologie. Hinter dem sozialdemokratischen Typus, der tatsächlich am meisten für sozialen Ausgleich und die Überwindung von sozialer Ungleichheit durch wohlfahrtsstaatliche Aktivitäten sorgt, scheint dagegen keine entsprechende Haltung der Bevölkerung zu stehen. Möglicherweise kann dieses unerwartete Ergebnis dahingehend interpretiert werden, dass die Bevölkerung bewusst eine intentionale Gegenhaltung zur 'Ideologie' des Wohlfahrtsregimes ausgebildet hat, die sich vielleicht durch das Motto charakterisieren lässt: "Was wir mit unserem Wohlfahrtsstaat nicht haben wollen bzw. was unser Wohlfahrtsstaat nicht produziert, müssen wir auch nicht ablehnen". Eine genauere Erklärung dieses Befundes, die mehr als spekulativ ist, lässt sich mit den Möglichkeiten im Rahmen dieser Studie jedoch nicht geben.

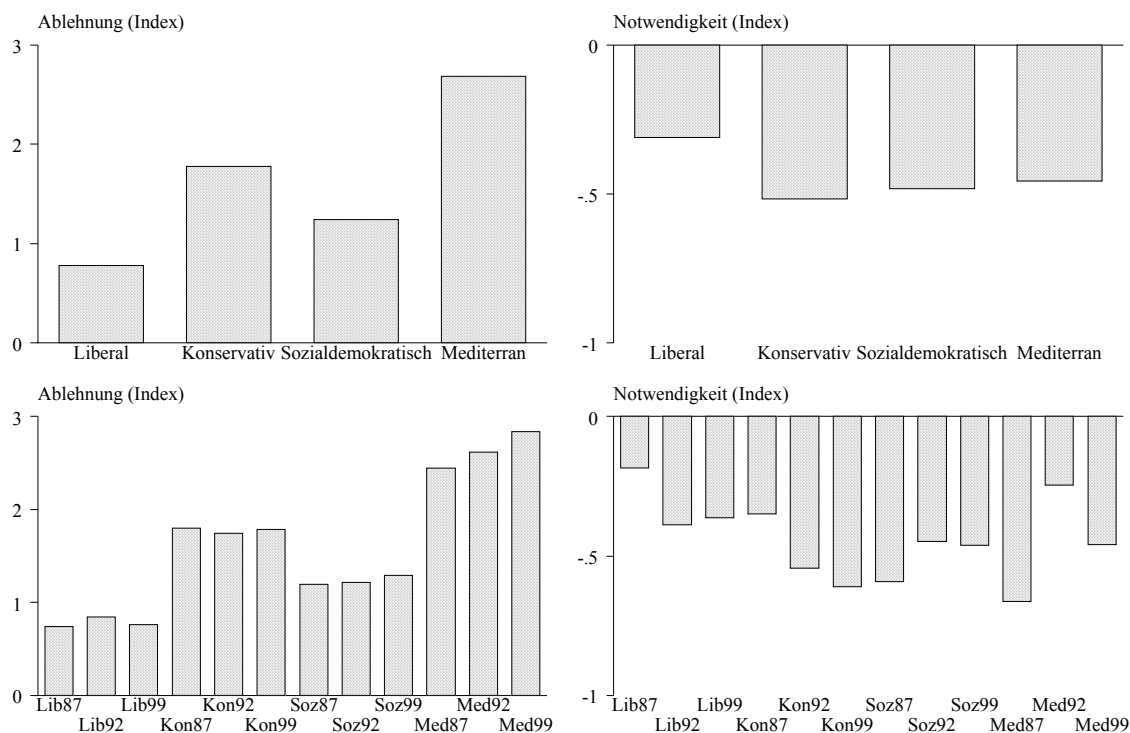


Abb. 22: Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit in Wohlfahrtsregimes

Datenbasis: ISSP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); eigene Berechnung. Summenindex der Variablen zu den Faktoren: Ablehnung (Skala von '-6' bis '+6') und Notwendigkeit (Skala von '-2 bis '+2'). Dargestellt sind jeweils 25 Prozent der Skala.

Hinsichtlich der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit für das Wohl eines Landes sind nur marginale Unterschiede zwischen konservativem, sozialdemokratischem und mediterranem Typus zu erkennen. In diesen Regimes wird soziale Ungleichheit für weniger notwendig im Vergleich zum liberalen Regime gehalten. Das liberale Regime hebt sich damit von den anderen deutlich ab. Die Erwartungen werden also nur in diesem Punkt bestätigt.

In zeitlicher Perspektive (vgl. die beiden unteren Grafiken) ist in Übereinstimmung mit den Erwartungen, dass ideologische Einstellungen in westlichen Ländern eher stabil sind, zu erkennen, dass die ablehnende Haltung zu sozialer Ungleichheit relativ beständig ist. Die Stabilitätsthese ideologischer Haltungen in westlichen Ländern wird hier also mehr als erfüllt. Die Wohlfahrtsregimes, die als normatives Arrangement auch ideologisch pfadabhängig sind, wirken gleichsam normativ auf die Bevölkerung bzw. die Bevölkerung trägt mit entsprechend beständigen Ideologien das institutionelle Arrangement, in dem sie leben.

Hinter der Einschätzung, dass soziale Ungleichheit notwendig ist, verbirgt sich deutlich mehr an zeitlicher Veränderung innerhalb der Regimes. So kann in liberalen und konservativen Regimes beobachtet werden, dass über die Zeit hinweg soziale Ungleichheit immer weniger für notwendig erachtet wird, während in sozialdemokratischen und mediterranen Arrangements über den gesamten Zeitraum betrachtet soziale Ungleichheit für notwendiger befunden wird. Dass bei dieser Einstellung mehr Veränderung zu finden ist, lässt sich ohne eindeutige und letztendliche Klärungsmöglichkeit vermutlich auf den weniger ideologischen und normativen Charakter dieser Einschätzung zurückführen.

Die multivariate Analyse zur Ablehnung der sozialen Ungleichheit (vgl. Tab. 35) bestätigt, dass sich die Wohlfahrtsstaaten in der Tat signifikant in der beschriebenen Weise unterscheiden (Modell 1). Es sind keine zeitlichen Veränderung in der ablehnenden Haltung signifikant (Modell 2) und auch keine regimespezifische Veränderungen über die Zeit zu finden (Modell 3), die sich statistisch bestätigen ließen. Die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten sowie andere Einstellungen weisen über alle Länder hinweg betrachtet die erwarteten Effekte auf (Modell 4 und 5). Für die Variablen, welche die soziale Position eines Individuums in der Gesellschaftshierarchie beschreiben, kann festgehalten werden, dass von Besserverdienenden, Höhergebildeten und denjenigen, die sich selbst als in der sozialen Rangordnung weiter oben einstufen, soziale Ungleichheit weniger abgelehnt wird als von jenen, die weniger verdienen, weniger gebildet sind und sich eher in den unteren sozialen Schichten verordnen. Hinter diesen sozialstrukturell verankerten Haltungen stehen gruppenspezifische Interessen, die eigene Situation mit entsprechenden Äußerungen jeweils zu verbessern. Demnach profitieren Höhergestellte stärker von einer ungleichen Wohlstandverteilung und wenig sozialer Umverteilung, durch die wenig von ihrem Reichtum weggenommen wird, während Niedriggestellte von egalisierenden Umverteilungsmaßnahmen und geringer sozialer Ungleichheit größeren Nutzen ziehen. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich des Erwerbsstatus. Während Selbständige soziale Ungleichheit eher befürworten, lehnen sie Arbeitslose als Nutznießer egalisierender Maßnahmen und Umverteilungsprozesse eher ab. Hinsichtlich Alter und Geschlecht findet sich kein einheitlicher Effekt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass möglicherweise starke Interaktionseffekte mit den Einstellungen vorliegen (Modell 5), die aber hier nicht weiter verfolgt werden sollen. Interessant ist wiederum, dass dieses Modell mit sozialstrukturellen Merkmalen und Einstellungen bereits 34 Prozent der Variation der Ablehnung von sozialer Ungleichheit erklärt, während die wohlfahrtsstaatlichen Regimes für sich genommen nur 6 Prozent aufklären.

Tab. 35: Ablehnung sozialer Ungleichheit in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wohlfahrtsregime</i>							
Ref. Lib.							
Konservativ	0.384*** (25.115)	0.385*** (25.010)	0.392*** (15.343)			0.191*** (8.549)	0.645*** (4.105)
Sozialdemokratisch	0.147*** (8.651)	0.149*** (8.690)	0.141*** (5.332)			0.227*** (10.383)	0.106 (0.703)
Mediterran	0.727*** (38.155)	0.731*** (36.852)	0.752*** (28.238)			0.375*** (15.023)	0.559*** (3.368)
1992		0.014 (0.962)	0.030 (1.296)			0.004 (0.208)	0.106 (0.749)
1992*Konservativ			-0.035 (0.978)			0.063** (2.073)	-0.355 (1.638)
1992*Sozialdemokratisch			0.025 (0.622)			0.099*** (2.963)	0.127 (0.495)
1992*Mediterran			-0.067 (1.608)			0.009 (0.239)	-0.298 (1.130)
1987		0.011 (0.672)	0.010 (0.430)			0.062*** (3.297)	0.283** (2.116)
1987*Konservativ			0.021 (0.542)			0.024 (0.738)	-0.507** (2.217)
1987*Sozialdemokratisch			0.005 (0.124)			-0.175*** (5.086)	-0.405* (1.730)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>							
Geschlecht (Frauen=1)				0.023* (1.891)	-0.041*** (3.865)	-0.038*** (3.605)	-0.044 (1.514)
Alter (in Jahren)				-0.000 (0.949)	-0.001*** (2.927)	0.000 (0.748)	-0.002* (1.664)
Haushaltsgröße				-0.024*** (4.813)	-0.016*** (3.675)	-0.027*** (6.327)	-0.019 (1.626)
Rel. Einkommen				-0.127*** (11.820)	-0.088*** (9.330)	-0.138*** (14.266)	-0.169*** (8.050)
Kein Einkommen				-0.022 (1.163)	0.013 (0.796)	0.011 (0.702)	0.009 (0.550)
Bildung (Jahre)				-0.058*** (28.915)	-0.036*** (21.078)	-0.026*** (14.458)	-0.018*** (3.378)
Unten-Oben-Skala				-0.100*** (25.009)	-0.041*** (11.601)	-0.037*** (10.290)	-0.035*** (9.462)
Selbständig				-0.183*** (8.365)	-0.100*** (5.524)	-0.108*** (5.980)	-0.078* (1.694)
Arbeitslos				0.149*** (4.718)	0.067** (2.354)	0.027 (0.943)	-0.046 (0.604)
Nicht Erwerbstätig				-0.024 (1.642)	0.013 (0.987)	-0.029** (2.272)	-0.030** (2.274)
Bew. Einkommensungl.					0.464*** (74.864)	0.439*** (68.490)	0.438*** (67.640)
Konflikt Arm/Reich					0.137*** (19.254)	0.162*** (22.068)	0.159*** (21.459)
							+ Int.
Konstante	-0.272*** (29.698)	-0.281*** (21.929)	-0.285*** (17.280)	1.232*** (30.017)	-1.483*** (30.173)	-1.764*** (33.999)	-1.814*** (16.365)
Fälle	24113	24113	24113	24113	24113	24113	24113
R-Quadrat	0.063	0.063	0.063	0.118	0.345	0.361	0.367

Datenbasis: ISSP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.
Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Kanada 1992, Schweden 1992.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale werden auch zeitliche Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsregimes signifikant, die allerdings im Vergleich zu den Haupteffekten der Regimes eher gering sind (Modell 6). Hervorgehoben werden kann jedoch, dass in diesem entscheidenden Modell, das sozialstrukturelle Merkmale der Individuen kontrolliert, im sozialdemokratischen Regime soziale Ungleichheit nun insgesamt deutlich stärker abgelehnt wird und nur 1987 (Niederlande) weniger. Unter Kontrolle von Interaktionseffekten bleiben die Haupteffekte der Regimes mit Ausnahme des sozialdemokratischen Arrangements erhalten. Ohne darauf im einzelnen weiter eingehen zu wollen, scheinen es vor allem die älteren in diesem Regime zu sein, welche soziale Ungleichheit ideologisch weniger befürworten und damit den vorher signifikanten einheitlichen Regimeeffekt absorbieren.

Auch die bei der Einschätzung zur Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit deskriptiv gefundenen Unterschiede zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Typen sind in der multivariaten Analyse signifikant (vgl. Tab. 36), d.h. Personen im liberalen Typus finden, dass soziale Ungleichheit insgesamt stärker notwendig ist, als jene in den anderen Regimes (Modell 1). Dies bleibt auch unter Kontrolle der Zeit (Modell 2) und der Interaktion mit der Zeit weitgehend stabil (Modell 3). In zeitlicher Perspektive kann festgehalten werden, dass die Vorstellung, dass soziale Ungleichheit zum Wohl einer Gesellschaft notwendig sei, über alle Regimes abgenommen hat. Die deskriptiven Unterschiede zwischen den Regimes über die Zeit können weitgehend bestätigt werden. Die sozialstrukturellen Merkmale der Befragten erklären ebenso wie die Wohlfahrtsregime nur 2 bis 3 Prozent der Varianz (Modell 4), während die Bewertung der Einkommensungleichheit im Land und die Einschätzung der Konflikte zwischen Armen und Reichen als subjektive Einstellungen für einen Zuwachs der Modellanpassung um 12 Prozent sorgen (Modell 5). Die individuellen Merkmale zeigen auch einen überraschenden Befund: Während die subjektive Selbsteinstufung den erwarteten Effekt beinhaltet, dass Personen, die sich in der Gesellschaftshierarchie höher einstufen, soziale Ungleichheit für stärker notwendig erachten, verläuft der Effekt in Bezug auf die Einkommensposition und die Bildung gegenläufig. Demnach finden Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung soziale Ungleichheit weniger notwendig als solche mit geringerem Einkommen und weniger Bildung. Vermutlich ist dies damit zu erklären, dass die Einschätzung, soziale Ungleichheit sei notwendig, weniger von der tatsächlichen Position abhängt, die es eher erlaubt, soziale Ungleichheit gönnerhaft für weniger notwendig zu erachten, als vielmehr von der wahrgenommenen eigenen Position, die von der tatsächlichen abweichen kann und auch all jene umfasst, die gerne oben stehen würden und sich selbst oben stehend sehen. Von letzteren wäre tatsächlich eine stärkere Einschätzung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit zu erwarten, die den Aufstiegsbestrebungen im Sinne einer wünschbaren Self-Fulfilling-Prophecy entgegenkäme. Ohne dies hier jedoch weiter verfolgen zu können, müssten in diesem Zusammenhang Interaktionseffekte angenommen und genauer untersucht werden. Des Weiteren finden Frauen aufgrund der ihnen gesellschaftlich zugeschriebenen Rolle, die eine stärkere Orientierung an sozialen und reproduktiven Aufgaben vorsieht, soziale Ungleichheit für weniger notwendig. Mit zunehmendem Alter wird sie dagegen für notwendiger erachtet, was vermutlich auf die Prägung im leistungs- und konkurrenzbezogenen Erwerbsleben zurückgeführt werden kann. Diese beiden Struktureffekte bleiben in allen weiteren Modellen relativ stabil.

Tab. 36: Notwendigkeit sozialer Ungleichheit in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wohlfahrtsregime</i>							
Ref. Liberal							
Konservativ	-0.248*** (16.540)	-0.225*** (14.865)	-0.224*** (8.863)			-0.120*** (4.956)	0.178 (1.035)
Sozialdemokratisch	-0.233*** (13.976)	-0.212*** (12.556)	-0.106*** (4.028)			-0.112*** (4.764)	-0.100 (0.606)
Mediterran	-0.246*** (11.378)	-0.183*** (8.184)	-0.242*** (8.329)			-0.040 (1.362)	0.531*** (2.670)
1992		0.064*** (4.332)	0.057** (2.534)			0.024 (1.138)	-0.211 (1.361)
1992*Konservativ			-0.001 (0.017)			-0.017 (0.504)	0.156 (0.630)
1992*Sozialdemokratisch			-0.129*** (3.117)			-0.113*** (3.110)	-0.347 (1.268)
1992*Mediterran			0.216*** (4.559)			0.217*** (4.742)	0.018 (0.057)
1987		0.159*** (10.282)	0.186*** (8.674)			0.092*** (4.565)	0.003 (0.020)
1987*Konservativ			0.017 (0.431)			0.053 (1.453)	0.203 (0.799)
1987*Sozialdemokratisch			-0.241*** (5.983)			-0.199*** (5.431)	-0.196 (0.769)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>							
Geschlecht (Frauen=1)				-0.103*** (8.236)	-0.074*** (6.343)	-0.077*** (6.630)	-0.077** (2.420)
Alter (in Jahren)				0.003*** (6.181)	0.004*** (8.940)	0.003*** (7.959)	0.003** (2.559)
Haushaltsgröße				0.006 (1.139)	0.004 (0.811)	-0.002 (0.421)	0.020 (1.547)
Rel. Einkommen				-0.024** (2.144)	-0.037*** (3.509)	-0.028*** (2.598)	-0.086*** (3.579)
Kein Einkommen				0.022 (1.159)	0.008 (0.454)	0.002 (0.086)	0.005 (0.272)
Bildung (Jahre)				-0.006*** (2.873)	-0.021*** (10.866)	-0.021*** (10.398)	-0.022*** (3.824)
Unten-Oben-Skala				0.080*** (19.408)	0.045*** (11.175)	0.042*** (10.122)	0.041*** (9.775)
Selbständig				0.103*** (4.888)	0.045** (2.308)	0.026 (1.343)	-0.031 (0.595)
Arbeitslos				-0.074** (2.108)	-0.021 (0.622)	-0.015 (0.452)	-0.063 (0.795)
Nicht Erwerbstätig				0.035** (2.318)	0.007 (0.480)	0.020 (1.379)	0.023 (1.525)
Bew. Einkommensungl.					-0.359*** (55.087)	-0.355*** (52.487)	-0.349*** (50.857)
Konflikt Arm/Reich					0.066*** (8.278)	0.052*** (6.258)	0.052*** (6.113)
							+ Int.
Konstante	0.232*** (26.515)	0.149*** (11.677)	0.140*** (8.575)	-0.403*** (9.375)	1.173*** (21.264)	1.271*** (21.654)	1.245*** (10.285)
Fälle	24113	24113	24113	24113	24113	24113	24113
R-Quadrat	0.016	0.020	0.023	0.026	0.149	0.160	0.170

Datenbasis: ISSP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.
 Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Kanada 1992, Schweden 1992.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Die beiden Einstellungsvariablen erklären wiederum deutlich mehr. Zum einen kann gezeigt werden, dass die Notwendigkeit sozialer Ungleichheit mit zunehmend höher bewerteter Einkommensungleichheit im Land weniger befürwortet wird. Im Gegensatz dazu ist der Effekt der Einschätzung der Konflikte im Land unerwartet. Demnach wird soziale Ungleichheit für notwendiger erachtet, je mehr Konflikte zwischen Armen und Reichen wahrgenommen werden. Ein erster Blick auf das Modell mit Interaktionen legt nahe, dass sich hinter diesem Befund vermutlich landesspezifisch unterschiedliche Interaktionseffekte verbergen, die allerdings hier nicht weiter verfolgt werden sollen. Unter Kontrolle dieser Strukturvariablen bleiben mit Ausnahme des mediterranen Typus die Effekte der Wohlfahrtsregime stabil (Modell 6). Allerdings gehen die Haupteffekte bei Kontrolle von Interaktionseffekten weitgehend verloren bzw. werden von diesen absorbiert.

Diskussion

Bei den beiden Einstellungen der Ablehnung und Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit ergeben sich aus zusammenfassender Betrachtung Unterschiede zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Regimes, die gerechtigkeits-theoretisch erklärt werden können. Hinsichtlich der Ablehnung von sozialer Ungleichheit können die Erwartungen mit Ausnahme des sozialdemokratischen Regimes 1987 als bestätigt angesehen werden. Demnach ist die Ablehnung in liberalen Regimes geringer als in konservativen, sozialdemokratischen und mediterranen Regimes. Im mediterranen Wohlfahrtstypus wird sie am stärksten abgelehnt. Im sozialdemokratischen Regime zeigt sich zumindest 1987 eine vergleichsweise geringe Ablehnung, die den Erwartungen nicht entspricht. Während sich in allen anderen Wohlfahrtstypen die 'Ungleichheitsideologie' des jeweiligen Regimes in den Einstellungen der Bevölkerung widerspiegelt, scheint in sozialdemokratischen Regimes umgekehrt zu gelten, dass etwas nicht abgelehnt werden muss, was der Wohlfahrtstaat gar nicht erst zulässt. Hinzu kommt ein sozialdemokratischer Alterseffekt, dass Ältere die Ideologie der Ablehnung von sozialer Ungleichheit stärker präferieren als Jüngere, was vielleicht auf einen geringfügigen Legitimationsverlust dieses Regimes gerade bei der jüngeren Generation hindeutet. Außerdem und insbesondere kann festgehalten werden, dass diese ideologischen Haltungen in allen Wohlfahrtsarrangements über die Zeit hinweg ziemlich stabil bleiben. Dies bestärkt die These einer stärkeren pfadabhängigen Verwurzelung ideologischer Haltungen. Dafür spricht vor allem auch, dass die Regimeeffekte nur wenig von Interaktionseffekten absorbiert werden und damit stärker als allgemein kulturell verankert gelten können, wie dies auch schon in Bezug auf die klassischen Gerechtigkeitsideologien bestätigt werden konnte (vgl. Wegener und Liebig, 1993; Wegener und Liebig, 1995). In Bezug auf die Einschätzung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit scheint dies allerdings nicht in demselben Maße zuzutreffen. Denn die Frage nach der Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit ist - so die Annahme in dieser Studie - auch weniger eine Frage der grundsätzlichen ideologischen Haltung als vielmehr Resultat aktuellerer spontaner Einschätzung. Eine zeitliche Stabilität wie bei der ablehnenden Haltung war daher auch nicht zu erwarten.

10.2 Der Einfluss der Länder

Es muss nun wieder geprüft werden, inwieweit hinter diesen Effekten der Wohlfahrtsregimes nicht vielleicht ganz unterschiedliche Ländereinflüsse stehen. Zudem soll wiederum veranschaulicht werden, wie sich postkommunistische Länder in den Einstellungen zu sozialer Ungleichheit untereinander und von westlichen Ländern unterscheiden. Die beiden Einstellungen zu sozialer Ungleichheit (jeweils als Summenindex) werden deskriptiv in den beiden oberen Grafiken von Abb. 23 nach Ländern unterschieden und in der Länderrangfolge angeordnet. Danach ist die Ablehnung in Portugal mit Abstand am größten, gefolgt von Bulgarien und Ostdeutschland, während sie in den Vereinigten Staaten, dann der Schweiz und Australien am geringsten ist. Dagegen wird soziale Ungleichheit in Polen, den Vereinigten Staaten und Australien am stärksten für notwendig befunden, während sie in Lettland, der Slowakei und Bulgarien am wenigsten für erforderlich erachtet wird. Unabhängig von der Rangfolge im Einzelnen zeigt sich wiederum, was auch hinsichtlich der Wahrnehmung von Ungerechtigkeit festzustellen war, dass sich postkommunistische und westliche Länder in der Reihenfolge auch mischen. Einige osteuropäische Transformationsländer bewegen sich in Bezug auf den Grad der Zustimmung zu den Einstellungen durchaus auf dem Niveau der westlichen Länder.

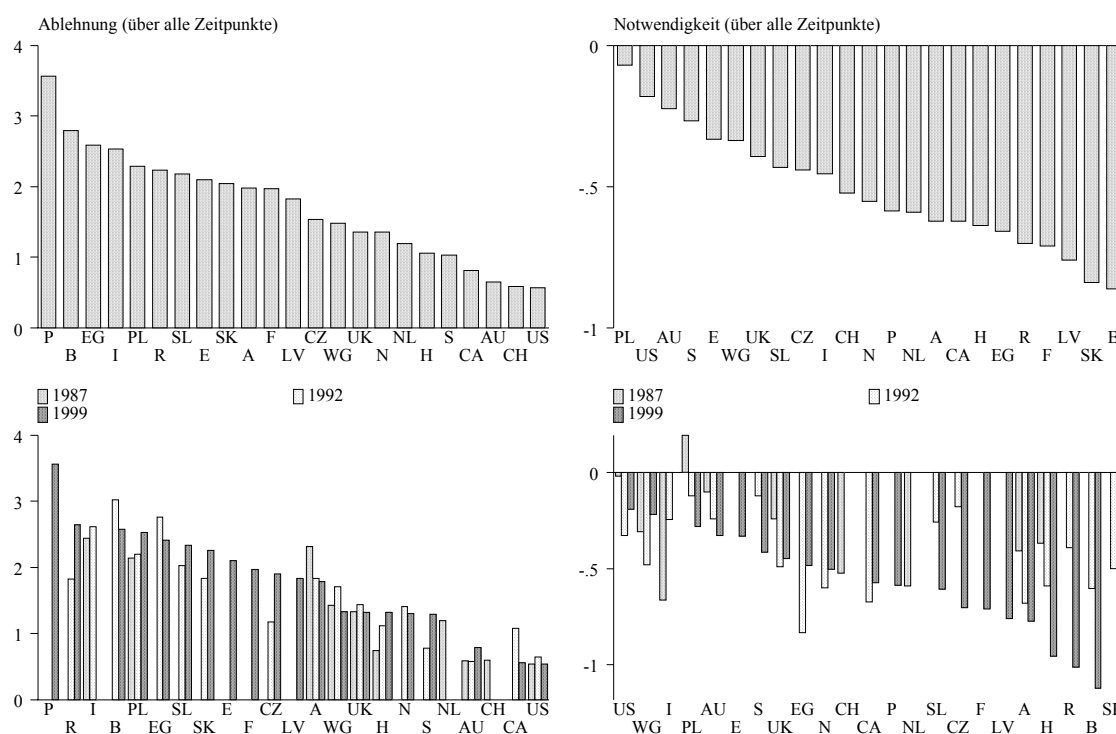


Abb. 23: Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit nach Ländern

Datenbasis: ISSP; eigene Berechnung. Summenindex der Variablen zu den Faktoren: Ablehnung (Skala von '-6' bis '+6') und Notwendigkeit (Skala von '-2 bis '+2').

Anmerkung: A (Österreich), AU (Australien), B (Bulgarien), CA (Kanada), CH (Schweiz), CZ (Tschech. Rep.), E (Spanien), EG (Ostdeutschland), F (Frankreich), H (Ungarn), I (Italien), LV (Lettland), N (Norwegen), NL (Niederlande), P (Portugal), PL (Polen), R (Russland), S (Schweden), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Ohne auf Veränderungen an dieser Stelle im Detail einzugehen, da sie in Abb. 24 genauer betrachtet werden, zeigen die beiden unteren Grafiken, dass sich in diesen zunächst statisch betrachteten Einstellungsunterschieden zwischen den Ländern auch sozialer Wandel innerhalb der Länder verbirgt. Dies ist insbesondere an der Änderung der Reihenfolge der Länder ersichtlich.

Werden zeitliche Veränderungen nach postkommunistischen und westlich-kapitalistischen Ländern getrennt betrachtet (vgl. Abb. 24), kann für westliche Länder zunächst festgehalten werden, dass sich die ablehnende Haltung zu sozialer Ungleichheit auch auf Länderebene nur wenig verändert. Die Länder innerhalb eines Wohlfahrtsregimes unterscheiden sich zwar in der Ablehnung von sozialer Ungleichheit untereinander, aber die zuvor festgestellte grundsätzliche Abfolge der Wohlfahrtsstaaten wird davon nicht sonderlich infrage gestellt (Grafik links oben). So ist innerhalb des mediterranen Regimes in Portugal die mit Abstand größte Ablehnung sozialer Ungleichheit zu finden, während sie in Spanien am vergleichsweise geringsten ist. Bei den konservativen Regimes zeichnet sich Frankreich durch die stärkste Ablehnung im Vergleich zu Österreich (gefallen von 1987 auf 1999) und Westdeutschland aus. Im sozialdemokratischen Wohlfahrtstyp weist Norwegen die stärkste Ungleichheitsablehnung und die Niederlande die zuletzt geringste auf. Im liberalen Regime fällt vor allem Großbritannien mit einer vergleichsweise starken Ablehnung sozialer Ungleichheit etwas aus dem Rahmen.

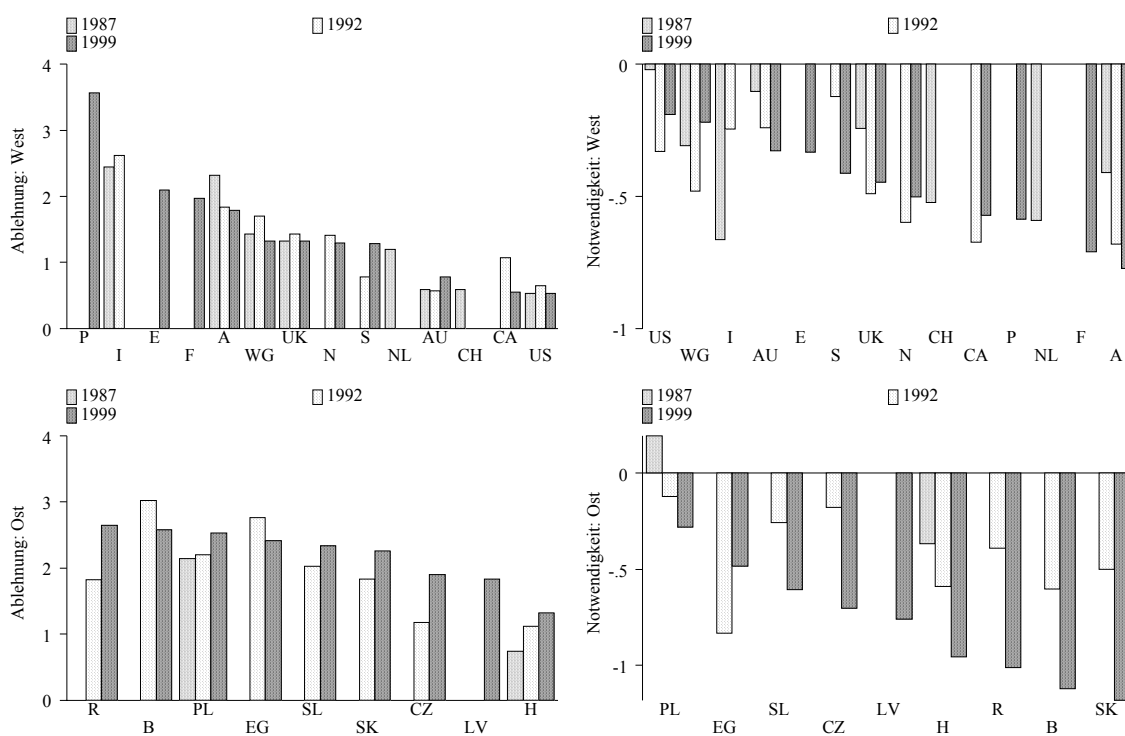


Abb. 24: Ablehnung und Notwendigkeit sozialer Ungleichheit nach Ländern in Ost und West in zeitlicher Entwicklung

Datenbasis: ISSP; eigene Berechnung. Summenindex der Variablen zu den Faktoren: Ablehnung (Skala von '-6' bis '+6') und Notwendigkeit (Skala von '-2 bis '+2').

Anmerkung: A (Österreich), AU (Australien), B (Bulgarien), CA (Kanada), CH (Schweiz), CZ (Tschech. Rep.), E (Spanien), EG (Ostdeutschland), F (Frankreich), H (Ungarn), I (Italien), LV (Lettland), N (Norwegen), NL (Niederlande), P (Portugal), PL (Polen), R (Russland), S (Schweden), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Ein erster Blick auf die Ablehnung von sozialer Ungleichheit in postkommunistischen Ländern zeigt, dass sich diese augenscheinlich über die Zeit stärker verändert als im Westen (Grafik links unten). Da sich Transformationsländer durch stärkeren sozialen Wandel auf Makroebene auszeichnen, ist ein entsprechender Wandel auf Mikroebene und damit auch von Einstellungen der Bevölkerung zu erwarten gewesen. Die zeitliche Instabilität von Einstellungen und Ideologien ist angesichts einer sich permanent wandelnden und normativ noch nicht langfristig prägenden Makrostruktur verständlich. Soziale Ungleichheit wird im Zuge fortschreitender Transformationsprozesse mit Ausnahme von Bulgarien und Ostdeutschland in allen Transformationsländern zunehmend abgelehnt. Die durch den Systemwechsel bedingte Etablierung und Radikalisierung eines vorher nicht gekannten Ungleichheitssystems scheint die zunehmend ablehnende Haltung zu provozieren. Bulgarien, das erst verzögert und nur graduell mit dem Umbau der Gesellschaft begonnen hat, gehört zwar zu den Ländern, in denen die Ablehnung insgesamt am höchsten ist, zeichnet sich jedoch durch eine unerwartet leicht rückläufig ablehnende Haltung zum neuen Ungleichheitssystem aus, die nicht erklärt werden kann. Im Kreise der Transformationsländer geht die Ablehnung von sozialer Ungleichheit auch in Ostdeutschland vergleichsweise leicht zurück. Soziale Ungleichheit wird zwar in Ostdeutschland auch über die Zeit hinweg erheblich stärker als in Westdeutschland abgelehnt, die Ablehnung geht jedoch zurück, was vielleicht auf Annäherungsprozesse der beiden Landesteile Deutschlands hindeutet. Wird die Rangfolge der Länder betrachtet ergibt sich teilweise der erwartete Befund, wonach die Ablehnung sozialer Ungleichheit in Ländern, die aufgrund des Transformationsverlaufs und -erfolgs wirtschaftlich und gesellschaftlich besser entwickelt sind, geringer ist als in Ländern, die sich weniger erfolgreich und langsamer entfalten. Unter diesem Blickwinkel fallen insbesondere Polen und Ostdeutschland mit einer diesbezüglich relativ stark ablehnenden Haltung gegenüber sozialer Ungleichheit auf. Trotz des durchaus beachtlichen Transformationserfolges in Polen, der steigenden wirtschaftlichen Prosperität und der vergleichsweise geringen tatsächlichen Einkommensungleichheit wird soziale Ungleichheit wie im angrenzenden Ostdeutschland relativ stark abgelehnt. Möglicherweise liegt dies einerseits an der relativ starken geografischen Nähe zu westlichen Ländern (insbesondere Ostdeutschland und der erwerbsbezogenen grenzüberschreitenden Mobilität) und andererseits daran, dass soziale Ungleichheit im Vergleich zu Ungarn bereits vor dem Systemwechsel (1987) stark abgelehnt wurde und sich dieses nach dem Systemwechsel fortsetzt.

Wird der Blick auf die Einschätzung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit gerichtet (rechte Grafiken) zeigt sich in westlichen wie östlichen Ländern ein stärkerer Wandel über die Zeit als bei der Ablehnung. Möglicherweise liegt dies - wie angenommen - an der vergleichsweise konkreteren und weniger 'ideologischen' Verfasstheit dieser Einstellung, die einen stärkeren Wandel dieser Haltung eher begünstigt. Unter den westlichen Ländern wird in den Vereinigten Staaten und Westdeutschland soziale Ungleichheit am vergleichsweise notwendigsten für den Wohlstand eines Landes eingeschätzt, während in Frankreich und Österreich soziale Ungleichheit am wenigsten für notwendig erachtet wird. Auffällig ist hinsichtlich der Wohlfahrtstypologie, dass die Länder der einzelnen Regimes keinen einheitlichen konsistenten Effekt aufzuweisen scheinen, dass die zugeordneten Länder innerhalb eines Regimes sich also stark in der Einstellung unterscheiden. Ferner kann festgestellt werden, dass in zeitlicher Hinsicht in den Vereinigten Staaten, Westdeutschland und vor allem in Italien, also in den Ländern, in denen ohnehin schon soziale Ungleichheit am not-

wendigsten erachtet wird, auch noch ein zeitlich zunehmender Anstieg in der Einstellung in dem Sinne zu finden ist, dass soziale Ungleichheit für das Wohl des Landes zunehmend für notwendig erachtet wird. In den meisten anderen Ländern dagegen wird soziale Ungleichheit immer weniger für notwendig gehalten.

In postkommunistischen Ländern wird mit Ausnahme Ostdeutschlands soziale Ungleichheit über die Zeit hinweg immer weniger für notwendig erachtet. Besonders deutlich fällt dieser Trend in Russland, der slowakischen und der tschechischen Republik aus. Im Vergleich der postkommunistischen Länder wird soziale Ungleichheit in Polen, Ostdeutschland und Slowenien noch am stärksten für notwendig empfunden, während sie in der Slowakei, Bulgarien und Russland am wenigsten erforderlich erachtet wird. Die Slowakei, die zwar mit Rückschlägen im Transformationsprozess zu kämpfen hatte, aber dennoch als relativ erfolgreiches Transformationsland gelten kann, fällt in dieser Einstellung unerwartet aus dem Rahmen. Besonders interessant ist die Situation für Polen und Ungarn, für die Daten auch vor dem Systemwechsel zur Verfügung stehen. Demnach wird bereits in der Zeit vor dem Systemwechsel soziale Ungleichheit deutlich stärker für den Wohlstand notwendig erachtet als danach. Für Polen ist der Wert von 1987 sogar positiv. Das heißt, hier ist als einzigem Land sogar eine explizite Zustimmung zur Notwendigkeit sozialer Ungleichheit vorhanden, was vielleicht als frühzeitig sich ankündigende prowestliche Einstellung gedeutet werden kann. Freilich ist damit Polen in der sozialistischen Zeit im Hinblick auf beide Einstellungen der Bürger durch eine Art Bewusstseinsspaltung geprägt. Einerseits wird soziale Ungleichheit konform mit der offiziellen sozialistischen Ideologie stark abgelehnt, aber andererseits wird soziale Ungleichheit als notwendig für das Gesamtwohl empfunden. Im Vergleich zu Polen wird in Ungarn vor dem Systemwechsel soziale Ungleichheit sowohl weniger abgelehnt als auch stärker für nötig befunden, wenngleich letzteres nicht in der Deutlichkeit wie in Polen ausfällt. In der Zeit des Sozialismus erscheinen diese Länder damit (teilweise) 'westlicher' in den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit als der Westen selbst, was sich freilich nach dem Systemwechsel ändert: Während in Ungarn soziale Ungleichheit bei nur geringer Ablehnung immer weniger für notwendig erachtet wird, verstärkt sich die soziale Ungleichheit ablehnende Haltung in Polen leicht und soziale Ungleichheit wird ebenso weniger für nötig befunden.

Werden diese deskriptiven Ergebnisse der multivariaten Kontrolle unterzogen, kann für die Ablehnung von sozialer Ungleichheit festgehalten werden (vgl. Tab. 37), dass unter den westlichen Ländern nur in Kanada und der Schweiz soziale Ungleichheit weniger als in den Vereinigten Staaten abgelehnt wird, während die Bevölkerung in allen anderen westlichen Ländern soziale Ungleichheit vergleichsweise stärker überwinden möchte. In Ländern des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes wird soziale Ungleichheit etwas stärker und in Ländern des konservativen und mediterranen Typs wird sie erheblich stärker abgelehnt (Modell 1). Ferner ist zu erkennen, dass in postkommunistischen Ländern die Ablehnung ähnlich wie in Westdeutschland insgesamt stärker als in den USA ist. Die Transformationsländer unterscheiden sich jedoch diesbezüglich deutlich untereinander (Modell 2). Während Ungarn den Vereinigten Staaten im Ablehnungsniveau am nächsten kommt, ist sie in allen anderen Ländern des Ostens deutlich höher. An die starke Ablehnung in Portugal kommt jedoch kein osteuropäisches Land heran.

Tab. 37: Ablehnung sozialer Ungleichheit in Ländern (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Land und Zeit</i>						
Ref. USA						
USA 92			0.012 (0.278)		-0.088** (2.345)	-0.489* (1.766)
USA 87			-0.010 (0.225)		0.062* (1.727)	-0.090 (0.335)
Großbritannien	0.230*** (9.028)	0.230*** (9.027)	0.204*** (4.376)		0.020 (0.502)	-0.294 (0.944)
Großbritannien 92			0.060 (1.303)		0.018 (0.487)	0.181 (0.488)
Großbritannien 87			0.016 (0.341)		0.083** (2.210)	0.600 (1.643)
Australien	-0.022 (0.958)	-0.022 (0.958)	0.008 (0.177)		0.009 (0.234)	-0.352 (1.226)
Australien 92			-0.047 (1.240)		0.034 (1.070)	-0.048 (0.197)
Australien 87			-0.026 (0.645)		0.051 (1.558)	0.261 (1.083)
Kanada	-0.089** (2.341)	-0.089** (2.340)	-0.089* (1.879)		0.015 (0.363)	-1.076*** (3.784)
Schweiz	-0.061 (1.340)	-0.061 (1.340)	-0.061 (1.137)		-0.053 (1.208)	-0.173 (0.641)
Westdeutschland	0.358*** (14.497)	0.358*** (14.495)	0.291*** (5.927)		0.226*** (5.325)	0.393 (1.340)
Westdeutschland 92			0.120*** (2.736)		0.017 (0.462)	-0.439* (1.761)
Westdeutschland 87			0.025 (0.480)		-0.010 (0.225)	-0.332 (1.185)
Österreich	0.461*** (17.087)	0.461*** (17.085)	0.382*** (7.794)		0.208*** (4.987)	-0.010 (0.032)
Österreich 92			0.023 (0.455)		0.081* (1.904)	-0.059 (0.176)
Österreich 87			0.236*** (4.567)		0.140*** (3.194)	-0.075 (0.225)
Frankreich	0.494*** (14.551)	0.494*** (14.550)	0.494*** (11.240)		0.159*** (4.237)	-0.031 (0.110)
Schweden	0.178*** (4.925)	0.178*** (4.925)	0.178*** (3.904)		0.171*** (4.627)	-0.167 (0.661)
Norwegen	0.187*** (7.240)	0.187*** (7.240)	0.151*** (3.537)		0.296*** (8.204)	-0.475* (1.895)
Norwegen 92			0.068* (1.780)		0.037 (1.172)	0.345 (1.640)
Niederlande	0.178*** (5.309)	0.178*** (5.309)	0.179*** (4.091)		0.107*** (2.970)	-0.550** (2.194)
Italien	0.738*** (22.726)	0.738*** (22.723)	0.738*** (17.227)		0.399*** (10.265)	0.022 (0.084)
Spanien	0.510*** (15.993)	0.510*** (15.991)	0.510*** (12.031)		0.379*** (9.825)	-0.141 (0.548)
Portugal	1.030*** (29.960)	1.030*** (29.957)	1.031*** (23.257)		0.385*** (9.402)	0.058 (0.215)
Transformation (Ref. Tschech.)	0.372*** (19.316)	0.338*** (10.843)	0.390*** (8.735)		0.155*** (3.978)	-0.142 (0.494)
Tschech. Rep. 92			-0.203*** (3.464)		0.022 (0.424)	-0.170 (0.475)
Ostdeutschland		0.381*** (10.828)	0.261*** (5.092)		0.165*** (3.744)	0.133 (0.406)
Ostdeutschland 92			0.105** (2.073)		-0.036 (0.813)	-0.374 (1.192)
Slowak. Rep.		0.146*** (3.648)	0.140*** (2.970)		0.019 (0.434)	-0.149 (0.445)
Slowak. Rep. 92			-0.182*** (2.772)		-0.015 (0.244)	-0.273 (0.583)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Ungarn		-0.341*** (11.346)	-0.288*** (6.537)		-0.571*** (14.283)	0.201 (0.674)
Ungarn 92			-0.038 (0.878)		0.136*** (3.419)	-0.573* (1.959)
Ungarn 87			-0.187*** (4.882)		0.162*** (4.536)	-0.355 (1.400)
Polen		0.296*** (8.627)	0.317*** (7.311)		0.206*** (5.486)	0.292 (1.018)
Polen 92			-0.124*** (2.800)		-0.031 (0.842)	-0.032 (0.112)
Slowenien		0.206*** (6.021)	0.209*** (4.828)		0.170*** (4.426)	-0.290 (0.985)
Slovenien 92			-0.108** (2.441)		-0.109*** (2.742)	-0.024 (0.084)
Bulgarien		0.313*** (6.308)	0.262*** (5.040)		-0.006 (0.136)	-0.279 (0.799)
Lettland		0.057 (1.350)	0.006 (0.142)		-0.173*** (4.237)	-0.525* (1.739)
Russland		0.178*** (4.796)	0.245*** (5.484)		-0.141*** (3.429)	-0.664** (2.244)
Russland 92			-0.257*** (4.770)		0.042 (0.854)	0.789** (2.537)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)				-0.050*** (5.672)	-0.046*** (5.283)	0.025 (0.436)
Alter (in Jahren)				0.001*** (2.854)	0.002*** (5.228)	-0.006*** (3.158)
Haushaltsgröße				-0.024*** (6.898)	-0.024*** (6.602)	-0.027 (1.285)
Rel. Einkommen				-0.136*** (16.600)	-0.144*** (17.051)	-0.117*** (3.488)
Kein Einkommen				-0.021 (1.448)	-0.029** (1.996)	-0.020 (1.408)
Bildung (Jahre)				-0.043*** (29.001)	-0.036*** (22.722)	-0.041*** (3.587)
Unten-Oben-Skala				-0.026*** (9.415)	-0.040*** (13.634)	-0.036*** (12.065)
Selbständig				-0.156*** (9.950)	-0.145*** (9.414)	-0.055 (0.556)
Arbeitslos				0.076*** (3.635)	0.028 (1.355)	-0.073 (0.369)
Nicht Erwerbstätig				-0.014 (1.279)	-0.038*** (3.468)	-0.042*** (3.705)
Bew. Einkommensungl.				0.413*** (78.897)	0.394*** (71.191)	0.397*** (71.559)
Konflikt Arm/Reich				0.123*** (21.939)	0.164*** (28.004)	0.164*** (28.013)
						+ Int.
Konstante	-0.308*** (17.789)	-0.308*** (17.787)	-0.308*** (9.369)	-1.350*** (32.236)	-1.530*** (29.895)	-1.193*** (5.831)
Fälle	38637	38637	38637	38637	38637	38637
R-Quadrat	0.048	0.074	0.078	0.280	0.315	0.330

Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Polen 1987, Kanada 1992, Schweden 1992, Bulgarien 1992.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Die stärkste Ablehnung von sozialer Ungleichheit findet sich in Ostdeutschland, da Bulgarien 1992 aufgrund fehlender Variablen aus diesen Analysen ausgeschlossen werden musste. Werden die zeitlichen Veränderungen näher betrachtet, können die bereits deskriptiv veranschaulichten Unterschiede als signifikant bestätigt werden. Danach ist deutlich zu sehen, dass in postkommunistischen Ländern mehr zeitliche Veränderungen gefunden werden als in westlichen Ländern, in denen die ablehnende Haltung weitgehend zeitlich stabil bleibt (Modell 3). Werden nur individuelle Strukturmerkmale und andere Einstellungen der befragten Personen kontrolliert, ist festzustellen, dass diese allein bereits 28 Prozent der Varianz in der Ablehnung von sozialer Ungleichheit erklären (Modell 4), während Länder und Zeit nur knappe 8 Prozent in der Modellanpassung ausmachen. Unter den individuellen Strukturmerkmalen tragen Bildung und die Einkommensposition der Befragten am stärksten zur Erklärung der Ungleichheitsablehnung bei. Mit zunehmendem Einkommen und längerer Bildung wird soziale Ungleichheit weniger abgelehnt. Ebenso verhält sich der Effekt der subjektiven Selbsteinschätzung der Befragten in der Gesellschaftshierarchie. Dahinter stehen die bekannten Motive des Eigeninteresses, die mit diesen sozialen Positionen verknüpft sind. Entgegen den Erwartungen lehnen Frauen soziale Ungleichheit weniger ab als Männer und mit zunehmendem Alter wird sie stärker als verzichtenswert erachtet. Dies widerspricht früheren Befunden, wonach Frauen aufgrund ihrer zumindest zugeschriebenen besseren sozialen Kompetenzen eher ablehnend zu sozialer Ungleichheit eingestellt sind als Männer. Den größten Erklärungsbeitrag liefert erwartungsgemäß die Einstellung der Bewertung der sozialen Ungleichheit im jeweiligen Land in dem Sinne, dass soziale Ungleichheit stärker abgelehnt wird, je höher sie tatsächlich eingeschätzt wird. Zwar mit geringerem Erklärungsbeitrag aber in der erwarteten Richtung beeinflusst auch die Einschätzung sozialer Konflikte zwischen Armen und Reichen die Ablehnung von sozialer Ungleichheit positiv.

Unter Kontrolle der Strukturmerkmale der Befragten ändern sich die Länder-Zeit-Effekte teilweise (Modell 5). Danach unterscheiden sich Großbritannien und die USA nicht mehr voneinander und zeigen stattdessen auch einen gemeinsamen zeitlichen Effekt einer abnehmenden Ablehnung von sozialer Ungleichheit von 1987 auf 1999. Die Länder des liberalen Regimes unterscheiden sich also kaum noch. Auch die Länder des konservativen Arrangements unterscheiden sich unter Kontrolle der individuellen Merkmale kaum noch. Nur in Österreich 1987 wird soziale Ungleichheit vergleichsweise stärker abgelehnt, während sie in Frankreich am wenigsten abgelehnt wird. In den Ländern des sozialdemokratischen Regimes ist die Varianz in der ablehnenden Haltung gegenüber sozialer Ungleichheit etwas größer. In Schweden wird soziale Ungleichheit stärker als in den Niederlanden abgelehnt und in Norwegen sogar noch stärker. In den Ländern des mediterranen Typs ist die Ablehnung insgesamt am höchsten. In postkommunistischen Transformationsländern zeichnet sich unter Kontrolle von Strukturmerkmalen vor allem Polen, dann Ostdeutschland und Slowenien durch die stärkste Ablehnung von sozialer Ungleichheit aus, während soziale Ungleichheit in Ungarn sogar noch weniger als in den USA signifikant abgelehnt wird (mit zusätzlich abnehmender Tendenz!). Russland und Lettland unterscheiden sich in der Ablehnung nicht von den USA. Allerdings ist diese geringe Ablehnung angesichts der extrem wahrgenommenen Ungerechtigkeit vor allem in Russland erstaunlich. In Bulgarien, der Tschechischen und Slowakischen Republik ist die Ablehnung etwas stärker als in Russland und damit auch der USA. Werden Interaktionseffekte kontrolliert (Modell 6), verschwinden fast alle Länder-Zeit-Effekte und werden scheinbar durch

landesspezifische Strukturvariablen kompensiert.

Die multivariate Analyse zur Einschätzung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit zeigt, dass in den Vereinigten Staaten im Vergleich der westlichen Länder und ohne Berücksichtigung zeitlicher Veränderungen soziale Ungleichheit am notwendigsten erachtet wird (Modell 1 in Tab. 38), gefolgt von Australien, Italien und dann Westdeutschland. Dagegen wird sie in Frankreich und Portugal am wenigsten notwendig für das Wohl des Landes empfunden. Deutlich weniger notwendig als in westlich-kapitalistischen Ländern wird sie allgemein und ohne Beachtung der Zeit auch in den postkommunistischen Transformationsländern empfunden. Innerhalb der osteuropäischen Transformationsländer wird sie in Polen noch vergleichsweise am stärksten für notwendig erachtet (Modell 2). Die Länder-Zeit-Unterschiede legen offen dar, dass sich diese Einschätzungen über den Zeitraum stark verändern (Modell 3). Während diese Effekte fast 8 Prozent an Varianz erklären, können Strukturmerkmale und andere Einstellungen mit über 13 Prozent auch bei dieser Einstellung einen deutlich größeren Beitrag leisten (Modell 4). Danach finden Frauen soziale Ungleichheit wie erwartet weniger notwendig als Männer und soziale Ungleichheit wird mit zunehmendem Alter für notwendiger erachtet. Unter den individuellen Merkmalen zur sozialen Position der Befragten im Hierarchiegefüge der Gesellschaft kann ein gegensätzlicher Effekt hinsichtlich der tatsächlichen und der wahrgenommenen Position festgestellt werden. Während mit höherer Einkommensposition und Bildung soziale Ungleichheit entgegen den Erwartungen für weniger notwendig erachtet wird, gilt sie für Personen, die sich selbst als eher oben stehend einstufen, als erforderlicher. Vermutlich gilt auch hier, dass die wahrgenommene Position für das Motiv des Eigeninteresses, sich selbst damit besser stellen zu können, ausschlaggebender ist als der Effekt, dass Personen tatsächlich besser gestellt sind.

Hinsichtlich der Länder-Zeit-Effekte unter Kontrolle individueller Strukturvariablen ergeben sich wieder geringfügige Veränderungen (Modell 5). Während soziale Ungleichheit in den USA zu allen Zeitpunkten am notwendigsten erachtet wird, gilt sie in Österreich, gefolgt von Norwegen 1992 und Frankreich am wenigsten für notwendig. Eine Homogenität hinsichtlich der wohlfahrtsstaatlichen Regimes ist entgegen den Erwartungen nicht feststellbar. Unter den postkommunistischen Ländern unterscheiden sich die bereits relativ früh erfolgreichen Transformationsländer Polen und die Tschechische Republik 1992 nicht signifikant von den USA. Hier wird soziale Ungleichheit am notwendigsten erachtet. In Ungarn, Russland, Bulgarien und der Slowakei 1999 dagegen wird soziale Ungleichheit am wenigsten für erforderlich erachtet. Besonders auffällig ist, dass sich mit Ausnahme Ostdeutschlands die Einschätzung, dass soziale Ungleichheit notwendig sei, in allen postkommunistischen Ländern von 1992 auf 1999 erheblich verringert hat. Nach der in der frühen Transformationsphase herrschenden prowestlichen Euphorie in den Werthaltungen, die sich vielleicht als vorauseilender mentaler Transformationsvorschuss in der Form einer stärkeren Zustimmung zur Notwendigkeit sozialer Ungleichheit charakterisieren lässt, zeigt die Entwicklung sieben Jahre später, dass vermutlich aufgrund des nicht in kurzer Zeit zu erreichenden Transformationserfolgs eine deutliche Ernüchterung in der Notwendigkeitseinschätzung von sozialer Ungleichheit eingeleitet ist. Werden Interaktionseffekte der Länder mit den Strukturvariablen kontrolliert, verschwinden einige der Länder-Zeit-Effekte.

Tab. 38: Notwendigkeit sozialer Ungleichheit in Ländern (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Land und Zeit</i>						
Ref. USA						
USA 92			-0.105** (2.561)		-0.060 (1.537)	-0.242 (0.835)
USA 87			0.146*** (3.701)		0.056 (1.443)	0.419 (1.516)
Großbritannien	-0.403*** (16.764)	-0.403*** (16.762)	-0.466*** (10.313)		-0.395*** (9.219)	-0.277 (0.864)
Großbritannien 92			-0.003 (0.076)		-0.019 (0.462)	-0.162 (0.432)
Großbritannien 87			0.217*** (4.889)		0.145*** (3.604)	-0.058 (0.158)
Australien	-0.148*** (6.853)	-0.148*** (6.852)	-0.272*** (6.357)		-0.320*** (7.978)	-0.246 (0.809)
Australien 92			0.133*** (3.548)		0.056* (1.657)	-0.272 (1.020)
Australien 87			0.242*** (6.350)		0.146*** (4.282)	-0.099 (0.372)
Kanada	-0.442*** (11.634)	-0.442*** (11.632)	-0.421*** (9.140)		-0.396*** (9.105)	-0.903*** (2.922)
Schweiz	-0.382*** (10.269)	-0.382*** (10.268)	-0.361*** (7.951)		-0.454*** (10.191)	-0.435 (1.534)
Westdeutschland	-0.288*** (12.125)	-0.288*** (12.124)	-0.058 (1.199)		-0.118** (2.495)	0.227 (0.717)
Westdeutschland 92			-0.328*** (7.298)		-0.240*** (5.527)	-0.579** (2.034)
Westdeutschland 87			-0.158*** (3.175)		-0.145*** (3.044)	-0.309 (1.008)
Österreich	-0.553*** (20.831)	-0.553*** (20.829)	-0.659*** (13.924)		-0.583*** (12.500)	-0.236 (0.719)
Österreich 92			0.126** (2.517)		0.087* (1.786)	-0.300 (0.768)
Österreich 87			0.270*** (5.063)		0.303*** (5.730)	0.189 (0.508)
Frankreich	-0.639*** (20.498)	-0.639*** (20.495)	-0.618*** (15.223)		-0.472*** (12.057)	-0.942*** (3.303)
Schweden	-0.363*** (10.348)	-0.363*** (10.347)	-0.342*** (7.830)		-0.352*** (8.788)	-0.667** (2.469)
Norwegen	-0.448*** (17.729)	-0.448*** (17.727)	-0.405*** (9.864)		-0.422*** (10.889)	-0.433 (1.621)
Norwegen 92			-0.042 (1.077)		-0.062* (1.813)	-0.560** (2.485)
Niederlande	-0.451*** (14.353)	-0.451*** (14.351)	-0.429*** (10.534)		-0.459*** (11.981)	-0.714*** (2.658)
Italien	-0.259*** (6.892)	-0.259*** (6.891)	-0.238*** (5.204)		-0.108** (2.372)	0.004 (0.015)
Spanien	-0.424*** (12.035)	-0.424*** (12.034)	-0.403*** (9.200)		-0.295*** (6.706)	-0.084 (0.289)
Portugal	-0.635*** (16.228)	-0.635*** (16.226)	-0.614*** (13.066)		-0.423*** (8.877)	-0.085 (0.268)
Transformation (Ref. Tschech.)	-0.639*** (35.325)	-0.518*** (17.724)	-0.626*** (15.207)		-0.409*** (10.051)	-0.842*** (2.914)
Tschech. Rep. 92			0.515*** (9.372)		0.375*** (7.147)	0.343 (0.858)
Ostdeutschland		-0.189*** (5.300)	0.194*** (3.718)		0.123** (2.455)	0.664** (1.966)
Ostdeutschland 92			-0.388*** (7.186)		-0.325*** (6.255)	-0.338 (0.983)
Slowak. Rep.		-0.320*** (8.537)	-0.309*** (7.262)		-0.222*** (5.318)	-0.112 (0.374)
Slowak. Rep. 92			0.476*** (7.498)		0.362*** (5.663)	0.183 (0.386)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Ungarn		-0.156*** (5.434)	-0.342*** (8.542)		-0.330*** (8.323)	0.885*** (3.094)
Ungarn 92			0.339*** (8.207)		0.241*** (5.895)	-0.822*** (2.826)
Ungarn 87			0.452*** (12.570)		0.270*** (7.532)	-0.178 (0.697)
Polen		0.296*** (8.593)	0.300*** (6.497)		0.236*** (5.257)	0.669** (1.980)
Polen 92			0.217*** (4.459)		0.149*** (3.153)	-0.300 (0.807)
Slowenien		-0.003 (0.097)	-0.035 (0.734)		-0.097** (2.138)	0.587* (1.747)
Slovenien 92			0.322*** (6.233)		0.294*** (5.943)	-0.282 (0.788)
Bulgarien		-0.497*** (10.550)	-0.368*** (7.525)		-0.236*** (4.876)	0.054 (0.154)
Lettland		-0.318*** (7.764)	-0.189*** (4.394)		-0.114*** (2.694)	0.389 (1.355)
Russland		-0.238*** (6.474)	-0.395*** (8.888)		-0.310*** (7.031)	0.101 (0.328)
Russland 92			0.626*** (11.734)		0.546*** (10.347)	0.113 (0.322)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)				-0.069*** (7.166)	-0.076*** (8.004)	-0.090 (1.465)
Alter (in Jahren)				0.002*** (6.136)	0.002*** (6.254)	0.003 (1.624)
Haushaltsgröße				0.004 (0.956)	0.008** (2.104)	0.049** (2.086)
Rel. Einkommen				-0.040*** (4.460)	0.005 (0.576)	-0.075* (1.924)
Kein Einkommen				0.004 (0.241)	0.026 (1.634)	0.024 (1.524)
Bildung (Jahre)				-0.022*** (14.179)	-0.024*** (14.405)	-0.041*** (3.330)
Unten-Oben-Skala				0.064*** (21.039)	0.045*** (13.909)	0.042*** (12.763)
Selbständig				0.057*** (3.401)	0.053*** (3.229)	-0.160 (1.531)
Arbeitslos				-0.017 (0.697)	0.038 (1.595)	-0.163 (0.860)
Nicht Erwerbstätig				0.006 (0.530)	0.020* (1.651)	0.026** (2.107)
Bew. Einkommensungl.				-0.334*** (60.738)	-0.303*** (52.919)	-0.297*** (51.404)
Konflikt Arm/Reich				0.036*** (5.854)	0.031*** (4.799)	0.034*** (5.141)
						+ Int.
Konstante	0.430*** (26.897)	0.430*** (26.894)	0.409*** (13.404)	1.095*** (24.196)	1.439*** (26.091)	1.514*** (6.981)
Fälle	38637	38637	38637	38637	38637	38637
R-Quadrat	0.046	0.060	0.079	0.134	0.170	0.184

Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Polen 1987, Kanada 1992, Schweden 1992, Bulgarien 1992.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Diskussion

Werden die beiden Einstellungen zur sozialen Ungleichheit im Hinblick auf die westlichen Länder zusammenfassend und mit Blick auf die dahinter stehenden wohlfahrtsstaatlichen Regimes betrachtet, so kann hinsichtlich der Ablehnung sozialer Ungleichheit ein Zusammenhang mit den wohlfahrtsstaatlichen Regimes durchaus bestätigt werden, während im Hinblick auf die Notwendigkeit sozialer Ungleichheit kein homogenes wohlfahrtsstaatliches Zustimmungsmuster erfasst werden kann (vgl. hierzu die zusammenfassende Ansicht der Regressionskoeffizienten der Länder und Zeitpunkte unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Befragten aus dem Modell 5 von Tab. 37 in Abb. 25). In der Dimension der Ablehnung von sozialer Ungleichheit können die wohlfahrtsstaatlichen Regime deutlich voneinander getrennt werden. Während in liberalen Wohlfahrtsstaaten sozialer Ungleichheit am wenigsten entsagt wird, wird sie in Ländern des mediterranen Typs am stärksten abgelehnt. Länder des konservativen und sozialdemokratischen Regimes nehmen eine mittlere Position ein und unterscheiden sich nicht nennenswert voneinander. Das mediterrane und liberale Arrangement erweisen sich damit in dieser Hinsicht als außerordentlich einstellungshomogen.

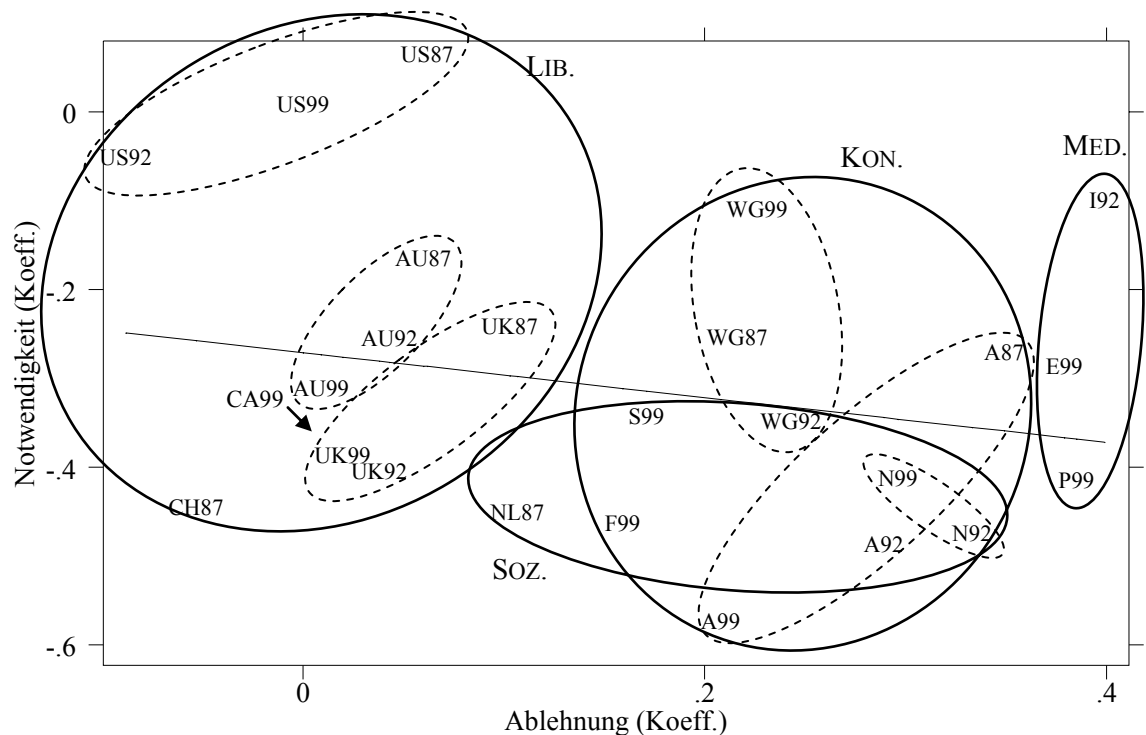


Abb. 25: Landkarte der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in westlich-kapitalistischen Ländern

Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Einstellungen unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Befragten; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Italien 1987, Kanada 1992, Österreich 1992, Schweden 1992.

Anmerkung: A (Österreich), AU (Australien), CA (Kanada), CH (Schweiz), E (Spanien), F (Frankreich), I (Italien), N (Norwegen), NL (Niederlande), P (Portugal), S (Schweden), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Geht es um die Dimension der Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit unterscheiden sich die wohlfahrtsstaatlichen Regimes nicht sonderlich voneinander. Allenfalls das sozialdemokratische Regime zeichnet sich im Vergleich zu den anderen Regimes dadurch aus, dass soziale Ungleichheit für weniger notwendig erachtet wird und sich die Länder innerhalb dieses Regimes darin untereinander nur wenig unterscheiden. Dass sich der Einfluss von Wohlfahrtsregimes nur in einer der beiden Dimensionen deutlich abzeichnet, ist vermutlich - wie bereits erläutert - durch die unterschiedliche Qualität der beiden Einstellungen zu erklären. Während die Ablehnung sozialer Ungleichheit von stärker ideologischem Charakter ist und einen stärkeren sozialkritischen Bezug enthält, ist die Notwendigkeit als eher funktionale Einschätzung stärker von der jeweiligen tatsächlichen Lage im Land abhängig. Von daher sind stärkere Schwankungen über die Zeit und die Uneinheitlichkeit und weitgehende Unabhängigkeit der Länder von wohlfahrtsstaatlichen Arrangements verständlich.

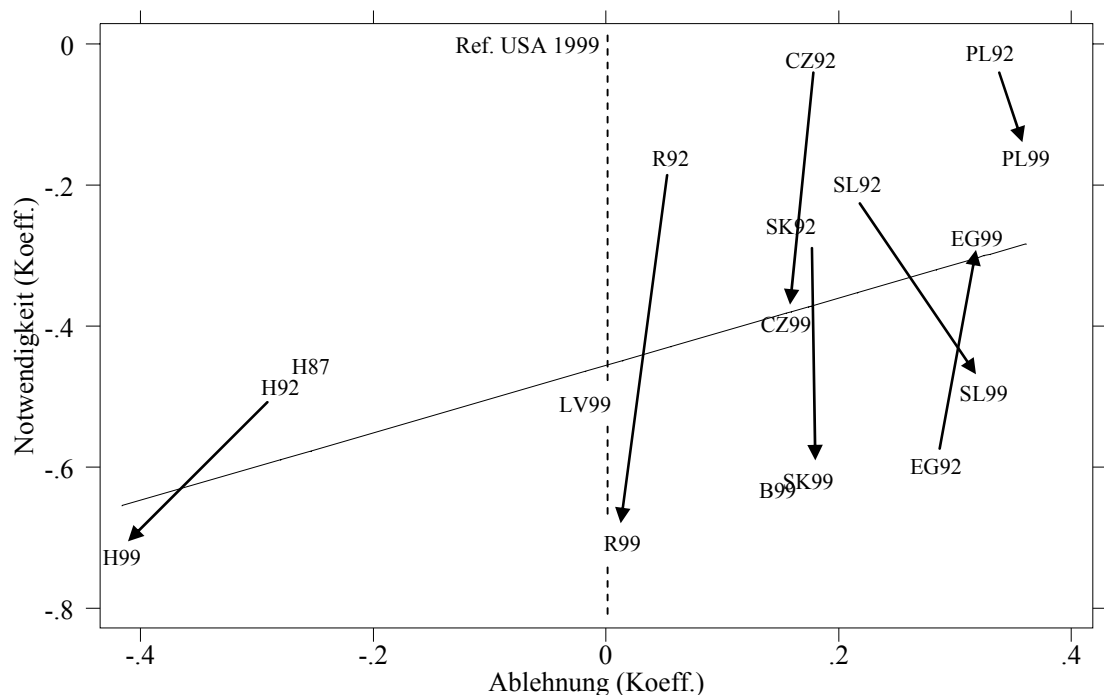


Abb. 26: Landkarte der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in postkommunistischen Ländern
 Datenbasis: ISSP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Einstellungen unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Befragten; eigene Berechnung.
 Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Polen 1987, Bulgarien 1992.
 Anmerkung: B (Bulgarien), CZ (Tschech. Rep.), EG (Ostdeutschland), H (Ungarn), LV (Lettland), PL (Polen), R (Russland), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien).

Auch für postkommunistische Länder können die beiden Einstellungen zur sozialen Ungleichheit unter Kontrolle sozialstruktureller Merkmale der Personen grafisch veranschaulicht werden (vgl. Abb. 26). Wird zunächst die Ablehnung sozialer Ungleichheit betrachtet, kann festgehalten werden, dass sich die Transformationsländer mit der besonders auffälligen Ausnahme Ungarns im Niveau nicht grundsätzlich von westlichen Ländern unterscheiden. Russland und Litauen kommen dem niedrigen Grad der Ablehnung in den Vereinigten Staaten am nächsten, während Polen dem

hohen Grad der Ablehnung in mediterranen Wohlfahrtsländern am nächsten steht. Ungarn setzt sich unerwartet deutlich von allen Ländern durch die geringste Ablehnung sozialer Ungleichheit ab.⁶⁵ In zeitlicher Betrachtung fällt zudem auf, dass mit Ausnahme von Ungarn mit einer zunehmend weniger ablehnenden und Slowenien mit einer zunehmend stärker ablehnenden Haltung nur marginale Veränderungen über die Zeit hinweg zu finden sind (senkrechte Entwicklungslinien). Dagegen findet sich eine überaus deutliche Veränderung in der Einschätzung, soziale Ungleichheit sei zum Wohl des Landes notwendig. Während in den frühen Transformationsjahren soziale Ungleichheit noch für überaus notwendig im Vergleich mit westlichen Ländern erachtet wird, geht diese Einschätzung 1999 mit Ausnahme Ostdeutschlands dramatisch und teilweise deutlich unter das Niveau westlicher Länder zurück. Unter der Annahme, dass die Einstellung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit stärker von der jeweiligen sozialen Lage abhängig ist, lässt sich dieser Trend dahingehend interpretieren, dass mangels rascher Erfolge im Transformationsprozess eine drastische Ernüchterung hinsichtlich der anfänglich prowestlichen Haltung eingekehrt ist. Die nach dem Ende des Sozialismus geäußerte "Sehnsucht" nach sozialer Ungleichheit zum Wohl des eigenen Landes ist bis 1999 verfliegen. In Ostdeutschland dagegen nimmt die Einschätzung, soziale Ungleichheit sei notwendig, als einzigem Transformationsland zu. Besonders auffällig ist die inkonsistente Befürwortung der beiden Einstellungen in den Transformationsländern. Als Extreme fallen vor allem Polen, in dem soziale Ungleichheit am stärksten für notwendig aber zugleich auch am stärksten abgelehnt wird, und Ungarn auf, in dem soziale Ungleichheit (vor allem 1999) am wenigsten für notwendig und zugleich am wenigsten abgelehnt wird.

Insgesamt kann also festgehalten werden, dass die Ländereffekte unter Kontrolle von sozialstrukturellen Merkmalen auf die stärker ideologische Ablehnung von sozialer Ungleichheit stabiler ist als bei der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit. Stabil sind hier vor allem Einflüsse der stärker pfadabhängigen wohlfahrtsstaatlichen Traditionen in westlichen Ländern. Von daher kann zumindest für westliche Länder bestätigt werden, dass der ideologische Grad der Ablehnung durch die normative wohlfahrtsstaatliche Kultur der Länder geprägt ist.

10.3 Der Einfluss von Makroindikatoren

Im dritten Schritt wird wiederum der Einfluss makrostruktureller Indikatoren als Ersatz für die Länder auf beide Einstellungen zu sozialer Ungleichheit untersucht. Zunächst steht die Ablehnung sozialer Ungleichheit im Blickpunkt der Betrachtung (vgl. Tab. 39). Fast 27 Prozent der Varianz dieser Einstellungsvariablen werden durch Strukturmerkmale der Personen erklärt (Modell 1). Durch die Reduktion der Fallzahl in diesen Analysen, die sich vor allem durch den Ausfall der Daten von 1987 ergibt, ist der Erklärungsbeitrag im Vergleich zu den vorherigen länderspezifischen Analysen etwas geringer. Die Effekte der individuellen Merkmale bleiben jedoch stabil.

⁶⁵ Für diesen unerwarteten Befund gibt es offenkundig keine interpretierende Erklärung. Es bedarf hierzu in jedem Fall weitergehende Analysen.

Tab. 39: Makroeinflüsse auf die Ablehnung von sozialer Ungleichheit (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)	-0.047*** (4.465)	-0.046*** (4.418)	-0.047*** (4.496)	-0.045*** (4.359)	-0.045*** (4.340)	-0.045*** (4.312)
Alter (in Jahren)	0.000 (0.374)	0.000 (0.682)	0.000 (0.642)	0.000 (0.789)	0.000 (0.188)	0.000 (0.901)
Haushaltsgröße	-0.020*** (4.750)	-0.015*** (3.684)	-0.013*** (3.005)	-0.014*** (3.264)	-0.024*** (5.641)	-0.016*** (3.906)
Rel. Einkommen	-0.128*** (12.945)	-0.115*** (11.541)	-0.112*** (11.203)	-0.117*** (11.700)	-0.136*** (13.615)	-0.117*** (11.741)
Kein Einkommen	-0.055*** (3.317)	-0.055*** (3.326)	-0.053*** (3.218)	-0.060*** (3.610)	-0.058*** (3.495)	-0.045*** (2.753)
Bildung (Jahre)	-0.043*** (24.679)	-0.041*** (23.776)	-0.042*** (24.284)	-0.040*** (22.535)	-0.043*** (24.615)	-0.040*** (22.896)
Unten-Oben-Skala	-0.025*** (7.688)	-0.034*** (9.922)	-0.035*** (10.158)	-0.036*** (10.404)	-0.021*** (6.531)	-0.037*** (10.657)
Selbständig	-0.125*** (6.441)	-0.123*** (6.406)	-0.119*** (6.194)	-0.122*** (6.329)	-0.125*** (6.471)	-0.124*** (6.495)
Arbeitslos	0.059** (2.444)	0.076*** (3.155)	0.072*** (2.978)	0.067*** (2.800)	0.042* (1.745)	0.045* (1.879)
Nicht Erwerbstätig	0.000 (0.037)	0.002 (0.167)	0.004 (0.325)	0.004 (0.299)	-0.003 (0.212)	-0.000 (0.005)
Bew. Einkommensungl.	0.410*** (63.195)	0.416*** (63.305)	0.416*** (63.435)	0.414*** (62.826)	0.405*** (61.866)	0.410*** (62.051)
Konflikt Arm/Reich	0.116*** (17.211)	0.120*** (17.883)	0.121*** (17.974)	0.120*** (17.758)	0.116*** (17.281)	0.123*** (18.376)
<i>Makrostruktur</i>						
Transformation		-0.094*** (7.738)		-0.217*** (7.316)		-0.487*** (13.780)
Bruttosozialprodukt			0.051*** (8.453)	-0.029** (2.411)		
Tr.*Bruttosozialprodukt				0.132*** (8.019)		
Arbeitslosigkeit					0.009*** (6.477)	0.002 (0.975)
Tr.*Arbeitslosigkeit						0.033*** (10.602)
Gini-Koeffizient						
Tr.*Gini-Koeffizient						
Sozialausgaben						
Tr.*Sozialausgaben						
Konstante	-1.283*** (25.204)	-1.274*** (25.010)	-1.385*** (26.307)	-1.215*** (21.083)	-1.348*** (26.134)	-1.275*** (24.374)
Fälle	27477	27477	27477	27477	27477	27477
R-Quadrat	0.267	0.269	0.269	0.271	0.268	0.275

Fortsetzung nächste Seite →

	(7)	(8)	(9)	(10)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>				
Geschlecht (Frauen=1)	-0.048*** (4.590)	-0.047*** (4.524)	-0.046*** (4.431)	-0.045*** (4.379)
Alter (in Jahren)	0.000 (0.882)	0.001 (1.546)	0.000 (1.160)	0.001 (1.329)
Haushaltsgröße	-0.020*** (4.753)	-0.014*** (3.345)	-0.016*** (3.843)	-0.014*** (3.282)
Rel. Einkommen	-0.134*** (13.656)	-0.120*** (12.052)	-0.132*** (13.423)	-0.124*** (12.454)
Kein Einkommen	-0.052*** (3.156)	-0.054*** (3.297)	-0.052*** (3.137)	-0.053*** (3.186)
Bildung (Jahre)	-0.042*** (24.251)	-0.040*** (22.877)	-0.039*** (22.479)	-0.039*** (22.104)
Unten-Oben-Skala	-0.026*** (8.028)	-0.039*** (11.225)	-0.031*** (9.551)	-0.036*** (10.415)
Selbständig	-0.120*** (6.206)	-0.116*** (6.060)	-0.118*** (6.136)	-0.117*** (6.098)
Arbeitslos	0.050** (2.087)	0.072*** (2.982)	0.058** (2.420)	0.069*** (2.882)
Nicht Erwerbstätig	-0.003 (0.236)	-0.004 (0.280)	-0.002 (0.155)	-0.001 (0.087)
Bew. Einkommensungl.	0.411*** (63.360)	0.420*** (63.735)	0.408*** (62.796)	0.412*** (62.396)
Konflikt Arm/Reich	0.129*** (18.901)	0.139*** (20.275)	0.128*** (18.922)	0.131*** (19.259)
<i>Makrostruktur</i>				
Transformation		-0.291*** (4.877)		0.012 (0.259)
Bruttosozialprodukt				
Tr.*Bruttosozialprodukt				
Arbeitslosigkeit				
Tr.*Arbeitslosigkeit				
Gini-Koeffizient	-1.095*** (10.581)	-1.690*** (11.129)		
Tr.*Gini-Koeffizient		0.549*** (2.687)		
Sozialausgaben			0.012*** (13.708)	0.012*** (11.837)
Tr.*Sozialausgaben				-0.004* (1.657)
Konstante	-1.012*** (17.896)	-0.840*** (13.085)	-1.605*** (28.567)	-1.594*** (27.653)
Fälle	27477	27477	27477	27477
R-Quadrat	0.270	0.274	0.272	0.273

Datenbasis: ISSP, OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Alle Länder 1987, Kanada 1992, Schweden 1992, Slowenien 1992 und 1999, Bulgarien 1992, Russland 1992.

Bruttosozialprodukt in US-\$ je 10.000 Einwohner, Arbeitslosigkeit in Prozent, Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Der Transformationseffekt weist ein negatives Vorzeichen auf, da nun nicht mehr mit den Vereinigten Staaten als Referenz verglichen wird, sondern mit allen westlichen Ländern (Modell 2). In osteuropäischen Transformationsländern wird im Vergleich mit westlich-kapitalistischen Ländern soziale Ungleichheit weniger abgelehnt. Der Effekt ist zwar signifikant, jedoch minimal und trägt nur unwesentlich zur Erklärung des Modells bei. In den Modellen 3-10 werden die vier Makroindikatoren wieder jeweils für sich allein und in Interaktion mit den Transformationsländern genauer betrachtet, da untersucht werden soll, inwieweit sich westliche und osteuropäische Länder hinsichtlich der Effekte dieser Indikatoren unterscheiden.

Der Blick auf die erklärte Varianz aller Modelle zeigt, dass in keinem ein nennenswerter Zuwachs durch einen der Effekte der Makrovariablen erzielt werden kann. Die Makroindikatoren als Strukturvariablen der Länder können also Einstellungen erheblich weniger erklären als die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung. Der Gerechtigkeitsmodus der Belohnungsgerechtigkeit konnte mit makrostrukturellen Indikatoren weit besser erklärt werden. Die Wirtschaftsleistung der Länder hat allgemein einen positiven Effekt auf die Ablehnung sozialer Ungleichheit, d.h. je höher das Bruttosozialprodukt eines Landes, desto stärker wird soziale Ungleichheit abgelehnt (Modell 3). Allerdings gilt dieser Zusammenhang nur für osteuropäische Länder, nicht jedoch für westliche Länder (Modell 4). Auch zunehmende Arbeitslosigkeit in den Ländern führt zu einer stärkeren Ablehnung sozialer Ungleichheit (Modell 5). Allerdings gilt auch hier, dass dieser Effekt nur in Transformationsländern signifikant ist (Modell 6). Arbeitslosigkeit als gesamtgesellschaftliches Problem wirkt sich also vor allem in den Transformationsländern in einer stärkeren Ablehnung sozialer Ungleichheit aus. Dass sich mit wachsender tatsächlicher Einkommensungleichheit in einem Land die Ablehnung von sozialer Ungleichheit vermindert, überrascht als Ergebnis (Modell 7). Das Interaktionsmodell mit der Transformation zeigt, dass dieser Effekt in postkommunistischen Ländern abgeschwächt ist und in westlichen Ländern stärker ist (Modell 8). Dagegen führen auch höhere Sozialausgaben unerwarteter Weise zu einer stärkeren Ablehnung von sozialer Ungleichheit (Modell 9). In postkommunistischen Ländern ist dieser Effekt jedoch vermindert (Modell 10).

Es kann also festgehalten werden, dass die Effekte der Makrovariablen einerseits insgesamt nur wenig zu erklären vermögen und dass sich andererseits die Effekte zwischen Ost und West geringfügig unterscheiden. Demnach lässt eine stärkere Wirtschaftsleistung und Einkommensungleichheit die Ablehnung sozialer Ungleichheit in westlichen Ländern eher geringer werden, während höhere Sozialausgaben eine Ablehnung begünstigen. Der Effekt der Wirtschaftsleistung kann erwartungsgemäß dahingehend interpretiert werden, dass soziale Ungleichheit weniger abgelehnt wird, je größer der "Kuchen" ist, der verteilt werden kann, weil in der Regel davon ausgegangen werden kann, dass alle und damit auch der vergleichsweise Schlechtestgestellte davon profitiert. Ohne Einbezug der Erkenntnisse über Wohlfahrtsregimes sind die Effekte der Einkommensungleichheit und der Sozialausgaben unverständlich. Der Einfluss dieser Indikatoren wird nur verständlich, wenn die normative Funktionslogik von Wohlfahrtsregimes herangezogen wird, denn die Makroeffekte als solche hätten einen anderen Zusammenhang erwarten lassen. Liberale Wohlfahrtsstaaten beispielsweise, in denen soziale Ungleichheit vergleichsweise am höchsten ist und die Sozialausgaben am niedrigsten sind, legitimieren soziale Ungleichheit normativ stärker durch eine Leistungsideo-

logie, die soziale Ungleichheit produziert. Und das scheinen die Menschen in diesen Regimes auch zu wollen. Umgekehrt wird beispielsweise in sozialdemokratischen Ländern, die sich durch niedrige soziale Ungleichheit und hohe Sozialausgaben auszeichnen, soziale Ungleichheit stärker abgelehnt. Diese Beispiele verdeutlichen, dass ohne das Verständnis der normativen wohlfahrtsstaatlichen Basis die Einflüsse der beiden Makroindikatoren nicht nachvollzogen werden können.

In Transformationsländern wirken solche wohlfahrtsstaatlich normativ geprägten Makroideologien weniger. Stattdessen ist hier stärker davon auszugehen, dass die tatsächliche soziale Lage die Einstellungen beeinflusst. So bewirken kollektive soziale Probleme wie höhere Arbeitslosigkeit, dass soziale Ungleichheit stärker abgelehnt wird. Und die Effekte der Sozialausgaben und der sozialen Ungleichheit sind deutlich abgeschwächt. Der Einfluss einer stärkeren Wirtschaftsleistung bleibt jedoch unerklärlich.

Etwas anders stellt sich die Situation hinsichtlich der Notwendigkeit der sozialen Ungleichheit zum Wohl eines Landes dar (vgl. Tab. 40). Auch hier erklären die makrostrukturellen Indikatoren der Länder nur wenig mehr als die individuellen Strukturmerkmale der Personen (Modell 1). Ebenso findet sich ein negativer Transformationseffekt, der bedeutet, dass in postkommunistischen Ländern soziale Ungleichheit für weniger erforderlich gehalten wird als in westlich-kapitalistischen Gesellschaften (Modell 2). Der positive Effekt der Wirtschaftsleistung (Modell 3) scheint sich bei der Unterscheidung von Ost und West gegenseitig aufzuheben und ist in beiden Ländergruppen nicht signifikant (Modell 4). Zunehmende Arbeitslosigkeit führt dazu, dass soziale Ungleichheit weniger für notwendig befunden wird (Modell 5), wobei hier ein gegensätzlicher Ost-West-Effekt zu erkennen ist (Modell 6). Danach führt zunehmende Arbeitslosigkeit im Westen zu einer stärkeren Einschätzung der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit, im Osten dagegen zu einer niedrigeren. Der Effekt der tatsächlichen sozialen Ungleichheit ist nicht signifikant (Modell 7), allerdings deswegen, weil in Ost und West deutlich gegensätzliche Effekte vorherrschen (mit vergleichsweise höchstem Erklärungsbeitrag, Modell 8). Während in westlich-kapitalistischen Ländern mehr soziale Ungleichheit zu einer stärkeren Zustimmung zur Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit führt, bewirkt sie in postkommunistischen Ländern, dass soziale Ungleichheit weniger notwendig ist. Höhere Sozialausgaben schließlich haben den Effekt, soziale Ungleichheit sei eher weniger nötig (Modell 9). Dieser Effekt gilt jedoch nur für den Westen (Modell 10). In postkommunistischen Ländern bringen höhere Sozialausgaben die Menschen dazu, soziale Ungleichheit stärker für erforderlich zu halten.

Diskussion

Für beide Einstellungen kann festgehalten werden, dass (1) der Erklärungsbeitrag von Makroindikatoren nur marginal ist und (2) dass die Effekte für westlich-kapitalistische und postkommunistische Länder teilweise gegensätzlich sind. Die Effekte für westliche Länder ergeben vor allem dann Sinn, wenn zur Erklärung andere Faktoren wie die wohlfahrtsstaatlichen Legitimationsideologien herangezogen werden. Soziale Ungleichheit wird z.B. in Ländern mit starker sozialer Ungleichheit deshalb weniger abgelehnt (z.B. liberaler Typus), weil sie weitgehend von einer Verteilungsideologie nach dem Leistungsprinzip bestimmt ist, die vom Gros der Bevölkerung akzeptiert wird. Oder höhere Sozialausgaben führen in westlichen Ländern dazu, soziale Ungleichheit für weniger

Tab. 40: Makroeinflüsse auf die Notwendigkeit von sozialer Ungleichheit (OLS-Regression, ISSP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)	-0.084*** (7.424)	-0.084*** (7.379)	-0.085*** (7.444)	-0.084*** (7.388)	-0.085*** (7.469)	-0.083*** (7.292)
Alter (in Jahren)	0.002*** (5.137)	0.002*** (5.463)	0.002*** (5.319)	0.002*** (5.445)	0.002*** (5.202)	0.002*** (5.326)
Haushaltsgröße	0.011** (2.327)	0.016*** (3.327)	0.016*** (3.343)	0.015*** (3.221)	0.012*** (2.644)	0.014*** (2.869)
Rel. Einkommen	-0.025** (2.274)	-0.011 (0.975)	-0.014 (1.232)	-0.010 (0.932)	-0.022* (1.952)	-0.014 (1.212)
Kein Einkommen	-0.012 (0.669)	-0.012 (0.662)	-0.010 (0.590)	-0.011 (0.608)	-0.011 (0.601)	-0.018 (1.003)
Bildung (Jahre)	-0.022*** (11.556)	-0.020*** (10.602)	-0.021*** (11.263)	-0.020*** (10.689)	-0.022*** (11.572)	-0.020*** (10.530)
Unten-Oben-Skala	0.065*** (17.938)	0.055*** (14.055)	0.058*** (14.837)	0.055*** (14.037)	0.064*** (17.297)	0.056*** (14.279)
Selbständig	0.072*** (3.477)	0.073*** (3.539)	0.075*** (3.657)	0.072*** (3.522)	0.072*** (3.487)	0.073*** (3.549)
Arbeitslos	-0.003 (0.125)	0.016 (0.582)	0.006 (0.216)	0.018 (0.645)	0.003 (0.119)	0.017 (0.620)
Nicht Erwerbstätig	0.027* (1.863)	0.029** (1.995)	0.030** (2.047)	0.029** (1.968)	0.028* (1.951)	0.027* (1.880)
Bew. Einkommensungl.	-0.342*** (50.211)	-0.335*** (48.781)	-0.338*** (49.225)	-0.335*** (48.658)	-0.340*** (49.525)	-0.336*** (48.751)
Konflikt Arm/Reich	0.038*** (5.040)	0.043*** (5.731)	0.042*** (5.553)	0.043*** (5.736)	0.038*** (5.023)	0.044*** (5.840)
<i>Makrostruktur</i>						
Transformation		-0.105*** (7.884)		-0.081** (2.393)		0.001 (0.017)
Bruttosozialprodukt			0.036*** (5.604)	0.005 (0.385)		
Tr.*Bruttosozialprodukt				-0.027 (1.407)		
Arbeitslosigkeit					-0.004** (2.364)	0.007*** (3.370)
Tr.*Arbeitslosigkeit						-0.011*** (3.414)
Gini-Koeffizient						
Tr.*Gini-Koeffizient						
Sozialausgaben						
Tr.*Sozialausgaben						
Konstante	1.072*** (19.340)	1.083*** (19.563)	0.999*** (17.592)	1.072*** (16.901)	1.098*** (19.400)	1.026*** (17.789)
Fälle	27477	27477	27477	27477	27477	27477
R-Quadrat	0.134	0.136	0.135	0.136	0.134	0.136

Fortsetzung nächste Seite →

	(7)	(8)	(9)	(10)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>				
Geschlecht (Frauen=1)	-0.084*** (7.424)	-0.086*** (7.544)	-0.085*** (7.438)	-0.085*** (7.529)
Alter (in Jahren)	0.002*** (5.130)	0.002*** (5.053)	0.002*** (4.935)	0.002*** (4.952)
Haushaltsgröße	0.011** (2.327)	0.017*** (3.649)	0.010** (2.102)	0.016*** (3.352)
Rel. Einkommen	-0.025** (2.272)	-0.006 (0.566)	-0.024** (2.173)	-0.003 (0.285)
Kein Einkommen	-0.012 (0.668)	0.003 (0.178)	-0.013 (0.718)	-0.010 (0.593)
Bildung (Jahre)	-0.022*** (11.536)	-0.020*** (10.531)	-0.023*** (11.946)	-0.021*** (11.213)
Unten-Oben-Skala	0.065*** (17.940)	0.053*** (13.583)	0.067*** (18.246)	0.054*** (13.654)
Selbständig	0.072*** (3.477)	0.070*** (3.408)	0.070*** (3.388)	0.066*** (3.188)
Arbeitslos	-0.003 (0.126)	0.017 (0.632)	-0.003 (0.119)	0.018 (0.663)
Nicht Erwerbstätig	0.027* (1.861)	0.038*** (2.655)	0.028* (1.912)	0.033** (2.274)
Bew. Einkommensungl.	-0.342*** (50.217)	-0.337*** (49.053)	-0.342*** (50.055)	-0.331*** (47.866)
Konflikt Arm/Reich	0.038*** (4.954)	0.043*** (5.655)	0.034*** (4.521)	0.034*** (4.455)
<i>Makrostruktur</i>				
Transformation		0.663*** (10.027)		-0.534*** (10.422)
Bruttosozialprodukt				
Tr.*Bruttosozialprodukt				
Arbeitslosigkeit				
Tr.*Arbeitslosigkeit				
Gini-Koeffizient	-0.004 (0.034)	1.401*** (8.292)		
Tr.*Gini-Koeffizient		-2.665*** (11.754)		
Sozialausgaben			-0.003*** (3.490)	-0.011*** (10.103)
Tr.*Sozialausgaben				0.020*** (8.449)
Konstante	1.073*** (17.231)	0.679*** (9.578)	1.161*** (19.139)	1.373*** (22.073)
Fälle	27477	27477	27477	27477
R-Quadrat	0.134	0.140	0.134	0.139

Datenbasis: ISSP, OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Alle Länder 1987, Kanada 1992, Schweden 1992, Slowenien 1992 und 1999, Bulgarien 1992, Russland 1992.

Bruttosozialprodukt in US-\$ je 10.000 Einwohner, Arbeitslosigkeit in Prozent, Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

notwendig zu erachten, weil sich z.B. der sozialdemokratische Wohlfahrtstypus, der durch hohe Sozialausgaben gekennzeichnet ist, stärker durch eine Ideologie der Inklusion, Umverteilung und Absicherung unabhängig von Leistung auszeichnet. Kurz: Die Makroindikatoren eignen sich zur Erklärung von Einstellungen in westlichen Ländern nicht besonders. Ihr Einfluss kann vielmehr nur dadurch verständlich gemacht werden, wenn die wohlfahrtstaatlich normative Funktionslogik interpretierend herangezogen wird. In postkommunistischen Ländern dagegen, in denen noch keine gleichsam verwurzelte normative Strukturen wie in westlichen Wohlfahrtsregimes entstanden sind, können Makroindikatoren der tatsächlichen Struktur eines Landes auch Einstellungen besser erklären. Vor allem der Einfluss der Arbeitslosigkeit kann hier genannt werden, der in postkommunistischen Ländern einen deutlich stärkeren Effekt als in westlichen Ländern aufweist. Mehr Arbeitslosigkeit führt dazu, dass soziale Ungleichheit stärker abgelehnt wird, weil sie ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt.

11 Meritokratismus und Etatismus als Verteilungsideologien

Verteilungsideologien sind normative Vorstellungen darüber, wie und durch wen in einer Gesellschaft Wohlstand, Prestige, Güter oder Positionen zugeteilt werden sollen. Die beiden bedeutsamsten Ideologien sind Meritokratismus und Etatismus. Unter Meritokratismus wird die Befürwortung des Leistungsprinzips verstanden, also die Verteilung von Wohlstand, Gütern, Prestige und Positionen nach dem, was einer Person aufgrund ihrer individuell erbrachten Leistung für die Gesellschaft als Verdienst zusteht (vgl. Young, 1958). Danach werden Positionen, Güter und Wohlstand weniger vererbt oder zugeschrieben, als vielmehr durch eigene Leistung erworben. Vielfach wird in Bezug auf diese Ideologie auch von 'Individualismus' oder 'Marktgerechtigkeit' gesprochen. Etatismus als Verteilungsideologie hebt die besondere Rolle des Staates bei sozialen Distributionen heraus, weshalb man auch von 'Statism', 'Staatismus', "Staatsgerechtigkeit" oder "politischer Gerechtigkeit" sprechen kann (vgl. Lane, 1986). Danach ist es Aufgabe des Staates, in die marktwirtschaftlichen Allokationsprozesse, wonach Entlohnung weitgehend durch individuelle Leistung in modernen Gesellschaften bestimmt wird, umverteilend und absichernd einzugreifen. Dahinter steht auch die Vorstellung, dass all jene Gesellschaftsmitglieder, die nicht oder nicht mehr im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zum Wohl der Gesellschaft beitragen (können), in die Gesellschaft dennoch eingeschlossen werden und Mittel für die Absicherung von Risiken aus den Wechselfällen des Lebens je nach Bedarf erhalten, so dass sie gesellschaftlich partizipieren können. Beide Ideologien stehen sich zwar in gewisser Weise konträr gegenüber, wenngleich in diesem Zusammenhang aufgrund der faktorenanalytischen Herangehensweise davon ausgegangen werden kann, dass sie unabhängig voneinander sind. Beide Ideologien sind in modernen Gesellschaften in dem einen oder anderen Mischungsverhältnis institutionalisiert, wie es die Ausführungen zu den wohlfahrtsstaatlichen Arrangements verdeutlicht haben. In diesem Abschnitt der Studie ist zu fragen, zu welchem Grad die Bevölkerung in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten und Ländern beide Ideologien befürwortet. Dazu wird anhand der Ergebnisse von Analysen aus den ISJP-Daten zunächst wieder der Einfluss der wohlfahrtsstaatlichen Regimes in westlichen Ländern, danach der Einfluss der einzelnen Länder und schließlich das Gewicht von Makroindikatoren dieser Länder auf beide Ideologien bestimmt.

11.1 Der Einfluss der Wohlfahrtsregimes

Diese Studie geht davon aus, dass wohlfahrtsstaatliche Regime einen unterschiedlichen Einfluss auf individuelle Präferenzen von Verteilungsideologien haben. Liberale Wohlfahrtsstaaten verteilen weniger um als sozialdemokratische und auch konservative. Von daher ist anzunehmen, dass dort Meritokratismus eine bedeutsamere Rolle spielt als in sozialdemokratischen und konservativen Regimes. Umgekehrt ist in sozialdemokratischen Arrangements der Staat ein Garant für Absicherung und Wohlstand, indem er für Umverteilung und umfassende Vorsorge zuständig ist. Von daher wird vermutet, dass Etatismus auch von der Bevölkerung stärker befürwortet wird. Erste de-

skriptive Ergebnisse deuten allerdings nicht ganz in diese Richtung (vgl. Abb. 27). In allen westlichen Wohlfahrtsstaaten ist die Leistungsideologie von zentraler Bedeutung. Der Index des Meritokratismus ist in allen Regimes deutlich positiv und jeweils deutlich stärker als der des Etatismus.⁶⁶ Individuelle Leistung ist also in allen westlichen Ländern die dominante Ideologie. Im Einklang mit dem, was erwartet wurde, sind liberale Wohlfahrtsstaaten stärker meritokratisch als sozialdemokratische, während sozialdemokratische wenigstens auch nur geringfügig stärker etatistisch sind als liberale. Sozialdemokratische Regimes sind damit weniger etatistisch als erwartet. In beiden Regimes wird aber - wenigstens das sozialdemokratische Regime nur wenig etatistisch ist - jene Ideologie stärker befürwortet, die auch wohlfahrtsstaatlich institutionalisiert ist. Das konservative Wohlfahrtsregime weist den höchsten Grad an Zustimmung sowohl zum Meritokratismus als auch mit Abstand zum Etatismus auf. Damit ist das konservative Regime in Übereinstimmung mit den Erwartungen beides, stark meritokratisch und etatistisch. Denn beide Ideologien sind auch in wohlfahrtsstaatlichen Arrangements institutionalisiert, indem sich dieser Typus stark leistungsbezogen umverteilend bzw. eingreifend verhält. Auffällig ist, dass sich die Bevölkerung im sozialdemokratischen Regime weniger staatsbezogen verhält als vermutet und der Abstand zum liberalen Regime nur marginal ist.

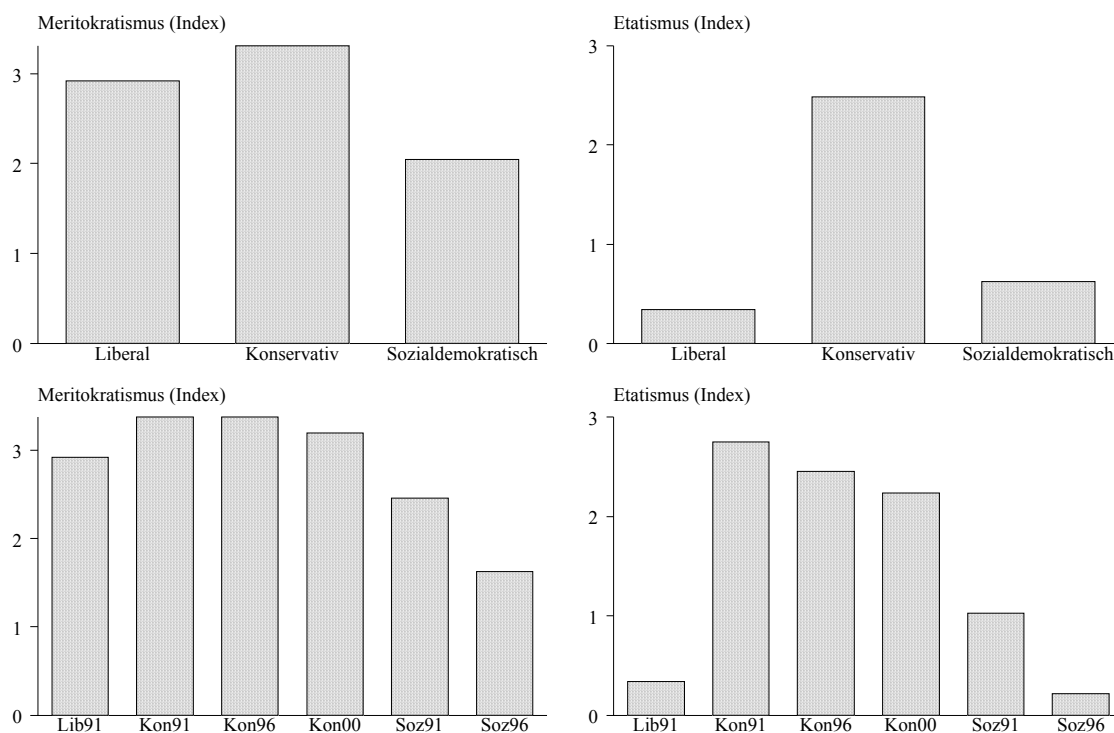


Abb. 27: Meritokratismus und Etatismus in Wohlfahrtsregimes

Datenbasis: ISJP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); eigene Berechnung. Summenindex der Variablen zu den Faktoren: Meritokratismus (Skala von '-6' bis '+6') und Etatismus (Skala von '-8' bis '+8').

⁶⁶ Zum Zwecke der besseren grafischen Darstellung wurden wieder einfache additive Summenindizes aus den Variablen gebildet, die in die beiden Faktoren Meritokratismus und Etatismus eingegangen sind.

Wird die Zeitdimension in den Blick genommen (Grafiken unten), ist zu erkennen, dass beide Ideologien, sowohl Meritokratismus als auch Etatismus, im konservativen leicht und im sozialdemokratischen Arrangement stärker abnehmen. Damit kann festgehalten werden, dass beide Ideologien nicht miteinander korrelieren, und auch nicht in einer Art Nullsummenspiel ("je mehr das eine, desto weniger das andere") präferiert werden, denn im konservativen Regime werden beide Ideologien jeweils stark bzw. am stärksten vertreten. Dadurch der Etatismus in sozialdemokratischen Ländern insgesamt und insbesondere 1996 noch deutlich niedriger als erwartet ausfällt, kann möglicherweise der Schluss gezogen werden, dass die normativ-institutionelle Wirkung auf die Ideologien der Menschen im sozialdemokratischen Regime einer anderen Logik folgt. Danach muss mehr Staatstätigkeit nicht unbedingt präferiert werden, weil sie ohnehin fest verankert und dies nicht bedroht ist, und der individuellen Leistungsideologie kann auch stärker zugestimmt werden, weil sie durch einen umverteilenden Wohlfahrtsstaat dann eingeschränkt wird, wenn sie beginnt, eine negative Wirkung auf Menschen (z.B. in Form zu starker sozialer Disparitäten) zu entfalten.

Wird die Ideologie des Meritokratismus multivariat analysiert (vgl. Tab. 41), kann festgehalten werden, dass sich die Regime in der Tat in der erklärten Weise unterscheiden (Modell 1). Das konservative Regime ist etwas meritokratischer, während sich das sozialdemokratische deutlich weniger meritokratisch als das liberale Regime auszeichnet.⁶⁷ Unter Kontrolle der Zeit bleibt dieses Verhältnis bestehen (Modell 2), wenngleich über die Zeit hinweg Meritokratismus generell abnimmt. In der Interaktion von Regimetypus und Zeit (Modell 3) ist zu sehen, dass sich das konservative Regime von 1991 auf 1996 nicht signifikant verändert und dass der Erklärungsbeitrag der Regimes zu dieser Ideologie insgesamt über 6 Prozent beträgt. Mit individuellen Strukturmerkmalen dagegen werden weit weniger, nämlich nur 3 Prozent erklärt (Modell 4). Die Regime zu verschiedenen Zeiten erklären also mehr als individuelle Merkmale. Entgegen den Erwartungen gibt es keinen Alterseffekt, aber einen signifikanten Geschlechtseffekt. Danach sind Frauen weniger leistungsorientiert als Männer, welches sich mit der zugeschriebenen Rolle der Frauen für das Soziale und Fürsorgende verdeutlichen lässt. Unerwartet ist der positive Effekt der Haushaltsgröße. Die Variablen zur sozialen Position der Individuen im gesellschaftlichen Hierarchiegefüge sind im Einklang mit den Vermutungen. Personen mit höherem Einkommen und solche, die sich selbst eher oben stehend einstufen, sind deutlich meritokratischer als Personen mit niedrigem Einkommen und solchen, die sich in der Selbsteinschätzung eher unten stehend verorten. Dies ist mit Motiven aus dem Eigeninteresse der Personen zu erklären, wonach Bessergestellte Leistung stärker befürworten, weil sie damit ihre eigene privilegierte Lage mit einem Prinzip legitimieren, das ihnen selbst diese Position eingebracht hat, während Schlechtergestellte dieses Prinzip eher weniger befürworten, weil es ihnen nichts gebracht hat (vgl. Haller et al., 1995: 223). Hinsichtlich der Bildung kann ein negativer Effekt konstatiert werden. Danach präferieren Höhergebildete Meritokratismus weniger als Personen mit niedriger Bildung. Dass Gebildete im Gegensatz zu wohlhabenden und sich sozial

⁶⁷ Da in den Daten des ISJP nur wenig westliche Länder enthalten sind, soll an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, dass sich in den Regressionstabellen hinter den Jahreseffekten von 1996 nur das konservative und sozialdemokratische Regime (Ref. konservativ) und hinter dem Jahreseffekt von 2000 nur das konservative Regime verbirgt.

oben positionierenden Personen weniger für das Leistungsprinzip sind, kann möglicherweise auf kollektiv rationale Motive hinter der Bildung zurückgeführt werden. Danach haben Qualifizierte bei ihren Angaben eine "bessere" Einschätzung und das Gesamtwohl der Gesellschaft im Blick. Da die Leistungsgesinnung ohnehin die dominante Verteilungsideologie in allen westlichen Gesellschaften ist, muss sie aus dieser Motivation heraus weniger befürwortet werden. Arbeitslose sind als Teil der wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsklassen, die weniger bis gar nichts zu leisten vermögen, verständlicherweise weniger für Meritokratismus als Verteilungsideologie. Der Effekt der Arbeitslosigkeit ist allerdings nur schwach ausgeprägt und verschwindet in den weiteren Modellen.

Tab. 41: Meritokratismus in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wohlfahrtsregime</i>							
Ref. Liberal							
Konservativ	0.157*** (6.043)	0.321*** (10.136)	0.248*** (7.383)			0.213*** (6.300)	-0.603*** (3.164)
Sozialdemokratisch	-0.395*** (13.033)	-0.321*** (10.025)	-0.252*** (7.365)			-0.259*** (7.538)	-0.795*** (3.998)
1996		-0.243*** (8.110)	-0.046 (1.121)			-0.056 (1.369)	0.182 (0.777)
1996*Sozialdemokratisch			-0.428*** (7.207)			-0.443*** (7.511)	0.313 (0.920)
2000		-0.268*** (8.037)	-0.196*** (5.550)			-0.231*** (6.295)	-0.047 (0.226)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>							
Geschlecht (Frauen=1)				-0.130*** (5.841)	-0.122*** (5.476)	-0.125*** (5.771)	-0.095** (2.220)
Alter (in Jahren)				0.001 (1.477)	0.001 (1.487)	0.000 (0.362)	-0.003* (1.782)
Haushaltsgröße				0.020** (2.002)	0.019* (1.922)	0.030*** (3.076)	0.009 (0.527)
Rel. Einkommen				0.061*** (2.647)	0.059** (2.569)	0.054** (2.355)	0.043 (1.335)
Kein Einkommen				0.126*** (4.109)	0.125*** (4.064)	0.034 (1.101)	0.017 (0.536)
Bildung (Casmin)				-0.107*** (12.952)	-0.108*** (13.138)	-0.087*** (10.601)	-0.126*** (9.104)
Unten-Oben-Skala				0.028*** (3.553)	0.021*** (2.685)	0.021*** (2.749)	0.018** (2.302)
Selbständig				0.058 (1.362)	0.055 (1.307)	0.047 (1.129)	0.028 (0.390)
Arbeitslos				-0.119* (1.896)	-0.103 (1.627)	-0.093 (1.513)	-0.038 (0.361)
In Rente				0.032 (0.828)	0.035 (0.894)	0.048 (1.263)	0.058 (0.785)
Nicht Erwerbstätig				-0.058 (1.075)	-0.056 (1.038)	-0.106** (1.996)	-0.059 (1.084)
Bew. Einkommensungl.					-0.059*** (4.506)	-0.092*** (7.065)	-0.093*** (7.058)
Zufriedenheit gesamt					0.015* (1.822)	0.017** (2.041)	0.016* (1.861)
							+ Int.
Konstante	-0.108*** (5.142)	-0.108*** (5.141)	-0.108*** (5.141)	0.083 (1.142)	0.275*** (2.790)	0.392*** (3.810)	0.768*** (5.392)
Fälle	8542	8542	8542	8542	8542	8542	8542
R-Quadrat	0.048	0.058	0.063	0.032	0.035	0.092	0.103

Datenbasis: ISJP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.
 *** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Werden neben diesen individuellen Merkmalen der Personen auch Einstellungen wie die Bewertung der Einkommensungleichheit und die allgemeine Zufriedenheit der Befragten kontrolliert, verbessert sich trotz signifikanter Effekte die Erklärung des Modells nicht wesentlich (Modell 5). Personen, welche die Einkommensungleichheit als zu hoch bewerten, lehnen das Leistungsprinzip eher ab, und mit dem Leben allgemein Zufriedene befürworten es eher. Unter Kontrolle individueller Strukturvariablen und Einstellungen bleiben die Effekte der Wohlfahrtsregimes nahezu unverändert (Modell 6). Die meritokratische Ideologie ist also in den Wohlfahrtsregimes in der skizzierten Weise relativ stabil verankert. Unter Kontrolle von Interaktionseffekten der wohlfahrtsstaatlichen Typen mit individuellen Strukturvariablen bleiben die Haupteffekte der Regimes signifikant (Modell 7). Allerdings ist zu sehen, dass im konservativen Regime deutlich weniger Meritokratismus befürwortet wird. Dies liegt daran, dass Höhergebildete, Personen in größeren Haushalten und die Älteren in diesem Regime die Leistungsideologie stärker befürworten als die entsprechenden Gruppierungen in anderen Regimes. Die Regimeeffekte äußern sich also zum Großteil auch über regimespezifische Einflüsse individueller Merkmale.

Ebenso sind hinsichtlich der etatistischen Ideologie die bereits deskriptiv verdeutlichten Unterschiede zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Regimes in der multivariaten Analyse signifikant (vgl. Tab. 42, Modell 1). Im konservativen Arrangement ist mit Abstand die höchste Zustimmung zum Etatismus zu finden, aber auch im sozialdemokratischen Regime wird diese Ideologie deutlich stärker als im liberalen befürwortet. Bei diachroner Betrachtung ist eine Abnahme des Etatismus in konservativen und sozialdemokratischen Regimes zu finden (Modell 2), die im sozialdemokratischen deutlich stärker ausfällt als in konservativen (Modell 3). Auf der Ebene der Individuen erklären individuelle Merkmale der Befragten ebenso wie die wohlfahrtsstaatlichen Regimes 7 Prozent der Varianz (Modell 4). Die individuellen Merkmale erklären damit beim Etatismus statistisch mehr als beim Meritokratismus. Wie aufgrund der Hypothesen zu erwarten war, sind Frauen etatistischer als Männer, was vermutlich auf die stärkere soziale Orientierung von Frauen und ihr stärkeres Bedürfnis nach sozialer Absicherung zurückzuführen ist. Auch die Arbeitslosen und Rentner sind als Versorgungsklassen des Wohlfahrtstaates verständlicherweise für mehr staatliches Handeln, während der generelle Alterseffekt jedoch negativ ist. Mit zunehmendem Alter wird Etatismus als Ideologie entgegen den Erwartungen weniger getragen. Dies gilt ebenso für Personen in größeren Haushalten, die entgegen den Vermutungen weniger etatistisch eingestellt sind. Im Hinblick auf die Variablen zur sozialen Position der Befragten finden sich wie vermutet die umgekehrten Effekte wie beim Meritokratismus. Wohlhabende, Selbständige und die sich selbst als in der Gesellschaftshierarchie oben stehend Einstufenden sind weniger etatistisch eingestellt als solche, die eher unten stehen und weniger Einkommen beziehen. Hier spielen wiederum Eigeninteressen als Motiv eine zentrale Rolle. Da Wohlhabende nicht oder weniger von staatlichen Eingriffen profitieren, lehnen sie einen starken Staat eher ab. Hinsichtlich der Bildung ist ebenso wie beim Meritokratismus ein negativer Effekt zu finden, d.h. Höhergebildete lehnen nicht nur Meritokratismus, sondern auch Etatismus ab. Vermutlich sind Höhergebildete im Allgemeinen weniger "ideologisch" eingestellt als weniger Gebildete und befürworten daher beide Ideologien weniger. Im Gegensatz zum Meritokratismus erklären andere individuelle Einstellungen beim Etatismus deutlich mehr als

individuelle Merkmale der Befragten alleine. Personen, welche die Einkommensungleichheit im Land stärker als zu hoch einschätzen, befürworten auch staatliche Eingriffe zur Absicherung und Umverteilung mehr. Personen, die mit ihrem Leben im Ganzen zufriedener sind, befürworten weniger Staatstätigkeit als solche, die weniger zufrieden sind. Denn für Zufriedenere muss der Staat aus ihrer Sicht weniger für Umverteilung und Absicherung herangezogen werden, weil es ihnen bereits gut geht. Nach dem Staat wird umgekehrt vor allem dann gerufen, wenn die Leute unzufrieden sind.

Tab. 42: Etatismus in Wohlfahrtsregimes (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
<i>Wohlfahrtsregime</i>							
Ref. Liberal							
Konservativ	0.588*** (20.621)	0.724*** (21.923)	0.695*** (20.224)			0.708*** (21.772)	-0.062 (0.354)
Sozialdemokratisch	0.103*** (3.193)	0.164*** (4.845)	0.191*** (5.371)			0.277*** (8.276)	-0.967*** (5.267)
1996		-0.200*** (6.504)	-0.124*** (2.964)			-0.143*** (3.602)	-0.126 (0.564)
1996*Sozialdemokratisch			-0.166*** (2.689)			-0.022 (0.388)	-0.106 (0.334)
2000		-0.223*** (6.883)	-0.195*** (5.763)			-0.211*** (6.232)	-0.420** (2.271)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>							
Geschlecht (Frauen=1)				0.142*** (6.258)	0.096*** (4.396)	0.114*** (5.401)	0.204*** (4.499)
Alter (in Jahren)				-0.003*** (3.194)	-0.003*** (3.509)	-0.004*** (4.397)	-0.011*** (6.423)
Haushaltsgröße				-0.027*** (2.683)	-0.027*** (2.774)	-0.026*** (2.718)	-0.021 (1.143)
Rel. Einkommen				-0.139*** (5.724)	-0.132*** (5.725)	-0.209*** (9.063)	-0.163*** (5.006)
Kein Einkommen				0.084** (2.556)	0.096*** (3.059)	0.009 (0.288)	-0.005 (0.168)
Bildung (Casmin)				-0.093*** (11.266)	-0.088*** (11.270)	-0.052*** (6.603)	-0.145*** (9.830)
Unten-Oben-Skala				-0.045*** (5.814)	-0.012 (1.613)	-0.026*** (3.541)	-0.028*** (3.773)
Selbständig				-0.333*** (7.084)	-0.316*** (7.097)	-0.263*** (6.117)	-0.276*** (3.430)
Arbeitslos				0.193*** (3.560)	0.121** (2.385)	0.129** (2.565)	0.276*** (2.987)
In Rente				0.121*** (2.926)	0.111*** (2.788)	0.104*** (2.687)	0.100 (1.226)
Nicht Erwerbstätig				0.071 (1.471)	0.058 (1.304)	-0.099** (2.245)	-0.072 (1.618)
Bew. Einkommensungl.					0.342*** (27.224)	0.331*** (25.812)	0.338*** (26.150)
Zufriedenheit gesamt					-0.053*** (6.670)	-0.026*** (3.224)	-0.024*** (2.944)
							+ Int.
Konstante	-0.705*** (29.220)	-0.705*** (29.217)	-0.705*** (29.215)	0.339*** (4.698)	-0.897*** (9.598)	-1.369*** (13.848)	-0.756*** (5.402)
Fälle	8542	8542	8542	8542	8542	8542	8542
R-Quadrat	0.064	0.070	0.071	0.070	0.156	0.210	0.226

Datenbasis: ISJP, westliche Länder (ohne Ostdeutschland); OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.
 *** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Unter Kontrolle dieser individuellen Strukturvariablen bleiben die wohlfahrtsstaatlichen Effekte weitgehend stabil (Modell 6). Nur der zeitspezifische unterschiedliche Effekt zwischen konservativem und sozialdemokratischem Typ verschwindet 1996, wobei die grundsätzlichen Regimeunterschiede in den Haupteffekten bestehen bleiben. Die Zustimmung zum Etatismus fällt in beiden Regimes 1996 also gleichermaßen. Interaktionen der wohlfahrtsstaatlichen Regimes mit individuellen Strukturvariablen führen dazu, dass sich der wohlfahrtsstaatliche Einfluss nicht mehr insgesamt, sondern über die individuellen Merkmale auswirkt. Unter Kontrolle der individuellen Dispositionen ist nur mehr der sozialdemokratische Regimeeffekt signifikant und nun negativ, d.h. das sozialdemokratische Regime ist deutlich weniger etatistisch als das liberale und konservative Regime. Dies liegt daran, dass Frauen im sozialdemokratischen Arrangement weniger stark für Etatismus sind, Höhergebildete sind umgekehrt im Vergleich zu den anderen Regimes etatistischer als weniger Gebildete und der Alterseffekt hebt sich auf. Auch im konservativen Regime sind Frauen vergleichsweise weniger etatistisch und Ältere etatistischer als im liberalen Regime. Höhergebildete im konservativen Regime dagegen sind zwar etatistischer als im liberalen Regime aber nicht ganz so etatistisch wie die Höhergebildeten im sozialdemokratischen Regime.

Diskussion

Es kann festgehalten werden, dass die deskriptiv veranschaulichten Ergebnisse der Unterschiede zwischen wohlfahrtsstaatlichen Regimes in Bezug auf die Ideologien des Meritokratismus und Etatismus auch bei der multivariaten Analyse unter Kontrolle individueller Merkmale standhalten. Danach ist die Bevölkerung des konservativen Regimes am etatistischsten und am meritokratischsten. Da in diesem Regime nach Esping-Andersen (1990) sowohl auf die Spiegelung der Hierarchie aus der Erwerbswelt als auch auf einen stark durch Absicherung und Umverteilung Einfluss nehmenden Staat geachtet wird, ist es nicht verwunderlich, dass beide Ideologien, die strukturell in dieses wohlfahrtsstaatliche Arrangement eingebaut sind, auch von der Bevölkerung stark befürwortet werden. Der konservative Wohlfahrtstypus produziert also jene ideologischen Haltungen, die er inkorporiert. Beim sozialdemokratischen Regime ist dies etwas anders. Im Vergleich zum liberalen Regime findet sich zwar das erwartete Ergebnis, dass die Bevölkerung des liberalen Regime meritokratischer ist als die des sozialdemokratischen und umgekehrt im sozialdemokratischen Regime Etatismus stärker als im liberalen befürwortet wird, aber der Unterschied ist nicht so deutlich, wie vermutet. Vor allem der Etatismus wird entgegen den Erwartungen nicht so stark als Ideologie getragen, obwohl sich dieser Wohlfahrtstypus seiner Intention nach und in seiner Wirkungsweise am etatistischsten gibt. Das sozialdemokratische Arrangement produziert also nicht in demselben Maße wie das konservative Regime jene ideologischen Haltungen, die in seinen Strukturen als normative Basis inkorporiert ist. Vielmehr scheint in umgekehrter Logik Etatismus aus der Sicht der Bevölkerung nicht in entsprechendem Maße hochgehalten werden zu müssen, weil ihn die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen ja tatsächlich repräsentieren und verwirklichen. Und das Leistungsprinzip kann durchaus stärker begrüßt werden, weil den negativen Folgen einer zu starken Umsetzung dieses Prinzips in diesem wohlfahrtsstaatlichen Arrangement durch den institutionalisierten sozialen Ausgleich begegnet wird. Ferner kann festgehalten werden, dass beide Ideologien gleichermaßen befürwortet oder abgelehnt werden können, also auch zwei verschiedene Dimensio-

nen vorliegen, die sich nicht in einer Art Nullsummenspiel zueinander verhalten. So zeigt die zeitliche Entwicklung, dass im konservativen und sozialdemokratischen Regime gleichermaßen eine Entideologisierung im Sinne eines Rückgangs der Zustimmung zu beiden Ideologien stattfindet. Möglicherweise kann dies als ein Anzeichen für eine partielle ideologische Legitimationskrise dieser Wohlfahrtsregime gedeutet werden, wenngleich dies stärker untersucht werden müsste. Und schließlich kann auch festgehalten werden, dass die Regime für sich genommen mehr bzw. zumindest genauso viel die individuell variierende Präferenz dieser Ideologien erklären wie individuelle Merkmale der Befragten selbst. Dass Regimeeinflüsse unter Kontrolle von Interaktionseffekten weitgehend signifikant bleiben, zeigt, dass wohlfahrtsstaatliche Regimes nicht nur über regimespezifische Strukturmerkmale der Befragten langfristig wirken, sondern dass ihnen selbst ein direkter eigenständiger Erklärungsbeitrag zuerkannt werden muss, der nicht über die sozialstrukturelle Position der Individuen wirkt. Die wohlfahrtsstaatliche Kultur wirkt also auf individuelle ideologische Haltungen. Um auch die Länder hinter diesen Regimes genauer in den Blick zu nehmen und die postkommunistischen Länder einzubeziehen, werden nun Ergebnisse der Analysen auf Länderebene vorgestellt.

11.2 Der Einfluss der Länder

Inwiefern sich die Länder in Ost und West hinsichtlich der Präferenz der beiden Ideologien unterscheiden, kann zunächst wiederum deskriptiv anhand der beiden Indizes aufgezeigt werden (vgl. Abb. 28). Wird nicht nach der zeitlichen Entwicklung unterschieden, sind überraschenderweise die Menschen in den meisten postkommunistischen Ländern sogar meritokratischer als in westlichen Ländern. Das Leistungsprinzip wird in Bulgarien, der Slowakei, Polen, Russland und der Tschechei stärker befürwortet als im meritokratischsten westlichen Land, nämlich Westdeutschland. Ostdeutschland unterscheidet sich aus internationaler Perspektive kaum von Westdeutschland. Ungarn zeichnet sich im Vergleich zu den anderen postkommunistischen Ländern mit der geringsten Zustimmung zum Meritokratismus aus und liegt damit nur etwas unter dem Niveau der Vereinigten Staaten. Da die westlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimes mit Ausnahme des liberalen Typs jeweils nur mit einem Land abgedeckt werden, ist der westliche Ländereffekt derselbe wie der Wohlfahrtsstaatseffekt. Beim liberalen Wohlfahrtsregime allerdings fällt Großbritannien unerwartet mit einer stärkeren Zustimmung zum Meritokratismus im Vergleich zu den Vereinigten Staaten auf. Der Blick auf den Etatismus zeigt, dass mit Ausnahme der Tschechischen Republik in allen postkommunistischen Ländern auch Etatismus mit Abstand viel stärker befürwortet wird als in westlich-kapitalistischen Ländern. Dies liegt gemäß den Begründungen der Hypothesen einerseits an der gemeinsamen sozialistischen Vergangenheit und der gemeinsamen Erfahrung eines staatspaternalistischen Versorgungsstaats, der für soziale Sicherheit sorgte und umfassend in die Lebenszusammenhänge der Menschen eingriff. Die sozialistische Vorstellung eines starken Staates als kollektivem Brennpunkt der Gesellschaftsmitglieder kann vermutlich als geprägte bzw. sozialisierte ideologische Werthaltung verstanden werden, die scheinbar auch noch nach dem Systemwechsel lange anhält. Andererseits können auch die mit den Transformationsprozessen einhergehenden Probleme

einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und Entstehung neuer Unsicherheiten im Umbruch individueller Lebensvollzüge hinter dem stärkeren Ruf nach dem Staat als Garant für Sicherheit und Stabilität stehen. Besonders ausgeprägt ist die Forderung nach einer verstärkten Staatstätigkeit in Ostdeutschland und Ungarn, die mit deutlichem Abstand zu den anderen postkommunistischen Ländern am stärksten ist. Werden Veränderungen dieser ideologischen Haltungen über die Zeit verfolgt (vgl. die beiden unteren Grafiken der Abb. 28), ist an der Veränderung der Reihenfolge der Länder bei einer Sortierung nach der zeitlich letzten Messung der Ideologie zu erkennen, dass sich hinter dem vorher statischen Bild eine ideologische Dynamik verbirgt. Danach ist der vergleichsweise stärkere Meritokratismus in postkommunistischen Ländern von 1991 auf 1996 so stark zurückgegangen, dass sie nunmehr eine Position vergleichbar mit westlichen Ländern einnehmen. Der Etatismus dagegen wird anhaltend stark in postkommunistischen Ländern vertreten, in den krisengeschüttelten Ländern Russland und Bulgarien als Transformationsnachzügler sogar noch stärker.

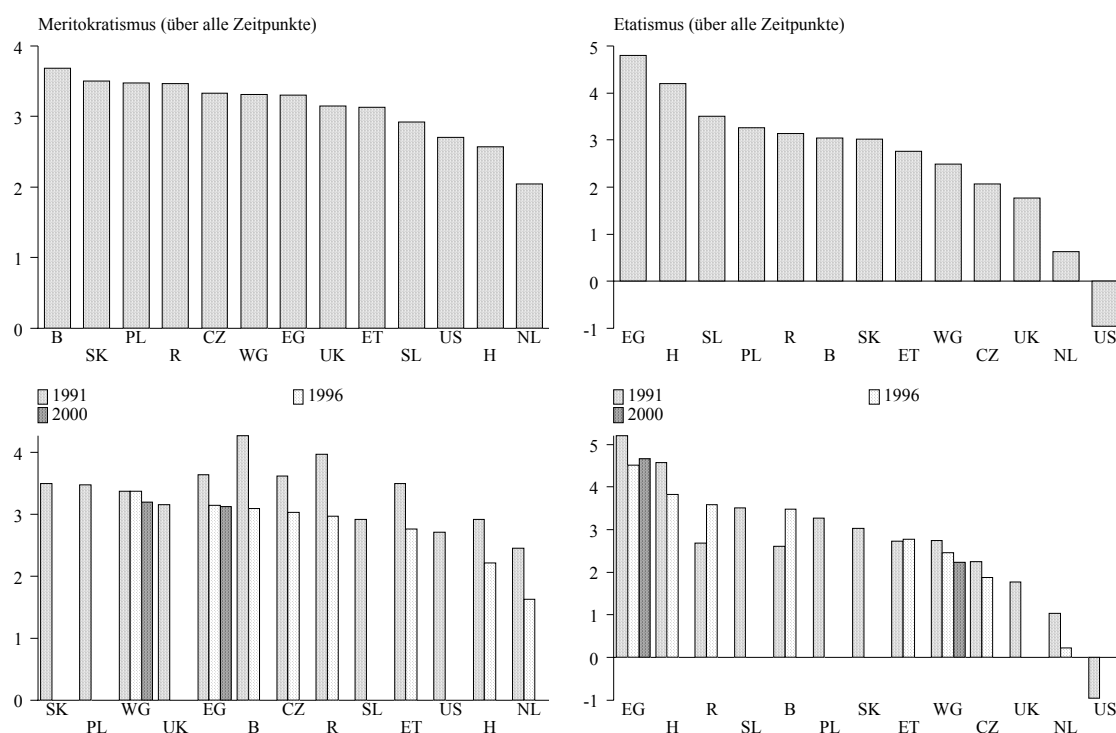


Abb. 28: Meritokratismus und Etatismus nach Ländern

Datenbasis: ISJP; eigene Berechnung. Summenindex der Variablen zu den Faktoren: Meritokratismus (Skala von '-6' bis '+6') und Etatismus (Skala von '-8 bis '+8').

Anmerkung: B (Bulgarien), CZ (Tschech. Rep.), EG (Ostdeutschland), ET (Estland), H (Ungarn), NL (Niederlande), PL (Polen), R (Russland), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

Ein genaueres Bild, das zwischen Ost und West differenziert, findet sich in Abb. 29. Die Situation in westlichen Ländern zeigt, dass in Westdeutschland Meritokratismus am stärksten und zeitlich stabil vertreten wird. In Großbritannien wird individuelle Leistung stärker befürwortet als in den Vereinigten Staaten als dem anderen liberalen Wohlfahrtsstaat. In den Niederlanden als Vertreter des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes findet sich die geringste Zustimmung zur Leistungs-

ideologie, die zudem von 1991 auf 1996 auch deutlich sinkt. Auch Etatismus findet unter den westlichen Ländern in Westdeutschland den stärksten Rückhalt in der Bevölkerung. In den USA wird Etatismus als einzigem Land sogar abgelehnt (negatives Vorzeichen des Indexes), während er in Großbritannien als anderem liberalen Wohlfahrtstypus entgegen den Erwartungen sogar stärker befürwortet wird als in den Niederlanden. Möglicherweise sind die Bevölkerungen europäischer Länder deutlich befürwortender in Bezug auf den Staat eingestellt und das liberale Großbritannien insbesondere. In Westdeutschland und den Niederlanden sinkt die Zustimmung zum Etatismus über die Zeit. Da in den Niederlanden damit nicht nur der Etatismus, sondern auch der Meritokratismus sinkt, kann hier von Anzeichen ausgegangen werden, dass in diesen Ländern eine generelle entideologisierende Tendenz Nachschub gewinnt.

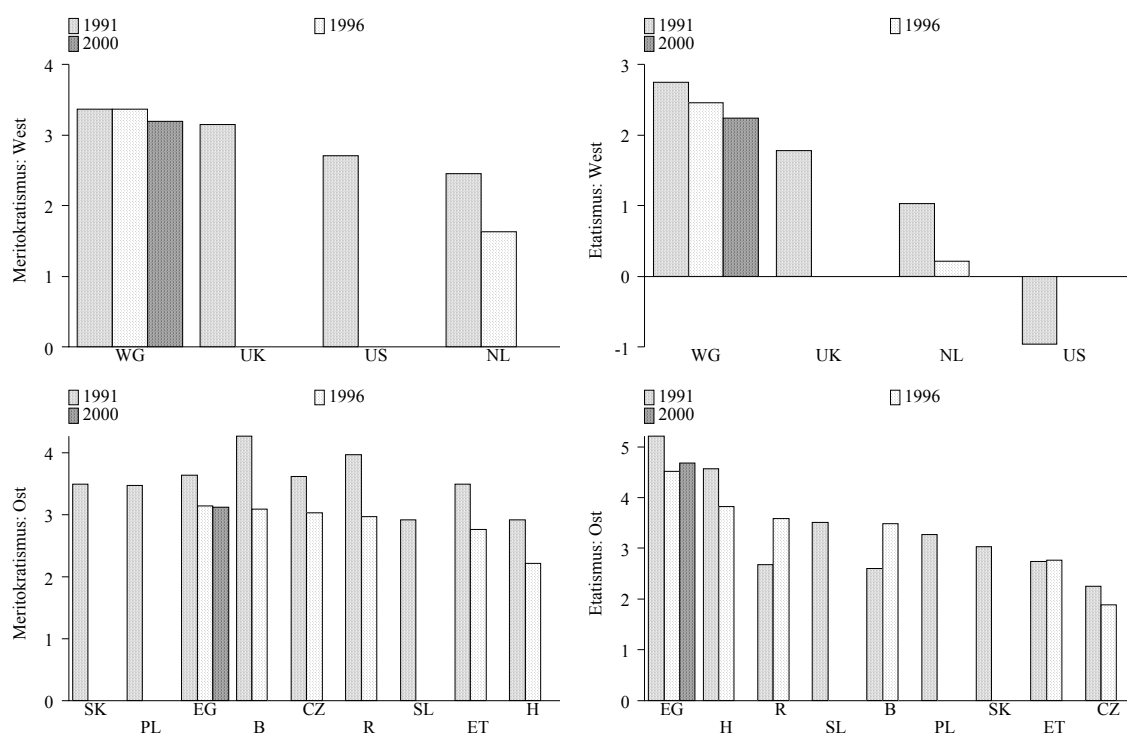


Abb. 29: Meritokratismus und Etatismus nach Ländern in Ost und West in zeitlicher Entwicklung

Datenbasis: ISJP; eigene Berechnung. Summenindex der Variablen zu den Faktoren: Meritokratismus (Skala von '-6' bis '+6') und Etatismus (Skala von '-8 bis '+8').

Anmerkung: B (Bulgarien), CZ (Tschech. Rep.), EG (Ostdeutschland), ET (Estland), H (Ungarn), NL (Niederlande), PL (Polen), R (Russland), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

In allen postkommunistischen Ländern, in denen zwei Zeitpunkte der Messung vorliegen, kann ein Sinken der Zustimmung zum Meritokratismus festgehalten werden. Die ursprüngliche Euphorie nach dem Systemwechsel mit einem Vorschuss an individueller Leistungsbereitschaft scheint eine halbe Dekade später zu einer Ernüchterung bzw. einer realistischeren Einschätzung geführt zu haben (vgl. Kluegel et al., 1999). Denn besonders dramatisch fällt dieser Rückgang in den beiden Transformationsländern aus, welche mit den meisten Transformationsproblemen zu kämpfen hatten, nämlich Bulgarien und Russland. In dieses Bild passt auch, dass der Etatismus im gleichen Zeitraum am stärksten und nur in diesen Ländern steigt, während er in allen anderen Ländern sinkt

oder gleich bleibt (Estland). Auch wenn die etatistische Ideologie in Ostdeutschland und Ungarn über die Zeit leicht zurückgeht, ist sie im Vergleich der postkommunistischen Länder am höchsten. Mit Ausnahme von Bulgarien und Russland, die sich durch einen problematischen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Transformationsverlauf auszeichnen, kann in allen anderen Transformationsländern ein Rückgang oder Gleichbleiben (Etatismus in Estland) beider Ideologien festgestellt werden, worin sich möglicherweise eine im Zuge des Transformationsverlaufs realistischere Sichtweise der Verhältnisse in der Bevölkerung abzeichnet (vgl. Matêjû, 1993; Mühleck und Wegener, 2002: 34).

Wird die Befürwortung zum Meritokratismus in den verschiedenen westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern der multivariaten Prüfung unterzogen (vgl. Tab. 43), erweisen sich die deskriptiven Länderunterschiede als signifikant. In Großbritannien ist die Zustimmung höher als in den Vereinigten Staaten und noch höher ist sie in Westdeutschland (Modell 1). In den Niederlanden ist sie dagegen erheblich geringer. Doch die stärkste Zustimmung findet sich insgesamt in den Transformationsländern. Wird jedoch nach postkommunistischen Ländern differenziert (Modell 2), weisen die Länder erhebliche Unterschiede auf, die entsprechend den deskriptiven Befunden von der niedrigsten Präferenz in Ungarn bis zur höchsten in Bulgarien reichen. Den stärksten Rückgang des Meritokratismus ist bei der Betrachtung über die Zeit hinweg in Bulgarien, gefolgt von den Niederlanden und Russland, zu finden. Auch wenn für die Niederlande keine plausiblen Argumente für dieses Ergebnis gefunden werden können, scheint es für die postkommunistischen Länder nahe liegend, dass der fehlende Erfolg im Transformationsprozess für einen Rückgang der leistungsbezogenen Ideologie verantwortlich gemacht werden kann. Meritokratismus, der in postkommunistischen Ländern vermutlich auch als neue und westliche Werthaltung gelten kann, wird bei geringen Transformationserfolgen möglicherweise deshalb auch wieder stärker abgelehnt. Die Länder-Zeit-Effekte erklären über 8 Prozent der Varianz, die individuellen Strukturvariablen hingegen nur 1 Prozent (Modell 4). Hier finden sich die bereits erläuterten Effekte. Unter Kontrolle der Strukturvariablen bleiben die Länder-Zeit-Einflüsse stabil (Modell 5) und unter Kontrolle der Interaktionseffekte mit Strukturvariablen verschwinden die meisten Länder-Zeit-Einflüsse, vor allem in den Transformationsländern. Hier ist nur der Rückgang in Russland und Bulgarien in der Präferenz des Meritokratismus von 1991 auf 1996 signifikant. Da in den Transformationsländern keine stabilen lang anhaltenden kulturellen Traditionen hinsichtlich der Präferenz des Leistungsprinzips zu erwarten waren, ist die Auflösung in den Interaktionen mit Strukturvariablen nicht verwunderlich. In westlichen Ländern ist der Meritokratismus mit Ausnahme der rückläufigen Tendenz in den Niederlanden stabil.

Tab. 43: Meritokratismus in Ländern (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Land und Zeit</i>						
Ref. USA						
Großbritannien	0.165*** (3.989)	0.165*** (3.988)	0.165*** (3.987)		0.168*** (4.043)	-0.328 (1.355)
Westdeutschland	0.234*** (6.819)	0.234*** (6.817)	0.325*** (8.045)		0.311*** (7.678)	-0.767*** (3.192)
Westdeutschland 96			-0.046 (1.120)		-0.041 (0.996)	0.173 (0.738)
Westdeutschland 00			-0.196*** (5.550)		-0.197*** (5.576)	-0.037 (0.177)
Niederlande	-0.318*** (8.452)	-0.318*** (8.450)	-0.175*** (4.286)		-0.198*** (4.859)	-0.953*** (3.856)
Niederlande 96			-0.474*** (11.055)		-0.482*** (11.349)	0.516** (2.093)
Transformation (Ref. Tschech.)	0.308*** (9.725)	0.321*** (8.431)	0.485*** (10.460)		0.465*** (9.898)	-0.552* (1.922)
Tschech. Rep. 96			-0.271*** (5.949)		-0.235*** (5.186)	0.231 (0.838)
Ostdeutschland		-0.093*** (3.309)	-0.066 (1.419)		-0.059 (1.286)	-0.023 (0.078)
Ostdeutschland 96			-0.247*** (5.940)		-0.223*** (5.324)	0.165 (0.602)
Ostdeutschland 00			-0.288*** (7.179)		-0.264*** (6.518)	-0.286 (1.056)
Slowak. Rep.		0.122** (2.124)	-0.042 (0.671)		-0.023 (0.359)	0.269 (0.665)
Ungarn		-0.373*** (11.295)	-0.363*** (7.766)		-0.318*** (6.820)	-0.081 (0.275)
Ungarn 96			-0.344*** (7.294)		-0.317*** (6.748)	-0.099 (0.334)
Polen		0.012 (0.328)	-0.152*** (3.456)		-0.163*** (3.710)	-0.157 (0.586)
Slowenien		-0.186*** (4.627)	-0.350*** (7.275)		-0.315*** (6.515)	-0.333 (1.164)
Bulgarien		0.237*** (7.834)	0.389*** (8.860)		0.488*** (10.910)	0.429 (1.573)
Bulgarien 96			-0.601*** (15.937)		-0.568*** (14.581)	-0.397* (1.688)
Estland		0.168*** (4.297)	0.004 (0.081)		0.087* (1.839)	0.446 (1.604)
Russland		0.121*** (3.854)	0.203*** (4.364)		0.301*** (6.380)	0.396 (1.374)
Russland 96			-0.454*** (10.775)		-0.421*** (9.825)	-0.443* (1.684)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)				-0.077*** (5.735)	-0.086*** (6.674)	-0.087 (1.404)
Alter (in Jahren)				0.001 (1.597)	0.000 (0.205)	-0.006** (2.409)
Haushaltsgröße				0.049*** (9.291)	0.023*** (4.214)	0.007 (0.276)
Rel. Einkommen				0.117*** (8.282)	0.065*** (4.562)	0.076 (1.613)
Kein Einkommen				-0.014 (0.644)	-0.026 (1.164)	-0.038* (1.694)
Bildung (Casmin)				-0.013*** (2.934)	-0.033*** (7.204)	-0.135*** (5.355)
Unten-Oben-Skala				-0.016*** (3.779)	0.017*** (3.903)	0.014*** (3.192)
Selbständig				0.081*** (2.866)	0.122*** (4.509)	0.069 (0.713)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Arbeitslos				-0.038 (1.240)	-0.005 (0.166)	0.268* (1.684)
In Rente				0.025 (1.108)	0.032 (1.456)	0.002 (0.018)
Nicht Erwerbstätig				-0.036 (1.021)	-0.048 (1.416)	-0.019 (0.563)
Bew. Einkommensungl.				-0.043*** (5.841)	-0.059*** (7.842)	-0.056*** (7.335)
Zufriedenheit gesamt				-0.013*** (2.963)	0.016*** (3.464)	0.015*** (3.048)
						+ Int.
Konstante	-0.184*** (6.019)	-0.184*** (6.018)	-0.184*** (6.017)	0.265*** (4.526)	-0.013 (0.189)	0.786*** (4.089)
Fälle	22337	22337	22337	22337	22337	22337
R-Quadrat	0.036	0.058	0.083	0.011	0.095	0.112

Datenbasis: ISJP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Estland 1996.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Inwieweit ein starker Staat in den Ländern befürwortet wird, wird in Tab. 44 statistisch getestet. Danach zeichnet sich Großbritannien als europäischer liberaler Wohlfahrtstypus durch einen stärkeren Etatismus aus als die Vereinigten Staaten (Modell 1). In Westdeutschland findet sich die stärkste Befürwortung des Etatismus, während in den Niederlanden zwar im Vergleich mit den USA eine stärkere Zustimmung, im Vergleich mit anderen europäischen Staaten jedoch die geringste herrscht. Deutlich etatistischer als die westlich-kapitalistischen Länder sind die osteuropäischen Transformationsländer. Die Forderung nach einem starken Staat ist in der Tschechischen Republik am geringsten (Modell 2), während sie in Ostdeutschland mit Abstand am größten ist. Das Einbeziehen der zeitlichen Dimension zeigt, dass der Etatismus mit Ausnahme von Russland und Bulgarien in allen Ländern zurückgeht (Modell 3). Länder-Zeit-Effekte erklären über 18 Prozent, während die individuellen Strukturvariablen nur knapp 16 Prozent erklären. Die Strukturvariablen zeigen mit Ausnahme des Alters die bereits bei den Modellen der Wohlfahrtsregimes geschilderten Effekte (Modell 4). Mit zunehmendem Alter steigt die Zustimmung zum Etatismus jedoch, was auf die Einbeziehung der postkommunistischen Länder zurückzuführen ist, in denen Ältere aufgrund ihrer längeren Sozialisation im staatspaternalistischen System stärker am Staat als Garanten von Sicherheit hängen. Unter Kontrolle von Strukturvariablen verändern sich teilweise die Länder-Zeit-Effekte (Modell 5). Danach ist der Etatismus in Großbritannien nicht ganz so hoch, während er in den Niederlanden nun deutlich stärker ausgeprägt ist. Auch der Rückgang des Etatismus in Ostdeutschland, das sich insgesamt durch die größte Zustimmung zum Etatismus auszeichnet, fällt nun deutlich stärker aus. Estland und Bulgarien unterscheiden sich nicht mehr von der Tschechischen Republik. Da sich in Bulgarien auch die Zustimmung zeitlich nicht ändert, bleibt Russland als problematischer Transformationsfall das einzige Land, in dem der Etatismus an Boden gewinnt. Unter Kontrolle von Interaktionen mit den Strukturvariablen verschwinden wieder die Länder-Zeiteffekte vor allem in den Transformationsländern. Insbesondere mit zunehmendem Alter ist die Zustimmung zum Etatismus in den Transformationsländern aufgrund der längeren sozialistischen Sozialisation deutlich höher.

Tab. 44: Etatismus in Ländern (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Land und Zeit</i>						
Ref. USA						
Großbritannien	0.811*** (18.034)	0.811*** (18.030)	0.811*** (18.027)		0.676*** (15.942)	0.178 (0.755)
Westdeutschland	0.965*** (26.636)	0.965*** (26.631)	1.072*** (26.142)		1.018*** (25.869)	0.411* (1.772)
Westdeutschland 96			-0.124*** (2.964)		-0.138*** (3.471)	-0.186 (0.830)
Westdeutschland 00			-0.195*** (5.762)		-0.245*** (7.493)	-0.488*** (2.633)
Niederlande	0.480*** (12.203)	0.480*** (12.201)	0.567*** (13.516)		0.609*** (15.222)	-0.529** (2.192)
Niederlande 96			-0.290*** (6.384)		-0.244*** (5.964)	-0.275 (1.173)
Transformation (Ref. Tschech.)	1.324*** (39.258)	0.919*** (23.218)	0.972*** (20.301)		0.909*** (19.774)	0.223 (0.800)
Tschech. Rep. 96			-0.088* (1.951)		-0.153*** (3.677)	-0.419 (1.589)
Ostdeutschland		0.731*** (27.948)	0.826*** (19.974)		0.849*** (21.346)	0.279 (1.119)
Ostdeutschland 96			-0.224*** (6.231)		-0.257*** (7.323)	-0.216 (1.009)
Ostdeutschland 00			-0.198*** (6.307)		-0.303*** (9.455)	-0.212 (1.059)
Slowak. Rep.		0.274*** (5.451)	0.221*** (3.876)		0.147*** (2.744)	0.102 (0.325)
Ungarn		0.593*** (18.515)	0.669*** (14.597)		0.483*** (11.353)	0.569** (2.117)
Ungarn 96			-0.256*** (5.570)		-0.359*** (8.623)	-0.047 (0.182)
Polen		0.299*** (8.561)	0.246*** (5.582)		0.191*** (4.653)	0.483* (1.936)
Slowenien		0.404*** (11.326)	0.351*** (7.852)		0.141*** (3.339)	0.386 (1.520)
Bulgarien		0.338*** (11.813)	0.163*** (3.672)		0.003 (0.061)	-0.135 (0.516)
Bulgarien 96			0.232*** (6.403)		0.051 (1.450)	0.049 (0.226)
Estland		0.215*** (5.841)	0.162*** (3.556)		0.041 (0.942)	-0.146 (0.573)
Russland		0.337*** (11.718)	0.128*** (2.896)		0.137*** (3.176)	-0.221 (0.839)
Russland 96			0.288*** (7.855)		0.100*** (2.813)	0.187 (0.847)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)				0.115*** (9.110)	0.117*** (10.024)	0.244*** (3.863)
Alter (in Jahren)				0.002*** (3.211)	0.001** (2.467)	-0.013*** (5.116)
Haushaltsgröße				0.009* (1.757)	-0.013*** (2.753)	-0.070*** (2.958)
Rel. Einkommen				-0.077*** (5.824)	-0.193*** (14.795)	-0.242*** (5.474)
Kein Einkommen				-0.072*** (3.256)	-0.075*** (3.533)	-0.071*** (3.380)
Bildung (Casmin)				-0.088*** (21.167)	-0.070*** (16.715)	-0.079*** (2.852)
Unten-Oben-Skala				-0.063*** (16.031)	-0.035*** (8.794)	-0.030*** (7.517)
Selbständig				-0.343*** (11.677)	-0.306*** (11.207)	-0.269*** (2.626)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Arbeitslos				0.174*** (6.661)	0.033 (1.330)	0.156 (1.000)
In Rente				0.117*** (5.291)	0.056*** (2.766)	0.034 (0.295)
Nicht Erwerbstätig				0.017 (0.559)	-0.096*** (3.274)	-0.098*** (3.273)
Bew. Einkommensungl.				0.187*** (25.240)	0.188*** (26.418)	0.187*** (26.177)
Zufriedenheit gesamt				-0.058*** (13.877)	-0.025*** (5.897)	-0.023*** (5.487)
						+ Int.
Konstante	-1.082*** (32.906)	-1.082*** (32.900)	-1.082*** (32.893)	-0.020 (0.360)	-1.247*** (20.064)	-0.569*** (2.919)
Fälle	22337	22337	22337	22337	22337	22337
R-Quadrat	0.141	0.173	0.181	0.159	0.285	0.304

Datenbasis: ISJP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Estland 1996.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Diskussion

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Länder teilweise erheblich in der Präferenz der beiden Gerechtigkeitsideologien durch die Bevölkerung unterscheiden (vgl. Abb. 30). Für westlich-kapitalistische Länder und ihre Wohlfahrtsstaaten findet sich generell das Bild, das aufgrund der unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Typen zu erwarten war. Meritokratismus ist in den Niederlanden als sozialdemokratischem Wohlfahrtsregime niedriger als in Großbritannien und den USA als liberalem Typus, während umgekehrt Etatismus stärker als in den Vereinigten Staaten befürwortet wird. Allerdings fällt Großbritannien als liberales Wohlfahrtsregime mit einem stärkeren Meritokratismus und Etatismus auf als die USA und sogar die Niederlande. Möglicherweise kann dieser Unterschied im liberalen Typus darauf zurückgeführt werden, dass europäische Länder generell und insbesondere die des liberalen Typs ideologischer als außereuropäische sind. In Westdeutschland wird der Etatismus wie auch der Meritokratismus gleichermaßen am stärksten unter den westlichen Ländern vertreten.

Generell kann für die osteuropäischen Transformationsländer eine im Vergleich mit westlichen Ländern deutlich stärker ideologische Haltung festgestellt werden. Sowohl Meritokratismus als auch Etatismus wird stärker befürwortet als in westlichen Ländern. Allerdings sind die postkommunistischen Länder zu Beginn der Transformationsprozesse allgemein ideologischer. Der Meritokratismus, der als westlich-kapitalistische Leistungsideologie gelten kann, wird nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme scheinbar übermäßig begrüßt, sinkt jedoch 5 Jahre nach dem Systemwechsel mit Ausnahme Ostdeutschlands (hier erst verspätet von 1996 auf 2000) in allen Ländern teilweise beträchtlich. Am deutlichsten ist der Rückgang in Bulgarien und Russland, die durch eine verspätete Transformation und mit einem problematischen Transformationsverlauf gekennzeichnet werden können. Auch der Etatismus ist in fast allen Ländern vermutlich deshalb zurückgegangen, weil er als Relikt des alten staatspaternalistischen Systems eben zunehmend abgelehnt wird. In Russland und Bulgarien allerdings hat sich vermutlich aufgrund der schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung im Zuge stagnierender Transformationsprozesse der Etatismus

als ideologische Einstellung verstärkt (Russland) oder ist gleich geblieben (Bulgarien, Veränderung nicht signifikant).

Ostdeutschland zeichnet sich insgesamt durch die höchste Zustimmung zum Etatismus in allen Ländern aus. Vermutlich ist hier jedoch die Zustimmung zum Etatismus deswegen so groß, weil durch den staatlich organisierten Institutionentransfer aus Westdeutschland im Zuge der deutschen Vereinigung eigenständige ostdeutsche Entwicklungen und damit auch selbst errungene subjektive Neuorientierungen eher verhindert wurden. Eine Überwindung und Bewältigung der sozialistischen Wertevergangenheit scheint auf diese Weise eher verstellt worden zu sein, so dass Etatismus in Ostdeutschland - sei er das Relikt der alten sozialistischen Staatsabhängigkeitsideologie oder eine neue Versorgungsmentalität aufgrund der speziellen Form des Systemwechsels - auch heute stark vertreten wird.

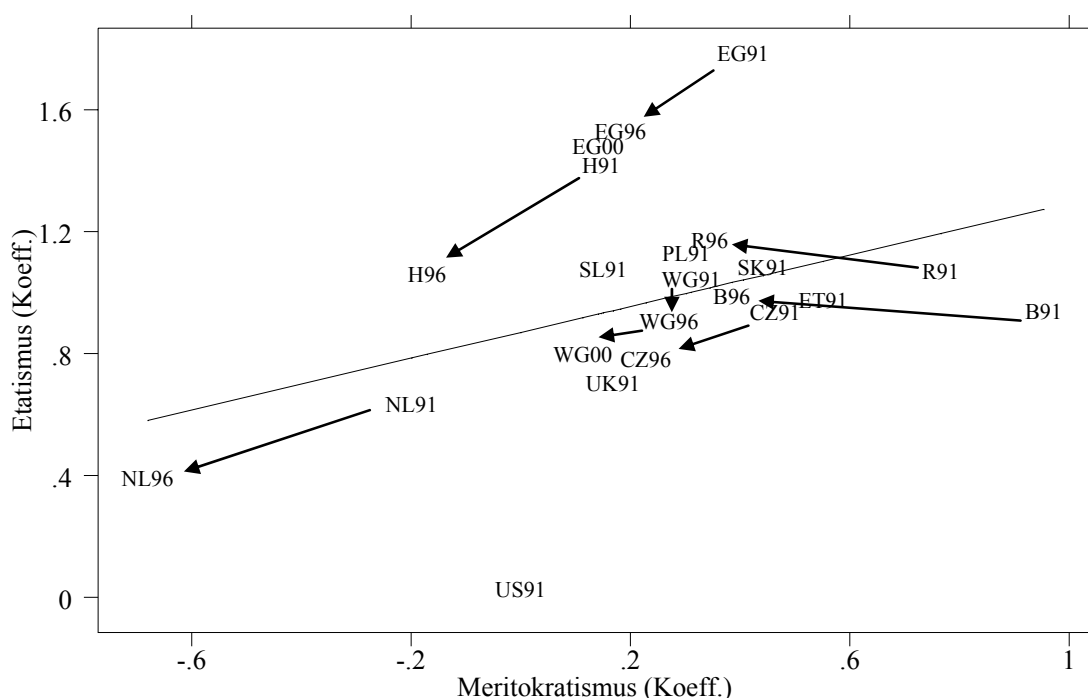


Abb. 30: Landkarte der Ideologien: Meritokratismus und Etatismus

Datenbasis: ISJP; OLS-Regression mit robusten Schätzern; unstandardisierte Regressionskoeffizienten der Ideologien unter Kontrolle individueller Strukturmerkmale der Befragten; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Estland 1996.

Anmerkung: B (Bulgarien), CZ (Tschech. Rep.), EG (Ostdeutschland), ET (Estland), H (Ungarn), NL (Niederlande), PL (Polen), R (Russland), SK (Slowak. Rep.), SL (Slowenien), UK (Großbritannien), US (USA), WG (Westdeutschland).

11.3 Der Einfluss von Makroindikatoren

Es ist nun zu fragen, ob die inhaltliche Weiterbestimmung der Länder anhand zentraler Indikatoren nicht vielleicht besser diese Ideologien erklären können als die Länder selbst. Es ist jedoch angesichts der gerechtigkeits-theoretischen Ausführungen zur Prinzipiengerechtigkeit zu vermuten, dass

die Wirtschaftsleistung, die Arbeitslosigkeit, die tatsächliche Ungleichheit und die Höhe der Sozialausgaben nur wenig die ideologischen Einstellungen der Bevölkerungen zu erklären vermögen, da diese vor allem in westlich-kapitalistischen Ländern eben weniger von der aktuellen Lage abhängen, sondern stärker in langfristigen historischen Entwicklungen wurzeln. Allenfalls ist in postkommunistischen Ländern mit stärkeren Effekten makrostruktureller Indikatoren zu rechnen, da langfristige ideologische Traditionen durch den Systemwechsel in Turbulenzen geraten sein können.

Hinsichtlich des Meritokratismus (vgl. Tab. 45), der als westlich-kapitalistischer Wert in postkommunistischen Ländern im Zuge der Transformationsprozesse tatsächlich an Bedeutung gewonnen hat, erklären - wie bereits aufgezeigt - individuelle Strukturvariablen nur wenig (Modell 1). Ein signifikanter positiver Transformationseffekt zeigt an, dass in Transformationsländern Meritokratismus generell stärker befürwortet wird als in westlich-kapitalistischen Ländern (Modell 2). Ein Blick auf die erklärte Varianz der Regressionsmodelle mit den Makroindikatoren (Modell 3 bis 10) lässt offenkundig den Schluss zu, dass die Makroindikatoren der Länder nur wenig zusätzlich zur Erklärung der meritokratischen Ideologie beitragen. Dies kann als Bestätigung der These gewertet werden, dass die Struktur der Länder ideologische Haltungen der Bevölkerung weniger zu erklären vermag als kulturelle Faktoren der Länder. Zwar sind die Effekte der einzelnen Makroindikatoren signifikant, erklären jedoch nicht viel. Demnach sinkt mit zunehmender Wirtschaftsleistung die Zustimmung zur Leistungsideologie (Modell 3). Allerdings zeigt sich, dass in westlich-kapitalistischen Ländern der Effekt positiv ist, während er in postkommunistischen Ländern negativ ist und damit konträr zum Westen verläuft (Modell 4).⁶⁸ Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wird die Leistungsideologie stärker befürwortet (Modell 5). Allerdings ist auch hier ein konträrer West-Ost-Effekt zu finden. Demnach sinkt die Zustimmung zum Meritokratismus in postkommunistischen Ländern mit zunehmender Arbeitslosigkeit leicht, während sie nur in westlich-kapitalistischen Ländern steigt (Modell 6). Mit zunehmender Einkommenskonzentration wird die Leistungsideologie stärker befürwortet (Modell 7). Dieser Zusammenhang gilt für den Westen und auf höherem Niveau für den Osten, da der Interaktionseffekt von Transformation und Gini-Koeffizient nicht signifikant ist (Modell 8). Mit höheren Sozialausgaben sinkt die Zustimmung zum Leistungsprinzip (Modell 9). Dies gilt für westliche Länder und in verstärktem Maße für postkommunistische Länder (Modell 10). Insgesamt kann festgehalten werden, dass soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder eine höhere Einkommensungleichheit zu einem stärkeren Meritokratismus im Sinne von mehr eigener Anstrengung führen, während verstärkte Staatstätigkeit oder mehr Wohlstand aufgrund einer höheren Wirtschaftsleistung in eine geringere Zustimmung zur Leistungsideologie münden, da Leistung bei stärkerer wirtschaftlicher Prosperität und besserer staatlicher Absicherung auch nicht notwendigerweise gebraucht wird. Postkommunistische verhalten sich bei den wirtschaftlichen Indikatoren jedoch konträr zu den westlichen Ländern, was jedoch in der abschließenden Diskussion genauer verdeutlicht werden soll.

⁶⁸ Da für Ostdeutschland hinsichtlich des Bruttosozialproduktes die Werte für Gesamtdeutschland verwendet werden mussten, kann aufgrund der Überschätzung der Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands davon ausgegangen werden, dass der Effekt für die Transformationsländer stärker negativ wäre. Des Weiteren ist eine Scheinkorrelation mit der Zeit nicht auszuschließen.

Tab. 45: Makroeinflüsse auf den Meritokratismus (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)	-0.078*** (5.586)	-0.084*** (6.080)	-0.084*** (6.018)	-0.086*** (6.189)	-0.078*** (5.580)	-0.087*** (6.326)
Alter (in Jahren)	0.001* (1.745)	0.001* (1.787)	0.001** (2.135)	0.001* (1.930)	0.001 (1.591)	0.001* (1.954)
Haushaltsgröße	0.050*** (9.042)	0.028*** (4.999)	0.024*** (4.194)	0.020*** (3.507)	0.049*** (8.819)	0.030*** (5.331)
Rel. Einkommen	0.120*** (8.186)	0.069*** (4.639)	0.084*** (5.679)	0.059*** (3.930)	0.113*** (7.622)	0.072*** (4.873)
Kein Einkommen	0.001 (0.023)	0.023 (1.041)	0.035 (1.523)	0.027 (1.204)	-0.001 (0.046)	0.010 (0.423)
Bildung (Casmin)	-0.029*** (6.099)	-0.033*** (6.873)	-0.034*** (7.130)	-0.033*** (6.952)	-0.029*** (5.996)	-0.031*** (6.404)
Unten-Oben-Skala	-0.012** (2.568)	0.011** (2.468)	0.009* (1.843)	0.016*** (3.500)	-0.009** (2.093)	0.013*** (2.822)
Selbständig	0.093*** (3.218)	0.092*** (3.244)	0.088*** (3.057)	0.094*** (3.301)	0.090*** (3.118)	0.097*** (3.419)
Arbeitslos	-0.010 (0.333)	-0.039 (1.258)	0.021 (0.687)	-0.011 (0.345)	-0.032 (1.013)	-0.018 (0.578)
In Rente	0.016 (0.684)	-0.027 (1.151)	-0.010 (0.444)	-0.031 (1.312)	0.008 (0.332)	-0.026 (1.094)
Nicht Erwerbstätig	-0.030 (0.819)	-0.037 (1.032)	-0.016 (0.434)	-0.033 (0.902)	-0.039 (1.069)	-0.020 (0.558)
Bew. Einkommensungl.	-0.038*** (4.851)	-0.046*** (5.974)	-0.057*** (7.238)	-0.053*** (6.817)	-0.038*** (4.883)	-0.045*** (5.878)
Zufriedenheit gesamt	-0.007 (1.520)	0.010** (2.071)	0.004 (0.837)	0.014*** (3.022)	-0.004 (0.765)	0.012** (2.451)
<i>Makrostruktur</i>						
Transformation		0.278*** (17.335)		0.540*** (7.830)		0.761*** (13.098)
Bruttosozialprodukt			-0.112*** (15.067)	0.081*** (2.778)		
Tr.*Bruttosozialprodukt				-0.152*** (4.998)		
Arbeitslosigkeit					0.008*** (4.942)	0.054*** (7.015)
Tr.*Arbeitslosigkeit						-0.065*** (8.284)
Gini-Koeffizient						
Tr.*Gini-Koeffizient						
Sozialausgaben						
Tr.*Sozialausgaben						
Konstante	0.231*** (3.761)	-0.009 (0.153)	0.399*** (6.422)	-0.205** (2.174)	0.137** (2.137)	-0.410*** (4.901)
Fälle	20368	20368	20368	20368	20368	20368
R-Quadrat	0.012	0.026	0.022	0.029	0.013	0.030

Fortsetzung nächste Seite →

	(7)	(8)	(9)	(10)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>				
Geschlecht (Frauen=1)	-0.078*** (5.617)	-0.086*** (6.179)	-0.085*** (6.159)	-0.087*** (6.326)
Alter (in Jahren)	0.001* (1.784)	0.001* (1.850)	0.001* (1.802)	0.001* (1.890)
Haushaltsgröße	0.051*** (9.058)	0.028*** (4.976)	0.035*** (6.158)	0.017*** (3.051)
Rel. Einkommen	0.124*** (8.380)	0.076*** (5.085)	0.117*** (7.970)	0.069*** (4.593)
Kein Einkommen	0.001 (0.030)	0.025 (1.120)	0.030 (1.321)	0.039* (1.726)
Bildung (Casmin)	-0.031*** (6.356)	-0.036*** (7.409)	-0.042*** (8.622)	-0.041*** (8.482)
Unten-Oben-Skala	-0.011** (2.493)	0.013*** (2.764)	0.006 (1.395)	0.020*** (4.332)
Selbständig	0.092*** (3.199)	0.089*** (3.144)	0.088*** (3.072)	0.095*** (3.364)
Arbeitslos	-0.004 (0.135)	-0.030 (0.974)	0.028 (0.905)	0.006 (0.199)
In Rente	0.017 (0.728)	-0.026 (1.105)	0.010 (0.422)	-0.024 (1.004)
Nicht Erwerbstätig	-0.026 (0.700)	-0.027 (0.743)	0.006 (0.154)	-0.018 (0.486)
Bew. Einkommensungl.	-0.040*** (5.127)	-0.051*** (6.450)	-0.053*** (6.726)	-0.059*** (7.557)
Zufriedenheit gesamt	-0.006 (1.335)	0.011** (2.207)	0.001 (0.123)	0.017*** (3.589)
<i>Makrostruktur</i>				
Transformation		0.420*** (4.219)		0.562*** (8.865)
Bruttosozialprodukt				
Tr.*Bruttosozialprodukt				
Arbeitslosigkeit				
Tr.*Arbeitslosigkeit				
Gini-Koeffizient	0.274** (2.393)	0.891*** (2.684)		
Tr.*Gini-Koeffizient		-0.485 (1.379)		
Sozialausgaben			-0.019*** (15.811)	-0.005** (2.406)
Tr.*Sozialausgaben				-0.015*** (5.751)
Konstante	0.165** (2.470)	-0.244** (2.241)	0.669*** (9.934)	0.128 (1.518)
Fälle	20368	20368	20368	20368
R-Quadrat	0.012	0.027	0.024	0.034

Datenbasis: ISJP, OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Slowenien 1991, Russland 1991, Estland 1996.

Bruttosozialprodukt in US-\$ je 10.000 Einwohner, Arbeitslosigkeit in Prozent, Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

Werden die multivariaten Regressionsanalysen zum Etatismus herangezogen (vgl. Tab. 46), kann zunächst festgehalten werden, dass in Bezug auf diese Ideologie Strukturvariablen mit 16 Prozent bedeutend mehr erklären als beim Meritokratismus (Modell 1). In postkommunistischen Ländern wird Etatismus stärker als in westlichen Ländern befürwortet (Modell 2). Es ist kein direkter Effekt des Bruttosozialprodukts signifikant (Modell 3), aber die Wirtschaftskraft getrennt nach westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern weisen für sich genommen einen positiven Einfluss auf den Etatismus auf, der in Osteuropa nicht nur insgesamt höher ist, sondern auch noch stärker steigt als in westlichen Ländern. Dass mit zunehmender Wirtschaftsleistung die Zustimmung zum Staat in Ost und West steigt (Modell 4), aber der Haupteffekt alleine nicht signifikant ist (Modell 3), liegt sicherlich daran, dass die Unterschiede im Bruttosozialprodukt zwischen Ost und West enorm sind und daher auf diese Weise einen Gesamteffekt verhindern. Mit steigender Arbeitslosigkeit im Land nimmt auch die Zustimmung zum Etatismus zu (Modell 5). Allerdings ist dieser Effekt nur in postkommunistischen Ländern signifikant (Modell 6). Also nur in den Transformationsländern wird einem sozialen Problem wie das der Arbeitslosigkeit dadurch begegnet, dass vermehrt nach dem Staat gerufen wird. Erstaunlich ist, dass eine tatsächlich stärkere Einkommenskonzentration nicht zu mehr, sondern zu weniger Etatismus führt (Modell 7). Allerdings kann konstatiert werden, dass dieser eigentlich unerwartete Effekt nur in westlichen Ländern klar hervorbricht. In postkommunistischen Ländern ist dieser Einfluss bei insgesamt niedrigerem Ausgangsniveau (negativer Transformationseffekt) erheblich abgeschwächt (Modell 8). Je höher die Sozialausgaben in den Ländern, desto stärker wird auch die Rolle des Staates als dem absichernden und umverteilenden Akteur betont (Modell 9). Wenn man so will, führt eine vermehrte Staatstätigkeit auch zu höherem Anspruchsdenken an den Staat. Dieser Effekt gilt für Ost und West, auch wenn er in postkommunistischen Ländern leicht abgeschwächt ist. Wird abschließend der Anteil an der erklärten Varianz in den Blick genommen, so ist festzustellen, dass auch bei dieser Ideologie die makrostrukturellen Variablen nur wenig zusätzlichen Erklärungsbeitrag liefern. Allenfalls fällt der Einfluss der Arbeitslosigkeit ins Gewicht, der allerdings nur für postkommunistische Länder gilt.

Diskussion

Insgesamt kann festgehalten werden, dass zwar die Effekte der makrostrukturellen Variablen in Bezug auf beide Ideologien weitgehend signifikant sind, dass aber ihr Beitrag zur Erklärung der beiden Ideologien gemessen am Zuwachs der Modellanpassung geringer als der von Länder-Dummies selbst ist. Dies ist auch nicht verwunderlich bzw. war nicht zu erwarten und entspricht damit einer These dieser Studie, dass Gerechtigkeitsideologien stärker geschichtlich in den Traditionen der Gesellschaften verankert sind und damit weniger aus strukturellen Gegebenheiten erklärt werden können. Von daher kann auch das zunächst überraschende Ergebnis verständlich gemacht werden, dass mit zunehmender sozialer Ungleichheit Etatismus (in westlich-kapitalistischen Ländern) weniger befürwortet wird. Dahinter stehen - wie bereits verdeutlicht wurde (vgl. Kap. 11.1 S. 218) - eher unterschiedliche Legitimationen in wohlfahrtsstaatlichen Regimes, wonach liberale und konservative Regimes eine starke Einkommenskonzentration verstärkt mit einer Leistungsideologie rechtfertigen, die von der Bevölkerung auch getragen wird, während sozialdemokratische Regimes durch einen stark umverteilenden und absichernden Staat gekennzeichnet sind, die durch die

Tab. 46: Makroeinflüsse auf den Etatismus (OLS-Regression, ISJP)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>						
Geschlecht (Frauen=1)	0.111*** (8.306)	0.098*** (7.605)	0.111*** (8.340)	0.103*** (8.153)	0.111*** (8.588)	0.104*** (8.115)
Alter (in Jahren)	0.002*** (2.678)	0.002*** (2.859)	0.002*** (2.646)	0.001** (2.152)	0.001* (1.694)	0.001** (2.153)
Haushaltsgröße	0.007 (1.416)	-0.037*** (7.136)	0.009* (1.737)	-0.006 (1.122)	-0.001 (0.198)	-0.033*** (6.400)
Rel. Einkommen	-0.070*** (4.976)	-0.172*** (12.332)	-0.067*** (4.690)	-0.145*** (10.551)	-0.120*** (8.700)	-0.179*** (12.931)
Kein Einkommen	-0.057** (2.550)	-0.011 (0.510)	-0.060*** (2.664)	-0.052** (2.407)	-0.067*** (3.097)	-0.016 (0.754)
Bildung (Casmin)	-0.087*** (19.513)	-0.094*** (21.407)	-0.087*** (19.311)	-0.088*** (20.467)	-0.084*** (19.166)	-0.092*** (21.199)
Unten-Oben-Skala	-0.066*** (15.872)	-0.020*** (4.853)	-0.068*** (15.432)	-0.039*** (9.241)	-0.052*** (12.831)	-0.024*** (5.821)
Selbständig	-0.333*** (10.962)	-0.335*** (11.360)	-0.333*** (10.941)	-0.327*** (11.225)	-0.353*** (11.922)	-0.349*** (11.929)
Arbeitslos	0.184*** (6.791)	0.127*** (4.865)	0.182*** (6.662)	0.036 (1.397)	0.042 (1.596)	0.048* (1.828)
In Rente	0.127*** (5.446)	0.041* (1.848)	0.129*** (5.531)	0.054** (2.452)	0.073*** (3.204)	0.030 (1.359)
Nicht Erwerbstätig	0.024 (0.723)	0.009 (0.282)	0.022 (0.687)	-0.023 (0.716)	-0.036 (1.130)	-0.033 (1.013)
Bew. Einkommensungl.	0.192*** (24.494)	0.175*** (23.602)	0.194*** (24.438)	0.204*** (27.710)	0.190*** (25.425)	0.177*** (24.272)
Zufriedenheit gesamt	-0.060*** (13.732)	-0.027*** (6.259)	-0.061*** (13.772)	-0.035*** (8.075)	-0.038*** (8.672)	-0.023*** (5.463)
<i>Makrostruktur</i>						
Transformation		0.551*** (35.932)		0.618*** (9.303)		0.067 (1.229)
Bruttosozialprodukt			0.009 (1.305)	0.141*** (4.993)		
Tr.*Bruttosozialprodukt				0.087*** (2.983)		
Arbeitslosigkeit					0.056*** (36.284)	-0.010 (1.416)
Tr.*Arbeitslosigkeit						0.049*** (6.529)
Gini-Koeffizient						
Tr.*Gini-Koeffizient						
Sozialausgaben						
Tr.*Sozialausgaben						
Konstante	-0.015 (0.247)	-0.491*** (8.488)	-0.029 (0.475)	-0.848*** (9.417)	-0.633*** (10.653)	-0.418*** (5.301)
Fälle	20368	20368	20368	20368	20368	20368
R-Quadrat	0.162	0.215	0.162	0.241	0.206	0.230

Fortsetzung nächste Seite →

	(7)	(8)	(9)	(10)
<i>Sozialstruktur. Merkmale</i>				
Geschlecht (Frauen=1)	0.114*** (8.676)	0.106*** (8.344)	0.118*** (8.897)	0.109*** (8.630)
Alter (in Jahren)	0.001** (2.363)	0.002*** (2.655)	0.002*** (2.646)	0.002*** (2.878)
Haushaltsgröße	0.007 (1.282)	-0.037*** (7.319)	0.022*** (4.246)	-0.022*** (4.249)
Rel. Einkommen	-0.104*** (7.406)	-0.210*** (15.141)	-0.067*** (4.778)	-0.197*** (14.340)
Kein Einkommen	-0.058*** (2.647)	-0.024 (1.098)	-0.085*** (3.832)	-0.053*** (2.430)
Bildung (Casmin)	-0.073*** (16.273)	-0.080*** (18.152)	-0.075*** (16.707)	-0.073*** (16.749)
Unten-Oben-Skala	-0.069*** (16.587)	-0.028*** (6.650)	-0.083*** (19.149)	-0.040*** (9.600)
Selbständig	-0.329*** (10.993)	-0.314*** (10.831)	-0.329*** (10.896)	-0.324*** (11.210)
Arbeitslos	0.132*** (4.917)	0.097*** (3.706)	0.148*** (5.496)	0.047* (1.826)
In Rente	0.118*** (5.119)	0.035 (1.615)	0.133*** (5.729)	0.029 (1.317)
Nicht Erwerbstätig	-0.013 (0.415)	-0.050 (1.539)	-0.010 (0.316)	-0.063* (1.956)
Bew. Einkommensungl.	0.214*** (27.456)	0.192*** (25.545)	0.206*** (26.157)	0.196*** (26.663)
Zufriedenheit gesamt	-0.067*** (15.330)	-0.025*** (5.801)	-0.068*** (15.199)	-0.029*** (6.760)
<i>Makrostruktur</i>				
Transformation		-0.728*** (7.373)		0.854*** (13.685)
Bruttosozialprodukt				
Tr.*Bruttosozialprodukt				
Arbeitslosigkeit				
Tr.*Arbeitslosigkeit				
Gini-Koeffizient	-2.325*** (21.183)	-5.847*** (17.249)		
Tr.*Gini-Koeffizient		4.479*** (12.685)		
Sozialausgaben			0.018*** (15.385)	0.038*** (18.191)
Tr.*Sozialausgaben				-0.007*** (2.666)
Konstante	0.545*** (8.402)	1.072*** (9.857)	-0.431*** (6.758)	-1.523*** (19.031)
Fälle	20368	20368	20368	20368
R-Quadrat	0.179	0.235	0.172	0.249

Datenbasis: ISJP, OLS-Regression mit robusten Schätzern; eigene Berechnung.

Aufgrund fehlender Variablen ausgeschlossen: Slowenien 1991, Russland 1991, Estland 1996.

Bruttosozialprodukt in US-\$ je 10.000 Einwohner, Arbeitslosigkeit in Prozent, Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*** sign. $p \leq 0.01$; ** sign. $p \leq 0.05$; * sign. $p \leq 0.10$; T-Werte in Klammern.

ideologische Haltung des Etatismus von der Bevölkerung legitimiert wird. Der eigentlich zu erwartende Effekt, dass mehr soziale Ungleichheit einen lauterer Ruf nach dem Staat durch die Bevölkerung hervorbringt, findet sich eher in postkommunistischen Ländern, da hier noch keine länger herrschenden Traditionen ausgebildet wurden, die wohlfahrtsstaatlich normativ wirken und ihrerseits Legitimität in der Bevölkerung erwarten lassen könnten. In postkommunistischen Ländern reagiert die Bevölkerung in der Tat scheinbar stärker auf die aktuelle strukturelle Situation und Lage, wenn sie sich "ideologischer" im Sinne einer stärkeren Befürwortung von Meritokratismus und Etatismus äußert. Dies zeigt nicht nur die geringere Zustimmung zur Leistungsideologie und die stärkere Befürwortung staatlicher Aktivität bei vermehrter sozialer Ungleichheit, sondern auch die deutliche Reaktion auf das soziale Problem Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit führt in postkommunistischen Ländern zu weniger Zustimmung zum Meritokratismus und zu stärkerem Einverständnis mit dem Etatismus. In westlichen Ländern dagegen haben die Struktureffekte scheinbar fast keine Bedeutung oder sind sogar konträr zu dem, was angesichts der tatsächlichen Lage erwartet werden könnte, da sie weniger über die aktuelle strukturelle Situation determiniert, sondern stärker durch die wohlfahrtsstaatliche Kultur beeinflusst sind.

12 Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassung des Konzepts

In dieser Studie wurde der Frage nachgegangen, inwieweit soziale Ungleichheit von Menschen in verschiedenen Gesellschaften als gerecht oder ungerecht wahrgenommen und bewertet wird, und welche normativen Auffassungen sie darüber haben, wie die Verteilungsordnung aus der Sicht der Bevölkerung normativ zu gestalten sei. Kern der Untersuchung war zum einen die Wahrnehmung und Bewertung der Gerechtigkeit der Einkommensverteilung in verschiedenen Gesellschaften zu verschiedenen Zeitpunkten als einem Aspekt der Belohnungsgerechtigkeit konkreter sozialer Verteilungsergebnisse (vgl. Wegener, 1999). Hier stand die gesellschaftliche Einkommensverteilung im Mittelpunkt, da Einkommen das in modernen Gesellschaften zentrale Entlohnungsmedium ist und damit wesentlich die Struktur sozialer Ungleichheit bestimmt. Zum anderen wurden normative Einstellungen der Bevölkerung in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten als Aspekte der Prinzipiengerechtigkeit untersucht. Konkret bestanden diese einerseits aus dem Aspekt der Bewertung von sozialer Ungleichheit, also inwieweit soziale Ungleichheit abgelehnt und inwieweit soziale Ungleichheit zum Wohl der Gesellschaft für notwendig befunden wird, und andererseits aus der Zustimmung zu zentralen Verteilungsideologien einer Gesellschaft, die als Meritokratismus und Etatismus, also als Leistungsideologie und der Forderung nach verstärkter sozial umverteilender Staatstätigkeit bestimmt wurden.

Zur Erklärung dieser untersuchten Aspekte bezog sich diese Studie auf ein Modell (vgl. Coleman, 1986; Coleman, 1990; Esser, 1999), das makrosoziale Kontexte als wesentlichen und insbesondere sozialwissenschaftlich relevanten Faktor in den Mittelpunkt stellt. Als Erklärungskontext subjektiver Wahrnehmungen und Beurteilungen auf Makroebene wurden Länder als sozial abgrenzbare soziale Einheiten in den Mittelpunkt gerückt, da Verteilungsordnungen und -ergebnisse weitgehend länderspezifisch und in unterschiedlicher Gestalt organisiert sind. Da Länder ohne weitere theoretische oder empirische Bestimmung inhaltsleer oder als *black box* offen für alle möglichen interpretierenden Erklärungen sind, mussten die Länder derart spezifiziert werden, dass der Forderung nach einer besseren Erklärungskraft Rechnung getragen wird. Diese Studie ist dabei in zweifacher Hinsicht vorgegangen.

Zum einen wurde eine Typologie von Wohlfahrtsregimes nach Esping-Andersen (1990; 1999) verwendet, um die Länder zu klassifizieren. Der sozialwissenschaftliche Blick dieser Untersuchung hat sich damit auf das institutionelle Arrangement gerichtet, das für die Verteilung von Wohlstand in modernen Gesellschaften zuständig ist, nämlich den Wohlfahrtsstaat. Da sich moderne Gesellschaften weniger nach der Allokationslogik des Marktes unterscheiden, sondern vielmehr in der Art und Weise wohlfahrtsstaatlicher Eingriffe in Verteilungsprozesse, sind es wohlfahrtsstaatliche Arrangements, die ins Zentrum gerückt werden müssen. Mit Blick auf Wohlfahrtsregime kann einerseits ihre jeweils unterschiedliche kompensatorische Funktion betrachtet werden (z.B. in Form der Höhe der Sozialausgaben), aber auch ihre spezifische normativ konstitutive Gestalt und Wirkweise. Hier ist in Anknüpfung an sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über den Zusammenhang

von Struktur und Handeln (vgl. Schimank, 2000) davon auszugehen, dass die institutionellen Arrangements, in die normative Vorstellungen inkorporiert sind, selbst wiederum auf die Bevölkerung normative Wirkung entfalten (vgl. Mau, 2002; vgl. Rothstein, 1998). Sie beeinflussen also nicht nur auf verschiedene Weise die individuellen Lebensvollzüge der Bevölkerung, die in und mit diesen Strukturen lebt, sondern auch in ihrer unterschiedlichen ideologisch-normativen und kulturellen Gestalt die Wahrnehmungen, Bewertungen und Ideologien der Bevölkerung.

Zum anderen wurden die Länder inhaltlich weiter spezifiziert, indem zentrale Makroindikatoren zur Beschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in diesen Ländern herangezogen wurden. Insbesondere wurde der Einfluss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Arbeitslosigkeit, der tatsächlichen Einkommensungleichheit und der Höhe der Sozialausgaben als Einflussfaktoren auf subjektive Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen untersucht. Mit der tatsächlichen Einkommensungleichheit und der Höhe der Sozialausgaben wurde dabei die kompensatorische Funktion von Wohlfahrtsstaaten herausgehoben und ihr makrostruktureller Effekt auf individuelle Gerechtigkeitsurteile und Einstellungen studiert.

Um den Einfluss von Faktoren der Makroebene auf individuelle Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen in den beiden geschilderten Weisen zu untersuchen, ist es notwendig, diese auf eine breite Datenbasis zu stellen. Es war daher Ziel dieser Studie, möglichst alle Länder auszuwählen, für die vergleichbare Daten zur Verfügung standen, und alle Datenquellen zu nutzen, die eine Untersuchung von Gerechtigkeitsäußerungen, Wahrnehmungen und Bewertungen von sozialer Ungleichheit und die Zustimmung zu Verteilungsideologien ermöglichen. Dabei wurde auf Daten des *Internationals Social Survey Programme* (ISSP) und des *International Social Justice Project* (ISJP) zurückgegriffen, die eine derartige auf maximale Ausschöpfung gerichtete international vergleichende Analyse zulassen. Damit geht diese Studie über die bislang durchgeführten ländervergleichenden Analysen in der Form von Fallstudien deutlich hinaus und ermöglicht es, den Einfluss von Ländermerkmalen mit Individualdaten multivariat zu testen. Es werden also nicht einfach Assoziationen von Ländermerkmalen auf Aggregatebene vorgenommen, sondern der Einfluss von Ländermerkmalen auf individueller Ebene wird unter Kontrolle sozialstruktureller Merkmale von Personen international vergleichend getestet.

Diese Studie zeichnet sich insbesondere auch dadurch aus, dass neben der Untersuchung von Länderunterschieden im Querschnitt auch eine diachrone Betrachtung im Längsschnitt aufgrund der verwendeten Daten ermöglicht wurde. Damit ist die Chance verbunden, gerechtigkeitsbezogene Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen über die Zeit zu verfolgen und damit ihre Stabilität oder Veränderungen angesichts des Grades der strukturellen Veränderung in den einzelnen Ländern zu verfolgen. Damit rückt also auch der soziale Wandel in den einzelnen Ländern in den Mittelpunkt des Interesses und bietet die Gelegenheit, zu verfolgen, inwieweit sich die subjektiven Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen je nach dem Grad makrostrukturellen Wandels verändern.

Neue Erkenntnismöglichkeiten ergeben sich durch den Einschluss sowohl westlich-kapitalistischer als auch postkommunistischer Länder, die sich durch einen in Qualität und Reichweite unterschiedlichen Grad an sozialem Wandel unterscheiden. Während in westlich-kapitalistischen Ländern Mo-

dernisierungsprozesse mit deutlich geringerem Ausmaß an sozialem Wandel vonstatten gehen, findet in postkommunistischen Ländern im Zuge eines gleichzeitigen Systemwechsels in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein für die Bevölkerung dramatischer Umbruch der gesamten Lebensverhältnisse statt, der sich auch auf Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen niederschlägt (vgl. Delhey, 2001). Der soziale Wandel in den osteuropäischen Transformationsländern muss aufgrund seiner Schärfe und der damit verbundenen qualitativ nachhaltigen und umfassenden Veränderungsprozesse anders als die in westlichen Ländern stattfindenden Wandlungsprozesse gewertet werden. Es wurde angenommen, dass sich in westlich-kapitalistischen Ländern weit mehr an Stabilität vor allem in Bezug auf grundsätzliche Bewertungen der Ungleichheitsstruktur und ideologische Einstellungen in der Bevölkerung abzeichnet als in postkommunistischen Transformationsländern. Da sich in ehemals sozialistischen Ländern nach dem Systemwechsel noch keine ideologisch lang anhaltenden normativen Wirkungen neuer institutioneller und insbesondere wohlfahrtsstaatlicher Strukturen entfalten konnten, ist zunächst unklar, wie Menschen auf die Veränderungsprozesse in ihren subjektiven Wahrnehmungen, Bewertungen und ideologischen Einstellungen reagieren. Alte tradierte ideologische Werthaltungen vermischen sich möglicherweise mit neuen Werthaltungen, die als Reaktionen auf die neuen institutionellen Strukturen und Errungenschaften zu deuten wären. Da diese Erklärungsproblematik in Transformationsländern mangels geeigneter Daten aus der sozialistischen Zeit (also mit Vorher-Nachher-Messung) wohl nie endgültig geklärt werden kann, bleibt eine geeignete Interpretation von Ergebnissen der Stärke plausibler Argumente überlassen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Nach der skizzierten Kurzzusammenfassung der Konzeption dieser Untersuchung können nun die zentralen Ergebnisse zusammengefasst werden. Drei zentrale subjektive Äußerungen von Menschen in Bezug auf ihre Wahrnehmungen, Bewertungen und normativen Präferenzen im Blick auf die Verteilungsordnung in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten standen als zu erklärende Aspekte im Mittelpunkt: (1) Die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung als Belohnungsgerechtigkeit, die sich auf Verteilungsergebnisse (hier: die Einkommensverteilung) bezieht; (2) Allgemeine Einstellungen zu sozialer Ungleichheit im Hinblick auf den Grad der Ablehnung einerseits, die stärker ideologischen Charakter trägt, sowie den Grad der Notwendigkeit zum Wohl der Gesellschaft andererseits, von der ausgegangen wird, dass sie sich stärker auf die jeweils aktuelle Situation bezieht; (3) Die Präferenz von zentralen gesellschaftlichen Verteilungsideologien, die zum einen als Meritokratismus, also der Verteilung von Wohlstand nach dem individuellen Verdienst bzw. der gesellschaftlich erbrachten Leistung, und zum anderen als Etatismus, also dem Grad der Verteilungssteuerung durch den Staat als zentralem Akteur mit dem Ziel der Herstellung sozialen Ausgleichs großer Wohlstandsdisparitäten, näher bestimmt werden können. Mit diesen liegen Gerechtigkeitsäußerungen in der Form von Prinzipiengerechtigkeit vor, die sich auf die grundlegende normative Gestalt der gesellschaftlichen Verteilungsordnung beziehen.

Um die makrosozialen Effekte auf diese drei verschiedenen Typen von Gerechtigkeitsäußerungen zu bestimmen, wurde jeweils so vorgegangen, dass zunächst der unmittelbare Einfluss der wohl-

fahrtsstaatlichen Regimes für westlich-kapitalistische Länder bestimmt wurde. In Ausweitung auch auf die Situation in den postkommunistischen Ländern wurde dann der eigenständige Einfluss der Länder untersucht. Schließlich wurde jeweils der Effekt von Makroindikatoren in der Form der inhaltlichen Weiterbestimmung der Länder getestet.

Wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung: Geht es um das Ausmaß an Ungerechtigkeit hinsichtlich der Einkommensverteilung, das in den Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten wahrgenommen wird, lässt sich für westliche Länder ein wohlfahrtsstaatlicher Einfluss festhalten. Danach wird in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, die stärker umverteilen und für sozialen Ausgleich sorgen, die Einkommensverteilung als deutlich weniger ungerecht empfunden als in liberalen, konservativen oder mediterranen Regimes, die weniger umverteilen. Der Einfluss konservativer Regimes dagegen ist entgegen den Vermutungen uneinheitlich und nicht unbedingt in der Mitte zwischen liberalem und sozialdemokratischem Regime anzusiedeln, indem sie sich einmal durch eine geringfügig stärkere (im ISJP) und ein andermal durch niedrigere wahrgenommene Ungerechtigkeit (im ISSP) im Vergleich mit liberalen Regimes auszeichnen. Auch von daher bietet es sich an, die einzelnen Länder und Zeitpunkte genauer in den Blick zu nehmen. Dann kann festgestellt werden, dass zwar die groben Einflüsse der Regimes weitgehend zu finden sind, aber auch einzelne Länder und Zeitpunkte in ihren Effekten widersprüchlich zu denen wohlfahrtsstaatlicher Regimes durchschlagen (z.B. Frankreich 1999 mit einer überaus starken Ungerechtigkeitswahrnehmung oder Australien mit einer für liberale Regimes vergleichbar geringen Ungerechtigkeitswahrnehmung). Insbesondere kann in zeitlicher Hinsicht als länderspezifisches Ergebnis festgehalten werden, dass die wahrgenommene Ungerechtigkeit in den liberalen Regimes Australien stark und in den USA leicht steigt, in den konservativen Ländern Österreich und Westdeutschland jedoch über den gesamten Zeitraum fällt.

Für postkommunistische Länder wurde im Vergleich zu den westlichen Ländern eine insgesamt deutlich stärkere Ungerechtigkeitswahrnehmung angenommen, da die Bevölkerung in den Transformationsländern auf die Zunahme sozialer Ungleichheit und die zunehmend ungleichere Verteilung des Wohlstands mit einer entsprechend stark ausgeprägten Ungerechtigkeitswahrnehmung reagiert. Dies trifft in der Tat auch zu, wenngleich präzisiert werden muss, dass einige Länder (die Tschechische Republik, Ostdeutschland, die Slowakische Republik, Bulgarien und Slowenien in den Daten des ISSP und nur Ostdeutschland im ISJP) in Bezug auf die Ungerechtigkeitswahrnehmung auf dem hohen Niveau der Vereinigten Staaten oder sogar weit darunter liegen. Die Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung ist dagegen in den Transformationsländern, die mit institutionellen Reformen nur zögerlich begonnen haben und hinterherhinken, besonders groß (z.B. Russland und Estland). Von daher lässt sich vielleicht der Schluss ziehen, dass sich ein rascher und überzeugender Systemwechsel im Hinblick auf eine abgemilderte Ungerechtigkeitswahrnehmung in der Bevölkerung bezahlt gemacht hat. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch am Beispiel des speziellen Transformationsfalls Ostdeutschland. Auch wenn sich Ostdeutschland noch immer durch eine geringfügig stärkere Ungerechtigkeitswahrnehmung im Vergleich mit Westdeutschland auszeichnet, zeigen die Analysen jedenfalls aus internationaler Perspektive, dass die beiden Landesteile in der Wahrnehmung und Bewertung der Einkommensverteilung bereits relativ gut zusammengewachsen sind. Die in Deutschland immer wieder geführte Debatte um die "Gerechtigkeitslücke"

zwischen Ost- und Westdeutschland ist also auch eine Frage der Vergleichsperspektive.

Die Analysen zum Einfluss von Makroindikatoren haben gezeigt, dass es insbesondere makrostrukturelle Merkmale der Länder sind, die individuell wahrgenommene Ungerechtigkeit besonders gut erklären können. Während die Arbeitslosigkeit eines Landes nur wenig zu erklären vermag, hat die wirtschaftliche Leistungskraft, gemessen am Bruttosozialprodukt eines Landes, einen deutlich stärkeren Einfluss. Je stärker die Wirtschaftsleistung und damit der Wohlstand eines Landes ist, desto weniger Ungerechtigkeit wird wahrgenommen. Dies gilt für westliche Länder und insbesondere für postkommunistische Länder. Wenn es insgesamt mehr in einer Gesellschaft zu verteilen gibt, sinkt auch die Ungerechtigkeitswahrnehmung, weil scheinbar alle (also auch die sozialstrukturell weniger Begünstigten) von einem höheren Wohlstand profitieren. Noch viel deutlicher sind die Effekte der wohlfahrtsstaatlichen Makroindikatoren, nämlich des Ausmaßes an tatsächlicher Einkommensungleichheit und der Höhe der Sozialausgaben. Je mehr soziale Ungleichheit in den Einkommen in einer Gesellschaft herrscht, desto mehr Einkommensungerechtigkeit wird wahrgenommen. Je höher die Sozialausgaben in einem Land sind, desto weniger Ungerechtigkeit wird wahrgenommen. Auch hier gilt, dass die Effekte in den Transformationsländern deutlich stärker sind als in westlich-kapitalistischen Ländern. Daraus lässt sich zum einen der Schluss ziehen, dass der hohe Erklärungsbeitrag der Effekte der Makroindikatoren dafür spricht, dass ergebnisbezogene Gerechtigkeitsbewertungen - wie theoretisch angenommen - stärker strukturell determiniert sind und weniger aus kulturellen sozialen Verankerungen resultieren. Es sind besonders die wohlfahrtsstaatlichen Indikatoren, die die Ungerechtigkeitswahrnehmung am stärksten beeinflussen. Zum anderen lässt sich augenscheinlich auch ein praktisch politischer Schluss ziehen. Demnach sind der Abbau von tatsächlicher Einkommensungleichheit und höhere Sozialausgaben scheinbar gut geeignet, die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung in der Bevölkerung zu verringern.

Einstellungen zu sozialer Ungleichheit: Werden nun die Einstellungen der Bevölkerung zur sozialen Ungleichheit im internationalen Vergleich näher betrachtet, ist zumindest in westlichen Ländern verstärkt von einer kulturellen ideologischen Verankerung dieser Haltungen auszugehen. Dies wurde stärker bei der eher ideologisch zu charakterisierenden Ablehnung von sozialer Ungleichheit und weniger bei der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit erwartet. Die Ergebnisse weisen in diese Richtung. Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Regimes ist hinsichtlich der Ablehnung von sozialer Ungleichheit deutlich zu finden. Demnach wird soziale Ungleichheit in liberalen Wohlfahrtsregimes weniger abgelehnt als in konservativen und sozialdemokratischen, jedoch am stärksten im mediterranen Typ. Auffallend und entgegen den Erwartungen sind die Personen in sozialdemokratischen Ländern nicht ablehnender gegenüber sozialer Ungleichheit eingestellt als in konservativen Regimes. Im Kern kann also bestätigt werden, dass in liberalen Wohlfahrtsstaaten, die sich durch eine stärkere soziale Ungleichheit auszeichnen und diese auch ideologisch durch eine Leistungs-ideologie legitimieren, auch soziale Ungleichheit weniger abgelehnt wird als in Wohlfahrtsstaaten, die dies nicht in der Deutlichkeit tun. Von daher wird auch verständlich, dass in mediterranen Ländern, die ebenso eine vergleichsweise starke soziale Ungleichheit aber keine entsprechend wohlfahrtsstaatlich beförderte Ideologie zur Legitimation aufweisen, soziale Ungleichheit auch am stärksten abgelehnt wird. Für einen wohlfahrtsstaatlich legitimierenden Einfluss spricht auch, dass diese Einstellung in westlichen Wohlfahrtsstaaten zeitlich relativ stabil ist. In Bezug auf die Not-

wendigkeit sozialer Ungleichheit setzen sich die sozialdemokratischen und konservativen Wohlfahrtsstaaten durch eine geringere Einschätzung der Notwendigkeit von mediterranen und liberalen ab. Werden jedoch insbesondere die einzelnen Länder hinter diesen Regimes betrachtet, konnte festgestellt werden, dass sich die Länder weniger zwischen den Regimes in Bezug auf die Notwendigkeit sozialer Ungleichheit voneinander unterscheiden. Das heißt, die Ländereinflüsse sind innerhalb der Regimes nicht homogen.

Für postkommunistische Länder kann festgehalten werden, dass sie sich insgesamt betrachtet nicht wesentlich von westlich-kapitalistischen Ländern im Grad der Ablehnung von sozialer Ungleichheit unterscheiden. Der Ost-West-Unterschied ist marginal. Zwischen den Ländern gibt es jedoch Unterschiede. So ist die beispielsweise die Ablehnung in Ungarn am geringsten und in Ostdeutschland und Polen am größten. Nimmt man die zeitliche Veränderung in den Blick, die in Transformationsgesellschaften besonders relevant ist, konnte gezeigt werden, dass sich die Länder nicht wesentlich im Grad der Ablehnung verändern. Sie ist zeitlich stabil. Umgekehrt findet sich hinsichtlich der Notwendigkeit sozialer Ungleichheit ein deutlicher Wandel. Zu Beginn der Transformationsprozesse wurde soziale Ungleichheit überaus stark für notwendig empfunden. Dahinter steht vermutlich die nach dem Scheitern des Sozialismus entstandene überaus starke Orientierung am sozialen Ungleichheitssystem des Westens. Nach der Phase des Sozialismus, in der kollektive Gleichheit befördert wurde, ist der Wunsch nach stärkerer sozialer Ungleichheit überaus groß. Diese "Sehnsucht nach sozialer Ungleichheit" drückt sich zu Beginn der Transformationsprozesse in einer überaus starken Zustimmung zur Notwendigkeit sozialer Ungleichheit zum Wohl der Gesellschaft aus (»Go West«). Allerdings erscheint diese Ungleichheitsorientierung Ende der 90er Jahre mit einer Ausnahme teilweise drastisch erschüttert worden zu sein. Soziale Ungleichheit wird ausdrücklich weniger für notwendig befunden und am deutlichsten zeichnet sich dies im krisengeschüttelten Russland ab. Ostdeutschland dagegen ist das einzige Transformationsland, in dem die Einschätzung, soziale Ungleichheit sei notwendig, über die Zeit zunimmt. Damit nähert sich auch hier der ostdeutsche Landesteil dem westdeutschen an.

Hinsichtlich der Makroindikatoren, mit denen die Länder inhaltlich besser bestimmt werden können, kann als Ergebnis festgehalten werden, dass sie die beiden Einstellungen nur wenig zu erklären vermögen. Makrostrukturelle Faktoren determinieren die Einstellungen zu sozialer Ungleichheit im Gegensatz zu den wohlfahrtsstaatlichen Regimes und den Ländern nur in geringem Maße. Die Effekte sind zwar signifikant, aber der Erklärungsbeitrag gering. Außerdem finden sich teilweise konträre Einflüsse zwischen westlich-kapitalistischen und postkommunistischen Ländern, die nicht erwartet wurden. Für westliche Länder können keine plausiblen Interpretationen der Ergebnisse angeführt werden, die sich aus den Indikatoren selbst ergeben würden. Stattdessen kann aufgrund dieser unerwarteten Effekte nur der Schluss gezogen werden, dass eigentlich nur wohlfahrtsstaatlich beförderte Ideologien zur Legitimation sozialer Ungleichheit hinter den Indikatoren stehen können. Denn dass wohlfahrtsstaatliche Regimes Einstellungen zur sozialen Ungleichheit stark determinieren, konnte bereits gezeigt werden. In postkommunistischen Ländern dagegen zeigen die Indikatoren überwiegend die erwarteten Effekte. Vor allem soziale Probleme wie die Arbeitslosigkeit wirkt sich dahingehend aus, dass soziale Ungleichheit bei höherer Arbeitslosigkeit stärker abgelehnt und auch weniger für notwendig befunden wird.

Präferenz von Verteilungsideologien: Welche Vorstellung Menschen in verschiedenen Ländern darüber haben, wie die Verteilung in einer Gesellschaft gestaltet sein solle, wurde anhand der Zustimmung zu zwei Verteilungsideologien verdeutlicht, nämlich dem Meritokratismus und dem Etatismus. Auch hier zeichnen sich für westlich-kapitalistische Länder Einflüsse wohlfahrtsstaatlicher Regimes ab, auch wenn diese nicht alle in der erwarteten Weise ausfallen. Ein Grund hierfür liegt möglicherweise darin, dass die wohlfahrtsstaatlichen Regimes jeweils nur mit einem oder zwei Ländern abgedeckt werden konnten. Grundsätzlich konnte gezeigt werden, dass in liberalen Wohlfahrtsstaaten (USA und Großbritannien) Meritokratismus stärker befürwortet wird als in sozialdemokratischen (Niederlande). Die Leistungsideologie wird also in jenen Ländern stärker von der Bevölkerung befürwortet, in denen die sozial ungleichere Verteilung von Wohlstand auch wohlfahrtsstaatlich durch eine stärker institutionalisierte Leistungsideologie legitimiert wird. Umgekehrt wird eine stärkere Staatstätigkeit, die die Herstellung des sozialen Ausgleichs durch Umverteilung und eine umfassende Absicherung der Bevölkerung zum Ziel hat, in den Niederlanden als sozialdemokratischem Regime zwar stärker als in den Vereinigten Staaten als liberalem Regime gewollt, aber deutlich weniger als in Großbritannien (liberal) und Westdeutschland (konservativ). Hier wurde erwartet, dass Etatismus in jenen Ländern stärker befürwortet wird, in denen er auch tatsächlich praktiziert und damit ideologisch befördert wird. Auffallend und entgegen den Erwartungen ist vor allem die stärkere Zustimmung zum Etatismus in Großbritannien als eigentlich liberalem Wohlfahrtsstaat.

Die postkommunistischen Länder fallen zu Beginn der Transformationsperiode mit einer stärkeren Zustimmung zur Leistungsideologie auf, die Mitte der 90er Jahre in allen Ländern erheblich zurückgeht. Auch hier ist ein Abkühlen der zu Beginn der Transformation euphorisch begrüßten westlichen Leistungsideologie festzustellen (vgl. Kluegel et al., 1999). Die Bevölkerung in postkommunistischen Ländern ist insgesamt auch stärker etatistisch eingestellt als die in westlich-kapitalistischen Ländern (vgl. Mühleck und Wegener, 2002). Mit deutlichem Abstand zum ohnehin unter den westlichen Ländern bereits stark etatistischen Westdeutschland ist der Ruf nach dem Staat in Ostdeutschland. Damit ist der ostdeutsche Landesteil auch generell unter allen Ländern am stärksten etatistisch. Möglicherweise kommt darin zum Ausdruck, dass aufgrund des speziellen Transformationsfalls, der vor allem durch die Vereinigung zweier Staaten und einen umfassenden Institutionen- und Wohlstandstransfer aus dem Westen charakterisiert werden kann, eine eigenständige Bewältigung der neuen Herausforderungen in Ostdeutschland eher verstellt wurde. Vielmehr scheint trotz einer über die Zeit hinweg leicht rückläufigen Tendenz eine stark auf den ("westlichen") Staat bauende Versorgungsmentalität in Ostdeutschland verbreitet zu sein, die im Staat den wesentlichen Garanten von Wohlstand und Sicherheit in wirtschaftlich und sozial unsicheren Zeiten sieht.

Ebenso wie bei den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit erklären die Makroindikatoren trotz signifikanter Effekte die Präferenz von Verteilungsideologien erwartungsgemäß nur wenig. Die Makrostruktur der Länder beeinflusst also Ideologien kaum. Auch hier finden sich teilweise konträre signifikante Ost-West-Effekte, die für westliche Länder angesichts des eigentlich zu erwartenden Einflusses der Indikatoren unverständlich sind und sich eigentlich nur im Rückgriff auf wohlfahrtsstaatlich institutionalisierte Verteilungsideologien verdeutlichen ließen. In postkommunistischen

Ländern dagegen sind die Effekte überwiegend plausibel. Vor allem das soziale Problem der Arbeitslosigkeit hat hier einen positiven Einfluss auf den Etatismus und einen negativen auf den Meritokratismus, d.h. je höher die Arbeitslosigkeit, desto etatistischer sind die Menschen und desto weniger meritokratisch sind sie.

Schluss

Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, inwiefern wohlfahrtsstaatliche Regimes die Gerechtigkeitsäußerungen von Menschen beeinflussen. Während Einstellungen und Präferenzen aus dem Bereich der Prinzipiengerechtigkeit, also Gerechtigkeitsvorstellungen in Bezug auf die grundsätzliche Ordnung einer Gesellschaft, stärker durch die normativ-kulturelle und damit ideologische Konstitution wohlfahrtsstaatlicher Arrangements geprägt werden, kann der Einfluss auf Aspekte der Belohnungsgerechtigkeit, also der Bewertung konkreter Verteilungsergebnisse in einer Gesellschaft, stärker an der strukturell wirkenden Kompensation sozialer Disparitäten durch wohlfahrtsstaatliche Arrangements festgemacht werden. Makroindikatoren der Länder und insbesondere die in wohlfahrtsstaatlicher Hinsicht (Höhe der Sozialausgaben und Einkommensungleichheit) erklären hinsichtlich der wahrgenommenen Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung mehr, aber hinsichtlich der Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und der Verteilungsideologien wenig. Wohlfahrtsstaatliche Regimes (und Länder vor dem Hintergrund ihrer wohlfahrtsstaatlichen Regimezuordnung) dagegen erklären umgekehrt deutlich mehr im Hinblick auf Einstellungen und normative Verteilungsideologien als (wohlfahrtsstaatliche) Makroindikatoren. Wohlfahrtsstaaten wirken also auf zweierlei Weise: einerseits strukturell über die Makroebene und andererseits kulturell über ihre normativ prägende Kraft.

Literaturverzeichnis

- Abercrombie, Nicholas; Hill, Stephen und Turner, Bryan S. (1980): *The Dominant Ideology Thesis*, Allen & Unwin, London; Boston; Sydney.
- Abercrombie, Nicholas; Hill, Stephen und Turner, Bryan S. (1990): *Dominant Ideologies*, Unwin Hyman, London; Boston; Sydney; Wellington.
- Abercrombie, Nicholas und Turner, Bryan S. (1978): *The Dominant Ideology Thesis*, *British Journal of Sociology* 29, Seite 149-170.
- Abrahamson, Peter (1999): *The Welfare Modelling Business*, *Social Policy & Administration* 33, Seite 394- 415.
- Adams, John S. (1963): *Toward an Understanding of Inequity*, *Journal of Abnormal and Social Psychology* 67, Seite 422-436.
- Adams, John S. (1965): *Inequity in Social Exchange*, Berkowitz, Leonard, *Advances in Experimental Psychology*. Vol.2. Seite 267-299, Academic Press, New York.
- Alber, Jens (1982): *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Alber, Jens (1984): *Versorgungsklassen im Wohlfahrtsstaat. Überlegungen und Daten zur Situation in der Bundesrepublik*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36, Seite 225-251.
- Alber, Jens (1988): *Is there a crisis of the welfare state? Crossnational evidence from Europe, North America, and Japan*, *European Sociological Review* 4, Seite 181-203.
- Alber, Jens (1989): *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Alber, Jens (1998): *Der deutsche Sozialstaat im Licht international vergleichender Daten*, *Leviathan* 26, Seite 199-227.
- Alber, Jens (2000): *Sozialstaat und Arbeitsmarkt. Produzieren kontinentaleuropäische Wohlfahrtsstaaten Beschäftigungsmuster? - Gleichzeitig eine Abhandlung über einige Probleme komparativer statistischer Analyse*, *Leviathan* 28, Seite 535-569.
- Alber, Jens (2002): *Die Modernisierung des Wohlfahrtsstaats: Eine Neumischung moderner und traditionaler Elemente?* Glatzer, Wolfgang; Habich, Roland und Mayer, Karl Ulrich, *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung* Seite 15-30, Leske + Budrich, Opladen.
- Alber, Jens (2002): *Modernisierung als Peripetie des Sozialstaates?* *Berliner Journal für Soziologie* 12, Seite 5-35.
- Alesina, Alberto und La Ferrara, Eliana (2001): *Preferences for Redistribution in the Land of Opportunities* (NBER Working Paper No. 8267), National Bureau of Economic Research (NBER), Cambridge, MA. URL: <http://www.nber.org/papers/w8267.pdf>
- Alexander, Jeffrey C.; Giesen, Bernhard; Münch, Richard und Smelser, Neil J. (1987): *The Micro-Macro Link*, University of California Press, Berkeley; Los Angeles; London.
- Allison, Christine und Ringold, Dena (1996): *Labor Markets in Transition in Central and Eastern Europe. 1989-1995*, The World Bank, Washington.
- Allmendinger, Jutta (1994): *Lebensverlauf und Sozialpolitik. Die Ungleichheit von Mann und Frau und ihr öffentlicher Ertrag*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Allmendinger, Jutta (1999): *Bildungsarmut. Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik*, *Soziale Welt* 50, Seite 35-50.
- Allmendinger, Jutta und Aisenbrey, Silke (2002): *Soziologische Bildungsforschung*, Tippelt, Rudolf, *Handbuch Bildungsforschung* Seite 41-60, Leske + Budrich, Opladen.
- Allmendinger, Jutta und Hinz, Thomas (1997): *Mobilität und Lebensverlauf: Deutschland, Großbritannien und Schweden im Vergleich*, Hradil, Stefan und Immerfall, Stefan, *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich* Seite 247-285, Leske + Budrich, Opladen.
- Allmendinger, Jutta und Leibfried, Stephan (2003): *Bildungsarmut*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B21-22, Seite 12-18.
- Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton University Press, Princeton, NJ.
- Alves, Wayne M. und Rossi, Peter H. (1978): *Who Should Get What? Fairness Judgements of the Distribution of Earnings*, *American Journal of Sociology* 84, Seite 541-564.
- Alwin, Duane F.; Klingel, David L. und Dielman, Merilynn (1993): *International Social Justice Project. Documentation and Codebook*, University of Michigan, Ann Arbor, MI.
- Alwin, Duane F. und Wegener, Bernd (1995): *Methods of the International Social Justice Project*, Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd, *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States* Seite 321-330, Aldine de Gruyter, New York.

- Andreß, Hans-Jürgen und Heien, Thorsten (2001): Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States, *European Sociological Review* 17, Seite 337-356.
- Andreß, Hans-Jürgen; Heien, Thorsten und Hofäcker, Dirk (2001): Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Archer, Margaret S. (1988): *Culture and Agency. The Place of Culture in Social Theory*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Aristoteles (1995): *Nikomachische Ethik*, Philosophische Schriften Bd. 3 (Übersetzung von Eugen Rolfes, bearbeitet von Günther Bien), Meiner, Hamburg.
- Arts, Wil und Gelissen, John (2001): Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? *Acta Sociologica* 44, Seite 283-299.
- Arts, Wil und Gelissen, John (2002): Three Worlds of Welfare Capitalism or More? A State-of-the-art Report, *Journal of European Social Policy* 12, Seite 137-158.
- Arts, Wil und Veen, Romke van der (1992): *Sociological Approaches to Distributive and Procedural Justice*, Scherer, Klaus R., *Justice: Interdisciplinary Perspectives* Seite 143-176, Cambridge University Press, Cambridge.
- Arzheimer, Kai und Klein, Markus (1997): Die friedliche und die stille Revolution, Gabriel, Oscar W., *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland* Seite 37-61, Leske + Budrich, Opladen.
- Atkinson, A. B. (1970): On the Measurement of Inequality, *Journal of Economic Theory* 2, Seite 244-263.
- Auer, Peter; Maier, Friederike und Mosley, Hugh (1988): Erfassung der Arbeitslosen im internationalen Vergleich, *Internationale Chronik des Arbeitsmarktes* 33, Seite 1-5.
- Bäcker, Gerhard (1995): Sind die Grenzen des Sozialstaates überschritten? Zur Diskussion über die Reformperspektiven der Sozialpolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B25-26, Seite 13-25.
- Bäcker, Gerhard; Bispinck, Reinhard; Hofemann, Klaus und Naegelé, Gerhard (2000): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Ökonomische Grundlagen, Einkommen, Arbeit und Arbeitsmarkt, Arbeit und Gesundheitsschutz*, 3. grundlegend überarb. und erw. Auflage, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff und Weiber, Rolf (1996): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, 8. Auflage, Springer, Berlin et al.
- Baecker, Dirk (2001): *Wozu Kultur?* 2. Auflage, Kulturverlag Kadmos, Berlin.
- Balcerowicz, Leszek (1995): *Understanding Postcommunist Transitions*, Diamond, Larry und Plattner, Marc F., *Economic Reform and Democracy* Seite 86-100, Johns Hopkins University Press, Baltimore.
- Banfield, Edward C. (1958): *The Moral Basis of a Backward Society*. With the Assistance of Laura Fasano Banfield, Free Press, Glencoe, Ill.
- Baumann, Zygmunt (1995): *Postmoderne Ethik*, Hamburger Edition, Hamburg.
- Baurmann, Michael (1996): *Der Markt der Tugend. Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft. Eine soziologische Untersuchung*, Mohr, Tübingen.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1991): Der Konflikt der zwei Modernen, Zapf, Wolfgang, *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*, hg. im Auftr. der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Seite 40-53, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1995): Die "Individualisierungsdebatte", Schäfers, Bernhard, *Soziologie in Deutschland. Entwicklung, Institutionalisierung und Berufsfelder, Theoretische Kontroversen* Seite 185-198, Leske + Budrich, Opladen.
- Beck, Ulrich (1997): *Kinder der Freiheit. Wider das Lamento über den Werteverfall*, Beck, Ulrich, *Kinder der Freiheit* Seite 9-33, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich und Beck-Gernsheim, Elisabeth (1993): Nicht Autonomie, sondern Bastelbiographie. Anmerkungen zur Individualisierungsdiskussion, *Zeitschrift für Soziologie* 22, Seite 178-187.
- Beck, Ulrich und Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich; Giddens, Anthony und Lash, Scott (1996): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Berg-Schlosser, Dirk (1999): *Politische Kultur-Forschung - Rückblick und Ausblick*, Haberl, Othmar Nikola und Korenke, Tobias, *Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe* Seite 77-92, Nomos, Baden-Baden.
- Berger, Joseph; Fisek, M. Hamit und Norman, Robert Z. (1989): The Evolution of Status Expectations: A Theoretical Extension, Berger, Joseph; Zelditch, Morris und Anderson, Bo, *Sociological Theories in Progress. Vol. 3. New Formulations* Seite 100-130, Sage, Newbury Park.
- Berger, Joseph; Ridgeway, Cecilia L.; Fisek, M. Hamit und Norman, Robert Z. (1998): The Legitimation and Deligitimation of Power and Prestige Orders, *American Sociological Review* 63, Seite 379-405.

- Berger, Joseph; Zelditch, Morris; Anderson, Bo und Cohen, Bernhard P. (1972): Structural Aspects of Distributive Justice: A Status Value Formulation, Berger, Joseph; Zelditch, Morris und Anderson, Bo, *Sociological Theories in Progress* Bd. 2 Seite 119-146, Hough Mifflin, Boston.
- Berger, Peter A. (2001): Klassenstruktur und soziale Schichtung, Joas, Hans, *Lehrbuch der Soziologie* Seite 223-243, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Berger, Peter A. und Hradil, Stefan (1990): Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die neuen Konturen ihrer Erforschung, Berger, Peter A. und Hradil, Stefan, *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile (Soziale Welt, Sonderband 7)* Seite 3-24, Schwartz, Göttingen.
- Berger, Peter L. (1988): *Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft*, Fischer, Frankfurt a.M.
- Bergmann, Jörg und Luckmann, Thomas (1999): *Kommunikative Konstruktion von Moral: Bd 1: Struktur und Dynamik der Formen moralischer Kommunikation*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Bertram, Hans (1986): *Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Beyer, Jürgen (2001): Beyond the Gradualism-Big Bang Dichotomy: The Sequencing of Reforms and its Impact on GDP, Beyer, Jürgen; Wielgoß, Jan und Wiesensthal, Helmut, *Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Postsocialist Countries* Seite 23-39, Nomos, Baden-Baden.
- Beyme, Klaus von (1991): *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Beyme, Klaus von (1994): *Systemwechsel in Osteuropa*, 2. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Blasche, Siegfried und Döring, Diether (1998): *Sozialpolitik und Gerechtigkeit*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Bonoli, Giuliano (1997): Classifying Welfare States: A Two-Dimension Approach, *Journal of Social Policy* 26, Seite 351-372.
- Bonoli, Giuliano (2000): Public Attitudes to Social Protection and Political Economy Traditions in Western Europe, *European Societies* 2 [4], Seite 431-452.
- Boudon, Raymond (1986): *The Logic of Relative Frustration*, Elster, Jon, *Rational Choice* Seite 171-196, New York University Press, New York.
- Braun, Michael (1993): Ideologie oder objektive Lage? Anmerkungen zur Interpretation von Unterschieden und Ähnlichkeiten in den Einstellungen von Ost- und Westdeutschen, *ZUMA-Nachrichten* 32, Seite 7-21.
- Braun, Michael (1998): Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat: Einstellungswandel in Ost- und Westdeutschland, Braun, Michael und Mohler, Peter Ph., *Blickpunkt Gesellschaft 4: Soziale Ungleichheit in Deutschland* Seite 115-138, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Braun, Michael und Müller, Walter (1997): Measurement of Education in Comparative Research, *Comparative Social Research* 16, Seite 163-201.
- Brickman, Philip; Folger, Robert; Goode, Erica und Schul, Yaacov (1981): *Microjustice and Macrojustice*, Lerner, Melvin J. und Lerner, Sally C., *The Justice Motive in Social Behavior* Plenum Press Seite 173-202, New York; London.
- Brüderl, Josef (2000): Regressionsverfahren in der Bevölkerungswissenschaft, Mueller, Ulrich; Nauck, Bernhard und Diekmann, Andreas, *Handbuch der Demographie. Band 1: Modelle und Methoden* Seite 589-642, Springer, Berlin; Heidelberg; New York.
- Brumlik, Micha und Brunkhorst, Hauke (1993): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Fischer, Frankfurt a.M.
- Brusius, Martin (1999): Central and Eastern Europe on the Way into the European Union: Welfare State Reforms in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia, *Centrum für angewandte Politikforschung*, München.
- Brusius, Martin (1999): Residuales oder europäisches Wohlfahrtsmodell? Die EU und die sozialpolitischen Reformen in Mittel- und Osteuropa, *Prokla* 29, Seite 73-94.
- Bühl, Walter L. (1998): *Verantwortung für Soziale Systeme. Grundzüge einer globalen Gesellschaftsethik*, Klett Cotta, Stuttgart.
- Bulmahn, Thomas (1997): Reformstau und Verunsicherung. Einstellungen zum Umbau des Sozialsystems, *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* 18, Seite 6-9. URL: <http://www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ISI/pdf-files/isi-18.pdf>
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001): *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bd. 2: Daten und Fakten: Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, BMA, Berlin.
- Bundesregierung (1999): *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit. 1999*, Presse und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), Berlin.
- Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus und Ruß, Achim (1994): Dimensionen des Wertewandels, *Politische Vierteljahresschrift* 35, Seite 579-606.
- Butterwegge, Christoph (1999): *Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik*, 2. Auflage, Leske + Budrich, Opladen.

- Castles, Francis G. (1986): Whatever Happened to the Communist Welfare State? *Studies in Comparative Communism* 19, Seite 213-226.
- Castles, Francis G. und Mitchell, Deborah (1993): *Worlds of Welfare and Families of Nations*, Castles, Francis G., Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies Seite 93-128, Dartmouth, Aldershot et al.
- Chatagner, François (1993): *La protection sociale*, Paris, Editions Le Monde.
- Christoph, Bernhard; Jardin, Gaëlle; Lippl, Bodo; Stark, Gunnar und Wegener, Bernd (1998): Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 1996 (ISJP-Arbeitsbericht No. 37), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Clement, Hermann (2003): Die Wirtschaftsstruktur Russlands, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B16-17, Seite 11-21.
- Cochrane, Allan (1993): Looking for a European Welfare State, Cochrane, Allan und Clarke, John, *Comparing Welfare States. Britain in International Context* Seite 239-268, Sage, London; Newbury Park; New Delhi.
- Cohen, Ronald L. (1985): Procedural Justice and Participation, *Human Relations* 38, Seite 643-663.
- Coleman, James S. (1986): Social Theory, Social Research, and a Theory of Action, *American Journal of Sociology* 91, Seite 1309-1335. URL: in Deutsch: "Sozialtheorie, Sozialforschung und eine Handlungstheorie", in: Müller, Hans-Peter/Sigmund, Steffen (Hg.) (2000): *Zeitgenössische amerikanische Soziologie*, Opladen: Leske + Budrich, 55-83.
- Coleman, James S. (1987): *Microfoundations and Macrosocial Behavior*, Alexander, Jeffrey C.; Giesen, Bernhard; Münch, Richard und Smelser, Neil J., *The Micro-Macro Link* Seite 153-173, University of California Press, Berkeley; Los Angeles; London.
- Coleman, James S. (1990): *Foundations of Social Theory*, The Belknap Press of Harvard University Press, Cambridge, MA; London.
- Comte, Auguste (1974): *Die Soziologie. Die positive Philosophie im Auszug*, 2. Auflage, Kröner, Stuttgart.
- Cook, Fay L. (1979): *Who should be helped? Public support for social services*, Sage, Beverly Hills.
- Coughlin, Richard M. (2001): *Convergence Theories*, Borgatta, Edgar F. und Borgatta, Marie L., *Encyclopedia of Sociology*, 2. Auflage, MacMillan, New York.
- Crouch, Colin (1999): *Social Change in Western Europe*, Oxford University Press, Oxford.
- Dahrendorf, Ralf (1961): *Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen*, Mohr, Tübingen.
- Dahrendorf, Ralf (1971): *Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover.
- Dahrendorf, Ralf (1974): *Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie*, 3. Auflage, Piper, München.
- Dahrendorf, Ralf (1990): *Reflections on the Revolution in Europe*, Random House, London.
- Dahrendorf, Ralf (1992): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, dtv, München.
- Dahrendorf, Ralf (2003): *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Vorlesungen zur Politik der Freiheit im 21. Jahrhundert*, C. H. Beck, München.
- David, Paul A. (1985): Clio and the Economics of QWERTY, *American Economic Review Papers and Proceedings* 75, Seite 332-337.
- Davis, Kingsley und Moore, Wilbert E. (1966): *Some Principles of Stratification*, Bendix, Reinhard und Lipset, Seymour M., *Class, Status, and Power: Social Stratification in Comparative Perspective*, 2. Auflage, Seite 47-53, Free Press, New York.
- De Deken, Johan Jeroen (1994): *Social Policy and the Politics of Solidarity in East-Central Europe*, Waller, Michael; Coppeters, Bruno und Deschouwer, Kris, *Social Democracy in a Post-Communist Europe* Seite 66-82, Cass, Ilford.
- Deacon, Bob (1993): *Developments in East European Social Policy*, Jones, Catherine, *New Perspectives on the Welfare State in Europe* Seite 177-197, Routledge, London; New York.
- Deacon, Bob (2000): *Eastern European Welfare States. The Impact of the Politics of Globalization*, *Journal of European Social Policy* 10, Seite 146-161.
- Delhey, Jan (2001): *Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein nach dem Kommunismus*, Krämer, Hamburg.
- Della Fave, L. Richard (1980): The Meek Shall Not Inherit the Earth: Self-Evaluation and the Legitimacy of Social Stratification, *American Sociological Review* 45, Seite 955-971.
- Deutsch, Morton (1975): Equity, Equality, and Need: Which Value Will Be Used as the Basis of Distributive Justice? *Journal of Social Issues* 31/3, Seite 137-149.
- Deutsch, Morton (1985): *Distributive Justice. A Social-Psychological Perspective*, Yale University Press, New Haven; London.
- Deutsches PISA-Konsortium (2001): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen*

Vergleich, Leske + Budrich, Opladen.

- Döbert, Rainer (1987): Horizonte der an Kohlberg orientierten Moralforschung, Zeitschrift für Pädagogik 33, Seite 491-511.
- Döring, Diether; Nullmeier, Frank; Pioch, Roswitha und Vobruba, Georg (1995): Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Schüren, Marburg.
- Dörner, Andreas (2003): Politische Kulturforschung, Münkler, Herfried, Politikwissenschaft. Ein Grundkurs Seite 587-619, Rowohlt, Reinbek b.H.
- Durkheim, Emile (1991): Die Regeln der soziologischen Methode. Herausgegeben und eingeleitet von René König, 2. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Durkheim, Emile (1991): Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Durkheim, Emile (1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Eckstein, Harry (1988): A Culturalist Theory of Political Change, American Political Science Review 82, Seite 789-804.
- Edelstein, Wolfgang und Nunner-Winkler, Gertrud (1986): Zur Bestimmung der Moral. Philosophische und sozialwissenschaftliche Beiträge zur Moralforschung, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Edelstein, Wolfgang und Nunner-Winkler, Gertrud (2000): Moral im sozialen Kontext, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Eichenhofer, Eberhard (1998): Der Umbau des Sozialstaates aus internationaler Perspektive, Sozialer Fortschritt 47, Seite 217-223.
- Eichhorst, Werner (2002): "Benchmarking Deutschland" - Wo stehen wir im internationalen Vergleich? Aus Politik und Zeitgeschichte B46-47, Seite 22-31.
- Eisen, Andreas und Wollmann, Hellmut (1996): Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik, Eisen, Andreas und Wollmann, Hellmut, Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik Seite 15-29, Leske + Budrich, Opladen.
- Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (2000): Die soziale Frage als "neue" Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998, Deth, Jan W. van; Rattinger, Hans und Edeltraud, Roller, Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit Seite 93-115, Leske + Budrich, Opladen.
- Elias, Norbert (1990): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde., 15. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Elster, Jon (1990): Local Justice, Archives Européennes de Sociologie 31, Seite 117-140.
- Elster, Jon (1991): Local Justice and Interpersonal Comparisons, Elster, Jon und Roemer, John E., Interpersonal Comparisons of Well-Being Seite 98-127, Cambridge University Press, Cambridge.
- Elster, Jon (1992): Local Justice. How Institutions Allocate Scarce Goods and Necessary Burdens, Russal Sage Foundation, New York.
- Elster, Jon (1995): The Empirical Study of Justice, Miller, David und Walzer, Michael, Pluralism, Justice, and Equality Seite 81-98, Oxford University Press, Oxford.
- Elster, Jon; Offe, Claus und Preuss, Ulrich K. (1998): Institutional Design in Post-communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea, Cambridge University Press, Cambridge.
- Engelhardt, Henriette (2000): Modelle zur Messung und Erklärung personeller Einkommensverteilungen, Mueller, Ulrich; Nauck, Bernhard und Diekmann, Andreas, Handbuch der Demographie. Band 2: Anwendungen Seite 1066-1091, Springer, Berlin; Heidelberg; New York.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Polity Press, Cambridge.
- Esping-Andersen, Gøsta (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, Lessenich, Stephan und Ostner, Ilona, Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive Seite 19-56, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford University Press, Oxford.
- Esser, Hartmut (1999): Soziologie. Allgemeine Grundlagen, 3. Auflage, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Evers, Adalbert und Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Fechner, Gustav T. (1877): In Sachen der Psychophysik, Breitkopf und Härtel, Leipzig.
- Ferge, Zsuzsa (1992): Social Policy Regimes and Social Structure. Hypotheses about the Prospects of Social Policy in Central and Eastern Europe, Ferge, Zsuzsa und Kolberg, Jon Eivind, Social Policy in a Changing Europe Seite 201-222, Campus, Frankfurt a.M.
- Ferge, Zsuzsa (2001): Welfare and 'Ill-fare' systems in Central-Eastern Europe, Sykes, Robert, Globalization and European Welfare States. Challenges and Change Seite 127-152, Palgrave, Houndmills.

- Ferrera, Maurizio (1993): *Modelli di solidarietà*, Il Mulino, Bologna.
- Ferrera, Maurizio (1996): The 'Southern Model' of Welfare in Social Europe, *Journal of European Social Policy* 6, Seite 17-37.
- Ferrera, Maurizio (1998): The Four 'Social Europes': Between Universalism and Selectivity, Rhodes, Martin und Mény, Yves, *The Future of European Welfare. A New Social Contract?* Seite 79-96, Macmillan, St. Martin's Press, London; New York.
- Firsching, Horst (1994): *Moral und Gesellschaft. Zur Soziologisierung des ethischen Diskurses in der Moderne*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Flora, Peter (1986): Introduction, Flora, Peter, *Growth to Limits. The Western European Welfare States since World War II*, Vol. 1: Sweden, Norway, Finland, Denmark Seite XII-XXXVI, Walter de Gruyter, Berlin; New York.
- Flora, Peter (1993): *The National Welfare States and European Integration*, Moreno, Luis, Social Exchange and Welfare Development, Madrid.
- Flora, Peter; Alber, Jens und Kohl, Jürgen (1977): Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, *Politische Vierteljahresschrift* 18, Seite 707-772.
- Flora, Peter und Heidenheimer, Arnold J. (1987): *The Development of Welfare States in Europe and America*, 3. Auflage, Transaction, New Brunswick (NJ).
- Fourastié, Jean (1969): *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, 2. Auflage, Bund, Köln.
- Frankenberg, Günter (1994): *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft*, Fischer, Frankfurt a.M.
- Freedom House (2003): *Freedom in the World Country Ratings*, Washington. URL: <http://www.freedomhouse.org/ratings/>, Zugriff am 11.04.2003
- Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, Gabriel, Oscar W., *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland* Seite 81-114, Leske + Budrich, Opladen.
- Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud und Weßels, Bernhard, *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann* Seite 27-49, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud und Weßels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? *Aus Politik und Zeitgeschichte* B51, Seite 3-12.
- Furniss, Norman und Tilton, Timothy (1977): *The Case for the Welfare State. From Social Security to Social Equality*, Indiana University Press, Bloomington; London.
- Gabriel, Oscar W. (1994): *Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung*, Niedermayer, Oskar und Beyme, Klaus von, *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland* Seite 22-42, Akademie Verlag, Berlin.
- Gangl, Mark (1997): Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und den neuen Bundesländern, Müller, Walter, *Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik* Seite 169-204, Leske + Budrich, Opladen.
- Ganzeboom, Harry B.G.; De Graaf, Paul M. und Treiman, Donald J. (1992): A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status, *Social Science Research* 21, Seite 1-56.
- Ganzeboom, Harry B.G. und Treiman, Donald J. (1996): Internationally comparable measures of occupational status for the 1988 International Standard Classification of Occupations, *Social Science Research* 25, Seite 201-239.
- Gauthier, Anne H. (2000): The Promises of Comparative Research (Working Paper No 16), European Panel Analysis Group (EPAG), Essex. URL: <http://www.iser.essex.ac.uk/epag/pubs/workpaps/pdf/2000-16.pdf>
- Gehlen, Arnold (1986): *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*, 13. Auflage, Aula-Verlag, Wiesbaden.
- Geißler, Rainer (1996): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, 2. überarb. u. aktual. Auflage, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Gensicke, Thomas (1996): Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B42, Seite 3-17.
- Giddens, Anthony (1988): *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Giddens, Anthony (1991): *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*, Polity Press, Cambridge.
- Giesen, Bernd und Leggewie, Claus (1991): Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch, Giesen, Bernd und Leggewie, Claus, *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch* Seite 7-18, Rotbuch, Berlin.
- Gijsberts, Mérove (1999): *The Legitimation of Inequality in State-Socialist and Market Societies, 1987-1996*, Thela Thesis, Amsterdam.
- Gijsberts, Mérove und Ganzeboom, Harry B. G. (1996): *Social Inequality in the Netherlands 1996* [machine readable

- data set], Research School ICS, Department of Sociology, Utrecht University, Utrecht.
- Glatzer, Wolfgang; Habich, Roland und Mayer, Karl Ulrich (2002): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Leske + Budrich, Opladen.
- Goffman, Erving (2000): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, 8. Auflage, Piper, München; Zürich.
- Goll, Eberhard (1991): Die freie Wohlfahrtspflege als eigener Wirtschaftssektor. Theorie und Empirie ihrer Verbände und Einrichtungen, Baden-Baden.
- Götting, Ulrike (1998): In Defence of Welfare: Social Protection and Social Reform in Eastern Europe, Rhodes, Martin und Mény, Yves, The Future of European Welfare. A New Social Contract? Seite 125-153, Macmillan, St. Martin's Press, London; New York.
- Götting, Ulrike (1998): Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz, Leske + Budrich, Opladen.
- Götting, Ulrike und Lessenich, Stephan (1998): Sphären sozialer Sicherheit. Wohlfahrtsstaatliche Regimeforschung und gesellschaftliche Transformation, Lessenich, Stephan und Ostner, Ilona, Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive Seite 271-319, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Gough, Ian (1999): Welfare Regimes: On Adapting the Framework to Developing Countries, Working Paper, Institute for International Policy Analysis, Bath.
- Greenberg, Jerald und Cohen, Ronald L. (1982): Equity and Justice in Social Behavior, Academic Press, New York.
- Groß, Martin (1998): Bildungssysteme und soziale Ungleichheit. Die Strukturierung sozialen Handelns im internationalen Vergleich, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Gross, Peter (1994): Die Multioptionsgesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Grunow, Dieter (1997): Modernisierung des Sozialstaates? Beobachtungen zum Stand der Diskussion, Grande, Edgar und Prätorius, Rainer, Modernisierung des Staates? Seite 75-100, Nomos, Baden-Baden.
- Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1988): Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, Welsch, Wolfgang, Wege aus der Moderne Seite 177-192, Weinheim.
- Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., 4. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Hägglund, Bengt (1984): Art. Gerechtigkeit: Ethisch, Theologische Realenzyklopädie Bd. 12 Seite 440-443, Walter de Gruyter, Berlin; New York.
- Haller, Max (1986): Die Legitimation der sozialen Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat, Journal für Sozialforschung 26, Seite 443-468.
- Haller, Max (1989): Die Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein. Ergebnisse vergleichender Umfrageforschung zu Ungleichheitsvorstellungen, Haller, Max und Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988 Seite 447-469, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Haller, Max; Mach, Bogdan und Zwicky, Heinrich (1995): Egalitarismus und Antiegalitarismus zwischen gesellschaftlichen Interessen und kulturellen Leitbildern. Ergebnisse eines internationalen Vergleichs, Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd, Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit Seite 221-265, Leske + Budrich, Opladen.
- Harkness, Janet; Klein, Sabine und Scholz, Eva (2003): ISSP Study Monitoring 1999. Report to the ISSP General Assembly on monitoring work undertaken for the ISSP by ZUMA, Germany, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim.
- Harkness, Janet; Mohler, Peter Ph. und Van de Vijver, Fons J.R. (2003): Comparative Research, Harkness, Janet; Van de Vijver, Fons J.R. und Mohler, Peter Ph., Cross-Cultural Survey Methods Seite 3-16, Wiley, Hoboken, NJ.
- Hauss, Kalle; Lippl, Bodo; Mika, Tatjana; Weber, Melanie und Wegener, Bernd (2001): Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 2000 (ISJP-Arbeitsbericht No. 38), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Hayek, Friedrich A. von (1981): Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit: Recht Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Verlag moderne Industrie, Landsberg a.L.
- Headey, Bruce (1991): Distributive Justice and Occupational Incomes: Perceptions of Justice Determine Perceptions of Fact, British Journal of Sociology 42, Seite 581-596.
- Hechter, Michael (1994): The Role of Values in Rational Choice Theory, Rationality and Society 6, Seite 318-333.
- Heidenreich, Martin (1996): Die subjektive Modernisierung fortgeschrittener Arbeitsgesellschaften, Soziale Welt 47, Seite 24-43.
- Heinze, Rolf G.; Schmid, Josef und Strünck, Christoph (1997): Zur Politische Ökonomie der sozialen Dienstleistungsproduktion. Der Wandel der Wohlfahrtsverbände und die Konjunkturen der Theoriebildung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, Seite 242-271.
- Hepp, Gerd (1994): Wertewandel. Politikwissenschaftliche Grundfragen, Oldenbourg, München; Wien.

- Hepp, Gerd (1996): Wertewandel und Bürgergesellschaft, Aus Politik und Zeitgeschichte B52-53, Seite 3-12.
- Hermkens, Piet L. J. (1987): Fairness Judgements of the Distribution of Incomes, The Netherlands' Journal of Sociology 23, Seite 61-71.
- Hillmann, Karl-Heinz (1989): Wertewandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen, 2. Auflage, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Hochschild, Jenniver L. (1981): What's fair? American Beliefs about Distributive Justice, Harvard University Press, Cambridge MA; London.
- Höffe, Otfried (1977): Kritische Einführung in Rawls' Theorie der Gerechtigkeit, Höffe, Otfried, Über Rawls' Theorie der Gerechtigkeit Seite 11-40, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Homans, George C. (1961): Social Behavior. Its Elementary Forms, Harcourt, Brace & World, New York; Burlingame.
- Homans, George C. (1968): Elementarformen sozialen Verhaltens, Köln; Opladen.
- Homans, George C. (1972): Grundlegende soziale Prozesse, Grundfragen soziologischer Theorie. Aufsätze, hg. und mit einem Nachwort versehen von Viktor Vanberg Seite 59-105, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Honneth, Axel (1995): Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, 3. Auflage, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Horn, Christoph und Scarano, Nico (2002): Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Hradil, Stefan (1993): Modernisierungsvorsprünge und nationale Besonderheiten. Zum Vergleich der Sozialstrukturen der Länder Europas, Glatzer, Wolfgang, Einstellungen und Lebensbedingungen in Europa Seite 177-204, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Hradil, Stefan (1995): Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und "Altlasten" in Ostdeutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte B20, Seite 3-15.
- Hradil, Stefan (1996): Überholen ohne Einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland, Kollmorgen, Raj; Reißig, Rolf und Weiß, Johannes, Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Empirische Befunde und theoretische Ansätze Seite 55-79, Leske + Budrich, Opladen.
- Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, 7. Auflage, Leske + Budrich, Opladen.
- Huber, Joan und Form, William H. (1973): Income and Ideology. An Analysis of the American Political Formula, Free Press, New York.
- Huber, Peter J. (1967): The Behavior of Maximum Likelihood Estimates Under Nonstandard Conditions, Le Cam, Lucien. M. und Neyman, Jerzy, Proceedings of the Fifth Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability, Vol. I Seite 221-233, University of California Press, Berkeley, CA.
- Huntington, Samuel P. (1996): The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, Simon & Schuster, New York.
- ILO (2003): International Inquiries into the Cost of Social Security, International Labour Office (ILO), Genf. URL: <http://www.ilo.org/public/english/protection/socfas/>, Zugriff am 28.04.2003
- Immerfall, Stefan (1994): Einführung in den Europäischen Gesellschaftsvergleich: Ansätze - Problemstellungen - Befunde, Wiss.-Verl. Rothe, Passau.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton University Press, Princeton; Guildford.
- Inglehart, Ronald (1989): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Inglehart, Ronald (1990): Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton University Press, Princeton (NJ).
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies, Princeton University Press, Princeton.
- Inglehart, Ronald (2002): Cultural Cleavages in the European Union: Modernization and Cultural Persistence, Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraud und Weißels, Bernhard, Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann Seite 73-84, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Inglehart, Ronald und Baker, Wayne E. (2000): Modernization, Cultural Change, And The Persistence of Traditional Values, American Sociological Review 65, Seite 19-51.
- Inkeles, Alex und Rossi, Peter H. (1956): National Comparisons of Occupational Prestige, American Journal of Sociology 61, Seite 329-339.
- International Labour Office (1990): International Standard Classification of Occupations: ISCO-88, International Labour Office (ILO), Geneva.
- International Statistical Yearbook (2002): CD-ROM hg. von Data Service Information GmbH. Gesellschaft für Wirtschaftsanalyse und Prognose.
- Jasso, Guillermina (1978): On the Justice of Earnings: A New Specification of the Justice Evaluation Function, American

- Journal of Sociology 83, Seite 1398-1419.
- Jasso, Guillermina (1980): A New Theory of Distributive Justice, *American Sociological Review* 45, Seite 3-32.
- Jasso, Guillermina (1989): The Theory of the Distributive-Justice Force in Human Affairs: Analyzing the Three Central Questions, Berger, Joseph; Zelditch, Morris und Anderson, Bo, *Sociological Theories in Progress. New Formulations* Seite 354-387, Sage, Newbury Park; London; New Delhi.
- Jasso, Guillermina (1999): How much Injustice is there in the World? Two New Justice Indexes, *American Sociological Review* 64, Seite 133-168.
- Jasso, Guillermina (2000): Trends in the Experience of Injustice: Justice Indexes About Earnings in Six Societies 1991-1996, *Social Justice Research* 13, Seite 101-121.
- Jasso, Guillermina und Rossi, Peter H. (1977): Distributive Justice and Earned Income, *American Sociological Review* 42, Seite 639-651.
- Jasso, Guillermina und Wegener, Bernd (1997): Methods for Empirical Justice Analysis: Part 1. Framework, Models, and Quantities, *Social Justice Research* 10, Seite 393-430.
- Jasso, Guillermina und Wegener, Bernd (1999): Gender and Country Differences in the Sense of Justice: Justice Evaluation, Gender Earnings Gap, and Earnings Functions in Thirteen Countries, *International Journal of Comparative Sociology* 40, Seite 94-116.
- Joas, Hans (1997): *Die Entstehung der Werte*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Kaase, Max (1994): *Political Culture and Political Consolidation*, Blommestein, Hendrikus J. und Steunenberg, Bernard, *Government and Markets. Establishing a Democratic Constitutional Order and a Market Economy in Former Socialist Countries* Seite 71-114, Kluwer, Dordrecht; Boston; London.
- Kaesler, Dirk (1999): *Max Weber (1864-1920)*, Kaesler, Dirk, *Klassiker der Soziologie*, 2 Bde. Seite 190-212, Beck, München.
- Kant, Immanuel (1968): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? *Kant-Theorie-Werkausgabe Bd. XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik I*, hg. von Wilhelm Weischedel Seite 53-61, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Kant, Immanuel (1968): *Mutmasslicher Anfang der Menschengeschichte*, *Kant-Theorie-Werkausgabe Bd. XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik I*, hg. von Wilhelm Weischedel Seite 85-102, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Kasza, Gregory J. (2002): The Illusion of Welfare 'Regimes', *Journal of Social Policy* 31, Seite 271-287.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1970): *Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften*, Enke, Stuttgart.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1989): *Christentum und Wohlfahrtsstaat*, Kaufmann, Franz-Xaver, *Religion und Modernität. Sozialwissenschaftliche Perspektiven* Seite 89-119, Mohr, Tübingen.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1989): *Über die soziale Funktion von Verantwortung und Verantwortlichkeit*, Lampe, Ernst-Joachim, *Verantwortlichkeit und Recht (Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie Bd. 14)* Seite 204-228, Opladen.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1992): *Der Ruf nach Verantwortung. Risiko und Ethik in einer unüberschaubaren Welt*, Herder, Freiburg i.Br.; Basel; Wien.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): *Risiko, Verantwortung und gesellschaftliche Komplexität*, Bayertz, Kurt, *Verantwortung. Prinzip oder Problem?* Seite 72-97, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): *Herausforderungen des Sozialstaates*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): *Normative Konflikte in Deutschland: Basiskonsens, Wertewandel und soziale Bewegungen*, Berger, Peter L., *Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung in pluralistischen Gesellschaften. Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung an den Club of Rome* Seite 155-197, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): *Schwindet die Integrationskraft des Sozialstaates?* *Gewerkschaftliche Monatshefte* 48, Seite 2-14.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): *Schwindet die integrative Funktion des Sozialstaates?* *Berliner Journal für Soziologie* 7, Seite 5-19.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002): *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*, Leske + Budrich, Opladen.
- Kelley, Jonathan und Evans, M.D.R. (1993): The Legitimation of Inequality: Occupational Earnings in Nine Nations, *American Journal of Sociology* 99, Seite 75-125.
- Kerbo, Harold R. (1991): *Social Stratification and Inequality. Class Conflict in Historical and Comparative Perspective*, 2. Auflage, McGraw-Hill, New York.
- Kersting, Wolfgang (1994): *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Kersting, Wolfgang (2000): *Politische Philosophie des Sozialstaats*, Velbrück Wissenschaft, Weilerwist.
- Kießling, Bernd (1988): *Die "Theorie der Strukturierung". Ein Interview mit Anthony Giddens*, *Zeitschrift für Soziologie*

- Klages, Helmut (1993): *Traditionsbruch als Herausforderung: Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Klages, Helmut (1998): *Werte und Wertewandel*, Schäfers, Bernhard und Zapf, Wolfgang, *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* Seite 698-709, Leske + Budrich, Opladen.
- Klages, Helmut (1998): *Wertewandel und Moralität*, Lüschen, Günther, *Das Moralische in der Soziologie* Seite 107-125, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Kleebar, Sabine und Wegener, Bernd (1991): *Dokumentation 1991. International Social Justice Project: Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland. (ISJP-Arbeitsbericht No. 7)*, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Klein, Rudolf und Scrivens, Ellie (1985): *The Welfare State: From Crisis to Uncertainty*, *Journal of Public Policy* 5, Seite 141-153.
- Klenner, Hermann (2002): *Jedem das Seine! Geschichte eines Schlagworts*, *Ossietzky* 4/2002. URL: <http://sopos.org/aufsaetze/3c7d45aeb2e57/1.phtml>
- Kley, Roland (1989): *Vertragstheorien der Gerechtigkeit. Eine philosophische Kritik der Theorien von John Rawls, Robert Nozick und James Buchanan*, Haupt, Bern; Stuttgart.
- Kley, Roland (1993): *Art. Gerechtigkeit*, Enderle, Georges; Homann, Karl; Honecker, Martin; Kerber, Walter und Steinmann, Horst, *Lexikon der Wirtschaftsethik* Seite Sp. 352-360, Herder, Freiburg i.Br.; Basel; Wien.
- Kluegel, James R. (1989): *Perceptions of Justice in the U.S.: Split Consciousness Among the American Public. Conference on Perception of Social Justice in East and West*, Unveröffentlichtes Manuskript, Dubrovnik.
- Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd (1995): *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*, Aldine de Gruyter, New York.
- Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd (1999): *The Legitimation of Capitalism in the Postcommunist Transition. Public Opinion about Market Justice, 1991-1996*, *European Sociological Review* 15, Seite 251-283.
- Kluegel, James R. und Matêjû, Petr (1995): *Egalitarian vs. Inegalitarian Principles of Distributive Justice*, Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd, *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States* Seite 209-238, Aldine, New York.
- Kluegel, James R. und Miyano, Masaru (1995): *Justice Beliefs and Support for the Welfare State in Advanced Capitalism*, Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd, *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States* Seite 81-105, Aldine de Gruyter, New York.
- Kluegel, James R. und Smith, Eliot R. (1986): *Beliefs about Inequality. Americans' Views of What Is and What Ought to Be*, Aldine de Gruyter, New York.
- Koch, Max (2003): *Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa. Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Kohl, Jürgen (1993): *Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. Anmerkungen zu Esping-Andersen's "The Three Worlds of Welfare Capitalism"*, *Zeitschrift für Sozialreform* 39, Seite 67-82.
- Kohlberg, Lawrence (1976): *Moral Stages and Moralization: The Cognitive-Developmental Approach*, Lickona, Thomas, *Moral Development and Behavior: Theory, Research and Social Issues* Seite 31-53, Holt, Rinehart and Winston, New York.
- Kohlberg, Lawrence (1995): *Die Psychologie der Moralentwicklung*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Kohn, Melvin L. (1989): *Cross-National Research as an Analytic Strategy*, Kohn, Melvin L., *Cross-National Research in Sociology* Seite 77-102, Sage, Newbury Park; London; New Delhi.
- Kohn, Melvin L. (1989): *Introduction*, Kohn, Melvin L., *Cross-National Research in Sociology* Seite 1-5, Sage, Newbury Park; London; New Delhi.
- Koller, Peter (1994): *Gesellschaftsauffassung und soziale Gerechtigkeit*, Frankenberg, Günter, *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft* Seite 129-150, Fischer, Frankfurt a.M.
- König, Wolfgang; Lüttinger, Paul und Müller, Walter (1988): *A Comparative Analysis of the Development and Structure of Educational Systems. (CASMIN Project, Institut für Sozialwissenschaften)*, Universität Mannheim, Mannheim.
- Kopp, Manfred und Müller, Hans-Peter (1980): *Herrschaft und Legitimität in modernen Industriegesellschaften*, tuduv, München.
- Korff, Wilhelm (1985): *Die naturale Unbeliebigkeitslogik menschlicher Normativität*, Korff, Wilhelm, *Norm und Sittlichkeit. Untersuchungen zur Logik der normativen Vernunft*, 2. Auflage, Seite 76-112, Alber, Freiburg i.Br.; München.
- Korpi, Walter (1980): *Social Policy and Distributional Conflict in the Capitalist Democracies. A Preliminary Comparative Framework*, *West European Politics* 3, Seite 296-316.
- Kramer, Rolf (1992): *Soziale Gerechtigkeit. Inhalt und Grenzen*, Duncker & Humblot, Berlin.
- Kreckel, Reinhard (1992): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Kroeber, Alfred L. und Parsons, Talcott (1958): *The Concepts of Culture and of Social System*, *American Sociological*

- Krüger, Jürgen (1994): Sozialstrukturelle Modernisierung: Stabilisierung oder Destruierung des Wohlfahrtsstaates, Soziale Probleme 5, Seite 5-30.
- Lane, David (1987): Sowiet Labour and the Ethic of Communism. Full Employment and the Labour Process in the USSR, Westview, Boulder.
- Lane, Robert E. (1986): Market Justice, Political Justice, American Political Science Review 80, Seite 383-402.
- Langan, Mary und Ostner, Ilona (1991): Gender and Welfare. Towards a Comparative Framework, Room, Graham, Towards a European Welfare State? Seite 127-150, Saus, Bristol.
- Lehmbruch, Gerhard (1993): Institutionentransfer: Zur politischen Logik der Verwaltungsintegration in Deutschland, Seibel, Wolfgang; Benz, Arthur und Mäding, Heinrich, Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einheit Seite 41-66, Nomos, Baden-Baden.
- Lehmbruch, Gerhard (1994): Institutionen, Interessen und sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands, Journal für Sozialforschung 34, Seite 21-44.
- Lehmbruch, Gerhard (1996): Die ostdeutsche Transformation als Strategie des Institutionentransfers: Überprüfung und Antikritik, Eisen, Andreas und Wollmann, Hellmut, Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik Seite 63-78, Leske + Budrich, Opladen.
- Lehmbruch, Gerhard (2000): Institutional Change in the East German Transformation Process, German Politics 9, Seite 149-170.
- Leibfried, Stephan (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community, Ferge, Zsuzsa und Kolberg, Jon Eivind, Social Policy in a Changing Europe Seite 245-279, Campus, Frankfurt a.M.
- Leibfried, Stephan und Wagschal, Uwe (2000): Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen - Reformen - Perspektiven, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Lengfeld, Holger (2002): Soziale Gerechtigkeit und politische Entscheidungen. Perspektiven der interdisziplinären Gerechtigkeitsforschung, Diskurs 1/2002, Seite 24-32.
- Lenski, Gerhard (1973): Macht und Privileg. Eine Theorie der sozialen Schichtung, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Lepsius, M. Rainer (1988): Interessen, Ideen und Institutionen, Westdeutscher Verlag, Opladen, ISBN: 3-531-11879-X.
- Lepsius, Rainer M. (1995): Institutionenanalyse und Institutionenpolitik, Nedelmann, Birgitta, Politische Institutionen im Wandel Seite 392-403, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Lerner, Melvin J. (1975): The Justice Motive in Social Behavior: Introduction, Journal of Social Issues 31/3, Seite 1-19.
- Lerner, Melvin J. (1980): The Belief in a Just World: A Fundamental Delusion, Plenum Press, New York; London.
- Lerner, Melvin J. und Lerner, Sally C. (1981): The Justice Motive in Social Behavior. Adapting to Times of Scarcity and Change, Plenum Press, New York; London.
- Lessenich, Stephan (1994): "Three Worlds of Welfare Capitalism"- oder vier? Strukturwandel arbeits- und sozialpolitischer Regulierungsmuster in Spanien, Politische Vierteljahresschrift 35, Seite 224-244.
- Lessenich, Stephan (1995): Wohlfahrtsstaatliche Regulierung und die Strukturierung von Lebensverläufen. Zur Selektivität sozialpolitischer Interventionen, Soziale Welt 46, Seite 51-69.
- Lessenich, Stephan (1996): Umbau, Abbau, Neubau? Der deutsche Sozialstaat im Wandel. Eine Provokation, Leviathan 24, Seite 208-221.
- Lessenich, Stephan (2000): Soziologische Erklärungsansätze zu Entstehung und Funktion des Sozialstaats, Allmendinger, Jutta und Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen Seite 15-38, Juventa, Weinheim; München.
- Lessenich, Stephan und Ostner, Ilona (1998): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Lewis, Jane (1997): Gender and Welfare Regimes: Further Thoughts, Social Politics. International Studies in Gender, State and Society 4, Seite 160-177.
- Lieberson, Stanley (1991): Small N's and Big Conclusions: An Examination of the Reasoning in Comparative Studies Based on a Small Number of Cases, Social Forces 70, Seite 307-320.
- Lieberson, Stanley (1994): More on the Uneasy Case for Using Mill-Type Methods in Small-N Comparative Studies, Social Forces 72, Seite 1225-1237.
- Liebig, Stefan (1997): Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen, Hampp, München.
- Liebig, Stefan und Lengfeld, Holger (2002): Interdisziplinäre Soziale Gerechtigkeitsforschung: Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven, Campus, Frankfurt a.M.
- Liebig, Stefan und Verwiebe, Roland (2000): Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland. Plädoyer für eine doppelte Vergleichsperspektive, Zeitschrift für Soziologie 29, Seite 3-26.
- Liebig, Stefan und Wegener, Bernd (1995): Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstel-

- lungen in Deutschland und den USA, Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd, Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit Seite 265-293, Leske + Budrich, Opladen.
- Liebowitz, Stan J. und Margolis, Stephen E. (1990): The Fable of the Keys, Journal of Law and Economics 33, Seite 1-26. URL: <http://wwwpub.utdallas.edu/~liebowit/keys1.html>
- Liebowitz, Stan J. und Margolis, Stephen E. (1995): Path Dependence, Lock-In and History, Journal of Law, Economics and Organization 11, Seite 205-226. URL: <http://wwwpub.utdallas.edu/~liebowit/paths.html>
- Lindblom, Charles E. (1959): The Science of Muddling Through, Public Administration Review 19, Seite 79-88.
- Linton, Ralph (1947): The study of Man. An Introduction, Appleton Century Crofts, New York.
- Lippl, Bodo (1997): Jedem das Seine? Die Wahrnehmung und Beurteilung von Einkommensgerechtigkeit im Ländervergleich (ISJP-Arbeitsbericht No. 36) Diplomarbeit an der LMU-München, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin. URL: http://www.isjp.de/download/ISJP_WP_No36.pdf
- Lippl, Bodo (2000): "Welten der Gerechtigkeit" in "Welten wohlfahrtsstaatlicher Regimes" - Welche Einkommensgerechtigkeit nehmen Menschen in Europa wahr und welche Gerechtigkeitsordnung wollen sie? (ISJP-Arbeitsbericht No. 59), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin. URL: http://www.isjp.de/download/ISJP_WP_No59.pdf
- Lippl, Bodo (2001): Die Einkommensangaben in den deutschen Daten des ISJP 1991, 1996 und 2000. Dokumentation und alternative Handhabungen fehlender und problematischer Werte (ISJP-Arbeitsbericht No. 78), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin. URL: http://www.isjp.de/download/ISJP_WP_No78.pdf
- Lippl, Bodo (2001): Runciman, Walter Garrison: Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth Century Britain (Review), Oesterdiekhoff, Georg W., Lexikon der soziologischen Werke Seite 583, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Lippl, Bodo (2003): Wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit und Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in wohlfahrtsstaatlichen Regimes - Analysen mit dem ISSP 1987, 1992 und 1999, Allmendinger, Jutta, Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. CD-ROM: Arbeitsgruppen-, Sektionssitzungs- und Ad-hoc-Gruppen-Beiträge, Leske + Budrich, Opladen.
- Lipset, Seymour M. (1981): Political Man. The Social Basis of Politics, Baltimore.
- LIS (2003): Luxembourg Income Study - Income Inequality Measures, Luxembourg. URL: <http://www.lisproject.org/keyfigures/ineqtable.htm>, Zugriff am 18.04.2003
- LIS (2003): Luxembourg Income Study - Relative Poverty Rates for the Total Population, Children and the Elderly, Luxembourg. URL: <http://www.lisproject.org/keyfigures/povertytable.htm>, Zugriff am 18.04.2003
- Luckmann, Thomas (1996): Über Moral und moralische Kommunikation in der modernen Gesellschaft, Sociologica Internationalis 34, Seite 1-11.
- Luhmann, Niklas (1978): Soziologie der Moral, Luhmann, Niklas und Pfürtnner, Stephan H., Theorietechnik und Moral Seite 8-116, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (1981): Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, Olzog, München; Wien.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (1992): Arbeitsteilung und Moral. Durkheims Theorie, Durkheim, Emile: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften Seite 19-38, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Lüschen, Günther (1998): Das Moralische in der Soziologie, Westdeutscher Verlag, Opladen; Wiesbaden.
- Mahoney, James (2000): Path Dependence in Historical Sociology, Theory and Society 29, Seite 507-548.
- Mánické-Gyöngyösi, Krisztina (1995): Ost- und ostmitteleuropäische Gesellschaften zwischen autonomer Gestaltung und Adaption westlicher Modernisierungsmodelle, Wollmann, Hellmut; Wiesenenthal, Helmut und Bönker, Frank, Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs (Leviathan, Sonderheft 15) Seite 30-53, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Marshall, Thomas H. (1992): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, Marshall, Thomas H., Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates Seite 33-94, Campus, Frankfurt a.M.; New York. URL: auch in: Mackert, Jürgen/Müller, Hans-Peter (Hg.): Citizenship - Soziologie der Staatsbürgerschaft, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 45-102.
- Marx, Karl (1958): Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Kritik des Gothaer Programms), Marx, Karl und Engels, Friedrich, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Bd. II Seite 11-29, Dietz, Berlin.
- Marx, Karl (1972): Zur Kritik der politischen Ökonomie, Marx-Engels-Werke Bd. 13 Seite 7-160, Dietz, Berlin.
- Marx, Karl (1972): Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, Marx-Engels-Werke Bd. 13 Seite 7-11, Dietz, Berlin.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich (1958): Manifest der kommunistischen Partei, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Bd. I Seite 15-54, Dietz, Berlin.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich (1969): Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke Bd. 3, 9-530.

- Matějů, Petr (1993): From Equality to Equity? The Czech Republic Between Two Ideologies of Distributive Justice, *Czech Sociological Review* 1, Seite 251-275.
- Matějů, Petr und Vlachová, Klára (1997): Crystallization of Political Attitudes and Political Spectrum in the Czech Republic (Social Trends Working Paper 9/1997, Research Project "Social Trends", Prag.
- Mau, Steffen (1997): Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, *Soziale Welt* 47, Seite 17-38.
- Mau, Steffen (1997): Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland (WZB Working Paper FS III 97-401), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Mau, Steffen (1998): Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B34-35, Seite 27-37.
- Mau, Steffen (2002): The Moral Economy of Welfare States. Britain and Germany Compared, European University Institute, Florence.
- Mau, Steffen (2002): Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung, *Berliner Journal für Soziologie* 12, Seite 345-364.
- Mayer, Karl Ulrich (1991): Soziale Ungleichheit und die Differenzierung von Lebensverläufen, Zapf, Wolfgang, Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages Seite 667-687, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Mayer, Karl Ulrich (1998): Causality, Comparisons and Bad Practices in Empirical Social Research. A Comment on Stanley Liberson's Chapter, Blossfeld, Hans-Peter und Prein, Gerald, Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis Seite 146-157, Westview, Boulder; Oxford.
- Mayer, Karl Ulrich (2001): The Paradox of Global Social Change and National Path Dependencies. Life Course Patterns in Advanced Societies, Woodward, Alison und Kohli, Martin, Inclusions and Exclusions in European Societies Seite 89-110, Routledge, New York.
- Mayer, Karl Ulrich und Müller, Walter (1986): The State and the Structure of the Life Course, Sørensen, Aage B.; Weinert, Franz E. und Sherrod, Lonnie R., Human Development and the Life Course. Multidisciplinary Perspectives Seite 217-245, Erlbaum, Hillsdale, N.J.
- Mayer, Karl Ulrich und Müller, Walter (1989): Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat, Weymann, Ansgar, Handlungsspielräume Seite 41-60, Enke, Stuttgart.
- Meinefeld, Werner (1977): Einstellungen und soziales Handeln, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
- Menningen, Walter (1969): Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. Der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokraten, Rowohlt, Reinbek b.H.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Leske + Budrich, Opladen.
- Merton, Robert K. und Rossi, Alice S. (1968): Contributions to the Theory of Reference Group Behavior, Merton, Robert K.: Social Theory and Social Structure (1968 Enlarged Edition) Seite 279-334, Free Press, New York.
- Meulemann, Heiner (1996): Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Juventa, Weinheim; München.
- Meulemann, Heiner (1998): Die Implosion einer staatlich verordneten Moral. Moralität in West- und Ostdeutschland 1990-1994, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, Seite 411-441.
- Meulemann, Heiner (1998): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Leske + Budrich, Opladen.
- Meulemann, Heiner (1998): Wertwandel als Diagnose sozialer Integration: Unschärfe Thematik, unbestimmte Methodik, problematische Folgerungen. Warum die anwachsende Bedeutung der Selbstbestimmung kein Wertverfall ist, Friedrichs, Jürgen; Lepsius, M. Rainer und Mayer, Karl Ulrich, Die Diagnosefähigkeit der Soziologie (*Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 38) Seite 256-285, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Mezger, Erika und West, Klaus W. (1998): Neue Chancen für den Sozialstaat. Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaat und Aktivierung, Schüren, Marburg.
- Mikula, Gerold (1980): Gerechtigkeit und soziale Interaktion. Experimentelle und theoretische Beiträge aus der psychologischen Forschung, Huber, Bern.
- Milanovic, Branko (1998): Income, Inequality, and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy, The World Bank, Washington, D.C.
- Mill, John S. (1843): A System of Logic, London.
- Miller, David (1992): Distributive Justice: What the People Think, *Ethics* 102, Seite 555-593.
- Miller, David (1999): Principles of Social Justice, Harvard University Press, Cambridge, MA.

- Mishra, Ramesh (1977): *Society and Social Policy. Theoretical Perspectives on Welfare*, Macmillan, London; Basinstoke.
- Mishra, Ramesh (1981): *Society and Social Policy. Theories and Practice of Welfare*, 2. Auflage, Humanities Press, New Jersey.
- Moessinger, Pierre (1990): Perfect Justice Procedures, *Social Justice Research* 4, Seite 105-113.
- Moore, Barrington (1969): *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Morel, Julius; Bauer, Eva; Meleghy, Tamás; Preglau, Max; Niedenzu, Heinz-Jürgen und Staubmann, Helmut (1989): *Soziologische Theorie. Abriß der Ansätze ihrer Hauptvertreter*, Oldenbourg, München; Wien.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? *Zeitschrift für Sozialreform* 31, Seite 415-434, 457-475.
- Mückenberger, Ulrich (1990): Normalarbeitsverhältnis: Lohnarbeit als normativer Horizont sozialer Sicherheit? Sachße, Christoph und Engelhardt, H. Tristram, Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates Seite 158-178, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Mühleck, Kai und Wegener, Bernd (2002): Ist der Markt gerecht? Ökonomische Wertvorstellungen in Ost und West, *Humboldt-Spektrum* 9/4, Seite 30-35.
- Mulhall, Stephen und Swift, Adam (1992): *Liberals and Communitarians*, Blackwell, Oxford u.a.
- Müller, Hans-Peter (1986): Gesellschaft, Moral und Individualismus, Émile Durkheims Moraltheorie, Bertram, Hans, Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie Seite 71-105, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Müller, Hans-Peter (1991): Die Moralökologie moderner Gesellschaften, Nachwort, Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral Seite 307-341, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Müller, Hans-Peter (1992): Durkheims Vision einer "gerechten" Gesellschaft, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 13, Seite 16-43.
- Müller, Hans-Peter (1992): Gesellschaftliche Moral und individuelle Lebensführung. Ein Vergleich von Emile Durkheim und Max Weber, *Zeitschrift für Soziologie* 21, Seite 49-60.
- Müller, Hans-Peter (1995): Soziale Differenzierung und soziale Gerechtigkeit. Ein Vergleich von Max Weber und Michael Walzer, Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd, Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit Seite 135-155, Leske + Budrich, Opladen.
- Müller, Hans-Peter (1996): Die Fallhöhe der Moral, Bohrer, Karl Heinz und Scheel, Kurt, Moral. Und Macht (Merkur, Sonderheft) Seite 815-826, Klett Cotta, Stuttgart.
- Müller, Hans-Peter und Schmid, Michael (1992): Arbeitsteilung, Solidarität und Moral. Eine werkgeschichtliche und systematische Einführung in die 'Arbeitsteilung' von Emile Durkheim, Nachwort, Durkheim, Emile: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften Seite 481-521, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd (1995): Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung, Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd, Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit Seite 7-49, Leske + Budrich, Opladen.
- Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd (1995): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit, Leske + Budrich, Opladen.
- Müller, Klaus (1998): Postsozialistische Krisen, Müller, Klaus, Postsozialistische Krisen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde Seite 177-249, Leske + Budrich, Opladen.
- Müller, Klaus (2001): *Totalitarismus, Modernisierung und Transformation*, Leske + Budrich, Opladen.
- Müller, Walter (1999): Wandel in der Bildungslandschaft Europas, Glatzer, Wolfgang und Ostner, Ilona, Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen (Gegenwartskunde, Sonderband 11) Seite 337-355, Leske + Budrich, Opladen.
- Müller, Walter und Shavit, Yossi (1998): The Institutional Embeddedness of the Stratification Process. A Comparative Study of Qualifications and Occupations in Thirteen Countries, Müller, Walter und Shavit, Yossi, From School to Work. A Comparative Study of Educational Qualifications and Occupational Destinations Seite 1-48, Oxford University Press, Oxford.
- Müller, Walter; Steinmann, Susanne und Schneider, Reinhart (1997): Bildung in Europa, Hradil, Stefan und Immerfall, Stefan, Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich Seite 177-245, Leske + Budrich, Opladen.
- Münch, Richard (1988): Theorie des Handelns. Zur Rekonstruktion der Beiträge von Talcott Parsons, Emile Durkheim und Max Weber, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Nickel, Hildegard Maria (1993): Geschlechterverhältnisse in der Wende. Individualisierung versus Solidarisierung, *Deutschland Archiv* 26, Seite 1127-1137.
- Nickel, Hildegard Maria (1997): Der Transformationsprozeß in Ost- und Westdeutschland und seine Folgen für das Geschlechterverhältnis, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B51, Seite 20-29.
- Niedermayer, Oskar (1992): Vergleichende Umfrageforschung: Probleme und Perspektiven, Berg-Schlosser, Dirk und

- Müller-Rommel, Ferdinand, Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch Seite 71-85, Leske + Budrich, Opladen.
- Nielsen, Klaus (1996): Eastern European Welfare Systems in Comparative Perspective, Greve, Bent, Comparative Welfare Systems. The Scandinavian Model in a Period of Change Seite 185-213, Macmillan, St. Martin's Press, London; New York.
- Norden, Gilbert (1985): Einkommensgerechtigkeit. Was darunter verstanden wird. Eine Erkundungsstudie, Böhlau, Wien; Köln; Graz.
- Norden, Gilbert (1986): Objektive Interessen, "Egoismus", "Altruismus", "Kollektive Rationalität und "Soziale Nähe der Arbeitslosigkeit" als Bestimmungsgründe akzeptierender Einstellungen zur Arbeitslosenunterstützung, Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 15, Seite 367-378.
- North, Douglass C. (1991): Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge University Press, Cambridge, MA.
- Nozick, Robert (1974): Anarchy, State, and Utopia, Oxford, Blackwell.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1992): Zur moralischen Sozialisation, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44, Seite 252-272.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1996): Moralisches Wissen - moralische Motivation - moralisches Handeln. Entwicklungen in der Kindheit, Honig, Michael-Sebastian; Leu, Hans Rudolf und Nissen, Ursula, Kinder und Kindheit. Soziokulturelle Muster - sozialisationstheoretische Perspektiven Seite 129-156, Juventa, München.
- O'Higgins, Michael; Schmaus, Günther und Stephenson, Geoffrey (1990): Income Distribution and Redistribution: A Microdata Analysis for Seven Countries, Smeeding, Timothy M.; O'Higgins, Michael und Rainwater, Lee, Poverty, Inequality and Income Distribution in Comparative Perspective. The Luxembourg Income Study (LIS) Seite 20-56, Urban Institute Press, Washington, D.C.
- Obinger, Herbert und Wagschal, Uwe (2000): Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Offe, Claus (1984): Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaates, Offe, Claus, "Arbeitsgesellschaft": Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven Seite 323-339, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Offe, Claus (1991): Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, Merkur 45, Seite 279-292.
- Offe, Claus (1991): Die deutsche Vereinigung als 'natürliches Experiment', Giesen, Bernd und Leggewie, Claus, Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch Seite 77-86, Rotbuch, Berlin.
- Offe, Claus (1993): Zur Typologie von sozialpolitischen "Regimes", Zeitschrift für Sozialreform 39, Seite 83-86.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Offe, Claus (1995): Schock, Fehlkonstrukt oder Droge? Über drei Lesarten der Sozialstaatskrise, Fricke, Werner, Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch Arbeit und Technik 1995 Seite 31-41, Dietz, Bonn.
- Offe, Claus (1998): Der deutsche Wohlfahrtsstaat: Prinzipien, Leistungen, Zukunftsaussichten, Berliner Journal für Soziologie 8, Seite 359-380.
- Ogburn, William F. (1922): Cultural Change, Viking, New York.
- Ogburn, William F. (1973): The Hypothesis of Cultural Lag, Etzioni, Amitai und Etzioni-Halevy, Eva, Social Change: Sources, Patterns, and Consequences, 2. Auflage, Seite 477-480, Basic Books, New York.
- Orloff, Ann Shola (1993): Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States, American Sociological Review 58, Seite 303-328.
- Pappi, Franz Urban (1986): Politische Kultur. Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten, Kaase, Max, Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann Seite 279-291, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Parsons, Talcott (1951): The Social System, Free Press, New York.
- Parsons, Talcott (1968): Social Systems, International Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 15 Seite 458-473.
- Parsons, Talcott (1970): Equality and Inequality in Modern Societies, or Social Stratification Revisited, Laumann, Edward O., Social Stratification: Research and Theory for the 1970s Seite 13-72, Bobbs-Merrill, Indianapolis.
- Parsons, Talcott (1971): Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, Zapf, Wolfgang, Theorien des sozialen Wandels, 3. Auflage, Seite 55-74, Kiepenhauer & Witsch, Köln; Berlin.
- Parsons, Talcott (1972): Culture and Social System Revisited, Social Science Quarterly 53, Seite 253-266.
- Parsons, Talcott (1972): Das System moderner Gesellschaft, Juventa, München.
- Parsons, Talcott (1975): Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

- Parsons, Talcott (1991): The Place of Ultimate Values in Sociological Theory, The Early Essays Seite 231-257, University of Chicago Press, Chicago/London.
- Parsons, Talcott und Shils, Edward A. (1951): Toward a General Theory of Action, Harvard University Press, Cambridge; MA; London.
- Parsons, Talcott und Shils, Edward A. (1951): Values, Motives, and the Systems of Action, Parsons, Talcott und Shils, Edward A., Toward a General Theory of Action Seite 47-275, Harvard University Press, Cambridge, MA; London.
- Parsons, Talcott und Smelser, Neil J. (1984): Economy and Society: A Study in the Integration of Economic and Social Theory, Reprint, Routledge & Kegan Paul, London.
- Peter, Lothar (1994): Kritische Anmerkungen zur modernisierungstheoretischen Interpretation des Umbruch- und Transformationsprozesses in Ostdeutschland, BISS public 4/13, Seite 11-20.
- Pickel, Gert (1998): Eine ostdeutsche "Sonder"-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation, Pickel, Susanne; Pickel, Gert und Walz, Dieter, Politische Einheit - Kultureller Zwiespalt? - Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998 Seite 157-177, Peter Lang, Frankfurt a.M.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics, American Political Science Review 94, Seite 251-267.
- Piketty, Thomas (1995): Social Mobility and Redistributive Politics, Quarterly Journal of Economics 110, Seite 551-584.
- Pioch, Roswitha (1999): Die untere Grenze des Sozialstaats. Ergebnisse einer qualitativen Studie über Gerechtigkeitsvorstellungen sozialpolitischer Experten in Deutschland und den Niederlanden, Schwengel, Hermann, Grenzenlose Gesellschaft. Kongreßband II des 29. Kongresses der DGS, Centaurus, Pfaffenweiler.
- Pioch, Roswitha (2000): Soziale Gerechtigkeit in der Politik. Orientierungen von Politikern in Deutschland und den Niederlanden, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Pioch, Roswitha und Vobruba, Georg (1995): Gerechtigkeitsvorstellungen im Wohlfahrtsstaat. Sekundäranalyse empirischer Untersuchungen zur Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, Döring, Diether; Nullmeier, Frank; Pioch, Roswitha und Vobruba, Georg, Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat Seite 114-165, Schüren, Marburg.
- Pius XI (1931): Enzyklika "Quadragesimo Anno", Rom.
- Platon (1961): Der Staat. Über das Gerechte (übersetzt von Otto Apelt), Meiner, Hamburg.
- Pollack, Detlef (1990): Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, Zeitschrift für Soziologie 19, Seite 292-307.
- Pollack, Detlef (1996): Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt, Soziologische Revue 19.
- Pollack, Detlef (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte B 13, Seite 3-14.
- Pollack, Detlef (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte B13, Seite 3-14.
- Pollack, Detlef (1998): Ostdeutsche Identität. Ein multidimensionales Phänomen, Meulemann, Heiner, Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung Seite 301-318, Leske + Budrich, Opladen.
- Pollack, Detlef und Pickel, Gert (1998): Die ostdeutsche Identität - Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? - Die Einstellungen der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, Aus Politik und Zeitgeschichte B41-42, Seite 9-23.
- Popitz, Heinrich (1980): Die normative Konstruktion von Gesellschaft, Mohr, Tübingen.
- Popper, Karl R. (1987): Das Elend des Historizismus, 6. durchges. Auflage, Mohr, Tübingen.
- Preisendörfer, Peter (1995): Vertrauen als soziologische Kategorie. Möglichkeiten und Grenzen einer entscheidungstheoretischen Fundierung des Vertrauenskonzepts, Zeitschrift für Soziologie 24, Seite 263-272.
- Pryor, Frederic L. (1968): Public Expenditures in Communist and Capitalist Nations, Allen & Unwin, London.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge.
- Przeworski, Adam und Teune, Henry (1970): The Logic of Comparative Social Inquiry, Wiley, New York.
- Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton University Press, Princeton.
- Quaisser, Wolfgang (1997): Strategieansätze und Ergebnisse des Übergangs der mittel- und osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft, Aus Politik und Zeitgeschichte B44-45, Seite 3-15.
- Ragin, Charles C. (1987): The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies, University of California Press, Berkeley; Los Angeles; London.

- Ragin, Charles C. (1989): *New Directions in Comparative Research*, Kohn, Melvin L., *Cross-National Research in Sociology* Seite 57-76, Sage, Newbury Park; London; New Delhi.
- Ragin, Charles C. (1991): *Issues and Alternatives in Comparative Social Research*, E.J. Brill, Leiden; New York; København; Köln.
- Ragin, Charles C. (1994): *Constructing Social Research. The Unity and Diversity of Method*, Pine Forge Press, Thousand Oaks; London; New Delhi.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*, Harvard University Press, MA: Cambridge.
- Rawls, John (1992): *Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Rawls, John (1994): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, 8. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Rehberg, Karl-Siegbert (1994): *Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen*, Göhler, Gerhard, *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie* Seite 47-84, Nomos, Baden-Baden.
- Reißig, Rolf (1994): *Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche*, *Berliner Journal für Soziologie* 3, Seite 323-343.
- Reißig, Rolf (1997): *Der ostdeutsche Transformationsfall: Prämissen - Bilanzen - Schlußfolgerungen*, *BISS public* 7/21, Seite 41-58.
- Reißig, Rolf (1998): *Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven*, *Politische Vierteljahresschrift* 39, Seite 301-328.
- Reißig, Rolf (1999): *Spezifika und Eigenarten des (ost)deutschen Transformationsfalles*, *BISS public* 9, Seite 133-146.
- Reißig, Rolf (2000): *Die gesplante Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung*, Dietz, Berlin.
- Richter, Rudolf (1994): *Institutionen ökonomisch analysiert. Zur jüngeren Entwicklung auf einem Gebiet der Wirtschaftstheorie*, Mohr, Tübingen.
- Rieger, Elmar (1992): *Die Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Rieger, Elmar (1998): *Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. Antikritisches zu Erklärungsproblemen und Interpretationsversuchen*, *Politische Vierteljahresschrift* 39, Seite 819-828.
- Rieger, Elmar und Leibfried, Stephan (1997): *Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung*, *Politische Vierteljahresschrift* 38, Seite 771-796.
- Rieger, Elmar und Leibfried, Stephan (2001): *Grundlagen der Globalisierung. Perspektiven des Wohlfahrtsstaates*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Rieger, Elmar und Leibfried, Stephan (2003): *Wohlfahrtsmerkantilismus. Wechselwirkung zwischen demokratischer Sozialpolitik und Welthandelsordnung*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B48, Seite 12-22.
- Rohe, Karl (1987): *Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung*, Berg-Schlosser, Dirk und Schissler, Jakob, *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung* Seite 39-48, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Rohe, Karl (1994): *Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts*, Niedermayer, Oskar und Beyme, Klaus von, *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland* Seite 1-21, Akademie Verlag, Berlin.
- Röhl, Klaus F. (1993): *Verfahrensgerechtigkeit (Procedural Justice). Einführung in den Themenbereich und Überblick*, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 14, Seite 1-14.
- Rohrschneider, Robert (1996): *Institutional Learning versus Value Diffusion*, *The Journal of Politics* 58, Seite 422-446.
- Rohrschneider, Robert (2000): *Institutionalists versus Culturalists. Theory and Evidence from Germany*. Paper prepared for the conference "Political Culture", Frankfurt University, May 26-28, 2000, Germany, Frankfurt a.M.
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Roller, Edeltraud (1992): *Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Roller, Edeltraud (1994): *Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes Toward Distribution Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany*, *European Sociological Review* 10, Seite 105-117.
- Roller, Edeltraud (1996): *Kürzungen von Sozialleistungen aus der Sicht der Bundesbürger*, *Zeitschrift für Sozialreform* 42, Seite 777-788.
- Roller, Edeltraud (1997): *Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung*, Gabriel, Oscar W., *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland* Seite 115-146, Leske + Budrich, Opladen.
- Roller, Edeltraud (1998): *Ist der Sozialstaat im vereinigten Deutschland überfordert? Wohlfahrtsansprüche in Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, Schmid, Josef und Niketta, Reiner, *Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich* Seite 85-111, Metropolis, Marburg.

- Roller, Edeltraud (2000): Ende des sozialstaatlichen Konsenses? Zum Aufbrechen traditioneller und zur Entstehung neuer Konfliktstrukturen in Deutschland, Niedermayer, Oskar und Westle, Bettina, Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase Seite 88-114, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Roller, Edeltraud (2000): Marktwirtschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeitsprinzipien in Deutschland und den USA, Gerhards, Jürgen, Die Vermessung kultureller Unterschiede. USA und Deutschland im Vergleich Seite 89-110, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Roller, Edeltraud (2002): Erosion des sozialstaatlichen Konsenses und die Entstehung einer neuen Konfliktlinie in Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte B29-30, Seite 13-19.
- Rosanvallon, Pierre (1995): La nouvelle question sociale. Repenser l'Etat-providence, Seuil, Paris.
- Rose, Richard und Haerpfer, Christian (1996): The Impact of the Ready Made State. Die privilegierte Position Ostdeutschlands in der postkommunistischen Transformation, Wiesenhal, Helmut, Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands Seite 105-140, Campus, Frankfurt a.M.
- Rose, Richard und Haerpfer, Christian (1997): The Impact of a Ready-made State: East Germans in Comparative Perspective, German Politics 6, Seite 100-121.
- Rose, Richard; Zapf, Wolfgang; Seifert, Wolfgang und Page, Edward C. (1994): Germans in Comparative Perspective (Studies in Public Policy Number 218. Centre for the Study of Public Policy), University of Strathclyde, Glasgow.
- Rothstein, Bo (1998): Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State, Cambridge University Press, Cambridge.
- Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyne und Stephens, John D. (1992): Capitalist Development and Democracy, Polity Press, Cambridge.
- Runciman, Walter G. (1972): Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England, 3. Auflage, Routledge & Kegan Paul, London.
- Rytina, Joan H.; Form, William H. und Pease, John (1970): Income and Stratification Ideology: Beliefs about American Opportunity Structure, American Journal of Sociology 75, Seite 703-716.
- Sachße, Christoph (1990): Freiheit, Gleichheit, Sicherheit: Grundwerte im Konflikt, Sachße, Christoph und Engelhardt, H. Tristram, Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates Seite 9-27, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Sainsbury, Diane (1994): Gendering Welfare States, Sage, London.
- Sainsbury, Diane (1996): Gender, Equality and the Welfare States, Cambridge University Press.
- Sartre, Jean-Paul (1963): Ist der Existentialismus ein Humanismus? Drei Essays Seite 7-51, Ullstein, Berlin.
- Scharpf, Fritz W. (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Sozialstaaten in der Globalisierungsfalle? Lehren aus dem internationalen Vergleich (Öffentlicher Vortrag anlässlich der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in München am 7. Juni 2000), Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft 2000 Seite 59-73, Max-Planck-Gesellschaft, München. URL: <http://www.mpg.de/doku/jahrbuch/2000/>
- Scherer, Klaus R. (1992): Justice: Interdisciplinary Perspectives, Cambridge University Press, Cambridge, MA.
- Scheuch, Erwin K. (1989): Theoretical Implications of Comparative Survey Research: Why the Wheel of Cross-Cultural Methodology Keeps On Being Reinvented, International Sociology 4, Seite 147-167.
- Schimank, Uwe (2000): Handeln und Strukturen. Eine Einführung in die akteurtheoretische Soziologie, Juventa, Weinheim; München.
- Schmid, Günther (1994): Wettbewerb und Kooperation zwischen den Geschlechtern: Institutionelle Alternativen einer gerechten und effizienten Arbeitsmarktorganisation, Zapf, Wolfgang und Dierkes, Meinolf, Institutionenvergleich und Institutionendynamik (WZB-Jahrbuch 1994) Seite 215-237, Edition Sigma, Berlin.
- Schmid, Josef (1996): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Leske + Budrich, Opladen, ISBN: 3-8100-3050-3.
- Schmid, Josef (2001): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, 2. Auflage, Leske + Budrich, Opladen, ISBN: 3-8100-3050-3.
- Schmid, Josef (2003): Wirtschafts- und Sozialpolitik: Lernen und Nicht-Lernen von den Nachbarn, Aus Politik und Zeitgeschichte B18-19, Seite 32-38.
- Schmid, Josef und Niketta, Reiner (1998): Wohlfahrtsstaat: Krise und Reform im Vergleich, Metropolis, Marburg.
- Schmidt, Manfred G. (1998): Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Auflage, Leske + Budrich, Opladen.
- Schmidt, Manfred G. (1999): Sozialpolitik im demokratischen und im autokratischen Staat, Merkel, Wolfgang und Busch, Andreas, Demokratie in Ost und West. Für Klaus Beyme Seite 575-591, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Schmidt, Manfred G. (2003): Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich, Aus Politik und Zeitgeschichte B21-22, Seite 6-11.
- Schmidt, Volker H. (1992): Adaptive Justice: Local Distributive Justice in Sociological Perspective, Theory and Society

- Schmidt, Volker H. (1992): Lokale Gerechtigkeit. Perspektiven soziologischer Gerechtigkeitsanalyse, *Zeitschrift für Soziologie* 21, Seite 3-15.
- Schmidt, Volker H. (1993): Zum Verhältnis prozeduraler und distributiver Gerechtigkeit - Am Beispiel "lokaler" Verteilungsprobleme, *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 14, Seite 80-96.
- Schmidt, Volker H. (1994): Some equity-efficiency trade-offs in the provision of scarce goods: The case of lifesaving medical resources., *Journal of Political Philosophy* 2, Seite S. 44-66.
- Schmidt, Volker H. und Hartmann, Brigitte K. (1997): Lokale Gerechtigkeit in Deutschland. Studien zur Verteilung von Bildungs-, Arbeits- und Gesundheitsgütern, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Schneider, Martin (2001): Soziale Gerechtigkeit, Baumgartner, Alois und Putz, Gertraud, Sozialprinzipien. Leitideen in einer sich wandelnden Welt Seite 31-78, Tyrolia, Innsbruck; Wien.
- Schramm, Michael (1995): Art. Gerechtigkeit, I. Philosophisch-ethisch, *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 4, 3. Auflage, Seite Sp. 498-500, Herder, Freiburg i.Br.; Basel; Wien.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Schulze, Gerhard (1993): Entgrenzung und Innenorientierung. Eine Einführung in die Theorie der Erlebnisgesellschaft, *Gegenwartskunde* 42, Seite 405-419.
- Schweer, Martin (1997): Interpersonales Vertrauen. Theorien und empirische Befunde, Westdeutscher Verlag, Opladen, ISBN: 3-531-13033-1.
- Sen, Amartya (1997): On Economic Inequality, Clarendon Press, Oxford.
- Shepelak, Norma J. (1987): The Role of Self-Explanations and Self-Evaluations in Legitimizing Inequality, *American Sociological Review* 52, Seite 495-503.
- Shepelak, Norma J. (1989): Ideological Stratification: American Beliefs About Economic Justice, *Social Justice Research* 3, Seite 217-231.
- Shklar, Judith N. (1992): Über Ungerechtigkeit. Erkundungen zu einem moralischen Gefühl, Rotbuch, Berlin.
- Simmel, Georg (1992): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Sneed, Joseph D. (1979): The Logical Structure of Mathematical Physics, 2. Auflage, Reidel, Dordrecht.
- Soeffner, Hans-Georg (1988): Kulturmythos und kulturelle Realität(en), Soeffner, Hans-Georg, Kultur und Alltag (Soziale Welt, Sonderband 6) Seite 3-20, Schwartz, Göttingen.
- Soeffner, Hans-Georg (1992): Die Ordnung der Rituale. Die Auslegung des Alltags, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Spéder, Zsolt; Schultz, Annett und Habich, Roland (1997): Soziale Ungleichheit in der ostmitteleuropäischen Transformation, Glatzer, Wolfgang und Kleinhenz, Gerhard, Wohlstand für alle? Seite 335-408, Leske + Budrich, Opladen.
- Standing, Guy (1996): Social Protection in Central and Eastern Europe: A Tale of Slipping Anchors and Torn Safety Nets, Esping-Andersen, Gøsta, Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies Seite 225-255, Sage, London.
- Standing, Guy (1998): Social Impoverishment. The Challenge for Russian Social Policy, *Journal of European Social Policy* 8, Seite 23-42.
- Statistisches Bundesamt (1991-2002): Statistisches Jahrbuch für das Ausland (mehrere Jahre), Metzler-Pöschel, Wiesbaden; Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (2002): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, hg. in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Sterbling, Anton (1998): Historische Modernisierungstheorien und die gegenwärtigen Probleme des Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa, Müller, Klaus, Postsozialistische Krisen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde Seite 53-67, Leske + Budrich, Opladen.
- Stimson, James A. (1985): Regression in Time and Space: A Statistical Essay, *American Journal of Political Science* 29, Seite 914-947.
- Stolte, John (1983): The Legitimation of Structural Inequality, *American Sociological Review* 48, Seite 331-342.
- Stouffer, Samuel A.; Suchman, Edward A.; DeVinney, Leland C.; Star, Shirley A. und Williams, Robin M. Jr. (1949): The American Soldier: Adjustment During Army Life (Vol. 1), Princeton University Press, Princeton.
- Streeck, Wolfgang (1995): Neo-Voluntarism: A New European Social Policy Regime? *European Law Journal* 1, Seite 31-59.
- Suhrcke, Marc (2001): Preferences for Inequality: East vs. West (Innocenti Working Paper No. 89), UNICEF Innocenti Research Centre, Florence. URL: <http://www.unicef-icdc.org/publications/pdf/iwp89.pdf>
- Svallfors, Stefan (1995): In the Eye of the Beholder. Opinions on Welfare and Justice in Comparative Perspective, Bank of Sweden tercentenary Foundation, Stockholm.

- Svallfors, Stefan (1997): Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution: A Comparison of Eight Western Nations, *European Sociological Review* 13, Seite 283-304.
- Svallfors, Stefan (1999): Political Trust and Attitudes Towards Redistribution. A Comparison of Sweden and Norway, *European Societies* 1, Seite 241-268.
- Swift, Adam; Marshall, Gordon; Burgoyne, Carole und Routh, David (1995): Distributive Justice: Does it matter what the People think? Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd, *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States* Seite 15-47, Aldine de Gruyter, New York.
- Szirmai, Adam (1986): *Inequality Observed. A Study of Attitudes towards Income Inequality*, Febodruk, Enschede.
- Szirmai, Adam (1991): Explaining Variation in Attitudes toward Income Inequality, Steensma, Herman und Vermunt, Riel, *Social justice in Human Relations: Vol. 2: Societal and Psychological Consequences of Justice and Injustice* Seite 229-268, Plenum Press, New York.
- Sztompka, Piotr (1995): Vertrauen: Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft, Nedelmann, Birgitta, *Politische Institutionen im Wandel (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35)* Seite 254-276, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Thomas von Aquin (1952): *Summa Theologiae*, Ed. Marietti, nach der Ed. Leonina, Turin; Rom.
- Thome, Helmut (2003): Soziologische Wertforschung. Ein von Niklas Luhmann inspirierter Vorschlag für die engere Verknüpfung von Theorie und Empirie, *Zeitschrift für Soziologie* 32, Seite 4-28.
- Tiryakian, Edward A. (1998): Neo-Modernisierung. Lehren für die und aus der postsozialistischen Transformation, Müller, Klaus, *Postsozialistische Krisen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde* Seite 31-52, Leske + Budrich, Opladen.
- Titmuss, Richard M. (1974): *Social Policy. An Introduction*, Allen & Unwin, London.
- Touraine, Alain (1972): *Die postindustrielle Gesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Treibel, Annette (1993): *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*, Leske + Budrich, Opladen.
- Treiman, Donald J. (1977): *Occupational Prestige in Comparative Perspective*, Academic Press, New York; San Francisco; London.
- Ullrich, Carsten G. (1999): Reziprozität und die soziale Akzeptanz des "Sozialversicherungsstaats", *Soziale Welt* 50, Seite 7-34.
- Ullrich, Carsten G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung, *Soziale Welt* 51, Seite 131-152.
- Van der Loo, Hans und Van Reijen, Willem (1992): *Modernisierung. Projekt und Paradox*, dtv, München.
- Vanhanen, Tatu und Kimber, Richard (1994): *Predicting and Explaining Democratization in Eastern Europe*, Pridham, Geoffrey und Vanhanen, Tatu, *Democratization in Eastern Europe*, London; New York.
- Veblen, Thorstein (1986): *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*, Fischer, Frankfurt a.M.
- Veen, Hans-Joachim (1997): Innere Einheit - aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B40-41, Seite 19-28.
- Veen, Hans-Joachim (2001): Einheit, Einheit über alles. Das Gerede vom nötigen Zusammenwachsen Ost- und Westdeutschlands führt in die Irre, *Die Zeit* Nr. 24 vom 7. Juni 2001, Seite 11.
- Verwiebe, Roland (1999): Soziale Ungleichheit und das Gerechtigkeitsdefizit der Einkommensverteilung in Osteuropa (ISJP-Arbeitsbericht No. 61), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Verwiebe, Roland und Wegener, Bernd (2000): Social Inequality and the Perceived Income Justice Gap, *Social Justice Research* 13, Seite 123-149.
- Vester, Michael (1993): Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B26-27, Seite 3-17.
- Vester, Michael (1997): Kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration. Kulturelle und soziale Ungleichheit als Problem von 'Milieus' und 'Eliten', Heitmeyer, Wilhelm, *Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft* Bd. 2 Seite 149-203, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Vester, Michael; Oertzen, Peter von; Geiling, Heiko; Hermann, Thomas und Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Vobruba, Georg (1991): *Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Vobruba, Georg (1995): Arbeit und Einkommen nach der Vollbeschäftigung, *Leviathan* 23, Seite 154-164.
- Walster, Elaine; Berscheid, Ellen und Walster, G. William (1973): New Directions in Equity Research, *Journal of Personality and Social Psychology* 25, Seite 151-176.
- Walster, Elaine; Berscheid, Ellen und Walster, G. William (1976): New Directions in Equity Research, Berkowitz, Leonard und Walster, Elaine, *Advances in Experimental Social Psychology* Seite 1-42, Academic Press, New York.

ork.

- Walster, Elaine und Walster, G. William (1975): Equity and Social Justice, *Journal of Social Issues* 31, Seite 21-43.
- Walster, Elaine; Walster, G. William und Berscheid, Ellen (1978): *Equity: Theory and Research*, Allyn and Bacon, Boston.
- Walz, Dieter (1996): Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995, *ZUMA-Nachrichten* 38, Seite 70-89.
- Walzer, Michael (1983): *Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality*, Basic Books, New York.
- Walzer, Michael (1992): *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Walzer, Michael (1996): *Thick and Thin. Moral Argument at Home and Abroad*, University of Notre Dame Press, Notre Dame.
- Weber, Max (1968): Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*, 4. Auflage, Seite 186-262, Kröner, Stuttgart.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Mohr, Tübingen.
- Weber, Max (1988): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Auflage, Seite 17-206, Mohr, Tübingen.
- Weber, Max (1988): Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen - Zwischenbetrachtung, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Auflage, Seite 536-573, Mohr, Tübingen.
- Weber, Max (1988): Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Einleitung, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Auflage, Seite 237-275, Mohr, Tübingen.
- Weber, Max (1991): Der Sinn der 'Wertfreiheit' der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, *Schriften zur Wissenschaftslehre* Seite 176-236, Reclam, Stuttgart.
- Weber, Max (1991): Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, *Schriften zur Wissenschaftslehre* Seite 21-101, Reclam, Stuttgart.
- Wegener, Bernd (1987): The Illusion of Distributive Justice, *European Sociological Review* 3, Seite 1-13.
- Wegener, Bernd (1988): Kritik des Prestiges, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Wegener, Bernd (1991): Relative Deprivation and Social Mobility. Structural Constraints on Distributive Justice Judgments, *European Sociological Review* 7, Seite 3-18.
- Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen, *Zeitschrift für Soziologie* 21, Seite 269-283.
- Wegener, Bernd (1995): Gerechtigkeitsforschung und empirische Gerechtigkeitsforschung, Müller, Hans-Peter und Wegener, Bernd, *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit* Seite 195-218, Leske + Budrich, Opladen.
- Wegener, Bernd (1999): Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit: Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung, Druwe, Ulrich und Kunz, Volker, *Politische Gerechtigkeit* Seite 167-214, Leske + Budrich, Opladen.
- Wegener, Bernd (2000): Political Culture and Post-Communist Transition - A Social Justice Approach, *Social Justice Research* 13, Seite 75-82.
- Wegener, Bernd (2001): Anmerkungen zum Verhältnis von normativer und empirischer Gerechtigkeitsforschung, Allmendinger, Jutta, *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Teil B* Seite 879-904, Leske + Budrich, Opladen.
- Wegener, Bernd (2001): Ist soziale Gerechtigkeit das, was die Leute dafür halten? Zum Verhältnis von normativer und empirischer Gerechtigkeitsforschung, Koller, Peter, *Gerechtigkeit. Ihre Bedeutung im politischen Diskurs der Gegenwart* Seite 123-164, Passagen Verlag, Wien.
- Wegener, Bernd (2002): *Soziale Gerechtigkeit*, Greiffenhagen, Martin und Greiffenhagen, Sylvia, *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, 2., völlig überarb. und aktual. Auflage, Seite 550-553, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Wegener, Bernd und Liebig, Stefan (1991): Etatismus und Funktionalismus. Ein Vergleich dominanter Ideologien in Deutschland und den USA (ISJP-Arbeitsbericht No. 5), Universität Heidelberg, Heidelberg.
- Wegener, Bernd und Liebig, Stefan (1993): Eine Grid-Group-Analyse sozialer Gerechtigkeit. Die neuen und alten Bundesländer im Vergleich, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45, Seite 668-690.
- Wegener, Bernd und Liebig, Stefan (1995): Dominant Ideologies and the Variation of Distributive Justice Norms: A Comparison of East and West Germany, and the United States, Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd, *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States* Seite 239-259, Aldine de Gruyter, New York.
- Wegener, Bernd und Liebig, Stefan (1998): Gerechtigkeitsideologien 1991-1996, Meulemann, Heiner, *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung* Seite 25-59, Leske + Budrich, Opladen.
- Wegener, Bernd; Lippl, Bodo und Christoph, Bernhard (2000): Justice Ideologies, Perceptions of Reward Justice, and Transformation: East and West Germany in Comparison, Mason, David S. und Kluegel, James R., *Marketing*

- Democracy. Changing Opinion About Inequality and Politics in East Central Europe Seite 122-160, Rowman & Littlefield, Lanham; Boulder; New York; Oxford.
- Wegener, Bernd und Steinmann, Susanne (1995): Justice Psychophysics in the Real World: Comparing Income Justice and Income Satisfaction in East and West Germany, Kluegel, James R.; Mason, David S. und Wegener, Bernd, Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States Seite 151-175, Aldine de Gruyter, New York.
- Weltbank (1991): Weltentwicklungsbericht 1991: Entwicklung als Herausforderung, UNO-Verlag, Bonn.
- Weltbank (1995): Weltentwicklungsbericht 1995, UNO-Verlag, Bonn.
- Weltbank (1996): Weltentwicklungsbericht 1996: Vom Plan zum Markt, UNO-Verlag, Bonn.
- Weltbank (1999): Weltentwicklungsbericht 1998/1999, UNO-Verlag, Bonn.
- Weltbank (2001): Weltentwicklungsbericht 2000/2001: Bekämpfung der Armut, UNO-Verlag, Bonn.
- Weltbank (2002): Weltentwicklungsbericht 2002, UNO-Verlag, Bonn.
- Westle, Bettina (1994): Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46, Seite 571-596.
- Weymann, Ansgar (1998): Sozialer Wandel. Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft, Juventa, Weinheim; München.
- White, Halbert (1980): A Heteroskedasticity-Consistent Covariance Matrix Estimator and a Direct Test for Heteroskedasticity, *Econometrica* 48, Seite 817-838.
- White, Halbert (1982): Maximum Likelihood Estimation of Misspecified Models, *Econometrica* 53, Seite 1-16.
- Wiater, Jerzy J. (1977): The Role of Theory in the Process of Cross-National Survey Research, Szalai, Alexander; Petrella, Ricardo; Rokkan, Stein und Scheuch, Erwin K., Cross-National Comparative Survey Research: Theory and Practice. Papers and Proceedings of a Roundtable Conference on Cross-National Comparative Survey Research, Budapest, 1972, Pergamon, Oxford.
- Wiesenthal, Helmut (2000): Die politische Organisation des Unwahrscheinlichen. Sozialtheoretische Lehren der Transition vom Sozialismus, Hinrichs, Karl; Kitschelt, Herbert und Wiesenthal, Helmut, Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften. Claus Offe zu seinem 60. Geburtstag Seite 189-217, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Wiesenthal, Helmut (2002): German Unification and the 'German Model'. An Adventure of Radical Institutional Conservatism (Paper presented at the workshop "Germany Beyond the Stable State: A House United Cannot Stand?" October 11-12, 2002 at the Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Cologne), Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.
- Wiesenthal, Helmut (2002): Systemwechsel als sozialwissenschaftlicher Großversuch. Zum Erkenntniswert der Transformationsforschung, in: SFB 580-Mitteilungen (hg. vom Sonderforschungsbereich 580 "Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch - Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung" der Universitäten Jena und Halle), Heft 1, Mai 2002, 15-24.
- Wiesenthal, Helmut; Beyer, Jürgen und Wielgohs, Jan (2001): Introduction: Postcommunism as an Example of Successful Large-Scale Reform, Beyer, Jürgen; Wielgohs, Jan und Wiesenthal, Helmut, Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Postsocialist Countries Seite 7-22, Nomos, Baden-Baden.
- Wilensky, Harold L. (1975): The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures, University of California Press, Berkeley.
- Winckelmann, Johannes (1952): Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie, Mohr, Tübingen.
- World Bank (2002): Transition. The First Ten Years. Analysis and Lessons for Eastern Europe and the Former Soviet Union, The World Bank, Washington.
- World Bank (2003): World Development Indicators - Online, Washington. URL: <http://publications.worldbank.org/WDI/>
- Young, Michael (1958): The Rise of the Meritocracy. 1870-2033. An Essay on Education and Equality, Penguin, Harmondsworth.
- Zacher, Hans F. (1987): Grundtypen des Sozialrechts, Fürst, Walther; Herzog, Roman und Umbach, Dieter C., Festschrift für Wolfgang Zeidler. Bd. 1 Seite 571-595, Walter de Gruyter, Berlin; New York.
- Zacher, Hans F. (1993): Abhandlungen zum Sozialrecht. Hg. von Bernd Baron von Maydell & Eberhard Eichenhofer, Müller Jurist. Verl., Heidelberg.
- Zahlmann, Christel (1992): Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung, Rotbuch, Berlin.
- Zapf, Wolfgang (1987): Individualisierung und Sicherheit: Untersuchung zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, Beck, München.
- Zapf, Wolfgang (1989): Sozialpolitik in gesellschaftlichen Modernisierungskonzepten, Vobruba, Georg, Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik Seite 53-64, Duncker & Humblot, Berlin.
- Zapf, Wolfgang (1991): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologenta-

ges in Frankfurt am Main 1990, hg. im Auftr. der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Campus, Frankfurt a.M.; New York.

- Zapf, Wolfgang (1991): Modernisierung und Modernisierungstheorien, Zapf, Wolfgang, Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, hg. im Auftr. der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Seite 23-39, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Zapf, Wolfgang (1992): Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften, Korte, Hermann und Schäfers, Bernhard, Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie Seite 181-193, Leske + Budrich, Opladen.
- Zapf, Wolfgang (1992): Entwicklung und Zukunft moderner Gesellschaften seit den 70er Jahren, Korte, Hermann und Schäfers, Bernhard, Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie Seite 145-164, Leske + Budrich, Opladen.
- Zapf, Wolfgang (1994): Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologischen Theorie der Modernisierung, Berliner Journal für Soziologie 4, Seite 295-305.
- Zapf, Wolfgang (1994): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation, Edition Sigma, Berlin.
- Zapf, Wolfgang (1995): Modernisierungstheorien in der Transformationsforschung, Beyme, Klaus von und Offe, Claus, Politische Theorien in der Ära der Transformation Seite 169-181, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Zapf, Wolfgang (1996): Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, Leviathan 24, Seite 63-77.
- Zapf, Wolfgang und Habich, Roland (1996): Die sich stabilisierende Transformation - ein deutscher Sonderweg, Zapf, Wolfgang und Habich, Roland, Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland: Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität Seite 329-350, Edition Sigma, Berlin.
- Zentralarchiv (1987): International Social Survey Programme (ISSP) 1987, Codebook (ZA-No. 1680), Social Inequality, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA), Köln.
- Zentralarchiv (1992): International Social Survey Programme (ISSP) 1992, Codebook (ZA-No. 2310), Social Inequality II, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA), Köln.
- Zentralarchiv (1999): International Social Survey Programme (ISSP) 1999, CD-Rom (ZA-No. 3430), Social Inequality III, Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA), Köln.
- Ziegler, Rolf (1997): Interesse, Vernunft und Moral: zur sozialen Konstruktion von Vertrauen, Hradil, Stefan, Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996 Seite 241-254, Campus, Frankfurt a.M.; New York.
- Zohlnhöfer, Werner (1990): Sozialstaat oder Wohlfahrtsstaat, Gauger, Jörg-Dieter und Weigelt, Klaus, Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation Seite 192-238, Bouvier, Bonn.

Anhang

Tab. 47: Methodisch-technische Information zu den ISJP-Daten

Land	Jahr	Stichprobe	Feldzeit	Befragung	Ausschöpfung
Bulgarien	1991	Haushalt	01.06.-15.07.	Face-to-Face	86,0
Bulgarien	1996	Wahlbezirke	30.11.-14.12.	Face-to-Face	74,5
Deutschland (O)	1991	Haushalt	01.04.-15.06.	Face-to-Face	62,5
Deutschland (O)	1996	Haushalt	16.11.-15.01.	Face-to-Face	72,0
Deutschland (O)	2000	Haushalt	25.10.-28.12.	Face-to-Face	58,5 ^a
Deutschland (W)	1991	Haushalt	01.04.-15.06.	Face-to-Face	63,0
Deutschland (W)	1996	Haushalt	16.11.-15.01.	Face-to-Face	67,2
Deutschland (W)	2000	Haushalt	25.10.-28.12.	Face-to-Face	58,5 ^a
Ungarn	1991	Adressliste	17.07.-30.07.	Face-to-Face	74,1
Ungarn	1996	Haushalt	-	Face-to-Face	-
Tschechoslowakei	1991	Adressliste	26.06.-14.07.	Face-to-Face	82,7
Tschechien	1996	Haushalt	15.09.-29.10.95	Face-to-Face	-
Russland	1991	Einwohnerliste	20.10.-25.11.	Face-to-Face	76,3
Russland	1996	Haushalt	-	Face-to-Face	67,1
Estland	1991	Haushalt	14.02.-09.03.	Face-to-Face	-
Estland	1996	-	-	-	-
Großbritannien	1991	Haushalt	03.05.-17.07.	Face-to-Face	66,1
Niederlande	1991	Telepanel	31.05.-11.06.	Computer	66,1
Niederlande	1996	Haushalt	-	Postalisch	36,4
Polen	1991	Haushalt	20.06.-02.07.	Face-to-Face	79,0
Slowenien	1991	Einwohnerliste	01.06.-28.08.	Face-to-Face	91,1
Vereinigte Staaten	1991	RDD	10.03.-20.07.	Telefon	68,1

Quellen: Alwin, Klingel und Dielman (1993), Alwin und Wegener (1995) für ISJP 1991, Christoph et al. (1998) und Hauss et al. (2001) für ISJP in Deutschland 1996 und 2000, Gijsberts und Ganzeboom (1996) und Gijsberts (1999) für die ISJP harmonisierten Daten für die Niederlande 1996 und eigene Zusammenstellung nach diversen länderspezifischen Berichten für die osteuropäischen Länder 1996.

^a Angabe für Gesamtdeutschland

Tab. 48: Methodisch-technische Information zu den ISSP-Daten

Land	Jahr	Stichprobe	Feldzeit	Befragung	Ausschöpfung
Australien	1987	Wählerverz.	1987/88	Postalisch	-
Australien	1992	Wählerverz.	03.-07.93	Postalisch	72,4
Australien	1999	Personen	1999/2000	Postalisch	60,1
Bulgarien	1992	Wählerverz.	08.03.-31.03.93	Face-to-Face	80,2
Bulgarien	1999	Adressliste	1999	Face-to-Face	94,1
Deutschland (O)	1992	Haushalt	11.05.-17.06.92	Selbstausfüller ^a	50,4 ^g
Deutschland (O)	1999	Personen	2000	Selbstausfüller ^a	49,7
Deutschland (W)	1987	Haushalt	26.09.-26.10.	Selbstausfüller ^a	84,5
Deutschland (W)	1992	Haushalt	02.05.-17.06.92	Selbstausfüller ^a	50,4 ^g
Deutschland (W)	1999	Personen	2000	Selbstausfüller ^a	42,1
Frankreich	1999	Adressliste	1999	Postalisch	17,2
Großbritannien	1987	Haushalt	1987	F-t-F u. Postal.	56,9
Großbritannien	1992	Wählerverz.	06.-09.92	Postalisch	55,5
Großbritannien	1999	Adressliste	1999	Selbstausfüller ^a	44,6
Italien	1987	-	03.-04.87	Face-to-Face	-
Italien	1992	Haushalt	-	Face-to-Face	-
Kanada	1992	Haushalt	-	Schriftlich ^b	73,9
Kanada	1999	Personen	1999/2000	Postalisch	27,6
Lettland	1999	Adressliste	1999	Face-to-Face	58,0
Niederlande	1987	Haushalt	15.09.-31.12.87	Selbstausfüller ^a	82,0
Norwegen	1992	Zentralregister	12.02.-15.06.92	Postalisch	61,5
Norwegen	1999	Personen	1999	Postalisch	51,4
Österreich	1987	Haushalt	06.-07.88	-	71,4
Österreich	1992	Haushalt	02.-03.93	Face-to-Face	-
Österreich	1999	Adressliste	2000	Face-to-Face	66,4
Polen	1987	Haushalt	11.87-01.88	Face-to-Face	-
Polen	1992	Haushalt	-	Selbstausfüller ^a	84,0
Polen	1999	Adressliste	1999	Selbstausfüller ^a	66,5
Portugal	1999	Personen	1999	Face-to-Face	69,7
Russland	1992	Adressliste	26.02.-19.03.92	Postal. u. F-t-F ^c	92,0
Russland	1999	Adressliste	1999	Face-to-Face	42,1
Schweden	1992	-	02.-04.91	Postalisch	51,5
Schweden	1999	Personen	1999	Postalisch	61,2
Schweiz	1987	-	01.10.-15.12.87	Postalisch ^d	51,3
Slowakei	1999	-	2001	-	-
Slowenien	1992	Personen	02.92	Face-to-Face	87,5
Slowenien	1999	Personen	1998	Face-to-Face	71,0
Spain	1999	-	1999	Face-to-Face	98,4
Tschechoslowakei	1992	Adressliste	16.10.-06.11.92	-	78,4
Tschechien	1999	Adressliste	1999	Face-to-Face	53,3
Ungarn	1987	Adressliste	04.-05.87	Face-to-Face	88,6
Ungarn	1992	Adressliste	10.92	Face-to-Face	83,3
Ungarn	1999	Personen	1999	Face-to-Face	66,1
Vereinigte Staaten	1987	Personen	02.-04.87	Selbstausfüller ^a	66,1
Vereinigte Staaten	1992	Personen ^e	02.-04.92	Postal. u. Tel. ^f	84,0
Vereinigte Staaten	1999	Haushalt	2000	Selbstausfüller ^a	60,6

Quellen: Zentralarchiv (1987; 1992; 1999), Gijsberts (1999), Harkness, Klein und Scholz (2003) und zum Teil eigene Berechnungen

^a Schriftlicher selbst auszufüllender Drop-off nach einem Face-to-Face Interview

^b mit Abholung

^c Schriftlich (89,5%) und Face-to-Face (10,5%)

^d mit Incentive (50 Schweizer Franken)

^e Die Stichprobe enthält ein Oversample der schwarzen Bevölkerung

^f Postalisch (80%) und Telefonisch (20%), Wiederholungsbefragung der Teilnehmer am General Social Survey (GSS) 1991.

^g Ausschöpfung für beide Landesteile zusammen

Tab. 49: Soziale Ungleichheit im Einkommen in Ost und West (Gini-Koeffizient)

Land	1987	1991	1994	1997	1999	Durchschnitt
<i>West:</i>						
USA	.335*	.336	.355	.372	.368**	.353
Großbritannien	.303*	.336	.339		.345	.333
Italien	.306*	.289	.342**			.312
Schweiz		.307**				.307
Spanien		.303*				.303
Australien	.292***	.304***	.311			.302
Kanada	.283	.281	.284	.291		.289
Frankreich		.287***	.288			.287
Österreich	.227		.280	.266		.262
Westdeutschland ⁺⁺	.262**	.254	.267	.255	.263**	.261
Niederlande	.256	.266	.253			.258
Deutschland		.247**	.261			.254
Norwegen	.233*	.231	.238**			.234
Schweden	.218	.229**	.221**		.252**	.230
(Portugal n. verf.)						-
<i>Ost:</i>						
Russland		.393**	.447**			.420
Estland					.361**	.361
Ungarn		.283	.323		.295	.300
Polen	.271*	.274**	.318**		.293	.289
Slowenien				.250	.249	.250
Tschech. Rep.		.207**		.259*		.233
Slowak. Rep.		.189**		.241*		.215
Ostdeutschland ⁺⁺		.192	.207	.205	.214**	.205
Bulgarien						-
Lettland						-

Datenbasis: LIS, Quelle: LIS (2003),

⁺⁺ Landesteile Deutschland: Datenbasis: SOEP 1985-2000, Quelle: Statistisches Bundesamt (2002: 583),

* 1 Jahr vor, ** 1 Jahr nach, *** 2 Jahre vor dem angegebenen Zeitpunkt